

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**
University of Applied Sciences

**Wohnungsbaupolitik als fördernder Parameter
für die
Einwohnerentwicklung in Göppingen**

BACHELORARBEIT

zur Erlangung des Grades eines
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Andrea Weber

Studienjahr 2010/2011

Erstgutachter: Prof. Dr. Richard Reschl

Zweitgutachter: Dipl.-Ing. Eva Noller

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	IV
Abkürzungsverzeichnis	V
Anlagenverzeichnis.....	VI
1 Einführung	1
1.1 Zielsetzung der Arbeit	2
1.2 Methodische Vorgehensweise	2
2 Begriffliche Grundlagen und Definitionen	4
2.1 Demografischer Wandel	4
2.2 Wohnungsbaupolitik.....	7
2.3 Prozesse der Stadtentwicklung: Suburbanisierung und Reurbanisierung.....	8
2.4 Veränderung der Gesellschaft	9
2.4.1 Wandel der Lebensformen	9
2.4.2 Wohnen im Wandel.....	10
3 Untersuchungsraum Stadt Göppingen	11
3.1 Lage und Strukturdaten	11
3.2 Bevölkerungsentwicklung in Region, Kreis und Stadt	12
3.2.1 Region Stuttgart	13
3.2.2 Landkreis Göppingen	13
3.2.3 Stadt Göppingen	14
3.3 Siedlungsentwicklung	17

4	Wohnungspolitik in Göppingen	17
4.1	Ziele	17
4.2	Aktuelle Maßnahmen	18
4.3	Eingesetzte Instrumente	21
4.4	Konzepte.....	21
5	Ursachen der rückläufigen Einwohnerentwicklung in Göppingen .	22
5.1	Motive für Stadt-Umland-Wanderungen.....	22
5.2	Empirische Untersuchung.....	23
5.2.1	Ziel der empirischen Untersuchung.....	24
5.2.2	Auswertung der Befragung.....	24
6	Benchmarking - Von anderen Kommunen lernen	27
6.1	Wohnungspolitik in Fellbach	27
6.1.1	Lage und Strukturdaten.....	27
6.1.2	Herausforderungen	28
6.1.3	Ziele	29
6.1.4	Maßnahmen	30
6.1.4.1	Aktuelle Maßnahmen.....	31
6.1.4.2	Künftig geplante Maßnahmen.....	32
6.1.5	Eingesetzte Instrumente.....	33
6.1.6	Konzepte	33
6.2	Wohnungspolitik in Ludwigsburg.....	33
6.2.1	Lage und Strukturdaten.....	34
6.2.2	Herausforderung	35
6.2.3	Ziele	35
6.2.4	Maßnahmen	36
6.2.4.1	Aktuelle Maßnahmen.....	36
6.2.4.2	Künftig geplante Maßnahmen.....	38
6.2.5	Eingesetzte Instrumente.....	38
6.2.6	Konzepte	39

6.3 Göppingen im Vergleich mit Fellbach und Ludwigsburg	40
7 Handlungsempfehlungen für die Stadt Göppingen.....	42
8 Schlussfolgerung	44
Literaturhinweise.....	VII
Erklärung.....	XII

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland.....	6
Abbildung 2: Stadt Göppingen Bevölkerungsprognose 2008 bis 2030.....	15
Abbildung 3: Stadt Göppingen Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen 2008 bis 2030 (in %).....	15
Abbildung 4: Wohnform	25
Abbildung 5: Eigentumsform	26

Abkürzungsverzeichnis

Anm.	Anmerkung
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heißt
etc.	et cetera
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ha	Hektar
km	Kilometer
LEP	Landesentwicklungsplan
qm	Quadratmeter
u.ä.	und ältere

Anlagenverzeichnis¹

- Anlage 1: Fragebogen zu den Gründen von Umzügen aus Göppingen
Göppinger Umland
- Anlage 2: Internetseite, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
- Anlage 3: Broschüre des Statistischen Bundesamtes
- Anlage 4: Internetseite, Schader Stiftung, Vielfältige Lebensformen
- Anlage 5: Internetseite, Schader Stiftung, Wandel der Lebensstile
- Anlage 6: Strukturdaten und Bevölkerungsdaten der Stadt Göppingen
- Anlage 7: Bevölkerungsdaten Region Stuttgart
- Anlage 8: Bevölkerungsdaten Landkreis Göppingen
- Anlage 9: Internetseite, Stadt Göppingen, Familienförderung
- Anlage 10: Internetseite, Stadt Göppingen, Erbbaurecht
- Anlage 11: Telefoninterview vom 27.08.2010 mit Herrn Maier
- Anlage 12: Göppinger Kreisnachrichten, Zeitungsartikel: Neue Wohnidee
- Anlage 13: Auswertung des Fragebogens zu den Gründen von Umzügen
aus Göppingen ins Göppinger Umland
- Anlage 14: Strukturdaten Fellbach
- Anlage 15: Stadt Fellbach, Umzugsbefragung 2008
- Anlage 16: Interview vom 04.08.2010 mit Herrn Steiner
- Anlage 17: Gemeinderatsvorlage Drucksachen Nr. 055/2010
- Anlage 18: Strukturdaten Stadt Ludwigsburg
- Anlage 19: Immobilienmarkt 2009, Ludwigsburg
- Anlage 20: Interview vom 19.07.2010 mit Herrn Burkhardt
- Anlage 21: Förderrichtlinien Ludwigsburger Baukindergeld
- Anlage 22: Wohnpolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg
- Anlage 23: Interview vom 25.08.2010 mit Herrn Brinker
- Anlage 24: Interview vom 05.08.2010 mit Frau Martin
- Anlage 25: Stadt Ludwigsburg: Masterplan 2009

¹ Anm.: Alle Anlagen befinden sich auf der beigelegten CD.

1 Einführung

Während meines Praktikums, das ich vom 01. Mai bis 14. August 2010 bei der Stadt Göppingen im Fachbereich Stadtplanung/Stadtentwicklung absolvierte, kristallisierte sich heraus, dass meine Bachelorarbeit die Untersuchung der Wohnungsbaupolitik der Stadt Göppingen beinhalten soll.

In Zeiten des demografischen Wandels werden viele Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren von einem deutlichen Bevölkerungsrückgang betroffen sein. Gleichzeitig wird der Anteil der älteren Bevölkerungsgruppen zunehmen und infolgedessen das Durchschnittsalter in den meisten Städten ansteigen. Deshalb werben Städte und Gemeinden verstärkt insbesondere um junge und gut qualifizierte Menschen und Familien. Sie stehen somit im Wettstreit um die Gewinnung von Neubürgerinnen und Neubürgern.

Neben einem guten Arbeitsplatzangebot, einer gut eingerichteten Infrastruktur oder einem entsprechenden kulturellen Angebot einer Stadt ist auch ein erweitertes und qualifiziertes Wohnungsangebot für die Attraktivität einer Stadt ausschlaggebend. Die Wohnungsbaupolitik ist ein Handlungsfeld, das der künftig negativen natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung entgegenwirken kann und deshalb immer wichtiger wird. Neue wohnungspolitische Strategien werden erforderlich sein um den negativen Auswirkungen des demografischen Wandels entgegenwirken zu können. Vor einigen Jahren war der Begriff des „Demografischen Wandels“ sowie dessen Auswirkungen noch nicht so aktuell wie heute. Jedoch haben viele Städte die Auswirkungen des demografischen Wandels erkannt und betreiben mit neuen wohnungspolitischen Strategien eine verstärkte Wohnungsbaupolitik, um diesem Trend entgegenzusteuern.

Seit dem Jahr 2005 verzeichnet die Stadt Göppingen einen Rückgang bei den Einwohnerzahlen und wird auch in Zukunft aufgrund des demografischen Wandels von dieser Entwicklung betroffen sein. Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden bei der Stadt Göppingen noch nicht ausreichend berücksichtigt und spielen bis jetzt noch in der Wohnungsbaupolitik eine zu geringe Rolle. Mehr denn je ist es erforderlich diesen Aspekt in die Wohnungsbaupolitik mit einfließen zu lassen und dementsprechend zu handeln.

1.1 Zielsetzung der Arbeit

Ziel der Arbeit ist es für die Stadt Göppingen Handlungsempfehlungen für die Wohnungsbaupolitik zu erarbeiten, die in Göppingen dazu beitragen, eine nachhaltige positive Einwohnerentwicklung zu erzielen. Dazu wird die Wohnungspolitik der Städte Ludwigsburg und Fellbach näher untersucht, aus denen Maßnahmen und Handlungsempfehlungen für die Stadt Göppingen abgeleitet werden sollen.

1.2 Methodische Vorgehensweise

Die vorliegende Arbeit besteht aus acht Gliederungspunkten. Der erste Abschnitt wird eine kurze Einführung in die Thematik geben. Im zweiten Gliederungspunkt werden die Begriffe „demografischer Wandel“ und „Wohnungsbaupolitik“ definiert und die Grundlagen erläutert.

Anschließend wird im dritten Gliederungspunkt die Stadt Göppingen untersucht. Dabei wird auf die Bevölkerungsentwicklung in der Region Stuttgart, im Landkreis Göppingen und in der Stadt Göppingen der letzten und der künftigen Jahre eingegangen. Zusätzlich wird ein kurzer Überblick über die Siedlungsentwicklung gegeben.

Im vierten Gliederungspunkt wird erläutert, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten der Wohnungsbaupolitik die Stadt Göppingen bisher dazu beigetragen hat, die Stadt für die Einwohner sowie für Neubürgerinnen

und Neubürger attraktiv zu erhalten. Informationen aus Gesprächen mit Vertretern des kommunalen Wohnungsunternehmens Wohnbau GmbH Göppingen, des Eigenbetriebs Stauferpark sowie dem Göppinger Baubürgermeister fließen in diesen Gliederungspunkt mit ein.

Im fünften Abschnitt werden die Motive, die hauptsächlich für Stadt-Umland-Wanderungen ursächlich sind, dargestellt. Anhand einer empirischen Untersuchung werden die Umzugsgründe von Bürgerinnen und Bürger aus Göppingen, die ihren Wohnort ins Göppinger Umland wechselten, ausgewertet und dargestellt.

Diese empirische Untersuchung erfolgte anhand einer Befragung, welche mit einem selbst erstellten Fragebogen² durchgeführt wurde.

Durch Kolleginnen und Kollegen der Stadt Göppingen und telefonischen Anfragen bei den Göppinger Kindergärten sowie bei den umliegenden Kindergärten konnten zehn verzogene Personen aus Göppingen gefunden werden, die an dieser Befragung teilnahmen. Es war sehr schwierig Teilnehmer für diese Umfrage zu finden, da das Einwohnermeldeamt aufgrund datenschutzrechtlicher Regelungen keine Adressdaten von verzogenen Bürgerinnen und Bürgern geben darf. Die Untersuchung ist aufgrund der geringen Teilnehmerzahl nicht repräsentativ. Deshalb können die Ergebnisse der Auswertung zusammen mit den aus der Literatur erarbeiteten Motiven der Stadt-Umland-Wanderungen in Kapitel 5.1 nur Hinweise für mögliche Umzugsmotive ins Göppinger Umland geben.

Im sechsten Gliederungspunkt werden die Städte Fellbach und Ludwigsburg vorgestellt, untersucht und im Vergleich zu Göppingen näher betrachtet. Anhand von Interviews mit Vertretern des Stadtplanungsamts der Städte Ludwigsburg und Fellbach konnten Informationen über die Wohnungspolitik der beiden Städte gewonnen werden.

² Vgl. Fragebogen zu den Gründen von Umzügen aus Göppingen ins Göppinger Umland, Anlage 1.

Anschließend werden im siebten Gliederungspunkt, unter Berücksichtigung der beiden Vergleichsstädte Fellbach und Ludwigsburg, Handlungsempfehlungen für die Stadt Göppingen angebracht. Es wird erläutert, wie und mit welchen künftigen Maßnahmen die Stadt Göppingen durch die Wohnungspolitik zu einer positiven Einwohnerentwicklung beitragen kann.

In Gliederungspunkt acht werden die wesentlichen Punkte dieser Arbeit noch einmal zusammengefasst.

2 Begriffliche Grundlagen und Definitionen

Um in die Thematik der Wohnungsbaupolitik in Göppingen einzuführen, werden im folgenden Kapitel die Grundsätzlichkeiten des demografischen Wandels und der Wohnungsbaupolitik erläutert.

Die nachfolgenden Definitionen sollen dazu dienen, die weit gefassten Begriffe der „Wohnungsbaupolitik“ und des „Demografischen Wandels“ einzugrenzen, zu erklären und zu definieren.

2.1 Demografischer Wandel

Der Begriff „demografischer Wandel“ bezeichnet den aktuellen Trend der natürlichen (Geburten minus Sterbefälle) und räumlichen (Zu-/Abwanderungen) Bevölkerungsentwicklung hinsichtlich ihrer Größe und Struktur sowie deren Veränderungen.³

Die Bevölkerungsentwicklung wird durch drei wesentliche Faktoren gekennzeichnet:

1. Geburtenrate (Anzahl der lebendgeborenen Kinder pro Jahr bezogen auf 1 000 Einwohner)
2. Lebenserwartung (bezeichnet die zu erwartenden Lebensjahre einer Person ab einem bestimmten Zeitpunkt)

³ Vgl. Roloff, Juliane: Demographischer Faktor, Hamburg 2003, S. 8.

3. Wanderungssaldo (Differenz zwischen den Fortzügen aus und Zuzügen nach Deutschland).⁴

In der Bundesrepublik Deutschland wird die Bevölkerungszahl sinken, die Zahl der Älteren wird deutlich ansteigen und zugleich der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund zunehmen.

In den nächsten Jahren wird erwartet, dass die Sterbeziffern die Geburtenziffern übersteigen werden, die Wanderungsgewinne die Sterbeüberschüsse nicht mehr ausgleichen können und die Bundesrepublik dadurch an Einwohnerzahlen verlieren wird.

Die steigende Lebenserwartung und die niedrige Geburtenrate wirken sich auf die Zunahme an der Alterung der Bevölkerung aus.

Seit Anfang des 21. Jahrhunderts ist in Deutschland ein Bevölkerungsrückgang zu beobachten.

Während 2008 noch etwa 82 Millionen Menschen in Deutschland lebten, wird aus den Ergebnissen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung⁵ des Statistischen Bundesamtes Deutschland ersichtlich, dass bis 2060 nur noch zwischen 65 und 70 Millionen Menschen in der Bundesrepublik leben werden.⁶

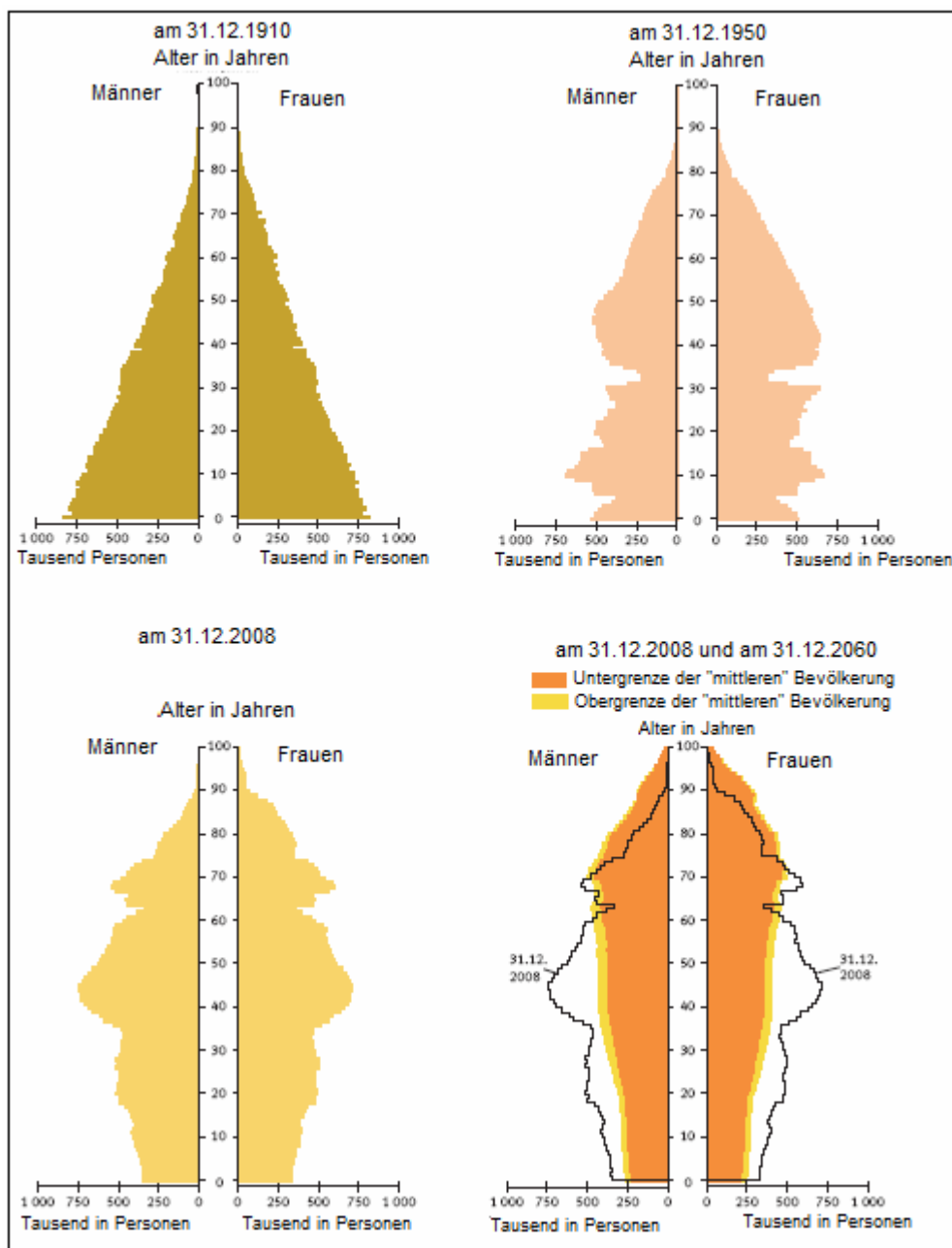
Die Veränderungen und Entwicklungen des Altersaufbaus der Bevölkerung in Deutschland lassen sich an den Bevölkerungsstrukturen in Abbildung 1 für die Jahre 1910, 1950, 2008 und 2060 ablesen.

⁴ Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Glossar, <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html#c1483>, [Stand: 14.08.2010], Anlage 2.

⁵ Anm.: In der 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung werden die künftigen Bevölkerungsentwicklungen in Deutschland bis zum Jahr 2060 dargestellt. Insbesondere Veränderungen hinsichtlich Größe und Alterstruktur der Bevölkerung werden aufgezeigt.

⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 -12.koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung-, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2009/Bevoelkerung/pressebroschuere__bevoelkerungsentwicklung2009,property=file.pdf, [Stand: 09.09.2010], Anlage 3.

Abbildung 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an: Statistisches Bundesamt Deutschland⁷

Am 31.12.1910 lässt sich noch eine pyramidenförmige Altersstruktur der Bevölkerung erkennen.

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 - 12.koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung-, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2009/Bevoelkerung/pressebroschuere__bevoelkerungsentwicklung2009,property=file.pdf, [Stand: 09.09.2010], Anlage 3, S.15.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die Kinder- und Jugendlichenanteile sehr hoch, die Anteile der älteren Menschen dagegen gering.

In der Bevölkerungspyramide vom Jahr 2008 ist die Altersgruppe zwischen 35 und 45 Jahren besonders stark vertreten (siehe Abbildung1). Bis 2060 wird die Zahl der Hochbetagten, d.h. die 80 Jahre und älter sind erheblich ansteigen.

2.2 Wohnungsbaupolitik

Um die Grundlagen des Begriffs der Wohnungsbaupolitik besser veranschaulichen zu können, wird zuerst der Begriff der Wohnungspolitik erläutert.

Die Wohnungspolitik umfasst alle Maßnahmen der öffentlichen Hand, die dazu dienen, die Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen. Wohnungspolitik gliedert sich in die Wohnungsbaupolitik (Neubau von Wohnungen) und die Wohnungsbestandspolitik (Nutzung und Erhaltung des vorhandenen Wohnraumes).

Wohnungsbaupolitik umfasst alle Maßnahmen um sämtliche Formen des Wohnungsbaus zu gewährleisten und das Grundbedürfnis „Wohnen“ bestmöglich zu befriedigen. Diese Maßnahmen können sich hauptsächlich auf die Art der Gestaltung des Umfangs, der Struktur, der Qualität und des Preises beziehen.⁸

Ziel der Wohnungsbaupolitik ist es allen Bevölkerungsgruppen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, die nach Größe, Qualität, Verkehrslage und Preis den Bedürfnissen entsprechen.⁹

Zur Schaffung und Förderung von Wohneigentum werden verschiedene Instrumente der Wohnungsbaupolitik angewendet:

1. Die Wohnungsqualitäten können beispielsweise durch die Aufstellung von Bebauungsplänen oder die Einrichtung einer Wohnberatung gesteuert werden.

⁸ Vgl. Lampert/Heinz, Althammer/Jörg: Lehrbuch der Sozialpolitik, 8. A., Berlin u.a. 2007, S. 367.

⁹ Vgl. ebenda, S. 368.

2. Die Bereitstellung von städtischen Grundstücken im Wege des Erbbaurechts oder im Wege des Verkaufs zu günstigen Preisen ist ein Instrument, das durch die Wohnungsbaupolitik beeinflusst werden kann.
3. Die Bezuschussung der Mieten von bestimmten sozialen Schichten, Steuervergünstigungen für Mietwohnungsbau und Eigentumswohnungen oder eine preisgünstige Bereitstellung von kommunalen Wohnungen für hauptsächlich städtische Bedienstete sind weitere Instrumente der Wohnungsbaupolitik.

Träger der Wohnungsbaupolitik sind der Bund, die Länder und die Gemeinden. Der Bund regelt die gesetzlichen Grundlagen der Wohnungspolitik und stellt öffentliche Mittel bereit. Den Ländern obliegt die Durchführung der Gesetze und diese können ergänzend zu den Gesetzen des Bundes eigene Gesetze erlassen.¹⁰ Die Kommunen entscheiden insbesondere über die Festlegung und Bereitstellung von Bauland und sind für die Wohnungsfürsorge zuständig.

2.3 Prozesse der Stadtentwicklung: Suburbanisierung und Reurbanisierung

Die Entwicklung der Stadt wird durch verschiedene Trends wie zum Beispiel dem demografischen Wandel, beeinflusst. Im Prozess der Stadtentwicklung zeigen sich verschiedene Entwicklungen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war aufgrund einer besseren Lebensqualität in der Stadt eine Urbanisierung (Verstädterung) zu beobachten. Ab etwa 1960 setzte der Prozess der Suburbanisierung ein.

Suburbanisierung oder auch Stadtflucht bezeichnet die Abwanderung der Bevölkerung aus der Kernstadt ins städtische Umland.

Die Gründe der Suburbanisierung lagen vor allem im zunehmenden Wohlstand, in der zunehmenden Mobilitätsbereitschaft der Menschen, im

¹⁰ Vgl. Lampert/Heinz, Althammer/Jörg: Lehrbuch der Sozialpolitik, 8. A., Berlin u.a. 2007, S. 379.

verbesserten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, im Wunsch nach familiengerechtem Wohnen und im Wunsch nach einem Eigenheim. Ins Umland wanderten hauptsächlich Familien, die für sich und ihre Kinder andere Lebensbedingungen suchten, wie zum Beispiel eine größere Wohnung oder mehr Ruhe.¹¹

In den letzten Jahren hat sich der Trend zur Abwanderung ins städtische Umland verringert und ein Trend zur Reurbanisierung kann beobachtet werden. Dabei kommt es zu einem Bevölkerungs- und Beschäftigungsanstieg in der Kernstadt.

Hohe Mobilitätskosten und steigende Energiepreise für Pendler, wohnen in der Nähe des Arbeitsplatzes, gute Betreuungsangebote für Kinder und attraktive Wohnangebote in der Kernstadt sind einige Gründe für den Trend „Zurück in die Stadt“.

2.4 Veränderung der Gesellschaft

Durch die demografischen Entwicklungen und die damit verbundene Pluralisierung und Individualisierung der Lebensformen haben sich neue und verschiedene Haushaltsstrukturen und Wohnbedürfnisse entwickelt. Städte stehen nun vor der Herausforderung, sich diesen Veränderungen und speziellen Anforderungen anzupassen.

2.4.1 Wandel der Lebensformen

Unter Lebensformen versteht man die unterschiedlichen Arten wie Menschen zusammenleben.¹²

Während bis Mitte der 1960er Jahre noch die klassische moderne Kleinfamilienform, ein Ehepaar mit seinen leiblichen minderjährigen Kindern, überwiegte und auch heute noch eine Vielzahl der Bevölkerung nach diesem Muster lebt, haben sich im Verlauf der Jahre die Lebensformen verändert. Die sinkende Geburtenrate, der Rückgang der Heiratsneigung

¹¹ Vgl. Zapf, Katrin: Haushaltsstrukturen und Wohnverhältnisse, in: Flagge, Ingeborg (Hrsg.): Geschichte des Wohnens, Bd. 5, Stuttgart 1999, S. 565 – 614.

¹² Vgl. Schader Stiftung: Vielfältige Lebensformen, http://www.schaderstiftung.de/gesellschaft_wandel/377.php, [Stand: 26.08.2010], Anlage 4.

und die Zunahme der Ehescheidungen führen zu einer Pluralisierung der Lebensformen.

Die moderne Kleinfamilie ist nur noch eine von zahlreichen anderen Lebensformen, wie zum Beispiel Alleinlebende, nichteheliche Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder, Ehepaare mit oder ohne Kinder oder Alleinerziehende.

Die Vielfalt der Lebensformen wirkt sich auf die Entwicklung der Haushaltszahl und Haushaltsgröße (Personen pro Haushalt) aus.

Die Zahl der Haushalte nimmt im Gegensatz zur Bevölkerungszahl und zur Haushaltsgröße zu.

Die Gründe für den Anstieg der Haushaltszahl liegen darin, dass die großen Haushalte mit drei und mehr Personen zurückgehen und die Zahl der kleineren Haushalte wächst. Insbesondere die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte sowohl bei jüngeren als auch bei älteren Menschen wird künftig weiter ansteigen.

In gleicher Weise sind auch verschiedene Lebensstile entstanden. Lebensstile bezeichnen eine bestimmte Form der von Organisation des Alltagslebens, bestimmte Gewohnheiten und die Art und Weise wie Menschen ihr Leben führen.¹³ Die Menschen definieren sich zunehmend weniger über Beruf oder Einkommen, sondern immer mehr über die Art und Weise ihrer Lebensführung, beispielsweise mehr über Freizeit und Kultur.

2.4.2 Wohnen im Wandel

Durch die Veränderungen der Altersstruktur, der Zahl und Größe der Haushalte sowie durch den Wandel der Lebensstile entwickeln sich unterschiedliche Wohnbedürfnisse.

Die Zahl der Haushalte wird zwar kleiner, aber die Wohnfläche pro Person größer. Dazu trägt auch der so genannte „Remanenzeffekt“ bei, bei dem

¹³ Vgl. Schader Stiftung: Wandel der Lebensstile, http://www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/836.php, [Stand: 10.09.2010], Anlage 5.

ältere Menschen oft nach dem Auszug der Kinder und nach dem Tod ihres Ehepartners in ihren großen Wohnungen bleiben und dadurch mehr Wohnfläche haben.¹⁴ Neben der familialen Wohnform haben sich neue Formen des Wohnens herausgebildet. Betreutes Wohnen oder Mehrgenerationenwohnen sind Beispiele für neue Wohnformen.

3 Untersuchungsraum Stadt Göppingen

Im Folgenden wird die Stadt Göppingen näher betrachtet. Es werden Ausführungen zur bisherigen und künftigen Bevölkerungsentwicklung gemacht und einen Überblick über die Siedlungsentwicklung der Stadt Göppingen verschaffen.

3.1 Lage und Strukturdaten

Lage

Göppingen ist seit 1956 Große Kreisstadt und mit 57 068¹⁵ Einwohnern die größte Stadt im Landkreis Göppingen.

Die Kernstadt Göppingsens und die sieben Stadtbezirke Bartenbach, Bezgenriet, Faurndau, Hohenstaufen, Holzheim, Jebenhausen und Maitis bilden das Stadtgebiet Göppingen.

Göppingen liegt zwischen Ulm und Stuttgart, ungefähr 40 km vom Oberzentrum¹⁶ Stuttgart entfernt. Im Landesentwicklungsplan Baden Württemberg wird Göppingen als Mittelzentrum¹⁷ in der Region Stuttgart ausgewiesen.

¹⁴ Vgl. Jörissen/Juliane, Coenen/Reinhard: Sparsame und schonende Flächennutzung, Berlin 2007, S. 69.

¹⁵ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Gemeindegebiet, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte seit 1997 (jährlich) Fortschreibung (31.12.), <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=01&T=01515023&E=GE&K=117&R=GE117026>, [Stand: 10.09.2010], Anlage 6.

¹⁶ Anm.: Nach dem Landesentwicklungsplan (LEP) Baden Württemberg 2002 soll ein Oberzentrum die Versorgung für die Einwohner der Region mit höher spezialisierten Einrichtungen (z.B. Spezialkliniken) und qualifizierten Arbeitsplätzen gewährleisten.

Strukturdaten¹⁸

Am 31.12.2009 lebten in Göppingen 57.068 Einwohner auf einer Fläche von 5.922 ha.¹⁹ Der Frauenanteil beträgt etwa 51%²⁰ und der Anteil an Ausländern rund 19%²¹.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigt am Arbeitsort sind insgesamt 27.100 Personen. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort im produzierenden Gewerbe beträgt 33,9%, im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe 20,4% und im Dienstleistungssektor 45,6%.²²

In der Stadt Göppingen leben ca. 10.00²³ Menschen, deren Arbeitsplatz außerhalb der Gemeindegrenze liegt. Rund 18.500²⁴ Beschäftigte pendeln zu ihrem Arbeitsplatz in die Stadt Göppingen. Die Stadt Göppingen zählt 2.210²⁵ Arbeitslose.

3.2 Bevölkerungsentwicklung in Region, Kreis und Stadt

In den folgenden Punkten wird die bisherige und künftige Bevölkerungsentwicklung der Region Stuttgart, des Landkreises Göppingen und der Stadt Göppingen dargestellt.

¹⁷ Anm.: Mittelzentren sollen nach dem LEP Baden Württemberg mindestens 35.000 Einwohner umfassen und den gehobenen Bedarf (z.B. weiterführende Schulen) der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden decken.

¹⁸ Anm.: Die Quellennachweise der folgenden Angaben der Stadt Göppingen sind in Anlage 6 aufgeführt, so dass in den Fußnoten nur auf Anlage 6 verwiesen wird.

¹⁹ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Gemeindegebiet, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte seit 1997, Anlage 6.

²⁰ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerungsbilanzen 1999 bis 2009 nach Geschlecht, Anlage 6.

²¹ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerung insgesamt und nach Ausländer seit 1996(jährlich), Anlage 6.

²² Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort seit 2008 (jährlich) nach Wirtschaftsbereichen, Anlage 6.

²³ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Berufspendler über die Gemeindegrenzen seit 2003, Anlage 6.

²⁴ Vgl. ebenda, Anlage 6.

²⁵ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Arbeitslose insgesamt nach Alter und Geschlecht seit 2000 (jährlich), Anlage 6.

3.2.1 Region Stuttgart²⁶

Der Region Stuttgart gehören der Stadtkreis Stuttgart und die fünf Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und der Rems-Murr-Kreis an. Die Region zählt mit ihren fünf Landkreisen und dem Stadtkreis zu den wirtschaftsstärksten Regionen Europas.

Am 31.12.2009 lebten in der Region 2.673.463²⁷ Einwohner. Zwischen 1990 und 2009 kam es zu einem Bevölkerungszuwachs von 7,6 %²⁸. Nach den Prognosen des Statistischen Landesamtes Baden Württemberg wird sich die Einwohnerzahl bis ins Jahr 2030 um 3,7 %²⁹ verringern. Zugleich wird sich die Altersstruktur in den folgenden Jahren verändern, so dass bis zum Jahr 2030 die Zahl der Altersgruppen der unter 20-Jährigen, der 20- bis unter 40- und der 40- bis unter 60-Jährigen sinken wird. Die Zahl der 60- bis 85-Jährigen und der über 85-Jährigen wird sich dagegen erhöhen.

3.2.2 Landkreis Göppingen³⁰

Im Landkreis Göppingen wohnten auf einer Fläche von rund 64.236 ha in 38 Städten und Gemeinden am 31.12.2009 253.522 Einwohner.³¹

Der Landkreis Göppingen verliert seit dem Jahr 2003 kontinuierlich an Einwohnern. Damals lebten noch 258.707 Menschen im Kreis. Im Jahr 2009 waren es nur noch 253.522.³² Das Statistische Landesamt Baden Württemberg rechnet bis ins Jahr 2030 mit einem weiteren

²⁶ Anm.: Die Quellennachweise der folgenden Angaben zur Region Stuttgart sind in Anlage 7 aufgeführt, so dass in den Fußnoten nur auf Anlage 7 verwiesen wird.

²⁷ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerung insgesamt und Ausländer seit 1996, Anlage 7.

²⁸ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerungsstand seit 1990, Anlage 7.

²⁹ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 2030, Anlage 7.

³⁰ Anm.: Die Quellennachweise der folgenden Angaben zum Landkreis Göppingen sind in Anlage 8 aufgeführt, so dass in den Fußnoten nur auf Anlage 8 verwiesen wird.

³¹ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Gemeindegebiet, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte seit 1997 (jährlich) Fortschreibungen (31.12.), Anlage 8.

³² Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Gemeindegebiet, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte seit 1997 (jährlich), Anlage 8.

Bevölkerungsrückgang von etwa weiteren 6%³³. Zusätzlich zum Bevölkerungsrückgang des Kreises kommt es künftig zu Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Die Zahl der unter 20-Jährigen wird bis ins Jahr 2030 um ca. 20 % auf 42.215³⁴ Personen zurückgehen. Die Zahl der 20- bis unter 40-Jährigen und die der 40- bis unter 60-Jährigen wird sich um rund 13 % und 18 % verringern.³⁵ In den Altersgruppen der 60- bis 85-Jährigen und der über 85-Jährigen wird es dagegen zu einem Anstieg kommen. Der Anteil der 60- bis unter 85-Jährigen wird sich im Kreis von 59.344 (Stand 31.12.2008) bis ins Jahr 2030 auf 73.214 erhöhen.³⁶ Dies entspricht einer Zunahme dieser Altersgruppe von rund 23 %. Die Zahl der über 85-Jährigen wird von 6.025 (Stand 31.12.2008) bis ins Jahr 2030 um rund 69 % auf 10.178 deutlich ansteigen.³⁷

3.2.3 Stadt Göppingen³⁸

Ende 2009 lebten in der Gesamtstadt Göppingen 57.068³⁹ Einwohner. Seit 1987 hat sich die Einwohnerzahl dynamisch nach oben entwickelt. Zwischen 1996 und 1997 kam es zu einem leichten Bevölkerungsrückgang. Von 1997 bis 2004 ist die Bevölkerung jährlich angestiegen. Die Stadt Göppingen erzielte im Jahr 2004 mit 57.988⁴⁰ Einwohnern einen Höchstwert. Seitdem sinkt die Bevölkerungszahl. Ein Grund für den Rückgang der Bevölkerung liegt darin, dass die Sterbefälle die Geburtenfälle übersteigen und somit das Geburtendefizit immer größer wird. Der Wanderungssaldo (Differenz zwischen Zu- und Fortzügen) übersteigt seit dem Jahr 2005 das Geburtendefizit nicht mehr. Somit sinkt

³³ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 (jährlich) nach Altersgruppen, Anlage 8.

³⁴ Vgl. ebenda, Anlage 8.

³⁵ Vgl. ebenda, Anlage 8.

³⁶ Vgl. ebenda, Anlage 8.

³⁷ Vgl. ebenda, Anlage 8.

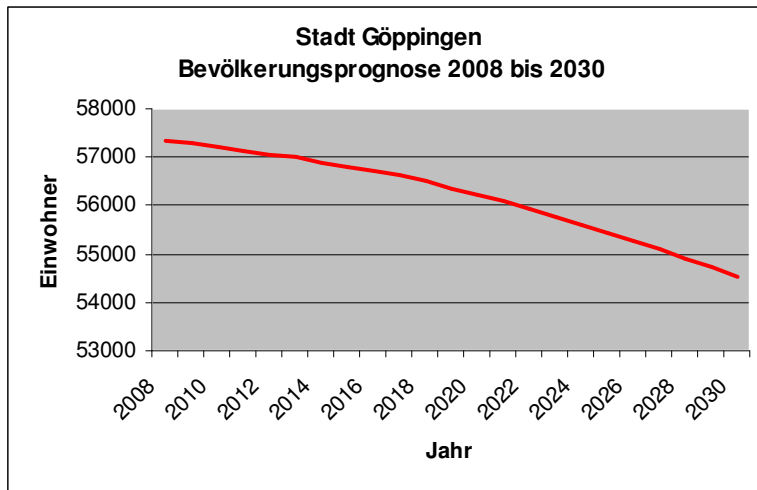
³⁸ Anm.: Die Quellennachweise der folgenden Angaben zur Stadt Göppingen sind in Anlage 6 aufgeführt, so dass in den Fußnoten nur auf Anlage 6 verwiesen wird.

³⁹ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Gemeindegebiet, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte seit 1997, Anlage 6.

⁴⁰ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerungsstand 1990 bis 2004, Anlage 6.

die Einwohnerzahl von Göppingen seit 2005.

Abbildung 2: Stadt Göppingen, Bevölkerungsprognose 2008 bis 2030



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an: Statistisches Landesamt Baden Württemberg⁴¹

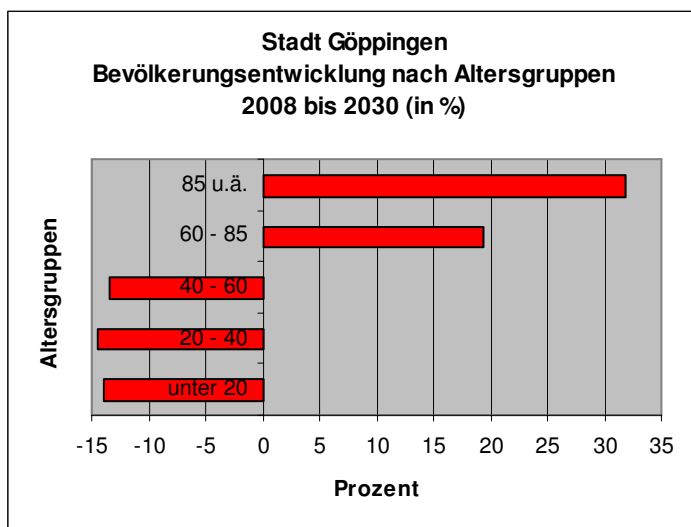
Die Abbildung 2 beschreibt die Bevölkerungsprognose für die Stadt Göppingen ab dem Jahr 2008 bis ins Jahr 2030. Die Basis für die Vorausrechnungen bis ins Jahr 2030 bildet der Bevölkerungsstand vom 31.12.2008. Nach den Prognosen des Statistischen Landesamts Baden Württemberg wird die Einwohnerzahl von 57.336 im Jahr 2008 auf 54.529 Einwohner im Jahr 2030 sinken. Dies entspricht einem Bevölkerungsrückgang von rund 5 %.

Gleichzeitig zum Rückgang der Bevölkerung wird es zu einer Veränderung in der Altersstruktur kommen.

In Abbildung 3 wird dargestellt, wie sich die Anzahl der Einwohner nach Altersgruppen in der Stadt Göppingen zwischen den Jahren 2008 und 2030 verändert hat.

⁴¹ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 (jährlich, nach Altersgruppen), Anlage 6.

Abbildung 3: Stadt Göppingen, Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen 2008 bis 2030 (in %)



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an :Statistisches Landesamt Baden Württemberg⁴²

Aus Abbildung 3 lässt sich erkennen, dass nach den Prognosen des Statistischen Landesamts Baden Württemberg bis zum Jahr 2030 in allen Altersgruppen unter 60 Jahren die Einwohnerzahl zwischen -14 % und -13,4 % abnehmen wird. Die Altersgruppen der 60- bis unter 85-Jährigen und der über 85-Jährigen werden um 19,4 % bzw. 31,8 % deutlich zunehmen.

Durch den künftigen Rückgang bei den Altersgruppen der unter 20-Jährigen, der 20- bis unter 40-Jährigen und den 40- bis unter 60-Jährigen und durch den Anstieg bei den 60- bis unter 85- Jährigen und über 85-Jährigen wird das Durchschnittsalter der Stadt Göppingen steigen. Im Jahr 2008 lag das Durchschnittsalter bei 43,2 Jahren. Dies wird sich den Voraussichtungen zufolge bis ins Jahr 2030 um 3 Jahre und somit auf 46,2 Jahre erhöhen.⁴³

⁴²Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 (jährlich, nach Altersgruppen), Anlage 6.

⁴³ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Durchschnittsalter der Bevölkerung 2008 und voraussichtliches Durchschnittsalter der Bevölkerung 2030 in den Gemeinden Baden Württembergs, Anlage 6.

3.3 Siedlungsentwicklung

Göppingen wurde durch zwei Stadtbrände, der erste im Jahr 1425 und der zweite im Jahr 1782 beinahe völlig niedergebrannt. Nach dem zweiten Stadtbrand wurde die Stadt rasterförmig wiederaufgebaut und entwickelte sich entlang des Stadtbachs, der Fils.⁴⁴ Um 1830 lebten in Göppingen ca. 5.000 Menschen und es zeichnete sich entlang des Stadtbachs eine gewerbliche Struktur ab, welche durch Mühlen geprägt war. Mit der Industrialisierung und dem Anschluss an das Eisenbahnnetz im Jahr 1847 erweiterte sich die Stadt bis ca. 1900. Im Jahr 1919 zählte die Stadt fast 30.000 Einwohner. Ab diesem Zeitpunkt dehnte sich die Stadt auf die nördlichen Hanglagen aus. Noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurden im Jahr 1939 die Ortschaften Holzheim und Jebenhausen eingemeindet. In den folgenden Jahren fanden weitere Eingemeindungen von Bartenbach (1956), Bezgenriet (1957), Hohenstaufen (1971), Maitis (1972), Lenglingen (1973) und schließlich Faurndau im Jahr 1975 statt.

4 **Wohnungspolitik in Göppingen**

Die Stadt Göppingen versucht mit einigen Wohnungsangeboten die Attraktivität der Stadt zu fördern. Besonderes Augenmerk gilt dem Thema „Wohnen in der Innenstadt“, das vor allem für Familien und ältere Menschen an Attraktivität gewinnen soll. Im Folgenden werden Ansatzpunkte der Verwaltungsebene und die bisherigen wohnungspolitischen Maßnahmen der Stadt Göppingen erörtert.

4.1 Ziele

Um dem künftigen Rückgang der Bevölkerung entgegenzusteuern und eine ausgeglichene Bevölkerungsstruktur zu erzielen, werden von Seiten der Verwaltung verschiedene Ansatzpunkte angestrebt. Durch die Bereitstellung eines vielfältigen, qualitativen und in allen Preiskategorien

⁴⁴ Vgl. Stadt Göppingen (Hrsg.): Göppingen 2030, Konzept für die städtebauliche Entwicklung, Göppingen u.a. 2009, S. 18.

vorhandenen Wohnungsangebots sollen einerseits Neubürgerinnen und Neubürger gewonnen werden, insbesondere junge, qualifizierte Menschen sowie Familien. Andererseits soll dadurch die Abwanderung von Einwohnerinnen und Einwohnern ins Göppinger Umland reduziert werden. Durch die Förderung integrativer Wohnkonzepte wie z.B. generationenübergreifendes Wohnen sollen älteren Bürgern unterschiedliche Wohnformen angeboten werden.⁴⁵

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Gestaltung und Aufwertung der Innenstadt. In der Göppinger Innenstadt gibt es viele alte Gebäude, die sich in einem schlechten Zustand befinden und oftmals von Familien mit Migrationshintergrund bewohnt werden. Um eine ausgeglichene und vielschichtige Bevölkerungsstruktur anzustreben und die Innenstadt als zukunftsfähigen Wohnstandort zu sichern, ist dieser Punkt von zentraler Bedeutung.

4.2 Aktuelle Maßnahmen

a) Förderprogramm für Familien

Die Stadt Göppingen unterstützt Familien, Alleinerziehende und Lebenspartnerschaften mit Kindern beim Erwerb eines städtischen Bauplatzes mit der so genannten *Familienförderung*. Für jedes Kind, welches das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wird ein Zuschuss von 7.000 € gewährt. Es werden maximal drei Kinder bezuschusst, so dass der maximale Förderbetrag bis zu 21.000 € reicht.⁴⁶

Beim Erwerb von Eigentumswohnungen, die auf städtischen Wohnbauplätzen errichtet werden, beträgt der Zuschuss pro Kind 3.000 €, höchstens jedoch 6.000 €.

⁴⁵ Vgl. Stadt Göppingen (Hrsg.): Göppingen 2030, Konzept für die städtebauliche Entwicklung, Göppingen u.a. 2009, S.51.

⁴⁶ Vgl. Stadt Göppingen: Familienförderung der Stadt Göppingen, <http://www.goepingen.de/servlet/PB/menu/1146332/index.html>, [Stand: 30.08.2010], Anlage 9.

b) Grundstücke im Erbbaurecht⁴⁷

Seit 2002 stellt die Stadt Göppingen Bauwilligen städtische Baugrundstücke im Wege des Erbbaurechts zur Verfügung. Dadurch sollen kinderreiche Familien, Alleinerziehende oder junge Paare beim Erwerb von Wohneigentum unterstützt werden, deren Finanzierungsrahmen dies zunächst nicht zulassen würde.⁴⁸ Die Anspruchsberechtigten müssen in Göppingen wohnen oder arbeiten, dürfen ein bestimmtes Einkommen nicht überschreiten und haben die Möglichkeit das Grundstück nach 10 Jahren zu erwerben.

c) Vielfältiges Wohnungsangebot

Auf dem ehemaligen Flugplatz- und Kasernengelände östlich der Göppinger Innenstadt wurde nach dem Abzug der amerikanischen Truppen im Jahr 1992 der neue Wohnstandort „*Stauferpark*“ entwickelt. Durch kurze Wege in die Natur und zur Arbeitsstätte ist mit dem Stauferpark ein Ort entstanden, an dem die drei Funktionen „Wohnen, Arbeiten und Freizeit“ miteinander vernetzt werden sollen. Im Zentrum des Stauferparks befindet sich der so genannte Business Park, das Gewerbegebiet des Stauferparks. Ziel ist es Menschen zu gewinnen, die im Gewerbegebiet arbeiten und sich dafür entscheiden Wohneigentum im Stauferpark zu erwerben. Unter anderem sollen Anreize für Personen aus dem Raum Stuttgart geschaffen werden, denen durch die günstigen Baulandpreise (280 €/qm), die gute Infrastruktur und die Nähe zur Natur ein attraktives Wohnen gewährleistet werden soll. Durch die nah gelegenen Kinderbetreuungsangebote wie beispielsweise Kindergärten wird auch familien-

⁴⁷ Anm.: Gegen Zahlung eines regelmäßigen Zinses (Erbbauzins), kann auf einem Grundstück ein Gebäude errichtet werden ohne das Grundstück kaufen zu müssen.

⁴⁸ Vgl. Stadt Göppingen: Erbbaurecht, <http://www.goepingen.de/servlet/PB/menu/1043576/index.html>, [Stand: 31.08.2010], Anlage 10.

freundliches Wohnen im Stauferpark ermöglicht. Es dominiert das klassische Einfamilienhaus, das hauptsächlich von der Zielgruppe der 30- bis 45-Jährigen erworben wird.⁴⁹ Daneben kann ein verstärkter Zuzug von Menschen zwischen 45 und 50 Jahren beobachtet werden.⁵⁰ Für Mietinteressenten stehen einige Mietwohnungen zur Verfügung.

Das Innenstadtwohnen gewinnt verstärkt an Bedeutung, so dass die Entwicklung von innerstädtischen und zentrumsnahen Wohnlagen im Vordergrund steht. Dadurch soll die Wohnfunktion in der Innenstadt verstärkt werden.

Unter Einbeziehung des kommunalen Wohnungsunternehmens Wohnbau GmbH Göppingen werden verschiedene Wohnmöglichkeiten angeboten und realisiert.

Auf einem ehemaligen Ziegelei-Areal werden neun Wohngebäude errichtet, die ein vielfältiges Angebot an Wohnungen bieten. Die künftigen Stadtwohnungen bieten Barrierefreiheit und variable Grundrisse, so dass sich dieser neue zentrumsnahe Wohnstandort „*Am Stadtgarten*“ vor allem sehr gut für ältere Menschen aber auch für junge Familien mit Kindern eignet.

Das neue Wohnkonzept „*Wohnen in der Gemeinschaft*“ richtet sich hauptsächlich an Alleinlebende oder Paare in allen Altersgruppen, die selbstständig aber nicht alleine leben wollen. In jeder Wohngemeinschaft stehen für sechs Bewohner jeweils Ein-Zimmer-Appartements mit Dusche, Toilette und Bad zur Verfügung. Zum Gemeinschaftsbereich gehören Küche, Esszimmer und Wohnraum.⁵¹

Um in der Innenstadt eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur zu erzielen und neue Quartiere zu schaffen, kauft die Wohnbau GmbH

⁴⁹ Vgl. Telefoninterview vom 27.08.2010 mit Herrn Maier, Anlage 11.

⁵⁰ Vgl. ebenda, Anlage 11.

⁵¹ Vgl. Göppinger Kreisnachrichten (Hrsg.): Neue Wohnidee, Göppingen 2010, Anlage 12.

Göppingen zum Teil alte leer stehende Gebäude auf. Diese werden entweder modernisiert oder es werden neue Wohnprojekte entwickelt.

4.3 Eingesetzte Instrumente

Die Stadt Göppingen stellt für jedes Baugebiet ein so genanntes Exposé, das unter anderem den Bebauungsplan beinhaltet, bereit. Die Interessenten können sich dadurch über die einzelnen Baugebiete Informationen beschaffen. Die Bereitstellung von Fördergeldern für das Familienprogramm setzt die Stadt als Instrumente ein.

4.4 Konzepte

Im Oktober 2008 begann die Stadt Göppingen ein Stadtentwicklungskonzept zu schaffen, das für die nächsten 20 Jahre eine Leitlinie für kommunalpolitisches Planen und Handeln darstellen soll. Das Entwicklungskonzept „Göppingen 2030 - Konzept für die städtebauliche Entwicklung“ wurde unter Einbeziehung von der Stadtverwaltung, dem Gemeinderat sowie den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet. Dabei wurden unter anderem im Bereich „Wohnen“ Themenfelder erarbeitet, welche der Stadt Göppingen dazu dienen den künftigen Entwicklungen der Bevölkerung entgegenzuwirken und die Attraktivität des Wohnens zu steigern.

5 Ursachen der rückläufigen Einwohnerentwicklung in Göppingen

Die Einwohnerentwicklung setzt sich aus den beiden Faktoren der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsentwicklung zusammen. In diesem Kapitel wird auf die räumliche Bevölkerungsentwicklung eingegangen und somit die Ursachen für Stadt-Umland-Wanderungen näher betrachtet. Durch das künftig immer stärkere Konkurrieren um Einwohner von Städten und Gemeinden lässt eine Vielzahl von Städten mittels Umfragen die Motive für Stadt-Umland-Wanderungen untersuchen. Dadurch können mögliche Gründe, die einen Wohnortwechsel auslösen, ermittelt und weiteren negativen Abwanderungstrends ins Umland entgegengewirkt werden. Im Folgenden werden Gründe anhand von Primär- und Sekundärliteratur erörtert, was Bürgerinnen und Bürger dazu bewegt, aus der Stadt ins Umland zu ziehen. Aufgrund der nicht repräsentativen empirischen Erhebung in Kapitel 5.2, kann mit den Umzugsmotiven aus Kapitel 5.1 und den Ergebnissen aus der Untersuchung zu den Umzugsgründen ins Göppinger Umland, nur auf die möglichen Abwanderungsgründe von ehemaligen Göppinger Bürgerinnen und Bürgern hingewiesen werden.

5.1 Motive für Stadt-Umland-Wanderungen

Viele Kommunen sind unterschiedlich stark von einer Abwanderung betroffen. In der Altersgruppe der 18- bis unter 24-Jährigen, den so genannten Bildungswanderern, ist die Mobilität am größten. Es wandern deshalb vor allem viele jungen Menschen aus den Kommunen ab, da in dieser Altersgruppe viele auf der Suche nach guten und geeigneten Bildungsangeboten und Arbeitsplätzen sind.⁵²

⁵² Vgl. Große Starmann, Carsten/Schmidt, Kerstin: Kommunen im demographischen Wandel: Trends und Handlungsstrategien, in: Frech, Siegfried/Reschl, Richard (Hrsg.): Urbanität neu planen: Stadtplanung, Stadtumbau, Stadtentwicklung, Schwalbach/Ts. 2010, S. 87 – 101.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren ziehen heute nicht mehr nur überwiegend Familien sondern zunehmend junge Ein- und Zweipersonenhaushalte aus der Kernstadt in das Umland.⁵³ Dies liegt vor allem auch am allgemeinen Wandel der Haushaltsstrukturen. Die Ursachen für Wandermotive aus der Kernstadt ins Umland sind vielschichtig.

Als eines der Hauptmotive für die Stadt-Umland-Wanderungen gilt das Preisgefälle beim Wohnen zwischen der Kernstadt und dem Umland. Gegenüber Wohnstandorten in der Kernstadt bietet das Umland ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis sowie günstigere Bauland- und Wohnungspreise. Persönliche (z.B. Zusammenzug mit dem Partner), wohnungsbezogene (z.B. die Suche nach einer größeren oder preiswerteren Wohnung, Mangel an Bauland, fehlende Wohnungsangebote oder Bildung von Wohneigentum) und wohnungsumfeldbezogene Gründe (z.B. Wunsch nach Wohnen im Grünen oder eine unsichere Wohngegend) sind weitere ausschlaggebende Gründe für einen Wohnstandortwechsel ins Umland. Berufliche Gründe wie beispielsweise der Wechsel des Arbeitsplatzes oder der Beginn einer Ausbildung gehören zu den Hauptmotiven für Umzüge.

5.2 Empirische Untersuchung

Die empirische Sozialforschung wendet verschiedene Methoden zur Erhebung von Daten an. „Neben der Befragung sind dies die Beobachtung und die Inhaltsanalyse.“⁵⁴ Die Befragung gilt in der empirischen Sozialforschung als Standardinstrument. Die schriftliche, mündliche und internetgestützte Befragung sowie die strukturierte oder unstrukturierte Befragung sind verschiedene Formen die bei der Durchführung einer

⁵³ Vgl. Aring/Jürgen, Herfert/Günter: Neue Muster der Wohnsuburbanisierung, in: Brake/Klaus, Dangschat/Jens S., Herfert/Günter (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland, Opladen 2001, S. 43 – 56.

⁵⁴ Vgl. Häder, Michael: Empirische Sozialforschung: Eine Einführung, 1. A., Wiesbaden 2006, S. 185.

Befragung angewendet werden können. In dieser Arbeit wird das Instrument der schriftlichen Befragung anhand eines standardisierten Fragebogens eingesetzt. Bei einem standardisierten Fragebogen handelt es sich um einen genau ausformulierten Fragebogen, der die Reihenfolge der Fragen vorgibt. Jeder Person werden dieselben Fragen in derselben Reihenfolge gestellt. Durch einen solchen Fragebogen wird ermöglicht, dass in kurzer Zeit viele Personen zu einem bestimmten Thema befragt werden können.

5.2.1 Ziel der empirischen Untersuchung

Mit dieser Untersuchung sollen die Wanderungsmotive von weggezogenen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Göppingen ins Göppinger Umland analysiert werden. Die Bewertung des Wohnungsangebots stand bei dieser Umfrage im Vordergrund. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen in Kapitel 7 miteinbezogen werden, um mögliche Handlungsempfehlungen an die Stadt Göppingen geben zu können, um die Abwanderung ins Umland zu verringern.

5.2.2 Auswertung der Befragung

Bei den zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Umfrage handelte es sich überwiegend um Paaren mit Kinder und Paaren ohne Kinder, die ins Umland gezogen sind. Einen kleinen Teil der Befragung bildeten die Einpersonenhaushalte. Die Befragten konnten in drei verschiedene Altersgruppen eingeteilt werden. In der Altersgruppe der 26- bis 35-Jährigen sowie in der Altergruppe der 36- bis 45-Jährigen waren es jeweils vier Befragte. Die Altergruppe der 46- bis 59-Jährigen bestand aus zwei Personen.⁵⁵

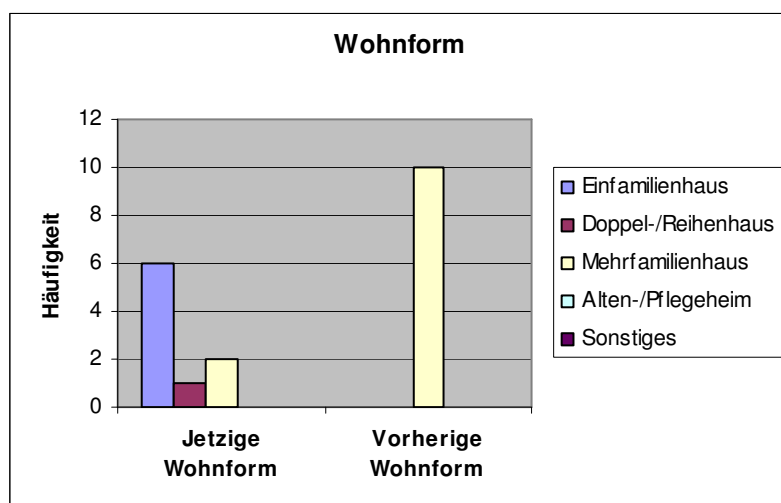
Die Gründe des Umzugs wurden mit 13 Fragen sehr detailliert abgefragt. Die Frage 13 „Sonstige Gründe“ konnten die Teilnehmer frei beantworten. Zwei der Befragten gaben an, dass der Auszug von „daheim“ und Umzug

⁵⁵ Vgl. Auswertung der empirischen Untersuchungen zu den Umzugsgründen von Bürgerinnen und Bürgern aus Göppingen ins Göppinger Umland, Anlage 13.

in die Nähe der Großeltern ein zusätzlicher Grund für den Wohnortwechsel war. Die häufigsten Gründe, die von den Befragten für einen Umzug ins Umland genannt wurden, waren der Erwerb einer Eigentumswohnung/eines Eigenheims, der Wunsch nach „Wohnen im Grünen“ und eine zu kleine Wohnung bzw. ein zu kleines Haus. Motive, den Wohnort aufgrund des Berufs, der Gesundheit oder der Unzufriedenheit mit Angeboten wie z.B. kulturelle Angebote zu wechseln, waren nicht ausschlaggebend.⁵⁶

Die Umzugsmotive wurden zusätzlich in Bezug auf den Haushaltstyp näher betrachtet. Dabei ließ sich feststellen, dass bei den Paaren ohne Kinder persönliche Gründe (Zusammenzug mit dem Partner) und der Erwerb einer Eigentumswohnung/eines Eigenheims Hauptmotive für einen Wohnortwechsel waren. Den Wunsch nach „Wohnen im Grünen“ und eine zu kleine Wohnung bzw. ein zu kleines Haus nannten die Paare mit Kindern als Hauptumzugsgründe.⁵⁷

Abbildung 4: Wohnform



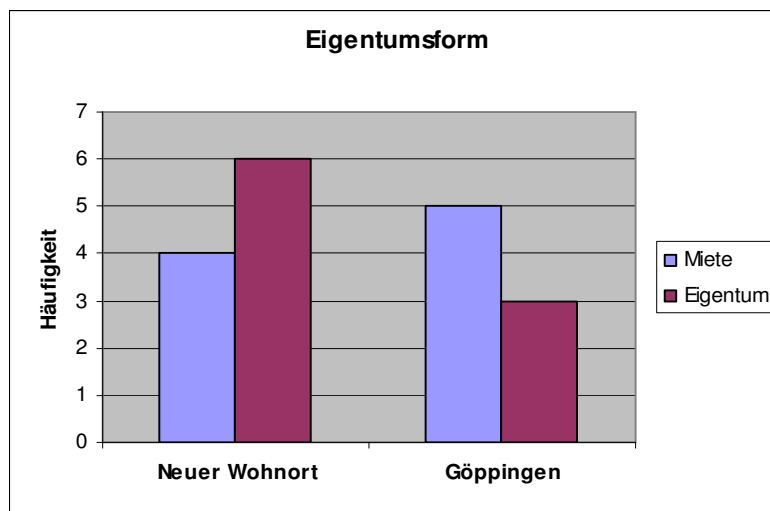
Quelle: Eigene Darstellung

⁵⁶ Vgl. Auswertung der empirischen Untersuchungen zu den Umzugsgründen von Bürgerinnen und Bürgern aus Göppingen ins Göppinger Umland, Anlage 13.

⁵⁷ Vgl. ebenda, Anlage 13.

Der Vergleich der Wohnform vor und nach dem Umzug macht deutlich, dass der Wegzug aus Göppingen mit einer Änderung der Wohnform verbunden war. Alle Befragten wohnten vor dem Wegzug in einem Mehrfamilienhaus. Mehr als die Hälfte der Befragten wohnt jetzt in einem Einfamilienhaus oder in einem Doppel- oder Reihenhaus.

Abbildung 5: Eigentumsform



Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Frage nach der Eigentumsform vor und nach dem Umzug waren drei der Befragten am alten Wohnort im Besitz von Eigentum. Nach dem Umzug waren nun sechs Haushalte Eigentümer. Somit könnte der Wegzug aus Göppingen mit dem Erwerb von Wohneigentum zusammenhängen.

Am Ende des Fragebogens sollten die Befragten beantworten, ob sie sich eine Rückkehr nach Göppingen vorstellen könnten. Bei Bejahung dieser Frage sollte kurz erläutert werden, unter welchen Umständen eine Rückkehr in Frage kommen würde. Über die Hälfte der Befragten Haushalte könnten sich vorstellen nach Göppingen zurückzukehren, falls

ein passendes und preiswertes Haus oder eine Wohnung gefunden werden würde.⁵⁸

6 Benchmarking - Von anderen Kommunen lernen

Als Untersuchungsräume wurden die Stadt Ludwigsburg und die Stadt Fellbach ausgewählt. Es werden die Herausforderungen an die Wohnungspolitik der beiden Städte beschrieben. Die Stadt Fellbach und die Stadt Ludwigsburg haben einige Ziele festgelegt, um Anreize für Neubürgerinnen und Neubürger zu schaffen und um einer künftigen negativen Einwohnerentwicklung entgegenzuwirken. Um diese Ziele umsetzen zu können, werden von den beiden Städten jeweils unterschiedliche wohnungspolitische Maßnahmen, Instrumente und Konzepte eingesetzt.

6.1 Wohnungspolitik in Fellbach

Der prognostizierte Einwohnerrückgang stellt die Stadt Fellbach vor einige Herausforderungen.

Insbesondere ist die Stadt von einem sehr starken negativen Wanderungssaldo, vor allem bei jungen Familien, betroffen.

Es wird versucht mit verschiedenen Wohnungsangeboten und Förderprogrammen der künftigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung und den hohen Wanderungsdefiziten entgegenzuwirken.

6.1.1 Lage und Strukturdaten

Lage

Fellbach ist seit 1956 Große Kreisstadt, zählt 43.716⁵⁹ Einwohner und liegt im Rems-Murr-Kreis. Neben der Kernstadt gehören die beiden Stadtteile

⁵⁸ Vgl. Auswertung der empirischen Untersuchungen zu den Umzugsgründen von Bürgerinnen und Bürgern aus Göppingen ins Göppinger Umland, Anlage 13.

⁵⁹ Vgl. Stadtplanungsamt Fellbach, Anlage 14.

Schmiden und Oeffingen zum Fellbacher Stadtgebiet. Schmiden wurde 1973 und Oeffingen 1974 eingegliedert.

Fellbach liegt in der wirtschaftsstarken Region Stuttgart und ca. 10 km nord-östlich von Stuttgart entfernt. Laut dem Landesentwicklungsplan Baden Württemberg bildet Fellbach gemeinsam mit Waiblingen ein Mittelzentrum.

Strukturdaten⁶⁰

Am 31.12.2009 lebten in Fellbach 43.716 Einwohner auf einer Fläche von 2.770 ha. Der Frauenanteil beträgt 51,3% und der Anteil an Ausländern 18,7%.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigt am Arbeitsort sind insgesamt 18.602 Personen. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort im produzierenden Gewerbe beträgt 28,6%, im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe 29% und im Dienstleistungssektor 41,7%.⁶¹

Fellbach verbucht 12.108 Berufsauspendler und 14.340 Beschäftigte pendeln zu ihrem Arbeitsplatz in die Stadt Fellbach.

In Fellbach leben 1.089 Arbeitslose.

6.1.2 Herausforderungen

Beobachtungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass Fellbach zunehmend bei Familien einen sehr starken negativen Wanderungssaldo aufweist.

⁶⁰ Anm.: Alle Strukturdaten der Stadt Fellbach, außer die Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort im produzierenden Gewerbe, wurden vom Stadtplanungsamt Fellbach erhalten und sind in Anlage 14 als Quellennachweis aufgeführt.

⁶¹ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort seit 2008 nach Wirtschaftsbereichen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=02&T=03025014&E=GE&K=119&R=GE119020>, [Stand: 10.09.2010], Anlage 14.

Aus einer Untersuchung von 2008 der LBBW Immobilien Kommunalentwicklungs GmbH Stuttgart, in der weggezogene Familien zu ihren Wanderungsmotiven befragt wurden, geht hervor, dass vor allem Familien in der Gründungsphase verstärkt ins Umland abwandern⁶². Die Hauptgründe dafür sind die zu hohen Baulandpreise in Fellbach und das unzureichende Wohnungsangebot. Die Baulandpreise für Wohnbauland in Fellbach reichen von 450€/qm bis 560€/qm.

Deutliche Mängel am unzureichenden Wohnungsangebot liegen hauptsächlich am fehlenden Angebot an Ein- und Zweifamilienhäusern und Wohnungen mit Garten, gerade auch in besseren Lagen, an familiengerechten Wohnungen und deren Preisniveau sowie am hohen Preisniveau bei Miet- und Eigentumswohnungen.⁶³

Fehlende Wohnangebote für Familien gibt es beispielsweise auch in der Innenstadt. Das Wohnumfeld ist nicht für Familien geeignet und die Preise sind zu teuer.

In den vergangenen Jahren hat die Stadt Angebote in der Innenstadt entwickelt, die hauptsächlich die Altersgruppe der über 50-Jährigen angesprochen haben.

Obwohl in allen Stadtteilen ein umfassendes Wohnangebot für Senioren wie zum Beispiel „Betreutes Wohnen“ sowie eine gute Pflegeinfrastruktur vorhanden ist, verbucht Fellbach überraschenderweise bei den Senioren einen hohen negativen Wanderungssaldo. Die Gründe dafür sind derzeit noch unbekannt.

6.1.3 Ziele

Der Altersdurchschnitt in Fellbach liegt derzeit bei 44 Jahren und wird laut statistischen Berechnungen bis ins Jahr 2038 um vier Jahre ansteigen, falls die Stadt dem nicht entgegenwirkt. Falls die prognostizierte rückläufige Bevölkerungszahl unter 40.000 sinkt, wird die Infrastruktur, die

⁶² Vgl. Stadt Fellbach, Umzugsbefragung 2008, S.1, Anlage 15.

⁶³ Vgl. Stadt Fellbach, Umzugsbefragung 2008, S.8, Anlage 15.

auf eine Einwohnerzahl von 40.000 bis 45.000 ausgelegt ist, nicht mehr finanzierbar werden.⁶⁴

Fellbach versucht deshalb die Altersstruktur der Bevölkerung und die Entwicklung der Einwohnerzahl so zu steuern, dass die gut ausgebaute Infrastruktur, wie Kindergärten und Kindertagesstätten auch in Zukunft ausgelastet werden kann.

Das heißt:

a) Abwanderung ins Umland stoppen und Neubürgerinnen und Neubürger gewinnen

Familien, insbesondere diejenigen in der Familiengründungsphase, und junge Menschen, die in Fellbach leben, sollen durch Wohnungsangebote, Förderprogramme und Lebensbedingungen gehalten werden. Diese Angebote sollen auch Anreize für Neubürgerinnen und Neubürger bieten.

b) „Rückwanderer“ gewinnen

Die so genannten „Rückwanderer“ gehören der Altersgruppe der über 50-Jährigen an und sind ehemalige Bürger der Stadt Fellbach. Diese Generation zog damals in der Familiengründungsphase aus der Stadt ins Umland und baute dort ihr Haus „im Grünen“. Heute sind oft die Kinder aus dem Haus und die Eltern spielen mit dem Gedanken wieder in die Stadt zurückzukehren. Attraktive und hochwertige Wohnungsangebote, hauptsächlich in der Innenstadt, sollen dieses Klientel wieder in die Stadt locken.

6.1.4 Maßnahmen

Es wurden verwaltungsinterne Arbeitsgruppen gebildet, die speziell für die Erarbeitung und Entwicklung weiterer künftiger Maßnahmen hinsichtlich der oben genannten Ziele zuständig sind.

⁶⁴ Vgl. Interview vom 04.08.2010 mit Herrn Steiner, Anlage 16.

6.1.4.1 Aktuelle Maßnahmen

a) Förderprogramm für Familien

Seit 2005 erhalten Familien mit Kindern bis 16 Jahren beim Kauf oder Bau einer Wohnung oder eines Hauses (Altbau oder Neubau) in Fellbach einen Zuschuss von 4.000 € für das erste Kind und zusätzlich 5.000 € für jedes weitere Kind.⁶⁵ Das Baukindergeld gilt auch für neugeborene Kinder bis zu fünf Jahren nach dem Einzug. Diese Förderung der Stadt gilt generell bei jedem Bau beziehungsweise Erwerb einer Wohnung in Fellbach.

Mit diesen Zuschüssen versucht die Stadt Anreize für junge Familien zu schaffen und sie an Fellbach zu binden.

b) Vielfältiges Wohnungsangebot

Im Fellbacher Stadtteil Schmiden ist seit 2008 auf einem Brachgrundstück eine Passivhaus-Siedlung⁶⁶ in zentraler Lage entstanden.

Hier steht ökologisches Bauen im Geschosswohnungsbau im Vordergrund.

Mit der Passivhaus-Siedlung sind verschiedene Wohnungstypen entstanden, beispielsweise luxuriösere Appartements, kostengünstige Maisonettenwohnungen bis hin zu großen Wohnungen. So stehen den individuellen Bedürfnissen von Familien, Alleinstehenden oder Senioren unterschiedliche Wohnungsangebote zur Verfügung.

Mit den geplanten Plus-Energiehäusern im Stadtteil Schmiden, die über den Passivhausstandard hinaus durch Fotovoltaik-Anlagen Energie für elektrische Geräte gewinnen, werden weitere Wohnungsangebote geschaffen. Die Stadt Fellbach stellt dafür ihre Grundstücke zur Verfügung und subventioniert das Grundstück auf 385 €/qm.

⁶⁵ Vgl. Interview am 04.08.2010 mit Herrn Steiner, Anlage 16.

⁶⁶ Anm.: Bei einem Passivhaus gibt es kein aktives Heizungssystem. Aus „passiven“ Energiequellen wie Sonneneinstrahlung, Körperwärme der im Passivhaus lebenden Personen oder technischen Geräten wird Wärme für das Haus gewonnen.

c) Familienfreundliches Wohnen

Laut des Gemeinderatsbeschlusses vom Mai 2010 wird das seit Jahren festgelegte Ziel „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ weiter verfolgt.⁶⁷ D.h. es werden vorrangig Flächen wie Brach- oder alte Industrieflächen innerhalb der Siedlungsflächen bebaut bevor neue Flächen für Wohnbebauung erschlossen und in Anspruch genommen werden.

Um das unzureichende und zu teure Wohnangebot für Familien zu verbessern, sollen dafür spezielle Beispiele entwickelt werden. In einem Teilabschnitt der großen Baugebiete „Esslinger Weg“ und „Bühl“ soll ein „Testentwurf“ gemacht werden, bei dem familiengerechtes Bauen erprobt werden soll. Ziel ist es Angebote für die verschiedensten Familiengrößen und Haushalte zu entwickeln.

6.1.4.2 Künftig geplante Maßnahmen

In den verwaltungsinternen Arbeitsgruppen wird zurzeit über weitere Maßnahmen diskutiert, die künftig entwickelt und umgesetzt werden sollen.

Es ist geplant Grundstücke im Erbbaurecht anzubieten um die finanzielle Belastung für Bauwillige gering und überschaubar zu halten. Zusätzlich soll es Anreize für den Erwerb von Eigentum schaffen.

Verstärktes Engagement und preiswerte Wohnangebote im Mietwohnungsbau für Familien ist eine weitere Maßnahme, die derzeit in der Arbeitsgruppe erarbeitet wird. Die Stadt Fellbach plant künftig Grundstücke für Baugemeinschaften⁶⁸ zur Verfügung zu stellen..

Um familienfreundliches Wohnen künftig in Fellbach anbieten und gewährleisten zu können, sollen Wettbewerbe für Investoren und Architekten ausgeschrieben werden. Es kommen Investoren und Architekten in Frage, die Erfahrung in diesem Bereich aufweisen und

⁶⁷ Vgl. Gemeinderatsvorlage Drucksachen Nr. 055/2010, Anlage 17.

⁶⁸ Anm.: Bei einer Baugemeinschaft schließen sich bauwillige Personen zu einer Gruppe zusammen, die gemeinsam ihr Wohneigentum realisieren und an der Planung und am Bau mitwirken.

zusammen einen Entwurf für familienfreundliches Wohnen in Fellbach erstellen.

6.1.5 Eingesetzte Instrumente

Die in Kapitel 6.1.4 beschriebenen Maßnahmen werden von der Stadt Fellbach durch verschiedene Instrumente umgesetzt. Alle größeren Bauprojekte, wie zum Beispiel die Passivhaus-Siedlung im Stadtteil Schmiden, werden von der Stadt durch Wettbewerbe für Investoren und Architekten verwirklicht. Die Wettbewerbsergebnisse werden in den Bebauungsplänen umgesetzt. Aufgrund von wenigen eigenen Baugrundstücken kann die Stadt Fellbach einen geringen Teil ihrer Grundstücke für Bauprojekte zur Verfügung stellen. Die Bereitstellung von Fördergeldern für das Baukindergeld setzt die Stadt ebenfalls als Steuerungsinstrument ein.

6.1.6 Konzepte

Im Jahr 2008 wurde ein Stadtentwicklungsbericht von der Stadt Fellbach erstellt, der die Tätigkeiten des Stadtplanungsamts der letzten Jahre dokumentiert und Hinweise für die künftige Bevölkerungsentwicklung und Vorhaben gibt. Im Jahr 2011 werden die ersten Arbeitsschritte für das Stadtentwicklungskonzept der Stadt anlaufen, in dem konkrete Ziele und Maßnahmen für verschiedene Handlungsfelder wie zum Beispiel im Bereich „Wohnen“ festgelegt werden sollen.

6.2 Wohnungspolitik in Ludwigsburg

Die Stadt Ludwigsburg beschäftigt sich schon seit einigen Jahren mit der demografischen Entwicklung und versucht durch verschiedene Handlungsweisen dem künftigen Rückgang der Einwohnerzahl und den Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur entgegen zu steuern.

6.2.1 Lage und Strukturdaten

Lage

Die seit 1956 Große Kreisstadt Ludwigsburg liegt im Landkreis Ludwigsburg und ist mit 85.455⁶⁹ Einwohnern die größte Stadt des Kreises. Pflugfelden, Eglosheim, Hoheneck, Oßweil, Grünbühl, Neckarweihingen und Poppenweiler sind Ludwigsburgs sieben Stadtteile und bilden zusammen mit der Kernstadt das Stadtgebiet Ludwigsburg.

Ludwigsburg liegt in der Region Stuttgart, ca. 15 km nördlich von Stuttgart und wird im Landesentwicklungsplan Baden Württemberg zusammen mit Kornwestheim als Mittelzentrum ausgewiesen.

Strukturdaten⁷⁰

Zum 31.12.2009 umfasste das Ludwigsburger Gemeindegebiet 4.335 ha mit einer Einwohnerzahl von 85.455. Der Einwohneranteil an Frauen liegt bei 51,7 % und der Anteil an Ausländern bei 18,1 %.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort beträgt insgesamt 42.274. Deren Anteil liegt im produzierenden Gewerbe bei 22,6 %, im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe bei 23,2 % und im Dienstleistungssektor bei 54 %.⁷¹

Während 19.432 Personen aus Ludwigsburg über die Gemeindegrenze hinaus zu ihrem Arbeitsplatz pendeln, liegt die Zahl der Berufseinpender bei 30.949.

In Ludwigsburg leben 3.180 Arbeitslose.

⁶⁹ Vgl. Amt für Statistik Ludwigsburg, Anlage 18.

⁷⁰ Anm.: Alle Strukturdaten der Stadt Ludwigsburg, außer die Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort im produzierenden Gewerbe, wurden vom Amt für Statistik Ludwigsburg erhalten und sind in Anlage 18 als Quellennachweis aufgeführt.

⁷¹ Vgl. Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort seit 2008 nach Wirtschaftsbereichen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=02&T=03025014&E=GE&K=118&R=GE118048>, [Stand: 10.09.2010], Anlage 18.

6.2.2 Herausforderung

Ludwigsburg verzeichnete bis vor vier Jahren noch einen erheblichen Einwohnerverlust bei der Altersgruppe der 20- bis 35-Jährigen und bei Familien mit Kindern.

Es waren hauptsächlich junge Familien, die aus Ludwigsburg ins Umland weggezogen sind. Dies lag vor allem daran, dass nicht ausreichend Wohnangebote in der Stadt vorhanden und die Baulandpreise zu teuer waren. Die Baulandpreise von Ludwigsburg reichen von 370€/qm bis 600€/qm.⁷²

Durch die Ausweisung neuer Baugebiete wurden weitere Wohnangebote geschaffen und somit konnten Wanderungsverluste teilweise abgemildert werden.

Die Abwanderung ins Umland stellt weiterhin eine Herausforderung für die Stadt dar, der auch künftig entgegengesteuert werden muss.

6.2.3 Ziele

Ludwigsburg versucht die Entwicklung der Einwohnerzahl positiv zu beeinflussen und eine ausgeglichene Bevölkerungs- und Altersstruktur zu schaffen, indem sie ein vielfältiges Wohnangebot für alle Bevölkerungsgruppen in Neubau- und Bestandsgebieten schaffen wollen und Folgendes versuchen zu erreichen:

a) Abwanderung stoppen und Anreize für Interessenten aus dem Umland schaffen

Durch Wanderungsverluste von Familien ins Ludwigsburger Umland sollen insbesondere familienfreundliche und bezahlbare Wohnangebote entwickelt werden. Neben dem Ziel, Familien, die in Ludwigsburg wohnen, zu halten, ist für Ludwigsburg auch die Interessentengruppe aus Stuttgart bedeutend. Denn das Bauland und

⁷² Vgl. Gutachterausschuss für die Ermittlung von Grundstückswerten in Ludwigsburg (Hrsg.): Immobilienmarkt 2009:Jahresbericht, http://www.ludwigsburg.de/servlet/PB/show/1277636_11/Immobilienmarktbericht2009.pdf, [Stand: 26.08.2010], Anlage 19.

die Wohnungen sind in Stuttgart knapp und um einiges teurer als in Ludwigsburg. Ludwigsburg erhofft sich dadurch vom so genannten Stuttgarter Wohnungsmangel profitieren zu können.⁷³

b) Wohnen im Alter in der Innenstadt

Es sollen Wohnungsangebote für Ältere in zentraler und ruhiger Lage geschaffen werden.

6.2.4 Maßnahmen

In dem vom Gemeinderat im Juni 2006 beschlossenen Masterplan⁷⁴ sind für die im vorherigen Punkt beschriebenen Ziele Maßnahmen festgelegt, die teilweise schon umgesetzt wurden.

6.2.4.1 Aktuelle Maßnahmen

a) Förderprogramm für Familien

Seit 2006 fördert die Stadt mit dem so genannten „Baukindergeld“ Familien mit Kindern beim Bau oder Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum auf städtischen Grundstücken.⁷⁵ Die Stadt bezuschusst jedes Kind unter 18 Jahren mit einem einmaligen Betrag von 3.000 €. Dadurch soll Familien mit Kindern die Schaffung von Wohneigentum erleichtert werden und Anreize für Interessenten aus dem Umland gegeben werden.

Diese Förderung gilt nur noch bis zum 30.09.2010 und wird aus finanziellen Gründen eingestellt.

⁷³ Vgl. Interview vom 19.07.2010 mit Herrn Burkhardt, siehe Anhang: Anlage 20.

⁷⁴ Vgl. Stadt Ludwigsburg: Die Masterpläne zu den Themenfeldern des Stadtentwicklungskonzepts „Chancen für Ludwigsburg“, http://www.ludwigsburg.de/servlet/PB/show/1261175/Masterplan2009_g.pdf, [Stand: 12.09.2010], Anlage 25.

⁷⁵ Vgl. Stadt Ludwigsburg: Ludwigsburger Baukindergeld: Richtlinien zur Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum in Ludwigsburg, <http://www.ludwigsburg.de/servlet/PB/show/1193242/Richtlinien%20Ludwigsburger%20Baukindergeld.pdf>, [Stand: 23.08.2010], Anlage 21.

b) Mietwohnungsbau

Die Stadt ist schon seit einigen Jahren im Bereich des Mietwohnungsbaus tätig. Sie mietet auch Wohnungen von Privatinvestoren an, vermietet diese an Wohnungssuchende weiter und gewährt in Abhängigkeit des zur Verfügung stehenden Einkommens eine Förderung an die Mieter.

Die Stadt bietet der Wohnungsbau Ludwigsburg und anderen Wohnbauträgern geeignete Grundstücke zum Bau von Mietwohnungen mit Belegungsrechten durch die Stadt an um der Bildung von sozialen Brennpunkten entgegenzusteuern.⁷⁶ Zur Entschärfung solcher sozialen Brennpunkte stellt die Stadt in jedem Neubaugebiet eine Baufläche zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses bereit.⁷⁷

c) Vielfältiges Wohnungsangebot

Mit dem Wohngebiet „Hartnacker Höhe“ ist auf einem ehemaligen Kasernengebiet ein Baugebiet entstanden, das ein breites Spektrum an Wohnangeboten für unterschiedliche Zielgruppen bereitstellt. Preiswerte Bauplätze für Familien mit Kindern, exklusives Wohnen, Mehrgenerationenwohnen, sowie „Wohnen und Arbeiten“ stehen in diesem Baugebiet zur Verfügung.

Mit einem Angebot von preiswerten Reihenhäusern und Mietwohnungen sollen Starterhaushalte, d.h. junge Menschen zwischen 25 und 40 Jahren angesprochen werden. Gerade dieser Zielgruppe, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn steht oder sich in der Familiengründungsphase befindet, soll dadurch der Erwerb von Wohneigentum erleichtert werden. Im Baugebiet „Hartnacker Höhe“ und „Sonnenberg“ werden für Starterhaushalte preisgünstige Reihenhäuser angeboten.

⁷⁶ Vgl. Stadt Ludwigsburg: Wohnpolitische Strategie, Ludwigsburg 2006, S. 37, Anlage 22.

⁷⁷ Vgl. ebenda, S.37, Anlage 22.

Für diejenigen, die weniger Geld haben, vor allem auch Studenten an den Ludwigsburger Hochschulen, werden kleinere und preisgünstigere Mietwohnungen angeboten.

d) Baugemeinschaften

Die Stadt unterstützt solche Baugruppen durch verschiedene Aktivitäten. Bei der Vermarktung des Baugebiets „Hartnacker Höhe“ wurden solche Baugruppen speziell berücksichtigt. Die Stadt stellt für diese Zielgruppen Grundstücke zur Verfügung. Die Grundstücke werden für diese Baugruppen reserviert, d.h. sie werden nicht anderweitig vermarktet.

Die Stadt kümmert sich außerdem um die Öffentlichkeitsarbeit, berät und vermittelt Interessenten an Baugemeinschaften. Durch solche Baugemeinschaften kann kostengünstig Wohneigentum geschaffen werden und es entstehen neue und verschiedene Wohnformen, die das Wohnungsangebot erweitern.

6.2.4.2 Künftig geplante Maßnahmen

Es sollen künftig in jedem Stadtteil Kinder- und Familienzentren (z.B. Kindertagesstätten, die eine Ganztagesbetreuung von Kindern ab einem Jahr anbieten) gebaut werden. Das „Gemeinschaftshaus“ soll als Infrastrukturvorteil dienen und eine Grundlage für die Betreuung schaffen. Die Schaffung und Ausweitung des Wohnangebots für alle Bevölkerungsgruppen wird weiterhin im Vordergrund stehen.

6.2.5 Eingesetzte Instrumente

Die Stadt Ludwigsburg setzt durch die Bereitstellung von Fördergeldern für das ‚Baukindergeld‘ Anreize für Familien. Die Stadt verfügt über einige städtische Grundstücke wie zum Beispiel im Baugebiet „Hartnacker Höhe“, die sie an Bauträger verkauft. Dadurch kann sie steuern, an welche Zielgruppen das Bauland vergeben wird. Bei der Grundstücksvergabe kann die Stadt den Anteil des Eigentums bzw. Mietwohnungsbaus

beeinflussen. Das Stadtentwicklungskonzept von Ludwigsburg beinhaltet Masterpläne, die für verschiedene Themenfelder festgelegt wurden. Im Masterplan „Attraktives Wohnen“ wurden Ziele, Maßnahmen und die Umsetzung für die kommunale Wohnungspolitik in Ludwigsburg festgelegt. Dieser Masterplan ist ein weiteres Instrument der Stadt.

Bei verschiedenen Baugebieten schreibt die Stadt Wettbewerbe für Investoren und Architekten aus.

Für die einzelnen Baugebiete wurden von der Stadt Ludwigsburg Projektgruppen gebildet, die sich um die anfallenden Aufgaben im jeweiligen Baugebiet kümmern. Aus der Projektgruppe wurde jeweils ein Ansprechpartner bestimmt, der für Bauwillige und Interessenten bereit steht. Eine weitere Projektgruppe kümmert sich speziell um die „Kommunale Wohnungspolitik“ in Ludwigsburg. Diese setzt sich aus Vertretern von verschiedenen Fachbereichen zusammen. Für Interessenten und Bauwillige bietet die Stadt ein „Bürgerbüro Bauen“ an, welches als Anlaufstelle für Fragen rund um das Thema „Bauen“ dient.

6.2.6 Konzepte

Anfang 2004 hat die Stadtverwaltung unter Einbeziehung des Gemeinderats und der Bevölkerung begonnen ein Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten um den künftigen Herausforderungen entgegen zu steuern. 2006 hat der Gemeinderat die erarbeiteten Leitsätze und Ziele für verschiedene Themenfelder wie zum Beispiel „attraktives Wohnen“, „kulturelles Leben“ oder „Wirtschaft und Arbeit“ in dem Stadtentwicklungskonzept „Chancen für Ludwigsburg“ beschlossen. Gleichzeitig wurden Masterpläne zum Stadtentwicklungskonzept erarbeitet. Dieser Masterplan wird aktualisiert und fortgeschrieben.

Momentan werden für die verschiedenen Handlungsfelder Indikatoren festgelegt, mit denen analysiert werden soll inwieweit die Ziele des Stadtentwicklungskonzepts bereits verwirklicht und umgesetzt wurden.

6.3 Göppingen im Vergleich mit Fellbach und Ludwigsburg

Alle drei Städte stehen aufgrund des künftigen Rückgangs ihrer Einwohnerzahl, den Veränderungen in der Altersstruktur und den negativen Wanderungssalden vor verschiedenen Herausforderungen. Dem demografischen Wandel versuchen sie unter anderem durch die Wohnungsbaupolitik entgegenzusteuern. Mit verschiedenen attraktiven Wohnungsangeboten sollen Bürgerinnen und Bürger gewonnen werden.

Die Städte Fellbach und Ludwigsburg weisen vor allem bei jungen Familien einen negativen Wanderungssaldo auf. Gründe liegen vor allem an den zu hohen Baulandpreisen und am unzureichenden Wohnungsangebot. Göppingen verbucht aufgrund persönlicher, wohnungsbezogener und wohnungsumfeldbedingten Gründen bei den jungen Haushalten einen negativen Wanderungssaldo. Die Abwanderungsgründe ins Umland können für Göppingen nur vermutet werden.

Durch attraktive Wohnangebote setzen sich Göppingen, Fellbach und Ludwigsburg zum Ziel die Abwanderung ins Umland zu stoppen und Neubürgerinnen und Neubürger zu gewinnen.

Durch Förderprogramme wie zum Beispiel das „Baukindergeld“ soll für Familien die Bildung von Wohneigentum erleichtert und Anreize für Interessenten aus dem Umland geschaffen werden. In Göppingen und Ludwigsburg erhalten Familien eine solche Förderung beim Bau oder Erwerb von Wohneigentum auf städtischen Grundstücken. In Fellbach dagegen gilt die Förderung für Familien für alle Grundstücke und nicht nur für die städtischen Grundstücke. Ludwigsburg wird ab 1. Oktober 2010 kein „Baukindergeld“ mehr vergeben.

Das Angebot Grundstücke im Wege des Erbbaurecht zu erwerben, stellt nur die Stadt Göppingen bereit. Dieses Angebot wird derzeit aufgrund des hohen Erbbauzinses nur selten in Anspruch genommen.

Die Idee ‚Arbeiten, Wohnen und Freizeit‘ zu vernetzen, versucht Göppingen im Stauferpark umzusetzen. Familienfreundliches Wohnen in der Innenstadt wird in Göppingen mit dem neuen Gebiet ‚Am Stadtgarten‘

angeboten. Ludwigsburg dagegen hat mit der Entwicklung zahlreicher neuer Baugebiete verschiedene Wohnangebote geschaffen. Das zurzeit sehr attraktive Wohngebiet ‚Hartnäcker Höhe‘ stellt für alle Bevölkerungsgruppen Wohnangebote zur Verfügung. Während im Stauferpark „Wohnen, Arbeiten und Freizeit“ sowie überwiegend Einfamilienhäuser angeboten werden, wird im Wohngebiet ‚Hartnäcker Höhe‘ in Ludwigsburg „Wohnen und Arbeiten“, exklusive Wohnangebote, preiswertere Angebote für Starterhaushalte und Familien, Baugemeinschaften oder Mehrgenerationenwohnen verwirklicht.

Für Fellbach ist umweltbewusstes Bauen von großer Bedeutung. Die Stadt stellt dafür Grundstücke zur Verfügung und unterstützt Erwerber eines solchen Grundstückes durch einen Zuschuss. So stehen mit der Passivhaussiedlung und den Plus-Energiehäusern die Aspekte des ökologischen Bauens für Fellbach im Vordergrund.

Die Wohnungsbau GmbH der Stadt Göppingen will durch den Kauf und die Modernisierung von alten Gebäuden in der Innenstadt eine ausgeglichene Bevölkerungsstruktur erzielen. Ludwigsburg steuert einer Bildung von sozialen Brennpunkten durch den Mietwohnungsbau entgegen, indem sie in jedem Neubaugebiet Grundstücke zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses zur Verfügung stellt.

Im Gegensatz zu Göppingen und Fellbach werden in Ludwigsburg Baugemeinschaften unterstützt. Die Stadt stellt dafür Baugrundstücke zur Verfügung und ist Anlauf- und Beratungsstelle für Interessenten an Baugemeinschaften. Die Stadt Ludwigsburg hat für Interessenten und Bauwillige ein „Bürgerbüro Bauen“ eingerichtet, das Anlaufstelle für Fragen im Bereich „Bauen“ ist.

7 Handlungsempfehlungen für die Stadt Göppingen

Im Vergleich mit Fellbach und Ludwigsburg hat sich gezeigt, dass die beiden Städte im Gegensatz zu Göppingen im Hinblick auf die künftige Bevölkerungsentwicklung und die Stadt-Umland-Wanderung deutlich stärker in der kommunalen Wohnungspolitik tätig sind. Durch ein vielfältiges Wohnungsangebot für alle Bevölkerungsgruppen schaffen Fellbach und Ludwigsburg Anreize, sich dort nieder zu lassen und beide Städte gewinnen gleichzeitig als Wohnstandort an Attraktivität. Im wohnungspolitischen Bereich hat die Stadt Göppingen noch einige Potenziale um der künftigen Einwohnerentwicklung entgegensteuern zu können.

Die Antwort auf die Frage, mit welchen Maßnahmen die Stadt Göppingen durch die Wohnungsbaupolitik dazu beitragen kann, dass die Einwohnerentwicklung weniger stark abnimmt, kann durch Handlungsvorschläge anhand der empirischen Untersuchung in Kapitel 5.2, den Motiven für Stadt-Umland-Wanderungen in Kapitel 5.1 und des Vergleichs mit Fellbach und Ludwigsburg gegeben werden.

Um Anreize für Neubürgerinnen und Neubürger zu schaffen und die Bevölkerung in Göppingen zu halten, muss das Wohnungsangebot erweitert werden, so dass für alle Bevölkerungsgruppen attraktive Angebote zur Verfügung stehen.

Mit dem „Stauferpark“ und dem neuen Wohnstandort „Am Stadtgarten“ stellt Göppingen Wohnangebote bereit. Durch den „Stauferpark“ erhofft sich die Stadt, insbesondere Personen aus dem Raum Stuttgart ansprechen und gewinnen zu können. Dies konnte bis jetzt aber noch nicht richtig umgesetzt werden.⁷⁸ Ein Grund liegt darin, dass die Lage des Stauferparks zu weit von der Innenstadt entfernt ist und die Bewohner aufgrund eines nicht ausreichenden öffentlichen Nahverkehrsnetzes auf Autos angewiesen sind.⁷⁹ Des Weiteren wird bemängelt, dass keine große

⁷⁸ Vgl. Interview vom 25.08.2010 mit Herrn Brinker, Anlage 23.

⁷⁹ Vgl. ebenda, Anlage 23

Auswahl an besonderen Wohnangeboten vorhanden ist⁸⁰ Durch die Entwicklung von Wohngebieten, die individuelle Wohnangebote für alle Zielgruppen zur Verfügung stellen (siehe Stadt Ludwigsburg Wohngebiet „Hartnacker Höhe“) könnte die Stadt Göppingen als Wohnstandort an Attraktivität gewinnen.

Insbesondere sollte eine Erweiterung des Wohnangebots für Familien und junge Ein- und Zweipersonenhaushalte im Vordergrund stehen. Preisgünstiges Wohnen für so genannte Starterhaushalte wird in Göppingen zu wenig angeboten. Deshalb sollte für solche Haushalte künftig ein preiswertes Wohnungsangebot (z.B. Bildung oder Erwerb von preiswerten Reihenhäusern) bereitgestellt werden. Dadurch können Umzüge ins Umland von jungen preissensiblen Haushalten, die sich beispielsweise am Beginn des Berufslebens befinden, verhindert werden und gleichzeitig Zuzüge von Neubürgerinnen und Neubürgern erzielt werden.

Im Bereich des ökologischen Bauens, wie vergleichsweise in der Stadt Fellbach mit ihren Plus-Energie-Häusern, könnte die Stadt Göppingen Maßnahmen ergreifen um energiebewusste Bevölkerungsgruppen anzusprechen.

Einer negativen Bevölkerungsentwicklung kann die Stadt entgegenwirken, indem sie Interessenten und Bauwilligen ermöglicht, Bauvorhaben in Baugemeinschaften zu realisieren. Durch die Unterstützung der Stadt können solchen Baugemeinschaften Grundstücke zur Verfügung gestellt werden. Als Ansprechpartner oder Vermittler von Interessenten an Baugemeinschaften kann die Stadt zusätzlich fungieren.

Wettbewerbe für Investoren und Architekten auszuschreiben, die für bestimmte Themen ein Konzept wie zum Beispiel familienfreundliches Wohnen oder ökologisches Bauen entwickeln und verwirklichen, wäre eine weitere Möglichkeit für Göppingen als Wohnstandort an Attraktivität zu gewinnen. Die Einrichtung eines „Bürgerbüros Bauen“ als Anlauf- und Beratungsstelle für Interessenten kann empfohlen werden.

⁸⁰ Vgl. Telefoninterview vom 27.08.2010 mit Herrn Maier, Anlage 11.

8 Schlussfolgerung

Durch die immer älter werdende Bevölkerung und den Rückgang der Bevölkerungszahl versuchen viele Städte durch verschiedene Handlungsfelder und Angebote wie zum Beispiel ein gut ausgebautes Kinderbetreuungsangebot insbesondere junge Familien in der Stadt zu halten und zu gewinnen.

Bei der Untersuchung der Stadt Fellbach und Stadt Ludwigsburg und im anschließenden Vergleich hat sich gezeigt, dass durch eine aktive Wohnungspolitik zu einer positiven Bevölkerungsentwicklung beigetragen werden kann. Durch attraktive Wohnangebote profitiert die Stadt Ludwigsburg von dem Wohnungsmangel der Stadt Stuttgart. Die Stadt Göppingen könnte durch individuelle Wohnangebote in attraktiven Lagen auch von diesem Mangel profitieren. Personen aus dem Raum Stuttgart wird ermöglicht, preisgünstiges Wohneigentum in Göppingen zu erwerben.

Um einer künftigen negativen Einwohnerentwicklung entgegenzusteuern und als Wohnstandort an Attraktivität gewinnen zu können, muss die Stadt Göppingen verstärkt in der Wohnungsbaupolitik tätig werden. Es fehlen insbesondere Angebote für junge Familien, Ein- und Zweipersonenhaushalte, denen dadurch die Bildung von qualitativem und preiswertem Wohneigentum ermöglicht wird.

Aufgrund des demografischen Wandels ist es unbedingt erforderlich neue Strategien in der Wohnungsbaupolitik zu entwickeln und umzusetzen, die sich an den Bedürfnissen der heutigen Haushaltsformen orientieren. Mit individuellen Wohnungsangeboten und Förderprogrammen kann es der Stadt Göppingen gelingen, dass die Bevölkerung in Göppingen gehalten wird und dass Familien durch Zuzüge gewonnen werden.

Literaturhinweise

Aring/Jürgen, Herfert/Günter: Neue Muster der Wohnsuburbanisierung, in: Brake/Klaus, Dangschat/Jens S., Herfert/Günter (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland, Opladen 2001, S. 43 – 56

Große Starmann, Carsten/Schmidt, Kerstin: Kommunen im demographischen Wandel: Trends und Handlungsstrategien, in: Frech, Siegfried/Reschl, Richard (Hrsg.): Urbanität neu planen: Stadtplanung, Stadtumbau, Stadtentwicklung, Schwalbach/Ts. 2010, S. 87 - 101

Häder, Michael: Empirische Sozialforschung: Eine Einführung, 1. A., Wiesbaden 2006

Jörissen/Juliane, Coenen/Reinhard: Sparsame und schonende Flächennutzung, Berlin 2007

Lampert/Heinz, Althammer/Jörg: Lehrbuch der Sozialpolitik, 8. A., Berlin u.a. 2007

Roloff, Juliane: Demographischer Faktor, Hamburg 2003

Stadt Göppingen (Hrsg.): Göppingen 2030, Konzept für die städtebauliche Entwicklung, Göppingen u.a. 2009

Stadt Ludwigsburg: Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg, Ludwigsburg 2006

Stadtplanungsamt Fellbach (Hrsg.): Stadtentwicklungsbericht Fellbach 2008, Fellbach 2008

Zapf, Katrin: Haushaltsstrukturen und Wohnverhältnisse, in: Flagge, Ingeborg (Hrsg.): Geschichte des Wohnens, Bd. 5, Stuttgart 1999, S. 565 -614

Internetquellen:

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Glossar,
<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html#c1483>,
[Stand: 14.08.2010]

Gutachterausschuss für die Ermittlung von Grundstückswerten in Ludwigsburg (Hrsg.): Immobilienmarkt 2009: Jahresbericht,
http://www.ludwigsburg.de/servlet/PB/show/1277636_11/Immobilienmarktbericht2009.pdf,
[Stand: 26.08.2010]

Schader Stiftung: Vielfältige Lebensformen, http://www.schaderstiftung.de/gesellschaft_wandel/377.php,
[Stand: 26.08.2010]

Schader Stiftung: Wandel der Lebensstile, http://www.schaderstiftung.de/wohn_wandel/836.php,
[Stand: 10.09.2010]

Stadt Göppingen: Erbbaurecht, <http://www.goepingen.de/servlet/PB/menu/1043576/index.html>,
[Stand: 31.08.2010]

Stadt Göppingen: Familienförderung der Stadt Göppingen, <http://www.goepingen.de/servlet/PB/menu/1146332/index.html>,
[Stand: 30.08.2010]

Stadt Ludwigsburg: Ludwigsburger Baukindergeld: Richtlinien zur Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum in Ludwigsburg, <http://www.ludwigsburg.de/servlet/PB/show/1193242/Richtlinien%20Ludwigsburger%20Baukindergeld.pdf>,
[Stand: 23.08.2010]

Stadt Ludwigsburg: Die Masterpläne zu den Themenfeldern des Stadtentwicklungskonzepts „Chancen für Ludwigsburg“, http://www.ludwigsburg.de/servlet/PB/show/1261175/Masterplan2009_g.pdf,
[Stand: 12.09.2010]

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 - 12.koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung-, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2009/Bevoelkerung/pressebroschuere__bevoelkerungsentwicklung2009,property=file.pdf,
[Stand: 09.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Gemeindegebiet, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte seit 1997 (jährlich) Fortschreibungen (31.12.), Landkreis Göppingen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=01&T=01515023&E=KR&R=KR117>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 (jährlich) nach 5 Altersgruppen *) - mit Wanderungen -, Landkreis Göppingen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=03&T=98015021&E=KR&R=KR117>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerung insgesamt und Ausländer seit 1996 (jährlich), Region Stuttgart, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=02&T=99045010&E=RV&R=RV11>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerungsstand 1990 bis 2004 (jährlich) Fortschreibungen jeweils zum 31.12. des Jahres, Region Stuttgart, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?R=RV11&H=BevoelkGebiet&U=02&T=01035013>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerungsstand seit 2005 (jährlich) Fortschreibungen jeweils zum 31.12. des Jahres, Region Stuttgart, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?R=RV11&H=BevoelkGebiet&U=02&T=01035014>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 (jährlich) nach 5 Altersgruppen *) - mit Wanderungen -, Region Stuttgart, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=03&T=98015021&E=RV&R=RV11>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Arbeitslose insgesamt nach Alter und Geschlecht (Jahresdurchschnitt) seit 2000 (jährlich), <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=01&T=03035012&E=GE&K=117&R=GE117026>,
[Stand: 13.09.2010].

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerungsbilanzen 1999 bis 2009 (jährlich) nach Geschlecht, Stadt Göppingen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=02&T=99045020&E=GE&K=117&R=GE117026>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerung insgesamt und Ausländer seit 1996 (jährlich), Stadt Göppingen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=02&T=99045010&E=GE&K=117&R=GE117026>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerungsstand 1990 bis 2004 (jährlich) Fortschreibungen jeweils zum 31.12. des Jahres, Stadt Göppingen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?R=GE117026&H=BevoelkGebiet&U=02&T=01035013>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Bevölkerungsstand seit 2005 (jährlich) Fortschreibungen jeweils zum 31.12. des Jahres, Stadt Göppingen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?R=GE117026&H=BevoelkGebiet&U=02&T=01035014>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Gemeindegebiet, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte seit 1997 (jährlich) Fortschreibungen (31.12.), Stadt Göppingen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=01&T=01515023&E=GE&K=117&R=GE117026>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort seit 2008 (jährlich) nach Wirtschaftsbereichen (WZ 2008) , Stadt Göppingen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=02&T=03025014&E=GE&K=117&R=GE117026>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Berufspendler*) über die Gemeindegrenzen seit 2003, Stadt Göppingen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=03&T=03025006&E=GE&K=117&R=GE117026>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 (jährlich) nach 5 Altersgruppen *)- mit Wanderungen -, Stadt Göppingen, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=03&T=98015021&E=GE&K=117&R=GE117026>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort seit 2008 nach Wirtschaftsbereichen, Stadt Fellbach, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=02&T=03025014&E=GE&K=119&R=GE119020>,
[Stand: 10.09.2010]

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort seit 2008 nach Wirtschaftsbereichen, Stadt Ludwigsburg, <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=02&T=03025014&E=GE&K=118&R=GE118048>,
[Stand: 10.09.2010]

Erklärung

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

Datum, Unterschrift: _____

**Anlage 1: Fragebogen zu den Gründen von Umzügen aus
Göppingen ins Göppinger Umland**

Fragebogen zu den Gründen von Umzügen aus Göppingen ins Göppinger Umland

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Zeit fertige ich meine Bachelorarbeit beim Fachbereich Stadtentwicklung/Stadtplanung der Stadt Göppingen. Mit dieser Umfrage möchte ich die Gründe herausfinden, die für die Umzüge aus Göppingen ins Göppinger Umland verantwortlich sind.

Aus diesen Antworten soll abgeleitet werden, was die Stadt Göppingen im Bereich „Wohnen“ verbessern kann.

Ich möchte Sie bitten, die folgenden Fragen zu beantworten und den ausgefüllten Fragebogen bis spätestens **Freitag, 04.09.2010** an folgende Adresse zurück zu schicken:

Andrea Weber
Bergstr. 13
72587 Donnstetten

Ich sichere Ihnen zu, dass alle Ihre angegebenen Daten anonym behandelt werden.

Freundliche Grüße

Andrea Weber

1. Bitte machen Sie zunächst einige persönliche Angaben

1.1 Geschlecht:

weiblich

männlich

1.2 Alter des Haushaltsvorstandes (in Jahren):

unter 18

18-25

26-35

36-45

46-59

60 und älter

1.3 Haushaltstyp:

Einpersonenhaushalt
ein Elternteil mit Kind

Paar ohne Kind
Wohngemeinschaft

Paar mit Kind(er)
Sonstiges

1.4 Familienstand:

verheiratet
getrennt lebend

nicht verheiratet
geschieden

verwitwet
Sonstiges

1.5 Alter und Geschlecht der in Ihrem Haushalt lebenden Personen:

	Geburtsjahr	Geschlecht	
		Männlich	Weiblich
Sie selbst	_____		
2. Person	_____		
3. Person	_____		
4. Person	_____		
5. Person	_____		
6. Person	_____		

1.6 Höchster Bildungsabschluss:

Volks-/Hauptschulabschluss	Mittlere Reife	Abitur/Fachhochschulreife
Hochschulabschluss	Abgeschlossene Lehre	Meisterprüfung
Kein (Schul-) Abschluss	Sonstiges	

1.7 Berufliche Stellung:

Nicht berufstätig	Angestellte(r)	Arbeiter(in)
Beamte(r)	Auszubildende(r)	Hausfrau/-mann
Rentner(in)	Selbständige(er)	Schüler(in)
Student(in)	Sonstiges	

2. ***Bitte geben Sie an aus welchen Gründen Sie Göppingen verlassen/ verlassen haben***

*(Bitte kreuzen Sie in der Skala von 1 bis 5 pro Zeile nur eine Möglichkeit an)
 1=trifft völlig zu, 2=trifft zu, 3=trifft weder völlig zu noch trifft überhaupt nicht zu, 4=trifft weniger zu, 5=trifft überhaupt nicht zu*

2.1

	1	2	3	4	5
1 Zusammenzug mit dem Partner					
2 Berufliche Gründe					
3 Gesundheitliche Gründe					
4 Erwerb einer Eigentumswohnung/eines Eigenheim					
5 Zu hohe Bauplatzkosten					
6 Zu hohe Wohnkosten (z.B. Miete zu hoch)					
7 Wunsch nach „Wohnen im Grünen“					
8 Wohnung/Haus ist zu klein					
9 Zu hohe Lärm-/Verkehrsbelastung					
10 Unzufriedenheit mit dem: → Schulangebot → Betreuungsangebot (z.B. Kindergärten)					

- Freizeit- und Sportangebot
- sozialem Umfeld/Nachbarn
- kulturellem Angebot

- 11 Zu hohe Kriminalität
- 12 Zu hohe Mobilitätskosten
- 13 Sonstige Gründe

3. Bitte geben Sie Ihren alten Wohnort in Göppingen und Ihren neuen Wohnort an

3.1	Alter Wohnort	Neuer Wohnort
	PLZ/Gemeinde _____	_____
	Stadtteil _____	_____
	Straße _____	_____

4. Bitte vergleichen Sie Ihre jetzige Wohnung mit der Vorherigen

	Jetzige	Vorherige
4.1 <u>Wohnform:</u>		
1. Einfamilienhaus		
2. Doppel-/Reihenhaus		
3. Mehrfamilienhaus		
4. Alten-/Pflegeheim		
5. Sonstiges		
4.2 <u>Wohnen Sie zur Miete oder im Eigentum?</u>	Miete	Eigentum

5. Könnten Sie sich vorstellen wieder nach Göppingen zurückzukehren?

- 5.1 Ja Nein

Falls ja, unter welchen Umständen würden Sie nach Göppingen zurückkehren?

Vielen Dank für Ihre Teilnahme an dieser Umfrage!

**Anlage 2: Internetseite: Berlin-Institut für Bevölkerung und
Entwicklung**

Berlin – Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Glossar

(Auszugsweise)

Geburtenrate, rohe

(auch Geburtenziffer, rohe; Geburtenziffer, allgemeine, engl. crude birth rate)

Die rohe Geburtenrate bezeichnet die Zahl der lebendgeborenen Kinder pro Jahr je 1000 Einwohner eines Gebietes. Anders als Fertilitätsraten werden also hier die Geburten nicht nur auf Frauen im gebärfähigen Altern, sondern auf die Gesamtpopulation bezogen. Altersstruktureffekte können sich so in rohen Geburtenraten deutlich bemerkbar machen.

$$g = \frac{G_{t_0 \rightarrow t_1}}{B_{t_0 \rightarrow t_1}} \times 1.000$$

g	rohe Geburtenrate
$G_{t_0 \rightarrow t_1}$	Anzahl der im Zeitintervall (t_0, t_1) lebend geborenen Kinder
$\bar{B}_{t_0 \rightarrow t_1}$	Durchschnittsbevölkerung im Zeitintervall (t_0, t_1)

Beispiel:

Geburten in Deutschland 2007: 684.900, Durchschnittsbevölkerung: 82.218.000

$$g = \frac{684.900}{82.218.000} \times 1.000 = 8,3$$

Im Jahr 2007 wurden in Deutschland je 1.000 Einwohner 8,3 Kinder lebend geboren. In der Türkei waren dies im Jahr 2007 19,4 und in Norwegen 12,4 Kinder je 1.000 Einwohner.

Lebenserwartung

Die Lebenserwartung bezeichnet die durchschnittliche Zahl der zu erwartenden Lebensjahre einer Person unter der Annahme, dass die gegenwärtigen altersspezifischen Sterbeziffern konstant bleiben. Die Lebenserwartung wird entweder für die Neugeborenen (Lebenserwartung bei Geburt) oder für ein bestimmtes Alter (fernere Lebenserwartung, die Zahl noch zu erwartender Lebensjahre) angegeben. Siehe auch Sterbetafel.

Beispiel:

Deutschland¹⁾: Lebenserwartung Neugeborener (in Jahren)

	1960	1970	1980	1990	2000	2007
Männlich	66,5	67,5	69,6	72,0	75,1	76,9
Weiblich	71,7	73,6	76,2	78,5	81,2	82,3

1) bis 1990 nur früheres Bundesgebiet = Westdeutschland

Wanderungssaldo

(auch Wanderungsbilanz, Nettowanderung, Migrationssaldo, engl. net migration)

Die Wanderungsbilanz bzw. der Wanderungssaldo ist die Differenz aus der Zahl der Zuzüge und der Fortzüge in bzw. aus einer Raumeinheit innerhalb eines Zeitraumes (i.d.R. innerhalb eines Kalenderjahres).

$$W = I_{t_0 \rightarrow t_1} - E_{t_0 \rightarrow t_1}$$

W	Wanderungssaldo bezogen auf das Zeitintervall (t_0, t_1)
$I_{t_0 \rightarrow t_1}$	Anzahl der zugezogenen Personen (Immigranten) im Zeitintervall (t_0, t_1)
$E_{t_0 \rightarrow t_1}$	Anzahl der abgewanderten Personen (Emigranten) im Zeitintervall (t_0, t_1)

Beispiel:

Deutschland verzeichnete im Jahr 2007 680.800 Zuzüge und 636.900 Fortzüge. Der Wanderungssaldo beträgt also 43.900 Personen.

BEVÖLKERUNG DEUTSCHLANDS BIS 2060

12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung



**Begleitmaterial
zur Pressekonferenz
am 18. November 2009
in Berlin**

Statistisches Bundesamt

BEVÖLKERUNG DEUTSCHLANDS BIS 2060

12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Gruppe ID, Pressestelle,
Gruppe VIA, „Demografische Modellrechnungen“

Internet: www.destatis.de

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Gruppe VIA

Tel.: +49 (0) 611 / 75 22 42

Fax: +49 (0) 611 / 75 30 69

E-Mail: demografie@destatis.de

Journalistische Anfragen:

Pressestelle

Tel.: +49 (0) 611 / 75 34 44

Fax: +49 (0) 611 / 75 39 76

E-Mail: presse@destatis.de

Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt

Allgemeine Informationen zum Datenangebot:

Informationsservice

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt

Diese Broschüre ist anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 18. November 2009 veröffentlicht worden. Ihre Grundlage bilden die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

1	Kurzfassung	5
2	Einführung	9
3	Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung	11
	3.1 Bevölkerungsrückgang	12
	3.2 Veränderungen im Altersaufbau.....	14
	3.3 Rückgang und Alterung der Bevölkerung im Erwerbsalter	17
	3.4 Erheblich mehr Senioren im Verhältnis zur Bevölkerung im Erwerbsalter	19
4	Annahmen zur Entwicklung der Geburten, der Lebenserwartung und der Wanderungen	23
	4.1 Geburten	23
	4.2 Lebenserwartung.....	29
	4.3 Außenwanderungen	31
 Anhang		
	A - Varianten der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung	37
	B - Tabellen.....	39
	C - Glossar	47
	D - Animierte Alterspyramide im Internet.....	49

1 Kurzfassung

Die 12. Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland, die zwischen den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern koordiniert wurde, zeigt die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060. Die künftigen Veränderungen in der Größe und – vor allem – im Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands werden quantifiziert und die Auswirkungen der aus heutiger Sicht absehbaren demografischen Entwicklungen aufgezeigt. Deutlich werden dabei die Langfristigkeit und Beständigkeit der bevölkerungsdynamischen Prozesse. Die Vorausberechnung beruht auf Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland, woraus sich insgesamt 12 Varianten der zukünftigen Entwicklung ergeben.

*Die Vorausberechnung
reicht bis 2060*

Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Die Ergebnisse werden hier anhand von zwei Varianten beschrieben, welche die Entwicklung unter der Annahme annähernd konstanter Geburtenhäufigkeit, eines Anstiegs der Lebenserwartung um etwa acht (Männer) beziehungsweise sieben Jahre (Frauen) und eines Wanderungssaldos von 100 000 oder 200 000 Personen im Jahr aufzeigen. Diese Varianten markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau entwickeln werden, wenn sich die aktuellen demografischen Trends fortsetzen. Sie werden als Unter- und Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung bezeichnet.

Die Geburtenzahl wird künftig weiter zurückgehen. Die niedrige Geburtenhäufigkeit führt dazu, dass die Anzahl potenzieller Mütter immer kleiner wird. Die jetzt geborenen Mädchenjahrgänge sind bereits zahlenmäßig kleiner als die ihrer Mütter. Sind diese Mädchen einmal erwachsen und haben ebenfalls durchschnittlich weniger als 2,1 Kinder, wird die künftige Kinderzahl weiter sinken, weil dann auch weniger potenzielle Mütter leben.

*Künftig weniger
Geburten*

Die Zahl der Sterbefälle wird – trotz steigender Lebenserwartung – zunehmen, weil die stark besetzten Jahrgänge ins hohe Alter hineinwachsen werden.

Mehr Sterbefälle

Die Zahl der Gestorbenen übersteigt die Zahl der Geborenen immer mehr. Das dadurch rasant wachsende Geburtendefizit kann nicht von der Nettozuwanderung kompensiert werden. Die Bevölkerungszahl in Deutschland, die bereits seit 2003 rückläufig ist, wird demzufolge weiter abnehmen. Bei der Fortsetzung der aktuellen demografischen Entwicklung wird die Einwohnerzahl von circa 82 Millionen am Ende des Jahres 2008 auf etwa 65 (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) beziehungsweise 70 Millionen (Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) im Jahr 2060 abnehmen.

*Wachsendes Geburten-
defizit führt zur Abnahme
der Bevölkerung*

Das Altern der heute stark besetzten mittleren Jahrgänge führt zu gravierenden Verschiebungen in der Altersstruktur. Im Ausgangsjahr 2008 bestand die Bevölkerung zu 19% aus Kindern und jungen Menschen unter 20 Jahren, zu 61% aus 20- bis unter 65-Jährigen und zu 20% aus 65-Jährigen und Älteren. Im Jahr 2060 wird bereits jeder Dritte (34%) mindestens 65 Lebensjahre durchlebt haben und es werden doppelt so viele 70-Jährige leben, wie Kinder geboren werden.

*Die Relationen zwischen
Alt und Jung
werden sich stark
verändern*

Die Alterung schlägt sich insbesondere in den Zahlen der Hochbetagten nieder. Im Jahr 2008 lebten etwa 4 Millionen 80-Jährige und Ältere in Deutschland, dies entsprach 5% der Bevölkerung. Ihre Zahl wird kontinuierlich steigen und mit über 10 Millionen im Jahr 2050 den bis dahin höchsten Wert erreichen. Zwischen 2050 und 2060 sinkt dann die Zahl der Hochbetagten auf 9 Millionen. Es ist also damit zu rechnen, dass in fünfzig Jahren etwa 14% der Bevölkerung – das ist jeder Siebente – 80 Jahre oder älter sein wird.

Alterung und Abnahme der Bevölkerung im Erwerbsalter

Ähnlich wie die Bevölkerung insgesamt wird auch die Bevölkerung im Erwerbsalter (hier: von 20 bis 65 Jahren) deutlich altern und schließlich schrumpfen. Heute gehören knapp 50 Millionen Menschen dieser Altersgruppe an. Ihre Zahl wird erst nach 2020 deutlich zurückgehen und 2035 etwa 39 bis 41 Millionen betragen. 2060 werden dann etwa 36 Millionen Menschen im Erwerbsalter sein (-27%), falls der Saldo der Zu- und Fortzüge jährlich etwa 200 000 Personen betragen wird. Fällt die Nettozuwanderung nur halb so hoch aus, gibt es 2060 ein noch kleineres Erwerbspersonenpotenzial: knapp 33 Millionen oder -34% gegenüber 2008.

Bevölkerung im Erwerbsalter wird stark durch die Älteren geprägt sein

Die Abnahme der Zahl der 20- bis 65-Jährigen insgesamt geht mit einer Verschiebung hin zu den Älteren im Erwerbsalter einher. Zurzeit gehören 20% der Menschen im erwerbsfähigen Alter zur jüngeren Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen, 49% zur mittleren Altersgruppe von 30 bis unter 50 Jahren und 31% zur älteren von 50 bis unter 65 Jahren. Eine besonders einschneidende Veränderung der Altersstruktur erwartet die deutsche Wirtschaft zum ersten Mal bereits in zehn Jahren, zwischen 2017 und 2024. In diesem Zeitraum wird das Erwerbspersonenpotenzial jeweils zu 40% aus 30- bis unter 50-Jährigen und 50- bis unter 65-Jährigen bestehen.

Altenquotient für 65 Jahre verdoppelt sich fast bis 2060.....

Der Bevölkerung im Erwerbsalter werden künftig immer mehr Seniorinnen und Senioren gegenüberstehen. Im Jahr 2008 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) 34 Ältere (65 oder mehr Jahre). Bis Ende der 2030er Jahre wird dieser so genannte Altenquotient besonders schnell, um über 80%, ansteigen. Im Jahr 2060 werden dann je nach Ausmaß der Zuwanderung 63 oder 67 potenziellen Rentenbeziehern 100 Personen im Erwerbsalter gegenüber stehen. Auch bei einer Heraufsetzung des Renteneintrittsalters wird der Altenquotient für 67-Jährige und Ältere 2060 deutlich höher sein, als es heute der Altenquotient für 65-Jährige und Ältere ist.

..... für 67 Jahre steigt er stark an

Annahmen

Alle drei Annahmen zur Geburtenhäufigkeit auf niedrigem Niveau

Die **Geburtenhäufigkeit** bleibt insgesamt auf einem niedrigen Niveau. Vor diesem Hintergrund werden drei Optionen angenommen. Diese ergeben sich aus dem Zusammenwirken langfristiger Trends und gegenwärtiger Tendenzen.

Die Hauptannahme geht von der Fortsetzung der wichtigsten langfristigen Trends bis 2020 aus: Die zusammengefasste Geburtenziffer bleibt auf dem Niveau von 1,4 Kindern je Frau bei einem gleichzeitigen Anstieg des durchschnittlichen Gebäralters um circa 1,6 Jahre. Im Zeitraum von 2021 bis 2060 werden die Geburtenverhältnisse dann als konstant angenommen.

Die zweite Annahme setzt eine allmähliche Zunahme der Geburtenhäufigkeit auf 1,6 Kinder je Frau bis 2025 voraus, wobei das durchschnittliche Alter bei Geburt um circa 1,1 Jahre zunimmt. Im Zeitraum von 2026 bis 2060 bleibt die Geburtenhäufigkeit konstant.

Die dritte Annahme geht dagegen von einem allmählichen Rückgang der Geburtenhäufigkeit bis zum Jahr 2060 auf 1,2 Kinder je Frau aus, bei einer Zunahme des durchschnittlichen Gebäralters um rund 2,0 Jahre.

Zwei Annahmen zum Anstieg der Lebenserwartung

Die **Lebenserwartung** nimmt weiter zu. Zur Entwicklung der Lebenserwartung wurden zwei Annahmen getroffen, welche sich aus einem kurzfristigen (seit 1970) und einem langfristigen (seit 1871) Trend der Sterblichkeitsentwicklung ergeben.

In der Basisannahme ergibt sich für das Jahr 2060 für Männer eine durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt von 85,0 Jahren und für Frauen von 89,2 Jahren. Das ist ein Zuwachs von 7,8 beziehungsweise 6,8 Jahren im Vergleich zur Lebenserwartung in Deutschland im Zeitraum 2006/2008. Die Differenz in der Lebenserwartung von Männern und Frauen verringert sich bis 2060 von 5,2 auf 4,2 Jahre. 65-jährige Männer können immer noch mit weiteren 22,3 beziehungsweise Frauen mit 25,5 Jahren rechnen. Das sind jeweils rund 5 Jahre mehr als 2006/2008.

Bei der zweiten Annahme wird von einem höheren Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt ausgegangen. Sie erreicht für Männer 87,7 und für Frauen 91,2 Jahre im Jahr 2060. Das sind für Männer 10,6 Jahre beziehungsweise für Frauen 8,8 Jahre mehr als 2006/2008. Die Differenz in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen sinkt von 5,2 auf 3,5 Jahre. 65-jährige Männer können noch 24,7, gleichaltrige Frauen 27,4 weitere Lebensjahre erwarten.

Zum künftigen **Wanderungssaldo** werden zwei Annahmen getroffen. Mittel- bis langfristig wird in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung von einer allmählichen Erhöhung des Saldos der Zu- und Fortzüge ausgegangen. Es wird unterstellt, dass sich der Saldo auf einem Niveau bewegen wird, das dem beobachteten langfristigen Durchschnitt entspricht.

In der ersten Annahme steigt der jährliche Wanderungssaldo bis zum Jahr 2014 auf 100 000 Personen und verharrt dann auf diesem Niveau. In der zweiten Annahme werden ein Anstieg des jährlichen Wanderungssaldos auf 200 000 Personen bis zum Jahr 2020 und anschließende Konstanz unterstellt. Daraus ergibt sich ein Korridor, in dem sich das zukünftige Wanderungsgeschehen abspielen dürfte. Diese Werte sind als langjährige Durchschnitte zu interpretieren; die tatsächlichen Wanderungssalden werden aller Voraussicht nach starken Schwankungen unterliegen.

*Nettozuwanderung
100 000 und 200 000
Personen pro Jahr*

2 Einführung

Bevölkerungsvorausberechnungen liefern auf die Zukunft gerichtete Basisinformationen für politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse. Sie verdeutlichen die Auswirkungen heute bereits angelegter Strukturen und erkennbarer Veränderungen auf die künftige Bevölkerung. Zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen werden inzwischen regelmäßig vorgelegt. Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung erstreckt sich bis zum Jahr 2060 und umfasst mehrere Varianten. Diese erlauben zum einen die aus heutiger Sicht absehbaren künftigen Entwicklungen aufzuzeigen und zum anderen über den Einfluss der einzelnen demografischen Komponenten – Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungen – auf die Bevölkerungsentwicklung zu urteilen.

Veränderungen in der Bevölkerung vollziehen sich sehr allmählich und kontinuierlich. Aus diesem Grund zeigt die neue Bevölkerungsvorausberechnung im Vergleich zur 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung kein völlig neues Bild der demografischen Zukunft Deutschlands. Mit der neuen Vorausberechnung wird vielmehr angestrebt, dieses Bild mit Hilfe von aktualisierten Annahmen zu justieren und den Zeithorizont um zehn Jahre bis 2060 zu erweitern.

Auch mit der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird kein Anspruch erhoben, die Zukunft bis 2060 vorherzusagen. Es wird gezeigt, wie sich die Bevölkerungszahl und die Bevölkerungsstruktur unter getroffenen Annahmen entwickeln würden. Die Annahmen zu Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungen beruhen auf Untersuchungen der Verläufe dieser Komponenten im Zeit- und Ländervergleich sowie auf Hypothesen über die aus heutiger Sicht erkennbaren Entwicklungstrends (Kapitel 4). Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen mit zunehmender Vorausberechnungsdauer immer schwerer vorhersehbar ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter.

Daneben bestehen weitere zusätzliche Unsicherheiten, die mit der Datenbasis zusammenhängen: Die Ausgangsdaten zum Bevölkerungsstand stammen aus der Bevölkerungsfortschreibung, die mit zunehmendem Abstand von der letzten Volkszählung ungenauer werden. Die letzten Volkszählungen fanden im früheren Bundesgebiet 1987 und in der ehemaligen DDR 1981 statt. Die seitdem auf der Grundlage von Meldungen zu Geburten, zu Sterbefällen sowie zu Zu- und Fortzügen von Jahr zu Jahr fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen können erst nach der Auswertung des Zensus 2011 neu justiert werden. Schätzungen gehen von einer Überhöhung der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl aus. Da eine Bevölkerungsvorausberechnung jedoch keine Vorhersage ist, sondern zum Ziel hat, langfristige Veränderungen im Altersaufbau und in der Bevölkerungsgröße in der Zukunft sichtbar zu machen, beeinträchtigt diese Unsicherheit die Aussagekraft der Ergebnisse nur unwesentlich.

Die aktuelle 12. zwischen den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung liefert Ergebnisse sowohl für Deutschland insgesamt als auch für die einzelnen Bundesländer, die auf abgestimmten Annahmen und gleichen Berechnungsmethoden beruhen. In dieser Broschüre werden ausgewählte Ergebnisse für Deutschland dargestellt. Die ausführlichen Ergebnisse stehen im Internet zum kostenlosen Download bereit (www.destatis.de/shop, Stichwort „Bevölkerung 2060“). Die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung werden dort auch anhand der animierten Bevölkerungspyramiden veranschaulicht (<http://www.destatis.de/bevoelkerungspyramide>). Die Ergebnisse für die Bundesländer stehen zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung.

Dank an den Expertenkreis

Das Statistische Bundesamt hat zur wissenschaftlichen Begleitung seiner Bevölkerungsvorausrechnungen ein Expertengremium einberufen. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, Fachleute, die eigene Vorausrechnungen durchführen, und besonders interessierte Nutzer an. Sie präsentieren und diskutieren in diesem Rahmen auch eigene Arbeiten.

Die Annahmen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung wurden im Expertenkreis „Bevölkerungsvorausrechnungen“ beraten. Das Statistische Bundesamt dankt für die wertvolle Unterstützung bei der Erstellung der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung:

Professor Dr. Herwig Birg

Christian Bökenheide (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.)

Ivar Cornelius (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg)

Professor Dr. Eckart Bomsdorf (Universität Köln)

Privatdozent Dr. Jürgen Flöthmann (Universität Bielefeld)

Professor Dr. Heinz Grohmann

Ulrich Hußing (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein)

Dr. Roland Rau (Max Planck Institut für Demografische Forschung Rostock)

Claus Schlömer (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)

Dr. Erika Schulz (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin)

3 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung umfassen zwölf Varianten. Diese ergeben sich aus der Kombination der Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland¹⁾. Die Ergebnisse all dieser Modellrechnungen bestätigen: Deutschlands Bevölkerung nimmt ab, seine Einwohner werden älter und es werden – auch wenn eine leicht steigende Geburtenhäufigkeit unterstellt wird – noch weniger Kinder geboren als heute.

Im Folgenden werden die Ergebnisse schwerpunktmäßig anhand von zwei Varianten dargestellt, welche die Ober- und die Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung abbilden (Übersicht). Die beiden Varianten markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau entwickeln werden, wenn sich die demografischen Trends fortsetzen würden.

Die Ergebnisse werden anhand von vier Szenarien präsentiert

Eine Spannweite, in der sich die Alterung bewegen könnte, kann am besten anhand von zwei weiteren Varianten aufgezeigt werden: einer „relativ jungen“ und einer „relativ alten“ Bevölkerung (Übersicht). Die „relativ junge“ Bevölkerung kommt dann zustande, wenn die Geburtenhäufigkeit steigen, die Lebenserwartung moderat zunehmen und sich der Wanderungssaldo bei 200 000 Personen bewegen würde. Bei einer abnehmenden Geburtenhäufigkeit, stark zunehmender Lebenserwartung und niedrigem Wanderungssaldo würde dagegen die Bevölkerung besonders stark altern.

Übersicht ausgewählter Varianten der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Variante	Annahmen		
	Geburtenhäufigkeit (Kinder je Frau)	Lebenserwartung bei Geburt in 2060	Wanderungssaldo (Personen/Jahr)
„Mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze	Annähernde Konstanz bei 1,4	Basisannahme: Anstieg bei Jungen um 8 und bei Mädchen um 7 Jahre	100 000 ab 2014
„Mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze			200 000 ab 2020
„Relativ junge“ Bevölkerung	Leichter Anstieg auf 1,6	Basisannahme	200 000 ab 2020
„Relativ alte“ Bevölkerung	Langfristiger Rückgang auf 1,2	Starker Anstieg: bei Jungen um 11 und bei Mädchen um 9 Jahre	100 000 ab 2014

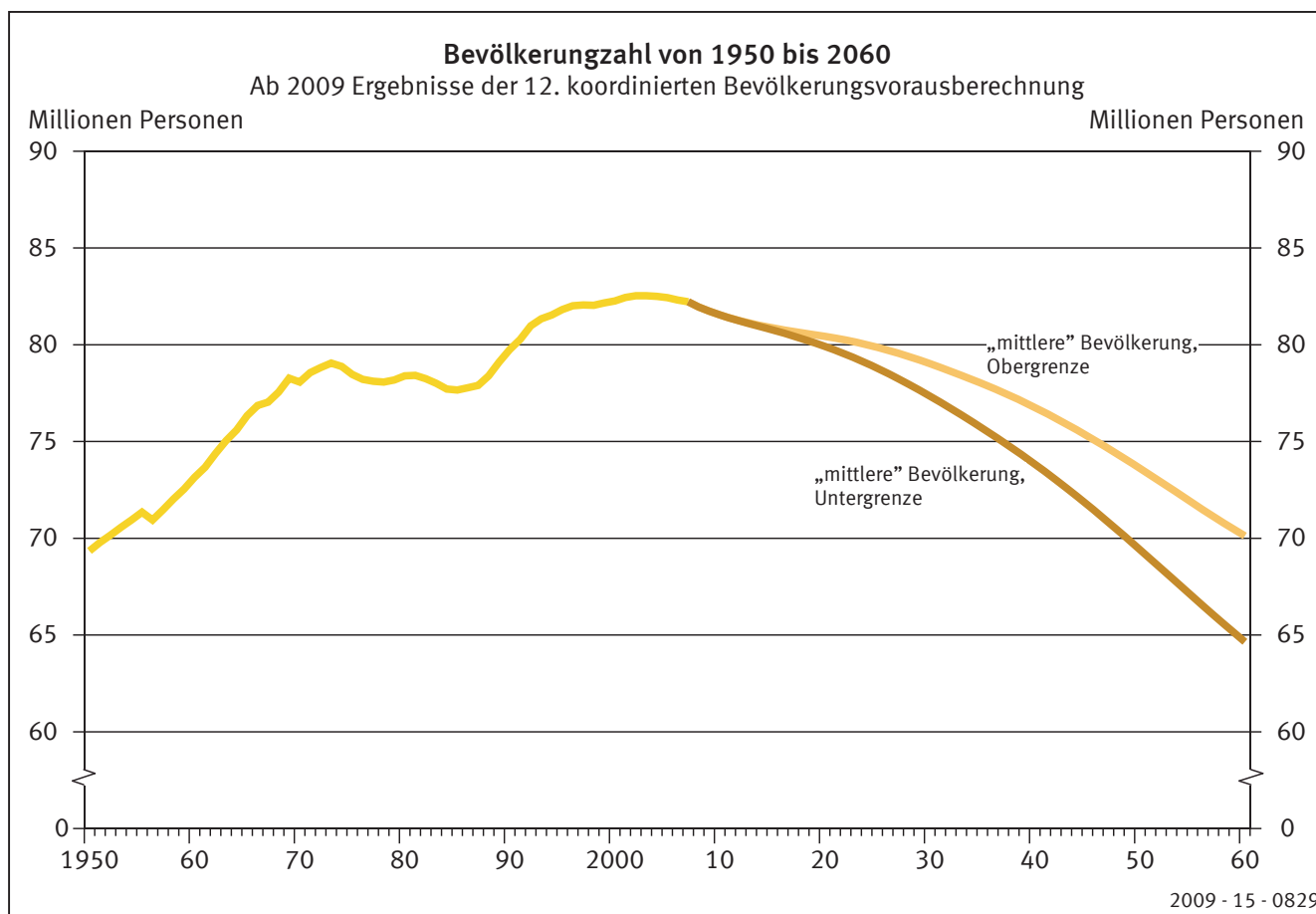
1) Eine vollständige Übersicht aller Varianten einschließlich zusätzlicher Modellrechnungen sowie weitere ausgewählte Ergebnisse enthält der Anhang A. Alle ausführlichen Ergebnisse können über das Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes bezogen werden: www.destatis.de, Stichwort „Bevölkerung 2060“.

Neben den drei genannten demografischen Komponenten wirkt sich auch der aktuelle Altersaufbau der Bevölkerung noch lange Zeit auf die demografische Entwicklung aus. Verhältnismäßig viele Menschen mittleren Alters und wenige junge Menschen heute bedeuten in den nächsten Jahrzehnten relativ viele ältere Menschen und wenige mittleren Alters. Dieser Effekt der Altersstruktur wird bereits in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren zu gravierenden Veränderungen führen.

3.1 Bevölkerungsrückgang

Deutschlands Bevölkerung nimmt seit 2003 ab. Dieser Rückgang wird anhalten und sich verstärken. Ende 2008 lebten circa 82 Millionen Menschen in Deutschland. 2060 werden es zwischen 65 Millionen (bei jährlicher Zuwanderung von 100 000 Personen, Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) und 70 Millionen (bei jährlicher Zuwanderung von 200 000 Personen, Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) sein. Auch nach der Variante mit der maximal zu erwartenden Bevölkerungszahl – sie unterstellt eine steigende Geburtenhäufigkeit, einen hohen Anstieg der Lebenserwartung und einen jährlichen Wanderungssaldo von 200 000 Personen – würden 2060 in Deutschland etwa 77 Millionen Menschen leben und damit weniger als heute.

Schaubild 1



**Tabelle 1: Differenz zwischen Geborenen und Gestorbenen. Ab 2020
Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung**

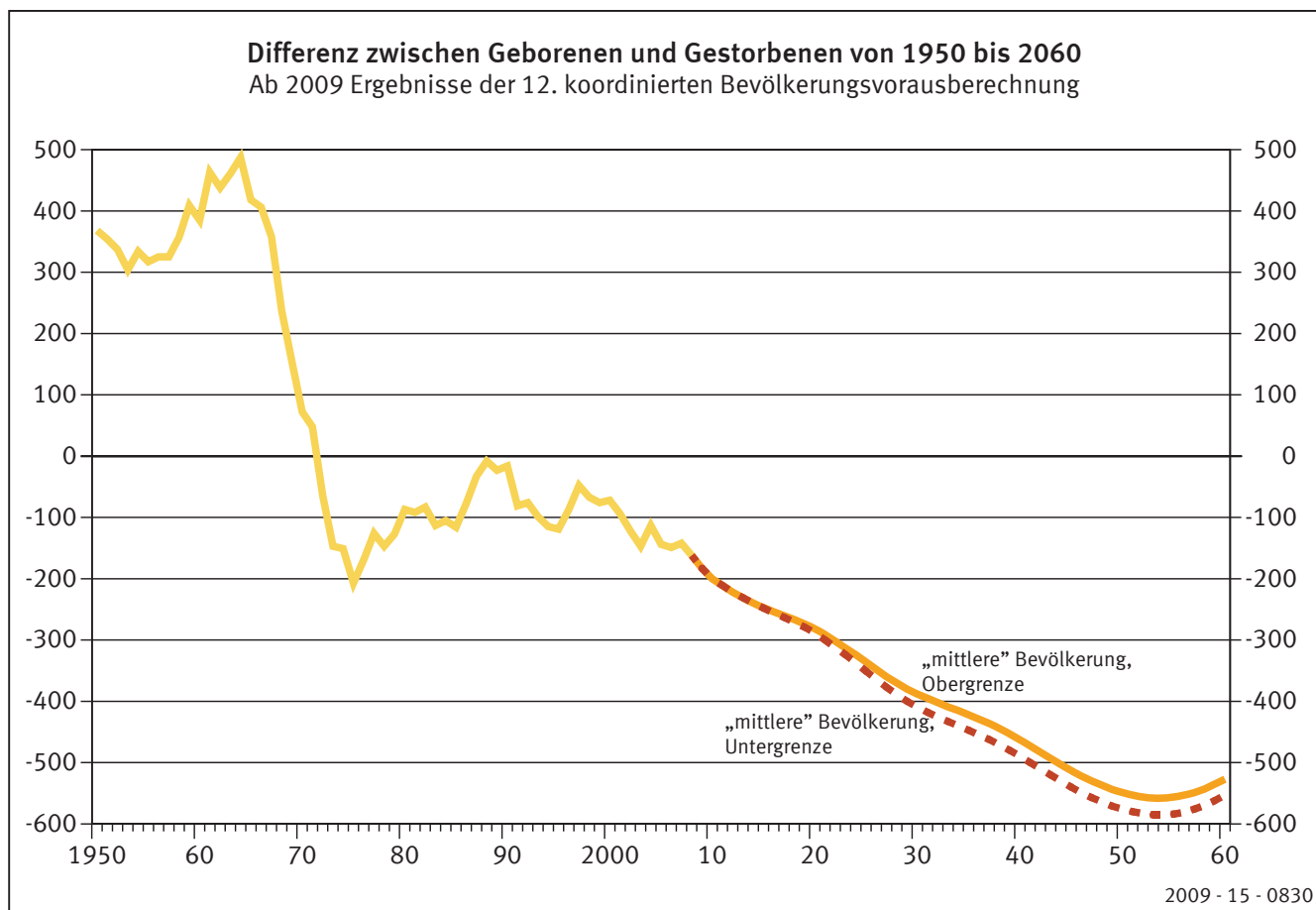
Jahr	„Mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze			„Mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze	„Relativ junge“ Bevölkerung	„Relativ alte“ Bevölkerung
	Geburten	Sterbefälle	Geburten- defizit	Geburtendefizit		
	1 000					
2008	683	844	- 162	- 162	- 162	- 162
2020	660	948	- 288	- 281	- 224	- 292
2030	580	990	- 409	- 388	- 303	- 409
2040	522	1011	- 489	- 463	- 374	- 488
2050	501	1077	- 576	- 549	- 430	- 603
2060	465	1018	- 553	- 527	- 391	- 630

Die Bevölkerung geht zurück, weil die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen immer mehr übersteigt; die Nettozuwanderung – der Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland – kann die dadurch entstehende Lücke nicht schließen. Bei der niedrigen Geburtenhäufigkeit von etwa 1,4 Kindern je Frau, die bereits seit über dreißig Jahren relativ konstant ist und für die Zukunft weitgehend unverändert angenommen wird, fällt jede neue Generation um ein Drittel kleiner aus als die ihrer Eltern. Die Zahl der Geburten wird somit ständig sinken. Eine etwas höhere Geburtenhäufigkeit von 1,6 Kindern je Frau würde diesen Trend abmildern, ihn aber nicht stoppen. Wie Tabelle 1 zeigt, wird die Zahl der Geborenen auch in der Variante „relativ junge“ Bevölkerung die Zahl der Gestorbenen klar unterschreiten.

Weniger Geburten und zunehmende Sterbefälle führen zu wachsendem Geburtendefizit und Rückgang der Bevölkerung

Die Zahl der Sterbefälle wird dagegen zunehmen, denn die geburtenstarken Jahrgänge, die heute im mittleren Alter sind, rücken im Vorausrechnungszeitraum in das hohe Alter auf, in dem die Sterblichkeit natürlicherweise größer ist. Die Differenz zwischen den Zahlen der Geborenen und der Gestorbenen bildet die sogenannte natürliche Bevölkerungsbilanz. Diese ist bereits seit Anfang der 1970er Jahre in Deutschland negativ und wird deshalb als „Geburtendefizit“ bezeichnet. Das Geburtendefizit wird nun von 162 000 im Jahr 2008 nach der „mittleren“ Bevölkerung auf 550 000 bis 580 000 im Jahr 2050 kontinuierlich ansteigen (Schaubild 2). Danach kommen anstelle der Baby-Boom-Generation die schwächer besetzten Jahrgänge der 1970er Jahre ins hohe Lebensalter. Die Zahl der Sterbefälle wird folglich etwas sinken und auch das Geburtendefizit wird nach 2054 leicht zurückgehen. Im Jahr 2060 werden voraussichtlich etwa 527 000 bis 553 000 mehr Menschen sterben, als Kinder geboren werden.

Schaubild 2

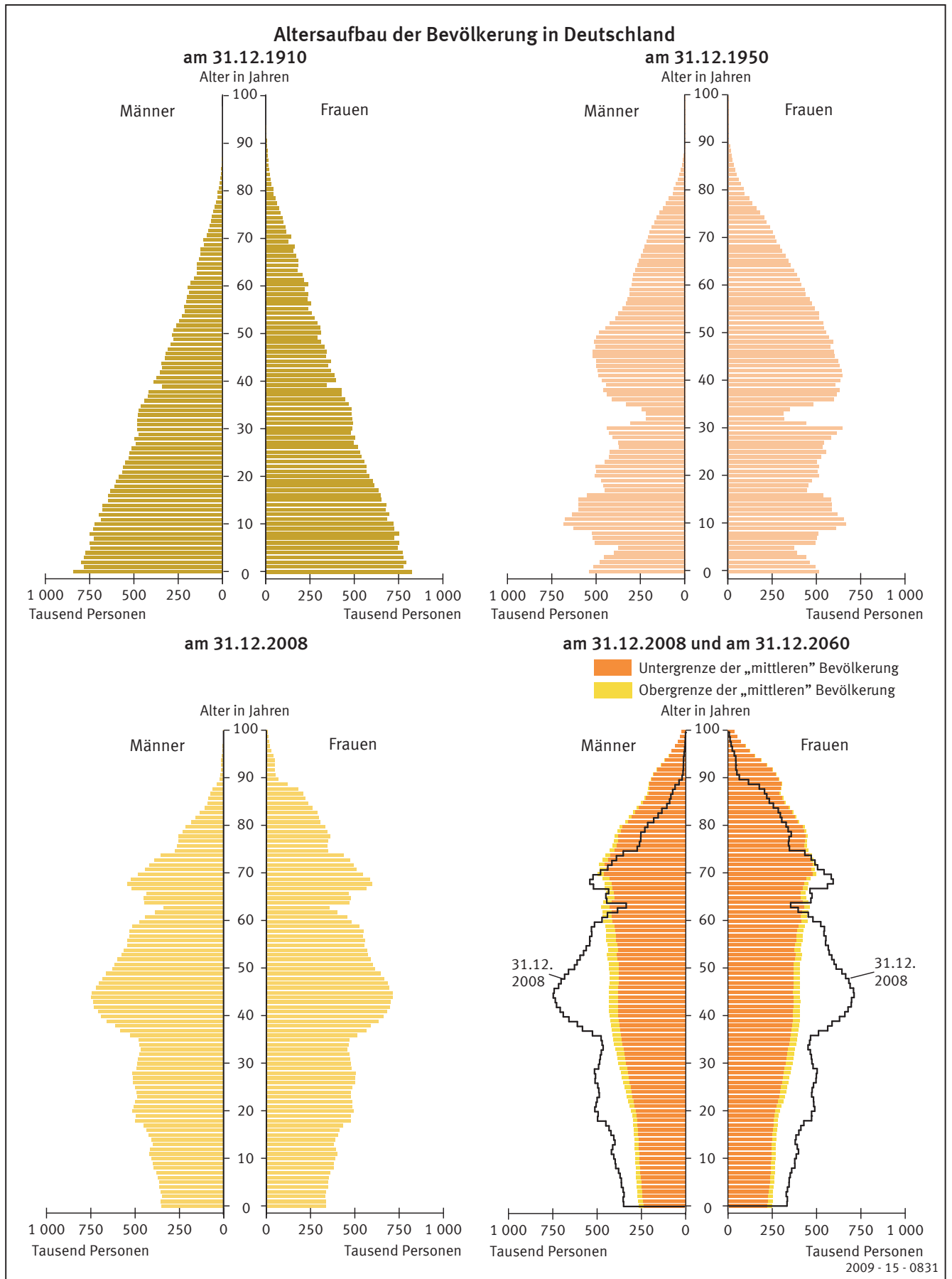


3.2 Veränderungen im Altersaufbau

Die abnehmende Zahl der Geburten und das Altern der gegenwärtig stark besetzten mittleren Jahrgänge führen zu gravierenden Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Die aktuelle Bevölkerungsstruktur weicht schon lange von der Form der klassischen Bevölkerungspyramide ab, bei der die stärksten Jahrgänge die Kinder stellen und sich die Besetzungszahlen der älteren Jahrgänge allmählich als Folge der Sterblichkeit verringern. Einen Altersaufbau in Form einer Pyramide hatte z.B. das Deutsche Reich von 1910 (Schaubild 3). Im Altersaufbau von 1950 haben die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre deutliche Kerben hinterlassen. Heute gleicht der Bevölkerungsaufbau Deutschlands eher einer „zerzausten Wettertanne“. Die mittleren Altersklassen sind besonders bevölkerungsstark, zu den älteren und den jüngeren gehören weniger Personen. Bis zum Jahr 2060 werden die stark besetzten Jahrgänge weiter nach oben verschoben und dabei schließlich ausdünnen und von zahlenmäßig kleineren ersetzt. Damit gehen signifikante Verschiebungen in der Relation der einzelnen Altersgruppen einher.

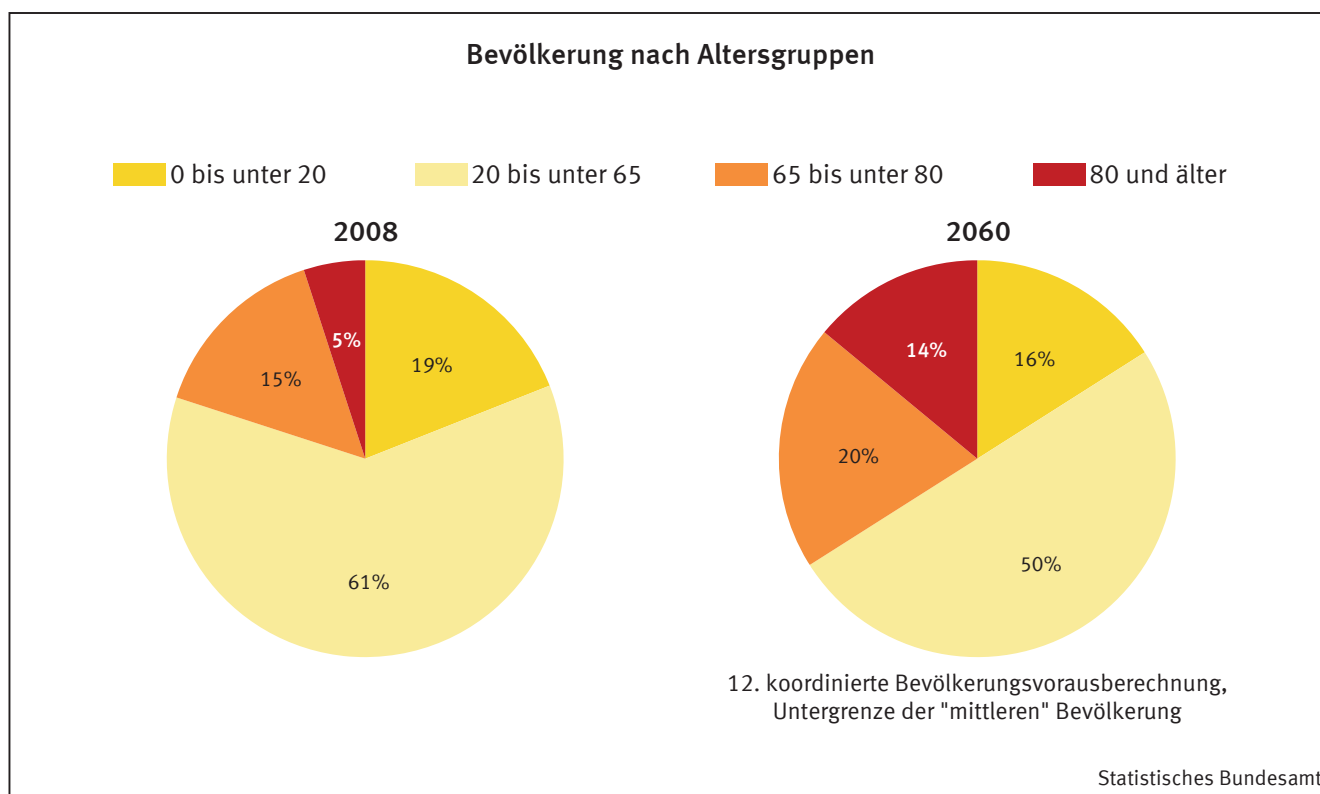
Heute besteht die Bevölkerung zu 19% aus Kindern und jungen Menschen unter 20 Jahren, zu 61% aus 20- bis unter 65-Jährigen und zu 20% aus 65-Jährigen und Älteren (Schaubild 4). Im Jahr 2060 wird – nach der Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung – bereits jeder Dritte (34%) mindestens 65 Lebensjahre durchlebt haben und es werden doppelt so viele 70-Jährige leben, wie Kinder geboren werden.

Schaubild 3



Die Alterung schlägt sich besonders gravierend in den Zahlen der **Hochbetagten** nieder. Im Jahr 2008 lebten etwa 4 Millionen 80-Jährige und Ältere in Deutschland, dies entsprach 5% der Bevölkerung. Ihre Zahl wird kontinuierlich steigen und mit über 10 Millionen im Jahr 2050 den bis dahin höchsten Wert erreichen. Zwischen 2050 und 2060 sinkt dann die Zahl der Hochbetagten auf 9 Millionen. Es ist also damit zu rechnen, dass in fünfzig Jahren 14% der Bevölkerung – das ist jeder Siebente – 80 Jahre oder älter sein wird.

Schaubild 4



Die Zahl der unter 20-Jährigen wird von heute circa 16 Millionen auf etwa 10 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. Ihr Anteil wird 16% der Bevölkerung ausmachen. Damit wird es im Jahr 2060 nur um etwa 1 Million mehr junge Menschen unter 20 Jahren geben als Menschen im Alter von 80 und mehr Jahren.

Spürbare Veränderungen in der Altersstruktur stehen Deutschland bereits im kommenden Jahrzehnt bevor. Wie aus Tabelle 2 ersichtlich, werden insbesondere die Altersgruppen der 50- bis 65-Jährigen (+24%) und der 80-Jährigen und Älteren (+48%) bis zum Jahr 2020 wachsen. Die Zahl der unter 50-Jährigen wird dagegen abnehmen (-16%). Allein die Bevölkerung im mittleren Alter von 30 bis unter 50 Jahren wird um circa 4 Millionen (-18%) schrumpfen (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Das mittlere (mediane) Alter der Bevölkerung steigt infolge dieser Veränderungen schnell an. Heute stehen die 43-Jährigen genau in der Mitte der Altersverteilung der Gesellschaft. Bis Mitte der 2040er Jahre wird das mittlere Alter um 9 Jahre steigen, sodass zwischen 2045 und 2060 etwa die Hälfte der Einwohner älter als 52 Jahre sein wird (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Tabelle 2: Bevölkerung nach Altersgruppen 2008, 2020 und 2060

Alter in Jahren von . . . bis unter . . .	2008	2020				2060			
		„mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze		„mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze		„mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze		„mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze	
			Verände- rung zu 2008		Verände- rung zu 2008		Verände- rung zu 2008		Verände- rung zu 2008
Millionen Personen									
0 bis unter 20 . . .	15,6	13,6	-2,0	13,7	-1,9	10,1	-5,5	11,0	-4,6
20 bis unter 30 . .	9,9	8,5	-1,3	8,7	-1,2	6,1	-3,8	6,7	-3,2
30 bis unter 50 . .	24,3	19,8	-4,4	20,1	-4,2	14,6	-9,7	16,3	-8,0
50 bis unter 65 . .	15,5	19,2	3,7	19,3	3,8	11,9	-3,6	13,2	-2,3
65 bis unter 80 . .	12,7	12,6	0,0	12,7	0,0	12,9	0,3	13,7	1,0
80 und älter	4,1	6,0	1,9	6,0	2,0	9,0	5,0	9,2	5,2
Insgesamt	82,0	79,9	-2,1	80,4	-1,6	64,7	-17,4	70,1	-11,9
Prozent									
0 bis unter 20 . . .	19	17	-13	17	-12	16	-35	16	-29
20 bis unter 30 . .	12	11	-14	11	-12	9	-38	10	-32
30 bis unter 50 . .	30	25	-18	25	-17	23	-40	23	-33
50 bis unter 65 . .	19	24	24	24	24	18	-23	19	-15
65 bis unter 80 . .	15	16	0	16	0	20	2	19	8
80 und älter	5	8	48	7	48	14	123	13	128
Insgesamt	100	100	-3	100	-2	100	-21	100	-15

3.3 Rückgang und Alterung der Bevölkerung im Erwerbsalter

Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird von Schrumpfung und Alterung besonders stark betroffen. Als Erwerbsalter wird zunächst die Spanne von 20 bis 65 Jahren betrachtet. Heute gehören knapp 50 Millionen Menschen dieser Altersgruppe an. Ihre Zahl wird erst nach 2020 deutlich zurückgehen und 2030 etwa 42 bis 43 Millionen betragen (Tabelle 3). 2060 werden dann etwa 36 Millionen Menschen im Erwerbsalter sein, 27% weniger als heute, falls jährlich 200 000 Personen zuwandern (Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung). Fällt die Zuwanderung nur halb so hoch aus (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung), gibt es 2060 ein noch kleineres Erwerbspersonenpotenzial: 33 Millionen oder -34% gegenüber 2008. Die Höhe der Zuwanderung beeinflusst also das Ausmaß der Schrumpfung der Bevölkerung im Erwerbsalter.

*Bevölkerung im Erwerbsalter
nimmt nach 2020 ab*

Tabelle 3: Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis 65 Jahren

Jahr	„Mittlere“ Bevölkerung	
	Untergrenze	Obergrenze
Millionen Personen		
2008	50	50
2020	48	48
2030	42	43
2040	38	40
2050	36	39
2060	33	36

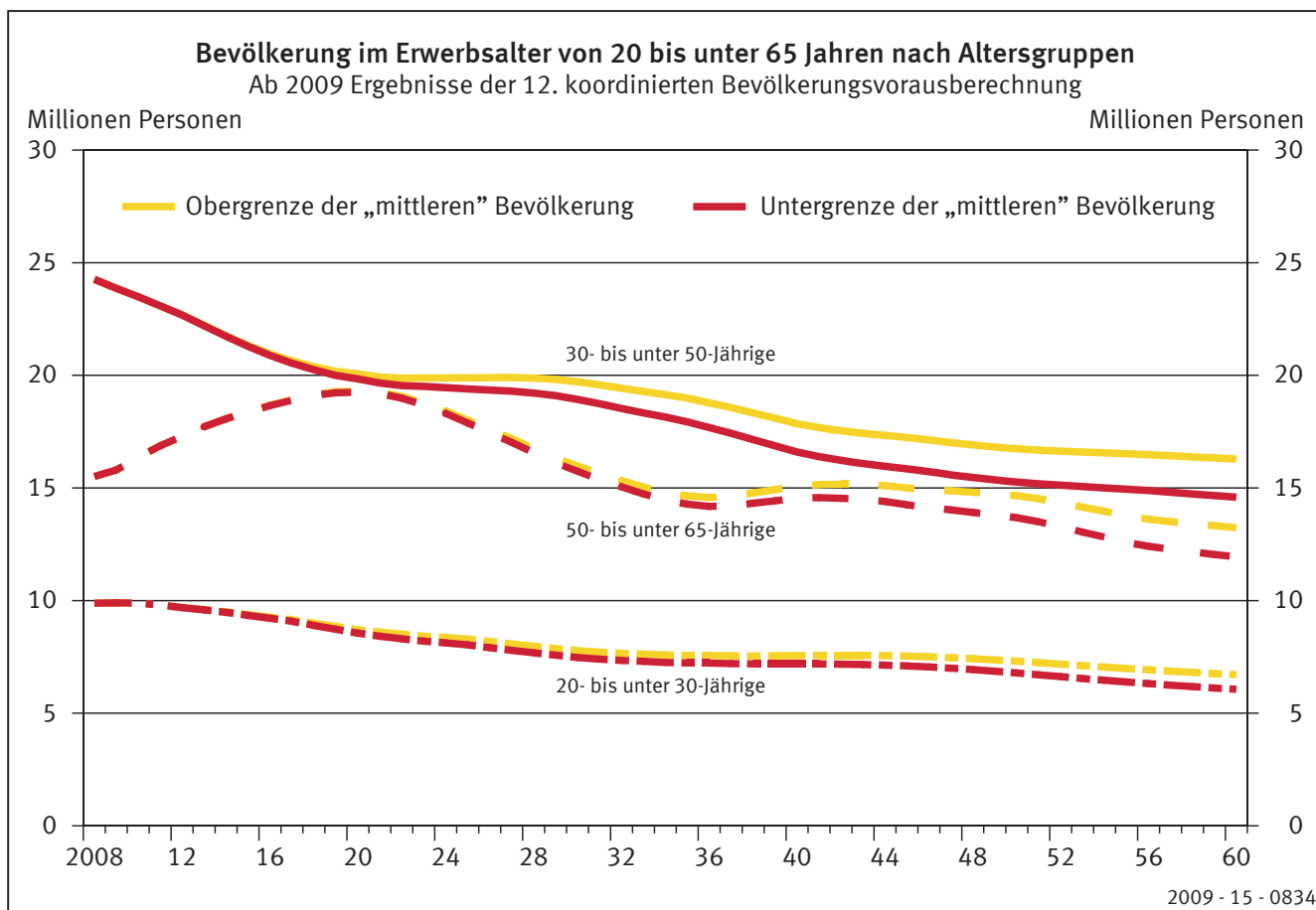
Die Abnahme der Zahl der 20- bis 65-Jährigen geht mit einer Verschiebung hin zu den Älteren im Erwerbsalter einher (Schaubild 5). Zurzeit gehören 20% der Menschen im erwerbsfähigen Alter zur jüngeren Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen (9,9 Millionen Personen), 49% zur mittleren Altersgruppe von 30 bis unter 50 Jahren (24,3 Millionen Personen) und 31% zur älteren von 50 bis unter 65 Jahren (15,5 Millionen Personen). Während die junge Gruppe zahlenmäßig auf etwa 6 bis 7 Millionen schrumpfen wird, bleibt ihr Anteil an allen Personen im Erwerbsalter fast konstant. Anders entwickeln sich die Anteile der beiden anderen Gruppen der Bevölkerung im Erwerbsalter.

Zwischen 2017 und 2024 gibt es etwa genauso viel 50- bis 64-Jährige wie 30- bis 49-Jährige

Eine besonders einschneidende Veränderung der Altersstruktur erwartet die deutsche Wirtschaft zum ersten Mal bereits in zehn Jahren, zwischen 2017 und 2024: das Erwerbspersonenpotenzial wird jeweils zu 40% aus den 30- bis unter 50-Jährigen und aus den 50- bis unter 65-Jährigen bestehen. Anschließend, wenn die stark besetzten 1960er Jahrgänge das Rentenalter erreichen, verschiebt sich der Altersaufbau der Bevölkerung im Erwerbsalter geringfügig zugunsten der mittleren Altersgruppe. Gleichzeitig wird aber die Gesamtzahl der Personen im Erwerbsalter stark sinken. Sollte die Zuwanderung relativ niedrig bleiben, nähern sich zwischen 2040 und 2050 die mittlere und die ältere Gruppe wieder an. Im letzten Jahrzehnt der Vorausberechnung entfernen sich die beiden Gruppen wieder voneinander. Dabei wird die Zahl der Menschen im Erwerbsalter insgesamt weiter sinken. In jedem Fall wird das Erwerbspersonenpotenzial der Zukunft zu einem erheblichen Teil aus Menschen bestehen, die älter als 50 Jahre sind. Das sollte bei den aktuellen Problemen am Arbeitsmarkt nicht außer Acht gelassen werden.

Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre führt für das Jahr 2060 zu einer um 1 bis 2 Millionen größeren Bevölkerung im Erwerbsalter. Die ältere Gruppe innerhalb des Erwerbsalters erhält dadurch gleichzeitig ein noch stärkeres Gewicht.

Schaubild 5



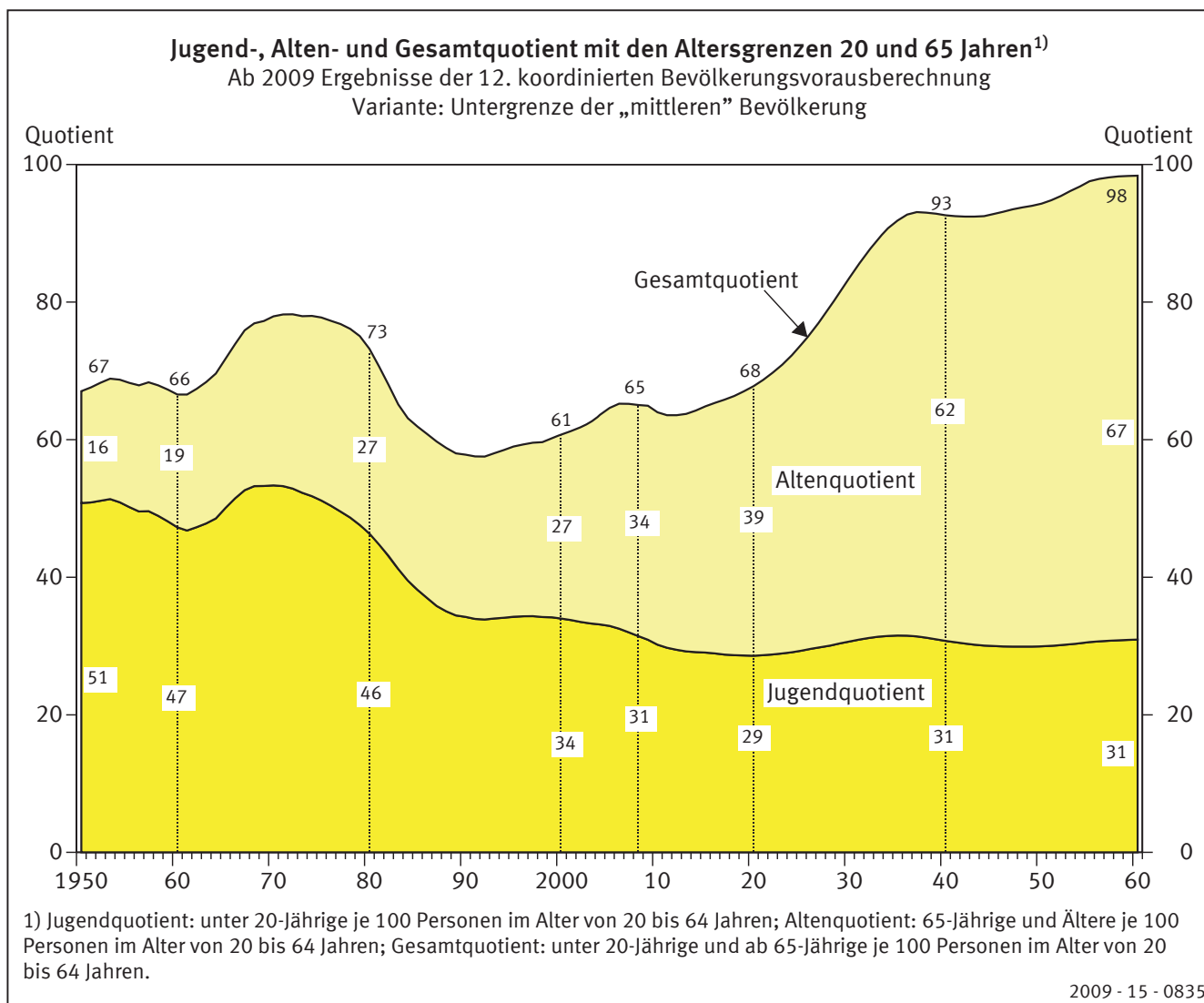
3.4 Erheblich mehr Senioren im Verhältnis zur Bevölkerung im Erwerbsalter

Neben der absoluten Zahl der Bevölkerung in einem bestimmten Alter ist die Beziehung zwischen den verschiedenen Altersgruppen ein Charakteristikum des Alterungsprozesses. Wird der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die jüngere Bevölkerung, für deren Aufwachsen, Erziehung und Ausbildung gesorgt werden muss, gegenübergestellt, so ergibt sich der Jugendquotient. Wird die Zahl der Personen im Rentenalter, also der potenziellen Empfänger von Leistungen der Rentenversicherung oder anderer Alterssicherungssysteme, auf die Zahl der Personen im Erwerbsalter bezogen, ergibt sich der Altenquotient. Beide Quotienten zusammen addieren sich zum Gesamtquotienten, der aufzeigt, in welchem Ausmaß die mittlere Altersgruppe sowohl für die jüngere als auch für die ältere Bevölkerung, die nicht im Erwerbsleben stehen, im weitesten Sinne zu sorgen hat. Diese „Belastung“ wird in Zukunft deutlich größer werden.

Jugend- bzw. Altenquotienten messen Relationen der jüngeren bzw. der älteren Bevölkerung zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier: von 20 bis 65 Jahren)

Neben den getroffenen Annahmen bestimmt die Altersstruktur der heute in Deutschland lebenden Bevölkerung mit den starken mittleren und den schwachen jungen Jahrgängen die Quotienten noch für lange Zeit.

Schaubild 6



Das Verhältnis zwischen den jungen Menschen unter 20 Jahren und der Bevölkerung im Erwerbsalter bleibt im Vorausrechnungszeitraum relativ stabil. Der Grund hierfür ist, dass die Rückgänge der Bevölkerung unter 20 Jahren und der Bevölkerung im Erwerbsalter fast parallel verlaufen werden. In beiden Hauptvarianten schwankt der Jugendquotient um 30 je 100 Personen im Erwerbsalter (hier: von 20 bis unter 65 Jahren). Bei einer höheren durchschnittlichen Kinderzahl von 1,6 Kindern je Frau würde er sich auf 36 erhöhen.

Altenquotient für 65 Jahre verdoppelt sich fast bis 2060.....

Der Altenquotient wird dagegen stark zunehmen. Die Verschiebungen in der Altersstruktur bewirken, dass der Bevölkerung im Erwerbsalter künftig immer mehr Seniorinnen und Senioren gegenüberstehen werden. Im Jahr 2008 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren 34 Personen, die 65 Jahre oder älter waren. Im Jahr 2060 werden es nach der Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung, also bei einem jährlichen Wanderungssaldo von 100 000 Personen, 67 ältere Menschen, also doppelt so viele wie heute sein. Beträgt der jährliche Zuzugsüberschuss 200 000 Personen (Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung), fällt der Altenquotient mit 63 Personen im Alter von 65 Jahren und mehr je 100 Personen im Erwerbsalter nur wenig niedriger aus.

Der Anstieg des Altenquotienten wird sich nicht gleichmäßig bis 2060 vollziehen, sondern besonders schnell bis Mitte der 2030er Jahre verlaufen. Danach bleibt der Altenquotient einige Jahre konstant und steigt erst ab Anfang der 2040er Jahre sehr langsam wieder an.

Eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bedeutet weniger Menschen im Renten- und mehr im Erwerbsalter, das dann von 20 bis unter 67 Jahre reicht. Die Heraufsetzung führt damit zu einem niedrigeren Altenquotienten, der im Jahr 2060 zwischen 59 (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) und 56 (Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) liegen würde. Ein ähnlicher Wert, ein Altenquotient von 60, würde auch bei der Altersgrenze von 65 Jahren erreicht werden, wenn es neben der höheren jährlichen Nettozuwanderung von 200 000 Personen zusätzlich zu einem Anstieg der Geburtenhäufigkeit auf 1,6 Kinder je Frau käme. Aber selbst wenn die günstigeren Werte realisiert werden sollten, steht ein enormer Anstieg des Altenquotienten bevor (Tabelle 4).

.... für 67 Jahre steigt er stark an

Tabelle 4: Altenquotienten 2008 und 2060

Jahr		Altenquotient für das Renteneintrittsalter		
		60 Jahre	65 Jahre	67 Jahre
2008		46	34	29
2060	„mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze	92	67	59
	„mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze.	87	63	56
	„relativ junge“ Bevölkerung	82	60	53
	„relativ alte“ Bevölkerung.	105	77	68

4 Annahmen zur Entwicklung der Geburten, der Lebenserwartung und der Wanderungen

4.1 Geburten

Für die Entwicklung der Geburten ist das generative Verhalten der Menschen im reproduktiven Alter ausschlaggebend. Statistisch spiegelt sich dieses vor allem in der Zahl der Kinder je Frau sowie im Alter, in dem Mütter ihre Kinder bekommen, wider. Die Annahmen zur künftigen Geburtenentwicklung beziehen sich deshalb auf diese beiden Indikatoren.

Die langfristige Geburtenentwicklung seit 1950 ist in den Publikationen des Statistischen Bundesamtes ausführlich beschrieben²⁾. An dieser Stelle wird deshalb nur auf die Entwicklungstendenzen eingegangen, welche für die Festlegung der Annahmen zur 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung von besonderer Relevanz waren. Die dargestellten Entwicklungen beruhen (soweit keine andere Quelle angegeben) auf der Statistik der Geburten.

Im Durchschnitt sind Frauen bei der Geburt ihrer Kinder heute älter als die Mütter in den vergangenen Jahren. Dies liegt daran, dass die Geburtenhäufigkeit der Frauen unter 30 Jahren abnimmt, während die über 30-jährigen Frauen immer mehr Kinder bekommen. Seit 2005 weisen die 30- bis unter 40-jährigen Frauen durchschnittlich sogar eine höhere Geburtenhäufigkeit auf als die 20- bis unter 30-jährigen Frauen. Je nach der betrachteten Frauengruppe verläuft diese Entwicklung jedoch unterschiedlich.

Die deutschen Frauen³⁾ in den alten Ländern bekommen ihre Kinder besonders spät. Im Jahr 2008 waren sie bei der Geburt bereits durchschnittlich 30,4 Jahre alt (Tabelle 5). Seit 1990 veränderte sich die Geburtenhäufigkeit in den einzelnen Altersstufen der westdeutschen Frauen sehr allmählich. Dabei haben die Geburtenziffern der Frauen im Alter von Anfang dreißig soweit zugenommen, dass für dieses Alter aktuell das höchste Geburtenniveau besteht. Inzwischen ist für Frauen von Anfang dreißig allerdings nur noch eine geringe Zunahme zu beobachten. Zwischen 1990 und 2008 nahm im Westen das Durchschnittsalter bei der Geburt um 1,8 Jahre zu. Die Zahl der Kinder je Frau, die mit der zusammengefassten Geburtenziffer für die Kalenderjahre gemessen wird, ging dabei leicht zurück.

In den neuen Ländern, wo die Frauen vor 1990 deutlich früher ihre Kinder bekommen haben als in den alten Ländern, nahm das durchschnittliche Gebäralter sehr rasch zu. Zwischen 1990 und 2008 stieg es um 4 Jahre. Damit hat sich der Abstand zu den alten Ländern stark verringert, obwohl das Gebäralter immer noch unter dem Durchschnittsalter der westdeutschen Frauen liegt. Die zusammengefasste Geburtenziffer stieg nach der tiefen Talfahrt Anfang der 1990er Jahre seit 1995 fast kontinuierlich an. Im Jahr 2008 war sie erstmals seit 1990 wieder höher als bei den westdeutschen Frauen.

2) Eisenmenger, M., Pöttsch, O., Sommer, B. „11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Annahmen und Ergebnisse“, Wiesbaden 2006; Pöttsch, O. „Geburten in Deutschland“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007

3) Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Auch die ausländischen Frauen⁴⁾ passen sich in ihrem Geburtenverhalten an die westdeutschen Frauen an. Immer weniger Kinder werden von ausländischen Frauen, die jünger als 28 Jahre sind, geboren. Die bereits seit Jahren relativ hohe Geburtenhäufigkeit der 28- bis unter 40-Jährigen bleibt dabei stabil. Dies führt zur Erhöhung des durchschnittlichen Gebäralters bei sinkender durchschnittlicher Kinderzahl je Frau. Auch in den Jahren 2007 und 2008, in denen die Geburtenhäufigkeit der deutschen Frauen in den alten und neuen Ländern insgesamt zugenommen hat, nahm die zusammengefasste Geburtenziffer der ausländischen Frauen weiter ab.

Infolge dieser Veränderungen nivellieren sich die Unterschiede im generativen Verhalten zwischen den drei großen Frauengruppen, welche die Geburtenentwicklung in Deutschland bis jetzt geprägt haben.

Tabelle 5: Durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau (zusammengefasste Geburtenziffer) und durchschnittliches Alter der Frauen bei der Geburt*)

Jahr	Frauen insgesamt		Frauen in den alten Ländern ¹⁾						Frauen in den neuen Ländern ²⁾	
			Zusammen		davon					
	deutsche Frauen				ausländische Frauen					
	Kinder je Frau	Gebäralter in Jahren	Kinder je Frau	Gebäralter in Jahren	Kinder je Frau	Gebäralter in Jahren	Kinder je Frau	Gebäralter in Jahren	Kinder je Frau	Gebäralter in Jahren
1990	1,45	27,6	1,45	28,3	1,37	28,6	2,18	26,7	1,52	25,1
1995	1,25	28,3	1,34	28,6	1,24	29,0	1,81	27,2	0,84	26,5
2000	1,38	28,7	1,41	28,9	1,33	29,3	1,85	27,9	1,21	27,7
2005	1,34	29,5	1,36	29,6	1,30	29,9	1,69	28,6	1,30	28,5
2008	1,38	30,0	1,37	30,2	1,34	30,4	1,61	29,2	1,40	29,1

*) Berechnet auf Grundlage der altersspezifischen Geburtenziffern.

1) Seit 2001 ohne Berlin-West.

2) Seit 2001 ohne Berlin-Ost.

Bei den Annahmen zur künftigen Geburtenentwicklung wird von einer weiteren Konvergenz der Geburtenhäufigkeit im Osten und Westen Deutschlands sowie zwischen den deutschen und ausländischen Frauen ausgegangen. Als ausschlaggebend für den Trend wird dabei das Geburtenverhalten der westdeutschen Frauen betrachtet.

Für das künftige Niveau der zusammengefassten Geburtenziffer ist die Entwicklung der endgültigen Kinderzahl der Frauenjahrgänge (auch Kohorten genannt) entscheidend. Im Jahr 2008 erreichte der Jahrgang 1959 sein 50. Lebensjahr; für diesen Jahrgang gilt die erreichte Kinderzahl statistisch als endgültig. Für Deutschland insgesamt lag sie bei 1,66 Kindern je Frau. Es stellt sich die Frage, ob jüngere Jahrgänge, die noch Kinder bekommen können, schließlich ebenfalls so viele Kinder zur Welt bringen werden.

Endgültige Kinderzahl der Frauenkohorten nimmt ab.

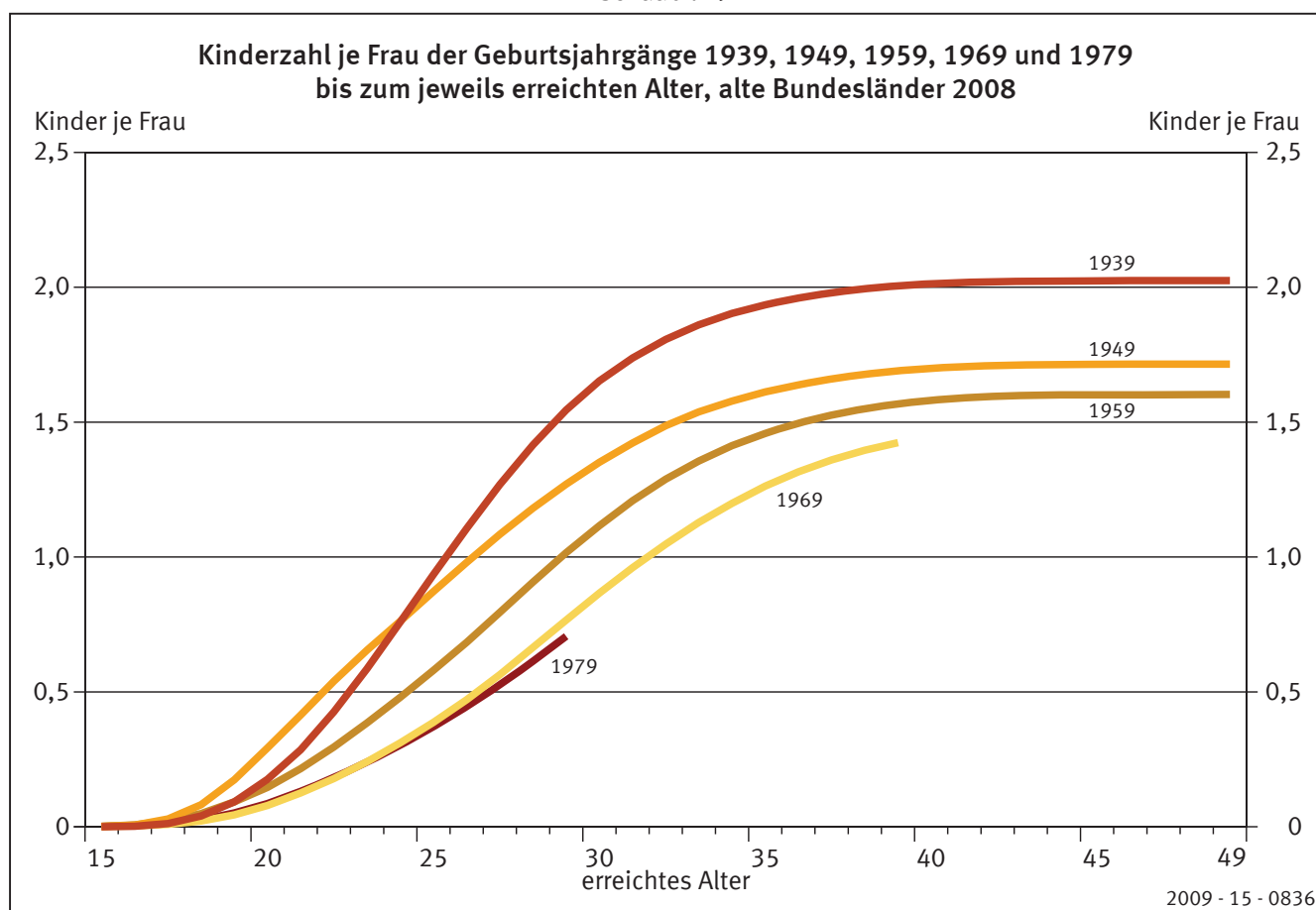
4) Betrachtet werden Frauen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den alten Ländern. Ihr Geburtenverhalten unterscheidet sich von dem der deutschen Frauen. In den neuen Ländern ist die Zahl der Ausländerinnen relativ gering und ihre Geburtenhäufigkeit ist hier fast genau so hoch wie bei den deutschen Frauen. Sie werden deshalb nicht gesondert betrachtet.

Schaubild 7 zeigt, wie sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau mit dem fortschreitenden Alter der Frauenjahrgänge verändert hat. Beispielhaft werden die Jahrgänge 1939, 1949, 1959, 1969 und 1979 in den alten Bundesländern betrachtet.

Der Jahrgang 1939 hat bereits im Alter von 30 Jahren durchschnittlich 1,68 Kinder und schließlich im Alter von 49 Jahren 2,03 Kinder je Frau zur Welt gebracht. Die Frauen der 1940er Geburtsjahrgänge haben zum Teil in sehr jungem Alter, mitten im Baby-Boom der 1960er Jahre, ihre Kinder geboren. Ab dem Alter von Mitte zwanzig haben sie jedoch deutlich weniger Kinder bekommen als die Frauen der 1930er Kohorten. Der Jahrgang 1949 stellt diese Entwicklung exemplarisch dar: Insgesamt brachte er 1,72 Kinder je Frau zur Welt, wobei dieses Niveau bereits im Alter von 33 Jahren zu 90% erreicht wurde. Die Frauen des Jahrgangs 1959 haben ihre Kinder insgesamt später bekommen. Das Geburtenverhalten der 1950er Jahrgänge wurde in Westdeutschland unter anderem durch die Realisierung der Geburten erst in einem höheren Alter sowie durch die Verbreitung der Kinderlosigkeit geprägt. Dies führte schließlich zu einer niedrigeren endgültigen Kinderzahl von 1,60 Kindern je Frau im früheren Bundesgebiet (Jahrgang 1959).

Die späten 1960er und 1970er Geburtsjahrgänge werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die endgültige Kinderzahl von 1,60 Kindern je Frau nicht erreichen. Der Jahrgang 1969 hat bis zu seinem 40. Lebensjahr 1,42 Kinder zur Welt gebracht. In den nächsten 10 Jahren dürften nur noch wenige Geburten dazu kommen. Die Kohorte 1979 wird die Kohorte 1969 höchstens dann noch einholen, wenn die Geburtenhäufigkeit der Mittdreißigerinnen zunehmen sollte.

Schaubild 7



Die Hauptursache für den Rückgang der endgültigen Kinderzahl bei den jüngeren Frauenkohorten liegt im Aufschieben der Familiengründung auf ein höheres Lebensalter der Frau. Dadurch nimmt zwar die Geburtenhäufigkeit der über 30-Jährigen zu. Ihr Anstieg kann jedoch den Rückgang der Geburten in jüngeren Altersjahren nicht kompensieren, denn immer mehr Frauen bleiben lebenslang kinderlos. Wie Tabelle 6 zeigt, nahm der Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen des Geburtsjahrgangs kontinuierlich zu. Zwischen den Jahrgängen der 1930er und 1960er Jahre, also innerhalb von dreißig Jahren, hat er sich fast verdoppelt⁵⁾.

Tabelle 6: Anteil der Mütter und Frauen ohne Kind an allen Frauen der Geburtsjahrgänge im Jahr 2008 *)

Geburtsjahrgang (Alter in Jahren)	Deutschland		Alte Bundesländer	
	Mütter	Frauen ohne Kind	Mütter	Frauen ohne Kind
	%			
1964-1968 (40-44)	79	21	78	22
1959-1963 (45-49)	83	17	81	19
1954-1958 (50-54)	84	16	83	17
1949-1953 (55-59)	86	14	85	15
1944-1948 (60-64)	88	13	87	13
1939-1943 (65-69)	89	11	88	12
1933-1938 (70-75)	89	11	89	11

*) Ergebnisse des Mikrozensus 2008.

5) Mehr zur Kinderlosigkeit und Zahl der Kinder je Mutter in: „Mikrozensus 2008 – Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Die Annahmen

Für die Geburtenentwicklung bis 2060 wurden drei Annahmen getroffen. Alle drei greifen die bisherige Entwicklung auf, betonen aber unterschiedliche Aspekte. Wie weit die Einführung des Elterngelds, die Verbesserung der Kleinkinderbetreuung oder die gegenwärtige Diskussion über die Familie zu einem Einstellungswandel in der Zukunft führen, kann heute noch nicht abgeschätzt werden. Für die Annahmen waren die lang- und mittelfristigen Entwicklungstendenzen ausschlaggebend.

In der **Hauptannahme** wird die Fortsetzung der wichtigsten langfristigen Trends bis 2020 unterstellt:

- immer mehr Frauen werden erst nach ihrem dreißigsten Geburtstag Mutter, die Geburtenhäufigkeit der jüngeren Frauen geht weiter zurück,
- damit sinkt der Anteil der Mütter mit drei oder mehr Kindern geringfügig,
- der Anteil der Frauen ohne Kinder steigt leicht an und bleibt dann stabil.

Annahme „annähernde Konstanz“ bei 1,4 Kinder je Frau

Unter diesen Voraussetzungen bleibt die zusammengefasste Geburtenziffer konstant auf dem Niveau von 1,4 Kindern je Frau. Gleichzeitig steigt das durchschnittliche Gebäralter bis 2020 um circa 1,6 Jahre. Im Zeitraum von 2021 bis 2060 bleibt die Geburtenhäufigkeit in den einzelnen Altersjahren konstant. Die endgültige Kinderzahl der Frauenjahrgänge sinkt langfristig von 1,66 Kindern je Frau (Jahrgang 1959) auf 1,4.

In der **zweiten Annahme** wird mittelfristig eine Trendumkehr unterstellt, die zu einer Verbesserung gegenüber den aktuellen Geburtenverhältnissen führt:

- die Geburtenhäufigkeit der Frauen im Alter unter 30 Jahren stabilisiert sich,
- die 30-Jährigen und älteren Frauen bekommen mehr Kinder als heute,
- die auf ein höheres Alter aufgeschobenen Geburten werden tatsächlich realisiert, sodass die Kinderlosigkeit nicht mehr ansteigt.

Annahme „leichter Anstieg“ auf 1,6 Kinder je Frau

Bei einem solchen Szenario würde die zusammengefasste Geburtenziffer der Kalenderjahre allmählich auf 1,6 Kinder je Frau im Jahr 2025 ansteigen, das durchschnittliche Gebäralter würde sich gleichzeitig um circa 1,1 Jahre bis 2025 erhöhen. Im Zeitraum von 2026 bis 2060 bleiben die Geburtenverhältnisse konstant.

Die endgültige Kinderzahl der Frauenkohorten würde dabei nach einem vorübergehenden Rückgang, der heute bei den Frauen der 1960er und 1970er Jahrgänge bereits absehbar ist, wieder leicht ansteigen und langfristig auf dem Niveau von 1,6 Kindern je Frau verharren.

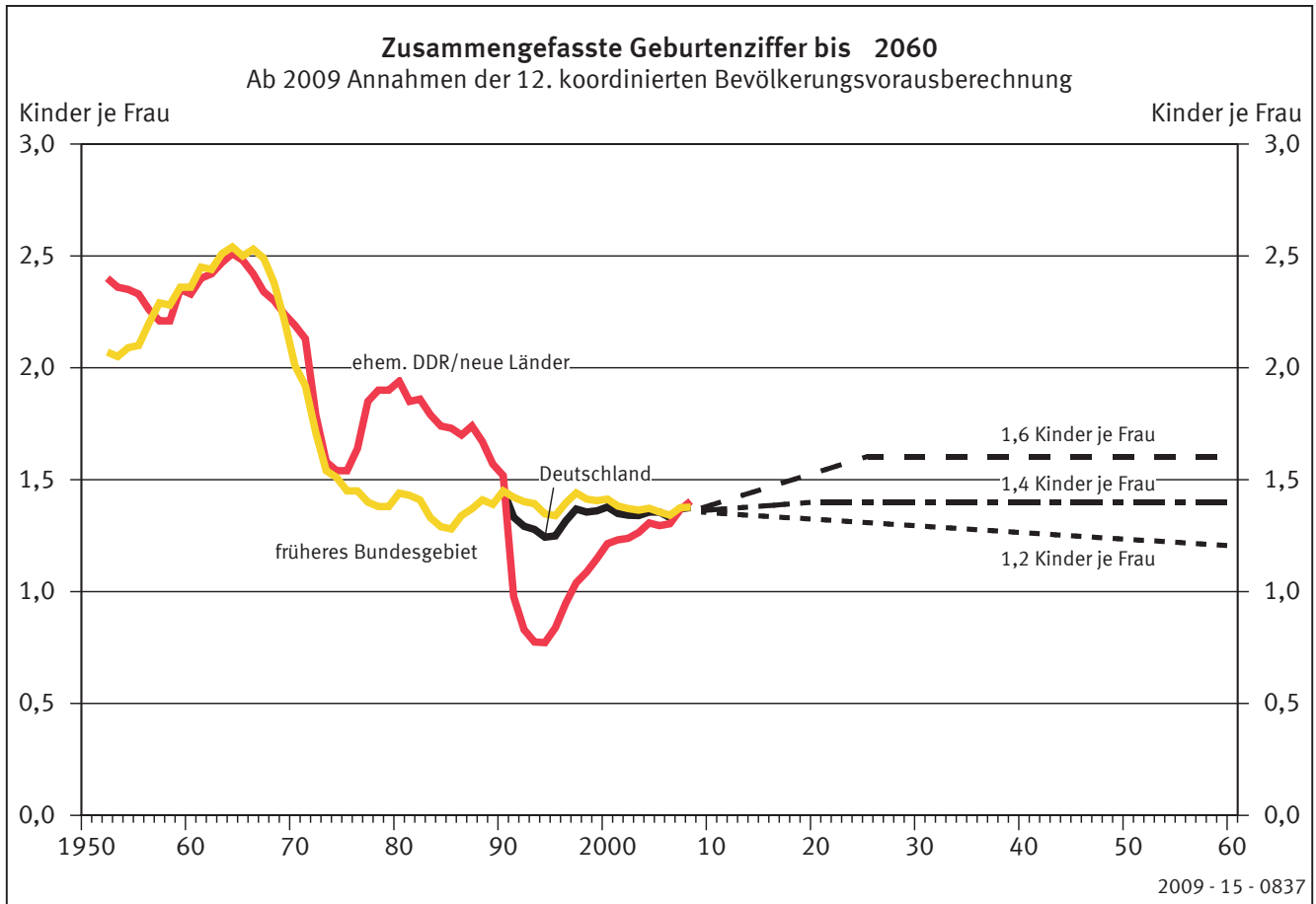
In der **dritten Annahme** werden die beobachteten Trends langfristig fortgeschrieben. Dabei würde die Kinderlosigkeit ein bisher nicht gekanntes Niveau erreichen. Dieser pessimistische Verlauf würde folgende Entwicklungen bedeuten:

- immer mehr Frauen werden erst nach ihrem dreißigsten Geburtstag Mutter, die Geburtenhäufigkeit der jüngeren Frauen geht zurück,
- der Anteil der Mütter mit drei oder mehr Kindern geht zunehmend zurück, weil Frauen immer später Mutter werden,
- der Anteil der Frauen ohne Kinder steigt kontinuierlich an, weil die in jüngerem Alter zunächst aufgeschobenen Geburten in immer geringerem Umfang nachgeholt werden.

Annahme „langfristiger Rückgang“ auf 1,2 Kinder je Frau

Bei einem solchen Szenario würde die zusammengefasste Geburtenziffer der Kalenderjahre bis 2060 auf 1,2 Kinder je Frau sinken, das durchschnittliche Gebäralter würde sich gleichzeitig um rund 2,0 Jahre erhöhen. Die endgültige Kinderzahl der Frauenkohorten würde sukzessive zurückgehen.

Schaubild 8



**Übersicht der Annahmen zur künftigen Entwicklung
der zusammengefassten Geburtenziffer**

	Trend	Zielwerte	
		Zusammengefasste Geburtenziffer	Durchschnittliches Alter der Frau bei der Geburt 1)
Basiszeitraum 2006 bis 2008	-	1,36 Kinder je Frau	29,8 Jahre
Annahme 1	Annähernde Konstanz	2009 bis 2060 1,4 Kinder je Frau	Anstieg auf 31,4 bis 2020, dann konstant
Annahme 2	Leichter Anstieg	Anstieg auf 1,6 bis 2025; 2026 bis 2060 1,6 Kinder je Frau	Anstieg auf 30,9 bis 2025, dann konstant
Annahme 3	Langfristiger Rückgang	Rückgang auf 1,2 Kinder je Frau bis 2060	Anstieg auf 31,9 bis 2060

1) Berechnet auf Grundlage der altersspezifischen Geburtenziffern.

4.2 Lebenserwartung

In Deutschland wird seit über 130 Jahren ein kontinuierlicher Rückgang der Sterblichkeit und ein Anstieg der Lebenserwartung beobachtet. Zu dieser Entwicklung haben maßgeblich die Fortschritte in der medizinischen Versorgung, der Hygiene, der Ernährung, der Wohnsituation sowie die verbesserten Arbeitsbedingungen und der gestiegene materielle Wohlstand beigetragen. Die Sterblichkeit ist seit Ende des 19. Jahrhunderts zunächst vor allem bei Säuglingen und Kindern stark zurückgegangen. In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts ist auch die Sterblichkeit älterer Menschen erheblich gesunken⁶⁾.

Die Lebenserwartung nimmt seit langem kontinuierlich zu

Die Sterblichkeitsverhältnisse und die durchschnittliche Lebenserwartung werden seit Gründung des Deutschen Reichs im Jahr 1871 regelmäßig mit Hilfe von sogenannten Periodensterbetafeln nachgewiesen. Die durchschnittliche Lebenserwartung zeigt hierbei, wie viele Lebensjahre neugeborene männliche oder weibliche Kinder zu erwarten hätten, wenn das zu einem Zeitpunkt beobachtete Sterberisiko der Bevölkerung in den einzelnen Altersjahren während ihres ganzen Lebens erhalten bliebe. Für Personen, die ein bestimmtes Alter schon erreicht haben, zum Beispiel für die 65-Jährigen, wird die Anzahl der weiteren Lebensjahre mit der sogenannten durchschnittlichen ferneren Lebenserwartung ausgedrückt.

Mit Blick auf die bisherige Entwicklung in Deutschland und die Lebenserwartung in anderen entwickelten Staaten der Welt wird angenommen, dass die Auswirkungen der im Vergleich zu früheren Generationen verbesserten Lebensumstände und weitere Verbesserungen in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung auch künftig in Deutschland zu einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung führen.

Für die 12. koordinierte Vorausberechnung wurden zwei Annahmen zur Entwicklung der Lebenserwartung bis zum Jahr 2060 getroffen, wobei jedoch zukünftig mit einem gegenüber den letzten Jahren verlangsamten Anstieg gerechnet wird (Schaubild 9). Beide Annahmen basieren auf dem kontinuierlichen Anstieg der Lebenserwartung, wobei zukünftig verstärkt die höheren Altersstufen den Anstieg der Lebenserwartung beeinflussen werden. In den niedrigen Altersstufen ist das Sterberisiko bereits sehr gering und eine Verbesserung der Verhältnisse wirkt sich hier nur noch relativ wenig auf die Entwicklung der Gesamtlebenserwartung aus.

Für die Festlegung der Annahmen wurde das Sterberisiko für Männer und Frauen in jeder einzelnen Altersstufe untersucht, um so die lang- und kurzfristigen Veränderungen in der Vergangenheit festzustellen. Das Sterberisiko hat sich in der Vergangenheit kontinuierlich vermindert, was die Ableitung von Trends erleichtert. Es wurde für jede einzelne Altersstufe ein langfristiger Trend seit 1871 und ein kurzfristiger Trend seit 1970 gebildet. Der kurzfristige Trend berücksichtigt dabei, dass sich in den letzten 35 Jahren in den Altersstufen ab ungefähr 60 Jahren das Sterberisiko deutlich vermindert hat. Dies ging insbesondere auf den medizinischen Fortschritt bei den Krankheiten des Kreislaufsystems zurück.

Eine weitere Entwicklung, die aus dem kurzfristigen Trend erkennbar ist, ist die Verringerung der Differenz in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen.

⁶⁾ Zur historischen Entwicklung der Sterblichkeit siehe „Bevölkerung Deutschlands bis 2050 - 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006, S.36ff.

Annahme L1:

Basisannahme: Lebenserwartung steigt um 7 bis 8 Jahre

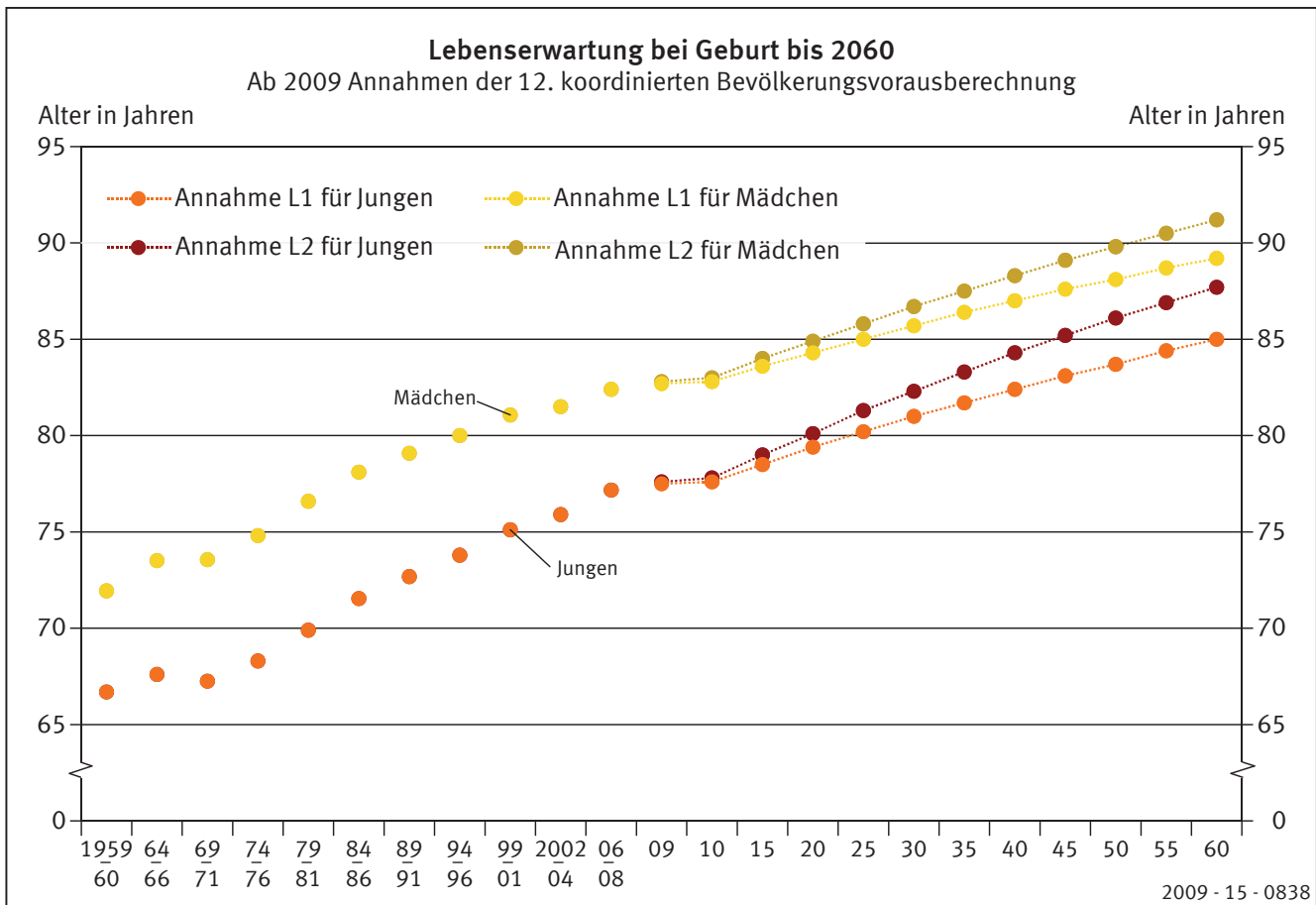
In der Basisannahme L1 ergibt sich für Männer eine durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt von 85,0 Jahren und für Frauen von 89,2 Jahren. Das ist ein Zuwachs von 7,8 bzw. 6,8 Jahren im Vergleich zur Lebenserwartung in Deutschland 2006/2008. Die Differenz in der Lebenserwartung von Männern und Frauen verringert sich bis 2060 von 5,2 auf 4,2 Jahre. 65-jährige Männer beziehungsweise Frauen können immer noch mit weiteren 22,3 beziehungsweise 25,5 Jahren rechnen, das sind rund 5 Jahre mehr als 2006/2008. Die Grundlage der Basisannahme L1 bildet die Kombination aus der kurzfristigen Trendentwicklung seit 1970 und der langfristigen Trendentwicklung seit 1871.

Annahme L2:

Hohe Annahme: Lebenserwartung nimmt um 9 bis 11 Jahre zu

In der hohen Lebenserwartungsannahme L2 können Männer bei Geburt eine durchschnittliche Lebenserwartung von 87,7 Jahren und Frauen von 91,2 Jahren erreichen. Das sind für Männer 10,6 Jahre und für Frauen 8,8 Jahre mehr als 2006/2008. Die Differenz in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen sinkt von 5,2 auf 3,5 Jahre. 65-jährige Männer beziehungsweise Frauen können noch 24,7 beziehungsweise 27,4 Jahre erwarten. Die hohe Lebenserwartungsannahme L2 basiert auf der Trendentwicklung seit 1970. Voraussetzung ist, dass sich die Verbesserung der medizinischen Versorgung und damit die Verminderung des Sterberisikos in den höheren Altersstufen ähnlich wie in den letzten 35 Jahren bis zum Jahr 2060 fortsetzen werden. Beide Annahmen wurden durch Trendextrapolation gewonnen.

Schaubild 9



Übersicht der Annahmen zur künftigen Entwicklung der Lebenserwartung bis 2060

	Lebenserwartung bei Geburt			Zuwachs gegenüber 2006/2008 *) Deutschland	
	2006/2008 Deutschland	2060 Basisannahme L1	2060 Annahme starker Anstieg L2	2060 Annahme L1	2060 Annahme L2
Männer	77,2	85,0	87,7	+ 7,8	+ 10,6
Frauen	82,4	89,2	91,2	+ 6,8	+ 8,8
Differenz . . .	5,2	4,2	3,5	- 1,0	- 1,8

	Lebenserwartung im Alter 65			Zuwachs gegenüber 2006/2008 *) Deutschland	
	2006/2008 Deutschland	2060 Basisannahme L1	2060 Annahme starker Anstieg L2	2060 Annahme L1	2060 Annahme L2
Männer	17,1	22,3	24,7	+ 5,2	+ 7,6
Frauen	20,4	25,5	27,4	+ 5,1	+ 7,0
Differenz . . .	3,3	3,2	2,7	- 0,1	- 0,6

*) Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich.

4.3 Außenwanderungen

Für die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland sind neben Geburten und Sterbefällen die Bevölkerungsbewegungen über die Grenzen des Landes, die sogenannte Außenwanderung, bedeutsam. Für die künftige Bevölkerungszahl und die Altersstruktur ist dabei der Wanderungssaldo, das heißt die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen, ausschlaggebend. Anders als bei Geburtenhäufigkeit oder Lebenserwartung lässt sich aus den bisherigen Wanderungssalden kaum ein Trend ableiten. Der Saldo hängt auf der einen Seite vom Migrationspotenzial in Folge politischer, wirtschaftlicher, demografischer oder auch ökologischer Entwicklungen in den Herkunftsländern ab. Auf der anderen Seite wird er von der Migrationspolitik in Deutschland sowie der wirtschaftlichen und sozialen Attraktivität Deutschlands als Zielland beeinflusst.

In den früheren Wanderungsverläufen lassen sich allerdings Tendenzen erkennen, die bei den Annahmen zum künftigen Wanderungssaldo berücksichtigt werden können. Dazu gehören vor allem das lang- und mittelfristige Niveau der Zu- und Fortzüge, die Unterschiede in der Wanderung der deutschen und ausländischen Staatsangehörigen sowie die Besonderheiten in der Altersstruktur.

Über 80 Prozent des Wanderungsvolumens – das heißt der Zu- und Fortzüge – entfallen auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Mit Ausnahme einiger weniger Jahre haben diese das Wanderungsgeschehen und die Wanderungsbilanz dominiert (Tabelle 7).

Tabelle 7: Wanderungsbewegungen über die Grenzen Deutschlands *)

Zeitraum	Personen insgesamt			Deutsche			Ausländerinnen und Ausländer		
	Zu- züge	Fort- züge	Saldo	Zu- züge	Fort- züge	Saldo	Zu- züge	Fort- züge	Saldo
	durchschnittlich pro Jahr in 1 000								
	Früheres Bundesgebiet								
1954 - 1969	456	325	131	75	89	- 14	381	235	145
1970 - 1979	700	544	156	78	54	24	622	490	132
1980 - 1990	673	478	195	159	68	91	514	411	104
1954 - 1990	586	430	157	101	73	27	486	356	130
	Deutschland								
1991 - 1999	1070	717	354	259	115	144	811	601	210
2000 - 2007	770	642	129	157	135	22	614	507	107
1991 - 2007	929	681	248	211	124	87	718	557	161

*) Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich.

Langfristig ergaben sich deutliche Wanderungsgewinne

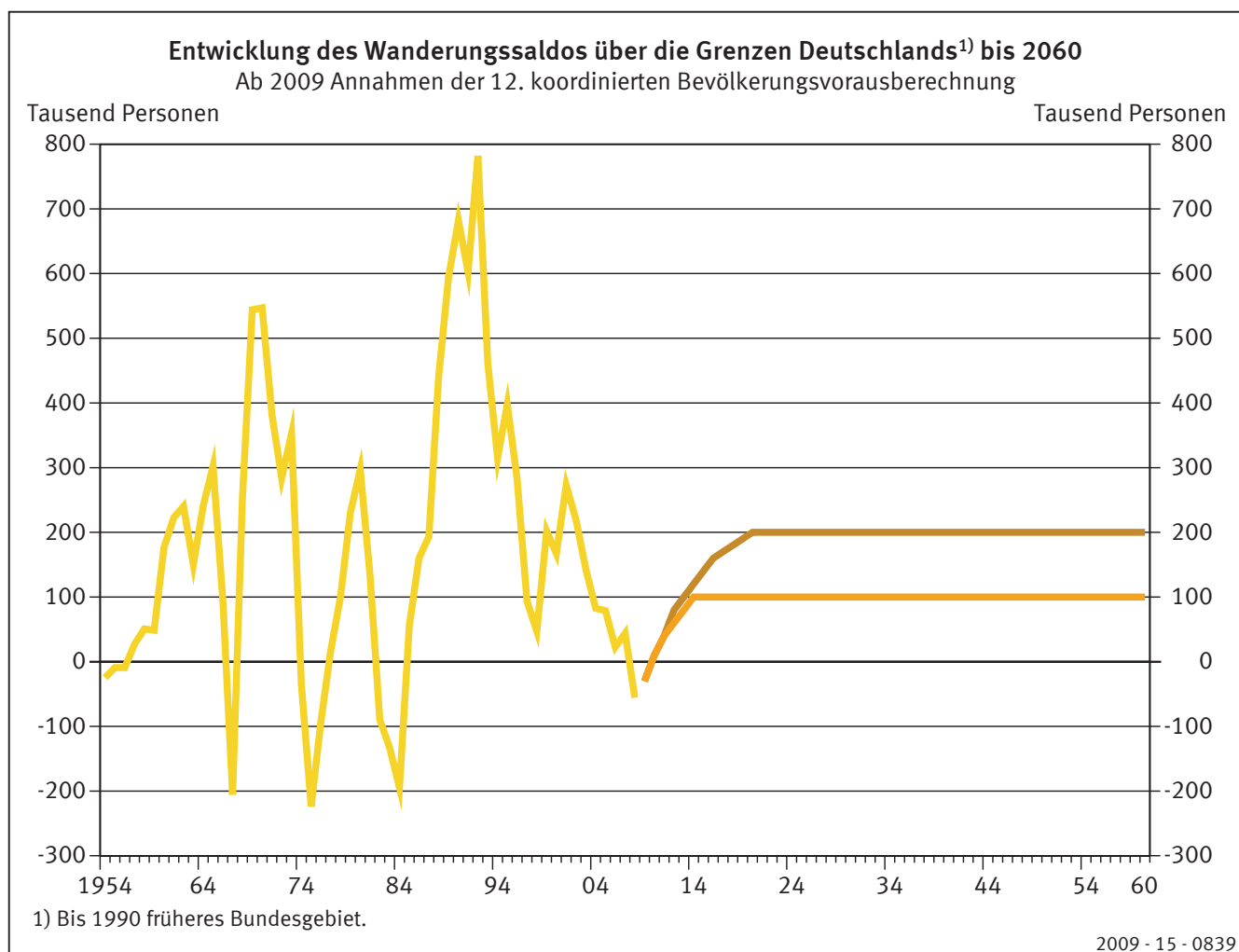
Die gesamte Wanderungsbilanz war in Deutschland mit Ausnahme von einzelnen Jahren positiv und bewegte sich – wie Tabelle 7 zeigt – in unterschiedlichen Zeiträumen zwischen 129 000 und 354 000 Personen jährlich. In den letzten etwa fünf Jahren ging der Saldo aus Zu- und Fortzügen deutlich zurück. Dies war sowohl auf höhere Fortzüge der Deutschen als auch auf das Versiegen der Zuzüge von deutschen Aussiedlern und die abgeschwächten Zuzüge der ausländischen Personen zurückzuführen. Das Jahr 2008 wird hier nicht einbezogen, weil die dafür ausgewiesenen Fortzüge auch zahlreiche Bereinigungen der Melderegister umfassen.

Annahmen: Langfristiger Wanderungssaldo zwischen 100 000 und 200 000 Personen

In der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung sind zwei Annahmen mit einem allmählichen Anstieg des jährlichen Wanderungssaldos auf 100 000 Personen ab 2014 (Annahme W1) und auf 200 000 ab 2020 (Annahme W2) getroffen worden (Schaubild 10). Damit wird dem langfristigen Durchschnitt Rechnung getragen. Die exorbitant hohe Zuwanderung Anfang der 1990er Jahre wird als eine Sonderentwicklung nicht mehr berücksichtigt.

Derzeit besteht ein negativer Wanderungssaldo der deutschen Bevölkerung. Es wird angenommen, dass er sich verringern und schließlich etwa ausgeglichen sein wird, da mit der künftig rückläufigen Zahl junger Menschen auch die Fortzüge der Deutschen sinken werden.

Schaubild 10



Der Wanderungssaldo der ausländischen Personen dürfte von seinem vorübergehend sehr niedrigen Niveau, das auch durch die Bereinigungen der Melderegister im Zuge der Einführung der Steueridentifikationsnummer beeinflusst ist, rasch wieder ansteigen. Dabei wird unterstellt, dass die Zuwanderung ab 2011 mit dem Eintritt der Freizügigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den seit 2004 der Europäischen Union beigetretenen Staaten einen leichten Schub erhält. Anschließend sind unterschiedliche Entwicklungen möglich. Der Rückgang der jungen Bevölkerung in Deutschland kann zu einer höheren Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften führen. Die Bevölkerung in den von der Freizügigkeit betroffenen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten wird allerdings ebenfalls in naher Zukunft rapide altern. Auch dort wird die Bevölkerung im Erwerbsalter schrumpfen. Diese Prozesse können zu einer Verschärfung des Wettbewerbs auf dem europäischen Arbeitsmarkt führen. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass auch in den bisherigen Herkunftsländern der Arbeitsmigranten neue Anreize für die jungen Menschen geschaffen werden, die ihre Abwanderung einschränken könnten. Damit könnte die Zuwanderung nach Deutschland eher am unteren Ende des aufgezeigten Korridors und somit deutlich unter ihrem langjährigen Durchschnitt bleiben.

Aber auch die Annahme eines aus heutiger Sicht sehr hohen jährlichen Wanderungssaldos als Obergrenze des Korridors, in dem sich die Wanderungssalden künftig bewegen könnten, erscheint geboten. Ein Anstieg der Zuzüge nach Deutschland – vor allem der ausländischen Personen – ist in der Zukunft ebenso wahrscheinlich wie eine Beruhigung des Wanderungsgeschehens. Dazu tragen sowohl die demografi-

schen Prozesse in Deutschland als auch weltweite Entwicklungen bei. Die aktuelle Wirtschaftskrise kann zwar kurzfristig zur höheren Arbeitslosigkeit und damit zu einer vorübergehenden Abschwächung des Bedarfs an Arbeitskräften führen. Sie stellt aber Deutschland gleichzeitig vor verstärkte Herausforderungen, Innovationen in Wirtschaft und Forschung voranzutreiben. Angesichts einer rapiden Alterung des inländischen Erwerbspersonenpotenzials kann daraus ein höherer Bedarf an der Zuwanderung junger qualifizierter Arbeitnehmer entstehen. Verglichen mit seinen europäischen Nachbarländern werden die Schrumpfung und Alterung des Erwerbspersonenpotenzials in Deutschland besonders einschneidend ausfallen. Unter diesen Umständen dürfte Deutschland gezwungen sein, im Wettbewerb um junge Arbeitskräfte an Attraktivität zu gewinnen. Dies könnte zu einer Veränderung der aktuellen Wanderungsströme und zur höheren Migration nach Deutschland führen.

Darüber hinaus bleibt das Zuwanderungspotenzial aus anderen Regionen der Welt nach wie vor hoch. Die Staaten Asiens und Afrikas werden in den nächsten Jahrzehnten junge und wachsende Bevölkerungen haben. Auch die Auswirkungen der globalen Klimaerwärmung, die in Mitteleuropa nach bisherigen Schätzungen milder ausfallen würden als in den anderen Erdteilen, könnten eine Zuwanderung durch die Erhöhung des „Wanderungsdrucks“ in den Herkunftsregionen verstärken.

Die tatsächlichen Wanderungen werden sicherlich weiterhin deutlichen Schwankungen unterliegen, sodass die angenommenen Werte nur als langjährige Durchschnitte zu verstehen sind. Die Spanne zwischen den Annahmen zum langfristigen jährlichen Wanderungssaldo von 100 000 und 200 000 Personen bildet einen Korridor, innerhalb dessen sich das zukünftige Wanderungsgeschehen abspielen dürfte.

Die Gesamtzahl der per Saldo zugewanderten Personen würde sich im Zeitraum von 2009 bis 2060 bei der Annahme W1 auf 4,9 Millionen und bei der Annahme W2 auf 9,4 Millionen Menschen belaufen (siehe Übersicht).

**Übersicht der Annahmen zur künftigen Entwicklung
des Saldos der Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands**

Jahre	Annahme W1	Annahme W2
2009	- 30 000	- 30 000
2010	10 000	10 000
2011	40 000	40 000
2012	60 000	80 000
2013	80 000	100 000
2014	100 000	120 000
2015	100 000	140 000
2016	100 000	160 000
2017	100 000	170 000
2018	100 000	180 000
2019	100 000	190 000
2020 - 2060	100 000	200 000
Kumulierte Wanderungsgewinne von 2009 bis 2060	4 860 000	9 360 000

Für die Geschlechts- und Altersstruktur des Wanderungssaldos wurde von den empirischen Altersverteilungen der Zu- und Fortzüge ausgegangen. Diese weisen insbesondere bei den ausländischen Personen eine große Stabilität auf, wobei die nach Deutschland zuziehenden Personen im Durchschnitt jünger sind als die fortziehenden. Daraus ergibt sich ein „Verjüngungseffekt“ für die in Deutschland verbleibende Bevölkerung. Die Höhe der Fortzüge bleibt in der Regel über Jahrzehnte relativ konstant, so dass man von einer Sockelwanderung spricht. Diese findet unabhängig von der Höhe des Wanderungssaldos immer statt. In den Annahmen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurde ebenfalls eine Sockelwanderung berücksichtigt. Damit tritt ein Verjüngungseffekt auch bei einem ausgeglichenen Wanderungssaldo ein⁷⁾.

7) Wie bei den vorherigen Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes wird auch hier ergänzend eine Modellrechnung mit einem ausgeglichenen Wanderungssaldo vorgelegt (Anhang A).

Varianten der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Anhang A

Die Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und zum Wanderungssaldo ergeben – miteinander kombiniert – zwölf Varianten. Diese werden wegen der besseren Übersichtlichkeit zu zwei Blöcken mit je sechs Varianten zusammengefasst: Drei Annahmen zur Geburtenhäufigkeit mal zwei Annahmen zur Lebenserwartung, die im ersten Block mit dem Wanderungssaldo von 100 000 (W1) und im zweiten Block mit dem Wanderungssaldo von 200 000 (W2) kombiniert werden:

Jährlicher Außenwanderungssaldo:	Zusammengefasste Geburtenziffer (Kinder je Frau)		
	annähernde Konstanz bei 1,4 (G1)	leichter Anstieg, ab 2025: 1,6 (G2)	langfristiger Rückgang 2060: 1,2 (G3)
allmählicher Anstieg auf jährlichen Saldo von 100 000 Personen ab 2014 (W1)			
Lebenserwartung Neugeborener im Jahr 2060:			
männlich: 85,0 weiblich: 89,2	Basisannahme (L1)	Variante 1-W1 „mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze	Variante 3-W1 Variante 5-W1
männlich: 87,7 weiblich: 91,2	starker Anstieg (L2)	Variante 2-W1	Variante 4-W1 Variante 6-W1 „relativ alte“ Bevölkerung

Jährlicher Außenwanderungssaldo:	Zusammengefasste Geburtenziffer (Kinder je Frau)		
	annähernde Konstanz bei 1,4 (G1)	leichter Anstieg, ab 2025: 1,6 (G2)	langfristiger Rückgang 2060: 1,2 (G3)
allmählicher Anstieg auf jährlichen Saldo von 200 000 Personen ab 2020 (W2)			
Lebenserwartung Neugeborener im Jahr 2060:			
männlich: 85,0 weiblich: 89,2	Basisannahme (L1)	Variante 1-W2 „mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze	Variante 3-W2 „relativ junge“ Bevölkerung Variante 5-W2
männlich: 87,7 weiblich: 91,2	starker Anstieg (L2)	Variante 2-W2	Variante 4-W2 Variante 6-W2

Zusätzlich zu diesen zwölf Varianten der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung stehen weitere Modellrechnungen zur Verfügung. Eine Rechnung mit ausgeglichenem Wanderungssaldo zeigt die Effekte der Zuwanderung noch deutlicher auf und erlaubt einen Ausblick auf eine mögliche Entwicklung der Alterung, wenn es langfristig zu keiner Nettozuwanderung mehr käme. Wie sich ein hypothetischer Anstieg der Geburtenhäufigkeit auf 2,1 Kinder je Frau sowie ein geringer Zuwachs der Lebenserwartung, der ebenfalls nicht erwartet wird, auswirken würden, wird mit zwei weiteren Modellrechnungen gezeigt.

Liste der Varianten der 12. koordinierten Bevölkerungsvorberechnung und zusätzlicher Modellrechnungen

Bezeichnung der Variante	Annahmen		
	Geburtenhäufigkeit (Kinder je Frau)	Lebenserwartung	Jährlicher Wanderungssaldo Personen/Jahr
Variante 1-W1 „mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze	annähernde Konstanz bei 1,4	Basisannahme 1)	100 000 ab 2014
Variante 1-W2 „mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze	annähernde Konstanz bei 1,4	Basisannahme 1)	200 000 ab 2020
Variante 2-W1	annähernde Konstanz bei 1,4	starker Anstieg 2)	100 000 ab 2014
Variante 2-W2	annähernde Konstanz bei 1,4	starker Anstieg 2)	200 000 ab 2020
Variante 3-W1	leichter Anstieg, ab 2025 bei 1,6	Basisannahme 1)	100 000 ab 2014
Variante 3-W2 „relativ junge“ Bevölkerung	leichter Anstieg, ab 2025 bei 1,6	Basisannahme 1)	200 000 ab 2020
Variante 4-W1	leichter Anstieg, ab 2025 bei 1,6	starker Anstieg 2)	100 000 ab 2014
Variante 4-W2	leichter Anstieg, ab 2025 bei 1,6	starker Anstieg 2)	200 000 ab 2020
Variante 5-W1	langfristiger Rückgang, 2060: 1,2	Basisannahme 1)	100 000 ab 2014
Variante 5-W2	langfristiger Rückgang, 2060: 1,2	Basisannahme 1)	200 000 ab 2020
Variante 6-W1 „relativ alte“ Bevölkerung	langfristiger Rückgang, 2060: 1,2	starker Anstieg 2)	100 000 ab 2014
Variante 6-W2	langfristiger Rückgang, 2060: 1,2	starker Anstieg 2)	200 000 ab 2020
Modellrechnung Lebenserwartung „langsamer Anstieg“	annähernde Konstanz bei 1,4	langsamer Anstieg 3)	100 000 ab 2014
Modellrechnung Wanderungssaldo Null	annähernde Konstanz bei 1,4	Basisannahme 1)	+/-0
Modellrechnung 2,1 Kinder je Frau	stark steigend, ab 2015 bei 2,1	Basisannahme 1)	100 000 ab 2014

1) Lebenserwartung neugeborener Jungen im Jahr 2060: 85,0 Jahre;
Lebenserwartung neugeborener Mädchen im Jahr 2060: 89,2 Jahre.

2) Lebenserwartung neugeborener Jungen im Jahr 2060: 87,7 Jahre;
Lebenserwartung neugeborener Mädchen im Jahr 2060: 91,2 Jahre.

3) Lebenserwartung neugeborener Jungen im Jahr 2060: 82,0 Jahre;
Lebenserwartung neugeborener Mädchen im Jahr 2060: 87,2 Jahre.

Tabelle 1: Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060 ¹⁾

Anhang B

Variante: Untergrenze der "mittleren" Bevölkerung

- Geburtenhäufigkeit: annähernd konstant, Lebenserwartung: Basisannahme, Wanderungssaldo: 100 000 -

Art der Nachweisung		31.12. des Jahres					
		2008	2020	2030	2040	2050	2060
Altenquotient mit Altersgrenze 60 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	79 914	77 350	73 829	69 412	64 651
	2008 = 100....	100	97,5	94,3	90,0	84,6	78,8
unter 20 Jahre	1000....	15 619	13 624	12 927	11 791	10 701	10 085
	%....	19,0	17,0	16,7	16,0	15,4	15,6
	2008 = 100....	100	87,2	82,8	75,5	68,5	64,6
20 bis unter 60 Jahre	1000....	45 426	41 743	35 955	33 746	30 787	28 378
	%....	55,4	52,2	46,5	45,7	44,4	43,9
	2008 = 100....	100	91,9	79,2	74,3	67,8	62,5
60 Jahre und älter	1000....	20 958	24 547	28 469	28 292	27 924	26 188
	%....	25,6	30,7	36,8	38,3	40,2	40,5
	2008 = 100....	100	117,1	135,8	135,0	133,2	125,0
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 60-Jährige kommen							
	unter 20-Jährige.....	34,4	32,6	36,0	34,9	34,8	35,5
	60-Jährige und Ältere..	46,1	58,8	79,2	83,8	90,7	92,3
	zusammen	80,5	91,4	115,1	118,8	125,5	127,8
Altenquotient mit Altersgrenze 65 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	79 914	77 350	73 829	69 412	64 651
	2008 = 100....	100	97,5	94,3	90,0	84,6	78,8
unter 20 Jahre	1000....	15 619	13 624	12 927	11 791	10 701	10 085
	%....	19,0	17,0	16,7	16,0	15,4	15,6
	2008 = 100....	100	87,2	82,8	75,5	68,5	64,6
20 bis unter 65 Jahre	1000....	49 655	47 636	42 149	38 329	35 722	32 591
	%....	60,6	59,6	54,5	51,9	51,5	50,4
	2008 = 100....	100	95,9	84,9	77,2	71,9	65,6
65 Jahre und älter	1000....	16 729	18 654	22 275	23 709	22 989	21 975
	%....	20,4	23,3	28,8	32,1	33,1	34,0
	2008 = 100....	100	111,5	133,2	141,7	137,4	131,4
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 65-Jährige kommen							
	unter 20-Jährige.....	31,5	28,6	30,7	30,8	30,0	30,9
	65-Jährige und Ältere..	33,7	39,2	52,8	61,9	64,4	67,4
	zusammen	65,1	67,8	83,5	92,6	94,3	98,4
Altenquotient mit Altersgrenze 67 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	79 914	77 350	73 829	69 412	64 651
	2008 = 100....	100	97,5	94,3	90,0	84,6	78,8
unter 20 Jahre	1000....	15 619	13 624	12 927	11 791	10 701	10 085
	%....	19,0	17,0	16,7	16,0	15,4	15,6
	2008 = 100....	100	87,2	82,8	75,5	68,5	64,6
20 bis unter 67 Jahre	1000....	51 477	49 723	44 771	40 025	37 562	34 228
	%....	62,8	62,2	57,9	54,2	54,1	52,9
	2008 = 100....	100	96,6	87,0	77,8	73,0	66,5
67 Jahre und älter	1000....	14 906	16 567	19 652	22 013	21 149	20 338
	%....	18,2	20,7	25,4	29,8	30,5	31,5
	2008 = 100....	100	111,1	131,8	147,7	141,9	136,4
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 67-Jährige kommen							
	unter 20-Jährige.....	30,3	27,4	28,9	29,5	28,5	29,5
	67-Jährige und Ältere..	29,0	33,3	43,9	55,0	56,3	59,4
	zusammen	59,3	60,7	72,8	84,5	84,8	88,9

1) Ab 2020 Schätzwerte der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.
Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Tabelle 2: Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060 ¹⁾
Variante: Obergrenze der "mittleren" Bevölkerung

- Geburtenhäufigkeit: annähernd konstant, Lebenserwartung: Basisannahme, Wanderungssaldo: 200 000 -

Art der Nachweisung	31.12. des Jahres						
	2008	2020	2030	2040	2050	2060	
Altenquotient mit Altersgrenze 60 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	80 437	79 025	76 757	73 608	70 120
	2008 = 100....	100	98,1	96,4	93,6	89,8	85,5
unter 20 Jahre	1000....	15 619	13 708	13 229	12 375	11 480	11 015
	%....	19,0	17,0	16,7	16,1	15,6	15,7
	2008 = 100....	100	87,8	84,7	79,2	73,5	70,5
20 bis unter 60 Jahre	1000....	45 426	42 161	37 224	35 788	33 519	31 611
	%....	55,4	52,4	47,1	46,6	45,5	45,1
	2008 = 100....	100	92,8	81,9	78,8	73,8	69,6
60 Jahre und älter	1000....	20 958	24 568	28 571	28 593	28 610	27 494
	%....	25,6	30,5	36,2	37,3	38,9	39,2
	2008 = 100....	100	117,2	136,3	136,4	136,5	131,2
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 60-Jährige kommen							
	unter 20-Jährige.....	34,4	32,5	35,5	34,6	34,2	34,8
	60-Jährige und Ältere..	46,1	58,3	76,8	79,9	85,4	87,0
	zusammen	80,5	90,8	112,3	114,5	119,6	121,8
Altenquotient mit Altersgrenze 65 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	80 437	79 025	76 757	73 608	70 120
	2008 = 100....	100	98,1	96,4	93,6	89,8	85,5
unter 20 Jahre	1000....	15 619	13 708	13 229	12 375	11 480	11 015
	%....	19,0	17,0	16,7	16,1	15,6	15,7
	2008 = 100....	100	87,8	84,7	79,2	73,5	70,5
20 bis unter 65 Jahre	1000....	49 655	48 062	43 465	40 495	38 704	36 230
	%....	60,6	59,8	55,0	52,8	52,6	51,7
	2008 = 100....	100	96,8	87,5	81,6	77,9	73,0
65 Jahre und älter	1000....	16 729	18 668	22 331	23 887	23 425	22 876
	%....	20,4	23,2	28,3	31,1	31,8	32,6
	2008 = 100....	100	111,6	133,5	142,8	140,0	136,7
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 65-Jährige kommen							
	unter 20-Jährige.....	31,5	28,5	30,4	30,6	29,7	30,4
	65-Jährige und Ältere..	33,7	38,8	51,4	59,0	60,5	63,1
	zusammen	65,1	67,4	81,8	89,5	90,2	93,5
Altenquotient mit Altersgrenze 67 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	80 437	79 025	76 757	73 608	70 120
	2008 = 100....	100	98,1	96,4	93,6	89,8	85,5
unter 20 Jahre	1000....	15 619	13 708	13 229	12 375	11 480	11 015
	%....	19,0	17,0	16,7	16,1	15,6	15,7
	2008 = 100....	100	87,8	84,7	79,2	73,5	70,5
20 bis unter 67 Jahre	1000....	51 477	50 150	46 100	42 228	40 622	38 008
	%....	62,8	62,3	58,3	55,0	55,2	54,2
	2008 = 100....	100	97,4	89,6	82,0	78,9	73,8
67 Jahre und älter	1000....	14 906	16 579	19 696	22 153	21 507	21 097
	%....	18,2	20,6	24,9	28,9	29,2	30,1
	2008 = 100....	100	111,2	132,1	148,6	144,3	141,5
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 67-Jährige kommen							
	unter 20-Jährige.....	30,3	27,3	28,7	29,3	28,3	29,0
	67-Jährige und Ältere..	29,0	33,1	42,7	52,5	52,9	55,5
	zusammen	59,3	60,4	71,4	81,8	81,2	84,5

1) Ab 2020 Schätzwerte der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.
Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Tabelle 3: Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060¹⁾
Variante: "relativ junge" Bevölkerung

- Geburtenhäufigkeit: leicht steigend, Lebenserwartung: Basisannahme, Wanderungssaldo: 200 000 -

Art der Nachweisung		31.12. des Jahres					
		2008	2020	2030	2040	2050	2060
Altenquotient mit Altersgrenze 60 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	80 831	80 227	78 805	76 703	74 515
	2008 = 100....	100	98,6	97,8	96,1	93,5	90,9
unter 20 Jahre	1000....	15 619	14 101	14 416	14 030	13 375	13 367
	%....	19,0	17,4	18,0	17,8	17,4	17,9
	2008 = 100....	100	90,3	92,3	89,8	85,6	85,6
20 bis unter 60 Jahre	1000....	45 426	42 161	37 240	36 181	34 718	33 654
	%....	55,4	52,2	46,4	45,9	45,3	45,2
	2008 = 100....	100	92,8	82,0	79,6	76,4	74,1
60 Jahre und älter	1000....	20 958	24 568	28 571	28 593	28 610	27 494
	%....	25,6	30,4	35,6	36,3	37,3	36,9
	2008 = 100....	100	117,2	136,3	136,4	136,5	131,2
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 60-jährige kommen							
	unter 20-jährige.....	34,4	33,4	38,7	38,8	38,5	39,7
	60-jährige und Ältere..	46,1	58,3	76,7	79,0	82,4	81,7
	zusammen	80,5	91,7	115,4	117,8	120,9	121,4
Altenquotient mit Altersgrenze 65 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	80 831	80 227	78 805	76 703	74 515
	2008 = 100....	100	98,6	97,8	96,1	93,5	90,9
unter 20 Jahre	1000....	15 619	14 101	14 416	14 030	13 375	13 367
	%....	19,0	17,4	18,0	17,8	17,4	17,9
	2008 = 100....	100	90,3	92,3	89,8	85,6	85,6
20 bis unter 65 Jahre	1000....	49 655	48 062	43 481	40 888	39 904	38 272
	%....	60,6	59,5	54,2	51,9	52,0	51,4
	2008 = 100....	100	96,8	87,6	82,3	80,4	77,1
65 Jahre und älter	1000....	16 729	18 668	22 331	23 887	23 425	22 876
	%....	20,4	23,1	27,8	30,3	30,5	30,7
	2008 = 100....	100	111,6	133,5	142,8	140,0	136,7
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 65-jährige kommen							
	unter 20-jährige.....	31,5	29,3	33,2	34,3	33,5	34,9
	65-jährige und Ältere..	33,7	38,8	51,4	58,4	58,7	59,8
	zusammen	65,1	68,2	84,5	92,7	92,2	94,7
Altenquotient mit Altersgrenze 67 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	80 831	80 227	78 805	76 703	74 515
	2008 = 100....	100	98,6	97,8	96,1	93,5	90,9
unter 20 Jahre	1000....	15 619	14 101	14 416	14 030	13 375	13 367
	%....	19,0	17,4	18,0	17,8	17,4	17,9
	2008 = 100....	100	90,3	92,3	89,8	85,6	85,6
20 bis unter 67 Jahre	1000....	51 477	50 150	46 115	42 621	41 821	40 051
	%....	62,8	62,0	57,5	54,1	54,5	53,7
	2008 = 100....	100	97,4	89,6	82,8	81,2	77,8
67 Jahre und älter	1000....	14 906	16 579	19 696	22 153	21 507	21 097
	%....	18,2	20,5	24,6	28,1	28,0	28,3
	2008 = 100....	100	111,2	132,1	148,6	144,3	141,5
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 67-jährige kommen							
	unter 20-jährige.....	30,3	28,1	31,3	32,9	32,0	33,4
	67-jährige und Ältere..	29,0	33,1	42,7	52,0	51,4	52,7
	zusammen	59,3	61,2	74,0	84,9	83,4	86,1

1) Ab 2020 Schätzwerte der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Tabelle 4: Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060 ¹⁾

Variante: "relativ alte" Bevölkerung

- Geburtenhäufigkeit: leicht fallend, Lebenserwartung: hoch, Wanderungssaldo: 100 000 -

Art der Nachweisung		31.12. des Jahres					
		2008	2020	2030	2040	2050	2060
Altenquotient mit Altersgrenze 60 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	79 963	77 382	73 868	69 353	64 041
	2008 = 100....	100	97,5	94,4	90,1	84,6	78,1
unter 20 Jahre	1000....	15 619	13 355	12 170	10 757	9 473	8 518
	%....	19,0	16,7	15,7	14,6	13,7	13,3
	2008 = 100....	100	85,5	77,9	68,9	60,7	54,5
20 bis unter 60 Jahre	1000....	45 426	41 755	35 963	33 503	30 050	27 105
	%....	55,4	52,2	46,5	45,4	43,3	42,3
	2008 = 100....	100	91,9	79,2	73,8	66,2	59,7
60 Jahre und älter	1000....	20 958	24 853	29 248	29 609	29 830	28 418
	%....	25,6	31,1	37,8	40,1	43,0	44,4
	2008 = 100....	100	118,6	139,6	141,3	142,3	135,6
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 60-jährige kommen							
	unter 20-jährige.....	34,4	32,0	33,8	32,1	31,5	31,4
	60-jährige und Ältere..	46,1	59,5	81,3	88,4	99,3	104,8
	zusammen	80,5	91,5	115,2	120,5	130,8	136,3
Altenquotient mit Altersgrenze 65 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	79 963	77 382	73 868	69 353	64 041
	2008 = 100....	100	97,5	94,4	90,1	84,6	78,1
unter 20 Jahre	1000....	15 619	13 355	12 170	10 757	9 473	8 518
	%....	19,0	16,7	15,7	14,6	13,7	13,3
	2008 = 100....	100	85,5	77,9	68,9	60,7	54,5
20 bis unter 65 Jahre	1000....	49 655	47 659	42 180	38 108	35 014	31 346
	%....	60,6	59,6	54,5	51,6	50,5	48,9
	2008 = 100....	100	96,0	84,9	76,7	70,5	63,1
65 Jahre und älter	1000....	16 729	18 949	23 031	25 003	24 866	24 177
	%....	20,4	23,7	29,8	33,8	35,9	37,8
	2008 = 100....	100	113,3	137,7	149,5	148,6	144,5
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 65-jährige kommen							
	unter 20-jährige.....	31,5	28,0	28,9	28,2	27,1	27,2
	65-jährige und Ältere..	33,7	39,8	54,6	65,6	71,0	77,1
	zusammen	65,1	67,8	83,5	93,8	98,1	104,3
Altenquotient mit Altersgrenze 67 Jahre							
Bevölkerungsstand	1000....	82 002	79 963	77 382	73 868	69 353	64 041
	2008 = 100....	100	97,5	94,4	90,1	84,6	78,1
unter 20 Jahre	1000....	15 619	13 355	12 170	10 757	9 473	8 518
	%....	19,0	16,7	15,7	14,6	13,7	13,3
	2008 = 100....	100	85,5	77,9	68,9	60,7	54,5
20 bis unter 67 Jahre	1000....	51 477	49 752	44 819	39 819	36 872	32 999
	%....	62,8	62,2	57,9	53,9	53,2	51,5
	2008 = 100....	100	96,6	87,1	77,4	71,6	64,1
67 Jahre und älter	1000....	14 906	16 856	20 393	23 293	23 008	22 523
	%....	18,2	21,1	26,4	31,5	33,2	35,2
	2008 = 100....	100	113,1	136,8	156,3	154,4	151,1
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 67-jährige kommen							
	unter 20-jährige.....	30,3	26,8	27,2	27,0	25,7	25,8
	67-jährige und Ältere..	29,0	33,9	45,5	58,5	62,4	68,3
	zusammen	59,3	60,7	72,7	85,5	88,1	94,1

1) Ab 2020 Schätzwerte der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Tabelle 5: Unter 20-Jährige nach Altersgruppen

- 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung -
Basis: 31.12.2008

Jahr (jeweils 31.12.)	Variante "mittlere" Bevölkerung, Untergrenze 1)		Variante "mittlere" Bevölkerung, Obergrenze 2)	
	1 000	2008 = 100	1 000	2008 = 100
unter 6-Jährige				
2020	3 973	95,6	4 008	96,5
2030	3 619	87,1	3 754	90,4
2040	3 213	77,3	3 415	82,2
2050	3 042	73,2	3 281	79,0
2060	2 868	69,0	3 163	76,1
6- bis unter 10-Jährige				
2020	2 648	88,1	2 661	88,5
2030	2 594	86,3	2 658	88,4
2040	2 272	75,6	2 399	79,8
2050	2 080	69,2	2 235	74,4
2060	2 000	66,5	2 185	72,7
10- bis unter 16-Jährige				
2020	4 084	85,1	4 102	85,4
2030	4 013	83,6	4 076	84,9
2040	3 660	76,2	3 823	79,6
2050	3 254	67,8	3 484	72,6
2060	3 084	64,2	3 350	69,8
16- bis unter 20-Jährige				
2020	2 919	79,8	2 937	80,3
2030	2 701	73,8	2 741	74,9
2040	2 647	72,4	2 738	74,9
2050	2 325	63,6	2 480	67,8
2060	2 134	58,3	2 316	63,3
Insgesamt				
2020	13 624	87,2	13 708	87,8
2030	12 927	82,8	13 229	84,7
2040	11 791	75,5	12 375	79,2
2050	10 701	68,5	11 480	73,5
2060	10 085	64,6	11 015	70,5

1) Annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, Basisannahme zur Lebenserwartung, Wanderungssaldo 100 000 Personen/Jahr.
2) Annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, Basisannahme zur Lebenserwartung, Wanderungssaldo 200 000 Personen/Jahr.
Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Tabelle 6: Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren

- 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung -
Basis: 31.12.2008

Jahr (jeweils 31.12.)	Variante "mittlere" Bevölkerung, Untergrenze ¹⁾			Variante "mittlere" Bevölkerung, Obergrenze ²⁾		
	1 000	% ³⁾	2008 = 100	1 000	% ³⁾	2008 = 100
im Alter von 20 bis unter 30 Jahren						
2020	8 549	17,9	86,5	8 699	18,1	88,0
2030	7 473	17,7	75,6	7 776	17,9	78,7
2040	7 188	18,8	72,7	7 559	18,7	76,5
2050	6 784	19,0	68,6	7 306	18,9	73,9
2060	6 059	18,6	61,3	6 711	18,5	67,9
im Alter von 30 bis unter 50 Jahren						
2020	19 842	41,7	81,8	20 066	41,7	82,7
2030	18 932	44,9	78,0	19 714	45,4	81,3
2040	16 591	43,3	68,4	17 849	44,1	73,6
2050	15 260	42,7	62,9	16 738	43,2	69,0
2060	14 588	44,8	60,1	16 285	44,9	67,1
im Alter von 50 bis unter 65 Jahren						
2020	19 245	40,4	124,1	19 298	40,2	124,4
2030	15 743	37,4	101,5	15 975	36,8	103,0
2040	14 549	38,0	93,8	15 087	37,3	97,3
2050	13 678	38,3	88,2	14 660	37,9	94,5
2060	11 944	36,6	77,0	13 233	36,5	85,3
Insgesamt						
2020	47 636	100	95,9	48 062	100	96,8
2030	42 149	100	84,9	43 465	100	87,5
2040	38 329	100	77,2	40 495	100	81,6
2050	35 722	100	71,9	38 704	100	77,9
2060	32 591	100	65,6	36 230	100	73,0

1) Annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, Basisannahme zur Lebenserwartung, Wanderungssaldo 100 000 Personen/Jahr.

2) Annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, Basisannahme zur Lebenserwartung, Wanderungssaldo 200 000 Personen/Jahr.

3) Anteil an der Bevölkerung im Erwerbsalter.

Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Tabelle 7: 65- bis unter 80-Jährige sowie 80-Jährige und Ältere

- 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung -
Basis: 31.12.2008

Jahr (jeweils 31.12.)	Variante "mittlere" Bevölkerung, Untergrenze ¹⁾		Variante "mittlere" Bevölkerung, Obergrenze ²⁾	
	1 000	2008 = 100	1 000	2008 = 100
65- bis unter 80-Jährige				
2020	12 646	99,8	12 656	99,9
2030	15 857	125,2	15 902	125,5
2040	15 600	123,1	15 754	124,4
2050	12 766	100,8	13 134	103,7
2060	12 925	102,0	13 651	107,8
80-Jährige und Ältere				
2020	6 008	147,9	6 012	148,0
2030	6 417	158,0	6 429	158,3
2040	8 109	199,7	8 133	200,3
2050	10 223	251,7	10 291	253,4
2060	9 050	222,8	9 225	227,1
65-Jährige und Ältere insgesamt				
2020	18 654	111,5	18 668	111,6
2030	22 275	133,2	22 331	133,5
2040	23 709	141,7	23 887	142,8
2050	22 989	137,4	23 425	140,0
2060	21 975	131,4	22 876	136,7

1) Annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, Basisannahme zur Lebenserwartung, Wanderungssaldo 100 000 Personen/Jahr.

2) Annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, Basisannahme zur Lebenserwartung, Wanderungssaldo 200 000 Personen/Jahr.

Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Tabelle 8: Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland von 2009 bis 2060

- 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung -

Jahr (jeweils 31.12.)	Variante "mittlere" Bevölkerung, Untergrenze ¹⁾		Variante "mittlere" Bevölkerung, Obergrenze ²⁾	
	1 000	2008 = 100	1 000	2008 = 100
2009	81 735	99,7	81 735	99,7
2010	81 545	99,4	81 545	99,4
2011	81 374	99,2	81 374	99,2
2012	81 212	99,0	81 232	99,1
2013	81 060	98,9	81 101	98,9
2014	80 920	98,7	80 982	98,8
2015	80 772	98,5	80 875	98,6
2016	80 616	98,3	80 781	98,5
2017	80 453	98,1	80 690	98,4
2018	80 282	97,9	80 603	98,3
2019	80 102	97,7	80 519	98,2
2020	79 914	97,5	80 437	98,1
2021	79 715	97,2	80 346	98,0
2022	79 503	97,0	80 244	97,9
2023	79 279	96,7	80 131	97,7
2024	79 041	96,4	80 007	97,6
2025	78 790	96,1	79 870	97,4
2026	78 526	95,8	79 722	97,2
2027	78 249	95,4	79 562	97,0
2028	77 959	95,1	79 392	96,8
2029	77 659	94,7	79 213	96,6
2030	77 350	94,3	79 025	96,4
2031	77 032	93,9	78 830	96,1
2032	76 706	93,5	78 627	95,9
2033	76 373	93,1	78 418	95,6
2034	76 033	92,7	78 203	95,4
2035	75 686	92,3	77 981	95,1
2036	75 331	91,9	77 753	94,8
2037	74 969	91,4	77 517	94,5
2038	74 598	91,0	77 273	94,2
2039	74 219	90,5	77 020	93,9
2040	73 829	90,0	76 757	93,6
2041	73 430	89,5	76 484	93,3
2042	73 020	89,0	76 201	92,9
2043	72 599	88,5	75 907	92,6
2044	72 169	88,0	75 604	92,2
2045	71 729	87,5	75 291	91,8
2046	71 280	86,9	74 969	91,4
2047	70 823	86,4	74 639	91,0
2048	70 359	85,8	74 301	90,6
2049	69 888	85,2	73 957	90,2
2050	69 412	84,6	73 608	89,8
2051	68 931	84,1	73 255	89,3
2052	68 448	83,5	72 899	88,9
2053	67 963	82,9	72 541	88,5
2054	67 478	82,3	72 183	88,0
2055	66 994	81,7	71 827	87,6
2056	66 513	81,1	71 473	87,2
2057	66 037	80,5	71 125	86,7
2058	65 567	80,0	70 782	86,3
2059	65 105	79,4	70 447	85,9
2060	64 651	78,8	70 120	85,5

1) Annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, Basisannahme zur Lebenserwartung, Wanderungssaldo 100 000 Personen/Jahr.

2) Annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, Basisannahme zur Lebenserwartung, Wanderungssaldo 200 000 Personen/Jahr.

Glossar

Anhang C

Altenquotient

Der Altenquotient bildet das Verhältnis der Personen im Rentenalter (z. B. 65 Jahre und älter) zu 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (z. B. von 20 bis unter 65 Jahren) ab.

Altersspezifische Geburtenziffer

Die Geburtenhäufigkeit kann für jedes Alter der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren ermittelt werden. Dabei werden die während eines Kalenderjahres geborenen Kinder von Müttern eines bestimmten Alters auf alle Frauen dieses Alters bezogen. Die so berechneten altersspezifischen Geburtenziffern zeigen, wie viele Kinder durchschnittlich von Frauen eines bestimmten Alters geboren werden.

Endgültige/Erreichte Kinderzahl

Die endgültige/erreichte Kinderzahl einer Frauenkohorte zeigt, wie viele Kinder die Frauen eines Geburtsjahrgangs im Laufe ihres Lebens durchschnittlich geboren haben. Für die Frauenjahrgänge, die ihr 50. Lebensjahr erreicht haben, wird diese auch als endgültige Kinderzahl bezeichnet. Diese Geburtenziffer wird hier als Summe der altersspezifischen Geburtenziffern (Quelle: Geburtenstatistik) berechnet, die in den Jahren nachgewiesen wurden, in denen der entsprechende Jahrgang die Altersstufen von 15 bis 49 Jahren durchschritt.

Jugendquotient

Der Jugendquotient bildet hier das Verhältnis der Personen im Alter von 0 bis 19 Jahren zu 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (z. B. von 20 bis unter 65 Jahren) ab.

Geburtendefizit

Die Zahl der Geborenen ist geringer als die Zahl der Gestorbenen.

Generatives Verhalten

Das Verhalten der Bevölkerung, das auf die Zahl der Kinder Einfluss nimmt. Dieses äußert sich zum Beispiel im Zeitpunkt der Familiengründung, der Kinderzahl sowie im zeitlichen Abstand, der zwischen den Geburten liegt.

Kinderlosigkeit

Der Anteil der Frauen ohne Kinder an den Frauen der entsprechenden Gruppe. Für die Frauen im Alter von 50 Jahren und älter, die in der Regel keine Kinder mehr bekommen, ist die Kinderlosigkeit endgültig. Für die jüngeren Altersgruppen kann sich der Kinderlosenanteil noch ändern und ist deshalb als Momentaufnahme zu verstehen.

Kohorte

Eine Kohorte besteht aus Personen, die im gleichen Jahr geboren wurden.

Lebenserwartung

Die durchschnittliche Zahl von weiteren Jahren, die ein Mensch in einem bestimmten Alter nach den zum aktuellen Zeitpunkt geltenden Sterblichkeitsverhältnissen voraussichtlich noch leben könnte. Sie wird mit Hilfe der Sterbetafel des Statistischen Bundesamtes ermittelt, in die die aktuellen Wahrscheinlichkeiten für die einzelnen

Altersjahre, im jeweiligen Alter zu sterben, eingehen. Es handelt sich um eine hypothetische Kennziffer, da sich die Sterbeverhältnisse im Laufe des weiteren Lebens ändern können. Die Lebenserwartung wird untergliedert nach Geschlecht ausgewiesen.

Es wird von der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt (also im Alter von 0 Jahren) und von der ferneren Lebenserwartung, z.B. im Alter von 60 bzw. 65 Jahren gesprochen. Die Summe aus erreichtem Alter und fernerer Lebenserwartung bzw. die insgesamt zu erwartenden Lebensjahre erhöhen sich mit zunehmendem Alter. So hat heute ein einjähriges Kind eine höhere Lebenserwartung als ein gerade geborenes, weil es die Risiken, in den ersten Monaten seines Lebens zu sterben, überwunden hat. Damit hat es höhere Chancen, auch die weiteren Lebensalter zu erreichen.

Natürliche Bevölkerungsbilanz

Saldo der Geborenen und Gestorbenen.

Sockelwanderung

Sockelwanderung setzt eine bestimmte Zahl an Fortzügen ins Ausland voraus. Für einen ausgeglichenen bzw. positiven Wanderungssaldo wird folglich die gleiche bzw. eine höhere Zahl an Zuzügen benötigt. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass nach Deutschland zuziehende Ausländerinnen und Ausländer jünger sind als die fortziehenden und sich auch bei einem ausgeglichenen Saldo ein gewisser „Verjüngungseffekt“ ergibt.

Sterblichkeit

Sterblichkeit ist eine der beiden Hauptbestandteile der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Unter Sterblichkeit wird hier die Zahl der Sterbefälle während eines Zeitraums bezogen auf die Bevölkerung verstanden. Dabei können die Sterbefälle insgesamt oder untergliedert nach Alter oder Geschlecht im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgruppe betrachtet werden.

Wanderungssaldo

Die Differenz zwischen den Zuzügen nach Deutschland und den Fortzügen ins Ausland.

Wanderungsüberschuss

Wanderungsüberschuss (ein positiver Wanderungssaldo, Nettozuwanderung) entsteht, wenn die Zuzüge die Fortzüge zahlenmäßig überwiegen.

Zusammengefasste Geburtenziffer

Die zusammengefasste Geburtenziffer gibt die durchschnittliche Kinderzahl an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die Verhältnisse des betrachteten Jahres von ihrem 15. bis zu ihrem 49. Lebensjahr gelten würden. Diese Kennziffer hat einen hypothetischen Charakter, da sie die Geburtenhäufigkeit nicht einer konkreten, sondern einer modellierten Frauengeneration abbildet. Ihr Vorteil besteht jedoch darin, dass sie zeitnah verfügbar ist und das Geburtenniveau unabhängig von der jeweiligen Altersstruktur der Bevölkerung misst. Sie wird berechnet, indem die altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten des beobachteten Jahres für die Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren addiert werden.

Animierte Alterspyramide im Internet

Anhang D

Mit unseren animierten Bevölkerungspyramiden können Sie sich komplexe Zusammenhänge der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung interaktiv darstellen lassen. Die Bevölkerungsentwicklung kann von 1950 bis heute sowie für die kommenden fünf Jahrzehnte nachvollzogen werden. Die Zukunftsszenarien nach vier ausgewählten Varianten der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung können – unter Berücksichtigung der getroffenen Annahmen – untereinander verglichen werden.

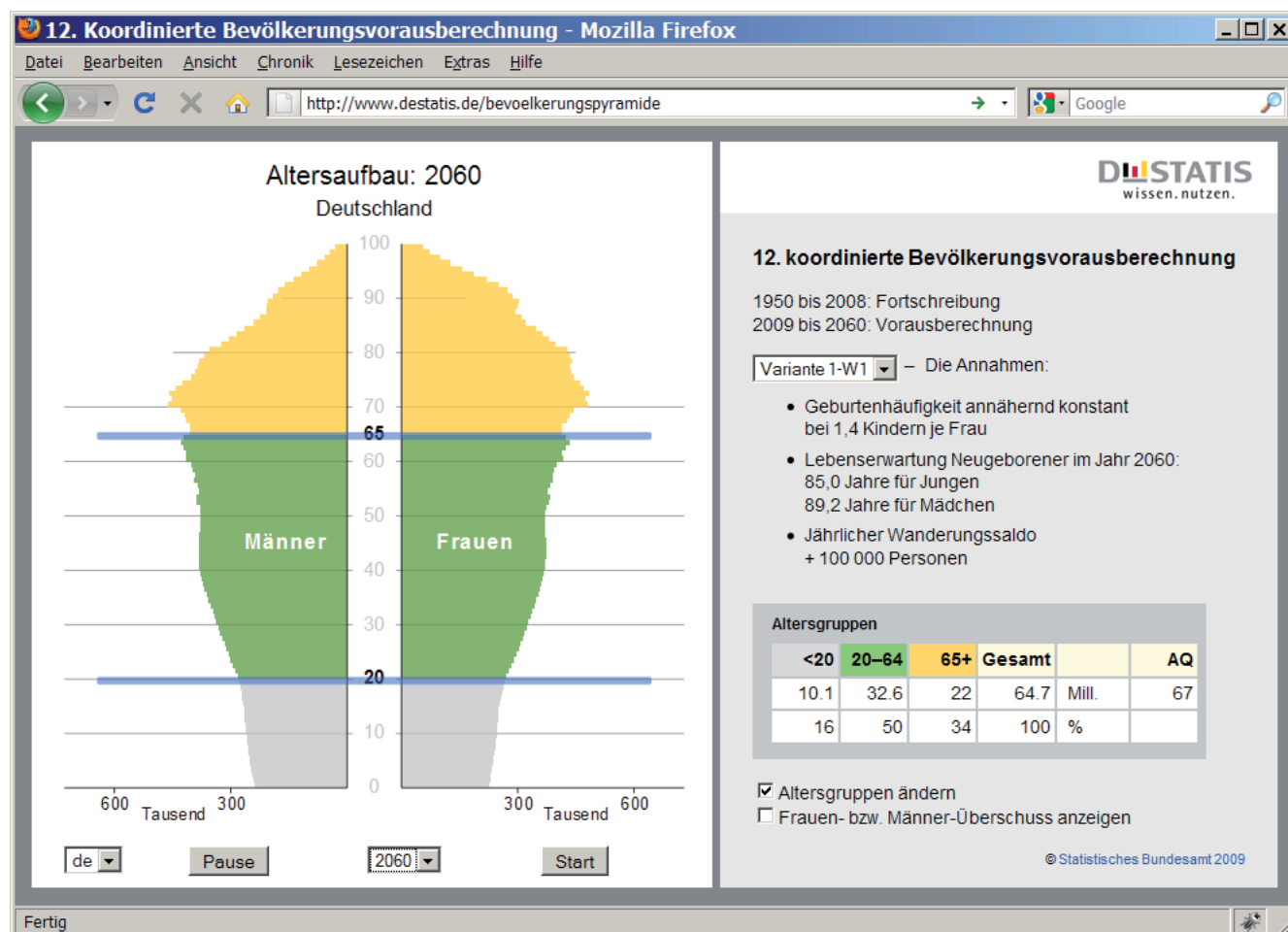
Die interaktive Bevölkerungspyramide bietet neben der animierten Darstellung eine Fülle an statistischen Informationen:

- Anzahl der Frauen und Männer nach einzelnen Jahrgängen
- Stärke der selbst gewählten Altersgruppen in Millionen Personen und in Prozent
- Altenquotient: Zahl der Personen im Rentenalter pro 100 Personen im Erwerbsalter.

Sowohl der Zeitraum als auch die Aufteilung nach Altersgruppen können gezielt gesteuert werden.

Die Darstellung ist in Deutsch, Englisch, Französisch und Russisch abrufbar.

www.destatis.de/bevoelkerungspyramide



UNSER PRESSESERVICE

- » Die Pressestelle des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht die neuesten statistischen Ergebnisse in jährlich rund 550 Pressemitteilungen. Über unseren Presseverteiler können Sie sich diese per Mail schicken lassen.
- » Für Ihre Planung können Sie unseren Wochenkalender mit Vorschau auf die Pressemitteilungen der Folgewoche nutzen, außerdem bieten wir einen Jahresveröffentlichungskalender mit den wichtigsten Wirtschaftsindikatoren.
- » Zu den wichtigen Themen veranstalten wir Pressekonferenzen und stellen direkt im Anschluss umfassende Materialien im Internet zur Verfügung.
- » Ihre Anfragen werden schnellstmöglich beantwortet oder an die jeweiligen Experten weitergeleitet. Für Interviews vermitteln wir Ihnen fachkundige Gesprächspartner.
- » Abonnieren Sie unseren Newsletter: Entweder für alle Presseveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes oder zu bestimmten Themenbereichen.

Im Internet finden Sie Ansprechpartner, aktuelle Meldungen und ein Archiv, in dem Sie nach Thema oder Veröffentlichungsdatum recherchieren können. Gerne helfen wir Ihnen auch per Mail, Telefon oder Fax weiter.

www.destatis.de (Bereich Presse)

presse@destatis.de

Telefon: +49 (0) 611 / 75 34 44 (montags bis donnerstags von 8 bis 17, freitags von 8 bis 15 Uhr)

Telefax: +49 (0) 611 / 75 39 76

Allgemeine Informationen

über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie im Internet unter

www.destatis.de oder über unseren Informationsservice:

www.destatis.de/kontakt

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Publikationen online

über unseren Publikationsservice: **www.destatis.de/publikationen**

über unsere Datenbank GENESIS-Online: **www.destatis.de/genesis**

Informationen zum Thema Bevölkerung Deutschlands

Weitere umfangreiche Informationen zum Thema Bevölkerung Deutschlands finden Sie in unserem Internetangebot: www.destatis.de -> Bevölkerung

Bei Fragen zum Inhalt der Broschüre oder zum Thema Bevölkerung Deutschlands wenden Sie sich bitte an:

Telefon: +49 (0) 611 / 75 48 66

Telefax: +49 (0) 611 / 75 30 69

E-Mail: demografie@destatis.de

Anlage 4: Internetseite: Schader Stiftung

<http://www.schader-stiftung.de>

Stand: 26.08.2010



Schader Stiftung

20 Jahre Schader-Stiftung
Dialog zwischen
Gesellschaftswissenschaften
und Praxis

Vielfältige Lebensformen

Die Entwicklung von Familien und Haushalten

Der Begriff der *Lebensformen* bezeichnet die verschiedenen Arten unmittelbaren Zusammenlebens von Menschen. Eine Lebensform ist die Zwei-Eltern-Familie ebenso wie die Ein-Eltern-Familie, das kinderlose Paar mit oder ohne Trauschein usw. Auch Arten des Nicht-Zusammenlebens, beispielsweise als Single, bezeichnet man als Lebensformen.

Eine häufig diskutierte Frage in Zusammenhang mit den Lebensformen ist die nach der Zukunft der "traditionellen" Familie - zwei miteinander verheiratete Eltern mit gemeinsamen Kindern. Ist diese Art des Lebensentwurfs nur noch eine neben vielen anderen gleichberechtigten Möglichkeiten? Wird sie gar zum Randphänomen? Oder bleibt sie doch die dominierende Lebensform, die ein Großteil der Gesellschaftsmitglieder anstrebt und früher oder später im Laufe ihres Lebens verwirklicht?

Man kann sich dieser Frage annähern, indem man die Entwicklung der letzten Jahrzehnte betrachtet. Die Zahl der [Ehen und Scheidungen](#) gibt darüber Auskunft, ob und wie sich die Neigung zum Heiraten geändert hat und wie dauerhaft die Partnerschaften sind, die durch die Ehe fixiert wurden.

Genauso interessant ist die Bestandsaufnahme der verschiedenen Lebensformen und ihrer Verbreitung, die wir unterteilt haben nach [familialen Lebensformen](#) und [nicht-familialen Lebensformen](#). Das Unterscheidungsmerkmal ist dabei das Vorhandensein von Kindern - der Soziologe redet immer dann von *Familie*, wenn mindestens ein Erwachsener und mindestens ein von diesem versorgtes Kind in die Lebensform involviert sind. Eine allein erziehende Mutter und ihr Kind sind in diesem Sinne eine Familie, ein kinderloses Ehepaar hingegen nicht.

Eng mit der Lebensform verbunden - allerdings nicht mit ihr identisch - ist der *Haushalt*. Einen Privathaushalt bilden Menschen, die in einer gemeinsamen Wohnung leben und gemeinsam wirtschaften. Mit einigen Textauszügen informieren wir darüber, wie sich die [Privathaushalte](#) - u. a. in Hinblick auf ihre durchschnittliche Größe - entwickelt haben.

Anlage 5: Internetseite: Schader Stiftung

<http://www.schader-stiftung.de>

Stand: 10.09.2010



20 Jahre Schader-Stiftung
Dialog zwischen
Gesellschaftswissenschaften
und Praxis

Wandel der Lebensstile

Die Wohnungspolitik ist noch immer stark auf familiengerechtes Wohnen orientiert. Die Pluralisierung von Lebensstilen und Haushaltsformen hat jedoch dazu geführt, dass ein derart normiertes Wohnungsangebot nicht immer mit den vielfältigen Lebensformen im Einklang steht.



Die [Veränderung der Lebensverhältnisse](#) ist ein kontinuierlicher Prozess in der Zivilisationsgeschichte. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich dieser Vorgang jedoch erheblich beschleunigt: Durch das höhere Wohlstandsniveau, den technischen Fortschritt in den Produktions- und Arbeitsverhältnissen und den Wandel der kulturellen Rahmenbedingungen haben sich größere Wahlmöglichkeiten für die Lebensgestaltung des Einzelnen ergeben. Die [Lebensstile](#) können sich im Wohlstand in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft frei entfalten. Unter Lebensstilen versteht man eine bestimmte Form der Organisation des Alltagslebens, bestimmte Neigungen und Gewohnheiten und vor allem ästhetische Standards und Codierungen. Der Begriff wird dabei nicht im Sinne von Zeitgeist oder Trend verwendet, sondern verbindet sozialstrukturelle mit lebensphasenspezifischen Faktoren.

**Anlage 6: Strukturdaten und Bevölkerungsdaten der Stadt
Göppingen**

Gemeindegebiet, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte seit 1997 (jährlich) Fortschreibungen (31.12.)

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=01&T=01515023&E=GE&K=117&R=GE117026>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	Gemeindegebiet	Bevölkerung	Bevölkerungsdichte	
	ha	insgesamt	Einw./qkm	Landeswert
1997	5 921	56 988	962	291
1998	5 921	57 073	964	292
1999	5 921	57 371	969	293
2000	5 922	57 439	970	294
2001	5 922	57 536	972	297
2002	5 922	57 686	974	298
2003	5 922	57 859	977	299
2004	5 922	57 988	979	300
2005	5 922	57 771	976	300
2006	5 922	57 627	973	300
2007	5 922	57 396	969	301
2008	5 922	57 336	968	301
2009	5 922	57 068	964	301
2010

Bevölkerungsbilanzen 1999 bis 2009 (jährlich) nach Geschlecht

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=02&T=99045020&E=GE&K=117&R=GE117026>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	Geburtenüberschuß bzw. -defizit		Wanderungssaldo		Bevölkerungszu- bzw.-abnahme ¹⁾		Bevölkerung insg. am 31. Dez.	
	insg.	männl.	insg.	männl.	insg.	männl.	insg.	männl.
1999	-71	-18	+369	+198	+298	+180	57371	27731
2000	-61	-26	+129	+76	+68	+50	57439	27781
2001	-91	+11	+188	+178	+97	+189	57536	27970
2002	-130	-26	+279	+192	+149	+166	57686	28136
2003	-85	+2	+260	+103	+175	+105	57859	28239
2004	-40	+36	+171	+81	+131	+117	57988	28353
2005	-90	-20	-129	-91	-219	-111	57771	28243
2006	-140	-73	-4	+3	-144	-70	57627	28173
2007	-55	-22	-174	-75	-229	-97	57396	28074
2008	-71	-24	+12	+11	-59	-13	57336	28059
2009	-150	-63	-121	-76	-271	-139	57068	27922

1) Ohne bestandsrelevante Korrekturen.

Bevölkerung insgesamt und Ausländer seit 1996 (jährlich)

Quellennachweise:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=02&T=99045010&E=GE&K=117&R=GE117026>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	Bevölkerung		Ausländer		
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	zusammen	Veränderung zum Vorjahr	Anteil
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	in %
Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.					
1996	57 863	-0,4	11 848	+0,7	20,5
1997	56 988	-1,5	11 058	-6,7	19,4
1998	57 073	+0,1	11 066	+0,1	19,4
1999	57 371	+0,5	11 121	+0,5	19,4
2000	57 439	+0,1	10 916	-1,8	19,0
2001	57 536	+0,2	10 997	+0,7	19,1
2002	57 686	+0,3	11 089	+0,8	19,2
2003	57 859	+0,3	11 053	-0,3	19,1
2004	57 988	+0,2	11 132	+0,7	19,2
2005	57 771	-0,4	10 989	-1,3	19,0
2006	57 627	-0,2	10 986	0,0	19,1
2007	57 396	-0,4	10 935	-0,5	19,1
2008	57 336	-0,1	10 901	-0,3	19,0
2009	57 068	-0,5	10 913	+0,1	19,1

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort seit 2008 (jährlich) nach Wirtschaftsbereichen (WZ 2008)

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=02&T=03025014&E=GE&K=117&R=GE117026>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr ¹⁾	Insgesamt ²⁾	Produzierendes Gewerbe (B-F)		Handel, Verkehr und Gastgewerbe (G-I)		Sonstige Dienstleistungen (J-U)	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
2008	27919	9293	33,3	5351	19,2	13249	47,5
2009	27100	9200	33,9	5518	20,4	12353	45,6

1) Stichtag: 30.Juni , 2) Einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Berufspendler*⁾ über die Gemeindegrenzen seit 2003

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=03&T=03025006&E=GE&K=117&R=GE117026>, [Stand: 10.09.2010].

Berufspendler seit 2003 über die Landesgrenze

2009	insgesamt	weiblich	männlich
Sozialversicherungspfl. Besch. am Arbeitsort	27100	13389	13711
Sozialversicherungspfl. Besch. am Wohnort	18849	8517	10332
Berufseinpender über die Gemeindegrenzen	18489	8633	9856
Berufsauspendler über die Gemeindegrenzen	10238	3761	6477

Vorläufige Zahlen. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Pendler über die Gemeindegrenzen jeweils zum 30.06.

Arbeitslose insgesamt nach Alter und Geschlecht (Jahresdurchschnitt) seit 2000 (jährlich)

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=01&T=03035012&E=GE&K=117&R=GE117026>, [Stand: 13.09.2010].

Jahresdurchschnitt	Arbeitslose				
	insgesamt	weiblich	männlich	unter 25 Jahre	über 55 Jahre
2000	1 575	730	844	182	434
2001	1 375	622	752	183	320
2002	1 636	709	926	215	279
2003	1 960	861	1 098	271	229
2004	2 213	977	1 235	322	213
2005	2 619	1 265	1 355	357	264
2006	2 359	1 205	1 153	267	254
2007	2 014	1 106	908	226	226
2008	1 664	885	779	190	202
2009	2 210	967	1 243	283	303

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

BEVÖLKERUNGSSTAND 1990 bis 2004 (jährlich) Fortschreibungen jeweils zum 31.12. des Jahres

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?R=GE117026&H=BevoelkGebiet&U=02&T=01035013>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	Bevölkerung		Deutsche		Ausländer	
	insgesamt	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
1990	54957	26228	46905	21903	8052	4325
1991	55642	26598	46931	21988	8711	4610
1992	56457	27032	47140	22086	9317	4946
1993	56771	27200	46613	21865	10158	5335
1994	58132	28049	46466	21756	11666	6293
1995	58086	28143	46321	21709	11765	6434
1996	57863	28052	46015	21581	11848	6471
1997	56988	27497	45930	21576	11058	5921
1998	57073	27551	46007	21644	11066	5907
1999	57371	27731	46250	21815	11121	5916
2000	57439	27781	46523	22017	10916	5764
2001	57536	27970	46539	22166	10997	5804
2002	57686	28136	46597	22266	11089	5870
2003	57859	28239	46806	22398	11053	5841
2004	57988	28353	46856	22483	11132	5870

BEVÖLKERUNGSSTAND seit 2005 (jährlich) Fortschreibungen jeweils zum 31.12. des Jahres

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?R=GE117026&H=BevoelkGebiet&U=02&T=01035014>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	Bevölkerung		Deutsche		Ausländer	
	insgesamt	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
2005	57771	28243	46782	22446	10989	5797
2006	57627	28173	46641	22386	10986	5787
2007	57396	28074	46461	22317	10935	5757

Jahr	Bevölkerung		Deutsche		Ausländer	
	insgesamt	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
2008	57336	28059	46435	22325	10901	5734
2009	57068	27922	46155	22183	10913	5739
2010

**Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 (jährlich)
nach 5 Altersgruppen *)- mit Wanderungen -**

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=03&T=98015021&E=GE&K=117&R=GE117026>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	insgesamt	davon in der Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren				
		unter 20	20 - 40	40 - 60	60 - 85	85 u.ä.
2008 ¹⁾	57336	11191	14234	16889	13502	1520
2009	57285	11095	14021	17108	13558	1503
2010	57218	10948	13947	17207	13579	1537
2011	57134	10851	13845	17282	13602	1554
2012	57069	10717	13832	17313	13678	1529
2013	56996	10612	13833	17296	13694	1561
2014	56903	10549	13771	17237	13757	1589
2015	56815	10495	13706	17137	13881	1596
2016	56732	10403	13674	17009	14044	1602
2017	56623	10323	13620	16941	14153	1586
2018	56494	10245	13567	16817	14296	1569
2019	56367	10173	13507	16662	14420	1605
2020	56224	10104	13394	16520	14570	1636
2021	56083	10066	13256	16353	14692	1716
2022	55928	10035	13114	16180	14836	1763
2023	55782	10000	12993	15968	14987	1834
2024	55614	9949	12877	15755	15095	1938
2025	55451	9915	12759	15542	15215	2020
2026	55269	9863	12636	15333	15374	2063
2027	55099	9795	12526	15122	15583	2073
2028	54916	9738	12405	14925	15779	2069
2029	54715	9674	12289	14736	15941	2075
2030	54529	9609	12169	14634	16114	2003

*) Für Gemeinden mit mindestens 5000 Einwohner. 1) Die der Vorausrechnung zugrunde liegende Ausgangsbevölkerung.

Durchschnittsalter der Bevölkerung 2008 und voraussichtliches Durchschnittsalter der Bevölkerung 2030 in den Gemeinden Baden-Württembergs

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Frau Christina Hackl,
Zentraler Auskunftsdienst, Koordinierungsstelle, [Stand: 20.08.2010].

Lfd. Nr.	Regional-schlüssel	Regionale Stufe	Regionalname	Durchschnittsalter der Bevölkerung	
				2008	2030
				Jahre	
61	117026	7	Göppingen, Stadt	43,2	46,2

Anlage 7: Bevölkerungsdaten Region Stuttgart

Bevölkerung insgesamt und Ausländer seit 1996 (jährlich)

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=02&T=99045010&E=RV&R=RV11>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	Bevölkerung		Ausländer		
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	zusammen	Veränderung zum Vorjahr	Anteil
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	in %
1996	2 578 059	+0,4	457 362	+1,0	17,7
1997	2 581 613	+0,1	453 051	-0,9	17,5
1998	2 587 127	+0,2	450 409	-0,6	17,4
1999	2 601 109	+0,5	451 446	+0,2	17,4
2000	2 613 379	+0,5	444 014	-1,6	17,0
2001	2 634 161	+0,8	447 035	+0,7	17,0
2002	2 649 604	+0,6	445 699	-0,3	16,8
2003	2 657 426	+0,3	441 938	-0,8	16,6
2004	2 663 660	+0,2	437 055	-1,1	16,4
2005	2 667 766	+0,2	433 345	-0,8	16,2
2006	2 668 833	0,0	428 747	-1,1	16,1
2007	2 672 518	+0,1	425 592	-0,7	15,9
2008	2 674 527	+0,1	421 744	-0,9	15,8
2009	2 673 463	0,0	418 928	-0,7	15,7

**BEVÖLKERUNGSSTAND 1990 bis 2004 (jährlich) Fortschreibungen
jeweils zum 31.12. des Jahres**

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?R=RV11&H=BevoelkGebiet&U=02&T=01035013>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	Bevölkerung		Deutsche		Ausländer	
	insgesamt	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
1990	2484360	1218402	2110504	1010898	373856	207504
1991	2528412	1243339	2118837	1017178	409575	226161
1992	2558996	1261633	2118151	1017347	440845	244286
1993	2563123	1262157	2112798	1014980	450325	247177
1994	2560002	1258103	2111175	1014571	448827	243532
1995	2566950	1261021	2113946	1016453	453004	244568
1996	2578059	1266903	2120697	1020918	457362	245985
1997	2581613	1268863	2128562	1026463	453051	242400
1998	2587127	1271746	2136718	1031531	450409	240215
1999	2601109	1279206	2149663	1038961	451446	240245
2000	2613379	1285703	2169365	1050497	444014	235206
2001	2634161	1296984	2187126	1061062	447035	235922
2002	2649604	1305027	2203905	1070945	445699	234082
2003	2657426	1309431	2215488	1078458	441938	230973
2004	2663660	1312719	2226605	1085440	437055	227279

**BEVÖLKERUNGSSTAND seit 2005 (jährlich) Fortschreibungen
jeweils zum 31.12. des Jahres**

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?R=RV11&H=BevoelkGebiet&U=02&T=01035014>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	Bevölkerung		Deutsche		Ausländer	
	insgesamt	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
2005	2667766	1315084	2234421	1090467	433345	224617

Jahr	Bevölkerung		Deutsche		Ausländer	
	insgesamt	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
2006	2668833	1315132	2240086	1094137	428747	220995
2007	2672518	1317202	2246926	1098372	425592	218830
2008	2674527	1318636	2252783	1102632	421744	216004
2009	2673463	1318108	2254535	1104364	418928	213744
2010

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 (jährlich) nach 5 Altersgruppen *) - mit Wanderungen -

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=03&T=98015021&E=RV&R=RV11>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	insgesamt	davon in der Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren				
		unter 20	20 - 40	40 - 60	60 - 85	85 u.ä.
2008 ¹⁾	2674527	531712	690386	796910	599455	56064
2009	2674996	527351	678689	806022	605177	57757
2010	2673000	520992	670815	811682	609553	59958
2011	2670621	515240	663965	816682	612950	61784
2012	2669014	509658	660343	818315	617456	63242
2013	2666965	504300	659184	817908	620308	65265
2014	2664698	499594	657401	816154	624335	67214
2015	2662125	495048	656087	812758	628647	69585
2016	2659153	489826	654792	808072	635284	71179
2017	2655752	484259	654258	802872	642141	72222
2018	2651872	479474	653015	796752	649424	73207
2019	2647244	475365	650725	789359	655981	75814
2020	2642295	471390	647122	781698	662775	79310
2021	2636991	468248	643021	772882	669727	83113
2022	2631574	465640	638645	763049	677452	86788
2023	2625863	463067	634706	751436	685424	91230
2024	2619589	460502	630769	739248	692799	96271
2025	2613099	458324	626350	727722	699706	100997
2026	2606405	456221	621457	716586	707702	104439
2027	2599397	453885	616584	706033	717674	105221
2028	2592046	451540	611105	696692	726944	105765
2029	2584387	449023	605936	688571	735044	105813
2030	2576601	446487	600387	682774	744027	102926

*) Für Gemeinden mit mindestens 5000 Einwohner, 1) Die der Vorausrechnung zugrunde liegende Ausgangsbevölkerung.

Anlage 8: Bevölkerungsdaten Landkreis Göppingen

**Gemeindegebiet, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte seit 1997
(jährlich) Fortschreibungen (31.12.)**

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=01&T=01515023&E=KR&R=KR117>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	Gemeindegebiet	Bevölkerung	Bevölkerungsdichte	
	ha	insgesamt	Einw./qkm	Landeswert
1997	64 232	254 929	397	291
1998	64 232	255 207	397	292
1999	64 233	256 136	399	293
2000	64 233	256 792	400	294
2001	64 234	257 651	401	297
2002	64 235	258 488	402	298
2003	64 235	258 707	403	299
2004	64 236	258 492	402	300
2005	64 236	257 783	401	300
2006	64 236	256 967	400	300
2007	64 236	255 807	398	301
2008	64 236	254 833	397	301
2009	64 236	253 522	395	301
2010

**Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 (jährlich)
nach 5 Altersgruppen *) - mit Wanderungen -**

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=03&T=98015021&E=KR&R=KR117>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr	insgesamt	davon in der Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren				
		unter 20	20 - 40	40 - 60	60 - 85	85 u.ä.
2008 ¹⁾	254833	52981	60183	76300	59344	6025
2009	254735	52192	59285	77058	60019	6181
2010	254131	51230	58811	77404	60319	6367
2011	253450	50351	58351	77608	60566	6574
2012	252987	49475	58248	77547	61053	6664
2013	252468	48672	58277	77333	61369	6817
2014	251917	48031	58219	76913	61760	6994
2015	251385	47470	58120	76349	62209	7237
2016	250809	46842	58050	75685	62855	7377
2017	250250	46190	58067	75020	63531	7442
2018	249611	45637	57956	74221	64272	7525
2019	248943	45120	57771	73353	64940	7759
2020	248232	44666	57376	72492	65634	8064
2021	247525	44301	56930	71506	66370	8418
2022	246835	44042	56470	70475	67090	8758
2023	246151	43797	55971	69331	67813	9239
2024	245332	43516	55502	68180	68426	9708
2025	244615	43328	55021	67097	68985	10184
2026	243841	43133	54488	65980	69800	10440
2027	243049	42929	53925	64947	70782	10466
2028	242226	42711	53373	64016	71661	10465
2029	241443	42482	52847	63213	72386	10515
2030	240558	42215	52291	62660	73214	10178

*) Für Gemeinden mit mindestens 5000 Einwohner. 1) Die der Vorausrechnung zugrunde liegende Ausgangsbevölkerung.

**Anlage 9: Internetseite: Stadt Göppingen,
Familienförderung**

<http://www.goeppingen.de>

Stand: 30.08.2010



Stadt Göppingen

Familienförderung

Ermäßigung des Kaufpreises bei städtischen Bauplätzen

Seit 2002 ist es in der Stadt Göppingen möglich, Bauplätze im Wege des Erbbaurechts zu erwerben. Ergänzend hierzu hat der Gemeinderat eine weitere Familienförderung beschlossen: Beim Erwerb eines städtischen Bauplatzes oder eines aus dem Treuhandvermögen gewährt die Stadt für im Haushalt lebende Kinder einen Preisnachlass. Erwerber von Eigentumswohnungen, die auf städtischen Wohnbauplätzen errichtet werden, erhalten einen Zuschuss.

Wer kann Förderung erhalten?

- Familien
- Alleinerziehende
- Lebenspartnerschaften

Förderung gibt es für leibliche oder adoptierte Kinder, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und ständig im Haushalt des sorgeberechtigten Bewerbers leben.

Wie hoch ist die Förderung?

- Der Kaufpreis des Bauplatzes wird um 7.000 EURO pro Kind ermäßigt, bis zu einer maximalen Förderung von 21.000 EURO.
- Jeder Bauplatzbewerber kann die Förderung in Anspruch nehmen.
- Der Zuschuss beim Erwerb von Eigentumswohnungen beträgt pauschal 3.000 Euro pro Kind, höchstens jedoch 6.000 Euro.

Erbbaurecht

Beim Kauf eines Bauplatzes im Wege des Erbbaurechts werden ebenfalls die ermäßigten Kaufpreise angesetzt. Dieses Angebot kann jedoch nur von in Göppingen Wohnenden oder Arbeitenden in Anspruch genommen werden.

Anlage 10: Internetseite: Stadt Göppingen, Erbbaurecht

<http://www.goepingen.de>

Stand: 31.08.2010



Stadt Göppingen

Erbbaurecht

Stadt vergibt Bauplätze im Wege des Erbbaurechts

Der Gemeinderat hatte in seiner Sitzung am 21.03.02 beschlossen, zur Förderung von Wohneigentum insbesondere kinderreichen Familien, jungen Paaren und Alleinerziehenden die Möglichkeit zu geben, Bauplätze im Wege des Erbbaurechts zu erwerben. Das Erbbaurecht ist ein interessantes Instrument, um z. B. kinderreichen Familien zum Wohnungseigentum zu verhelfen, deren Finanzierungsrahmen dies zunächst nicht zulassen würde. Man kann ein Gebäude auf einem fremden Grundstück errichten, ohne das Grundstück kaufen zu müssen; man zahlt nur einen Zins, den Erbbauzins.

Wer ist antragsberechtigt?

- Kinderreiche Familien (mindestens 3 Kinder)
- Junge Ehepaare mit Kind (beide Ehepartner unter 40 Jahre)
- Ehepaare mit Kind unter 15 Jahren
- Alleinerziehende
- Junge unverheiratete Paare mit Kind unter 15 Jahren
- Junge Ehepaare

Rahmenbedingungen

- Antragssteller müssen in Göppingen wohnen oder arbeiten.
- Die Einkommensgrenzen des § 9 Wohnraumförderungsgesetz + 30% dürfen nicht überschritten werden.
- Der Erbbauzins beträgt 4 % aus dem Preis für den unerschlossenen Bauplatz. Die Erschließungs- und Abwasserbeiträge sind vom Erbbauberechtigten mit Abschluss des Erbbaurechtsvertrags zu zahlen.
- Der Erbbauberechtigte hat die Möglichkeit, das Grundstück nach 10 Jahren zu erwerben. Der Bodenwert wird vom Gutachterausschuss bestimmt.

**Anlage 11: Telefoninterview vom 27.08.2010 mit Herrn
Maier**

Niederschrift des Interviews vom 27.08.2010 mit Herrn Martin Maier, Betriebsleiter des Eigenbetriebs Stauferpark der Stadt Göppingen

1. Welche Zielgruppe soll mit dem Wohngebiet „Stauferpark“ angesprochen werden?

Es wird keine bestimmte Zielgruppe angesprochen. Es ist nicht nur die klassische Zielgruppe zwischen 30 und 45 Jahren. Die Erwerber sind im Alter zwischen Mitte 20 und Ende 50. Es ziehen auch verstärkt über 45 Jährige her.

2. Welche Wohnformen werden angeboten?

Es werden überwiegend Einfamilienhäuser angeboten. Mietwohnungen stehen teilweise auch zur Verfügung.

3. Woher kommen die Interessenten/Erwerber eines Baugrundstückes im Stauferpark?

Herkunft der Bauplatzkäufer: 42 % kommen aus Göppingen, 25 % aus dem Landkreis Göppingen und 33 % außerhalb des Landkreises Göppingen.

4. Welche Stärken/Schwächen weist das Wohngebiet „Stauferpark“ auf?

Stärken:

- Kurze Wege in die Natur und zur Arbeitsstätte
- Lage: Hochplateau Filstal, Sonnenterasse, schnelle Anbindung an B 10

Schwächen:

Keine verdichtete Bauform (z.B. 4 Geschosser)

5. Welche Förderprogramme bietet die Stadt an?

Familienförderung: Familien erhalten beim Erwerb eines städtischen Grundstücks/beim Erwerb einer Wohnung, die auf städtischen Grund errichtet wurde einen Zuschuss von der Stadt. Es wird pro Kind 7.000 €, max. 21.000 € (beim Erwerb eines Grundstücks) und 3.000 €, max. 6.000 € beim Erwerb einer Wohnung gewährt.

6. Sonstiges

Göppingen hat nur Wohnangebote für Haushalte mit einem Budget von ca. 350.000 €.



Neue Wohnidee

Ein-Zimmer-Appartement in der Wohngemeinschaft

In der Eberhardstraße 30 sollen drei außergewöhnliche Wohngemeinschaften entstehen. Am Wochenende kann man sich bei Schautagen das neue Wohnkonzept ansehen.

CONSTANTIN FETZER

Göppingen. Drei große Wohngemeinschaften sollen in dem Gebäude an der Eberhardstraße 30 in Göppingen entstehen. „Es ist ein völlig neues Konzept für die Stadt“, sagt Volker Kurz, Geschäftsführer der Wohnbau GmbH Göppingen.

Begeistert berichtet er, wie aus dem ehemaligen Schweserterwohnheim aus den 60er Jahren – das alte Krankenhaus lag nur einen Steinwurf entfernt – ein modernes Wohn-

Mit Ecken und Kanten und eigenem Charme

haus geworden ist. Es ist ein Gebäude mit Ecken und Kanten, kein Neubau, der gänzlich geradlinig verläuft. Genau das macht den Charme der Räume aus, die von Grund auf renoviert und umgebaut wurden.

Auf drei Stockwerken soll jeweils eine Wohngemeinschaft (WG) entstehen. In jeder davon haben sechs Bewohner ein eigenes Ein-Zimmer-Appartement; inklusive Dusche, Toilette und Bad. Dazu gibt es einen sehr großzügig gestalteten Gemein-

schaftsbereich: Küche, Essecke und Wohnraum. Im Gartengeschoss gibt es weitere Gemeinschaftsräume, in denen ein Hobbyraum oder eine Werkstatt eingerichtet werden kann. Auf dem Dach ist eine große Sonnenterrasse entstanden – momentan noch mit Schnee bedeckt. Bei gutem Wetter kann man hier bis zur Burg Teck sehen.

Nun also gilt es, die Räume mit Leben zu füllen und Bewohner für die geplanten WGs zu finden. Wer hier einziehen soll, ist für Volker Kurz noch offen: „Wir denken sowohl an Menschen in der zweiten Lebenshälfte, die bewusst oder wieder alleine im Leben stehen und dennoch Kontakt suchen“, erklärt er. Hier spiele auch eine Rolle, dass man gegenseitig für einander da ist, eine gewisse Sicherheit hat, wenn andere ein Auge darauf haben, ob es einem gut gehe.

Auch für Großfamilien, die ein komplettes Stockwerk beleben können, seien die WGs ideal. „Wir wollten aber keine Seniorenresidenz etablieren“, sagt Kurz. Er denke eher an Menschen, die voll im Leben stehen, aktiv sind – aber eben nicht in einem Single-Haushalt alleine leben wollen. „Wohnen mit Stil in gehobenen Ambiente“ war das Ziel, sagt Kurz. Das Niveau müsse stimmen. Es sei ein gewachsenes Wohngebiet, das so genannte Tor zum Reusch, in dem sich das Haus befinde. In wenigen Minuten Fußweg sei man sowohl an den Grünanlagen rund um die EWS-Arena und auch



Der Schlafbereich ist sehr freundlich und modern eingerichtet.

Fotos: Constantin Fetzer

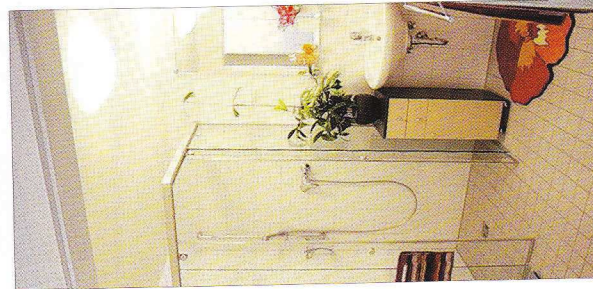
Die Fakten zum Projekt Eberhardstraße 30

Jede Wohngemeinschaft ist in der Dachebene (Freizeitflächen, Pavillon mit Küche, behindertengerechtes WC sowie Sauna mit Umkleidebereich) barrierefrei zu erreichen. Ein Appartement in einer Wohngemeinschaft misst rund 30 Quadratmeter groß – insgesamt gibt es inklusive der Hobby-, Keller- und Dachgeschossräume gut 900 Quadratmeter Platz. Mit einem Aufzug an der Nordostseite sind alle drei Wohnungsetage, das Gartengeschoss und das Gartengeschoss und

So sei eine Malermeisterin vor Ort, die gleich beraten kann, wie Farben später wirken.

Info

Am Samstag und Sonntag ist das Haus in der Eberhardstraße 30 in Göppingen von 14 bis 17 Uhr geöffnet.



Das Bad mit Dusche und Toilette gehört zu jedem Ein-Zimmer-Appartement dazu.



Ein Blick ins gemeinsame Wohnzimmer der Wohngemeinschaft in der Eberhardstraße.

Anlage 13: Auswertung der empirischen Untersuchung zu den Umzugsgründen von Bürgerinnen und Bürgern aus Göppingen ins Göppinger Umland
(Alle Fragen wurden nach der Häufigkeit der Teilnehmer ausgewertet)

1. Bitte machen Sie zunächst einige persönliche Angaben

1.1 Geschlecht

weiblich	9
männlich	1

1.2 Alter des Haushaltsvorstandes (in Jahren)

unter 18	0	18-25	3	26-35	2	36-45	2	46-59	3	60 und älter	0
----------	---	-------	---	-------	---	-------	---	-------	---	--------------	---

1.3 Haushaltstyp

Einpersonenhaushalt	2	Paar ohne Kind	4	Paar mit Kind(er)	4	Ein Elternteil mit Kind	0	Wohngemeinschaft	0	Sonstiges	0
---------------------	---	----------------	---	-------------------	---	-------------------------	---	------------------	---	-----------	---

1.4 Familienstand

verheiratet	6	nicht verheiratet	2	verwitwet	0	getrennt lebend	0	geschieden	1	sonstiges	1
-------------	---	-------------------	---	-----------	---	-----------------	---	------------	---	-----------	---

1.5 Alter und Geschlecht der im Haushalt lebenden Personen

Altersgruppe											
unter 18	0	18-25	1	26-35	3	36-45	4	46-59	1	60 und älter	0
Sie selbst											
										Geschlecht	
										männlich	1
										weiblich	8

2. Person	0	1	3	2	2	0	7	1
3. Person	4	0	0	0	0	0	2	2
4. Person	4	0	0	0	0	0	4	
5. Person	1	0	0	0	0	0	0	1
6. Person								

1.6 Höchster Bildungsabschluss

Volkshauptschulabschluss	Mittlere Reife	Abitur/Fachhochschulreife	Hochschulabschluss	Abgeschlossene Lehre	Meisterprüfung	Kein (Schul-)Abschluss	Sonstiges
0	5	1	4	0	0	0	0

1.7 Berufliche Stellung

nicht berufstätig	Angestellte(r)	Arbeiter(in)	Beamte (r)	Auszubildende(r)	Hausfrau/-mann	Rentner(in)	Selbständige(r)	Schüler(in)	Student(in)	Sonstiges
0	6	0	1	0	0	0	0	0	0	1

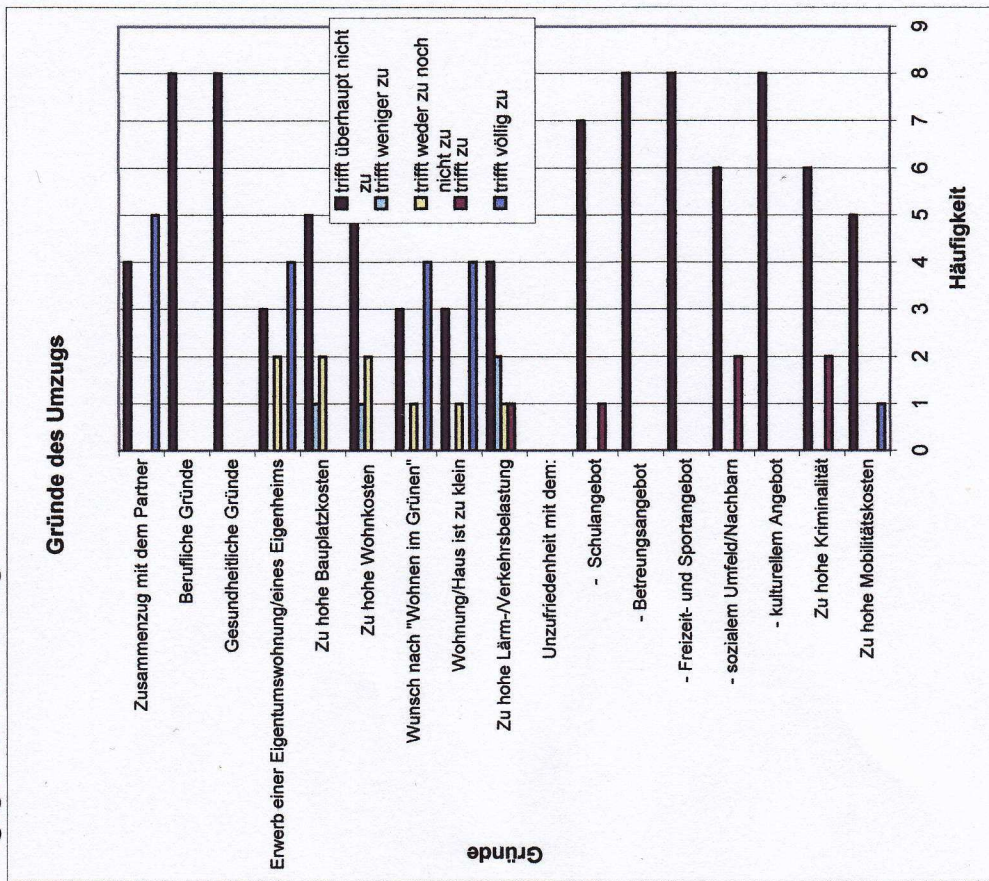
2 Bitte geben Sie an aus welchen Gründen Sie Göppingen verlassen/verlassen haben

(Bitte kreuzen Sie in der Skala von 1 bis 5 pro Zeile nur eine Möglichkeit an)

1=trifft völlig zu, 2=trifft zu, 3= trifft weder völlig zu noch überhaupt nicht zu, 4=trifft weniger zu, 5= trifft überhaupt nicht zu

2.1	Alle Befragten	1	2	3	4	5	
1	Zusammenzug mit dem Partner	5	0	0	0	4	
2	Berufliche Gründe	0	0	0	0	0	
3	Gesundheitliche Gründe	0	0	0	0	0	
4	Erwerb einer Eigentumswohnung/eines	4	0	2	0	3	
5	Zu hohe Bauplatzkosten	0	0	2	1	5	
6	Zu hohe Wohnkosten (z.B.Miete zu hoch)	0	0	2	1	5	
7	Wunsch nach "Wohnen im Grünen"	4	0	1	0	3	
8	Wohnung/Haus ist zu klein	4	0	1	0	3	
9	Zu hohe Lärm-/Verkehrsbelastung		1	1	2	4	
10	Unzufriedenheit mit dem:						
10.1	Schulangebot	0	1	0	0	7	
10.2	Betreuungsangebot (z.B. Kindergärten)	0	0	0	0	8	
10.3	Freizeit- und Sportangebot	0	0	0	0	8	
10.4	sozialem Umfeld/Nachbarn	0	2	0	0	6	
10.5	kulturellem Angebot	0	0	0	0	8	
11	Zu hohe Kriminalität	0	2	0	0	6	
12	Zu hohe Mobilitätskosten	1	0	0	0	5	
13	Sonstige Gründe	familiäre Gründe:zu den Großeltern daheim ausgezogen					

Umzugsgründe aller Befragten



2.1	Paar ohne Kind	1	2	3	4	5	
1	Zusammenzug mit dem Partner	3	0	0	0	1	
2	Berufliche Gründe	0	0	0	0	3	
3	Gesundheitliche Gründe	0	0	0	0	3	
4	Erwerb einer Eigentumswohnung/eines Eigenheims	2	0	0	0	1	
5	Zu hohe Bauplatzkosten	0	0	0	0	3	
6	Zu hohe Wohnkosten (z.B. Miete zu hoch)	0	0	1	1	1	
7	Wunsch nach "Wohnen im Grünen"	0	0	0	0	3	
8	Wohnung/Haus ist zu klein	0	0	0	0	3	
9	Zu hohe Lärm-/Verkehrsbelastung	0	0	0	1	2	
10	Unzufriedenheit mit dem:						
10.1	Schulangebot	0	0	0	0	3	
10.2	Betreuungsangebot (z.B. Kindergärten)	0	0	0	0	3	
10.3	Freizeit- und Sportangebot	0	0	0	0	3	
10.4	sozialem Umfeld/Nachbarn	0	0	0	0	3	
10.5	kulturellem Angebot	0	0	0	0	3	
11	Zu hohe Kriminalität	0	0	0	0	3	
12	u hohe Mobilitätskosten	0	0	0	0	3	
13	Sonstige Gründe	daheim ausgezogen					3

2.1	Paar mit Kind	1	2	3	4	5
1	Zusammenzug mit dem Partner	1	0	0	0	3
2	Berufliche Gründe	0	0	0	0	4
3	Gesundheitliche Gründe	0	0	0	0	4
4	Erwerb einer Eigentumswohnung/eines Eigenheims	1	0	2	0	1
5	Zu hohe Bauplatzkosten	0	0	2	1	1
6	Zu hohe Wohnkosten (z.B. Miete zu hoch)	0	0	1	0	3
7	Wunsch nach "Wohnen im Grünen"	3	0	1	0	0
8	Wohnung/Haus ist zu klein	4	0	0	0	0
9	Zu hohe Lärm-/Verkehrsbelastung	0	1	1	0	2
10	Unzufriedenheit mit dem					

10.1 Schulangebot		0	1	0	0	3
10.2 Betreuungsangebot (z.B. Kindergärten)		0	0	0	0	4
10.3 Freizeit- und Sportangebot		0	0	0	0	4
10.4 sozialem Umfeld/Nachbarn		0	1	0	0	3
10.5 kulturellem Angebot		0	0	0	0	4
11 Zu hohe Kriminalität		0	1	0	0	3
12 u hohe Mobilitätskosten		0	0	0	0	4
13 Sonstige Gründe	familiäre Gründe: Nähe zu den Großeltern					

3. Bitte geben Sie Ihren alten Wohnort in Göppingen und Ihren neuen Wohnort an

Alter Wohnort

Göppingen
Göppingen-Reusch
Gp-Nordstadt
Gp-Stadt
Gp-Faurndau
Gp-Reusch
Gp
Gp
Faurndau
Gp

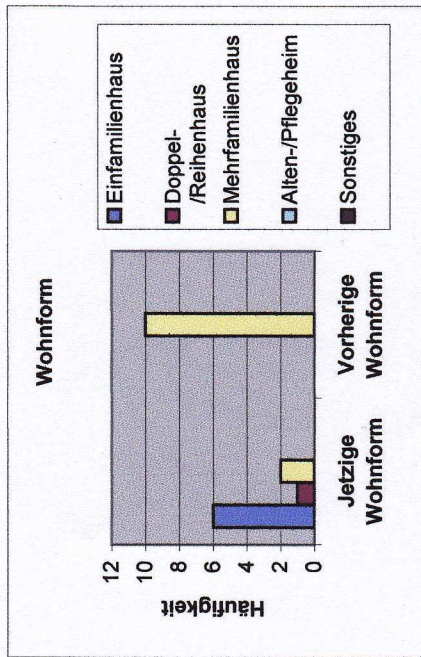
Neuer Wohnort

Bad Boll
Uhingen
Eisingen
Waldenbuch
Rechberghausen
Albershausen
Eisingen
Uhingen-Sparwiesen
Uhingen
Salach

4. Bitte vergleichen Sie Ihre jetzige Wohnung mit der Vorherigen

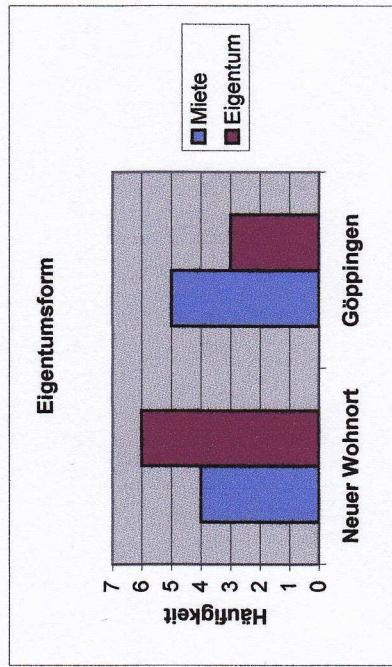
4.1 Wohnform

	Jetzige Wohnform	Vorherige Wohnform
Einfamilienhaus	6	0
Doppel-/Reihenhaus	1	0
Mehrfamilienhaus	2	10
Alten-/Pflegeheim	0	0
Sonstiges	0	0



4.2 Wohnen Sie zur Miete oder im Eigentum?

	Miete	Eigentum
Neuer Wohnort	4	6
Göppingen	5	3



5. Könnten Sie sich vorstellen wieder nach Göppingen zurückzukehren?

Ja	Nein
----	------

Rückkehr nach Göppingen	6	4
-------------------------------	---	---

Falls ja, unter welchen Umständen würden Sie nach Göppingen zurückzukehren?

wenn Kinder auf weiterführende Schulen gehen und sie eine schöne Wohnung/Haus am Stadtrand von Göppingen finden
 das passende Haus finden
 passendes Haus finden
 preiswerte sonnige Wohnung

Alter der befragten Teilnehmer

unter 18	18-25	26-35	36-45	46-59	60 und älter
0	0	4	4	2	0

Anlage 14: Strukturdaten Stadt Fellbach

Strukturdaten Stadt Fellbach

Quellennachweise:

Stadtplanungsamt Fellbach, Herr Harald Steiner, [Stand: 20.08.2010]

Die Einwohnerzahl	43.716
Markungsgröße	2.770 ha
Frauenanteil	51,3%
Ausländeranteil	18,7%
Einpendler	14.340
Auspendler	12.108
Arbeitslose	1.089
Arbeitslosenquote	2,35 %
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	18.602

Alle Zahlen bezogen auf 2009.

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am
Arbeitsort seit 2008 (jährlich) nach Wirtschaftsbereichen (WZ 2008)**

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=02&T=03025014&E=GE&K=119&R=GE119020>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr ¹⁾	Insgesamt ²⁾	Produzierendes Gewerbe (B-F)		Handel, Verkehr und Gastgewerbe (G-I)		Sonstige Dienstleistungen (J-U)	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
2008	18807	5555	29,5	5492	29,2	7636	40,6
2009	18602	5316	28,6	5394	29,0	7761	41,7

1) Stichtag: 30.Juni, 2) Einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Fortschreibung 2008

**LBBW Immobilien
Kommunalentwicklung GmbH**

Jürgen Mühlbacher

Inhalt

1.	Aufgabenstellung	3
2.	Bevölkerungsvorausrechnung 2025	4
2.1.	Grundlagen Bevölkerungsvorausrechnung.....	4
2.2.	Wohnbauentwicklung.....	5
2.3.	Untersuchungsgebiete	6
2.4.	Einwohnerentwicklung	6
2.5.	Geburtenentwicklung	9
2.6.	Indikatoren des demographischen Wandels	13
3.	Infrastrukturnachfrager	15
3.1.	Schülerentwicklung.....	15
3.2.	Kinder in Kindertageseinrichtungen	20
4.	Ergebnistabellen.....	26
4.1.	Fellbach.....	26
4.2.	Oeffingen	26
4.3.	Schmiden Ost.....	27
4.4.	Schmiden West	27
4.5.	Schmiden (Zusammenfassung Schmiden West und Schmiden Ost)	29
4.6.	Fellbach Nord.....	29
4.7.	Südwest/Lindle.....	30
4.8.	Südost.....	30
4.9.	Fellbach Süd (Zusammenfassung Südwest/Lindle und Südost).....	31

1. Aufgabenstellung

Die Kommunalentwicklung hat bereit in den Jahren 2005 und 2006 Bevölkerungsvorausrechnungen für die Stadt Fellbach erstellt. Sie dienen für die Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen.

Mit der Beauftragung für die Erarbeitung einer Schulentwicklungsplanung im Jahr 2007 wurde das Bevölkerungsvorausrechnungsmodell nochmals fortgeschrieben und die Schülerzahlen für die verschiedenen Schularten ermittelt, um so eine Raumbilanz vornehmen zu können.

Mit der Fortschreibung der Bevölkerungsvorausrechnung 2008 werden die Zahlen bezogen auf das Zieljahr 2025 angepasst und fortgeschrieben.

Basis sind die Bevölkerungszahlen in den sechs Untersuchungsgebieten zum 1. Juli 2008. Es handelt sich dabei um die Stadtviertel bzw. Schulbezirke. In Abstimmung mit der Verwaltung werden ebenso die der Berechnung zugrunde gelegten Wohnbaumaßnahmen angepasst.

Die Fortschreibung der Bevölkerungsvorausrechnung trifft Aussagen zur Entwicklung der Kinderzahlen an den Kindertageseinrichtungen sowie den Grundschulen. Darüber hinaus werden allgemeine demographische Kennzahlen wie die Bevölkerungszahl und der altersstrukturelle Bevölkerungsaufbau dargestellt.

Der vorliegende Bericht gliedert sich in drei Teile:

- In Kapitel zwei werden die Grundlagen der Bevölkerungsvorausrechnung beschrieben. Neben der Bevölkerungszahl anhand zweier Entwicklungsszenarien wird dabei auch die Entwicklung der Geburtenzahlen beschrieben, die sowohl für die Kindertagesstättenbedarfsplanung als auch die Schulentwicklungsplanung über die heute bereits vorliegenden Jahrgänge hinaus die künftigen Jahrgangsstärken abbilden. Für die Gesamtstadt werden darüber hinaus demographische Indikatoren dargelegt.
- Im dritten Kapitel wird die Entwicklung der Schülerzahlen in den Schulbezirken beschrieben. Anhand der einzelnen Jahrgangsstärken werden Aussagen zur Zügigkeit der Schulen getroffen sowie die weitere Entwicklung der Übergangszahlen in die Sekundarstufe dargelegt. Für die Kindertageseinrichtungen wird die Entwicklung der vier Jahrgänge der 3 bis 6-Jährigen beschrieben. Weitere Zahlen für den U3-Bereich können den differenzierten Ergebnistabellen (Kapitel 4) entnommen werden.
- Im vierten Kapitel werden die zu erwartenden Jahrgangsstärken für die unter 10-Jährigen jeweils für die beiden Entwicklungsszenarien der natürlichen Entwicklung und der Wohnbauvariante für jedes Stadtviertel dargestellt. Die Ergebnisse für Schmiden und Fellbach-Süd werden dabei nochmals gesondert zusammengefasst.

2. Bevölkerungsvorausrechnung 2025

2.1. Grundlagen Bevölkerungsvorausrechnung

Bei dem KE-Modell der Bevölkerungsvorausrechnung handelt es sich um ein so genanntes Komponentenmodell mit einer fortschreitenden Matrizenrechnung. Dies bedeutet, dass ein Folgejahr/Folgezeitraum vom vorausgegangenen Jahr/Zeitraum abhängig ist. Die Bevölkerung jeder Altersklasse des nächsten Jahres geht aus der Bestandsbevölkerung hervor indem, unter Berücksichtigung der Sterblichkeit und der Zu- und Fortzüge, die kommenden Altersgruppen ermittelt werden. Hinzu kommen jeweils die Geburten, die sich aus den altersspezifischen Fruchtbarkeitskennziffern der Frauen zwischen 15 und 45 berechnen.

Die Berechnungen erfolgen auf Grundlage eines Excel-Programms. Es werden dabei 16 Altersgruppen betrachtet. Die Prognose basiert auf dem Altersaufbau vom 06.06.2008. Die Zahl der Geburten wird aus den örtlichen Geburtenziffern ermittelt. Bei den Sterbefällen wird auf die landesweiten Sterbeziffern zurückgegriffen.

Die Vorausrechnung erfolgt anhand unterschiedlicher Szenarien der Wanderungsgewinne. In einer Betrachtung der natürlichen Entwicklung werden die Auswirkungen einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz dargestellt. Bei einer Wachstumsvariante kommen die örtlichen Wohnbaupotenziale in Anrechnung.

Zielhorizont der Vorausrechnungen ist das Jahr 2025.

Die Bevölkerungsvorausrechnung – Fortschreibung 2008 - basiert auf folgenden Annahmen:

- Ausgangsbevölkerung (Wohnbevölkerung) zum 06.06.2008. Es handelt sich um Daten des kommunalen Rechenzentrums.
- Wohnbauentwicklung in Absprache mit dem Stadtplanungsamt Stadt Fellbach. Die Annahmen zur Wohnbaumaßnahmen sind unter Ziffer 2.2. dargestellt. Es wird davon ausgegangen, dass zwei Drittel der Zuzügler aus der Außenwanderung resultieren.
- Altersstruktur der Zuwanderung ermittelt aus den Durchschnittswerten der zurückliegenden Jahren und Erfahrungswerten. Es handelt sich um Erfahrungswerte aus Baumaßnahmen mit einem erhöhten Anteil von Geschosswohnungsbau.
- Altersgruppenspezifische Verschiebungen in den einzelnen Jahrgängen infolge Wanderungsbewegungen, ermittelt aus dem Wanderungsverhalten der zurückliegenden 5 Jahre.
- Geburtenziffern ermittelt aus dem Geburtenverhalten in der Stadt im Durchschnitt der zurückliegenden fünf Jahre. Diese werden bis 2025 konstant gesetzt.
- Landesweite Sterbeziffern (2004). Die Sterbeziffern werden im Vorausrechnungszeitraum der steigenden Lebenserwartung der Bevölkerung angepasst.

2.2. Wohnbauentwicklung

Die nachfolgend dargestellten Wohnbaumaßnahmen für jedes Stadtviertel fließen in die Bevölkerungsvorausrechnung ein. Die Wohnbaumaßnahmen wurden gegenüber der Fortschreibung der Bevölkerungsvorausrechnung 2007 nochmals in Absprache mit dem Stadtplanungsamt angepasst. Der **veränderte Sachstand** der Annahmen gegenüber 2007 ist hervorgehoben.

Stadtviertel	Baumaßnahme	Realisierung	WE	Anmerkung
Oeffingen	Innenentwicklung	Laufend bis 2025	105	
	1. Reiterwegle FNP	2010/ 11	200	
	2. Langes Tal FNP	Ab 2010	130	
	3.Grund II	2010	45	v.a. Baulücken
Schmieden-Ost	Innenentwicklung.	Laufend bis 2025	90	
	4. Halden III/Karol.Str.	2009	30	Restbebauung
	5. Härdtleshof	2006	(23)	abgeschlossen
Schmiden-West	Innenentwicklung	Laufend bis 2025	90	
	6. Boßler-/Achalmstr.	2007	45	
	7. Fellb.Str/Ginsterweg	2007/08	(40)	abgeschlossen
	<i>Esslinger Weg FNP</i>	<i>Ab 2015</i>	1500	<i>Nicht einbezogen</i>
Fellbach Nord	Innenentwicklung	Laufend bis 2025	160	
	8. Äußere BHF Str.	2008	25	Fertig beziehbar
	9. Pestalozzistraße	2009/ 10	30	
	10. Frommgelände	20010/ 11	180	
	Heine-Beisswenger	2010	70	
Südwest/ Lindle	Innenentwicklung	Laufend bis 2025	400	
	<i>Kühegärten</i>	<i>Ab 2015</i>	60	<i>Nicht einbezogen</i>
	11. Fa Wüst	2010/ 11	50	
	San.Gebiet C/Kirchhofstr.	2009/ 10	70	
Südost	Innenentwicklung	Laufend bis 2025	190	
	<i>Bühl FNP</i>	<i>Ab 2015</i>	780	<i>Nicht einbezogen</i>
	Bruckäcker	2009/10	60	

Der Zeitpunkt der beabsichtigten Realisierung verschiedener Maßnahmen wurde gegenüber der vorausgegangen Bevölkerungsvorausrechnung zeitlich verschoben. Zwei Maßnahmen sind inzwischen abgeschlossen und werden nicht mehr in der Bevölkerungsvorausrechnung berücksichtigt.

In der Summe können **knapp 2.000 Wohneinheiten** geschaffen werden.

Es handelt sich dabei überwiegend um bereits mittelfristig anstehende Projekte, die zur Hälfte aus der Innenentwicklung resultieren. Die Innenentwicklungsmaßnahmen in jedem Stadtviertel fließen als konstante Größe über den gesamten Vorausrechnungszeitraum. Größere im Flächennutzungsplan dargestellte Potenziale werden in die Prognose zunächst nicht eingerechnet. Bei der Hälfte der dargestellten Wohnbauentwicklung handelt es sich um Maßnahmen bis 2010/2011. Unter Anrechnung eines Eigenbedarfs von ca. 140 Wohnungen p.A. kommen je Wohneinheit 1,5

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

zusätzliche Einwohner in Anrechnung. Damit wird dem Rückgang der Wohnungsbelegungsdichte Rechnung getragen. Mit den geplanten Maßnahmen kann sich auf längere Sicht die Einwohnerzahl gegenüber der natürlichen Bevölkerungsentwicklung um etwa 3.000 Personen erhöhen. Darin berücksichtigt sind bereits die mit der Zuwanderung verbundenen zusätzlichen Geburten.

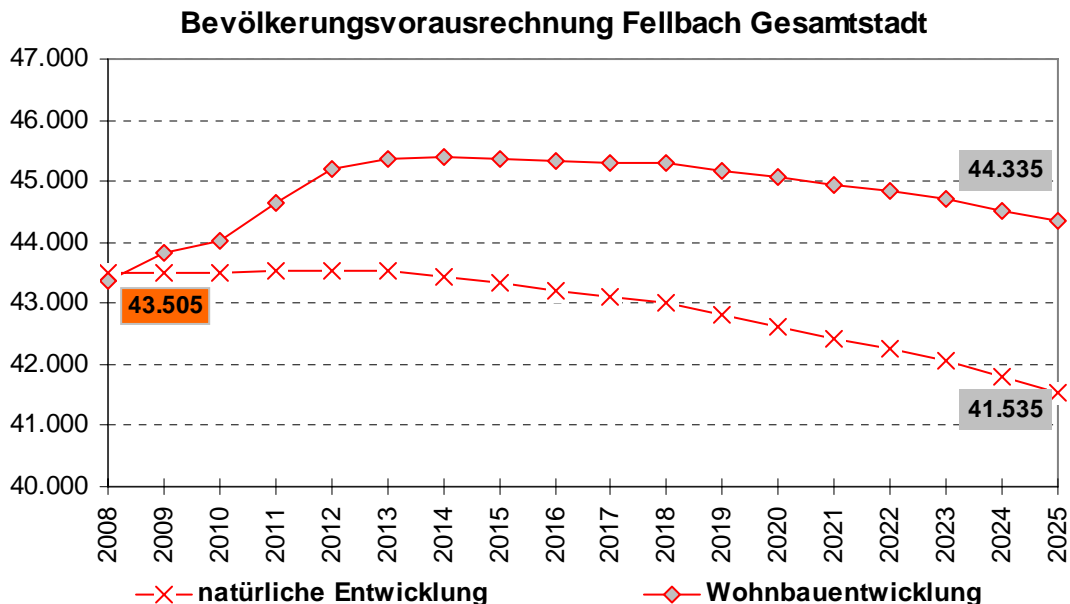
2.3. Untersuchungsgebiete

Die sechs Untersuchungsgebiete bilden die Stadtviertel bzw. Schulbezirke der Grundschulen in den Stadtteilen Oeffingen, Schmiden und Fellbach. Diesen sind die nachfolgend dargestellten statistischen Bezirke zugeordnet.

		Schule	Stat. Bezirke
1	Oeffingen	Schillerschule	707
2	Schmiden-Ost	A. Schweitzer Schule	600 4, 600 5, 600 6
3	Schmiden-West	Anne Frank Schule	600 1, 600 2, 600 3
4	Fellbach Nord	Maicklerschule	001, 002
5	Südwest/Lindle	Silcherschule	003, 004
6	Südost	Zeppelinerschule	005

2.4. Einwohnerentwicklung

Für die Gesamtstadt ergibt sich die in der nachfolgenden Graphik dargestellte Entwicklung. Die zu erwartenden Einwohnerzahlen in den Stadtvierteln bzw. Schulbezirken sind im Anschluss daran dargestellt.



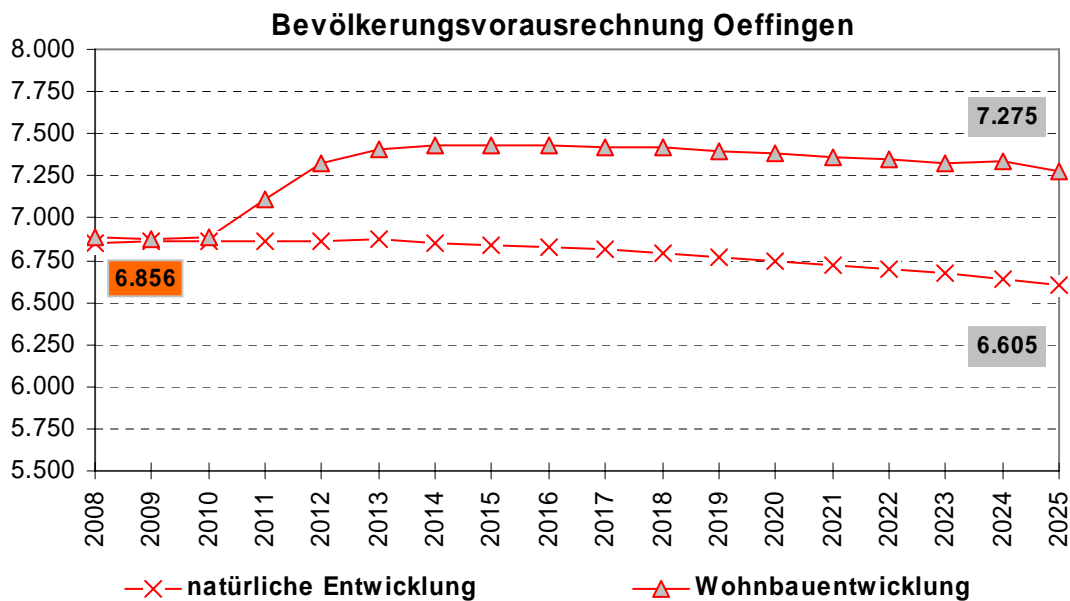
Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Die Einwohnerzahl in der Stadt Fellbach hat sich gegenüber der vorausgegangenen Fortschreibung der Bevölkerungsvorausrechnung nochmals um 150 Personen erhöht. Ausgangspunkt der Bevölkerungsfortschreibung 2008 bilden 43.505 Einwohner zum Stichtag 6. Juni 2008.

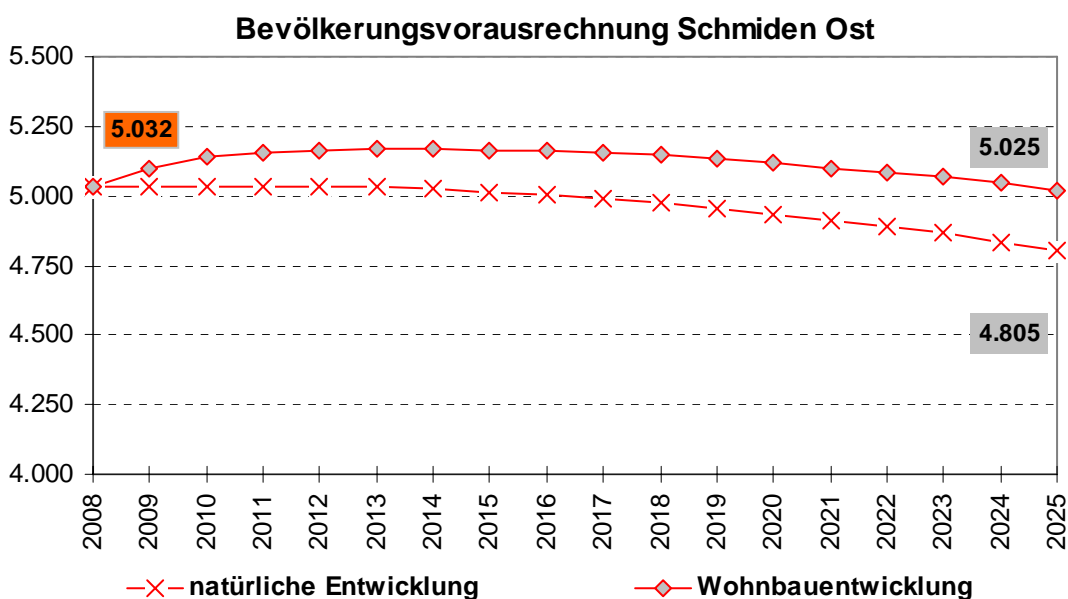
Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

Bei einer natürlichen Bevölkerungsentwicklung würde die Bevölkerungszahl in den kommenden 16 Jahren um knapp 1.900 Personen sinken. Die beschriebenen Maßnahmen der Wohnbauentwicklung werden zu einem Wachstum auf ca. 44.300 Einwohner im Jahr 2020 führen. Gegenüber dem Szenario der natürlichen Entwicklung sind dies 2.800 zusätzliche Einwohner. Das stärkste Wachstum ergibt sich aufgrund der umfassenden Wohnbaumaßnahmen bereits in den kommenden drei bis fünf Jahren. Der Höchststand von bis zu 45.500 Einwohnern wird in den Jahren zwischen 2012 und 2018 erreicht werden. In der weiteren zeitlichen Folge sinken die Zahlen aufgrund des negativen natürlichen Einwohnertrends jedoch wieder (Sterbeüberschuss) ab.

Die Vorausrechnungen für die Stadtviertel bzw. Schulbezirke werden unkommentiert dargestellt.

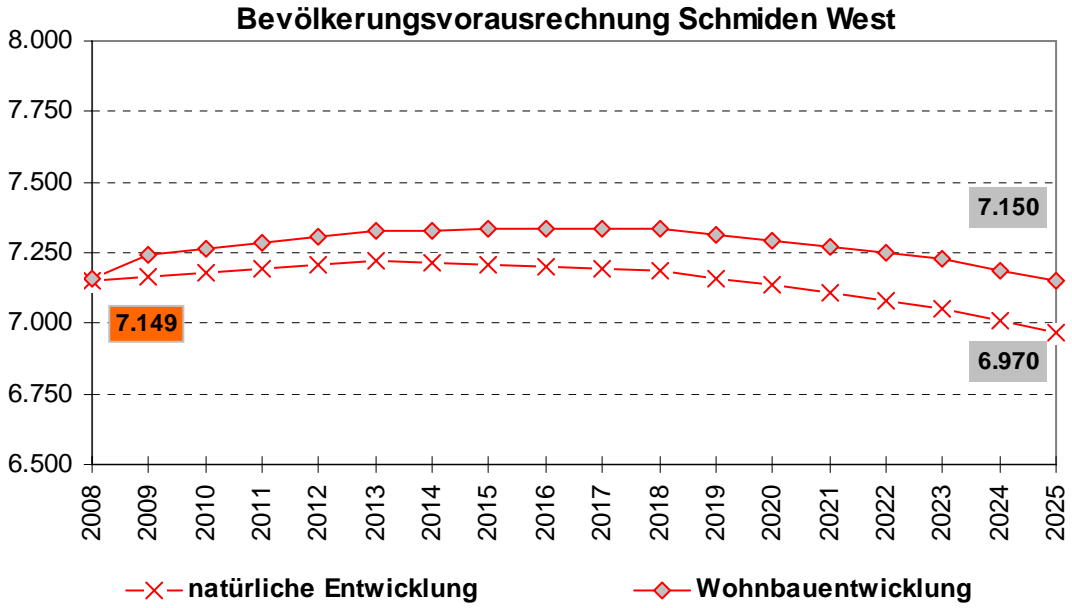


Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

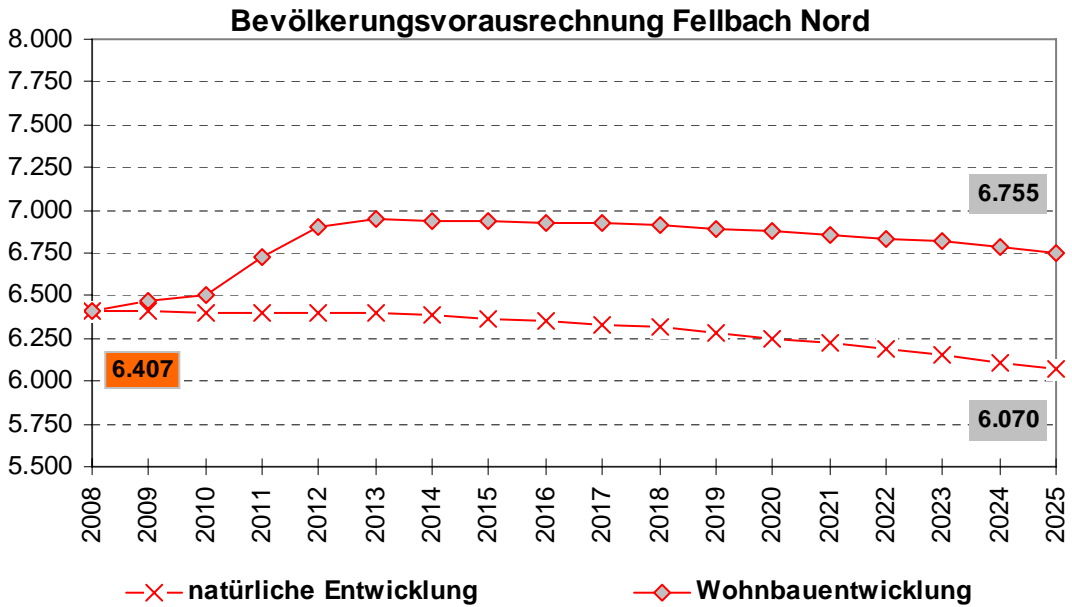


Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

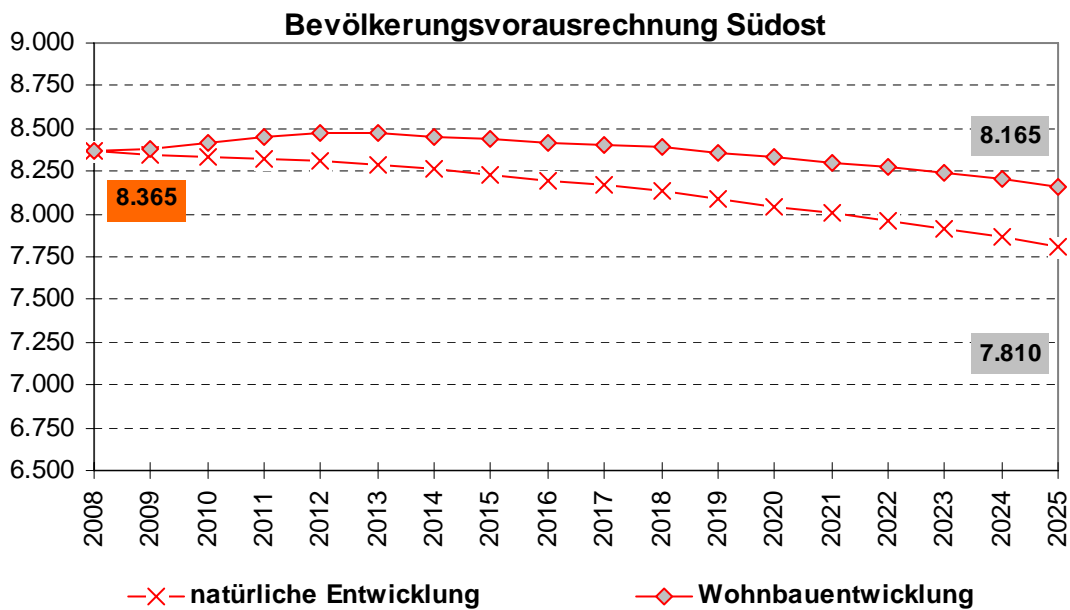


Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

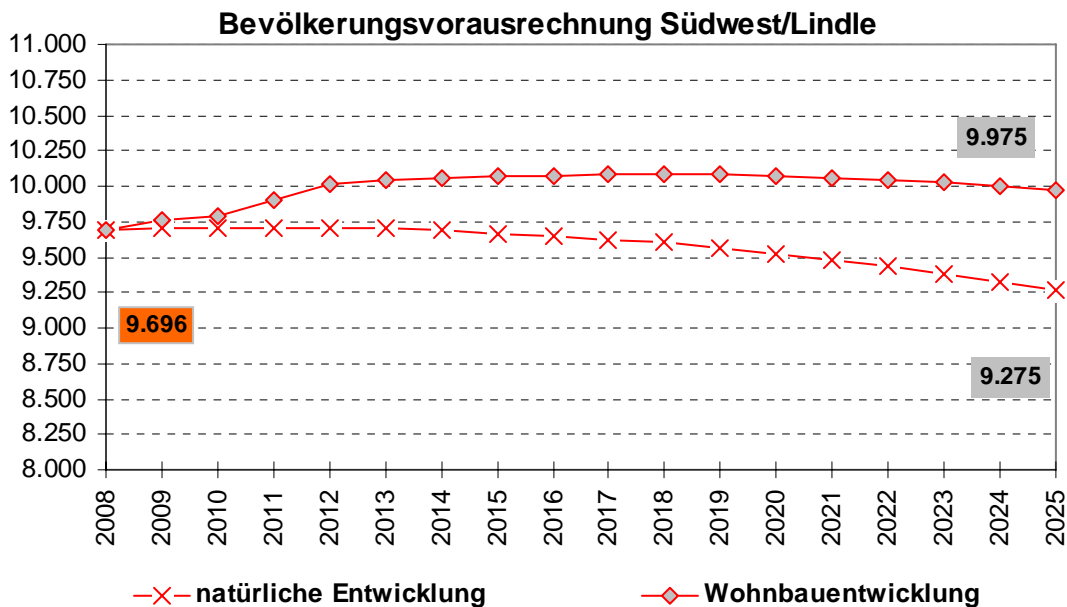


Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

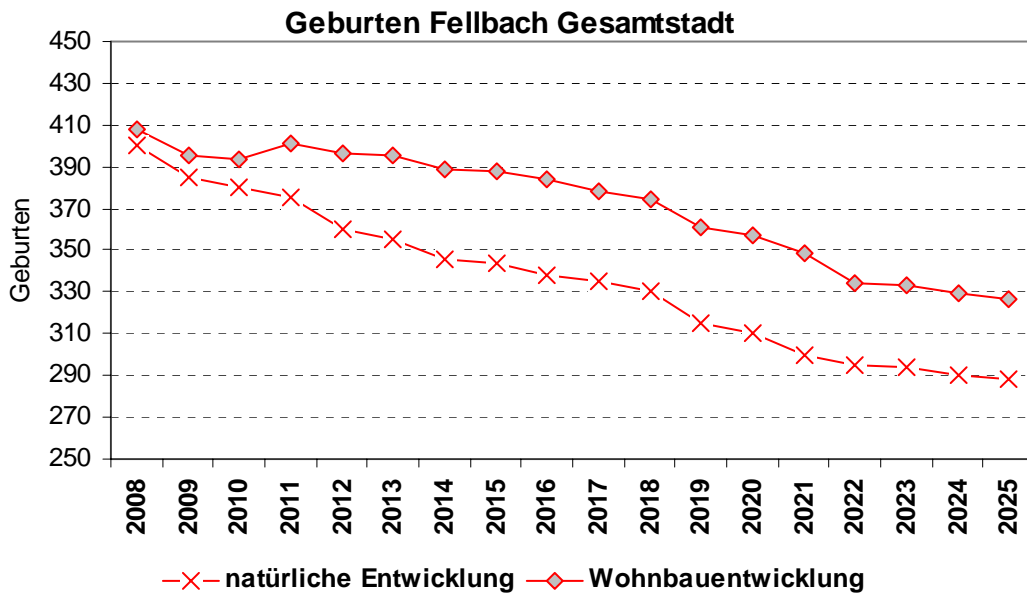
2.5. Geburtenentwicklung

Die Ermittlung der weiteren Geburtenentwicklung bezieht sich auf das örtliche Geburtenverhalten, ermittelt aus den Geburten der zurückliegenden fünf Jahre (Geburten nach Alter der Mutter). Die Geburtenzahlen der Fortschreibung 2008 wurden gegenüber 2007 nochmals angepasst.

Die Geburten bilden die Grundlage für die Berechnung der künftigen Jahrgänge der verschiedenen Infrastrukturnachfrager. Der natürlichen Entwicklung gegenüber gestellt werden die Geburten infolge der Wanderungsbewegungen.

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

Die Vorausschau auf die Geburtenentwicklung in der Stadt Fellbach bis 2025 stellt sich wie folgt dar.

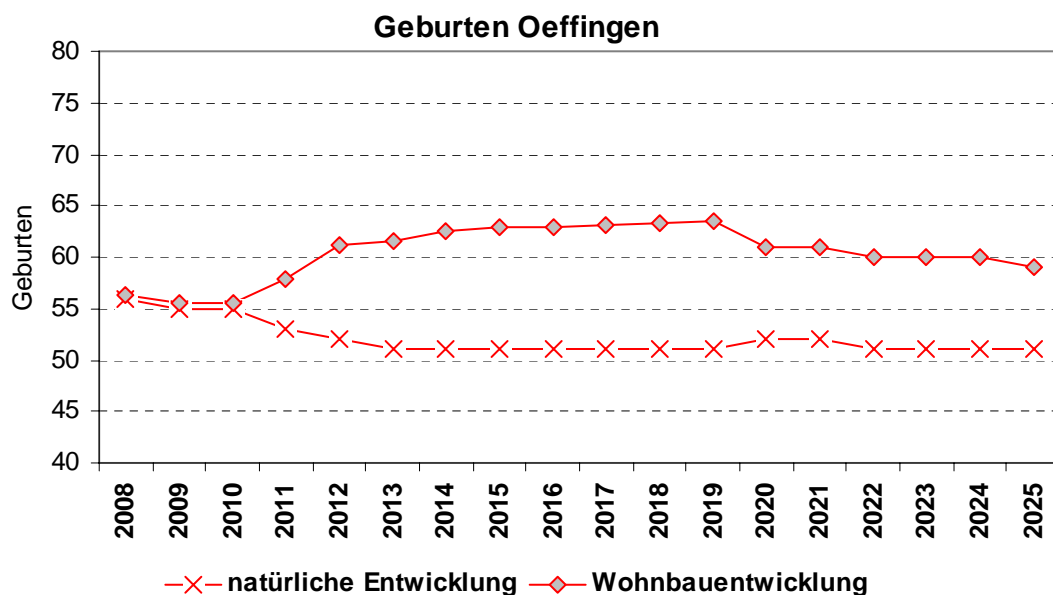


Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Der bereits heute festzustellende Trend weiter sinkender Geburtenzahlen wird sich, selbst bei Realisierung des Wohnbauszenarios, weiter fortsetzen. Im Jahr 2008 wurden in Fellbach etwas über 400 Geburten gezählt. Dies sind bereits knapp 20 Prozent weniger als noch Ende der 90er Jahre. Nach zunächst noch relativ stabilen Zahlen; es kommen mehr Frauen in das gebärfähige Alter; wird nach dem Jahr 2015 ein kontinuierlicher Rückgang der Geburtenzahlen stattfinden.

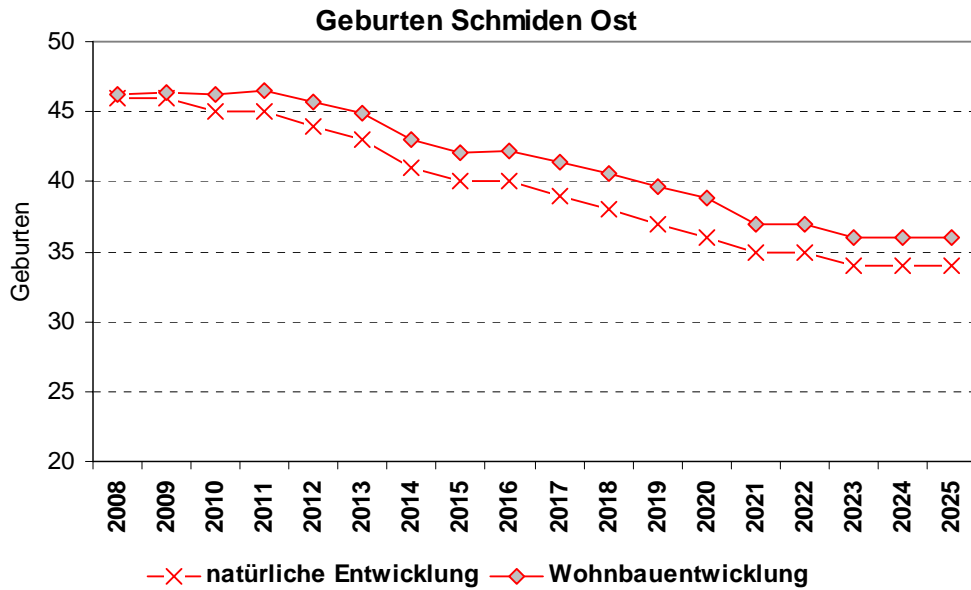
Die Geburtenzahlen werden 2025 rund 20 Prozent niedriger liegen als zum heutigen Zeitpunkt. Gegenüber der natürlichen Entwicklung bedeutet das Szenario der Wohnbauentwicklung rund 40 zusätzliche Geburten pro Jahr.

Die Geburtenzahlen bilden die Grundlage für die Fortschreibung der Altersjahrgänge der einzelnen Gruppen von Infrastrukturnachfragern.

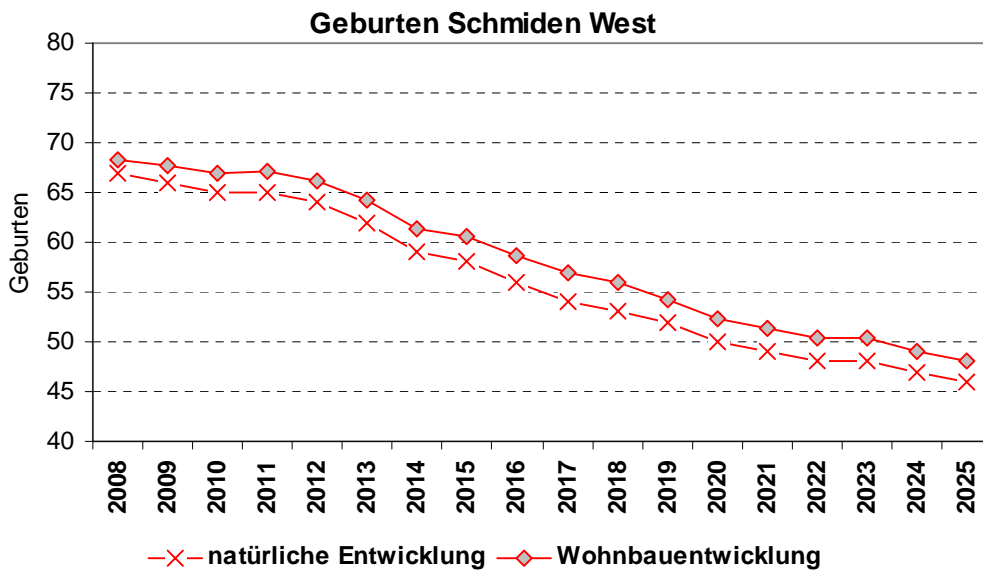


Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

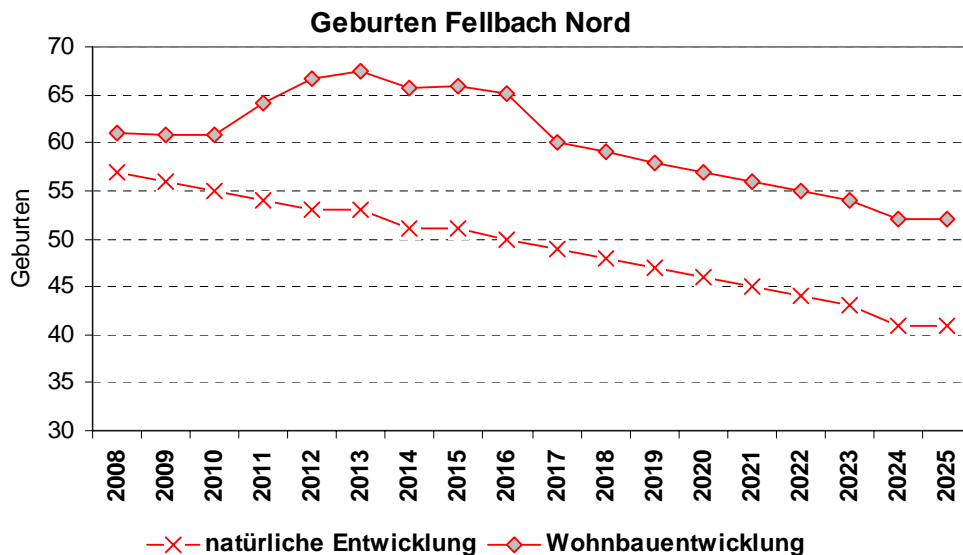
Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

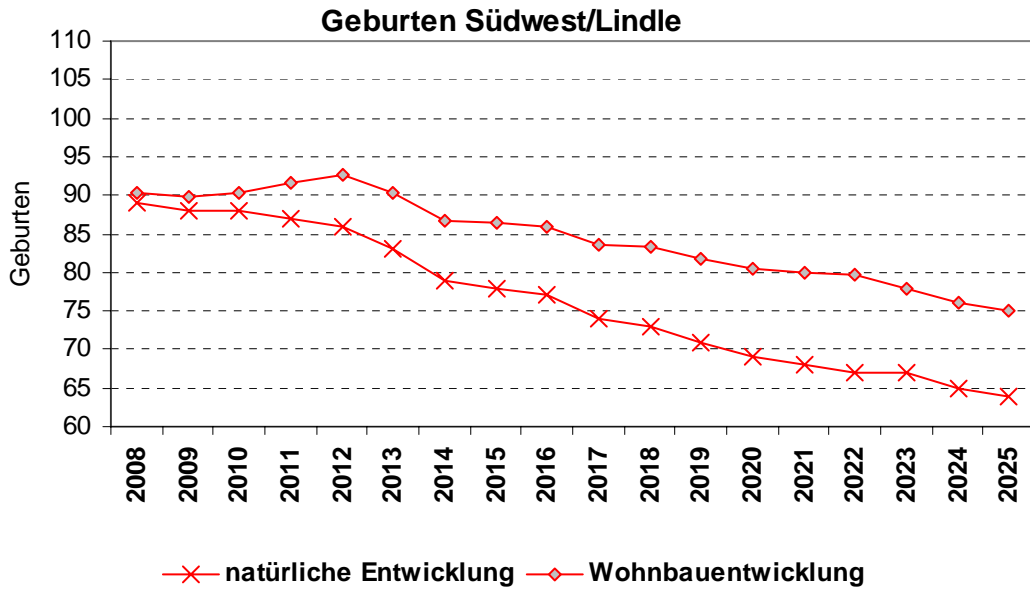


Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

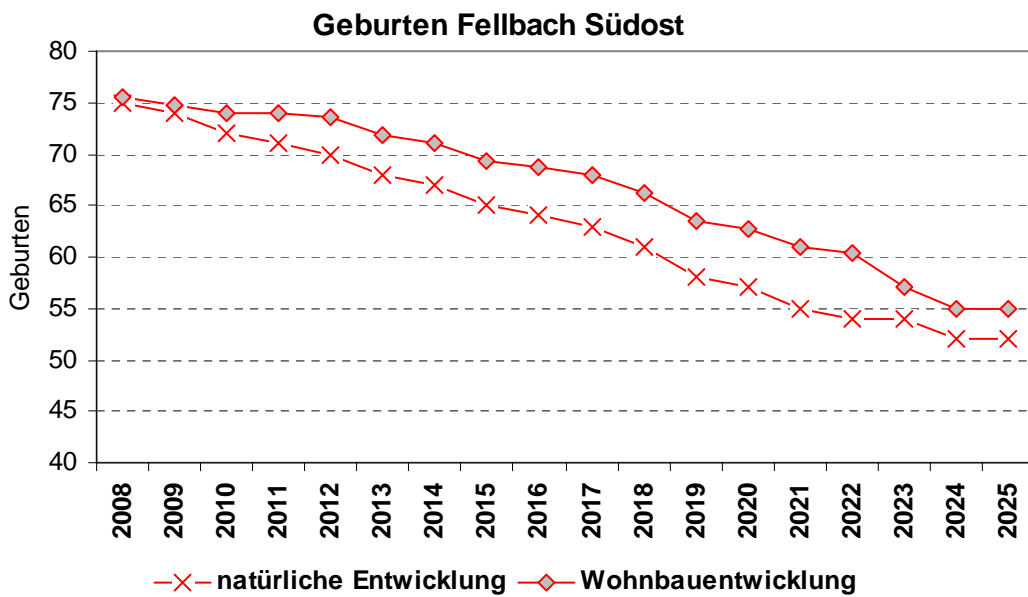


Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008



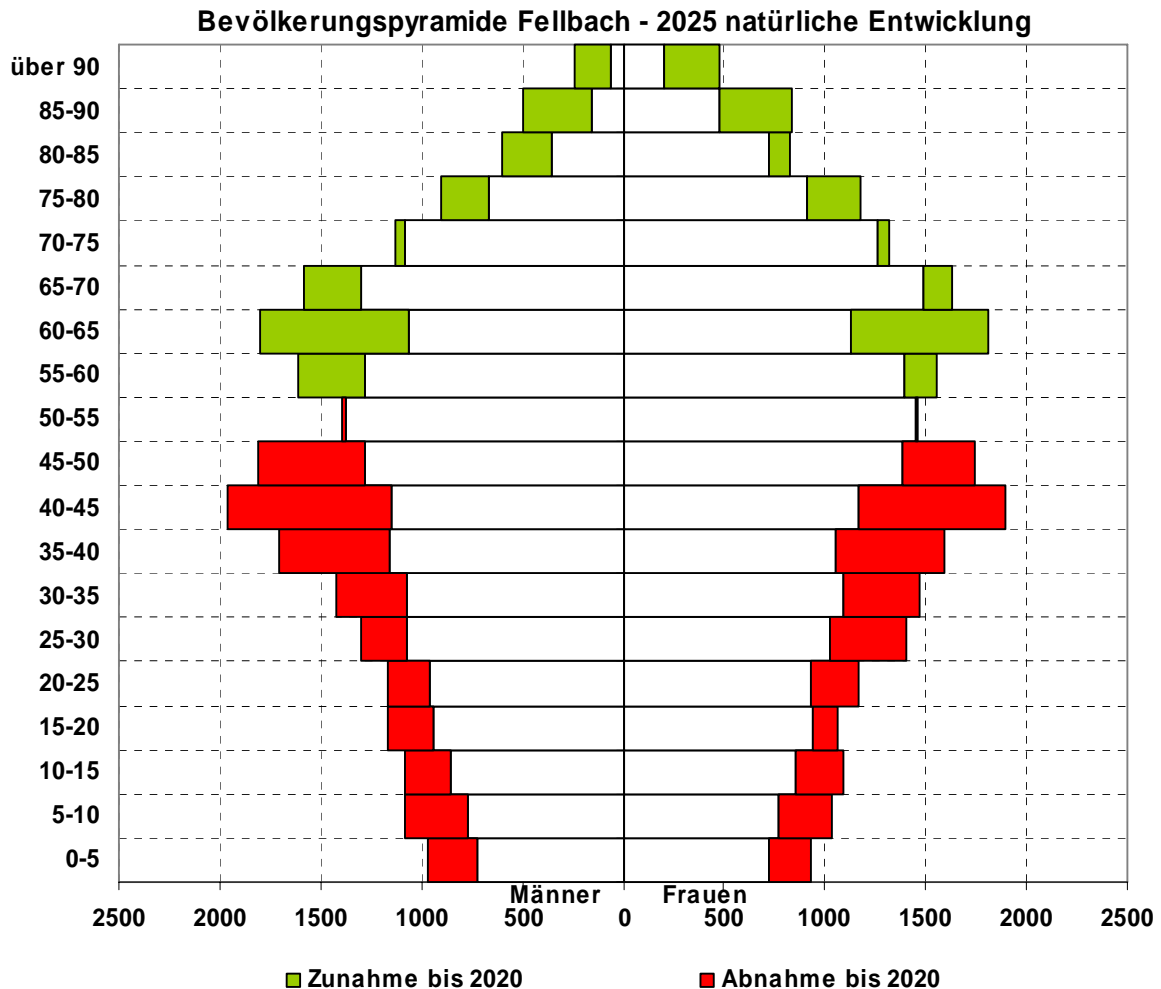
Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

2.6. Indikatoren des demographischen Wandels

Aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung würde sich die nachfolgend dargestellte Bevölkerungspyramide ergeben.



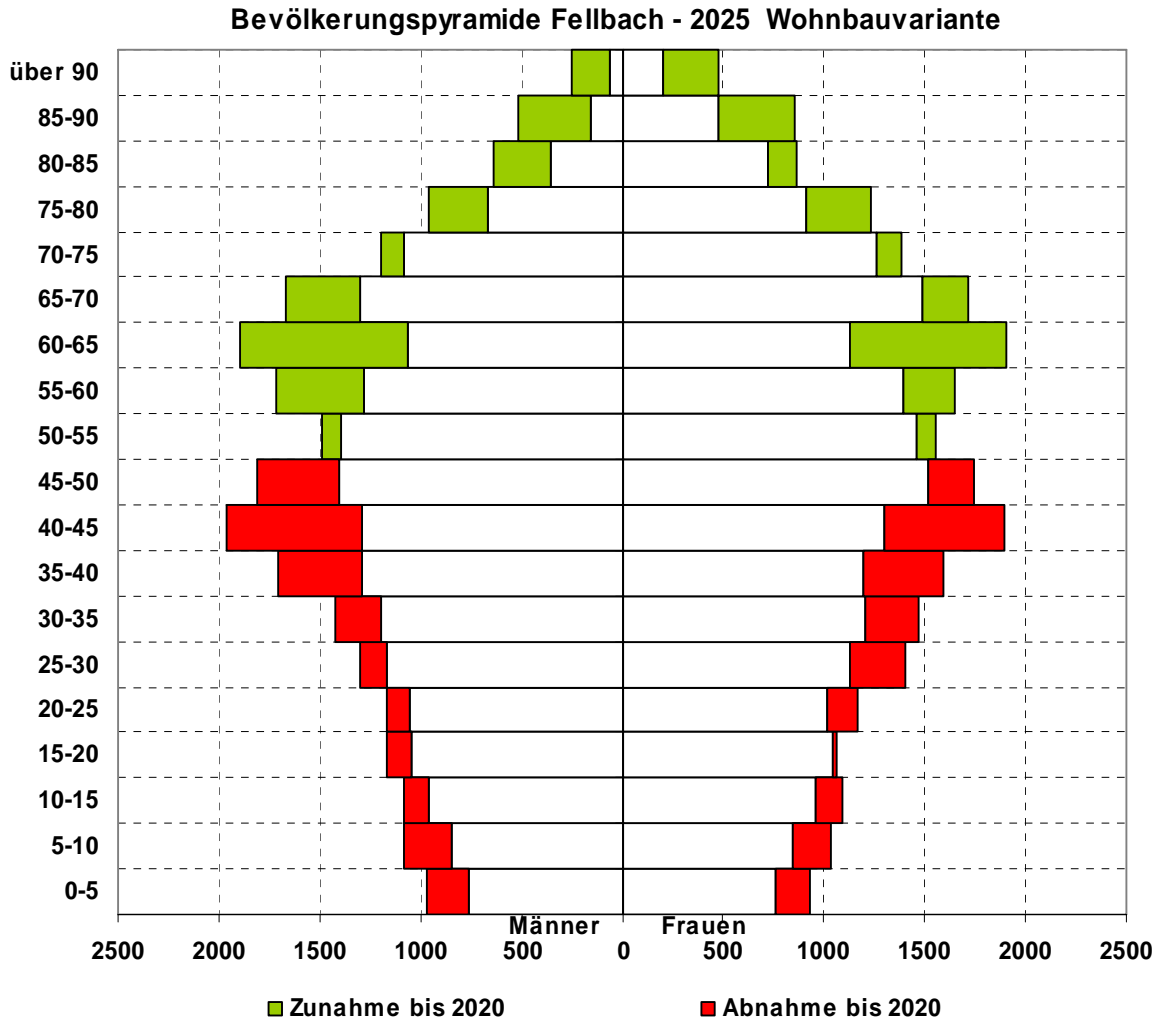
Die Auswirkungen des demographischen Wandels werden, unter der Annahme eines ausgeglichenen Wanderungssaldos, in besonderer Weise deutlich. Die gesamten Altersgruppen unter 50 Jahren wären in einem deutlichen Rückgang begriffen.

Gerade die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre werden 2025 zu den so genannten „älteren Jungen“ zählen, die bereits vor dem Renteneintritt stehen.

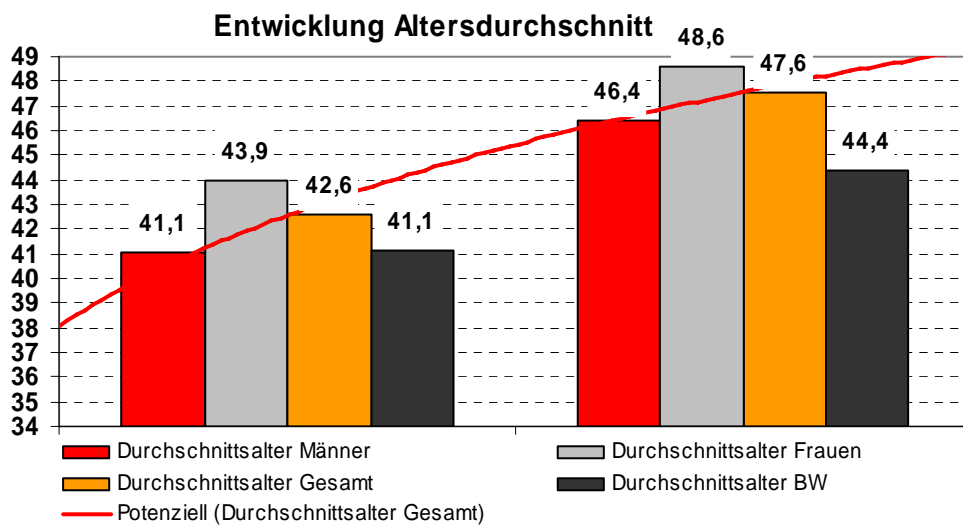
Die Jahrgangsstärken der unter 20-Jährigen nehmen ebenso in deutlicher Weise ab. Bei den unter 10-Jährigen würden die Rückgänge zwischen 22 und 25 Prozent liegen.

Dagegen in einem deutlichen Wachstum begriffen sein werden sämtliche Altersgruppen der über 65-Jährigen bis hin zu den Hochbetagten, die sich zahlenmäßig sogar verdoppeln.

Die im Folgenden dargestellte Bevölkerungspyramide der Wohnbauvariante würde bei einem möglichen Zuwanderplus von über 3.000 Personen, einschließlich der damit verbundenen zusätzlichen Geburten, zu einer leichten Stabilisierung der Bevölkerungspyramide beitragen, ohne jedoch dem generellen Trend der „doppelten“ Alterung Gegenwirken zu können.



Erkennbar gegenüber der natürlichen Entwicklung wird der geringere Rückgang bei den Altersgruppen jüngerer Infrastrukturnachfrager. Bei den 15 bis 20-Jährigen könnten die Zahlen sogar annähernd gehalten werden können. Jedoch steigt durch die hohe Zahl an Zuwanderern auf längere Sicht die Zahl der jüngeren Alten noch deutlicher an als bei der natürlichen Variante.



bezogen auf Wohnbauvariante

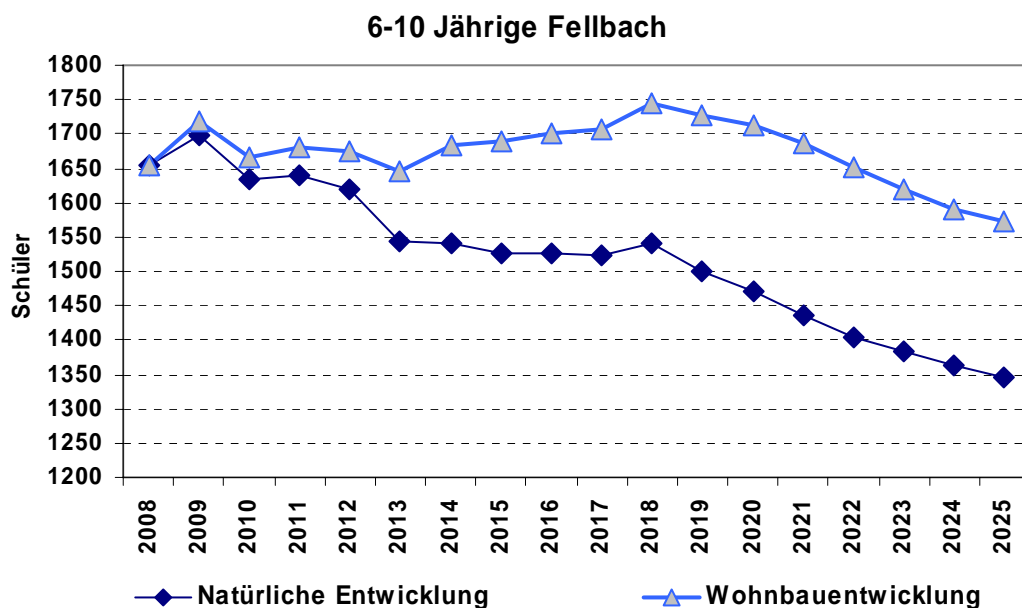
Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Altersdurchschnitt der Bevölkerung in Fellbach nochmals um 0,4 Jahre erhöht. Der Altersdurchschnitt wird sich anhand der Wohnbauvariante gegenüber heute 42,6 Jahren 2025 bei 47,6 Jahren bewegen. Der Altersdurchschnitt wird dann in Fellbach um über 3 Jahre über dem Landesdurchschnitt (Quelle: Statistisches Landesamt) liegen.

3. Infrastrukturnachfrager

3.1. Schülerentwicklung

Die Vorausrechnung der Schülerzahlen für die Stadtbezirke bezieht sich auf die vier Jahrgänge der 6 bis 10-Jährigen, die die Grundschüler eines Schulbezirks abdecken. Gegenüber den absoluten Grundschülerzahlen, wie sie in der Schulentwicklungsplanung 2007 dargestellt sind, ergeben sich geringe Differenzen, begründet durch Rückstellungen, aber auch frühere Einschulungstermine. Die beschriebenen Entwicklungslinien bis Ende des Vorausrechnungszeitraums ermöglichen so den Vergleich gegenüber den Aussagen der Schulentwicklungsplanung. Die einzelnen Klassenfrequenzen können der jeweiligen tabellarischen Auflistung in Kapitel vier entnommen werden. Hieraus lassen sich die Aussagen zur Zügigkeit der einzelnen Schulen ableiten.

Hinweise für die Sekundarstufe ergeben sich aus der weiteren Entwicklung der Schulübergänge in die 5. Klassen. Eine differenzierte, jahrgangsbezogene Darstellung für den Sekundarbereich erfolgt bei der Fortschreibung 2008 nicht.

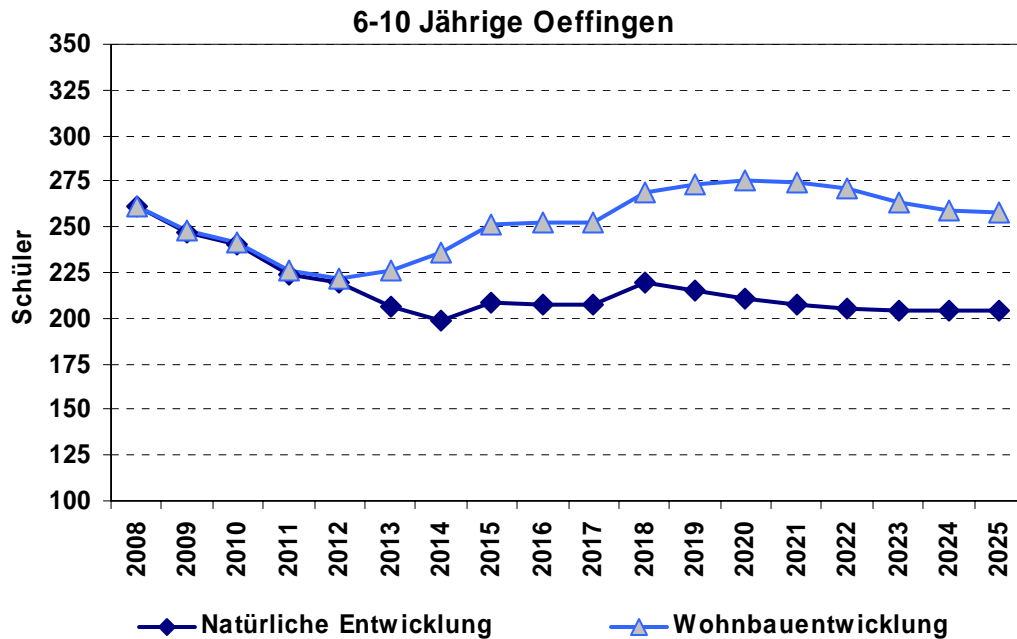


Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

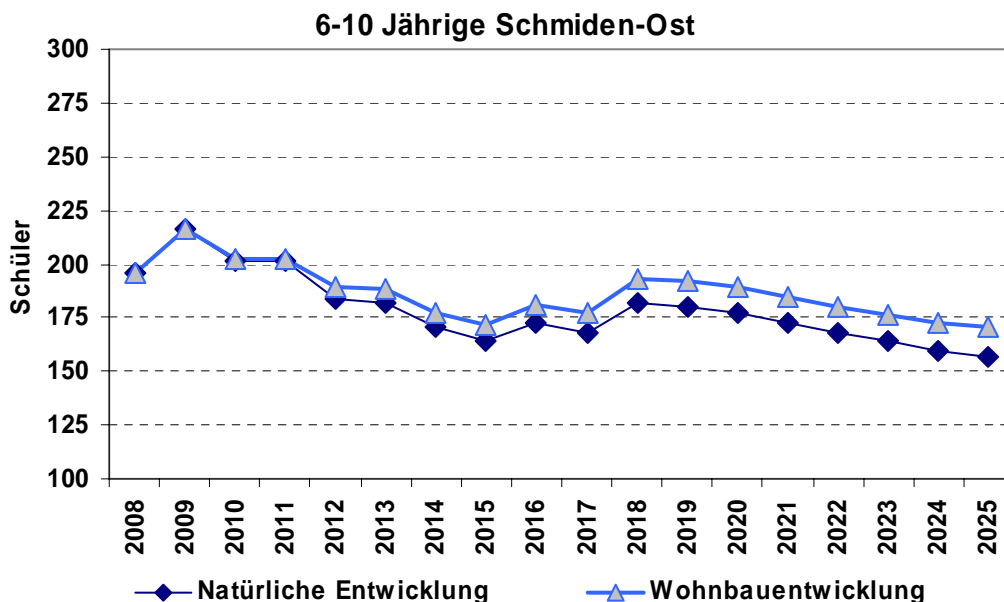
Die Zahl der potenziellen Grundschüler wird in Fellbach bei Realisierung der beschriebenen Wohnbaumaßnahmen bis zum Jahr 2018 um rund 100 Schüler leicht anwachsen, in den späteren Folgejahren dann jedoch sinken. Insgesamt deutet sich bis zum Jahr 2025 ein Rückgang um rund 5 Prozent an. Sollten die beschriebenen Wohnbaumaßnahmen nicht in vollem Umfang eintreffen, würden die Zahlen spürbar absinken. Die Betrachtung der natürlichen Entwicklung mit einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz ließe ein Sinken der Grundschülerzahlen um bis zu 20 Prozent erwarten. Die Zahlen für die einzelnen Schulbezirke für die sind Wohnbauentwicklung nachfolgend beschrieben.

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

An der Schillerschule in Oeffingen wird die Zahl der vor Ort lebenden Grundschüler bis zum Jahr 2020 leicht ansteigen (+ 5 Prozent). In der weiteren zeitlichen Folge bis 2025 wird die heutige Zahl an Grundschulern nahezu wieder erreicht werden. Die Entwicklung verläuft positiver als bei der Vorausrechnung der Schulentwicklungsplanung 2007/08. Den stabilen Jahrgangsstärken steht jedoch ein kleinerer Klassenteiler gegenüber, der sich anhand der Bildungsoffensive des Landes ab dem Schuljahr 2015/16 bei 28 Schülern bewegen wird. Diese ging von einem Minus von bis zu 10 Prozent aus. Die Schule bewegt sich bei einer Dreizügigkeit mit 60 bis 70 Schülern.



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

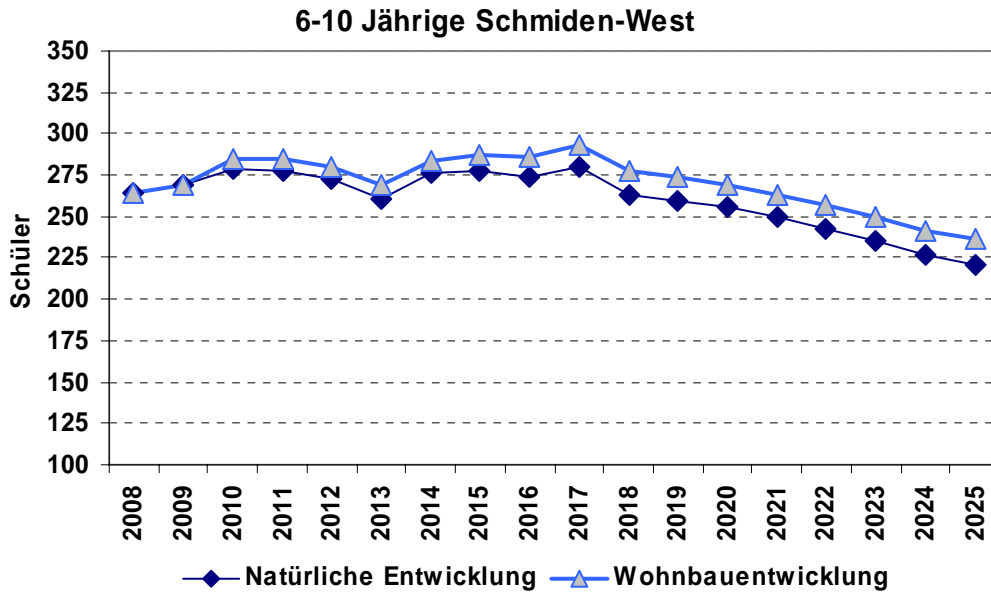


Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Im Bezirk Schmiden-Ost (Albert Schweitzer Schule) deutet sich bis zum Jahr 2025 ein kontinuierlicher Rückgang der Jahrgangsstärken der 6 bis 10-Jährigen um etwa 13 Prozent an. Die Zahlen bestätigen den in der Schulentwicklungsplanung 2007 beschriebenen Trend. Somit

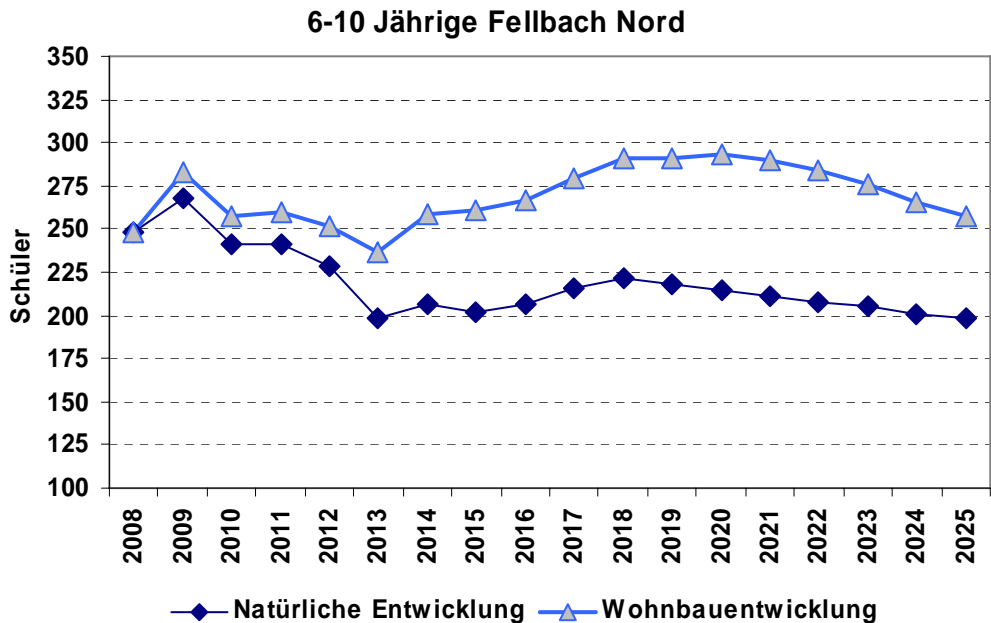
Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

muss auf längere Sicht von einer Zweizügigkeit der Albert Schweitzer Schule ausgegangen werden.



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

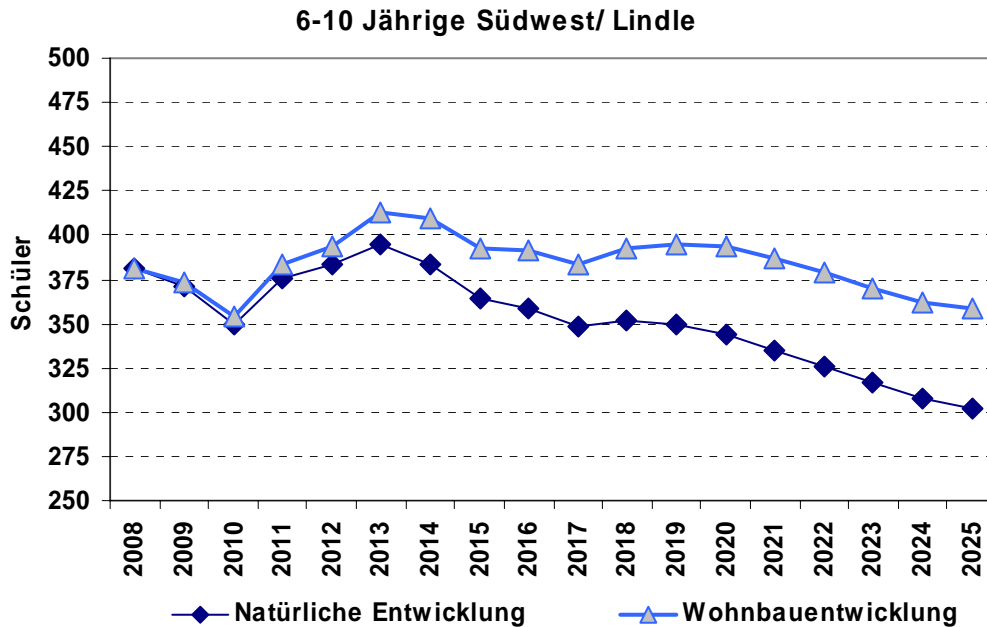
Die Zahlen an der Anne-Frank-Schule in Schmiden-West werden unter den Annahmen einer weiteren Wohnbautätigkeit auf längere Sicht leicht ansteigen, bis 2025 jedoch insgesamt um rund 10 Prozent rückgängig sein. Die Entwicklung deckt sich mit den bei der Schulentwicklungsplanung getroffenen Annahmen. Die in der Schulentwicklungsplanung beschriebene Dreizügigkeit der Schule ist gesichert, allerdings bei längerfristig geringeren Klassengrößen.



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

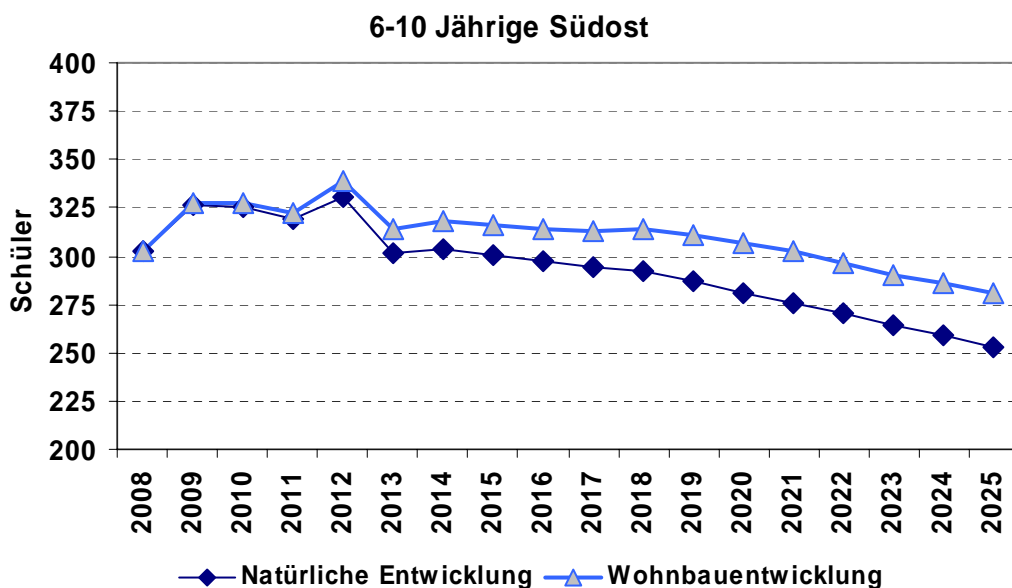
Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

In Fellbach-Nord ist an der Maicklerschule ein mittelfristiger Schüleranstieg um über 10 Prozent absehbar, der eine durchgängige Dreizügigkeit bedeutet. Ein Rückgang setzt dann ab 2013 ein. Bis 2025 wird die heutige Schülerzahl um rund 4 Prozent höher als heute liegen. Die Prognose verläuft positiver als die Schulentwicklungsplanung 2007.



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Im Schulbezirk der Silcherschule (Südwest/Lindle) ergibt sich anhand der heute bereits im Gebiet lebenden Kinder ein zunächst noch deutlicher Anstieg der Zahl an 6 bis 10-Jährigen um rund 10 Prozent, wobei die Zahlen nach 2013 dann rückgängig sein werden. Die heutige Schülerzahl etwa im Jahr 2020 wieder erreicht sein, und 2025 schließlich rund 7 Prozent niedriger liegen als heute. Die Entwicklung verläuft anhand der aktuellen Altersjahrgänge leicht positiver als bei der Schulentwicklungsplanung 2007 beschrieben. Mit zwischen 90 und 100 Schülern wird die Schule bei einem künftigen Klassenteiler von 28 vierzünftig geführt werden.



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

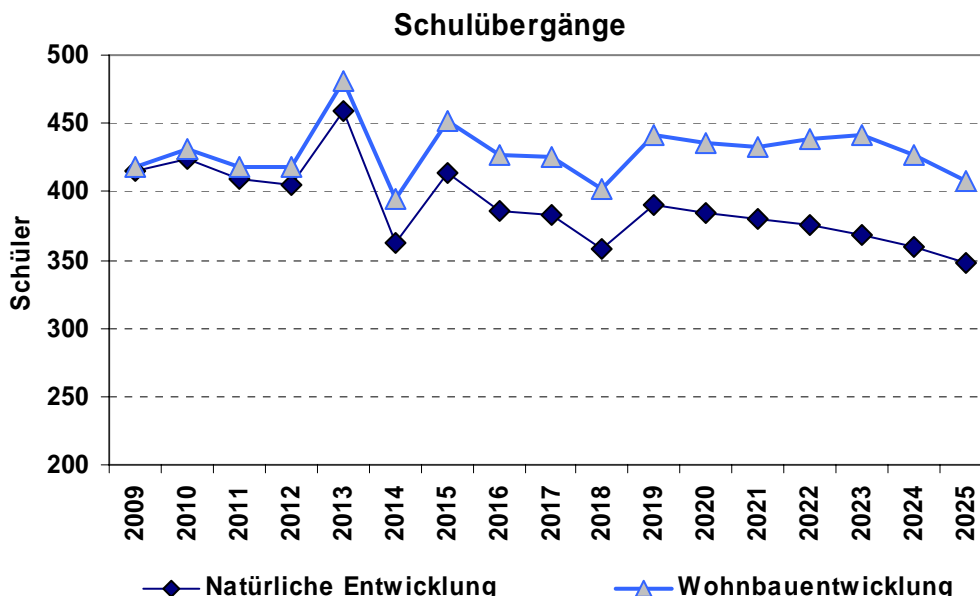
Im Schulbezirk Südost, der Zeppelinschule, wird zunächst ein Anstieg der Zahl an 6 bis 10-Jährigen einstellen. Die Kinder leben heute bereits im Untersuchungsgebiet und kommen demnächst in das Grundschulalter. In der weiteren zeitlichen Folge wird die Zahl der einzelnen Altersjahrgänge dann jedoch rückgängig sein. 2025 werden die Zahlen dann etwa 7 Prozent niedriger liegen als heute. Die Dreizügigkeit der Schule wird weiter aufrechterhalten werden können.

Die Entwicklung der Altersjahrgänge der 6 bis 10-Jährigen für die Gesamtstadt und die sechs Stadtviertel ist im nachfolgenden Kapitel 4 des Berichtes für beide Entwicklungsszenarien dargestellt.

Fazit Schulbezirke: Die aktuellen Zahlen bestätigen in allen Schulbezirken die in der Schulentwicklungsplanung 2007 beschriebene weitere Schülerentwicklung. Die heutige Zügigkeit der Grundschulen ist trotz insgesamt leicht sinkender Schülerzahlen gesichert, nicht zuletzt auch wegen des künftig geringeren Klassenteilers, wie ihn die Bildungsoffensive des Landes vorsieht.

Die Betrachtung der beiden Szenarien der Vorausrechnung macht deutlich, dass die beschriebene, stabile Entwicklung der Schülerzahlen wesentlich vom Eintreffen der getroffenen Annahmen zu den Wohnbaumaßnahmen abhängen wird, gerade dort, wo umfassende Wohnbaumaßnahmen anstehen (Oeffingen, Fellbach Nord und Südwest/Lindle). Sollten die positiven Annahmen nicht in dieser Form zutreffen, muss davon ausgegangen werden, dass bei einer Zahl von unter 200 Schülern (Maicklerschule, Anne-Frank-Schule, Schillerschule) zumindest einzelne Klassenstufen bei einem Teiler von 28 in eine Zweizügigkeit fallen können. Die Silcherschule wäre dann nur noch dreizügig.

Die zu erwartende Entwicklung der Schulübergänge von der Grundschule in die Sekundarstufe geht aus der nachfolgenden Abbildung hervor.



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Die Übergangszahlen werden sich auf einem konstanten Niveau halten und teilweise die heutigen Werte überschreiten. Erst ab dem Jahr 2025 können die heutigen Übergangszahlen unterschritten werden. Dies bedeutet, unter Einfluss des Übergangsverhaltens, stabile bzw. weiter leicht anwachsende Schülerzahlen an den Schulen.

3.2. Kinder in Kindertageseinrichtungen

Den sechs Stadtvierteln sind die nachfolgend dargestellten Kindereinrichtungen zugeordnet. Sondereinrichtungen mit gesamtstädtischem Einzugsbereich sind nicht aufgeführt.

1. Oeffingen

St.-Georg-Kindergarten
St.-Maria-Kindergarten
Kindergarten St. Raphael
Johannes-Kindergarten
Lukas-Kindergarten

2. Schmiden Ost

Talstraße
Maximilian-Kolbe-Kindergarten
Gustav-Werner-Kindergarten

3. Schmiden West

Dietrich-Bonhoeffer-Kindergarten
Kindergarten "Wiesenäcker"
Fellbacher Straße
Postweg
Kindergarten "Arche Noah"

4. Fellbach Nord

Christofkindergarten
Pauluskindergarten
C.-F.-Werner-Kindergarten
Isolde-Kindergarten
Maria-Regina-Kindergarten

5. Fellbach Südwest/ Lindle

CVJM-Kindergarten
Melanchthon-Kindergarten
Schultheiß-Brändle-Kindergarten
Johannes-Fried-Kindergarten
Weimer-Kindergarten
Johannes-Brenz-Kindergarten (Lindle)
Kindergarten Neue Straße
St.-Franziskus-Kindergarten
Kindergarten St. Martin

6. Fellbach Südost

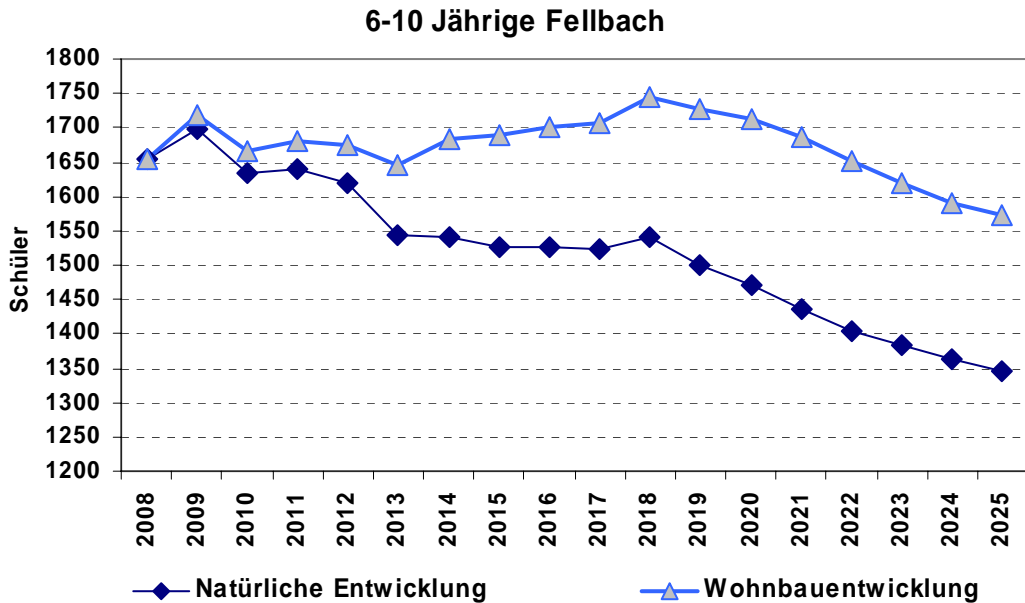
Emil-Bitzer-Kindergarten
Don-Bosco-Kindergarten
Helmut-Spieth-Kindergarten
Oberlinkindergarten

7. Verteilung der Sondereinrichtungen

Kinderhaus Pfiffikus
Kinderhaus Schmiden
Waldorf ganztags
Waldorf Wernerstraße
Waldkindergarten

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

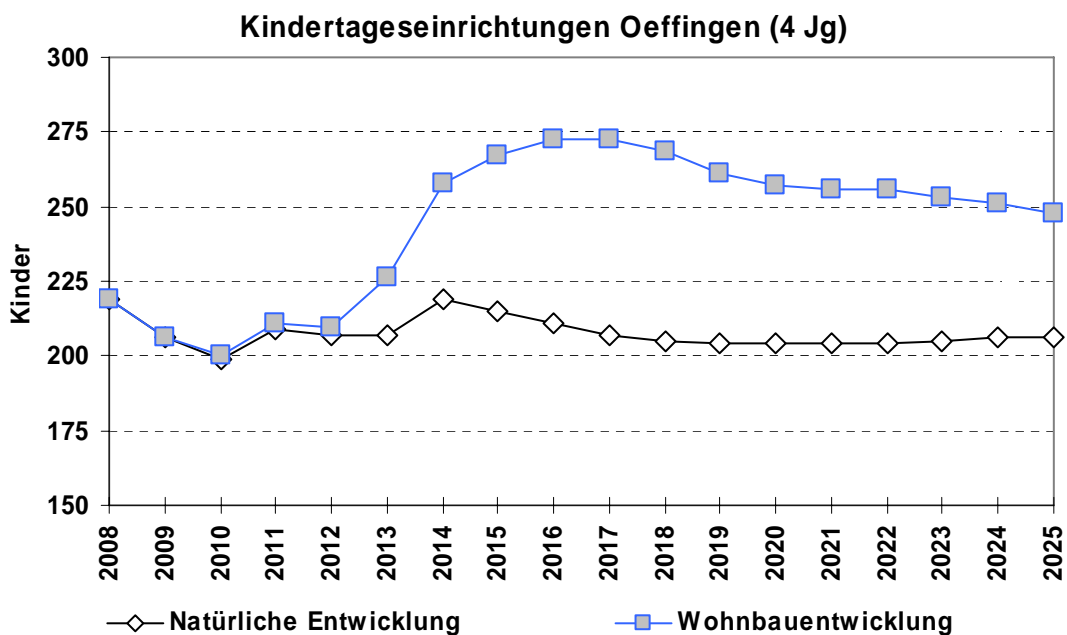
Die Zahl der zu erwartenden Kinder in den Kindertageseinrichtungen im Regelangebot lässt sich aus den Alterskohorten der 3 bis 6-Jährigen ableiten.



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Die Jahrgangsstärken der 3 bis 6-Jährigen werden im Zuge der weiteren Wohnbauentwicklung weiter ansteigen und in 10 Jahren um rund 100 Kinder höher liegen als heute. Ab dem Jahr 2020 wird dann allerdings ein spürbarer Rückgang einsetzen. 2025 ist von rund 12 Prozent weniger Kindern als heute auszugehen. Die Unterschiede der beiden betrachteten Varianten werden deutlich. Ohne die Wohnbaumaßnahmen und die damit verbundene weitere Zuwanderung würden die Zahlen auf längere Sicht um bis zu 20 Prozent sinken.

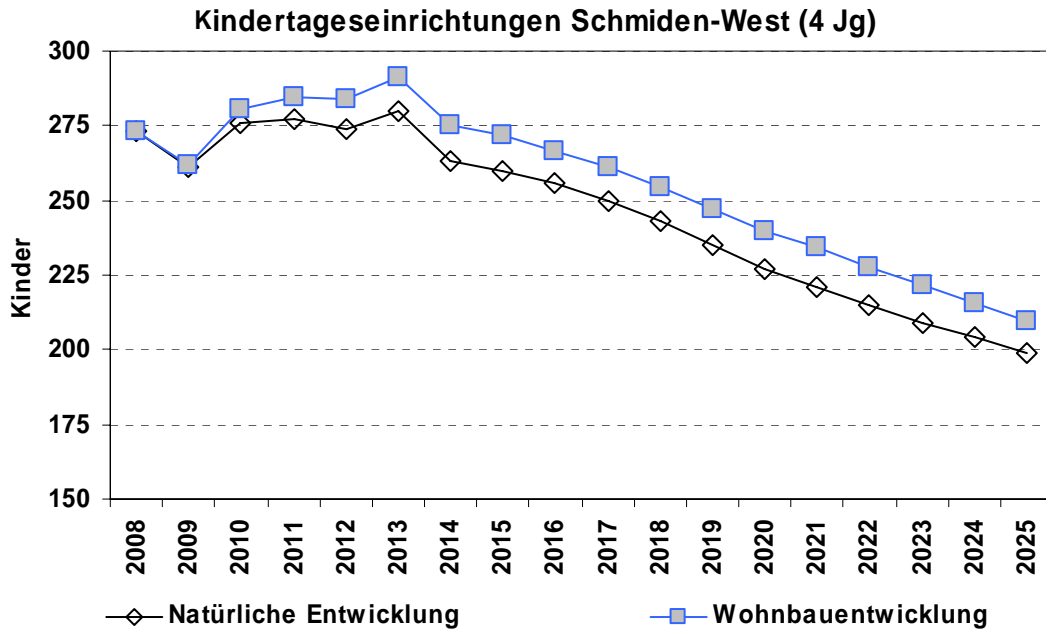
In den sechs Untersuchungsbezirken ergibt sich folgende Entwicklung. Die Entwicklungen in Schmidlen und Fellbach Süd sind dabei nochmals zusammenfassend dargestellt.



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

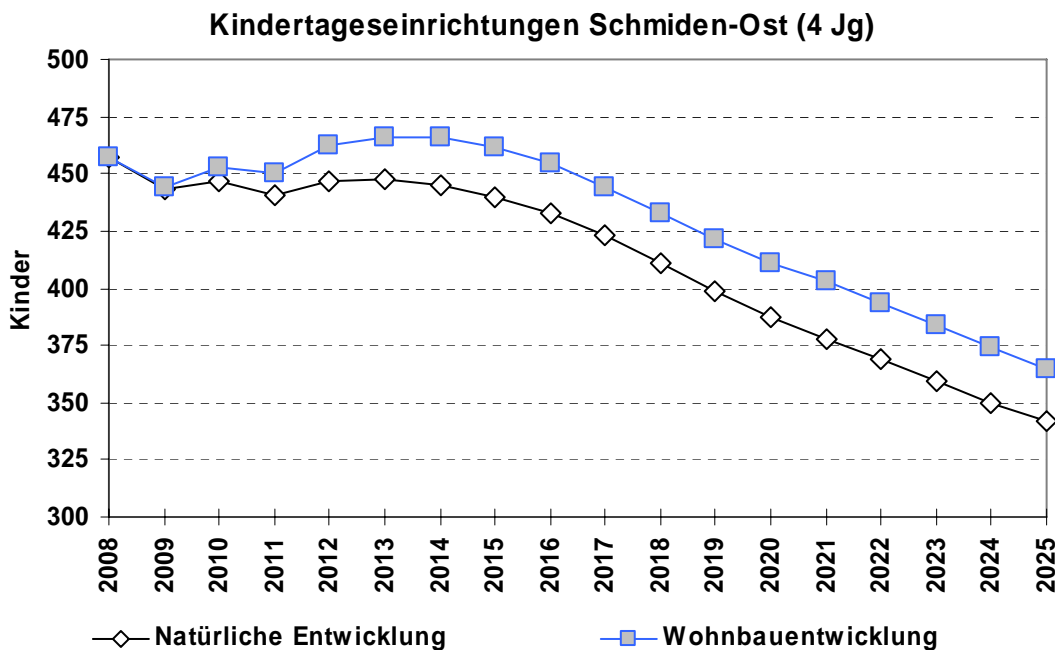
Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

Im Stadtteil Oeffingen wird, bei Eintreffen der Annahmen zur Wohnbautätigkeit, ein deutlicher Anstieg der Kinderzahlen erfolgen. In zehn Jahren werden rund 20 Prozent mehr Kinder zwischen 3 und 6 Jahren gezählt werden. In der weiteren zeitlichen Folge setzt dann zwar ein Rückgang ein, 2025 werden die Zahlen dennoch um über 10 Prozent höher liegen als heute.



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Im Stadtviertel Schmiden-West werden die Kinderzahlen an den Kindertageseinrichtungen aufgrund der heute bereits vorhandenen Jahrgangsstärken zunächst noch ansteigen, ab 2012 dann jedoch spürbar sinken. 2025 werden rund ein Viertel weniger Kinder zwischen 3 und 6 Jahren gezählt werden.

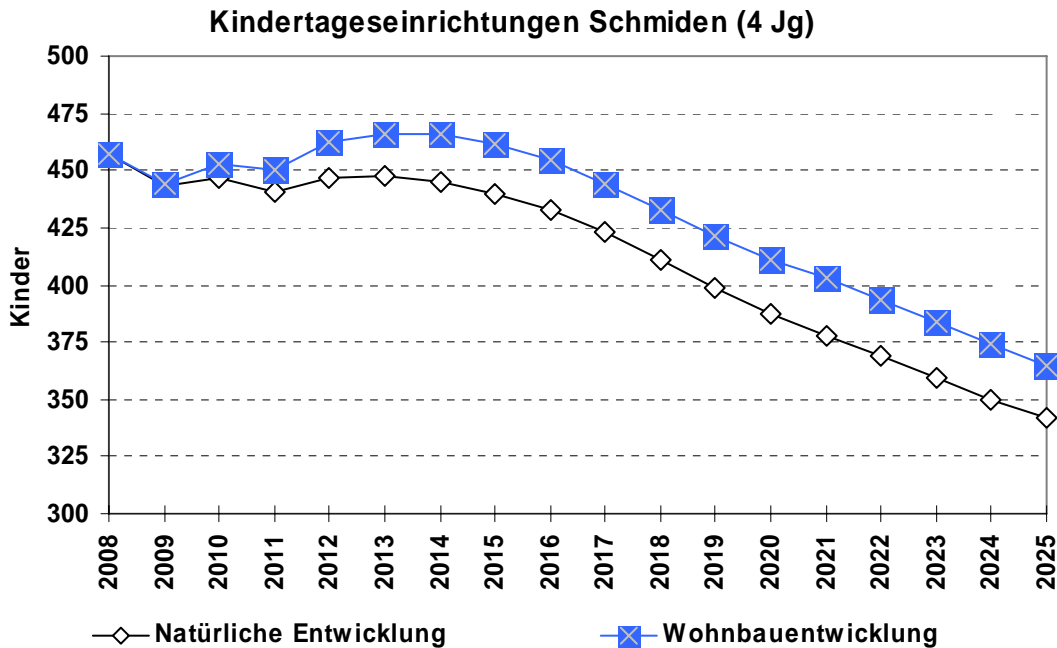


Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

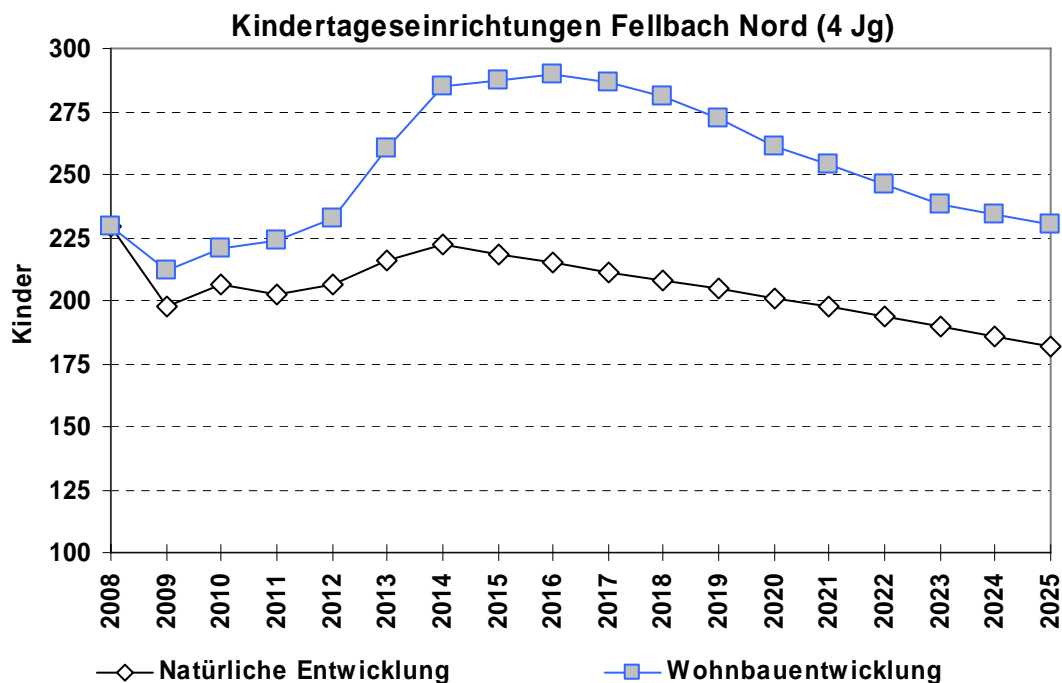
Die Entwicklung verläuft ähnlich wie im benachbarten Stadtviertel Schmiden-West. Einem leichten mittelfristigen Anstieg der Kinderzahlen steht in der weiteren zeitlichen Folge ein

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

kontinuierlicher Rückgang gegenüber. Die Entwicklung deutet auf rund 15 Prozent weniger Nutzer der Regelangebote in den Kindertageseinrichtungen im Jahr 2025 hin.

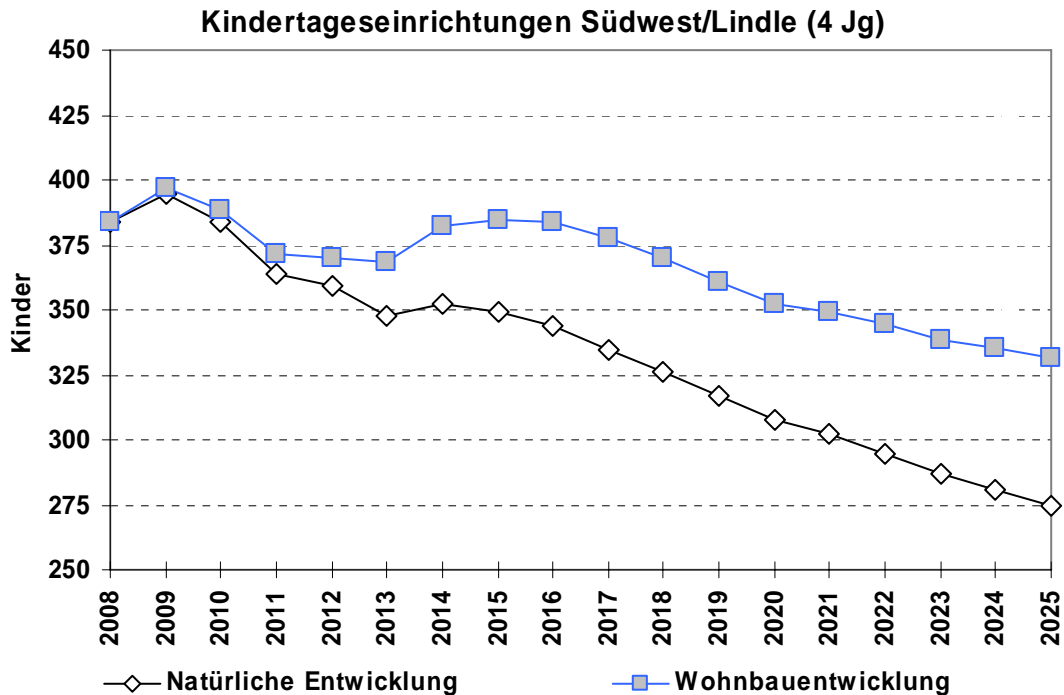


Die zusammengefasst Entwicklung im Stadtteil Schmiden deutet auf längere Sicht auf rund 20 Prozent geringere Zahlen bei den 3 bis 6-Jährige hin. Der dargestellte Rückgang der Zahlen wird ab dem Jahr 2009 einsetzen.



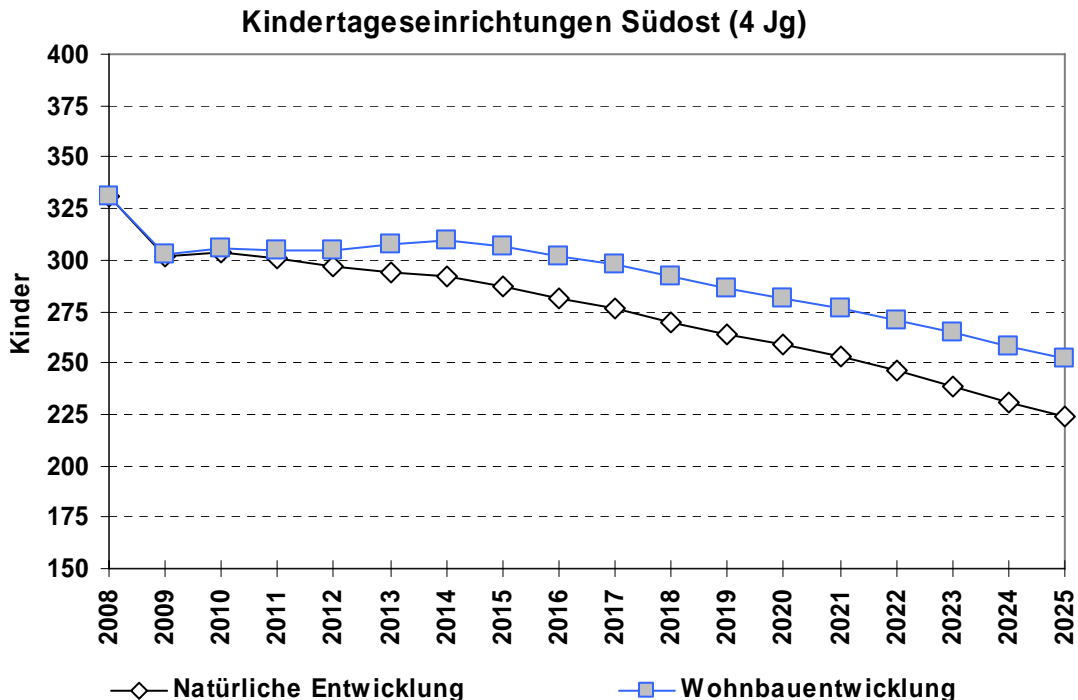
Das Stadtviertel Fellbach Nord wird anhand der weiteren Wohnbauentwicklung eine deutliche Zunahme der Kinderzahlen um rund ein Viertel bis zum Jahr 2015 zu verzeichnen haben.

Auf längere Sicht wird das heutige Bestandsniveau wieder erreicht werden.



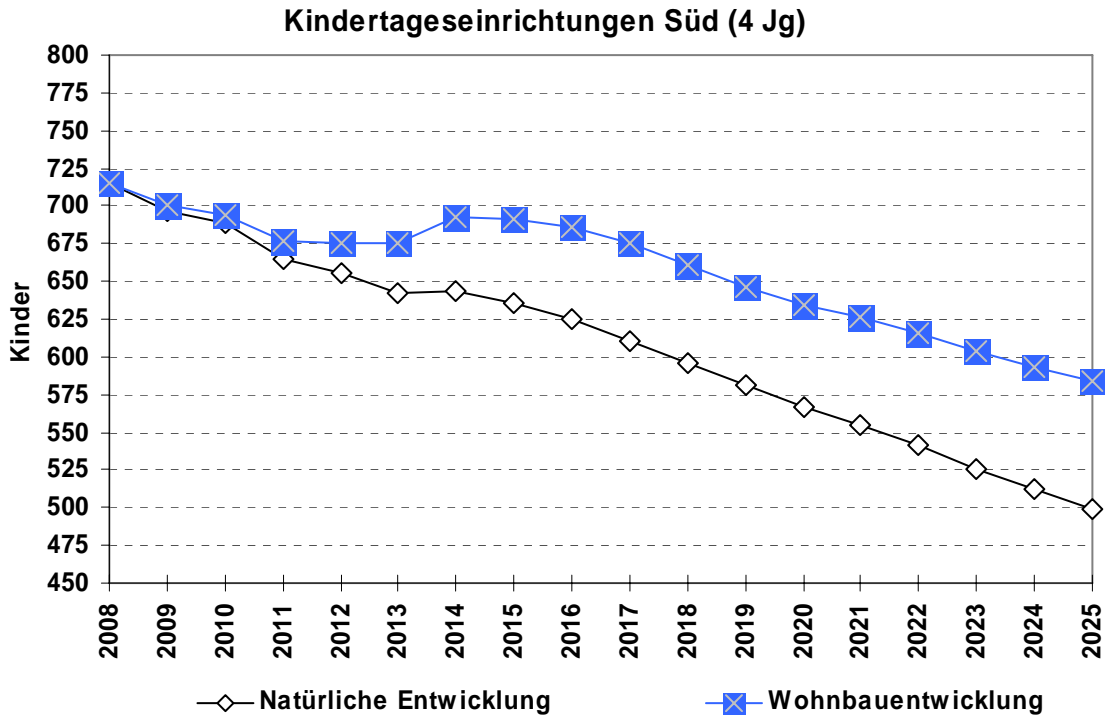
Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Im Stadtviertel Südwest/Lindle deutet sich eine leichte Entspannung bei den Kinderzahlen an. 2025 werden rund 15 Prozent weniger Kinder zwischen 3 und 6 Jahren gezählt werden.



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Die Jahrgangsstärken der 3 bis 6-Jährigen werden sich im Stadtviertel Südost leicht entspannen, auf längere Sicht jedoch vergleichsweise stabil sein. Bis 2025 werden rund ein Viertel weniger Kinder im Kindergartenalter (Regelangebot) gezählt werden.



Quelle: Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025

Die zusammengefassten Ergebnisse für Fellbach Süd decken sich mit den Zahlen der beiden Stadtviertel Südost und Südwest/Lindle. Einer leichten Entspannung bei der Zahl der 3 bis 6-Jährigen in den kommenden 10 Jahren wird in der weiteren zeitlichen Folge bis zum Jahr 2025 ein klar erkennbarer Rückgang der einzelnen Jahrgangsstärken folgen. Bis 2025 könnten bis 20 Prozent weniger Kindergartenkinder im Regelangebot gezählt werden.

Die Entwicklung der Altersjahrgänge der unter 6-Jährigen für die Gesamtstadt und die sechs Stadtviertel sowie die zusammengefassten Stadtteile Schmiden und Fellbach Süd ist im nachfolgenden Kapitel 4 des Berichtes für beide Entwicklungsszenarien dargestellt.

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

4. Ergebnistabellen

4.1. Fellbach

Natürl. Entwickl.	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	358	400	385	380	375	360	355	346	344	338	335	330	315	310	300	295	294	290
1 bis 2	383	358	400	385	380	375	360	355	346	344	338	335	330	315	310	300	295	294
2 bis 3	386	383	358	400	385	380	375	360	355	346	344	338	335	330	315	310	300	295
3 bis 4	413	386	383	358	400	385	380	375	360	355	346	344	338	335	330	315	310	300
4 bis 5	362	413	386	383	358	400	385	380	375	360	355	346	344	338	335	330	315	310
5 bis 6	459	362	413	386	383	358	400	385	380	375	360	355	346	344	338	335	330	315
Summe 2 bis 6	1620	1544	1540	1527	1526	1523	1540	1500	1470	1436	1405	1383	1363	1347	1318	1290	1255	1220
6 bis 7	405	459	362	413	386	383	358	400	385	380	375	360	355	346	344	338	335	330
7 bis 8	409	405	459	362	413	386	383	358	400	385	380	375	360	355	346	344	338	335
8 bis 9	424	409	405	459	362	413	386	383	358	400	385	380	375	360	355	346	344	338
9 bis 10	415	424	409	405	459	362	413	386	383	358	400	385	380	375	360	355	346	344
Summe 6 bis 10	1653	1697	1635	1639	1620	1544	1540	1527	1526	1523	1540	1500	1470	1436	1405	1383	1363	1347

Wohnungsbau	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	358	412	398	396	404	408	405	392	390	385	379	376	363	359	350	335	334	330
1 bis 2	383	363	415	400	399	415	417	408	394	392	387	381	377	364	360	351	337	336
2 bis 3	386	388	365	417	403	410	425	420	410	395	393	388	382	378	366	362	353	338
3 bis 4	413	391	390	367	420	414	420	428	423	412	397	395	389	383	380	367	363	354
4 bis 5	362	418	393	392	370	431	424	423	430	424	413	398	396	391	385	381	368	364
5 bis 6	459	367	420	395	396	383	442	427	425	432	426	414	400	397	392	386	383	370
Summe 2 bis 6	1620	1563	1568	1572	1589	1638	1710	1699	1688	1663	1628	1595	1567	1550	1523	1496	1467	1426
6 bis 7	405	464	370	423	399	408	393	445	429	427	433	427	416	401	399	394	388	384
7 bis 8	409	410	467	372	426	411	419	397	448	431	429	435	429	418	403	401	395	389
8 bis 9	424	414	413	469	376	438	422	422	399	449	433	430	436	430	419	404	402	397
9 bis 10	415	429	417	415	473	388	449	425	424	401	451	434	432	438	432	421	406	404
Summe 6 bis 10	1653	1718	1666	1679	1674	1646	1683	1690	1701	1708	1745	1726	1713	1687	1653	1619	1591	1574

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

4.2. Oeffingen

Natürl. Entwickl.	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	41	56	56	54	53	52	51	51	51	51	51	51	51	52	52	51	51	51
1 bis 2	55	41	56	56	54	53	52	51	51	51	51	51	51	51	52	52	51	51
2 bis 3	57	55	41	56	56	54	53	52	51	51	51	51	51	51	51	52	52	51
3 bis 4	46	57	55	41	56	56	54	53	52	51	51	51	51	51	51	51	52	52
4 bis 5	48	46	57	55	41	56	56	54	53	52	51	51	51	51	51	51	51	52
5 bis 6	68	48	46	57	55	41	56	56	54	53	52	51	51	51	51	51	51	51
Summe 2 bis 6	219	206	199	209	208	207	219	215	210	207	205	204	204	204	204	205	206	206
6 bis 7	62	68	48	46	57	55	41	56	55	55	53	52	51	51	51	51	51	51
7 bis 8	62	62	68	48	46	57	55	41	56	55	55	53	52	51	51	51	51	51
8 bis 9	55	62	62	68	48	46	57	55	41	56	55	55	53	52	51	51	51	51
9 bis 10	82	55	62	62	68	48	46	57	55	41	56	55	55	53	52	51	51	51
Summe 6 bis 10	261	247	240	224	219	206	199	209	207	207	219	215	211	207	205	204	204	204

Wohnungsbau	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	41	56	56	56	58	65	65	64	64	63	63	63	64	61	61	60	60	60
1 bis 2	55	41	57	56	56	62	69	67	65	64	63	63	64	64	61	61	60	60
2 bis 3	57	55	41	57	56	60	66	70	68	65	64	64	64	64	64	61	61	60
3 bis 4	46	57	55	41	57	60	64	67	71	68	65	64	64	64	64	64	62	62
4 bis 5	48	46	57	55	42	61	64	65	68	71	68	65	64	64	64	64	64	62
5 bis 6	68	48	46	57	56	46	65	65	66	68	71	68	65	64	64	64	64	64
Summe 2 bis 6	219	207	200	211	210	226	258	267	272	272	269	261	257	256	255	253	251	248
6 bis 7	62	68	48	46	58	60	50	66	66	66	68	72	68	66	65	64	64	64
7 bis 8	62	62	68	48	47	62	64	52	67	66	66	69	72	68	66	65	64	64
8 bis 9	55	62	62	68	49	51	66	66	52	68	66	66	69	72	69	66	65	64
9 bis 10	82	55	62	62	69	53	55	68	67	53	68	67	67	69	72	69	66	65
Summe 6 bis 10	261	247	240	224	219	206	199	209	207	207	219	215	211	207	205	204	204	204

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

4.3. Schmiden Ost

Natürl. Entwickl.	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	31	46	46	45	45	44	43	41	40	40	39	38	37	36	35	35	34	34
1 bis 2	50	31	46	46	45	45	44	43	41	40	40	39	38	37	36	35	35	34
2 bis 3	37	50	31	46	46	45	45	44	43	41	40	40	39	38	37	36	35	35
3 bis 4	53	37	50	31	46	46	45	45	44	43	41	40	40	39	38	37	36	35
4 bis 5	42	53	37	50	31	46	46	45	45	44	43	41	40	40	39	38	37	36
5 bis 6	52	42	53	37	50	31	46	46	45	45	44	43	41	40	40	39	38	37
Summe 2 bis 6	184	182	171	164	173	168	182	180	177	173	168	164	160	157	154	150	146	143
6 bis 7	54	52	42	53	37	50	31	46	46	45	45	44	43	41	40	40	39	38
7 bis 8	53	54	52	42	53	37	50	31	46	46	45	45	44	43	41	40	40	39
8 bis 9	57	53	54	52	42	53	37	50	31	46	46	45	45	44	43	41	40	40
9 bis 10	32	57	53	54	52	42	53	37	50	31	46	46	45	45	44	43	41	40
Summe 6 bis 10	196	216	201	201	184	182	171	164	173	168	182	180	177	173	168	164	160	157

Wohnungsbau	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	31	46	47	46	47	46	45	43	42	42	42	41	40	39	37	37	36	36
1 bis 2	50	31	47	47	47	48	46	45	43	42	42	42	41	40	39	37	37	36
2 bis 3	37	50	31	47	47	47	48	46	45	43	42	43	42	41	40	39	37	37
3 bis 4	53	37	50	31	47	48	48	48	46	45	43	43	43	42	41	40	39	37
4 bis 5	42	53	37	50	32	48	48	48	48	46	45	44	43	43	42	41	40	39
5 bis 6	52	42	53	37	51	32	48	48	48	48	47	46	44	43	43	42	41	40
Summe 2 bis 6	184	182	172	166	178	175	191	190	187	183	178	174	171	168	166	162	158	155
6 bis 7	54	52	42	53	38	52	33	48	48	48	48	47	46	44	43	43	42	41
7 bis 8	53	54	52	42	54	39	52	33	48	48	48	48	47	46	44	43	43	42
8 bis 9	57	53	54	52	43	55	39	52	33	48	48	48	49	47	46	44	43	43
9 bis 10	32	57	53	54	53	44	55	39	52	33	48	48	48	49	47	46	44	44
Summe 6 bis 10	196	216	202	203	189	188	178	171	181	177	193	192	189	185	180	176	173	170

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

4.4. Schmiden West

Natürl. Entwickl.	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	82	67	66	65	65	64	62	59	58	56	54	53	52	50	49	48	48	47
1 bis 2	59	82	67	66	65	65	64	62	59	58	56	54	53	52	50	49	48	48
2 bis 3	69	59	82	67	66	65	65	64	62	59	58	56	54	53	52	50	49	48
3 bis 4	66	69	59	82	67	66	65	65	64	62	59	58	56	54	53	52	50	49
4 bis 5	67	66	69	59	82	67	66	65	65	64	62	59	58	56	54	53	52	50
5 bis 6	71	67	66	69	59	82	67	66	65	65	64	62	59	58	56	54	53	52
Summe 2 bis 6	273	261	276	277	274	280	263	260	256	250	243	235	227	221	215	209	204	199
6 bis 7	74	71	67	66	69	59	82	67	66	65	65	64	62	59	58	56	54	53
7 bis 8	67	74	71	67	66	69	59	82	67	66	65	65	64	62	59	58	56	54
8 bis 9	57	67	74	71	67	66	69	59	82	67	66	65	65	64	62	59	58	56
9 bis 10	66	57	67	74	71	67	66	69	59	82	67	66	65	65	64	62	59	58
Summe 6 bis 10	264	269	279	278	273	261	276	277	274	280	263	260	256	250	243	235	227	221

Wohnungsbau	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	82	68	69	67	67	66	64	62	61	59	57	56	54	52	51	50	50	49
1 bis 2	59	82	70	69	67	67	66	65	62	61	59	57	56	55	53	51	50	50
2 bis 3	69	59	83	70	69	68	67	67	65	62	61	59	57	56	55	53	52	51
3 bis 4	66	69	60	84	70	69	68	68	67	65	62	61	59	57	56	55	53	52
4 bis 5	67	66	70	61	84	70	70	68	68	67	65	62	61	59	57	57	55	53
5 bis 6	71	67	67	71	61	84	70	70	68	68	67	65	62	61	59	58	57	55
Summe 2 bis 6	273	262	281	285	284	291	275	272	267	261	255	247	240	234	228	221	216	210
6 bis 7	74	71	68	68	71	61	84	70	70	68	68	67	65	62	61	60	58	57
7 bis 8	67	74	72	69	68	71	61	84	71	70	68	68	67	65	62	62	60	58
8 bis 9	57	67	75	73	69	68	71	61	84	71	70	68	68	67	65	63	62	60
9 bis 10	66	57	68	76	73	69	68	71	61	84	71	70	68	68	67	66	63	62
Summe 6 bis 10	264	270	284	285	280	269	284	287	286	293	277	274	269	263	257	249	241	236

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

4.5. Schmiden (Zusammenfassung Schmiden West und Schmiden Ost)

Natürl. Entwickl.	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	113	113	112	110	110	108	105	100	98	96	93	91	89	86	84	83	82	81
1 bis 2	109	113	113	112	110	110	108	105	100	98	96	93	91	89	86	84	83	82
2 bis 3	106	109	113	113	112	110	110	108	105	100	98	96	93	91	89	86	84	83
3 bis 4	119	106	109	113	113	112	110	110	108	105	100	98	96	93	91	89	86	84
4 bis 5	109	119	106	109	113	113	112	110	110	108	105	100	98	96	93	91	89	86
5 bis 6	123	109	119	106	109	113	113	112	110	110	108	105	100	98	96	93	91	89
Summe 2 bis 6	457	443	447	441	447	448	445	440	433	423	411	399	387	378	369	359	350	342
6 bis 7	128	123	109	119	106	109	113	113	112	110	110	108	105	100	98	96	93	91
7 bis 8	120	128	123	109	119	106	109	113	113	112	110	110	108	105	100	98	96	93
8 bis 9	114	120	128	123	109	119	106	109	113	113	112	110	110	108	105	100	98	96
9 bis 10	98	114	120	128	123	109	119	106	109	113	113	112	110	110	108	105	100	98
Summe 6 bis 10	460	485	480	479	457	443	447	441	447	448	445	440	433	423	411	399	387	378

Wohnungsbau	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	113	115	115	114	115	112	109	105	103	101	98	97	94	91	89	87	87	85
1 bis 2	109	113	116	116	115	115	112	110	105	103	101	99	97	94	92	89	88	87
2 bis 3	106	109	114	117	117	115	115	113	110	105	103	102	99	97	95	92	89	88
3 bis 4	119	106	110	115	117	117	115	115	113	110	105	104	102	99	97	95	92	89
4 bis 5	109	119	107	111	116	118	117	115	116	113	110	106	104	102	99	98	95	92
5 bis 6	123	109	121	108	112	116	118	118	116	116	113	111	106	104	102	100	98	95
Summe 2 bis 6	457	444	453	450	462	466	466	461	454	444	433	422	411	403	394	384	374	365
6 bis 7	128	123	111	121	109	112	117	118	118	116	116	114	111	106	105	103	100	98
7 bis 8	120	128	125	111	122	109	113	117	119	118	116	116	114	111	106	105	103	100
8 bis 9	114	120	130	125	112	123	110	113	117	119	118	117	117	114	111	107	105	103
9 bis 10	98	114	122	130	126	113	123	110	113	117	119	119	117	117	114	112	107	105
Summe 6 bis 10	460	486	486	488	470	457	462	458	467	470	470	466	458	448	437	426	414	406

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

4.6. Fellbach Nord

Natürl. Entwickl.	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	48	57	56	55	54	53	53	51	51	50	49	48	47	46	45	44	43	41
1 bis 2	45	48	57	56	55	54	53	53	51	51	50	49	48	47	46	45	44	43
2 bis 3	52	45	48	57	56	55	54	53	53	51	51	50	49	48	47	46	45	44
3 bis 4	61	52	45	48	57	56	55	54	53	53	51	51	50	49	48	47	46	45
4 bis 5	40	61	52	45	48	57	56	55	54	53	53	51	51	50	49	48	47	46
5 bis 6	76	40	61	52	45	48	57	56	55	54	53	53	51	51	50	49	48	47
Summe 2 bis 6	229	198	206	202	206	216	222	218	215	211	208	205	201	198	194	190	186	182
6 bis 7	64	76	40	61	52	45	48	57	56	55	54	53	53	51	51	50	49	48
7 bis 8	61	64	76	40	61	52	45	48	57	56	55	54	53	53	51	51	50	49
8 bis 9	67	61	64	76	40	61	52	45	48	57	56	55	54	53	53	51	51	50
9 bis 10	56	67	61	64	76	40	61	52	45	48	57	56	55	54	53	53	51	51
Summe 6 bis 10	248	268	241	241	229	198	206	202	206	216	222	218	215	211	208	205	201	198

Wohnungsbau	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	48	65	61	62	65	70	71	66	66	65	60	59	58	57	56	55	54	52
1 bis 2	45	51	65	62	62	69	74	71	67	66	66	60	59	58	57	56	55	54
2 bis 3	52	48	52	66	63	66	72	74	72	67	67	66	61	60	59	58	57	56
3 bis 4	61	55	49	52	66	67	69	73	75	72	67	67	66	61	60	59	58	57
4 bis 5	40	64	56	49	53	70	70	70	73	75	72	67	67	66	61	60	59	58
5 bis 6	76	44	65	57	50	57	74	71	70	73	75	72	68	67	66	61	60	59
Summe 2 bis 6	229	212	221	224	232	260	285	288	289	287	281	272	261	254	246	238	234	230
6 bis 7	64	80	44	66	57	55	61	75	71	71	73	75	73	68	67	67	62	61
7 bis 8	61	68	80	45	66	62	58	62	75	71	71	74	76	73	68	68	67	62
8 bis 9	67	65	68	81	46	71	65	59	62	75	71	71	74	76	73	68	68	67
9 bis 10	56	71	65	69	82	50	74	66	59	62	75	71	71	74	76	73	68	68
Summe 6 bis 10	248	283	257	260	251	237	259	261	267	279	291	291	293	290	284	276	265	258

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

4.7. Südwest/ Lindle

Natürl. Entwickl.	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	83	89	88	88	87	86	83	79	78	77	74	73	71	69	68	67	67	65
1 bis 2	99	83	89	88	88	87	86	83	79	78	77	74	73	71	69	68	67	67
2 bis 3	93	99	83	89	88	88	87	86	83	79	78	77	74	73	71	69	68	67
3 bis 4	109	93	99	83	89	88	88	87	86	83	79	78	77	74	73	71	69	68
4 bis 5	94	109	93	99	83	89	88	88	87	86	83	79	78	77	74	73	71	69
5 bis 6	88	94	109	93	99	83	89	88	88	87	86	83	79	78	77	74	73	71
Summe 2 bis 6	384	395	384	364	359	348	352	349	344	335	326	317	308	302	295	287	281	275
6 bis 7	85	88	94	109	93	99	83	89	88	88	87	86	83	79	78	77	74	73
7 bis 8	82	85	88	94	109	93	99	83	89	88	88	87	86	83	79	78	77	74
8 bis 9	116	82	85	88	94	109	93	99	83	89	88	88	87	86	83	79	78	77
9 bis 10	98	116	82	85	88	94	109	93	99	83	89	88	88	87	86	83	79	78
Summe 6 bis 10	381	371	349	376	384	395	384	364	359	348	352	349	344	335	326	317	308	302

Wohnungsbau	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	83	91	90	91	92	94	92	87	87	87	84	84	82	81	81	80	79	77
1 bis 2	99	84	91	91	91	94	96	93	88	87	87	85	84	83	81	81	81	79
2 bis 3	93	100	84	92	91	93	96	97	93	88	88	88	85	85	83	82	82	81
3 bis 4	109	94	100	85	92	93	95	96	97	94	89	89	88	86	85	84	83	82
4 bis 5	94	110	94	101	85	94	95	96	97	98	94	90	89	89	86	86	85	83
5 bis 6	88	95	110	95	101	87	96	96	96	98	99	95	90	90	89	87	87	85
Summe 2 bis 6	384	397	388	372	370	368	383	385	384	378	370	361	353	349	344	339	335	332
6 bis 7	85	89	95	111	95	103	89	97	96	97	98	99	95	91	90	90	88	87
7 bis 8	82	86	89	96	111	97	105	90	98	97	98	99	100	96	91	91	91	88
8 bis 9	116	83	86	90	96	113	99	106	91	98	98	98	99	100	97	92	92	91
9 bis 10	98	117	83	87	90	99	116	100	107	91	99	98	99	100	101	97	93	92
Summe 6 bis 10	381	373	354	383	393	413	410	393	391	383	392	394	393	387	379	370	362	358

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

4.8. Südost

Natürl. Entwickl.	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	73	75	74	72	71	70	68	67	65	64	63	61	58	57	55	54	54	52
1 bis 2	75	73	75	74	72	71	70	68	67	65	64	63	61	58	57	55	54	54
2 bis 3	78	75	73	75	74	72	71	70	68	67	65	64	63	61	58	57	55	54
3 bis 4	78	78	75	73	75	74	72	71	70	68	67	65	64	63	61	58	57	55
4 bis 5	71	78	78	75	73	75	74	72	71	70	68	67	65	64	63	61	58	57
5 bis 6	104	71	78	78	75	73	75	74	72	71	70	68	67	65	64	63	61	58
Summe 2 bis 6	331	302	304	301	297	294	292	287	281	276	270	264	259	253	246	239	231	224
6 bis 7	66	104	71	78	78	75	73	75	74	72	71	70	68	67	65	64	63	61
7 bis 8	84	66	104	71	78	78	75	73	75	74	72	71	70	68	67	65	64	63
8 bis 9	72	84	66	104	71	78	78	75	73	75	74	72	71	70	68	67	65	64
9 bis 10	81	72	84	66	104	71	78	78	75	73	75	74	72	71	70	68	67	65
Summe 6 bis 10	303	326	325	319	331	302	304	301	297	294	292	287	281	276	270	264	259	253

Wohnungsbau	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	73	76	75	74	75	74	72	71	70	69	68	66	64	63	61	61	57	55
1 bis 2	75	73	76	75	75	76	75	73	72	70	69	68	67	64	63	62	61	58
2 bis 3	78	75	74	76	76	76	76	75	73	72	70	69	69	67	64	64	62	61
3 bis 4	78	78	76	74	77	77	77	77	75	73	72	70	70	69	67	65	64	62
4 bis 5	71	78	79	76	75	78	78	77	77	76	73	72	71	70	69	67	65	64
5 bis 6	104	71	79	79	77	76	79	78	77	77	76	74	73	71	70	69	68	65
Summe 2 bis 6	331	303	306	305	305	307	309	307	302	298	292	286	282	277	271	265	258	252
6 bis 7	66	104	72	79	80	78	76	79	78	77	77	76	74	73	71	70	70	68
7 bis 8	84	66	105	72	80	81	78	77	79	79	78	78	77	74	73	71	71	70
8 bis 9	72	84	67	105	73	81	81	79	77	80	79	78	78	77	74	73	72	71
9 bis 10	81	72	85	67	106	74	81	82	79	77	80	79	78	78	77	75	74	72
Summe 6 bis 10	303	327	327	322	338	313	318	316	314	313	314	311	307	302	296	290	286	281

Bevölkerungsvorausrechnung Fellbach 2025 – Fortschreibung 2008

4.9. Fellbach Süd (Zusammenfassung Südwest/ Lindle und Südost)

Natürl. Entwickl.	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	156	167	165	165	167	169	164	159	157	155	152	150	146	144	142	141	131	127
1 bis 2	174	157	167	166	167	170	171	165	159	157	156	153	151	147	145	143	142	132
2 bis 3	171	175	158	168	168	169	172	172	166	160	158	157	154	152	148	146	143	142
3 bis 4	187	172	176	158	170	171	172	173	173	167	161	159	158	155	153	148	146	144
4 bis 5	165	188	173	176	160	172	173	173	174	174	168	162	160	159	156	153	149	147
5 bis 6	192	166	189	173	178	163	175	174	173	175	175	168	163	161	160	156	154	150
Summe 2 bis 6	715	697	688	665	656	642	644	636	625	611	596	581	567	555	541	526	512	499
6 bis 7	151	192	165	187	171	174	156	164	162	160	158	156	151	146	143	141	137	134
7 bis 8	166	151	192	165	187	171	174	156	164	162	160	158	156	151	146	143	141	137
8 bis 9	188	166	151	192	165	187	171	174	156	164	162	160	158	156	151	146	143	141
9 bis 10	179	188	166	151	192	165	187	171	174	156	164	162	160	158	156	151	146	143
Summe 6 bis 10	684	697	674	695	715	697	688	665	656	642	644	636	625	611	596	581	567	555

Wohnungsbau	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
bis 1	156	167	165	165	167	169	164	159	157	155	152	150	146	144	142	141	136	132
1 bis 2	174	157	167	166	167	170	171	165	159	157	156	153	151	147	145	143	142	137
2 bis 3	171	175	158	168	168	169	172	172	166	160	158	157	154	152	148	146	143	142
3 bis 4	187	172	176	158	170	171	172	173	173	167	161	159	158	155	153	148	146	144
4 bis 5	165	188	173	176	160	172	173	173	174	174	168	162	160	159	156	153	149	147
5 bis 6	192	166	189	173	178	163	175	174	173	175	175	168	163	161	160	156	154	150
Summe 2 bis 6	715	700	694	676	675	675	692	691	686	675	661	646	634	626	615	604	593	584
6 bis 7	151	193	167	190	175	181	166	176	175	174	175	175	169	164	162	160	157	155
7 bis 8	166	152	194	168	191	178	184	167	177	176	175	176	176	170	165	162	161	158
8 bis 9	188	167	153	195	169	194	181	185	167	178	176	176	177	177	171	165	163	162
9 bis 10	179	189	168	154	196	172	197	182	186	168	179	177	177	178	178	172	166	164
Summe 6 bis 10	684	700	681	705	732	726	727	709	705	696	706	705	700	689	675	660	648	640

Anlage 16: Interview vom 04.08.2010 mit Herrn Steiner

Niederschrift des Interviews vom 04.08.2010 mit Herrn Harald Steiner, stellvertretender Leiter des Stadtplanungsamts der Stadt Fellbach

1. Wie sieht die künftige Einwohnerentwicklung in Fellbach aus? (Gibt es Umfragen zur den Umzugsmotiven?)

Die Einwohnerzahl wird künftig sinken. Im Jahr 2008 wurde von der LBBW Immobilien KE Stuttgart eine Umfrage zu den Umzugsmotiven durchgeführt. Das Durchschnittsalter in Fellbach liegt derzeit bei 44 Jahren. Laut Vorausberechnungen wird es sich bis 2038 um 4 Jahre, also auf 48 Jahre erhöhen, falls Fellbach dem demographischen Wandel nicht entgegenwirkt. Stuttgart wird im Vergleich bis ins Jahr 2038 nur um ein Jahr auf 42 Jahren im Durchschnitt altern.

2. Vor welchen Herausforderungen steht die Wohnungsbaupolitik der Stadt Fellbach?

Die Stadt Fellbach weist einen sehr starken negativen Wanderungssaldo bei den 35- bis 40-Jährigen auf. Auch die Senioren wandern überraschenderweise verstärkt ab, obwohl es in allen Stadtteilen Pflegeeinrichtungen, betreutes Wohnen,.... gibt. Die Stadt Fellbach kann sich diese Abwanderung aber momentan noch nicht erklären.

Die hohen Baulandpreise in der Stadt Fellbach sind sehr ausschlaggebend für die starke Abwanderung (Preis ca. 450 €/qm bis 560€/qm).

Es wurden in den letzten Jahren keine neuen Baugebiete ausgewiesen. Grund: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Müssen sich deshalb Wohnformen überlegen, die innerstädtisch auch für Familien attraktiv sind.

3. Ziele der Wohnungsbaupolitik in Fellbach

- Altersstruktur so steuern, dass die gute Infrastruktur mit Kindergärten, Kindertagesstätten,.... auch in Zukunft ausgelastet werden kann.
- vor allem Familien und junge Menschen durch attraktive Wohnangebote halten und gewinnen,
- attraktive Wohnangebote in der Innenstadt für die so genannten „Rückwanderer“ anbieten

2. Wohnformen (z.B. betreutes Wohnen, Mehrgenerationenhaus,.....)

Betreutes Wohnen

3. Sehen Sie eine positive Auswirkung der Wohnungsbaupolitik auf die Einwohnerentwicklung?

Durch verstärkte Aktivitäten in der Wohnungsbaupolitik, kann einem negativen Entwicklungstrend entgegengesteuert werden.

4. Mit welchen Maßnahmen versuchen Sie Bürger zu halten/ zu gewinnen?

Baukindergeld: Die Stadt Fellbach bietet Familien mit Kindern beim Kauf oder beim Bau (bei jedem nicht nur städtische Grundstücke) einer Wohnung/eines Hauses (Alt- oder Neubau) einen Zuschuss an. Das 1. Kind wird mit 4.000 € bezuschusst und jedes weitere mit 5.000 € (bis 16 Jahre).

Passivhaus-Siedlung: ökologisches Bauen steht im Vordergrund. Verschiedene Wohnangebote von der Loftwohnung über kostengünstige Maisonettewohnungen bis hin zur großen Wohnung, Luxuswohnung.

Plus-Energie-Häuser: erweiterte Form der Passivhäuser. Für diese geplanten Häuser subventioniert die Stadt das Grundstück auf 385 €/qm.

Testentwurf für familienfreundliches Bauen in einem Teilabschnitt in den Baugebieten „Esslinger Weg“ und „Bühl“. GR-Beschluss
Drucksache Nr. 055/2010

In Planung:

Um gegen die Abwanderung und den demografischen Wandel entgegenzuwirken, wurden verwaltungsinterne Arbeitsgruppen gebildet, die Maßnahmen entwickeln sollen.

Grundstücke im Erbbaurecht anbieten, um für Familien finanzielle Belastung gering zu halten

Mehr Engagement im Mietwohnungsbau → Bauträger werden gesucht, die die Mietshäuser erstellen

Angebote für Baugemeinschaften schaffen und diese unterstützen.

Wettbewerb über familienfreundliches Wohnen für Investoren und Architekten ausschreiben.

5. Was für Instrumente/Förderprogramme bietet die Stadt selbst im Bereich „Wohnen“ an?

Baukindergeld

Wettbewerbe. Die Wettbewerbsergebnisse werden im Bebauungsplan umgesetzt.

6. Welche Zielgruppen werden verstärkt angesprochen? (z.B. junge und gut ausgebildete Familien,...)

Familien und junge Menschen, aber auch die älteren Menschen

7. Werden z.B. junge ansässige Familien bei kommunalen Angeboten zum Neu- und Umbau bzw. Erwerb von Wohnraum vorrangig berücksichtigt?

Bei den Passivhäusern wurden bevorzugt ortsansässige berücksichtigt.

Beim Neubaugebiet „Grundzweien“ in Öffingen hat die Stadt an den Meistbietenden verkauft.

8. Sonstiges

Innenstadt familienfreundlicher gestalten: Das Wohnumfeld ist ungeeignet für Familien mit Kindern und die Preise zu hoch. Es gibt keine „Spielflächen“ für Kinder. Die Innenstadt wurde nicht gezielt für Familien sondern für die „Rückwanderer“ geplant. Versuchen aber künftig die Innenstadt familienfreundlicher zu gestalten.

Die wohnungspolitischen Tätigkeiten bis ins Jahr 2008 wurden im Stadtentwicklungsbericht 2008 dokumentiert, der eine kurze Vorausschau für die nächsten Jahren erhält.

Im Jahr 2011 wird mit der Entwicklung eines Stadtentwicklungskonzeptes begonnen.



Beschlussvorlage

Nr. 055/2010

Federführung	Dezernat III Stadtplanungsamt/Harald Steiner
---------------------	---

AZ./Datum:	61St/Sc/30.10.2009		
Gremium	Behandlung	Sitzungsart	Sitzungsdatum
Bauausschuss	zur Vorberatung	nicht öffentlich	29.04.2010
Gemeinderat	zur Beschlussfassung	öffentlich	11.05.2010

**Wohnungsentwicklung in Fellbach
hier: Bericht 2009**

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat beschließt:

1. Am Ziel „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ wird festgehalten.
2. Zur Deckung des Wohnungsbedarfs in Abstimmung mit der angestrebten Einwohnerentwicklung werden weiterhin vorrangig die Flächenpotentiale innerhalb der Siedlungsbereiche genutzt.
3. Für speziell familien- und kinderfreundliche Wohnformen sollen Beispiele entwickelt werden, für deren Realisierung geeignete Teilflächen der großen Wohnbau-Flächenreserven „Esslinger Weg“ und „Bühl“ bereit gestellt werden.

Sachverhalt/Antragsbegründung:

Vor etwas mehr als fünf Jahren wurde auf der Grundlage eines Berichtes über die Einwohner- und Wohnungsbauentwicklung im Zeitraum konkret bis 2007 und überschlägig für den nachfolgenden Zeitraum bis etwa 2015 beschlossen, verstärkt die Flächenpotentiale innerhalb der Siedlungsbereiche zu nutzen und von den neuen Wohngebieten des Flächennutzungsplans 2015 (FNP) nur die kleineren Gebiete Langes Tal (östlicher Abschnitt) und Reiterwegle in Oeffingen sowie Kühgärten in Alt-Fellbach zu entwickeln. Auf die Vorlage 25/ 04 vom 19.03.2004 wird verwiesen.

Zur „Halbzeit“ des Planungszeitraums des FNP und wegen der aktuell anstehenden Fertigstellung innerstädtischer größerer Wohnungsbauvorhaben ist eine Fortschreibung des damaligen Berichtes angebracht. Entscheidungen über die Wohnungsbauentwicklung sollen dadurch vorbereitet und erleichtert werden. Besonders interessieren die Fragen, ob mittelfristig die großen Flächenreserven des FNP in Anspruch genommen werden müssen und ob die Wohnungsentwicklung hinsichtlich ihrer Zielgruppenorientierung modifiziert werden sollte.

Bisherige Entwicklung

In der Dekade 1999 bis 2008 ist die Einwohnerzahl in Fellbach von 42.067 um 1.430 = 3,4% auf 43.497 Einwohner gestiegen. Gleichzeitig nahm die Zahl der Wohnungen von 20.621 um 1.345 = 6,5% auf 21.966 zu. In jedem Jahr sind somit durchschnittlich 143 Einwohner und 135 Wohnungen hinzu gekommen. Ein weiterer Zuwachs von 220 Einwohnern war 2009 zu verzeichnen.

Die Zahl der jährlich neu gebauten Wohnungen liegt zwar unter dem im Jahre 2004 für notwendig gehaltenen Neubaubedarf von 175 bis 180 Wohneinheiten pro Jahr. Der Wert entspricht aber dem, den die Kommunalentwicklung Südwest (KE) im Jahr 2008 ihrer Bevölkerungsvorausrechnung mit einer Bevölkerungszahl von maximal 45.385 Einwohnern im Jahre 2014 und 44.337 Einwohnern im Jahre 2025 zugrunde legt. Auf dieser Grundlage wird von der KE unter anderem der Bedarf an Kindertageseinrichtungen und Schulen und deren Auslastung prognostiziert. Die KE schreibt im 2-Jahre-Turnus die Bevölkerungs-Vorausrechnung fort. Die vorläufigen Ergebnisse der aktuellen Vorausrechnung 2010 werden in dieser Vorlage bereits berücksichtigt. Gegenüber der Vorausrechnung 2008 ergibt sich nunmehr für die Einwohnerzahl ein Spitzenwert von 44923 erst im Jahre 2020 und ein Rückgang auf 44283 Einwohner im Jahr 2025.

Auch im Stadtentwicklungsbericht 2008 wurde gegenüber früheren Vorausrechnungen ein Rückgang des Wohnungsbedarfs von 150WE/Jahr auf 100WE/Jahr angenommen. Zu beachten ist der hohe Anteil der Neubauwohnungen, der durch die Nachverdichtung innerhalb der bestehenden Siedlungsflächen entstanden ist und der es der Stadt bisher erspart hat, die großen Neubaulflächen des FNP in Anspruch zu nehmen.

Neubauwohnungen 1999 - 2008

	in Neubaugebieten	durch Nachverdichtung	insgesamt
Alt-Fellbach	+ 164 (29%)	+ 403 (71%)	+ 567 (100%)
Schmiden	+ 166 (32%)	+ 355 (68%)	+ 521 (100%)
Oeffingen	+ 232* (90%)	+ 25 (10%)	+ 257 (100%)
Summe	+ 562 (42%)	+ 783 (58%)	+1.345 (100%)

* vor allem Grund II (1999-2000)

Im Vergleich zum Untersuchungszeitraum 1994-2003, welcher dem Wohnungsentwicklungsbericht 2004 zugrunde lag, sind im Untersuchungszeitraum 1999 bis 2008 bemerkenswerte Unterschiede feststellbar:

	1994-2003 Zu-/Abnahme der Einwohner		1999-2008 Zu-/ Abnahme der Einwohner	
	absolut	in%	absolut	in%
Alt-Fellbach	-447	-1,8	+554	+2,3
Schmiden	+470	+4,2	+755	+6,6
Oeffingen	+491	+7,4	+121	+1,8
Gesamt	+514	+1,2	+1.430	+3,4

	1994-2003 Zunahme der Wohnungen		1999-2008 Zunahme der Wohnungen	
	absolut	in %	absolut	in %
Alt-Fellbach	+764	+6,6	+567	+4,7
Schmiden	+736	+14,4	+521	+9,2
Oeffingen	+429	+14,9	+257	+7,75
Gesamt	+1.929	+9,9	+1.345	+6,2

Der Zuwachs von 1.929 Wohneinheiten von 1994-2003 hat nur eine geringfügige Einwohnerzunahme von 514 Einwohnern bewirkt. Dem steht mit 1.430 Einwohnern ein nahezu drei mal so hoher Zuwachs von 1999-2008 in nur 1.345 zusätzlichen Wohnungen gegenüber. Die Belegungsdichte, d.h. die Zahl der Bewohner je Wohnung hat demnach von 2,04 auf 1,98 nur leicht abgenommen gegenüber einem starken Rückgang von 2,17 auf 2,01 in der vorhergehenden Dekade.

Zukünftige Entwicklung

Ausgehend von einem Einwohnerstand von 43.505 Einwohnern 2008 hat die KE zwei Szenarien für die Bevölkerungsentwicklung bis 2025 durchgerechnet.

1. natürliche Entwicklung der Ausgangsbevölkerung 2008 entsprechend der Altersstruktur, der Geburtenhäufigkeit und der Sterbetafel
2. natürliche Entwicklung (wie 1.) zuzüglich Wanderungsgewinnen in Abhängigkeit von der Bautätigkeit

In Szenario 1 sinkt die Einwohnerzahl leicht von ca. 43.500 Einwohnern auf 43.428 im Jahr 2015 und dann stärker auf 41.535 Einwohner 2025. Im Szenario 2 wird unter der Annahme einer Bautätigkeit von etwa 120 WE/Jahr ein Spitzenwert von 45.380 Einwohnern im Jahr 2014 erreicht. Danach sinkt die Einwohnerzahl auf 44.340 Einwohner 2025. Das sind für das Jahr 2014 etwa 1900 Einwohner bzw. für 2025 etwa 2810 Einwohner mehr als nach Szenario 1 und im Vergleich zu den Vorausrechnungen der Einwohnerzahl für das Jahr 2015 im FNP etwa gleich viele Einwohner (Szenario 1) bzw. 1900 Einwohner mehr (Szenario 2). In nachfolgender Tabelle sind auch die vorläufigen Zahlen der im Entwurf vorliegenden Vorausrechnung 2010 der KE aufgeführt.

Vorausrechnung der Einwohner

	Kommunalentwicklung Südwest KE						Flächennutzungsplan	
	Bestand 2008	2015	2025	Bestand 2010	2015	2025	Bestand 2000	2015
Szenario 1	43.505	43.428	41.531	43.707	43.774	42.363		
Szenario 2	43.505	45.385	44.337	43.707	44.824	44.283	42.822	43.496

Im Stadtgebiet werden bis Ende 2011 etwa 291 in Bau oder in konkreter Planung befindliche Wohnungen fertig gestellt. Für die Zeit von 2011 bis 2015 kann entsprechend der vorliegenden Pläne mit weiteren 560 Neubauwohnungen gerechnet werden. Danach, das heißt von 2015 bis 2025, stehen entsprechend den derzeitigen Überlegungen noch die Gebiete Reiterwegle, Freibadgelände und Hallenbad mit geschätzten 470 Wohnungen in Aussicht. Neben den benennbaren Wohnungsbaumaßnahmen können voraussichtlich durch kleinere Vorhaben jährlich zusätzlich 35-40 Wohnungen neu gebaut werden. Die Projekte sind im Einzelnen in der Anlage 1 zusammen gestellt.

	Konkret benennbare Planungen, WE	zusätzliche Projekte 35 WE/Jahr	Gesamt (gerundet)
bis 2011	291	105	395
2011-2015	559	140	700
2015-2025	470	350	820
2008-2025	1320	595	1915

Einer nach Szenario 2 berechneten Einwohnerzahl vom 45.385 im Jahre 2015 bzw. 44.337 im Jahre 2025 stehen dann 23.060 bzw. 23.880 Wohnungen zur Verfügung, was einen Rückgang der Belegungsdichte auf 1,97 im Jahr 2015 und sogar auf 1,85 Einwohner/ WE im Jahre 2025 bedeuten würde. Demzufolge kann das absehbare Wohnungsbaupotential aus heutiger Sicht als ausreichend angesehen werden, zumal die aktuelle Vorausrechnung 2010 geringfügig die im Jahre 2008 errechneten Werte unterschreitet.

Im Jahr 2015 steht die Fortschreibung des Flächennutzungsplans an, bei der die Einwohner- und Wohnungsbauentwicklung erneut zu erörtern ist. Unter der Prämisse, dass die Entwicklung größerer Neubaugebiete einen Planungs- und Verfahrensvorlauf von 5 bis 7 Jahren benötigt, wird für die Realisierung der großen Wohnbauflächen-Reserven des FNP in den Gebieten Esslinger Weg in Schmiden und Bühl in Alt-Fellbach nach dem Jahr 2025 eine Entscheidung voraussichtlich erst im Jahr 2018 notwendig.

Der westlich der Bühlstraße gelegene Teil des geplanten Wohngebiets Bühl kann bei Bedarf vorab in Anspruch genommen werden, wenn vorsorglich der südliche Teil dieser Fläche für eine etwaige Erschließung des östlich der Bühlstraße gelegenen Teils des Baugebiets frei gehalten wird. Etwa 0,58 ha Wohnbauflächen stünden dann dort zur Verfügung (Anlage 4). Auch der südöstliche Teil des Wohngebiets Esslinger Weg im Eckbereich Siemens-/ Fellbacher Straße mit etwa 1,8 ha könnte vorab, möglicherweise kurzfristig durch einen Bebauungsplan der Innenentwicklung, zu einem Wohn- und Mischgebiet entwickelt werden (Anlage 5).

Zielgruppenorientierte Wohnungsbauentwicklung bis 2025

Neben der rein numerischen Betrachtung des Wohnungsbedarfs ist eine inhaltliche Erörterung der Wohnungsentwicklung erforderlich: Welche Bevölkerungsgruppen (Alter, Haushaltsstruktur, Soziale Ansprüche etc.) sollen verstärkt angesprochen werden? Welche Bauformen sind geeignet? In welchem Verfahren lassen sich möglicherweise gegenüber heutigen Ansprüchen veränderte Ziele verwirklichen?

Dass eine solche Diskussion sinnvoll und notwendig ist, zeigt der Vergleich der Bevölkerungsvorausrechnungen der KE von 2006, 2008 und 2010:

Im Jahre 2006 wurde die Zahl der Kinder unter zehn Jahren für das Jahr 2008 mit 4.253 und für das Jahr 2025 mit 3.931 vorausgesagt. Tatsächlich lag die Zahl der unter 10-Jährigen im Jahr 2008 bei nur 4.106 (also um 147 unter der Vorausrechnung 2006) und in der Vorausrechnung bis 2025 bei nur 3.602 (329 unter der Vorausrechnung 2006). Dieser Trend wird aktuell durch die KE bestätigt. Für 2025 ist gegenüber den bisherigen Vorausrechnungen nur noch mit 3540 Kindern unter 10 Jahren zu rechnen, also noch einmal 60 weniger als in der Vorausrechnung 2008. Diese Entwicklung rührt nach den Analysen der KE daher, dass Fellbach bei den sogenannten „Familien-Wanderern“, das heißt der Altersgruppe der 30 bis 45-jährigen mit ihren Kindern einen negativen Wanderungssaldo verbucht. Es ziehen mehr Familien weg als zu. Die Familienförderung im Wohnungsbau kann diesen Trend nicht umkehren, wohl aber abmildern. Mehr als 60% der geförderten Familien waren bereits Fellbacher Einwohner. Der demographische Wandel ist nicht aufzuhalten. Ebenso sind städtische Maßnahmen alleine nicht ausreichend, um den Immobilienmarkt in Fellbach nachhaltig zu beeinflussen. Ohne Gegensteuerung ist jedoch zu erwarten, dass das Durchschnittsalter der Fellbacher Bevölkerung von derzeit 44,1 Jahren auf 48,8 Jahre steigt. Daher wollen wir nichts Sinnvolles unversucht lassen.

Aus einer Untersuchung der KE 2008 geht hervor, dass das Hauptargument der weggezogenen Familien das hohe Preisniveau auf dem Immobilienmarkt in Fellbach ist.

Bemängelt werden insbesondere:

- Das unzureichende Angebot an familiengerechten Miet- und Eigentumswohnungen und deren Preisniveau.
- Ein Mangel an Ein- und Zweifamilienhäusern und Wohnungen mit Garten, gerade auch in besseren Lagen.

Dem soll durch speziell familienfreundliche Bauformen entgegen gewirkt werden. Sollten die mittel- und langfristig anstehenden Wohnungsprojekte (Anlage 1) dafür nicht ausreichen, ist über die Reihenfolge dieser Projekte und die Inanspruchnahme der oben genannten Flächen der Baugebiete Esslinger Weg und Brühl neu nachzudenken. Mit entscheidend für die weiteren Planungen wird dabei die Entwicklung der Mobilitätskosten sein.

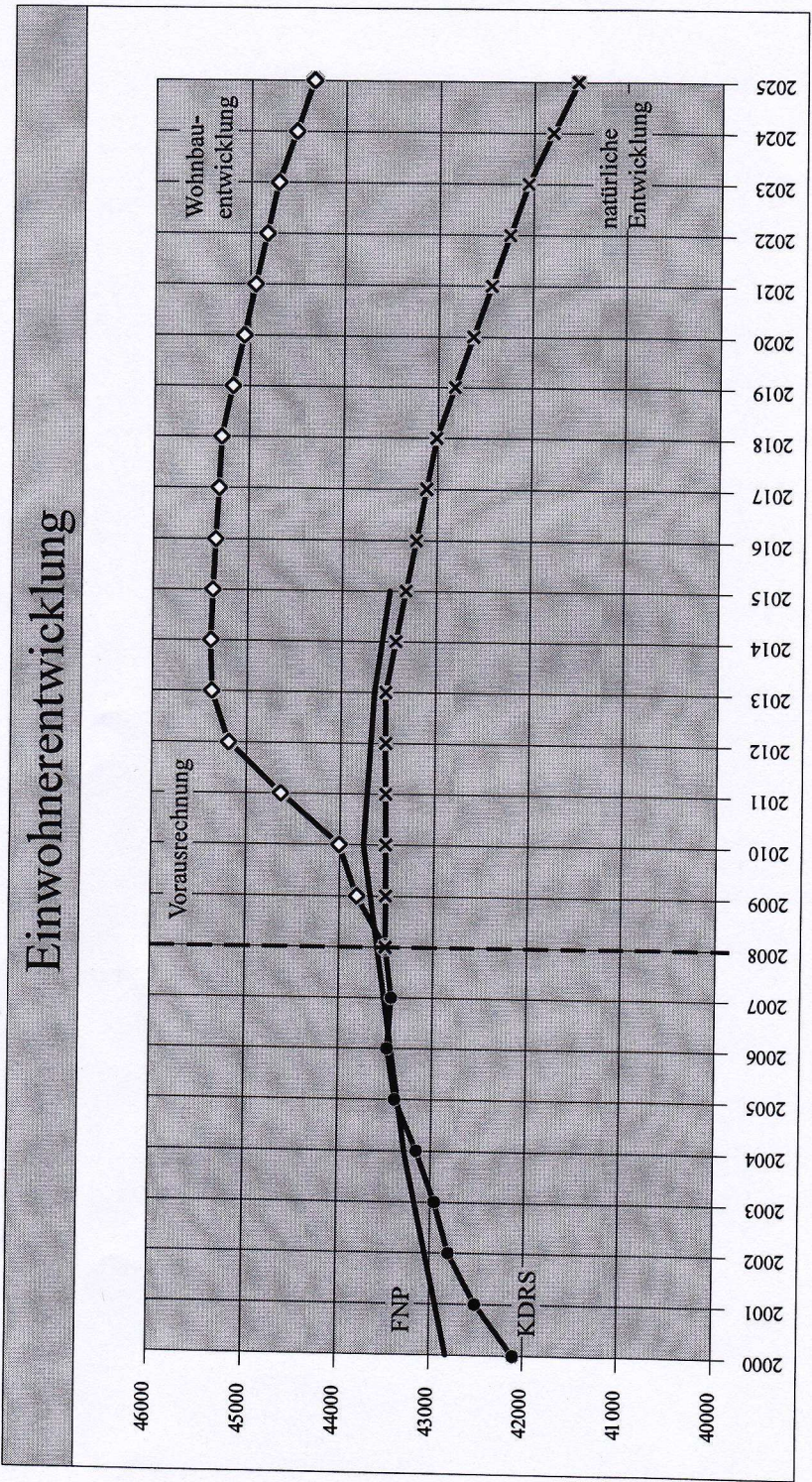
Beatrice Soltys
Bürgermeisterin

Christoph Palm MdL
Oberbürgermeister

Anlagen: 1 bis 5

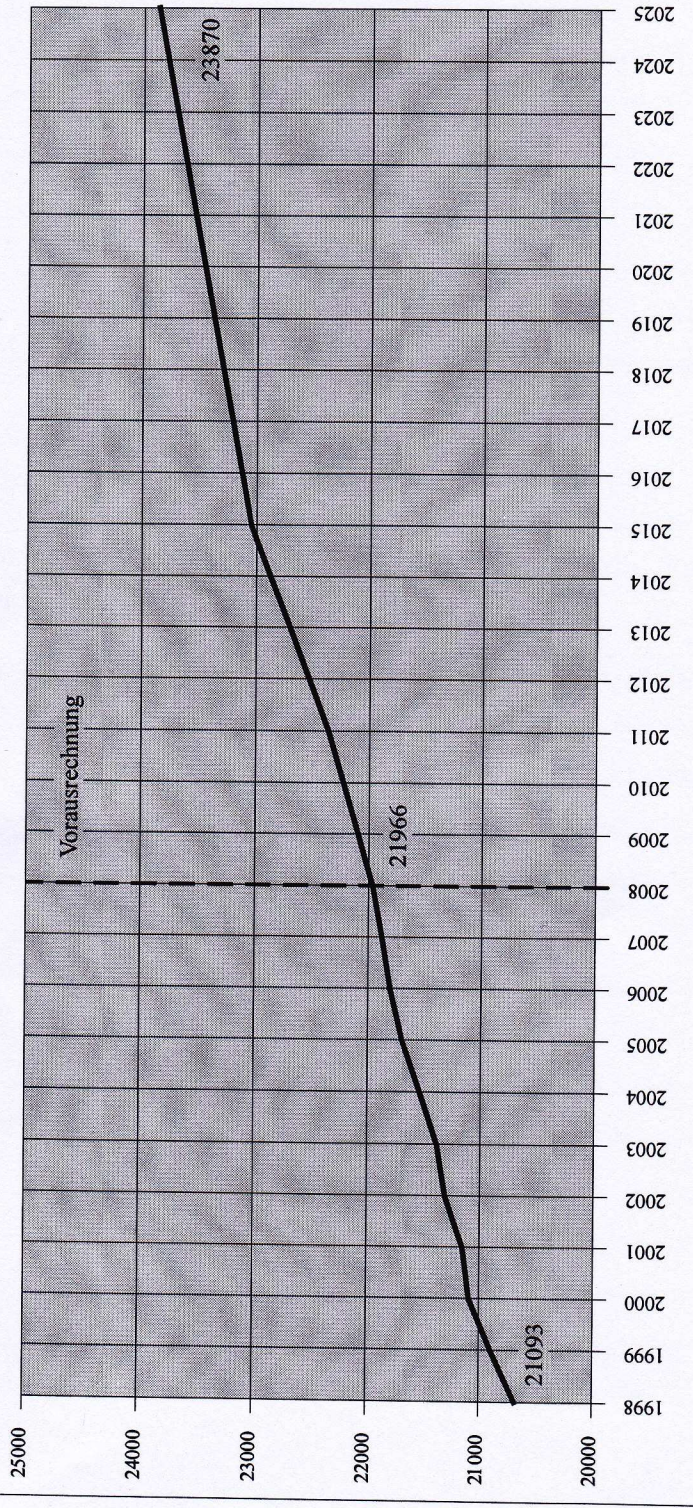
Wohnungsbauprojekte mit Wohneinheiten

bis 2011	WE	2011-2015	WE	2015-2025	WE
Eisenbahnstraße	73	Fellbacher Straße	24	Reiterwegle	200
Sanierungsgebiet A	29	Karolinger-/ Fellbacher Straße	15	Hallen-/Freibad	270
Hölderlincarre	47	Blumenstraße	6	insgesamt	470
Pestalozzistraße	44	Halden III	23	zuzüglich sonstige 35 WE/Jahr	350
Sanierungsgebiet C	53	Langes Tal	130		820
Rommelshauer Straße	12	Grund II (Reste)	45		
Auberlenstraße	8	Sanierungsgebiet B	16		
Parlerstraße	7	Bahnhofstraße	18		
Mittlere Gartenäcker	18	Vordere Straße	20		
insgesamt	291	Untertürkheimer Straße	22		
zuzüglich sonstige 35 WE/Jahr	105	Kühegärten	60		
	390	Fromm-Gelände	180		
		insgesamt	559		
		zuzüglich sonstige 35 WE/Jahr	140		
			700		

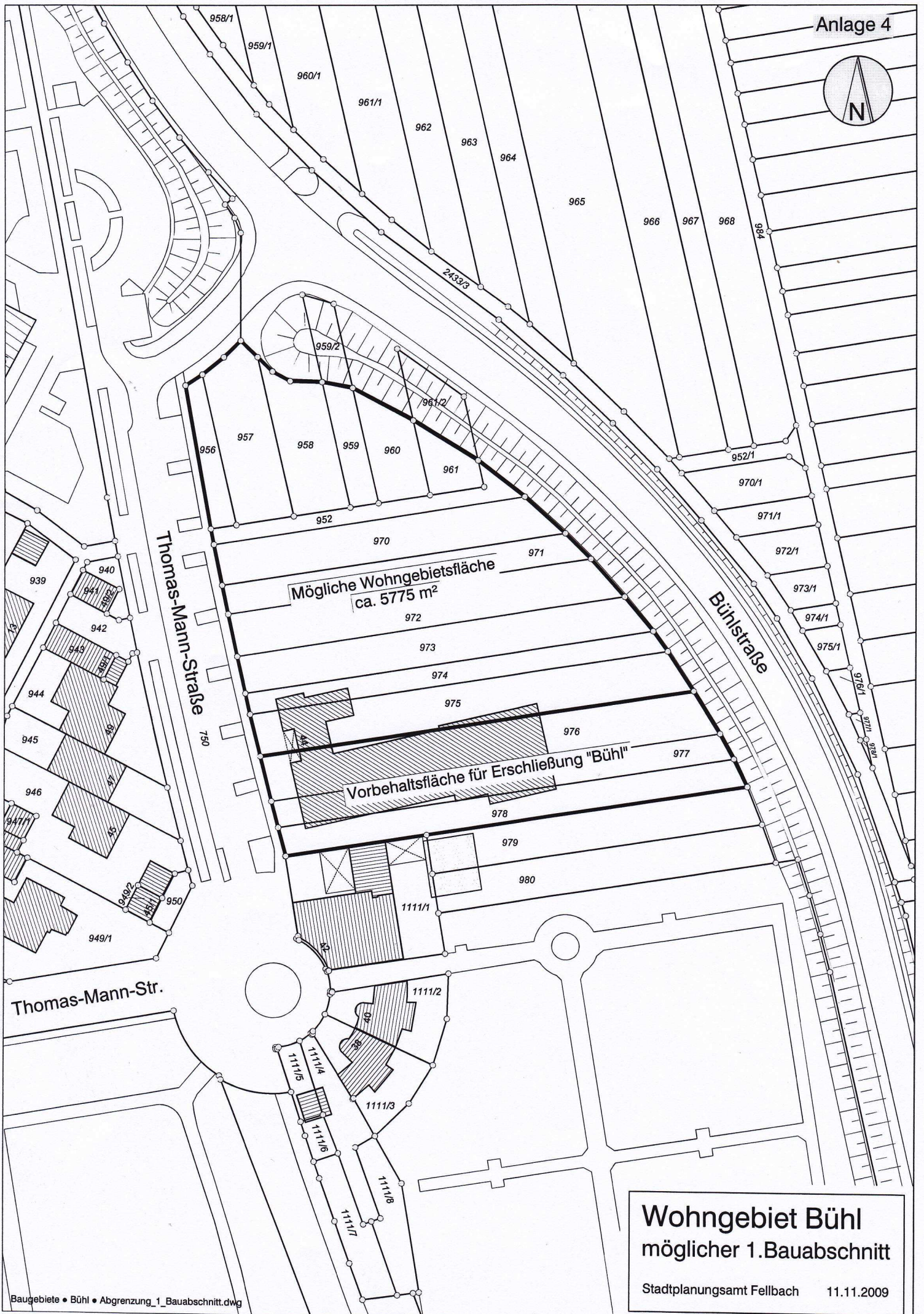
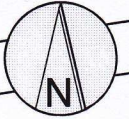


- FNP Vorausrechnung auf der Basis 2000 nach Einwohnerzahlen des Statistischen Landesamtes
- Entwicklung 2000-2008 nach Zahlen des KDRS (Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart)
- Vorausrechnung durch KE entsprechend der möglichen Wohnungsentwicklung
- Vorausrechnung durch KE entsprechend der natürlichen Bevölkerungsentwicklung

Wohnungsentwicklung



Zahl der Wohnungen
1998 - 2008 real (Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt Fellbach)
2008 - 2025 Vorausrechnung (Stadtplanungsamt Fellbach)



Mögliche Wohngebietsfläche
ca. 5775 m²

Vorbehaltsfläche für Erschließung "Bühl"

Wohngebiet Bühl
möglicher 1. Bauabschnitt

Stadtplanungsamt Fellbach 11.11.2009



Mögliche Wohn- und Mischgebietsfläche
ca. 1,8 ha

Wohngelbiet Esslinger Weg möglicher 1. Bauabschnitt

Stadtplanungsamt Fellbach 11.11.2009

Anlage 18: Strukturdaten Stadt Ludwigsburg

Strukturdaten Stadt Fellbach

Quellennachweis:

Amt für Statistik der Stadt Ludwigsburg, Frau Beate Weiser, Stand: 25.08.2010.

Geographische Angaben

	A	B	C	D	E	F	G
1							
2							
3							
4							
5				Stadt Ludwigsburg			
6							
7				Geographische Angaben			
8							
9				Lage, Ortszeit und Stadtfläche			
10							
11							
12							
13	Geographische Lage:			Mittelpunkt des Marktplatzes (Brunnen)			
14				48° 53' 54" nördliche Breite			
15				9° 11' 34" östliche Länge (von Greenwich)			
16							
17							
18	Ortszeit			Die Ludwigsburger Ortszeit bleibt gegen die			
19				mitteleuropäische Zeit um			
20				23 Minuten und			
21				14 Sekunden zurück.			
22							
23	Höchster Punkt:			Der Lemberg im Stadtteil Poppenweiler			
24				365,1 m ü. NN			
25							
26							
27	Niedrigster Punkt:			Der Neckar (Wasserspiegel) in Hoheneck			
28				196,2 m ü. NN			
29							
30							
31	Markanter Punkt:			Marktplatz			

Gesamtbevölkerung

Stadtteile	Wohnbevölkerung			Geburten			Sterbefälle			Natürliche Bilanz			Zuzüge + Umzüge			Wegzüge + Umzüge			Wanderungs- bilanz			entwicklung insgesamt			Wohnbevölkerung am 31.12.2009		
	am 31.12.2008																					am 31.12.2009					
	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.
Mitte 1	4.913	5.217	10.130	56	56	112	64	140	204	-8	-84	-92	1.034	1.023	2.057	1.021	975	1.996	13	48	61	5	-36	-31	4.918	5.181	10.099
West 2	5.437	5.353	10.790	58	58	116	36	37	73	22	21	43	660	674	1.334	696	629	1.325	-36	45	9	-14	66	52	5.423	5.419	10.842
Nord 3	1.450	1.514	2.964	11	14	25	2	12	14	9	2	11	176	190	366	194	176	370	-18	14	-4	-9	16	7	1.441	1.530	2.971
Ost 4	6.785	7.728	14.513	67	84	151	83	74	157	-16	10	-6	859	853	1.712	820	811	1.631	39	42	81	23	52	75	6.808	7.780	14.588
Süd 5	2.294	2.419	4.713	22	24	46	45	63	108	-23	-39	-62	388	393	781	322	339	661	66	54	120	43	15	58	2.337	2.434	4.771
Hauptort insgesamt	20.879	22.231	43.110	214	236	450	230	326	556	-16	-90	-106	3.117	3.133	6.250	3.053	2.930	5.983	64	203	267	48	113	161	20.927	22.344	43.271
Pflugfelden 6	1.952	2.022	3.974	27	21	48	9	11	20	18	10	28	221	210	431	231	219	450	-10	-9	-19	8	1	9	1.960	2.023	3.983
Eglosheim 7	5.674	6.197	11.871	50	51	101	41	38	79	9	13	22	731	880	1.611	757	916	1.673	-26	-36	-62	-17	-23	-40	5.657	6.174	11.831
Hoheneck 8	2.319	2.532	4.851	10	23	33	29	13	42	-19	10	-9	236	221	457	223	256	479	13	-35	-22	-6	-25	-31	2.313	2.507	4.820
Oßweil 9	4.152	4.454	8.606	41	43	84	35	22	57	6	21	27	421	436	857	423	424	847	-2	12	10	4	33	37	4.156	4.487	8.643
Grünbühl 10	1.163	1.215	2.378	6	6	12	17	13	30	-11	-7	-18	145	110	255	131	132	263	14	-22	-8	3	-29	-26	1.166	1.186	2.352
Neckarweihingen	2.984	3.322	6.306	31	19	50	34	17	51	-3	2	-1	288	313	601	302	325	627	-14	-12	-26	-17	-10	-27	2.967	3.312	6.279
Poppenweiler	2.055	2.073	4.128	24	21	45	19	12	31	5	9	14	252	262	514	185	195	380	67	67	134	72	76	148	2.127	2.149	4.276
Außenstadtteile insges.	20.299	21.815	42.114	189	184	373	184	126	310	5	58	63	2.294	2.432	4.726	2.252	2.467	4.719	42	-35	7	47	23	70	20.346	21.838	42.184
Gesamtstadt	41.178	44.046	85.224	403	420	823	414	452	866	-11	-32	-43	5.411	5.565	10.976	5.305	5.397	10.702	106	168	274	95	136	231	41.273	44.182	85.455

Ausländer

Stadtteile	Wohnbevölkerung am 31.12.2009		
	m	w	zus.
Mitte 1	1.506	1.412	2.918
West 2	1.288	1.047	2.335
Nord 3	248	237	485
Ost 4	1.234	1.250	2.484
Süd 5	456	406	862
Hauptort insgesamt	4.732	4.352	9.084
	0	0	0
Pflugfelden 6	268	267	535
Eglosheim 7	1.349	1.356	2.705
Hoheneck 8	248	268	516
Oßweil 9	438	441	879
Grünbühl 10	378	274	652
Neckarweih- ingen 11	359	376	735
Poppen- weiler 12	185	183	368
Außenstadt- teile insges.	3.225	3.165	6.390
Gesamtstadt	7.957	7.517	15.474

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Personen in Ludwigsburg und Einpendler

Personengruppe	30.06.2000		30.06.2002		30.06.2003		30.06.2004		30.06.2005		30.06.2006		30.06.2007		30.06.2008		30.06.2009	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Beschäftigte insgesamt	42.708	100,0	43.352	100,0	42.728	100,0	42.292	100,0	42.026	100,0	42.389	100,0	42.388	100,0	42.876	100,0	42.274	100,0
davon																		
Männer	21.797	51,0	21.741	50,1	21.248	49,7	21.032	49,7	20.363	48,5	20.535	48,4	20.704	48,8	20.776	48,5	19.965	47,2
Frauen	20.911	49,0	21.611	49,9	21.480	50,3	21.260	50,3	21.663	51,4	21.854	51,6	21.684	51,2	22.100	51,5	22.309	52,8
Arbeiter	14.302	33,5	13.700	31,6	13.081	30,6	12.887	30,5
Angestellte	28.406	66,5	29.652	68,4	29.647	69,4	29.405	69,5
Deutsche	36.288	85,0	37.208	85,8	36.914	86,4	36.651	86,7	36.550	87,0	36.836	86,9	36.632	86,4	37.015	86,3	36.618	86,6
Ausländer	6.420	15,0	6.144	14,2	5.814	13,6	5.651	13,4	5.450	13,0	5.553	13,1	5.743	13,5	5.848	13,6	5.644	13,4
Besch. unter 20 J	1.658	3,9	1.593	3,7	1.402	3,3	1.429	3,4	1.441	3,4	1.309	3,1
20 J - unter 25 J	4.328	10,1	4.589	11	4.330	10,2	4.280	10,1	4.356	10,2	4.177	9,9
55 J und älter	5.312	12,4	4.986	12	5.467	12,9	5.448	12,9	5.646	13,2	5.740	13,6
Einpendler insgesamt	29.017	67,9	30.052	69,3	29.980	70,2	29.812	70,5	29.905	71,2	30.411	71,7	30.584	72,2	31.231	72,8	30.949	73,2
davon																		
Männer	15.517	53,5	15.717	52,3	15.480	51,7	15.427	51,7	.	.	15.281	50,2	.	.	15.655	50,1	15.104	48,8
Frauen	13.500	46,5	14.335	47,7	14.475	48,3	14.385	48,3	.	.	15.130	49,8	.	.	15.576	49,9	15.845	51,2
Wohn- und Arbeitsort gleich	13.691	32,1	13.300	30,7	12.748	29,8	12.480	29,5	12.121	28,8	11.978	28,3	11.804	27,8	11.645	27,2	.	.
Betriebe insgesamt	2.471	-	2.474	-	2.457	-	.	-	.	-	2.413	-	.	-	.	-	2.459	-

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einwohner in Ludwigsburg und Auspendler

Personengruppe	30.06.2000		30.06.2002		30.06.2003		30.06.2004		30.06.2005		30.06.2006		30.06.2007		30.06.2008		30.06.2009	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Beschäftigte insgesamt	31.912	100,0	32.002	100,0	31.232	100,0	30.802	100,0	30.496	100,0	30.540	100,0	30.829	100,0	31.214	100,0	30.757	100,0
davon																		
Männer	17.745	55,6	17.755	55,5	17.302	55,4	17.056	55,4	16.825	55,2	16.832	55,1	16.991	55,1	17.214	55,1	16.747	54,4
Frauen	14.167	44,4	14.247	44,5	13.930	44,6	13.746	44,6	13.671	44,8	13.708	44,9	13.838	44,9	14.000	44,9	14.010	45,6
Arbeiter	13.105	41,1	12.797	40,0	12.365	40,0	12.104	39,3
Angestellte	18.807	58,9	19.705	60,0	18.867	60,4	18.698	60,7
Deutsche	25.317	79,3	25.416	79,4	24.937	79,8	24.697	80,2	24.542	80,5	24.625	80,6	24.865	80,6	25.176	80,7	24.964	81,2
Ausländer	6.595	20,7	6.586	20,6	6.295	20,2	6.105	19,8	5.954	19,5	5.915	19,4	5.951	19,3	6.038	19,3	5.793	18,8
Besch. unter 20 J	1.014	3,2	903	2,8	846	2,7	820	2,7	802	2,6	775	2,5	772	2,5	814	2,6	769	2,5
20 J - unter 25 J	2.916	9,1	3.018	9,4	2.868	9,2	2.840	9,2	2.764	9,1	2.703	8,8	2.744	8,9	2.691	8,62	2.597	8,44
55 J und älter	3.947	12,4	3.829	12,0	2.873	12,4	3.962	13,0	3.908	12,7
Auspendler insgesamt	18.221	57,1	18.702	58,4	18.484	59,2	18.337	59,5	18.375	60,3	18.562	60,8	19.025	61,7	19.569	62,7	19.432	63,2
davon																		
Männer	11.465	62,9	11.731	62,7	11.545	62,5	11.457	62,5	.	.	11.578	62,4	.	.	12.093	61,8	11.886	61,2
Frauen	6.756	37,1	6.971	37,3	6.939	37,5	6.880	37,5	.	.	6.984	37,6	.	.	7.476	38,2	7.546	38,8
Wohn- und Arbeitsort gleich	13.691	42,9	13.300	41,6	12.748	40,8	12.465	40,5	12.121	39,8	11.978	39,2	11.804	38,3	11.645	37,3	.	.

Arbeitslos gemeldete Personen

Jahre	Arbeitslose insgesamt	davon								darunter		Arbeitslosenquote	Empfänger von Alg*, Alhi* und Egg*	Empfänger von Uhg*/Egg* Fortbildung und Umschulung	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
		Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	Arbeiter	Angestellte	Vollzeit	Teilzeit	Langzeit Arbeitslose (über 1 Jahr)	Arbeitslose unter 25 Jahre				in der Stadt Ludwigsburg	Ludwigsburger Einwohner
1992	1.790	973	817	1.300	490	1.184	606	1.636	154	381	217	5,1	1.148	228	43.439	34.644
1993	2.780	1.627	1.153	1.925	855	1.877	903	2.566	214	558	370	7,6	2.112	208	42.453	33.468
1994	3.269	1.958	1.311	2.168	1.101	2.166	1.103	3.017	252	921	402	9,0	2.394	201	41.818	32.742
1995	3.154	1.811	1.343	2.072	1.082	2.037	1.117	2.880	274	976	368	8,8	2.365	229	42.520	32.107
1996	3.295	1.912	1.383	2.137	1.158	2.173	1.122	2.994	301	1.050	359	9,3	2.360	256	41.099	31.264
1997	3.451	2.009	1.442	2.192	1.259	2.245	1.206	3.126	325	1.138	391	10,0	2.466	211	41.115	30.681
1998	3.356	1.921	1.435	2.135	1.221	2.234	1.122	3.020	336	1.252	353	9,5	.	.	41.678	30.944
1999	2.999	1.643	1.356	1.961	1.038	1.937	1.062	2.681	318	1.110	270	8,7	.	.	41.987	31.374
2000	2.496	1.393	1.103	1.636	860	1.619	877	2.232	264	857	253	7,3	.	.	42.708	31.912
2001	2.098	1.154	944	1.364	734	1.342	756	1.856	242	556	257	6,1	1.824	206	43.154	32.136
2002	2.380	1.405	975	1.538	842	1.606	974	2.131	248	447	329	7,0	2.323	201	43.352	32.002
2003	3.011	1.756	1.255	2.032	979	1.872	1.139	2.727	284	632	332	8,6	2.948	114	42.728	31.232
2004	2.854	1.587	1.267	1.902	952	1.733	1.121	2.544	310	738	275	8,4	3.224	194	42.292	30.802
2005	3.241	1.810	1.431	2.124	1.117	2.122	1.119	2.775	466	956	362	9,5	.	.	42.026	30.496
2006	2.928	1.526	1.402	1.947	975	.	.	2.416	512	966	355	8,8	.	.	42.389	30.540
2007	2.446	1.213	1.233	1.628	816	.	.	1.800	446	755	274	7,3	.	.	42.388	30.829
2008	2.159	1.053	1.106	1.403	752	.	.	1.484	405	595	221	6,5	.	.	42.876	31.214
2009	3.180	1.802	1.378	2.053	1.122	.	.	2.292	451	723	347	9,5	.	.	42.274	30.757

* Alg= Arbeitslosengeld; Alhi= Arbeitslosenhilfe; Egg= Eingliederungsgeld; Uhg= Unterhaltsgeld

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort seit 2008 (jährlich) nach Wirtschaftsbereichen (WZ 2008)

Quellennachweis:

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: <http://www.statistik-bw.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=02&T=03025014&E=GE&K=118&R=GE118048>, [Stand: 10.09.2010].

Jahr ¹⁾	Insgesamt ²⁾	Produzierendes Gewerbe (B-F)		Handel, Verkehr und Gastgewerbe (G-I)		Sonstige Dienstleistungen (J-U)	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
2008	42876	9936	23,2	9700	22,6	23141	54,0
2009	42274	9556	22,6	9797	23,2	22829	54,0

1) Stichtag: 30.Juni. 2) Einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.

Immobilienmarkt 2009 Jahresbericht

Herausgeber:	Gutachterausschuss für die Ermittlung von Grundstückswerten in Ludwigsburg - Geschäftsstelle - Wilhelmstraße 5, 71638 Ludwigsburg	
Leiter der Geschäftsstelle:	Herr Pfizenmaier	
Stellvertretung:	Herr Goll	
Auskünfte und Aufträge zur Wertermittlung:	Termine nur nach Absprache	
- Wohnungseigentum:	Frau Fink	Telefon: 07141 910-2608
- bebaute und unbebaute Grundstücke:	Frau Schwalbe	Telefon: 07141 910-2598
- E-Mail:	gutachterausschuss@ludwigsburg.de	
Internet	www.ludwigsburg.de Unter www.ludwigsburg.de steht <ul style="list-style-type: none"> • der Immobilienmarktbericht zum kostenlosen Download und • die Bodenrichtwertkarte zur Verfügung. 	
Preis:	Immobilienmarktbericht einschließlich Richtwertkarte auf 31.12.2008 20 Euro – bei Versand zuzüglich 5 Euro Versandgebühr.	

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Geschäftsstelle gestattet.

Vorbemerkung:

Die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für die Ermittlung von Grundstückswerten in Ludwigsburg hat die Daten der Kaufpreissammlung 2009 zur Veröffentlichung aufbereitet.

Das Ergebnis ist der vorliegende Bericht über den Immobilienmarkt 2009. Zielsetzung war auch dieses Mal, mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand verwertbare Daten anzubieten, die sowohl dem Laien als auch dem Fachmann Hilfe sein können.

Die errechneten Durchschnittswerte sind in der Regel die Mittelwerte zwischen höchstem und niedrigstem Kaufpreis und können somit nur Anhaltspunkte für eine grobe Wertschätzung sein.

Abweichungen in den wertbestimmenden Faktoren wie Art und Maß der baulichen Nutzung, Bodenbeschaffenheit, Erschließungszustand, Grundstücksgestalt, Topographie, Lage bedeuten gleichzeitig auch eine Abweichung vom Durchschnittswert.

Der jährlich erscheinende Immobilienmarktbericht ist eine Serviceleistung des Gutachterausschusses für Bürger, Sachverständige, Wirtschaft und Verwaltungen. Mit den darin enthaltenen Daten soll allen Marktbeteiligten eine Grundlage zur Wertermittlung an die Hand gegeben werden.

Inhaltsverzeichnis:

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Ludwigsburg.....	3
Bestellte Gutachter 2010 bis 2014:	4
I. Tätigkeitsbericht 2009 der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses.....	6
II. Immobilienmarkt 2009	7
Vertragseingang seit 1996:	7
Grundstücksumsatz 2009	8
Grafik Umsatz und Verkaufsfälle 2009.....	9
Unbebaute Grundstücke:.....	10
Bauerwartungs- und Rohbauland.....	10
Baureife Grundstücke	10
Mischgebiet/Gewerbe.....	10
Durchschnittliche Bodenpreise für Wohnbaugrundstücke in Ludwigsburg	10
Übersicht über die vom Gutachterausschuss am 17.06.2009 ermittelten Bodenrichtwerte auf 31.12.2008	11
Übersicht der Bodenwerte zum 31.12.2009.....	13
Landwirtschaftliche Grundstücke	16
Sonderflächen	18
GFZ Umrechnungskoeffizienten	18
Bodenrichtwerte Innenstadt auf 31.12.2008	19
Bodenwerte 2009 Karte	20
Wohnbaugrundstücke 1985 bis 2009 Tabelle	21
Bodenpreisentwicklung 1985 bis 2009 –Grafik-.....	22
Grundstücksumsatz / Bebaute Grundstücke 2009	23
Auswertungen Häuser.....	24
Marktanpassungsfaktoren (Zu- bzw. Abschläge) beim Sachwertverfahren	26
Wohnungseigentum.....	29
Auswertung nach Lage und Baujahr	29
Preisentwicklung bei Wohnungseigentum (Wohnfläche ab 41 m ²):.....	33
PKW-Stellplätze	34
Preise Eigentumswohnungen 1983 bis 2009 – Grafik -	35
Antrag für Verkehrswertgutachten.....	36
Gebührensatzung für Verkehrswertgutachten und Auskünfte.....	38

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Ludwigsburg

Grundlagen:

Der Gutachterausschuss wird auf der Grundlage des Baugesetzbuches (BauGB) und der Gutachterausschussverordnung gebildet. Er besteht aus unabhängigen, weisungsfreien, marktkundigen und sachverständigen ehrenamtlichen Gutachtern. Die Aufgaben des Gutachterausschusses sind im Baugesetzbuch, die Organisation und die Durchführung durch die Gutachterausschussverordnung des Landes geregelt.

Der Gutachterausschuss wird auf die Dauer von 4 Jahren vom Gemeinderat bestellt. Es sind 22 Gutachter, die als Kenner spezifischer Teile des Immobilienmarktes gelten und im Einzelfall in geeigneter Zusammensetzung gutachterlich tätig werden. Wertermittlungen erstellt der Gutachterausschuss i.d.R. in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei weiteren Gutachtern. Dem Gutachterausschuss gehören Architekten, Bauunternehmer, Vermessungsingenieure, Wohnungswirtschaftler, Grundstücksmakler, Bankfachleute, Landwirte und Handwerker an. Eine Liste der Gutachter finden Sie auf den Seiten 4 bis 5.

Aufgaben:

Der Gutachterausschuss hat folgende Aufgaben:

- Erstellen von Gutachten über den Wert von unbebauten und bebauten Grundstücken sowie von Rechten an Grundstücken auf Antrag der im Baugesetzbuch genannten Berechtigten
- Ermitteln von Bodenrichtwerten

Geschäftsstelle:

Die Geschäftsstelle bereitet u.a. die Wertermittlungen vor und arbeitet sie aus, leitet die für die Wertermittlung erforderlichen Daten ab und erteilt Auskünfte über die Bodenrichtwerte und wesentlichen Daten des Immobilienmarktes.

Eine zentrale Aufgabe der Geschäftsstelle ist die Einrichtung und Führung der Kaufpreissammlung. Diese ist Grundlage für die Wertermittlung, für die Ableitung veränderlicher Daten und den Marktbericht. Für jeden zur Auswertung geeigneten Verkaufsfall werden, nach Grundstücksarten unterschiedlich, die wesentlichen Vertragsbedingungen, Grundstückseigenschaften und sonstiges wertrelevante Merkmale erhoben und in Form einer automatisierten Kaufpreissammlung verarbeitet.

Daten der Kaufpreissammlung:

Die mit erheblichem Aufwand gespeicherten Daten unterliegen dem Datenschutz und stehen nur dem Gutachterausschuss für seine Aufgaben zur Verfügung. Auskünfte aus der Kaufpreissammlung - jedoch anonymisiert - werden bei berechtigtem Interesse nach Maßgabe bundes- und landesrechtlicher Vorschriften erteilt (§ 195 (3) BauGB, § 13 Gutachterausschussverordnung).

Einen allgemeinen Überblick vermittelt die Geschäftsstelle im Rahmen ihrer Aufgaben durch den jährlich veröffentlichten Immobilienmarktbericht.

Bestellte Gutachter 2010 bis 2014:

(Stand 04.03.2010)

1. Vorsitzender (zugleich Gutachter):

Schmid, Hans
Dipl. Ing.; Bürgermeister

2. stellvertretende Vorsitzende (zugleich Gutachter)

Bogner, Albrecht
Dipl. Ing.; Bürgermeister a. D.

Pfizenmaier, Hans-Peter
Leiter der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses

Schneller, Helga, Stadträtin
Bankkauffrau; als Vertreterin des Haus- und Grundbesitzervereins

Wallmersperger, Helmut
freier Architekt

3. Ehrenamtliche Gutachter

Baum, Philipp
Dipl. Finanzwirt (FH); Rechnungshof Baden-Württemberg

Dr. Bohn, Eckart; Stadtrat
Diplomkaufmann, als Vertreter des Mieterbundes

Burkhardt, Elga; Stadträtin
Hausfrau

Fug, Marina
Dipl. Finanzwirtin (FH); Vermögen und Bau Baden Württemberg, Amt Ludwigsburg

Goll, Manfred
Dipl. Bauingenieur (FH)

Dr. Heer, Volker; Stadtrat
Diplomvolkswirt

Haller, Jochen
Ltd. Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, Bezirkskammer Ludwigsburg

Herold, Doris
Finanzamt Ludwigsburg

Hörrmann, Bernd
Immobilienkaufmann

Kirnbauer, Bernd; Stadtrat
Schreinermeister

Kopp, Christian; Stadtrat
Landwirtschaftsmeister

Liebchen, Andreas
Kreisgärtnermeister

Liepins, Margit; Stadträtin
Hausfrau

Noz, Reinhold; Stadtrat
Elektromeister

Reich, Volker
Stellvertreter Finanzamt Ludwigsburg

Rienhardt, Tobias
Bankkaufmann, Dipl. Sachverständiger DIA

Schmidt, Andreas
Bankkaufmann

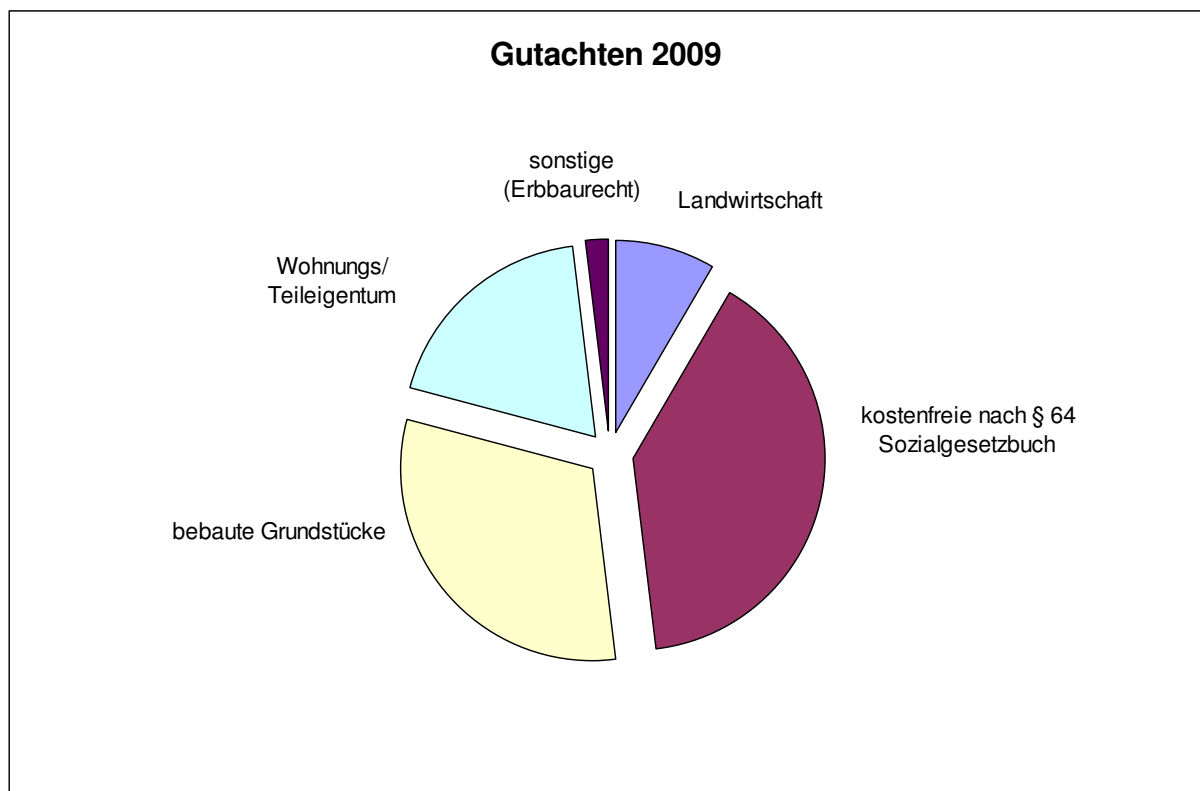
I. Tätigkeitsbericht 2009 der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses

Der Gutachterausschuss hatte in 9 Sitzungen insgesamt 38 Gutachten mit einem Verkehrswert von rd. 10 Mio. € zu erstellen.

Die Vorbereitungen zu jedem Gutachten werden ausschließlich von der Geschäftsstelle durchgeführt.

Die Gutachten verteilen sich auf die einzelnen Grundstücksarten wie folgt:

Unbebaute Grundstücke landwirtschaftlich	2
Unbebaute Grundstücke /Bauland	0
Bebaute Grundstücke	26
Wohnungseigentum	9
Sonstige (Erbbaurecht)	1
Kostenfreie nach § 64 Sozialgesetzbuch	14



Auch in diesem Jahr entfiel wieder ein großer Teil der Zeit auf die Erteilung telefonischer und schriftlicher Auskünfte über Bodenwerte bzw. gebietsbezogene Grundstückswerte, wobei in vielen Fällen auch hier eine Aussage nur durch die Erfahrung der Mitarbeiter möglich war.

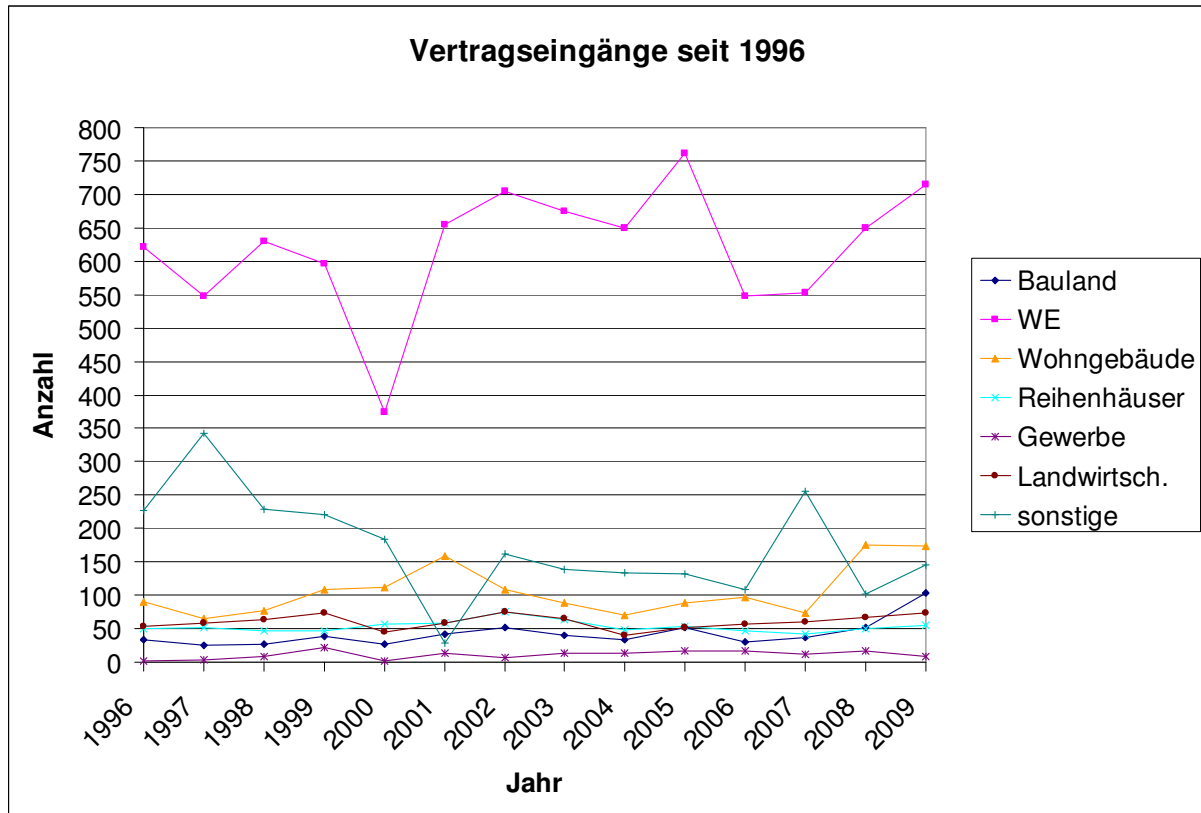
Zudem müssen immer mehr kostenfreie Wertermittlungen (§ 64 Sozialgesetzbuch) für das Landratsamt oder ähnliche Behörden, mittlerweile auch für die Agentur für Arbeit (Arbeitslosengeld II), erstellt werden. Diese werden aus Kostengründen durch die Geschäftsstelle erarbeitet.

Einen Antragsvordruck und die Gebührensatzung für Verkehrswertgutachten finden Sie auf den Seiten 36 bis 41.

II. Immobilienmarkt 2009

Vertragseingang seit 1996:

Jahr	Insg.	Bauland	WE	Wohnh.	Reihenh.	Gewerbe	landw.G.	sonst
1996	1133	33	622	90	50	2	54	227
1997	1155	25	548	65	51	3	59	342
1998	1126	27	629	76	47	9	64	228
1999	1104	38	596	109	47	21	74	220
2000	804	27	374	112	57	2	45	183
2001	1013	42	654	158	58	14	58	28
2002	1214	51	704	109	75	7	75	162
2003	1135	40	674	88	63	14	65	138
2004	1065	33	650	70	48	13	40	134
2005	1264	52	762	89	54	17	52	132
2006	1005	30	548	97	47	17	56	109
2007	1038	36	553	74	41	11	60	255
2008	1103	52	650	176	50	17	66	102
2009	1246	104	715	174	55	9	73	145

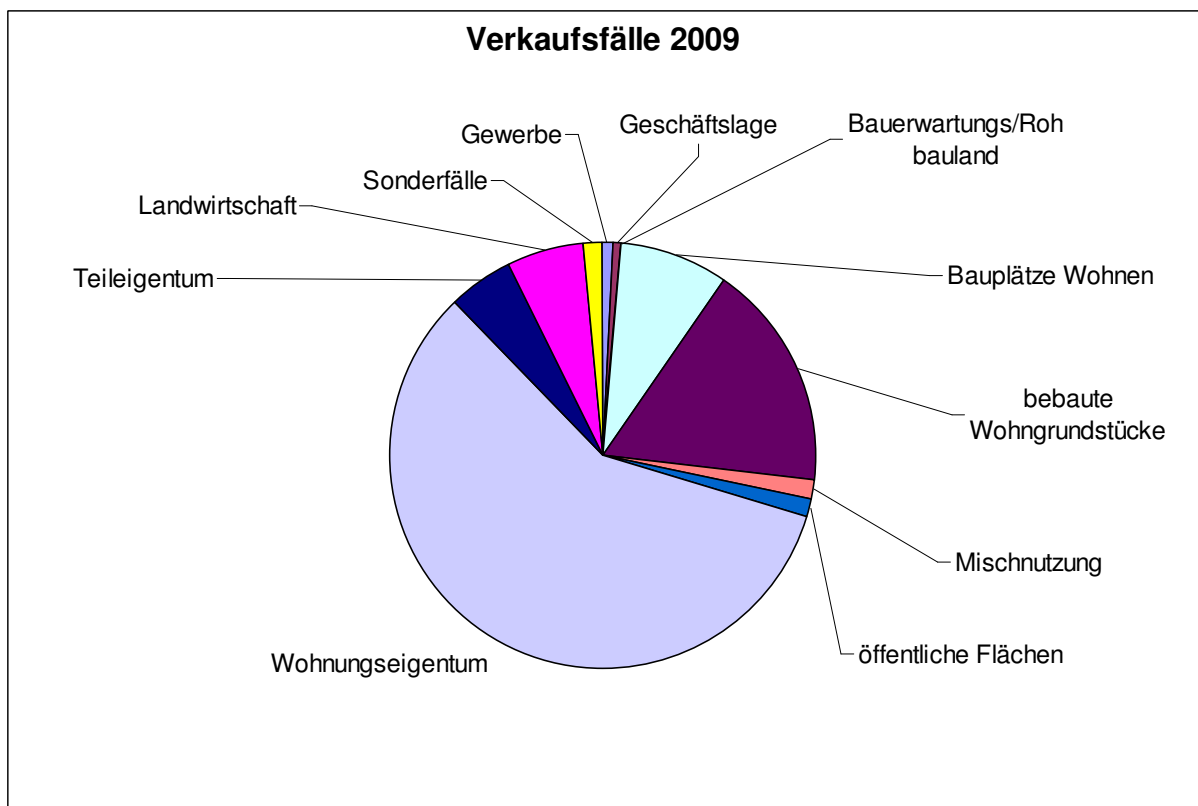
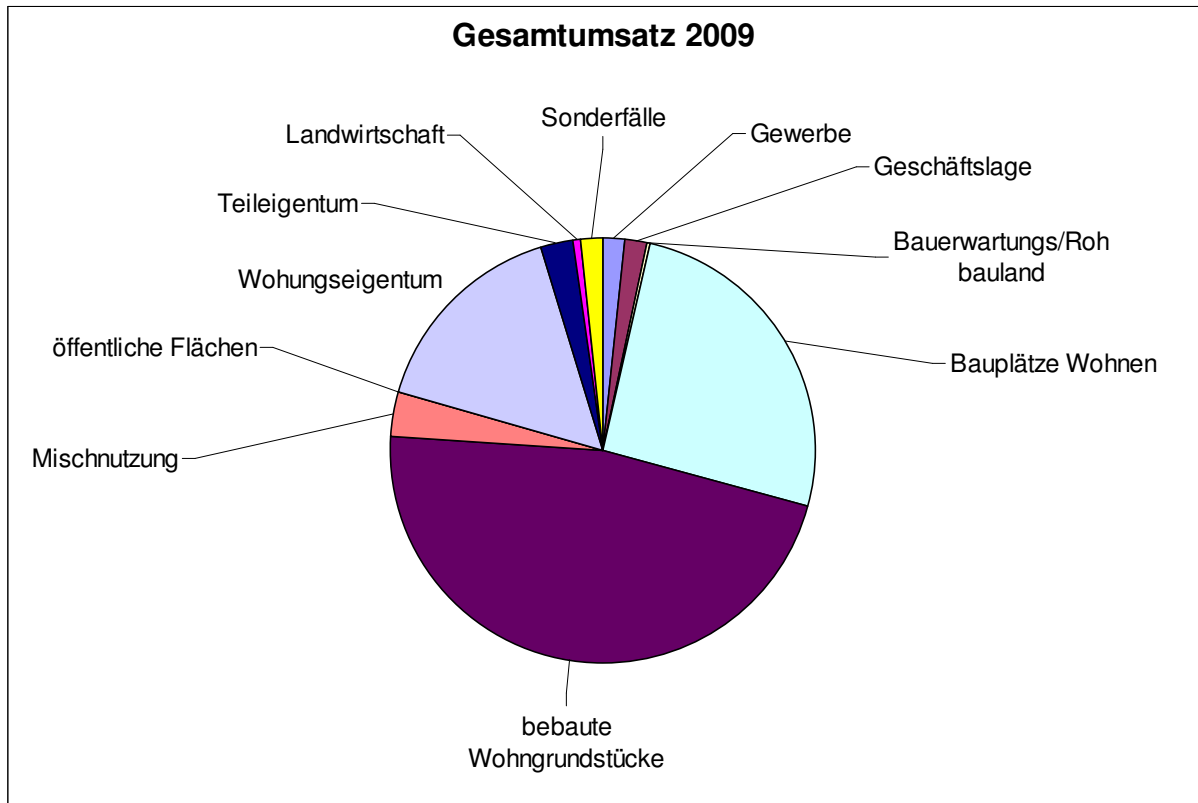


Grundstücksumsatz 2009

Die Grundstücksverkäufe verteilen sich wie folgt:

Art	Anzahl	Fläche m ²	Kaufpreis in €	Fälle %	Umsatz %
Gewerbe/Mischnutzung					
Mischnutzung	17	-	3.888.840	1,36	1,81
Geschäftlage - bebaut	7	1.953	2.060.000	0,56	0,96
Gewerbe / unbebaut	2	2.794	366.200	0,16	0,17
Gewerbe/Industrie – bebaut	4	5.211	1.709.000	0,32	0,80
Wohnen –					
Bauerwartungsland	1	1.273	254.600	0,08	0,12
Rohbauland	0	0	0	0	0
bebaute Grundstücke - zum Abbruch	6	6.372	3.116.202	0,48	1,45
Baureife / unbebaute Grundstücke	96	56.034	27.788.026	7,70	12,94
Überbaute Grundstücke					
Wohnhäuser (WH)	127	54.695	34.102.593	10,18	15,88
Reihenhäuser (RHS)					
Doppelhäuser (DHH)					
Pick-Up/Kettenhäuser	84	21.970	22.375.776	6,74	10,42
Gesamt	211	76.665	56.478.369	16,92	42,02
Wohnungs-/Teileigentum (WE + TE)					
Wohnungen (WE)	687	-	103.500.235	55,14	48,19
RHS/DHH als WE	22	-	6.713.660	1,76	3,13
Pick-Up-Häuser als WE	6	-	1.985.900	0,48	0,92
Teileigentum (TE) Garagen, TG u.ä.	45	-	453.262	3,61	0,21
TE Gewerbe (Läden, Büro, u.a.)	17	-	2.395.400	1,36	1,12
Gesamt	777	-----	115.048.457	62,35	53,57
landwirtschaftl. Grundstücke					
	73	143.998	798.165	5,86	0,37
öffentl. Flächen					
	18	12.411	168.959	1,44	0,08
Sonderfälle					
Erbbaurecht nur Grundstück	2	506	65.400	0,16	0,03
Erbbaurecht nur Gebäude/WE	7	1.953	1.256.856	0,56	0,59
Sonderfälle	17	6.484	678.896	1,36	0,32
Gesamt	1.246	-	214.797.515	100	100

Grafik Umsatz und Verkaufsfälle 2009



Unbebaute Grundstücke:**Bauerwartungs- und Rohbauland**

Wohnungsbau Bauerwartungsland: ca. 200 €/m²
 Wohnungsbau Rohbauland: keine Verträge

Gewerbe Bauerwartungsland: keine Verträge
 Gewerbe Rohbauland: keine Verträge

Baureife Grundstücke**Mischgebiet/Gewerbe**

Mischgebiet Wohnen / Gewerbe: Durchschnitt - Gesamtstadt: 390 €/m²
Gewerbe: Durchschnitt - Gesamtstadt: 155 €/m²

Durchschnittliche Bodenpreise für Wohnbaugrundstücke in Ludwigsburg

Jahr	Stadtgebiet		Gesamtstadt	
	ohne Stadtteile			
1980	518 DM	264 €	434 DM	222 €
1981	585 DM	299 €	508 DM	260 €
1982	601 DM	307 €	576 DM	295 €
1983	658 DM	336 €	606 DM	310 €
1984	771 DM	394 €	602 DM	308 €
1985	630 DM	322 €	589 DM	301 €
1986	613 DM	313 €	581 DM	297 €
1987	606 DM	310 €	603 DM	308 €
1988	765 DM	391 €	652 DM	333 €
1989	720 DM	368 €	717 DM	367 €
1990	807 DM	413 €	793 DM	405 €
1991	1047 DM	535 €	905 DM	463 €
1992	1032 DM	528 €	975 DM	499 €
1993	1051 DM	537 €	1000 DM	511 €
1994	1102 DM	563 €	1062 DM	543 €
1995	1067 DM	546 €	1035 DM	529 €
1996	989 DM	506 €	975 DM	499 €
1997	991 DM	507 €	959 DM	490 €
1998	1003 DM	513 €	961 DM	491 €
1999	993 DM	508 €	967 DM	494 €
2000	968 DM	495 €	946 DM	484 €
2001	958 DM	490 €	837 DM	428 €
2002	988 DM	505 €	984 DM	503 €
2003		500 €		495 €
2004		509 €		492 €
2005		518 €		498 €
2006		531 €		500 €
2007		530 €		500 €
2008		533 €		491 €
2009		530 €		484 €

Die obigen Durchschnittswerte berücksichtigen auch die aus bebauten Grundstücken durch Rückbewertungen errechneten Bodenpreise. Abweichungen zu den auf den folgenden Seiten angegebenen Durchschnittswerten sind daher möglich. Die Bodenwerte für einzelne Gebiete können Sie der nachfolgenden Bodenwertkarte oder den Tabellen entnehmen.

**Übersicht über die vom Gutachterausschuss am 17.06.2009
ermittelten Bodenrichtwerte auf 31.12.2008
I. Bauland (Wohnen, Gewerbe)**

Datengrundlage waren die Verkaufsfälle aus den Jahren 2007 und 2008

Innenstadt							
RiWeZone	€/m ² 2008	von/bis €/m ²	Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart		
1012	465	465	622	1	Wohnen		City Ost
1013	635	474-746	414	3	Wohnen		Wilhelmstraße Nord
1014	535	476-600	556	5	Wohnen		Wilhelmstraße Süd
1015	430	431	286	1	Wohnen		Untere Stadt West
3111	355	355	220	1	Misch		Innenstadt Misch
3010	165*	143/255	0	0	Gewerbe		Innenstadt Gewerbe

Übersicht der Bodenrichtwerte Innenstadt – Geschäftslage siehe Seite 19

Weststadt							
RiWeZone	€/m ² 2008	von/bis €/m ²	Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart		
1021	500	424-572	300	16	Wohnen		Osterholzallee Nord
1022	550	442-572	482	17	Wohnen		Osterholzallee Süd
1023	490	447-541	376	6	Wohnen		Friedenstraße
1024	395	395	220	1	Wohnen		Im Lerchenholz
3112	350	294/393	681	7	Misch		Weststadt
3021	145	145	8.396	1	Gewerbe		Grönerstraße
3022	235	143/255	2.590	3	Gewerbe		Karl-Haußmann-Straße
3023	165*	143/255	0	0	Gewerbe		Bleyle/Nestlé
3024	150	150	31.927	1	Gewerbe		Kammererstraße
3025	150	150	45	1	Gewerbe		Frommannkaserne/Hintere Halden
3026	165*	143/255	0	0	Gewerbe		Osterholz

Nordstadt							
RiWeZone	€/m ² 2008	von/bis €/m ²	Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart		
1031	530	440-590	777	5	Wohnen		Bismarckstraße
1032	525	459-637	708	6	Wohnen		Favoritgärten
1033	575	497-626	460	6	Wohnen		Reichertshalde
3113	350*	295/393	0	0	Misch		Nordstadt
3031	165*	143/255	0	0	Gewerbe		Marbacher Straße

Oststadt							
RiWeZone	€/m ² 2008	von/bis	Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart		
1041	570	570	600	1	Wohnen		Robert-Koch-Straße
1042	525	467-618	552	18	Wohnen		Schlößlesfeld
1043	470	434-500	461	7	Wohnen		Schorndorfer Straße Süd
1044	540	468-670	433	12	Wohnen		Rotbäumlesfeld
1045	600	552-678	408	4	Wohnen		Am Zuckerberg
3114	350*	295/393	0	0	Misch		Oststadt
3040	160	160	3.981	1	Gewerbe		Oststadt/Gewerbe

Südstadt							
RiWeZone	€/m ² 2008	von/bis €/m ²	Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart		
1051	525	465-673	685	4	Wohnen		Stuttgarter Straße Ost
1052	565**	465/673	461	15	Wohnen		Geschwister-Scholl-Straße
1053	585	520-673	389	8	Wohnen		Stuttgarter Straße West
1054	570	531-590	357	3	Wohnen		Am Sonnenberg
3115	350*	295/393	0	0	Misch		Südstadt
3051	151	151	5.740	2	Gewerbe		Ortsgüterbahnhof Baumassenzahl

Pflugfelden						
RiWeZone	€/m² 2008	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart	
1061	420	383-446	390	4	Wohnen	Möglinger Straße Nord
1062	560	516-623	273	8	Wohnen	Möglinger Straße Süd
1064	465	428-498	461	7	Wohnen	Hoffeldstraße
1630	215	200/229	630	2	Bauerwartungsland	Am Wasserfall
3116	350*	295/393	0	0	Misch	Pflugfelden
3061	165*	143/255	0	0	Gewerbe	Schultheiß-Köhle-Straße

Eglosheim						
RiWeZone	€/m² 2008	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart	
1071	370	344-410	437	4	Wohnen	Hirschbergstraße Nord
1072	460	404-543	232	4	Wohnen	Hirschbergstraße Süd
1073	470	461-487	208	4	Wohnen	Hahnenstraße
1074	390	345-411	284	8	Wohnen	Vaihinger Straße
1075	410**	343/543	281	0	Wohnen	Lichtäcker
1076	385	343-424	256	7	Wohnen	Eglosheim Ost
1077	410**	343/543	281	0	Wohnen	Reuteallee
3117	350*	295/393	0	0	Misch	Eglosheim
3071	175	160/230	1.759	5	Gewerbe	Hundshalde
3072	165*	143/255	0	0	Gewerbe	Monreposstraße
3073	165*	143/255	0	0	Gewerbe	Tammer Feld
3074	450	festgesetzt	0	0	SO-gebiet	Breuningerland/IKEA

Hoheneck						
RiWeZone	€/m² 2008	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart	
1081	595	560-641	425	7	Wohnen	Hoheneck West
1082	515	420-556	270	8	Wohnen	Hoheneck Ost
1083	485	472-502	120	2	Wohnen	Uferstraße
1084	505	399-602	420	7	Wohnen	Lichtenbergstraße
3118	350*	295/393	0	0	Misch	Hoheneck
3081	165*	143/255	0	0	Gewerbe	Marbacher Straße
4081	110	festgesetzt	0	0	Industiegeb.	RWE/EnBW

Obweil						
RiWeZone	€/m² 2008	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart	
1091	535	452-587	293	10	Wohnen	Friesenstraße Nord
1092	535	434-681	316	11	Wohnen	Friesenstraße Süd
1093	525	443-586	343	8	Wohnen	Lange Straße
1094	525	493-560	308	5	Wohnen	Gegen Eich
3119	365	363	224	1	Misch	Obweil
3091	255	254	965	1	Gewerbe	Mausser-/Voithstraße

Grünbühl						
RiWeZone	€/m² 2008	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart	
1301	420	418	165	1	Wohnen	Gesamt
3120	350*	295/393	0	0	Misch	Grünbühl

Neckarweihingen							
RiWeZone	€/m² 2008	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart		
1311	480	479	117	1	Wohnen		Hauptstraße West
1312	480	461-504	258	3	Wohnen		Hauptstraße Ost
1313	490	429-542	359	6	Wohnen		Lechtstraße Ost
1314	165	0/0	0	0	Rohbau/WA		Neckarterrassen
3121	345	338/355	854	2	Misch		Neckarweihingen
3311	165*	143/255	0	0	Gewerbe		Austraße

Poppenweiler							
RiWeZone	€/m² 2008	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart		
1321	435	384-530	363	8	Wohnen		Steinheimer Straße West
1322	411	350-469	365	8	Wohnen		Steinheimer Straße Ost
1323	440	440	412	1	Wohnen		Sommerhalde
1324	410	354-573	428	48	Wohnen		Jahnstraße
3122	350*	295/393	0	0	Misch		Poppenweiler
3321	165*	143/255	0	0	Gewerbe		Mühlackerstraße

Übersicht der Bodenwerte zum 31.12.2009

(Keine Richtwerte)

Datengrundlage waren die Verkaufsfälle aus den Jahren 2008 und 2009

Innenstadt Wohnen: Ø 529 €/m² (384 - 673 €/m²)							
RiWeZone	€/m² 2009	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart		
1012	654	635-673	266	2	Wohnen		City Ost
1013	518	474-562	287	2	Wohnen		Wilhelmstraße Nord
1014	532	476-600	531	4	Wohnen		Wilhelmstraße Süd
1015	408	384-431	223	2	Wohnen		Untere Stadt West
3111	463	355-571	360	2	Misch		Innenstadt Misch
3010	155**	140/255	0	0	Gewerbe		Innenstadt Gewerbe

Übersicht der Bodenrichtwerte Innenstadt – Geschäftslage siehe Seite 19

Weststadt Wohnen : Ø 516 €/m² (424 - 657 €/m²)							
RiWeZone	€/m² 2009	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart		
1021	497	424-572	284	16	Wohnen		Osterholzallee Nord
1022	554	442-657	390	13	Wohnen		Osterholzallee Süd
1023	491	440-541	497	8	Wohnen		Friedenstraße
1024	516*	424-657	0	0	Wohnen		Im Lerchenholz
3112	354	294/390	607	7	Misch		Weststadt
3021	149	143-154	4.397	2	Gewerbe		Grönerstraße
3022	156	143-168	2.466	2	Gewerbe		Karl-Haußmann-Straße
3023	152*	143-168	0	0	Gewerbe		Bleyle/Nestlé
3024	152*	143-168	0	0	Gewerbe		Kammererstraße
3025	152*	143-168	0	0	Gewerbe		Frommannkaserne/Hintere Halden
3026	152*	143-168	0	0	Gewerbe		Osterholz

Nordstadt Wohnen: Ø 549 €/m² (459 - 637 €/m²)						
RiWeZone	€/m² 2009	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart	
1031	538	538	896	1	Wohnen	Bismarckstraße
1032	546	459-637	702	3	Wohnen	Favoritgärten
1033	551	464-614	437	7	Wohnen	Reichertshalde
3113	369	350-387	508	2	Misch	Nordstadt
3031	155**	140-255	0	0	Gewerbe	Marbacher Straße

Oststadt Wohnen: Ø 530 €/m² (361 - 721 €/m²)						
RiWeZone	€/m² 2009	von/bis	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart	
1041	572	572	600	1	Wohnen	Robert-Koch-Straße
1042	518	361-618	433	37	Wohnen	Schlößlesfeld
1043	463	419-514	397	8	Wohnen	Schorndorfer Straße Süd
1044	544	468-670	402	14	Wohnen	Rotbäumlesfeld
1045	594	423-721	520	11	Wohnen	Am Zuckerberg
3114	370**	294/571	0	0	Misch	Oststadt
3040	150	140-160	2.675	2	Gewerbe	Oststadt/Gewerbe

Südstadt Wohnen: Ø 558 €/m² (430 - 673 €/m²)						
RiWeZone	€/m² 2009	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart	
1051	549	494-642	572	7	Wohnen	Stuttgarter Straße Ost
1052	497	497	303	1	Wohnen	Geschwister-Scholl-Straße
1053	583	512-673	392	7	Wohnen	Stuttgarter Straße West
1054	551	430-590	734	7	Wohnen	Am Sonnenberg
3115	370**	294/571	0	0	Misch	Südstadt
3051	155**	140-255	0	0	Gewerbe	Ortsgüterbahnhof Baumassenzahl

Pflugfelden Wohnen: Ø 472 €/m² (383 - 595 €/m²)						
RiWeZone	€/m² 2009	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart	
1061	413	383-446	323	7	Wohnen	Möglinger Straße Nord
1062	525	464-595	385	3	Wohnen	Möglinger Straße Süd
1063	545	530-560	385	2	Wohnen	Am Wasserfall
1064	474	428-511	361	7	Wohnen	Hoffeldstraße
1630	210	200/229	844	3	Bauerwartungsland	Am Wasserfall
3116	370**	294-571	0	0	Misch	Pflugfelden
3061	155**	140/255	0	0	Gewerbe	Schultheiß-Köhle-Straße

Eglosheim Wohnen: Ø 396 €/m² (338 - 488 €/m²)						
RiWeZone	€/m² 2009	von/bis €/m²	Größe m²	Anzahl	Nutzungsart	
1071	375	338-428	376	9	Wohnen	Hirschbergstraße Nord
1072	377	377	337	1	Wohnen	Hirschbergstraße Süd
1073	440	361-479	217	5	Wohnen	Hahnenstraße
1074	400	345-488	259	7	Wohnen	Vaihinger Straße
1075	377	357-397	384	2	Wohnen	Lichtäcker
1076	393	343-426	311	7	Wohnen	Eglosheim Ost
1077	396*	338-488	0	0	Wohnen	Reuteallee
3117	370**	294-571	0	0	Misch	Eglosheim
3071	168	160-179	1.300	3	Gewerbe	Hundshalde
3072	168*	160-179	0	0	Gewerbe	Monreposstraße
3073	168*	160-179	0	0	Gewerbe	Tammer Feld
3074	450	festgesetzt	0	0	SO-gebiet	Breuningerland/IKEA

Hoheneck Wohnen: Ø 517 €/m ² (420 - 607 €/m ²)						
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart	
1081	585	565-607	438	3	Wohnen	Hoheneck West
1082	503	420-571	148	5	Wohnen	Hoheneck Ost
1083	517*	420-607	0	0	Wohnen	Uferstraße
1084	491	453-525	297	5	Wohnen	Lichtenbergstraße
3118	370**	294-571	0	0	Misch	Hoheneck
3081	155**	140/255	0	0	Gewerbe	Marbacher Straße
4081	110	festgesetzt	0	0	Industiegeb.	RWE/EnBW

Oßweil Wohnen: Ø 505 €/m ² (414 - 603 €/m ²)						
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart	
1091	522	435-603	273	13	Wohnen	Friesenstraße Nord
1092	499	444-601	325	10	Wohnen	Friesenstraße Süd
1093	501	414-586	411	12	Wohnen	Lange Straße
1094	527	493-560	355	3	Wohnen	Gegen Eich
1095	502	466-591	618	60	Wohnen	Hartenecker Höhe
3119	370**	294-571	0	0	Misch	Oßweil
3091	197	140-254	1.398	2	Gewerbe	Mauser-/Voithstraße

Grünbühl Wohnen: Ø 413 €/m ² --						
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart	
1301	413	413	150	1	Wohnen	Gesamt
3120	370**	294/571	0	0	Misch	Grünbühl

Neckarweihingen Wohnen : Ø 464 €/m ² (384 - 538 €/m ²)						
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart	
1311	419	419	157	1	Wohnen	Hauptstraße West
1312	474	384-538	317	7	Wohnen	Hauptstraße Ost
1313	459	402-522	301	6	Wohnen	Lechtstraße Ost
1314	165	0/0	0	0	Rohbau/WA	Neckarterrassen
3121	370**	294-571	0	10	Misch	Neckarweihingen
3311	128	114/135	1.424	3	Gewerbe	Austraße

Poppenweiler Wohnen: Ø 409 €/m ² (350 - 573 €/m ²)						
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart	
1321	416	379-508	373	12	Wohnen	Steinheimer Straße West
1322	409	350-469	465	9	Wohnen	Steinheimer Straße Ost
1323	394	374-413	426	2	Wohnen	Sommerhalde
1324	407	350-573	313	46	Wohnen	Jahnstraße
3122	370**	294/571	0	0	Misch	Poppenweiler
3321	155**	140/255	0	0	Gewerbe	Mühlackerstraße

* Ø Stadtteil

** Ø Gesamtstadt

Landwirtschaftliche Grundstücke

Aufgrund der geringen Anzahl der Verträge haben wir in nachfolgenden Tabellen die Auswertung der Verträge aus den **Jahren 2008 und 2009** (129 Verträge) zusammengefasst.

Stadtgebiet gesamt Durchschnitt					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5100	4,10	2,00 – 8,40	2.836	58	Ackerland
	4,60	1,50 – 7,80	1.230	32	Baumwiese
	6,30	2,40 – 14,20	746	10	Weinberge
	18,30	5,80 – 40,60	823	32	Garten- u. Wochenend/Freizeit
	3,00	festgesetzt	-	-	Waldfläche

Innenstadt					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5101	4,10 *	2,00 – 8,40 *	-	0	Ackerland
	4,60 *	1,50 – 7,80 *	-	0	Baumwiese
	6,30 *	2,40 – 14,20 *	-	0	Weinberge
	18,30 *	5,80 – 40,60 *	-	0	Garten- u. Wochenend/Freizeit

Weststadt					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5102	4,10 *	2,00 – 8,40 *	-	0	Ackerland
	4,60 *	1,50 – 7,80 *	-	0	Baumwiese
	6,30 *	2,40 – 14,20 *	-	0	Weinberge
	18,30 *	5,80 – 40,60 *	-	0	Garten- u. Wochenend/Freizeit
	3,00	festgesetzt			Waldfläche

Nordstadt					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5103	5,00	5,00	4.303	1	Ackerland
	6,60	6,00 – 7,80	1.525	3	Baumwiese
	6,30 *	2,40 – 14,20 *	-	0	Weinberge
	18,30 *	5,80 – 40,60 *	-	0	Garten- u. Wochenend/Freizeit
	3,00	festgesetzt	-	-	Waldfläche

Oststadt					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5104	4,10 *	2,00 – 8,40 *	-	0	Ackerland
	7,50	7,50	1.730	1	Baumwiese
	6,30 *	2,40 – 14,20 *	-	0	Weinberge
	18,30 *	5,80 – 40,60 *	-	0	Garten- u. Wochenend/Freizeit
	3,00	festgesetzt	-	-	Waldfläche

Südstadt					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5105	4,10 *	2,00 – 8,40 *	2.836	58	Ackerland
	4,60 *	1,50 – 7,80 *	1.230	32	Baumwiese
	6,30 *	2,40 – 14,20 *	746	10	Weinberge
	18,30 *	5,80 – 40,60 *	823	32	Garten- u. Wochenend/Freizeit
	3,00	festgesetzt	-	-	Waldfläche

Pflugfelden					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5106	7,50	7,50	9.591	1	Ackerland
	4,60 *	1,50 – 7,80 *	-	0	Baumwiese
	6,30 *	2,40 – 14,20 *	-	0	Weinberge
	18,30 *	5,80 – 40,60 *	-	0	Garten- u. Wochenend/Freizeit

Eglosheim					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5107	4,10 *	2,00 – 8,40 *	-	0	Ackerland
	4,60 *	1,50 – 7,80 *	-	0	Baumwiese
	6,30 *	2,40 – 14,20 *	-	0	Weinberge
	13,90	5,80 – 26,20	455	3	Garten- u. Wochenend/Freizeit

Hoheneck					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5108	5,10	4,00 – 6,20	3.110	3	Ackerland
	4,80	3,00 – 6,60	911	2	Baumwiese
	6,30 *	2,40 – 14,20 *	-	0	Weinberge
	20,20	8,00 – 40,60	706	18	Garten- u. Wochenend/Freizeit
	3,00	festgesetzt	-	-	Waldfläche

Oßweil					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5109	4,70	3,90 – 5,70	2.269	19	Ackerland
	4,20	3,20 – 6,00	1.630	9	Baumwiese
	6,30 *	2,40 – 14,20 *	-	0	Weinberge
	17,90	12,00 – 22,90	1.168	5	Garten- u. Wochenend/Freizeit
	3,00	festgesetzt	-	-	Waldfläche

Grünbühl					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5110	4,10 *	2,00 – 8,40 *	-	0	Ackerland
	4,60 *	1,50 – 7,80 *	-	0	Baumwiese
	6,30 *	2,40 – 14,20 *	-	0	Weinberge
	18,30 *	5,80 – 40,60 *	-	0	Garten- u. Wochenend/Freizeit

Neckarweihingen					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5111	3,40	2,40 – 4,50	2.262	14	Ackerland
	4,40	3,30 – 5,90	1.125	7	Baumwiese
	6,30	2,40 – 14,20	851	7	Weinberge
	16,20	9,00 – 33,50	1.267	5	Garten- u. Wochenend/Freizeit
	3,00	festgesetzt	-	-	Waldfläche

Poppenweiler					
RiWeZone	€/m ² 2009	von/bis €/m ²	Ø Größe m ²	Anzahl	Nutzungsart
5112	3,70	2,00 – 8,40	3.353	20	Ackerland
	4,10	1,50 – 7,00	870	10	Baumwiese
	6,40	4,60 – 8,60	502	3	Weinberge
	9,10	9,10	88	1	Garten- u. Wochenend/Freizeit
	3,00	festgesetzt	-	-	Waldfläche

* = Durchschnittswert Stadtgebiet

** = Durchschnittswert Stadtteil

Abweichungen des Grundstücks in den wertbestimmenden Eigenschaften wie Lage, Entwicklungszustand, Art und Maß der baulichen Nutzung, Erschließungszustand, Grundstücksgröße und Zuschnitte bewirken Abweichungen vom Richtwert.

Nähere Auskünfte unter Tel. 07141 910-2608 od. -2598.

Sonderflächen	
Art der Grundstücks	Wert €/m ²
Gemeinbedarfsfläche, wie z. B. Feuerwehr, Hallenbäder, Kindergärten, Schulen, Verwaltungsgebäude, Sporthallen	40,00
Öffentliche Grünflächen, Straßen, Grünanlagen/Parks, Kinderspielplätze	13,00
Fläche für öffentliche Zwecke, wie z. B. Freibäder, Bauhof- Lagerplätze, Kläranlagen, RÜB, Sportflächen	20,00

GFZ Umrechnungskoeffizienten

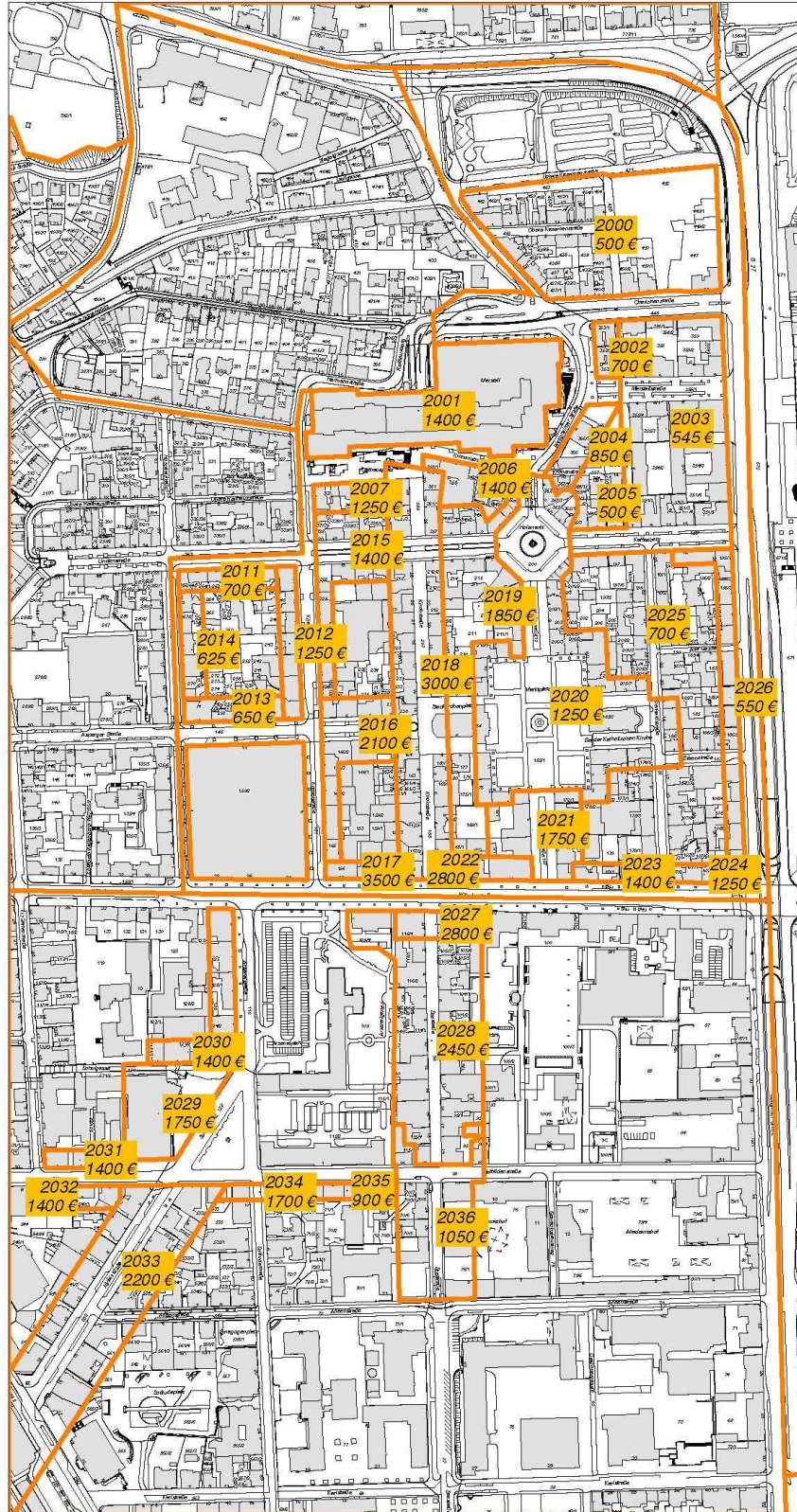
Im Rahmen einer Diplomarbeit im Jahre 2007 wurde untersucht, ob das Maß der baulichen Nutzung Einfluss auf die Bodenpreise in Ludwigsburg hat.

Hierzu wurden 146 vergleichbare Kauffälle aus den Jahren 2002 bis 2006 ausgewertet.

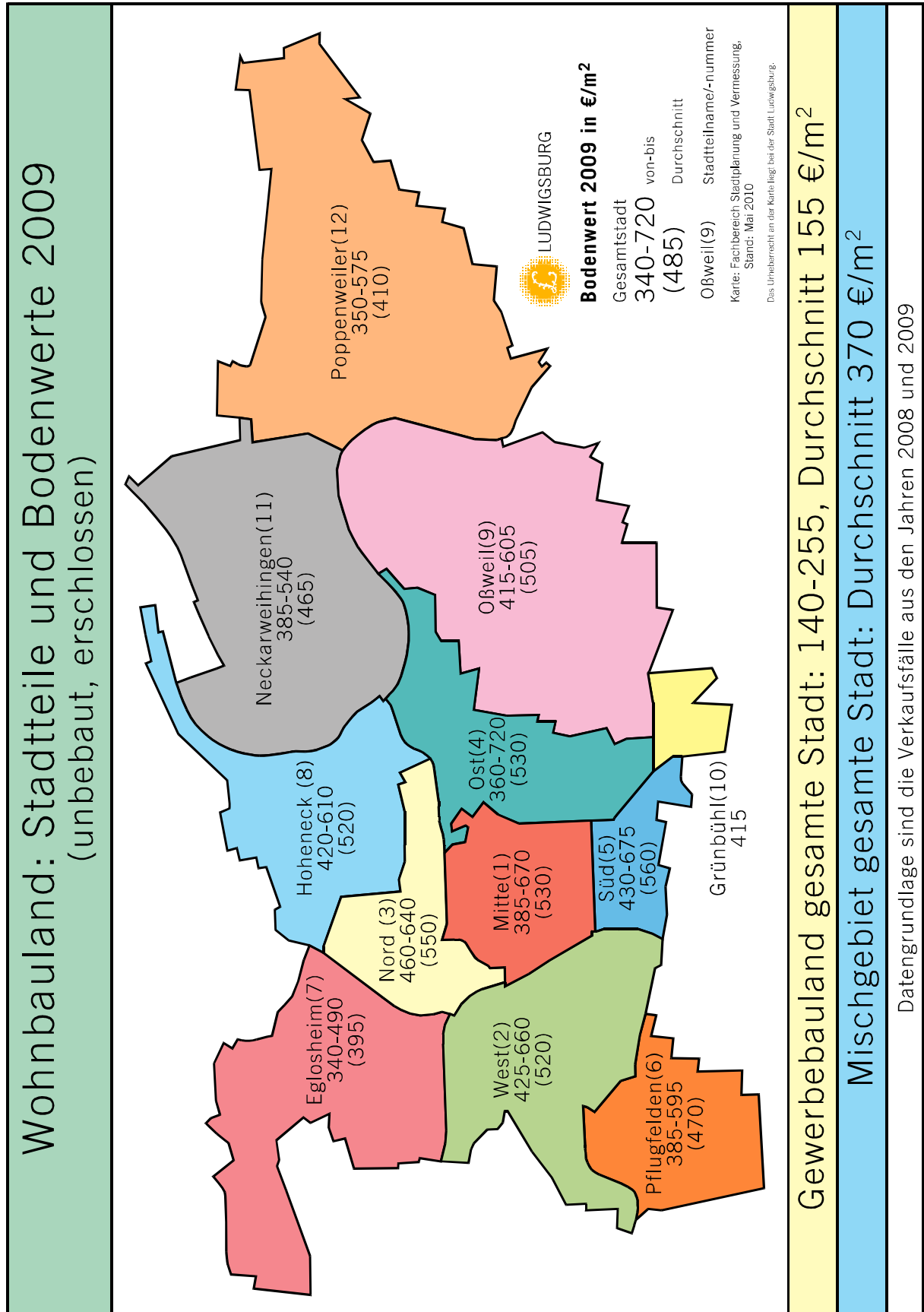
Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die in der Anlage 11 der Wertermittlungsrichtlinien (WertR) dargestellten Umrechnungskoeffizienten auf den Ludwigsburger Grundstücksmarkt nicht übertragen werden können. Die Untersuchung ergab vielmehr, dass eine Auswirkung des Maßes der baulichen Nutzung **nicht** sicher und wissenschaftlich fundiert nachgewiesen werden kann. Der Gutachterausschuss empfiehlt daher keine „theoretische“ Umrechnung nach der Anlage 11 der WertR vorzunehmen.

Bodenrichtwerte Innenstadt auf 31.12.2008

Bodenrichtwerte Innenstadt



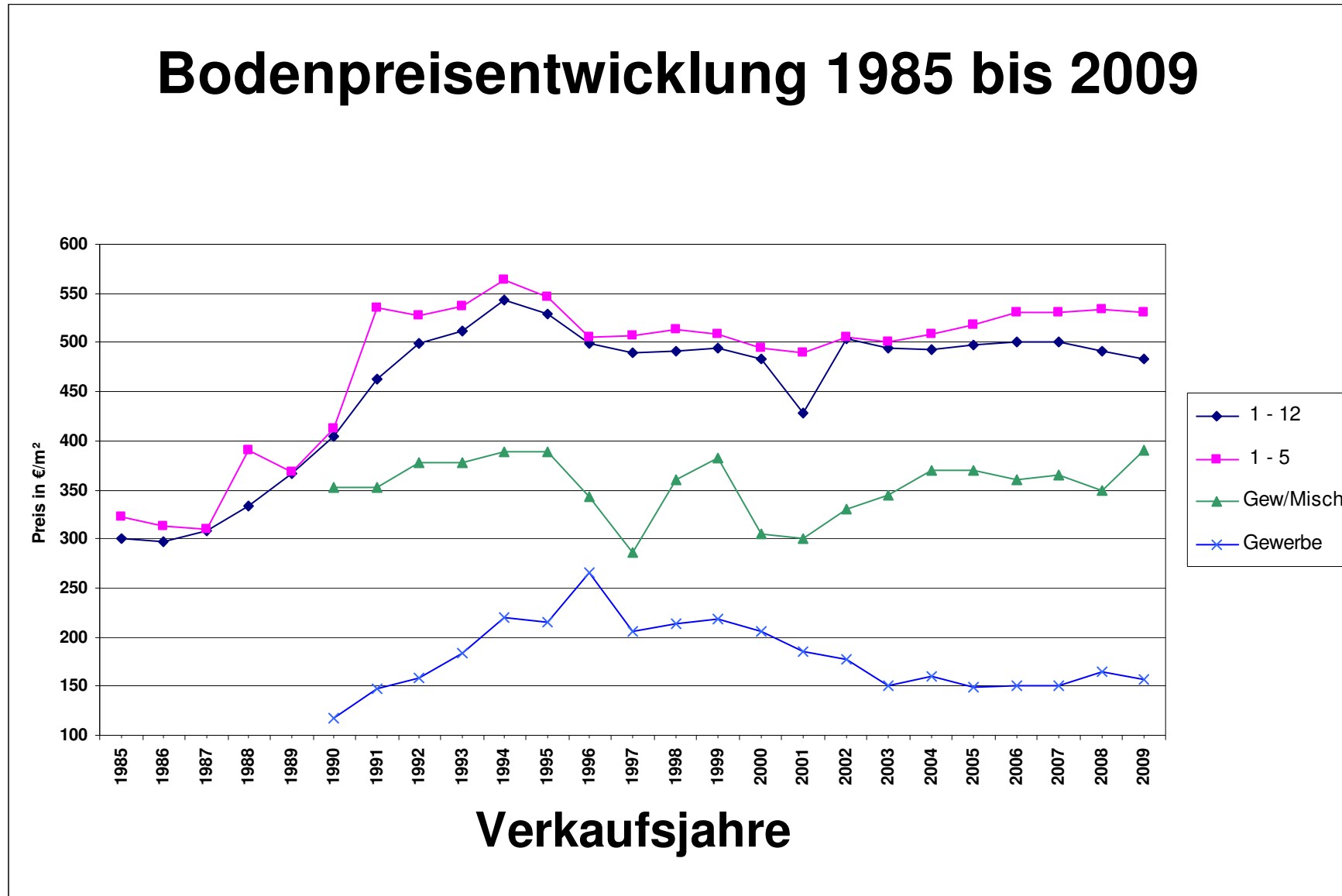
Bodenwerte 2009 Karte



Wohnbaugrundstücke 1985 bis 2009 Tabelle

Jahr	Gesamt-Stadt		Stadtgebiete ohne Stadtteile		Stadtgebiete ohne Neckarweihingen und Poppenweiler		Pflug-felden		Eglosheim		Hoheneck		Obweil		Neckarweihingen		Poppenweiler	
	1 – 12		1 - 5		1 – 10		6		7		8		9		11		12	
	DM	€	DM	€	DM	€	DM	€	DM	€	DM	€	DM	€	DM	€	DM	€
1985	589	301	630	322	614	314	630	322	0	0	609	311	602	308	580	297	450	230
1986	581	297	613	313	588	301	0	0	490	251	654	334	540	276	595	304	520	266
1987	603	308	606	310	615	314	530	271	528	270	688	352	535	274	578	296	533	273
1988	652	333	765	391	654	334	634	324	566	289	707	361	590	302	653	334	520	266
1989	717	367	720	368	715	366	711	364	0	0	745	381	700	358	754	386	611	312
1990	793	405	807	413	786	402	743	380	624	319	928	474	737	377	714	365	852	436
1991	905	463	1.047	535	897	459	836	427	758	388	783	400	974	498	969	495	961	491
1992	975	499	1.032	528	982	502	938	480	803	411	996	509	953	487	926	473	925	473
1993	1.000	511	1.051	537	1.013	518	895	458	912	466	1.011	517	974	498	966	494	946	484
1994	1.062	543	1.102	563	1.075	550	1.005	514	1.025	524	1.146	586	1.024	524	946	484	1.004	513
1995	1.035	529	1.067	546	1.040	532	963	492	961	491	1.104	564	1.000	511	1.064	544	976	499
1996	975	499	989	506	983	503	912	466	853	436	1.081	553	987	505	952	487	902	461
1997	959	490	991	507	972	497	909	465	857	438	1.043	533	960	491	948	485	883	451
1998	961	491	1.003	513	976	499	940	481	890	455	1.034	528	960	491	919	470	859	439
1999	967	494	993	508	973	497	904	462	921	471	1.034	528	962	492	922	471	829	424
2000	946	484	968	495	972	497	880	450	927	474	1.043	533	1.001	512	811	415	802	410
2001	837	428	958	490	902	461	0	0	688	352	1.295	662	845	432	0	0	651	333
2002	984	503	988	505	1.003	513	975	499	958	490	1.107	566	1.046	535	829	424	767	392
2003		495		500		511		503		470		455		550		440		410
2004		492		509		507		491		451		554		511		473		377
2005		498		518		509		468		414		532		505		453		375
2006		500		531		516		475		405		520		510		455		400
2007		500		530		518		520		410		525		530		470		410
2008		491		532		511		496		409		532		531		487		414
2009		484		530		501		480		397		507		497		449		402

Bodenpreisentwicklung 1985 bis 2009 –Grafik-



Grundstücksumsatz / Bebaute Grundstücke 2009

Nutzungsart	Anzahl	Fläche m ²	Kaufpreis in €
Reihen- u. Doppelhäuser	86	22.523	22.800.721
Ein- u. Zweifamilienhäuser	97	40.769	25.535.668
Drei- u. Vierfamilienhäuser	27	11.360	6.069.925
Mehrfamilienhäuser	12	8.660	4.805.000
Gemischt genutzte Häuser	8	4.024	2.253.000
Gewerbe/Industrie	3	4.844	1.043.600
Geschäftslage	2	813	1.329.000
Gesamt	223	92.993	63.836.914

Auf der folgenden Seite wurden Reihen/Doppelhäuser, 1-Fam. Häuser, 2-Fam. Häuser und 3 - 4 Fam. Häuser getrennt ausgewertet.

Auswertungen Häuser

Verkaufte Reihen/Doppelhäuser, 1, 2 u. 3-4 Fam. Häuser 2008/2009								
Geb.-Art	Anzahl	Baujahr		Grundstück m ²		Kaufpreis €		Bodenwert anteil am Kaufpreis
		von Durchschnitt	bis	von Durchschnitt	bis	Von Durchschnitt	bis	
Reihen- u. Doppel- Häuser	2	1900	1945	168	241	104.000	140.000	78 %
		1933		205		122.000		
	16	1946	1960	159	370	90.000	283.000	61
		1956		287		217.172		
	24	1961	1970	150	510	170.000	468.000	54
		1966		268		256.354		
	23	1971	1980	112	360	172.000	375.000	40%
		1977		224		262.943		
	16	1981	1990	147	411	195.000	380.000	35 %
		1986		236		275.713		
	4	1991	2000	144	365	270.000	460.000	32 %
		1997		276		336.250		
3	2001	2004	113	194	267.000	425.000	25 %	
	2002		156		244.917			
6	2005	2008	122	225	264.500	320.000	23 %	
	2007		170		293.382			
18	2009	2010	107	283	230.000	394.370	25 %	
	2010		181		318.670			
Freist.- Einfam. Häuser	19	1900	1945	203	883	95.000	445.000	80 %
		1932		396		239.895		
	28	1946	1960	160	1.212	89.000	865.000	69 %
		1955		509		356.732		
	5	1961	1970	273	563	275.400	422.500	55 %
		1967		412		355.880		
8	1971	1980	335	514	280.000	405.000	52 %	
	1977		418		359.938			

Freist.- Einfam. Häuser	2	1981	1990	506	525	447.000	815.000	40 %	
		1985		516		631.000			
	1	1991	2000	123	123	348.000	348.000	18	
		2000		123		348.000			
	4	2001	2004	141	448	277.000	555.000	32 %	
		2003		272		418.000			
	4	2009	2010	400	817	504.500	760.000	40 %	
		2010		543		656.125			
2-Fam. Häuser	10	1900	1945	165	575	105.000	340.000	76 %	
		1941		338		217.800			
	21	1946	1960	141	896	156.000	600.000	67%	
		1954		422		306.048			
	7	1961	1970	220	520	262.000	390.000	56 %	
		1965		390		320.286			
	1	1971	1980	240	240	310.000	310.000	36 %	
		1973		240		310.000			
	4	1981	1990	330	777	230.800	818.064	45 %	
		1986		526		481.466			
	3 u. 4 Fam.- Häuser	14	1900	1945	191	842	190.000	410.000	73 %
			1940		401		260.357		
12		1946	1960	229	674	190.000	562.000	59 %	
		1953		396		315.867			
6		1961	1970	359	552	265.000	375.000	59 %	
		1965		510		316.867			
1		1971	1980	413	413	290.000	290.000	55 %	
		1977		413		290.000			

Die Abweichungen zu den Zahlen auf Seite 23 sind dadurch bedingt, dass in der Aufstellung ausgewertete Verträge aus den Jahren 2008 und 2009 berücksichtigt wurden.

Marktanpassungsfaktoren (Zu- bzw. Abschläge) beim Sachwertverfahren

Bei statistischen Untersuchungen wurden systematische Abweichungen zwischen den nachkalkulierten Sachwerten und den Kaufpreisen festgestellt. Dies bedeutet, dass das Sachwertverfahren nicht unmittelbar zum Verkehrswert führt.

Durch den Vergleich der Sachwerte mit den Kaufpreisen konnten die nachfolgenden Marktanpassungsfaktoren abgeleitet werden.

Bei der Anwendung der dargestellten Marktanpassungsfaktoren sind folgende Vorgaben zu beachten

- Bei der Gebäudesachwertermittlung wurden Normalherstellungskosten (NHK2000 bzw. NHK1995) des jeweiligen Gebäudetyps bezogen auf die Bruttogrundfläche bzw. Bruttonauminhalt angesetzt.
- Die Baujahrgruppe wurde entsprechend dem Baujahr unter Berücksichtigung durchgeführter Modernisierungen gewählt.
- Die Wertminderung wegen Alters wird berücksichtigt, wobei eine Mindestrestnutzungsdauer von 20 Jahren nicht unterschritten wurde.
- Die bundesweiten Durchschnittssätze der NHK2000 bzw. NHK1995 wurden zur Berücksichtigung des Ludwigsburger Baukostenniveaus um 5 % (Regionalfaktor = 1,05) erhöht.
- Es wurden die Richtwerte für unbebaute Grundstücke angesetzt. Ein früher üblicher Bebauungsabschlag wurde nicht mehr vorgenommen

Grundlage der Auswertung sind 813 Kauffälle der Jahre 2003 bis 2009.

Achtung:

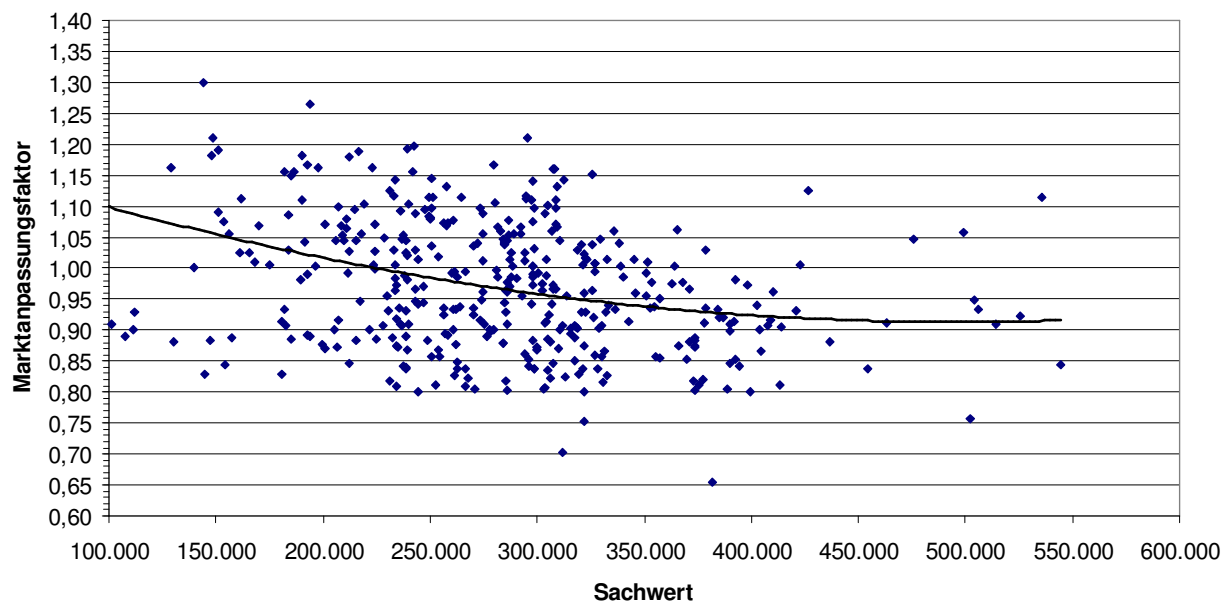
Die ermittelten Marktanpassungsfaktoren sind Durchschnittswerte. Sie können als Basis- bzw. Ausgangswerte bei der Erstellung von Gutachten betrachtet werden.

Je nach Art und Lage des Objekts können die ermittelten Marktanpassungsfaktoren nach oben oder unten variieren.

Anwendungsbeispiele:			
Reihenhaus		Zweifamilienhaus	
Sachwert:	250.000 €	Sachwert	400.000 €
Abschlag (1 %)	2.500 €	Abschlag (7 %)	28.000 €
	—————		—————
Verkehrswert	247.500 €	Verkehrswert	372.000 €

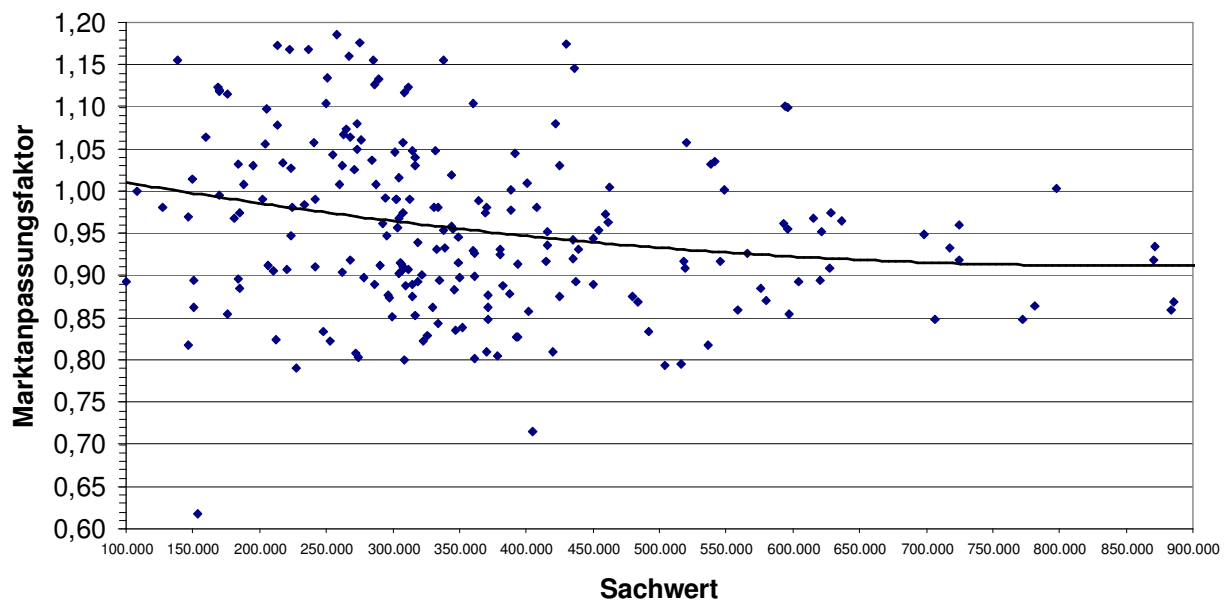
Zu + Abschläge Reihen- /Doppelhäuser

Kaufverträge 2003 bis 2009



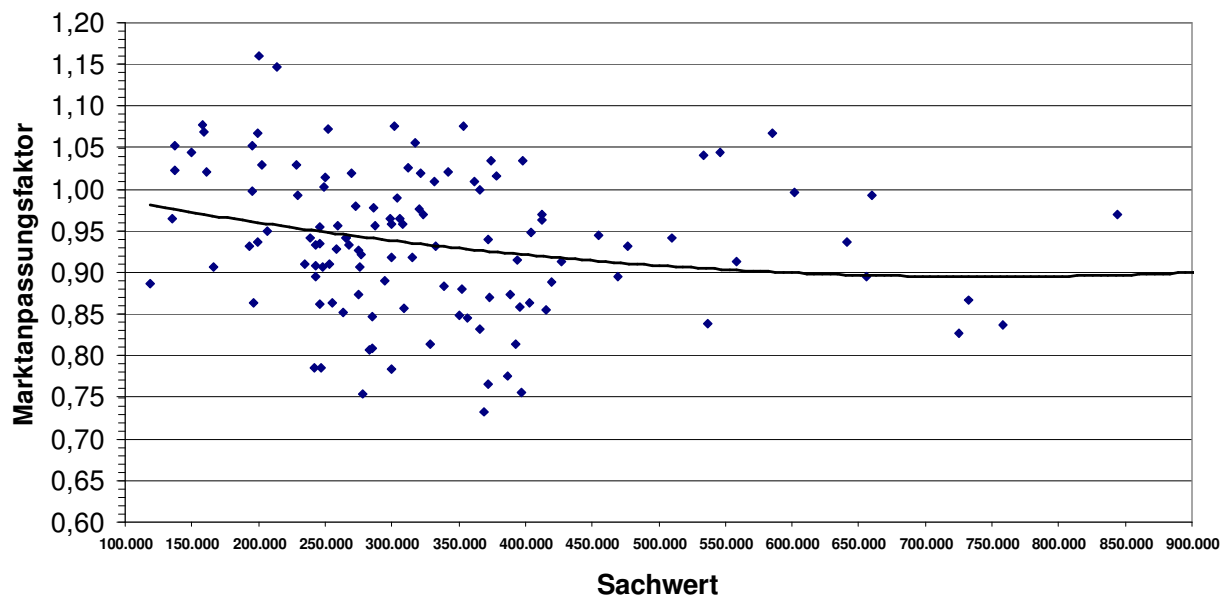
Zu + Abschläge Einfamilienhäuser

Kaufverträge 2003 bis 2009



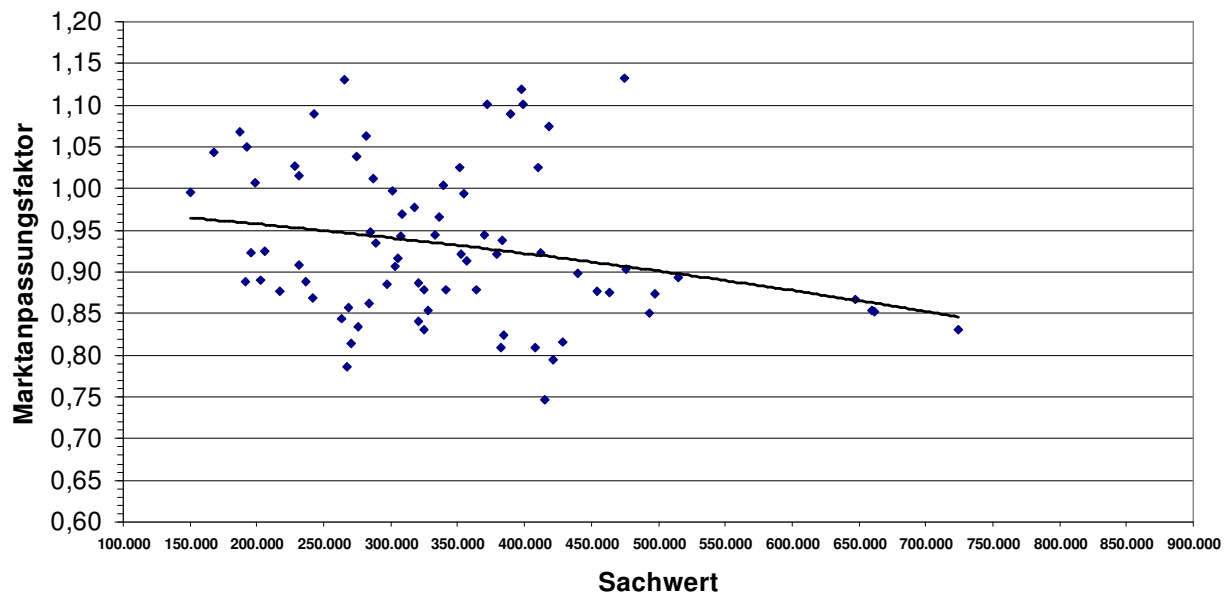
Zu- und Abschläge Zweifamilienhäuser

Kaufverträge 2003 bis 2009



Zu- und Abschläge 3 + 4 Familienhäuser

Kaufverträge 2003 bis 2009



Wohnungseigentum
Auswertung nach Lage und Baujahr
Kaufverträge 2009

Baujahr	Anz.	Ø €/m ²	Ø Größe in m ²	Von €/m ²	.	Bis €/m ²	Anz.	Appartement bis 40 m ² Ø €/m ²
Innenstadt								
NB 2009/2010/2011	16	2.743	107	2.306		3.238		
2007 /2008	18	2.668	100	2.181		3.254		
2005 bis 2006	0	0	0	0		0		
2000 bis 2004	3	2.192	81	2.077		2.378		
1996 bis 1999	0	0	0	0		0		
1991 bis 1995	8	1.862	77	1.520		2.457	1	1.743
1980 bis 1990	9	1.804	74	1.265		2.234	1	1.203
1971 bis 1979	5	1.317	72	992		1.608	4	1.068
1960 bis 1970	6	915	73	789		1.084		
1945 bis 1959	3	1.226	86	1.059		1.310		
1900 bis 1944	2	870	69	863		877		
Weststadt								
NB 2009/2010	2	2.375	91	2.353		2.397		
2007 /2008	4	2.476	90	2.351		2.609		
2005 bis 2006	2	2.429	116	2.344		2.513		
2000 bis 2004	6	1.849	85	1.731		1.969		
1996 bis 1999	0	0	0	0		0		
1991 bis 1995	0	0	0	0		0	1	1.200
1980 bis 1990	8	1.653	70	1.292		2.169	1	1.650
1971 bis 1979	5	1.331	87	1.111		1.562		
1960 bis 1970	13	1.306	77	1.053		1.515		
1945 bis 1959	10	1.228	68	951		1.466		
1900 bis 1944	3	1.017	86	917		1.079		
Nordstadt								
NB 2009/2010	0	0	0	0		0		
2007/2008	0	0	0	0		0		
2005 bis 2006	0	0	0	0		0		
2000 bis 2004	0	0	0	0		0		
1996 bis 1999	0	0	0	0		0		
1991 bis 1995	0	0	0	0		0		
1980 bis 1990	0	0	0	0		0	1	1.767
1971 bis 1979	2	1.174	78	1.100		1.247	1	1.029
1960 bis 1970	2	1.382	67	1.308		1.456	1	1.078
1945 bis 1959	0	0	0	0		0		
1900 bis 1944	0	0	0	0		0		

Baujahr	Anz.	Ø €/m²	Ø Größe in m²	Von €/m²	.	Bis €/m²	Anz.	Appartement bis 40 m² Ø €/m²
Oststadt								
NB 2009/2010/2011	32	2.813	107	2.316		3.773		
NB Pick-Up-Haus 2009	5	2.749	117	2.550		2.749		
2007 /2008	0	0	0	0		0		
2005 bis 2006	5	2.335	82	2.224		2.422		
2000 bis 2004	0	0	0	0		0		
1996 bis 1999	4	1.882	84	1.565		2.095		
1991 bis 1995	6	1.730	73	1.289		1.986		
1980 bis 1990	4	1.683	83	1.386		1.994		
1971 bis 1979	8	1.270	66	1.012		1.500		
1960 bis 1970	23	1.337	74	968		1.962	2	1.084
1945 bis 1959	29	1.204	71	826		1.799	1	1.368
1900 bis 1944	0	0	0	0		0		
Südstadt								
NB 2009/2010	8	2.547	96	2.352		2.777		
2007/2008	20	2.438	72	2.283		2.625		
2005 bis 2006	0	0	0	0		0		
2000 bis 2004	2	2.006	90	1.744		2.268		
1996 bis 1999	0	0	0	0		0		
1991 bis 1995	3	1.660	69	1.575		1.742	1	1.097
1980 bis 1990	0	0	0	0		0		
1971 bis 1979	4	1.202	111	1.144		1.289		
1960 bis 1970	0	0	0	0		0		
1945 bis 1959	5	1.333	106	1.230		1.526		
1900 bis 1944	0	0	0	0		0		
Pflugfelden								
NB 2009/2010	6	2.645	76	2.632		2.656		
2007/2008	0	0	0	0		0		
2005 bis 2006	0	0	0	0		0		
2000 bis 2004	0	0	0	0		0		
1996 bis 1999	0	0	0	0		0		
1991 bis 1995	12	1.644	76	1.321		2.155		
1980 bis 1990	4	1.752	98	1.436		2.107		
1971 bis 1979	2	1.745	86	1.713		1.776		
1960 bis 1970	4	1.290	76	1.223		1.429		
1945 bis 1959	0	0	0	0		0		
1900 bis 1944	0	0	0	0		0		

Baujahr	Anz.	Ø €/m²	Ø Größe in m²	Von €/m²	.	Bis €/m²	Anz.	Appartement bis 40 m² Ø €/m²
Eglosheim								
NB 2009/2010	2	2.094	96	2.021		2.167		
2007/2008	0	0	0	0		0		
2005 bis 2006	0	0	0	0		0		
2000 bis 2004	2	1.825	107	1.770		1.879		
1996 bis 1999	0	0	0	0		0		
1991 bis 1995	2	1.605	65	1.304		1.905		
1980 bis 1990	9	1.521	93	1.343		1.826	2	1.292
1971 bis 1979	10	1.362	92	1.053		1.742		
1960 bis 1970	26	1.187	73	1.006		1.639		
1945 bis 1959	24	1.095	62	968		1.311		
1900 bis 1944	0	0	0	0		0		
Hoheneck								
NB 2009/2010	6	2.519	116	2.434		2.774		
2007/2008	0	0	0	0		0		
2005 bis 2006	0	0	0	0		0		
2000 bis 2004	0	0	0	0		0		
1996 bis 1999	0	0	0	0		0		
1991 bis 1995	0	0	0	0		0		
1980 bis 1990	9	1.793	84	1.540		1.949		
1971 bis 1979	6	1.446	93	1.029		1.754	2	1.412
1960 bis 1970	7	1.357	82	966		1.647		
1945 bis 1959	0	0	0	0		0		
1900 bis 1944	0	0	0	0		0		
Oßweil								
NB 2009/2010	18	2.561	92	2.186		3.163		
NB RHS als WE	18	1.995	139	1.815		2.129		
2007/2008	4	2.767	74	2.676		2.892		
2005 bis 2006	0	0	0	0		0		
2000 bis 2004	2	2.393	104	2.282		2.503		
1996 bis 1999	0	0	0	0		0		
1991 bis 1995	5	1.866	78	1.525		2.107		
1980 bis 1990	7	1.581	69	1.156		1.897	1	1.000
1971 bis 1979	5	1.681	71	1.239		2.167	2	1.081
1960 bis 1970	9	1.226	73	992		1.533		
1945 bis 1959	0	0	0	0		0		
1900 bis 1944	0	0	0	0		0		

Baujahr	Anz.	Ø €/m ²	Ø Größe in m ²	Von €/m ²	.	Bis €/m ²	Anz.	Appartement bis 40 m ² Ø €/m ²
Grünbühl		Keine auswertbaren Verträge						
Neckarweihingen								
NB 2009/2010	2	2.432	100	2.395		2.468	1	2.289
2007/2008	0	0	0	0		0		
2005 bis 2006	0	0	0	0		0		
2000 bis 2004	0	0	0	0		0		
1996 bis 1999	2	1.823	84	1.538		2.108		
1991 bis 1995	2	1.344	74	1.255		1.433		
1980 bis 1990	2	1.388	65	1.209		1.567		
1971 bis 1979	7	1.286	53	938		1.548		
1960 bis 1970	10	1.363	77	1.103		1.632		
1945 bis 1959	0	0	0	0		0		
1900 bis 1944	0	0	0	0		0		
Poppenweiler								
NB 2009/2010	4	2.265	79	2.185		2.490		
2007/2008	6	2.192	75	2.130		2.278		
2005 bis 2006	0	0	0	0		0		
2000 bis 2004	0	0	0	0		0		
1996 bis 1999	0	0	0	0		0		
1991 bis 1995	3	1.540	78	1.285		1.805		
1980 bis 1990	0	0	0	0		0		
1971 bis 1979	0	0	0	0		0		
1960 bis 1970	3	1.471	83	1.227		1.744		
1945 bis 1959	0	0	0	0		0		
1900 bis 1944	0	0	0	0		0		

Bei den Auswertungen sind nur Wohnungen in Mehrfamilienhäusern berücksichtigt worden. Miteigentumsanteile in Reihenhäusern oder sog. Pick-Up-Häuser sind extra aufgeführt. Hier muss aber davon ausgegangen werden, dass die Miteigentumsanteile in verschiedenen Ausbaustufen verkauft wurden. Wohnungsverkäufe auf Erbpachtgrundstücken wurden bei der Auswertung nicht berücksichtigt.

Auswertung Wohnungseigentum 2009

Bei der vorstehenden Tabelle für die einzelnen Bereiche wurden die Durchschnittswerte aus **bereinigten** Kaufpreisen ermittelt, d.h. Anteile für Garagen, Stellplätze usw. wurden vom Kaufpreis abgezogen.

Der durchschnittliche Preis für Neubauwohnungen **Baujahr 2009 ff** lag bei **ca. 2.645 €/m² (2.534 €/m²)** Wohnfläche (ohne Garagen oder Stellplätze). Preisspanne von 2.021 €/m² bis 3.773 €/m² (2.014 €/m² – 3.299 €/m²).

Die Wohnungsgröße lag im Durchschnitt bei ca. 101 m² (90 m²).
(Werte 2008)

Preisentwicklung bei Wohnungseigentum (Wohnfläche ab 41 m²):**WE-Preise nach Baujahrbereichen in Euro pro m²-Wohnfläche**

Baujahr Verkaufsjahr	1900 - 1944	1945 - 1958	1959 - 1970	1971 - 1979	1980 - 1990	1991 - 1995	1996 - 1999	2000 - 2004	2005/ 2006	2007/ 2008	2009 2010/11
1983	1.067	1.146	1.477	1.624	1.828	-	-	-	-	-	-
1984	1.013	1.119	1.344	1.504	1.784	-	-	-	-	-	-
1985	1.027	1.148	1.206	1.457	1.731	-	-	-	-	-	-
1986	968	1.115	1.218	1.398	1.742	-	-	-	-	-	-
1987	985	1.136	1.283	1.440	1.779	-	-	-	-	-	-
1988	1.069	1.226	1.344	1.518	1.848	-	-	-	-	-	-
1989	1.116	1.408	1.510	1.687	1.812	-	-	-	-	-	-
1990	1.222	1.617	1.601	1.868	1.928	-	-	-	-	-	-
1991	1.117	1.708	1.642	1.823	2.091	2.390	-	-	-	-	-
1992	1.370	1.634	1.672	1.927	2.081	2.494	-	-	-	-	-
1993	1.665	1.694	1.755	1.720	2.137	2.635	-	-	-	-	-
1994	1.606	1.885	1.775	1.745	2.077	2.695	2.886	-	-	-	-
1995	1.377	1.627	1.678	1.693	2.010	2.506	2.666	-	-	-	-
1996	1.401	1.571	1.523	1.620	1.950	2.248	2.506	-	-	-	-
1997	1.453	1.511	1.491	1.477	1.832	2.334	2.529	-	-	-	-
1998	1.172	1.406	1.499	1.484	1.853	2.112	2.487	-	-	-	-
1999	1.333	1.376	1.441	1.406	1.843	1.952	2.376	2.265	-	-	-
2000	1.226	1.400	1.399	1.337	1.810	1.945	2.351	2.370	-	-	-
2001	1.369	1.406	1.415	1.392	1.842	1.997	2.307	2.377	-	-	-
2002	1.401	1.344	1.424	1.471	1.741	1.900	2.174	2.470	-	-	-
2003	1.391	1.344	1.335	1.334	1.815	1.913	2.166	2.517	-	-	-
2004	1.359	1.308	1.312	1.355	1.740	1.819	1.994	2.533	2.445	-	-
2005	1.382	1.292	1.351	1.372	1.798	1.789	2.014	2.445	2.380	2.494	-
2006	1.428	1.260	1.375	1.357	1.740	1.900	1.898	2.156	2.407	2.526	-
2007	1.352	1.291	1.350	1.357	1.669	1.716	2.044	2.122	2.304	2.542	-
2008	1.040	1.201	1.345	1.267	1.627	1.712	1.957	2.166	2.296	2.477	2.534
2009	958	1.197	1.260	1.366	1.668	1.698	1.984	2.045	2.356	2.512	2.648

Baujahr: 2006 – 2008: 2.492 €/m²

Durchschnitte einzelne Baujahre:

2006: 2.356 €/m²

2007: 2.478 €/m²

2008: 2.515 €/m²

2009: 2.580 €/m²

2010/2011: 2.701 €/m²

Betreutes Wohnen:

Stadtgebiet ohne Gemeinschaftseinrichtungen:

BJ bis 1999 : 2.133 €/m²;

BJ 2007 – 2009 : 2.483 €/m²

(gesamt 2.440 €/m²) Wohnfläche

Stadtgebiet mit Gemeinschaftseinrichtungen:

- keine Verträge in 2009 und 2008

(4.631 €/m²-Wohnfläche in 2007)

PKW-Stellplätze

Tiefgaragenstellplätze						
	Baujahr bis 2000			ab Baujahr 2001-2007		
	Anz.	Ø €	Spanne €	Anz.	Ø €	Spanne €
2009*	-	-	-	7	8.900	4.500- 15.000
2008*	12	8.292	5.000 – 10.500	7	10.071	9.000 – 12.000
2007*	23	7.650	3.000 – 12.800	14	9.150	3.000 – 15.000

TG Neubau 2009/2011	6	11.833	10.000 – 14.250			
TG BJ 2008	3	12.833	10.000 – 15.000			
TG BJ 2007	2	13.500	12.000 – 15.000			

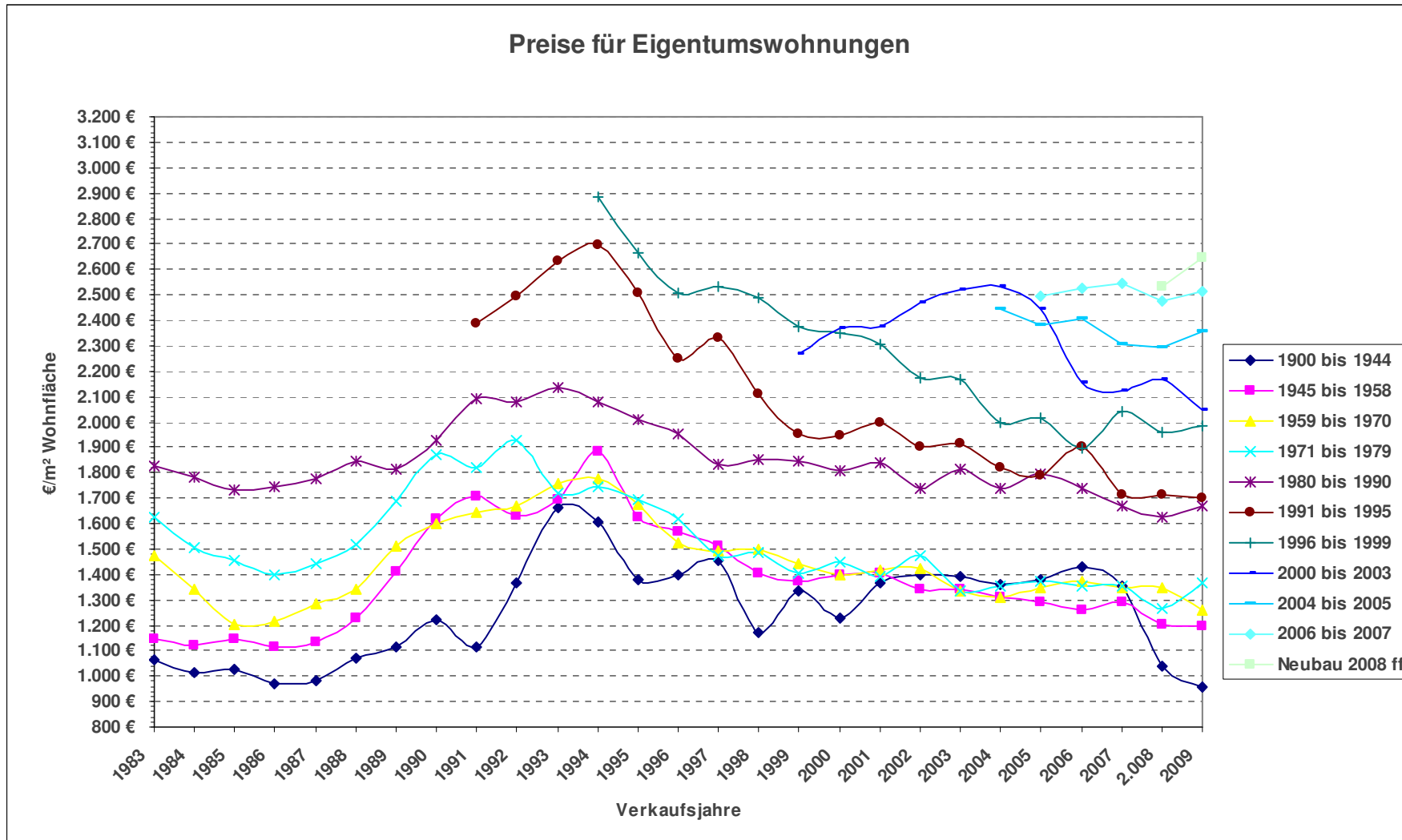
Stellplätze im Freien						
		Alle Baujahre				
		Anz.	Spanne €			
2009*	3	8.333	8.000 – 8.500			
2008*	-	-				

Doppel-/Viererparker in TG						
		Alle Baujahre				
		Anz.	Spanne €			
2009*	-	-	-			
2008*	2	5.280	4.800 – 5.760			

Teileigentum Garagen						
		Alle Baujahre				
		Anz.	Spanne €			
2009*	3	12.700	10.000 – 18.000			
2008*	5	9.600	6.500 – 18.000			

*Verkaufsjahr

Preise Eigentumswohnungen 1983 bis 2009 – Grafik -



Antrag für Verkehrswertgutachten

 Antragsteller (Name und Anschrift)

Tel.: _____

An den
 Gutachterausschuss
 bei der Stadt Ludwigsburg
 Postfach 249

71602 Ludwigsburg

Antrag auf Verkehrswertermittlung

Beilage: Energieausweis, falls vorhanden

Mietverträge bei ganz oder teilweise vermieteten Objekten

Ich/Wir beantrage(n) die Ermittlung des Verkehrswerts für das Grundstück:

 in Ludwigsburg

Flurstück Nr.: _____

Ich bin/Wir sind (z.B. Eigentümer, Miteigentümer, Erbe, Bevollmächtigter, Testamentsvollstrecker, Kaufbewerber):

 (bei Nichteigentümer bitte entsprechende Vollmacht beifügen)

Zweck: _____

(z.B. Nachlass- oder Erbauseinandersetzung; Verkauf, Kauf; Beleihung oder dergleichen)

Wertermittlungs-Stichtag: _____

Anzahl der benötigten Gutachten: _____

(eine Fertigung ist in der Gebühr enthalten)

Bitte wenden

Auskünfte zum Objekt:Bei bebauten Grundstücken:

a) monatliche Mieteinnahmen (bei Eigennutzung Mietwert)

Bitte auch Name und Telefonnummer von Mietern angeben!

Stockwerk/Bezeichnung, Anzahl der Räume, Wohnfläche (z.B. 3 Zimmer, Küche, Bad WC, Büro, Werkstatt, usw.) - auch für eigengenutzte Räume	<u>monatl. Gesamtmiete</u> (einschl. Nebenab- gaben)	Bemerkungen (ins. über Verwandten- und Gefälligkeits- mieten Name/Tel.-Nr. Mieter
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

(wenn Zeilen nicht ausreichend, bitte gesondertes Blatt beifügen)

Mietverträge beilegen !

b) Baujahr: _____

Renovierungsjahr: _____

Die für die Wertermittlung entstehenden Gebühren einschließlich der gesetzlichen Mehrwertsteuer werde ich übernehmen.

Mit der Besichtigung des Grundstücks bin ich bzw. ist der Eigentümer einverstanden. Die Mieter oder Untermieter werden von mir veranlasst, den Zutritt zu ihren Räumlichkeiten zu ermöglichen.

Ich bitte, mich bezüglich des Zeitpunkts der Besichtigung über die umseitig genannte Telefonnummer oder über Tel.:zu verständigen.

 Datum / Unterschrift des Antragstellers

Gebührensatzung für Verkehrswertgutachten und Auskünfte

SATZUNG

über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss in der Fassung vom 01.01.2002.

(Gutachterausschussgebührensatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 3. Oktober 1983 in Verbindung mit den §§ 2 und 8a des Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 15. Februar 1982/28. Mai 1996 hat der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg am 07. Oktober 1992/17. November 1998/21. November 2001 folgende Satzung bzw. Änderung beschlossen:

§ 1

Gebührenpflicht

- (1) Die Stadt Ludwigsburg erhebt für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss Gebühren.
- (2) Für Amtshandlungen der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses, insbesondere für Auskünfte aus der Kaufpreissammlung, für die Ableitung wesentlicher Daten für die Wertermittlung, für Richtwertauskünfte und Auskünfte über die ermittelten wesentlichen Daten werden Gebühren nach den Vorschriften der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Ludwigsburg erhoben.

§ 2

Gebührensschuldner, Haftung

- (1) Gebührensschuldner ist, wer die Erstattung des Gutachtens veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird.
- (2) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (3) Neben dem Gebührensschuldner haftet, wer die Gebührensschuld durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Gutachterausschuss übernommen hat; dies gilt auch für denjenigen, der für die Gebührensschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

§ 3

Gebührenmaßstab

- (1) Die Gebühren werden nach dem Wert der Sachen und Rechte bezogen auf den Zeitpunkt des Abschlusses der Wertermittlung erhoben.
- (2) Sind in einem Gutachten für mehrere Grundstücke eines Gebietes besondere Bodenrichtwerte (§ 196 Abs. 1 Satz 5 BauGB) zu ermitteln, so gilt als Wert der doppelte Wert des gebiets- oder lagetypischen Grundstücks. Bei mehreren gleichartigen Bodenrichtwerten ist der höchste Wert zugrunde zu legen. Die maßgebliche Grundstücksgröße beträgt höchstens 800 m².

- (3) Sind im Rahmen einer Wertermittlung mehrere Sachen oder Rechte, die sich auf ein Grundstück oder ein grundstücksgleiches Recht beziehen, zu bewerten, so ist die Gebühr aus der Summe der maßgeblichen Werte der einzelnen Gegenstände zu berechnen. Gleiches gilt, wenn Wertunterschiede auf der Grundlage unterschiedlicher Grundstückseigenschaften zu ermitteln sind. Wertermittlungen mehrerer Eigentumswohnungen auf einem Grundstück oder gleichartiger unbebauter Grundstücke gelten hier als eine Wertermittlung.
- (4) Sind Wertermittlungen für Sachen oder Rechte auf unterschiedliche Stichtage durchzuführen, ohne dass sich die Zustandsmerkmale (§ 3 Abs. 2 WertV) wesentlich geändert haben, so ist für den ersten Stichtag der volle Wert und für jeden weiteren Stichtag der halbe Wert zu Grunde zulegen. Sind die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse antragsgemäß unverändert, ist hierfür ein Viertel des Wertes zu Grunde zulegen.
- (5) Wird der Wert eines Miteigentumsanteils ermittelt, das nicht mit Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz verbunden ist, so wird die Gebühr aus dem Wert des gesamten Grundstücks berechnet.

§ 4

Gebührenhöhe

- | | |
|--|--|
| (1) Bei der Wertermittlung von Sachen und Rechten beträgt die Gebühr bei einem Wert bis 25.000 EUR | 300 EUR |
| bis 100.000 EUR | 300 EUR
zzgl. 0,4% aus dem Betrag über 25.000 EUR |
| bis 250.000 EUR | 600 EUR
zzgl. 0,35% aus dem Betrag über 100.000 EUR |
| bis 500.000 EUR | 1.125 EUR
zzgl. 0,20% aus dem Betrag über 250.000 EUR |
| bis 5 Mio. EUR | 1.625 EUR
zzgl. 0,10% aus dem Betrag über 500.000 EUR |
| über 5 Mio. EUR | 6.125 EUR
zzgl. 0,05% aus dem Betrag über 5 Mio. EUR. |
- (2) Bei unbebauten Grundstücken oder Rechten an solchen Grundstücken beträgt die Gebühr 60% der Gebühr nach Abs. 1.
- (3) Bei geringem Aufwand (Kleinbauten, z.B. Garagen oder Gartenhäuser; Berechnung des Herstellungswertes baulicher Anlagen nach vorhandenen Unterlagen) oder wenn dieselben Sachen oder Rechte innerhalb von drei Jahren erneut zu bewerten sind, ohne dass sich die tatsächlichen Verhältnisse geändert haben, ermäßigt sich die Gebühr auf die Hälfte.
- (4) Ist das Gutachten auf Antrag entsprechend § 6 Abs. 3 Satz 2 Gutachterausschussverordnung unter besonderer Würdigung der Vergleichspreise und Darlegung der angewandten Methoden auszuarbeiten, erhöht sich die Gebühr um 50%.
- (5) Für die Erstattung eines Gutachtens nach § 5 Abs. 3 Bundeskleingartengesetz vom 28. Februar 1983 beträgt die Gebühr 300 EUR.

- (6) In den Gebühren ist eine Ausfertigung des Gutachtens für den Antragsteller und eine weitere für den Eigentümer enthalten, soweit dieser nicht Antragsteller ist; für jede weitere Ausfertigung bzw. jeden weiteren Auszug aus der Wertermittlung, auch aufgrund gesetzlicher Vorschriften, werden dem Antragsteller Gebühren nach der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Ludwigsburg berechnet.
- (7) Zusätzlich zu der Gebühr nach den Absätzen 1 - 6 wird die gesetzliche Umsatzsteuer erhoben.

§ 5

Rücknahme eines Antrages

Wird ein Antrag auf Erstellung eines Gutachtens zurückgenommen, bevor der Gutachterausschuss einen Beschluß über den Wert des Gegenstandes gefaßt hat, so wird eine Gebühr nach dem Bearbeitungsstand von bis zu 90% der vollen Gebühr erhoben.

§ 6

Besondere Sachverständige, erhöhte Auslagen

- (1) Werden mit Zustimmung des Antragsstellers besondere Sachverständige bei der Wertermittlung zugezogen, so hat der Gebührenschuldner die hierdurch entstehenden Auslagen neben den Gebühren nach dieser Satzung zu entrichten.
- (2) Soweit die sonstigen Auslagen das übliche Maß übersteigen, sind sie neben der Gebühr zu ersetzen.
- (3) Für die Erstattung von Auslagen sind die für die Gebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

§ 7

Entstehung und Fälligkeit

Die Gebühr entsteht mit der Beendigung der Wertermittlung, in den Fällen des § 5 mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung. Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.

§ 8

Übergangsbestimmungen

Für Leistungen, die vor Inkrafttreten dieser Satzung beantragt wurden, gilt die bisherige Gebührensatzung. Für die Höhe der gesetzlichen Umsatzsteuer ist abweichend von Satz 1 der Tag der Wertermittlung maßgebend.

§ 9

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.01.1993 in Kraft; gleichzeitig tritt die Gutachterausschussgebührensatzung vom 29. November 1978 außer Kraft.

Die Änderungssatzung tritt am 01.01.1999 in Kraft.

Die Änderungssatzung § 4 Gebührenhöhe tritt am 01.01.2002 in Kraft.

Ausgefertigt

Ludwigsburg, den 08.10.1992/18.11.1998/21.11.2001

gez.

Hans Jochen Henke

Oberbürgermeister

Erhebung von Gebühren für den Grundstücksmarktbericht, Bodenwertauskünfte und Bewertungen

Ab **01.01.2008** werden für den Grundstücksmarktbericht und schriftliche Bodenwertauskünfte, mit Ausnahme von reinen Richtwertangaben, folgende Gebühren erhoben:

1. Grundstücksmarktbericht	bei Abholung	20,-- €
	bei Zusendung	25,-- €
2. Schriftliche Bodenwertauskünfte		
a) Bodenrichtwert/Wohnungspreise nach Statistik		
	pro Wert	30,-- €
b) Bodenwert/Wohnungspreis mit Vergleichspreisen		
	pro Wert	50,-- €
c) Bodenwert für steuerliche Zwecke mit Lageplan		
	pro Wert	100,-- €
d) unverbindliche Wertauskunft einschl. Gebäude – ohne Besichtigung – nach Angabe des Antragstellers –		
	pro Objekt	¼ der Gebühr nach Satzung mind. 100 €
e) gutachterliche Stellungnahme einschl. Gebäude – mit Ortsbesichtigung – nach Angabe des Antragstellers sowie Bauakten		
	pro Stellungnahme	½ der Gebühr nach Satzung mind. 150 €
f) landwirtschaftliche Grundstücke		
	pro Wert	15,-- €

Mehrere Bodenwerte für gleichwertige Grundstücke in gleicher (räumlicher) Lage werden bei der Gebührenberechnung als ein Wert behandelt.

In Einzelfällen kann abweichend eine andere Gebühr angesetzt werden. Die Abweichung ist kurz zu begründen und dem Antragsteller vorab mitzuteilen.

Die Zusendung der alle 2 Jahre erscheinenden Bodenrichtwertübersicht (Richtwertübersicht DIN A4) erfolgt kostenlos.

Anlage 20: Interview vom 19.07.2010 mit Herrn Burkhardt

Niederschrift des Interviews vom 19.07.2010 mit Herrn Albrecht Burkhardt, Mitarbeiter des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung der Stadt Ludwigsburg

1. Wie sieht die künftige Einwohnerentwicklung in Ludwigsburg aus? (Gibt es Umfragen zur den Umzugsmotiven?)

Gleichbleibender Einwohnerstand in den nächsten 5 Jahren.

Grund: Die Stadt Ludwigsburg hat auf die starke Abwanderung ins Umland von Bürgerinnen und Bürgern reagiert, indem neue Wohngebiete entwickelt und ausgewiesen wurden.

2. Vor welchen Herausforderungen steht die Wohnungsbaupolitik der Stadt Ludwigsburg?

Bis vor vier Jahren war die Stadt Ludwigsburg von einer starken Abwanderung ins Umland betroffen. Grund dafür war, dass nicht ausreichend Wohnangebote zur Verfügung standen. Durch die Entwicklung und Ausweisung neuer Baugebiete konnte dem Abwanderungstrend ins Umland teilweise entgegengesteuert werden.

Es müssen aber trotzdem noch weitere Maßnahmen ergriffen werden um diesem Trend entgegenzuwirken.

3. Ziele der Wohnungsbaupolitik in Ludwigsburg

- Interessenten aus dem Umland anziehen
- vor allem junge Menschen und Familien halten und gewinnen
- attraktive Wohnangebote in der Innenstadt für ältere Menschen

2. Wohnformen (z.B. betreutes Wohnen, Mehrgenerationenhaus,.....)

Mehrgenerationenhaus

Gemeinschaftshaus (Kinder- und Familienzentrum künftig in jedem Stadtteil)

3. Sehen Sie eine positive Auswirkung der Wohnungsbaupolitik auf die Einwohnerentwicklung?

Mit dem Baugebiet in Poppenweiler konnte ein Bevölkerungsgewinn von 5 % erzielt werden. Mit dem Baugebiet „Jahnstraße“ konnten 40 % Bürger aus dem Umland gewonnen werden. 60 % sind ludwigsburger Bürger. Andere Baugebiete werden jetzt erst aufbevölkert.

4. Mit welchen Maßnahmen versuchen Sie Bürger zu halten/ zu gewinnen?

Baukindergeld: Familien erhalten beim Erwerb von städtischen Grundstücken bzw. Wohnungen von der Stadt einen Zuschuss (pro Kind 3.000 €). Ab 01. Oktober 2010 gewährt die Stadt diesen Zuschuss nicht mehr, da es finanziell nicht mehr tragbar ist. (Nähere Infos stehen im Internet).

Mietwohnungsbau, Starterwohnungen → siehe Wohnungspolitische Strategie Ludwigsbrüg

Starterhaushalte: Im Baugebiet „Hartnäcker Höhe“ und „Sonnenberg“ werden preisgünstige Reihenhäuser angeboten.

attraktive Baugebiete mit verschiedenen Wohnangeboten (z.B. Baugebiet „Hartnäcker Höhe“)

Baugemeinschaften: Im Baugebiet „Hartnäcker Höhe“ wurden bei der Vermarktung bewusst solche Baugruppen berücksichtigt. Die Stadt stellt für diese Zielgruppe Grundstücke zur Verfügung und werden reserviert (d.h. die Grundstücke werden nicht anderweitig vermarktet). Die Stadt fungiert als Ansprechpartner, Berater und Vermittler und kümmert sich um die Öffentlichkeitsarbeit.

5. Welche Instrumente setzt die Stadt dafür ein?

Bereitstellung von Geldern für das Baukindergeld

Durch den Verkauf von städtischen Grundstücken (z.B. Hartnäcker Höhe) kann die Zielgruppe bestimmt werden.

Bei der Grundstückvergabe kann geregelt werden, ob Eigentum oder Mietwohnungsbau entstehen soll.

Pro Baugebiet wurde eine Projektgruppe gebildet, die sich um die ganzen Angelegenheiten des jeweiligen Baugebiets kümmert.

Projektgruppe „Kommunale Wohnungspolitik“: Vertreter aus verschiedenen Fachbereichen beschäftigen sich mit dem demografischen Wandel, seinen Auswirkungen und planen Maßnahmen.

Stadtentwicklungskonzept und der Masterplan. Im Masterplan „Attraktivität des Wohnens“ sind die Ziele, Maßnahmen und Umsetzungen festgelegt.

Ausschreibung von Wettbewerben, insbesondere bei wichtigen Baugebieten.

Einrichtung eines Bürgerbüros als Service

6. Welche Zielgruppen werden verstärkt angesprochen? (z.B. junge und gut ausgebildete Familien,...)

Familien

7. Werden z.B. junge ansässige Familien bei kommunalen Angeboten zum Neu- und Umbau bzw. Erwerb von Wohnraum vorrangig berücksichtigt?

Früher gab es Auswahlkriterien für Baugrundstücke (z.B. Wohnort, Kinder,...).

Familien werden immer noch vorrangig berücksichtigt.

8. Sonstiges

Seit dem Jahr 2006 setzt sich die Stadt Ludwigsburg mit dem demografischen Wandel auseinander. 2006 wurde das erste Konzept (Wohnungspolitische Strategie, SEK) entwickelt, indem Ziele festgelegt wurden, wie dem demografischen Wandel entgegenwirken kann.

noch bis zum 30.09.2010

**Ludwigsburger Baukindergeld -
Richtlinien zur Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum
in Ludwigsburg**

Die Stadt Ludwigsburg fördert den Bau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen auf städtischen Grundstücken. Ziel dieser städtischen Förderung ist es, Interessenten mit Kindern die Schaffung von Wohneigentum zu erleichtern und die Attraktivität des Wohnens in Ludwigsburg zu erhöhen.

1. Begünstigter Personenkreis:

Das „Ludwigsburger Baukindergeld“ erhalten Familien, auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende mit mindestens einem Kind, das das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

2. Fördergegenstand:

Gefördert werden selbstgenutzte Familienheime und familiengerechte Eigentumswohnungen, die auf städtischen Grundstücken gebaut werden.

3. Art der Förderung:

Gefördert wird durch das „Ludwigsburger Baukindergeld“.

Für jedes zum Haushalt der Antragsteller gehörende Kind unter 18 Jahren gewährt die Stadt Ludwigsburg einen einmaligen Betrag von 3.000,- Euro in Form eines Nachlasses auf den Grundstückskaufpreis.

noch bis zum 30.09.2010

Ein Kind gehört zum Zeitpunkt der Bewilligung auch dann bereits zum Haushalt, wenn seine Geburt nach ärztlicher Bescheinigung innerhalb der nächsten 6 Monate erwartet wird. Das Ludwigsburger Baukindergeld wird für Kinder gewährt, die mit einem Antragsteller in gerader Linie verwandt oder Adoptivkinder sind. Die Auszahlung des Baukindergeldes erfolgt bei Direktverkauf des Grundstücks an einen Privaterwerber durch eine Kaufpreissubvention in Höhe des Förderbetrags, bei Verkauf über einen Bauträger nach Bezug der Wohnung bzw. des Hauses. Die Auszahlung erfolgt in diesem Fall direkt an den Wohnungs- bzw. Hauskäufer.

Das Ludwigsburger Baukindergeld ist eine freiwillige Leistung der Stadt Ludwigsburg, auf die kein Rechtsanspruch besteht und die nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt werden kann.

4. Verfahren:

Allgemeine Auskünfte über das „Ludwigsburger Baukindergeld“ und den Verkauf von städtischen Baugrundstücken erhalten Sie beim Fachbereich Liegenschaften der Stadt Ludwigsburg, Mathildenstr. 21/1, 71638 Ludwigsburg, Tel. 07141/910-2280, Fax: 07141/910-2514, E-Mail: liegenschaften@ludwigsburg.de.
Dieser Fachbereich nimmt auch konkrete Anträge entgegen.

5. Ausnahmen:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung des Gemeinderats der Stadt Ludwigsburg kann, wenn sich bei der Anwendung dieser Richtlinien unbillige Härten ergeben, in Einzelfällen Abweichungen zulassen.

6. Inkrafttreten:

Diese Richtlinien treten mit der Beschlussfassung des Gemeinderates am 10.05.2006 in Kraft.



Förderantrag zum Ludwigsburger Baukindergeld

Die Stadt Ludwigsburg fördert den Bau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen auf städtischen Grundstücken durch einen Nachlass am Grundstückskaufpreis von 3.000 € für jedes zum/zur Antragsteller/-in gehörende Kind unter 18 Jahren.

Der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg hat das Baukindergeld vorläufig bis zum Jahresende 2009 beschlossen. Dieses wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt.

Der Fachbereich Liegenschaften entscheidet über Anträge zum Ludwigsburger Baukindergeld.

Von Ihnen auszufüllen:

Die Antragsteller

Anschrift

haben vom Wohnbauunternehmen	
das Grundeigentum am Flurstück Nr.	
der Gemarkung	
mit Kaufvertrag vom	Urkundenrolle Nr.:
des Notariats	

erworben.

Eine Kopie des Kaufvertrages liegt diesem Antrag bei.

noch bis zum 30.09.2010

Zum Haushalt gehören folgende mit uns/mir in gerader Linie verwandte Kinder oder Adoptivkinder, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben:

Vorname und Name des Kindes	Geburtsdatum des Kindes

Ich/wir beantrage/n die Gewährung des Baukindergeldes in Höhe von 3.000 € für die oben aufgeführten Kinder.

Meine/unsere Bankverbindung lautet:

Konto-Nr.	BLZ
Name der Bank	

Die Auszahlung des Baukindergeldes erfolgt nach Vorlage der Anmeldebestätigung/Meldebescheinigung für das selbstgenutzte Familienheim und Vorlage der Eintragungsnachricht über die Eintragung der Antragsteller als Eigentümer des erworbenen Grundstücks im Grundbuch.

Datum	Unterschrift
Datum	Unterschrift

Bitte zurücksenden an:

Anlage: Kaufvertrag

Stadtverwaltung Ludwigsburg
Fachbereich Liegenschaften
Postfach 249
71602 Ludwigsburg

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

Entwurf für Gemeinderatsklausur am 12. und 13. Mai 2006



Projektgruppe Kommunale Wohnungspolitik
Henning Hiss (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung,
Projektkoordination), Peter Fazekas (FB Bürgerbüro Bauen, Stv.), Sabine
Beisswenger (FB Liegenschaften), Anngret Deimel (FB Bürgerbüro Bauen),
Martin Gebler (Wohnungsbau Ludwigsburg), Sonja Thüry (DII)

Ludwigsburg, den 02.Mai 2006

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg Gliederung

	Seite
1. Zusammenfassung (für den eiligen Leser)	4
2. Kommunale Wohnungspolitik Einleitung	4
a. Herausforderung	
b. Rückblick auf bisherige Handlungsweisen, z.B. Kasernenbeschlüsse, seitherige Förderung Eigentum / Mietwohnungen (Kontinuität des Handelns).	
c. Sozialdatenatlas	
3. Bestandsanalyse	8
a. Herangehensweise, Methode	
b. Die wesentlichen wohnungspolitischen Handlungsfelder: Bevölkerung, Markt, Städtebau	
c. Welche statistischen Indikatoren der Stadt werden herangezogen?	
d. Bevölkerung	
▪ Demographische Entwicklung	
▪ Soziale Entwicklung	
e. Markt	
▪ Zur Entwicklung des Wohnungsmarktes in Ludwigsburg	
▪ Entwicklung der Nachfragesituation in Ludwigsburg	
▪ Exkurs: Stadt-Umland-Wanderung der Familien	
▪ Marktengpässe, fehlende Angebote	
▪ Entwicklungstendenzen des Wohnungsmarktes	
f. Städtebau	
4. Ziele, Instrumente und Maßnahmen städtischer Wohnungspolitik	21
4.1 <u>Die Ludwigsburger Oberziele + Leitsatz</u>	21
4.2 <u>Maßnahmen, um die Oberziele zu erreichen</u>	22
a. Maßnahmen für eine nachhaltige, positive Bevölkerungsentwicklung	
b. Maßnahmen für eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur	
c. Maßnahmen für die überdurchschnittliche Qualität im Neubau und in der Bestandspflege	

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

d. Maßnahmen für die Sicherung und Entwicklung der Stadtteilidentitäten

4.3 Einzelne Maßnahmen

24

4.3.1 Wohnangebotspalette

- neue und flexible Wohnformen
- Starterwohnungen
- Studentenwohnen
- Mehrgenerationenwohnen
- „Bezahlbarer“ Wohnraum
- „Villen“ – Wohnen
- Baugruppen
- Baugenossenschaften

4.3.2 Maßnahmen in Neubaugebieten

- a. Eigentumsförderung beim Bau und Erwerb von Einzel-, Doppel-, Reihenhäusern und Eigentumswohnungen auf städtischen Grundstücken durch Baukindergeld
- b. Ausgabe von Erbbaurechten an städtischen Wohnbaugrundstücken
- c. Vergaberichtlinien für städtische Wohnbaugrundstücke

4.3.3 *Mietwohnungsbau – **Konzept derzeit in Bearbeitung** -*

- a. *Einkommensorientierte Mietwohnraumförderung – Rückblick und bisherige Beschlusslage*
- b. *Frei finanziert Mietwohnungsbau*

4.3.4 *Maßnahmen in Bestandsgebieten – **Ausarbeitung im Zusammenhang mit den künftigen Stadtteilentwicklungsplänen** -*

- a. *im Wohnungsbestand*
- b. *im Wohnumfeld (städtebauliche Aufwertung)*

4.4 Rolle und Handlungsfelder Wohnungsbau Ludwigsburg

38

5. **Ausblick und weiteres Vorgehen**

41

Integration in das Stadtentwicklungskonzept,
Zukünftiges Aufgabenpaket in der Verwaltung: Wohnungsmarktbeobachtung und Steuerung der Wohnungsentwicklung auf der Grundlage der noch zu erarbeitenden Stadtteilentwicklungspläne.

1. Zusammenfassung

Der **bevorstehende demographische Wandel**, der in den nächsten Jahrzehnten zu einer deutlichen Veränderung in der Bevölkerungszahl und in der Bevölkerungsstruktur führen wird, erfordert **neue wohnungspolitische Strategien** gegen die negativen Auswirkungen, ebenso die unterschiedliche sich in Zukunft noch verschärfende Ausprägung der Wohnungs- und Bevölkerungsstruktur in den einzelnen Stadtteilen.

Im folgenden werden die Herausforderungen, die Grundlagen, die Ziele einer wohnungspolitischen Strategie und die wohnungspolitischen Maßnahmen im Einzelnen erläutert, die für eine erfolgreiche Entwicklung der Stadt Ludwigsburg notwendig sind.

Wichtige Maßnahmen für das Ziel einer nachhaltigen, positiven Bevölkerungsentwicklung sind die Bereitstellung einer großen Angebotspalette mit vielfältigen Wohnformen, die Schaffung von hochwertigen Lebens- / Wohnbedingungen, die Gewährung von Baukindergeld für Familien mit Kindern und die Einbeziehung der Wohnungsbau Ludwigsburg in die wohnpolitische Strategie.

2. Kommunale Wohnungspolitik Einleitung

2.a. Herausforderung

Ludwigsburg steht heute wie die meisten Städte vor vielfältigen Herausforderungen. Darunter ist sicher eine der schwerwiegendsten der **demographische Wandel**, der in den nächsten Jahrzehnten zu einer deutlichen Veränderung in der Bevölkerungszahl und in der Bevölkerungsstruktur führen wird.

Die Bevölkerungsentwicklung wird grundsätzlich durch 3 Faktoren bestimmt:

- durch die Geburtenrate
- durch die Lebenserwartung
- und durch die Zu-/Abwanderung

Bei der Geburtenrate geht das Statistische Landesamt Baden-Württemberg von einer anhaltend niedrigen Rate von ca. 140 Kindern je 100 Frauen aus (zur Bestandshaltung wären 210 Kinder je 100 Frauen erforderlich). Die Lebenserwartung soll bis 2050 bei den Frauen um 4,5 Jahre, bei den Männern um 5,5 Jahre zunehmen. Die zukünftige Bevölkerungszu- und -abwanderung ist schwieriger einzuschätzen. Das Statistische Landesamt geht davon aus, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft Wanderungsgewinne von durchschnittlich 38.000 Personen pro Jahr haben wird.

Vor diesem Hintergrund wird für Baden-Württemberg bis 2050 trotz der genannten Wanderungsgewinne ein Bevölkerungsrückgang sowie ein stark ansteigender Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung erwartet. Bis dahin ist jedoch für die nächsten ca. 15 Jahre zunächst von Zuwachspotenzialen auszugehen, die es zu nutzen gilt. In den SEK - Gemeinderatsunterlagen für die Klausur sind Auszüge aus einer Studie des Berlin-Instituts (Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?) beigelegt. Diese

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

zeigen eindrucksvoll die Chancen und Herausforderungen für Baden-Württemberg und damit auch für Ludwigsburg auf.

Hieraus ergeben sich auch für Ludwigsburg dramatische Veränderungen z.B. für die Auslastung und Verteilung der städtischen Infrastruktur, für das Arbeitskräfteangebot in der Stadt, für den Immobilienmarkt und für die soziodemographische Struktur in den Stadtteilen.

Die kommunale Wohnungspolitik beschäftigt sich mit **Strategien gegen die negativen Auswirkungen dieses Wandels.**

Mit dem **Ziel einer nachhaltigen, positiven Bevölkerungsentwicklung** gilt es in Ludwigsburg Wohnungsangebote, Anreize (Förderungen) und Lebensbedingungen zu schaffen, dass die Bevölkerung in Ludwigsburg gehalten werden kann (gegenüber dem Landkreis gibt es erhebliche Wanderungsverluste gerade von Familien mit Kindern) und dass Familien für Zuzüge gewonnen werden können.

Dies umso mehr, als die Stadt im Kreisvergleich einen hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern und Migranten hat, d.h. eine Bevölkerungsstruktur, die zu eher größeren Schwierigkeiten in Kindergärten und Schulen mit Blick auf Sprachförderung, Integration und Chancengleichheit führt.

Die Zuwanderung sozial stabiler Bevölkerungsteile ist damit eine Chance für die bestehende Bevölkerungsstruktur. Eine gute Struktur, insbesondere mit einem ausreichenden Anteil jüngerer Menschen, ist auch für das Gemeinwesen wichtig, wenn man zum Beispiel an den Arbeitsmarkt, an Vereine, Kirchen, usw. denkt.

Neben der Verfolgung des generellen Zieles einer nachhaltigen, positiven Bevölkerungsentwicklung müssen wir uns im Einzelnen den **bestehenden Stadtteilen** besonders zuwenden. Die Stadtteile sind aufgrund ihrer städtebaulichen Situation und Funktion, ihrer Wohnungs- und Bevölkerungsstruktur sehr unterschiedlich ausgeprägt. Sie besitzen einerseits Qualitäten und Stärken sowie Potenziale für eine Weiterentwicklung. Manche haben jedoch auch Defizite, die zu starken Beeinträchtigungen der Wohnqualität führen können. Es kann in Stadtbereichen partiell (einzelne Straßenzüge) die Gefahr bestehen, dass selbst ein Mindestmaß an Wohnqualität nicht mehr gewährleistet werden kann, dass Teile des Wohnbestandes ihre Eignung für das Wohnen verlieren. Infolgedessen können Siedlungsbereiche eine einseitige gesellschaftliche, soziale oder demographische Prägung (Segregation) erhalten.

Diese Entwicklung frühzeitig zu erkennen und zu steuern, ist eine Aufgabe der Kommunalen Wohnungspolitik.

Insgesamt ist es deshalb **ein Ziel der Kommunalen Wohnungspolitik**, mit den Mitteln der Wohnungs- und Bodenwirtschaft sowie der Stadtentwicklung den sozialen Interessenausgleich hinsichtlich des Wohnens zu steuern und auf eine nachhaltige, d.h. ausgeglichene soziodemographische Struktur der Stadtgesellschaft und der Stadträume hinzuwirken, indem einseitige Bevölkerungsstrukturen und Unterschiede zwischen den Stadtteilen vermieden werden – als Voraussetzung für eine gesellschaftlich und

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

wirtschaftlich erfolgreiche Gesamtentwicklung der Stadt.

Die Stadt wird, um die Ziele der Kommunalen Wohnungspolitik zu erreichen, ihre **Steuerungsmöglichkeiten**, ihr aus Flächenabzug und Vorkauf zur Verfügung stehendes Bauland sowie ihre sonstigen wirtschaftlichen Potenziale einsetzen müssen, um Angebotsprofile und Bodenmarkt kontinuierlich zu beeinflussen.

In diesem Zusammenhang stehen wichtige Entscheidungen über die **Weiterentwicklung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH** an, die sich bisher hauptsächlich um die Wohnraumversorgung der weniger einkommensstarken Bevölkerungsteile zu kümmern hatte. Die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Chancen auf dem Gebiet der Wohnungspolitik und des Städtebaus macht deutlich, dass die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt wesentlich stärker als bislang aktiv tätig werden muss. Dies gilt auch im Zusammenhang mit den fundamentalen Voraussetzungen bei den Bevölkerungsstrukturen in den Stadtteilen mit Blick auf Bildung und Integration und auf anderen Gebieten des Wohnungs- und Städtebaus und der Stadtentwicklung, die im bestehenden Gesellschaftsvertrag bislang schon vorgesehen sind.

2.b Rückblick

In der Vergangenheit hat die Stadt Ludwigsburg im wesentlichen Wohnungspolitik betrieben, indem sie Wohnbauflächen ausgewiesen (im Flächennutzungsplan 1984 wurden 45,4 ha als „unbebaute Teile in vorhandenen Bauflächen“ und 81,6 ha Neubauflächen ausgewiesen) und **Baugebiete kontinuierlich als Angebot** bereitgestellt hat. So sind in den 80´ger Jahren große Baugebiete wie Hoheneck-West, Möglinger Straße Nord (in Pflugfelden), aber auch das innerstädtische Baugebiet City-Ost realisiert worden.

In Ludwigsburg wurden im Jahr 1993/94 ca. 70 ha militärisch genutzter Fläche für andere Nutzungen freigegeben. Daraufhin beschloss der Gemeinderat, dass die Umnutzung dieser **ehemals militärisch genutzten Flächen Vorrang** vor der Erschließung von Neubaugebieten hat. Gleichzeitig wurden die Planungen von 4 Neubaugebieten im Außenbereich gestoppt. Folgerichtig wurden in den folgenden Jahren die Planungen im Bereich der ehemaligen Krabbenlochkaserne (Wohngebiet „Rotbäumlesfeld“) und im Bereich der ehemaligen Wohnsiedlung „Am Sonnenberg“ vorrangetrieben. Darüber hinaus wurde lediglich die Entwicklung des Wohngebietes „Gegen Eich“ aufgrund des dringenden Bedarfes zur Erweiterung der vorhandenen Sportplatzfläche in die Wege geleitet.

Nachdem sich abzeichnete, dass der **Wohnflächenbedarf nicht mehr gedeckt** werden konnte und um auch den Stadtteilen wieder Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, beschloss der Gemeinderat im Jahre 2001 (Vorl.Nr. 404/01) die Entwicklung der Wohnbaugebiete „Jahnstraße“ in Poppenweiler, „Am Wasserfall“ in Pflugfelden, eines noch genauer zu bestimmenden Baugebietes in Neckarweihingen (inzwischen wurde das Baugebiet „Neckarterrasse“ beschlossen) und die Entwicklung der Flakkaserne.

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

Förderangebote für Wohneigentum von der Stadt Ludwigsburg gab es in den letzten 20 Jahren in 3 Fällen: Im Baugebiet Hoheneck-West, im Gebiet Möglinger Straße Nord in Pflugfelden und im Rotbäumlesfeld. Außerdem wurden Familien mit einem Aufwendungsdarlehen gefördert. Auch der Mietwohnungsbau wurde seit 1990 unter besonderen Voraussetzungen gefördert (Ludwigsburger Modell und 4. Förderweg des Landes). Näheres zur Förderung s. Punkt 4.3.2 und 4.3.3.

Die unter Punkt 2 a.) beschriebenen neuen Herausforderungen machen es notwendig, dass zukünftig über die seitherige Praxis hinaus eine **wohnungspolitische Strategie** entwickelt wird, die mit Blick auf den demografischen Wandel, auf die Aufgaben in den Bereichen Bildung und Integration und insgesamt auf ausgewogene und sozial tragfähige Bevölkerungsstrukturen eine positive Weiterentwicklung der Stadt Ludwigsburg ermöglicht.

2.c Sozialdatenatlas

Der Sozialdatenatlas stellt die **wichtigsten Daten** zusammen, die das soziale Leben in Ludwigsburg betreffen. Er bildet somit eine bedeutende Grundlage für vielfältige Entscheidungen des Gemeinderates bzw. der Verwaltung.

Darüber hinaus enthält der Sozialdatenatlas sehr viele **Indikatoren** für die Formulierung von Zielen. Diese sind geeignet, den Zielerreichungsgrad der noch zu definierenden kommunalpolitischen Ziele zu messen und die Wirksamkeit von Maßnahmen festzustellen.

So kann in den nächsten Jahren z.B. anhand der Bevölkerungsdaten (Bevölkerungszahl, Wanderungssaldo, sozio - ökonomische Lage in den Stadtteilen) festgestellt werden, ob die wohnungspolitischen Maßnahmen greifen, um die entsprechenden Oberziele zu erreichen.

Der Sozialdatenatlas ist daher in unmittelbarem Zusammenhang mit dem im Aufbau befindlichen kommunalen Berichtswesen als Teil der **strategischen Steuerungsunterstützung** zu sehen. Er bekommt insofern über eine reine Datensammlung hinausgehend auch den Charakter eines Steuerungsinstruments.

Der **erste Teil des Sozialdatenatlases über die Situation von Kindern und Jugendlichen** im Stadtgebiet sowie über statistische Informationen in Bezug auf Bevölkerung und Arbeitsmarktdaten wurde den Fraktionen im November letzten Jahres als Arbeitsgrundlage vorgelegt. Eine Beratung darüber muss noch erfolgen.

Weitere Teile, die angegangen werden, sind:

- Junge Erwachsene und Familien
- Seniorinnen und Senioren
- Zuwanderer aus dem Ausland
- Menschen mit Behinderungen
- Wohnen in Ludwigsburg

- Gesundheit und Suchtproblematik

3. Bestandsanalyse

3.a Herangehensweise, Methode

Bei der Ausarbeitung der wohnungspolitischen Strategien wurde dreistufig vorgegangen:

1. Bestandsaufnahme
2. Ziele
3. Maßnahmen

Um die Wohnsituation der Menschen und die Rahmenbedingungen für das Wohnen in Ludwigsburg realistisch und differenziert einschätzen zu können, wurden die Mitarbeiter der vielen mit unterschiedlichen Fragen des Wohnens befassten Fachbereiche in einer Projektgruppe organisiert sowie ausgewiesene externe Fachleute in verschiedene Untersuchungsmethoden einbezogen: **Experten-Hearing** am 14.04.05, **Dialog-Veranstaltung „Wie wollen wir in Zukunft wohnen?“** am 05.07.05 im Rahmen des SEK-Dialogsommers; die drei wichtigsten eigendynamischen **Handlungsfelder der Wohnungspolitik (Bevölkerung/Markt/Städtebau)** wurden im Rahmen von **drei Gutachten** in ihren Abhängigkeiten analysiert und jeweils Entwicklungsziele formuliert (s. Punkt 3.b.).

In einem für die Verwaltung neuen Verfahren hat dann die Projektgruppe in einer nächsten Stufe mit den externen Fachleuten und der Verwaltungsspitze in **fünf Klausuren** wohnungspolitische Ziele und Maßnahmen für Ludwigsburg ausgearbeitet.

Parallel dazu wurde das Thema Wohnen als ein Handlungsfeld des Stadtentwicklungskonzeptes in den **Zukunftskonferenzen I und II** mit Vertretern der Bürgerschaft, des Gemeinderates und der Verwaltung diskutiert und konzipiert. Wertvolle Anregungen sind dadurch in die vorliegende wohnungspolitische Strategie eingeflossen.

Im März 2006 wurde zusätzlich mit Mitgliedern des Gemeinderats eine **Informationsfahrt** nach Karlsruhe und Lörrach durchgeführt. Im Mittelpunkt standen, neben den kommunalpolitischen Perspektiven der Wohnungs- und Bevölkerungsentwicklung im weiteren Sinne, die besonderen Möglichkeiten, mit dem Instrument einer örtlichen Wohnungsbau GmbH auf spezifische Probleme der städtebaulichen Entwicklung Einfluss nehmen zu können, wie auch die unternehmensspezifischen Möglichkeiten und Herausforderungen der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH.

3.b Die wesentlichen wohnungspolitischen Handlungsfelder:

- **Bevölkerung**
- **Markt**
- **Städtebau**

Drei fachlich qualifizierte Büros wurden in Zusammenarbeit mit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH mit der Ausarbeitung einer Bestandsanalyse und ersten Zielvorstellungen in den drei wesentlichen wohnungspolitischen Handlungsfeldern Bevölkerung, Markt und Städtebau beauftragt.

Die Klärung zielgruppenorientierter Angebotsentwicklung (Handlungsfeld Bevölkerung und Markt) wurde durch das **Büro Weeber und Partner, Stuttgart** mittels Aufbereitung und Analyse von Material aus den Datenbeständen der Stadt, aus dem Gutachten zur Bevölkerungsentwicklung von Professor Köhl und einer Befragung von Ludwigsburger Haushalten durchgeführt.

Die Ausgangsfragen lauteten:

- Welche derzeitigen und aufgrund der demografischen Entwicklung zukünftig zu erwartenden Schwächen der sozio-demografischen Struktur in Ludwigsburg sind mit Hilfe der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung zu verändern?
- Welche Zielgruppen müssen dazu besonders angesprochen werden?
- Was wird nachgefragt?
- Welche Konzepte und Maßnahmen im Wohnungsbestand und Neubau sind geeignet, um das Wohnungsangebot zielgruppenorientiert weiter zu entwickeln?

Die Struktur der Wohnorte in Ludwigsburg (Handlungsfeld Städtebau) wurde durch das **Büro ORplan (Prof. Schwinge), Stuttgart** erhoben. Auf der Grundlage einer stadträumlichen Bestandsaufnahme der jeweiligen Bevölkerungsstrukturen und der Rahmenbedingungen des Wohnens, der Qualität und der Zielkonflikte wurde diese Analyse durchgeführt.

Ziel der Untersuchung war die Identifikation und Abgrenzung der Wohnorte in Ludwigsburg und deren qualifizierende Beschreibung. Hier wurden in knappen "Steckbriefen" die wohnbezogenen Potentiale bzw. Defizite der Gebietseinheiten benannt, wobei zunächst nur eine allgemeine Einordnung erfolgt ist, die im weiteren Verfahren in eine differenzierte kleinräumliche Gebietsbeschreibung weitergeführt und später in einem Stadtbeobachtungssystem dynamisiert werden kann.

In Ergänzung hierzu lieferte das **Institut innovatives Bauen (Dr. Hettenbach), Plankstadt** eine Analyse zur nachfrageorientierten nachhaltigen Siedlungsentwicklung (Handlungsfeld Markt) unter den Aspekten einer angemessenen und qualitätsvollen Wohnraumversorgung für ausgewogene sozio-demografische

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

Gesellschaftsstrukturen. Diese aktuelle Markteinschätzung liefert wichtige Hinweise zu Stärken und Schwächen des Wohnungsmarkts in Ludwigsburg.

Die Vorstellung der Gutachten Büro Weeber und Partner und Institut innovatives Bauen ist am 09.11.2005 im Gemeinderat erfolgt. Büro ORplan hatte zum Termin einen aktuellen Werkstattbericht vorgelegt.

Die wesentlichen Ergebnisse dieser Gutachten werden auszugsweise in den nachfolgenden Punkten dargestellt.

3.c Welche statistischen Indikatoren der Stadt werden herangezogen?

Folgende Daten wurden zum Teil bezogen auf die Stadtteile (teilweise wurden Stadtteile zusätzlich unterteilt) verwendet oder zusätzlich erhoben:

- die Altersstruktur und die Entwicklung der Altersstruktur nach den Daten des Einwohnermeldewesens, Stand 31.12.2004 und der Prognose Prof. Köhl 2005
- die Haushaltsgrößen und die Haushaltsstrukturen nach den Daten des Einwohnermeldewesens, Stand 31.12.2004
- die sozio-ökonomische Lage mit den Schulübergangsquoten nach den Daten des Einwohnermeldewesens und anderer Statistiken städtischer Fachbereiche, Stand 31.12.2004
- der Wohnungsbestand, der Modernisierungsbedarf und die Wohnungsgrößen entsprechend der Befragung Büro Weeber und Partner 2005
- die Bewertung der Wohnung, des Wohnumfelds und des Stadtteils entsprechend der Befragung Büro Weeber und Partner 2005
- der Vergleich der Bautätigkeit mit Landkreis und Region nach Daten der Stadt Ludwigsburg
- die Käufe von Eigentumswohnungen und die Eigentumsquote nach dem Immobilienbericht der Stadt Ludwigsburg 2005, Stadt Ludwigsburg nach Grundsteuerdaten
- der Kaufkraftindex im regionalen Vergleich nach Daten der GFK Marktforschung GmbH 2003
- die Zu- und Wegzüge von Ludwigsburg nach der amtlichen Statistik der Stadt Ludwigsburg
- die Einstellung zum Wohnen sowie die Pläne für das künftige Wohnen der Ludwigsburger Haushalte entsprechend der Befragung Büro Weeber und Partner 2005
- die Lebensstile und die Nachfrageorientierungen der Ludwigsburger Wohnbevölkerung nach Erhebungen des Instituts innovatives Bauen (IIB) Wohnstil, -image und -wechseldatenbank; Berechnungen IIB

3.d Bevölkerung

▪ Demografische Entwicklung

Bei der Bevölkerungsprognose nach Prof. Köhl ergibt sich, dass Ludwigsburg bei einem jährlichen Zuwanderungsüberschuss von 90 Personen im Jahr 2015 knapp 1.000 Einwohner mehr haben wird als im Ausgangsjahr 2003. Glichen sich Zu- und Abwanderung in den kommenden Jahren aus, läge der Bevölkerungsstand mit 130 Personen leicht unter dem Ausgangsstand. Dabei wird die Entwicklung in den Stadtteilen unterschiedlich verlaufen. Ausgehend von einem Szenario mit Zuwanderungsüberschuss ergibt sich folgendes Bild:

Die Bevölkerung Ludwigsburgs würde diesem Szenario zufolge zwischen den Jahren 2004 und 2015 um 1 Prozent wachsen. Je nach Altersaufbau, Wanderungstendenzen und der geplanten Entwicklung des Wohnungsbestands schwankt die Entwicklung in den Stadtteilen im gleichen Zeitraum zwischen einer Abnahme der Bevölkerung um 4 Prozent (Stadtteil West) und einer Zunahme um 18 Prozent (Stadtteil Oßweil).

- Stadtteile, für die ein Rückgang der Bevölkerung erwartet wird, sind Mitte, West, Nord, Ost, Eglosheim, Hoheneck und Grünbühl.
- Eine wachsende Bevölkerung wird für Süd, Pflugfelden, Oßweil, Neckarweihingen und Poppenweiler prognostiziert.
- Eine kontinuierlich rückläufige Bevölkerung prognostiziert Prof. Köhl für die Stadtteile West, Ost, Eglosheim, Hoheneck und Grünbühl.
- Anhaltendes Bevölkerungswachstum wird für Oßweil und Poppenweiler angenommen.
- In den Stadtteilen Mitte und Nord wächst der Prognose zufolge die Bevölkerung bis 2006 und nimmt dann ab.
- In Süd wird Wachstum bis 2010 prognostiziert und dann eine rückläufige Entwicklung.
- In Pflugfelden gibt es einen leichten Anstieg bis 2007, ein starkes Wachstum bis 2012 und dann eine Abnahme der Bevölkerung.
- Eine erst abnehmende, ab 2009 aber wachsende Bewohnerzahl hat Neckarweihingen.

Die Zahl der 30- bis 39-jährigen (hauptsächliche Altersgruppe der Eltern und Immobilienersterwerber) und der Kinder und Jugendlichen wird bis 2015 deutlich zurückgehen. Dafür werden ca. 2.000 mehr 41- bis 60-jährige und 1.250 mehr Ältere über 60 Jahre in Ludwigsburg leben. Dieser Wandel, der dem bundesweiten Trend entspricht, wird auch in den einzelnen Stadtteilen spürbar. Stadtteile mit einem besonders hohen Anteil junger Erwachsener von 20 bis 29 Jahren gibt es 2015 nach der Prognose nicht mehr. In den Stadtteilen West, Ost und Süd werden sogar sehr wenige junge Erwachsene wohnen. In West und Süd wird der Anteil der Kinder und Jugendlichen verhältnismäßig hoch sein. Letzteres trifft auch auf Eglosheim zu. Wenig Kinder und Jugendliche werden der Prognose

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

zufolge in Mitte und Nord, Pflugfelden, Hoheneck und Neckarweihingen leben. In Mitte und Hoheneck werden außerdem 30 Prozent der Bewohner über 60 Jahre alt sein.

Die vorausgerechneten Ergebnisse hängen stark von der eingerechneten erwarteten Bautätigkeit ab. In allen Stadtteilen, in denen die Einwohnerzahlen sinken, ist kaum eine Bautätigkeit vorgesehen bzw. in Ost im Verhältnis zur Einwohnerzahl nur eine geringe Bautätigkeit.

Die Einwohnerentwicklung insgesamt und in den Altersgruppen wird sehr stark davon geprägt, wie attraktiv Wohnungsangebot, Arbeitsplätze und Lebensqualität - auch im Wettbewerb der Städte und Regionen - sind.

▪ **Soziale Entwicklung**

Die Wohnstandorte sind hinsichtlich zentraler sozio-demografischer Merkmale wie folgt zu charakterisieren:

- **Mitte-West und Süd (ohne Sonnenberg): Jung und bunt**
Die Stadtteile repräsentieren ein gemischtes, innenstädtisches oder innenstadtnahes Milieu. In der Innenstadt und der Unteren Stadt (Mitte-West) ist der Anteil nicht deutscher Bewohner sehr hoch, in der Südstadt durchschnittlich. In beiden Gebieten gibt es auch einige finanziell weniger gut gestellte Bewohner.
- **Die zwei Hälften von Mitte-Ost: im Norden leben eher ältere deutsche Bewohner, im Süden die Jungen und Familien**
- **Die Stadtteile West, Nord und Ost: im Ganzen gesehen ein Ludwigsburger Querschnitt**
In der südlichen Weststadt (Bereich West-Süd) leben etwas mehr Migranten. Im nördlichen Bereich des Stadtteils Ost, dem Zuckerberg und dem Schloßlesfeld, ist der Anteil der Älteren überdurchschnittlich, auch leben hier eher Leute mit höherem Einkommen und Status.
- **Im Osten vom Westen: eher innenstädtisches Milieu**
- **Nord und Ost als Patchwork unterschiedlicher Standorte**
- **Sonnenberg und Grünbühl: junge Familienstadtteile für weniger Wohlhabende**
Auch Sonnenberg und Grünbühl haben eine junge Bevölkerung. Jedoch sind die Familien mit Kindern, die hier leben, häufiger finanziell weniger gut gestellt und der Anteil nicht deutscher Bewohner ist besonders hoch.

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

- **Wohnen für Familien und junge Singles in Eglosheim**
Auch in Eglosheim gibt es mehr Haushalte, die wenig begütert sind. Das betrifft sowohl Eglosheim-Ost, als auch Eglosheim-West. Der Anteil der nicht deutschen Bevölkerung entspricht hier jedoch dem Durchschnitt.
- **Pflugfelden, Hoheneck, Oßweil, Neckarweihingen und Poppenweiler: Am Rand Ludwigsburgs wohnen eher Paare und Familien, die sich etwas mehr leisten können**
In den anderen dezentral gelegenen Stadtteilen leben wenig benachteiligte und auch wenig nicht deutsche Bewohner. Diese Stadtteile sind eher Wohnorte des Mittelstands und der wohlhabenderen Haushalte.

Ludwigsburg hat im Regionalvergleich eine eher niedrige Eigentumsquote, ist räumlich unausgewogen und hat eine vergleichsweise geringe Kaufkraft.

Innerhalb von Ludwigsburg zeigen sich große Unterschiede zwischen den nördlichen und mitte-östlichen Stadtgebieten mit einer überwiegend gut gestellten Bevölkerung und den eher benachteiligten Bewohnern im Postleitzahlgebiet 71638 (Grünbühl, inklusive Teilgebieten von Süd, Mitte, Ost) und 71634 (Eglosheim, inklusive Teilgebieten von Mitte und Nord).

In vielen Stadtteilen entsprechen die sozio-demografischen Strukturen im Großen und Ganzen der Ludwigsburger Mischung mit Besonderheiten, die zur Vielfalt der Stadt gehören. Spezifische Belange ergeben sich vor allem in den Stadtquartieren mit überdurchschnittlich vielen Kindern oder älteren Menschen. Besonders im Blickfeld müssen aber die Gebiete stehen, in denen die soziale Integration mit einer großen Zahl von Menschen in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, mit geringeren Bildungschancen und erschwerter kultureller und beruflicher Integration durch eine Herkunft aus anderen Ländern schwierig ist. Dabei spielt es eine große Rolle, ob benachteiligte Menschen im ganzen Stadtteil konzentriert leben oder ob dies in einem kleinräumigen Mosaik unterschiedlicher Lagen verteilt ist.

In einem Stadtteil zusammen leben benachteiligte Menschen vor allem in Grünbühl/Sonnenberg und in Eglosheim. Auch in der Innenstadt und der Unteren Stadt (Mitte-West) ist die Sozialstruktur bereits sehr einseitig geworden. Insbesondere konzentrieren sich hier Migranten. Die Stadtteile Süd, West und der südliche Teil von Ost haben eine breite soziale Mischung, auch mit einer größeren Zahl ärmerer Menschen (teilweise viele Arbeitslose, nicht deutsche Bewohner, Bezieher von Transferleistungen, geringe Übergangsquoten auf weiterführende Schulen).

Auf kleinräumiger Ebene gibt es einige baulich und sozial wenig geschätzte Quartiere, in denen besonders viele Haushalte leben, die wenig Wahl haben:

- in West die innenstadtnahen Viertel und ein Bereich Richtung Pflugfelden
- in Süd ein großer Baublock an der Stuttgarter Straße

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

- in Ost im Süden der Bereich um die Breslauer Straße

3.e Markt

▪ Zur Entwicklung des Wohnungsmarktes in Ludwigsburg:

Der Landkreis Ludwigsburg liegt beim Bauen noch an der Spitze. Wie in allen Kreisen der Region ist die Bautätigkeit im Kreis Ludwigsburg seit der Jahrtausendwende zwar stark zurückgegangen. Während jedoch in den anderen Kreisen in den Jahren 2000 bis 2004 ein Drittel bis fast die Hälfte weniger Wohnungen gebaut wurden wie in den Jahren 1995 bis 1999, hat die Bautätigkeit im Kreis Ludwigsburg nur um ein Viertel abgenommen.

Bezogen auf die Einwohnerzahl wurden in der Stadt Ludwigsburg in den letzten fünf Jahren mit rund 210 Wohnungen pro Jahr die wenigsten Wohnungen gebaut (2,4 Wohnungen pro Tausend Einwohner). In den Jahren 1995 bis 1999 gab es in der Stadt Ludwigsburg noch rd. 400 Wohnungsfertigstellungen im Jahr. Damit war bereits damals die Bautätigkeit pro Kopf in Ludwigsburg niedriger als in den anderen Städten im Landkreis. Im Zeitraum 2000 bis 2004 ist sie weiter fast um die Hälfte zurück gegangen.

Ludwigsburg, Stadt

Jahr	Baugenehmigungen neuer Wohnungen in Wohngebäuden					
	gesamt		mit 1 oder 2 Wohnungen		mit 3 oder mehr Wohnungen	
	absolut	pro 1000HH	absolut	pro 1000HH	absolut	pro 1000HH
1998	203	5,34	59	1,55	144	3,79
1999	252	6,59	37	0,97	215	5,63
2000	142	3,73	56	1,47	86	2,26
2001	258	6,72	106	2,76	152	3,96
2002	335	8,72	99	2,58	236	6,14
2003	238	6,20	77	2,00	161	4,19
Schnitt	238	6,22	72	1,89	166	4,33

In den Bevölkerungsprognosen von Köhl (siehe dazu Ausführungen in Ziffer 3 d) wird für eine in den nächsten 10 Jahren noch relativ konstante, danach abnehmende Bevölkerungszahl ein Neubaubedarf von jährlich rund 160 (Szenario netto Null) bzw. 250 (Szenario netto plus 90) Wohnungen unterstellt. Bis 300 jährliche Wohnungsfertigstellungen sind für das Szenario "maximales Baupotenzial" angenommen. Die erwartete Einwohnerzahl würde dabei bis 2015 bei etwa 88.000 Einwohnern liegen. Die Bautätigkeit bis 2015 umfasst in den bislang anvisierten Baugebieten und unterstellten Baulückenschließungen bis 2015 insgesamt 2.200 Wohnungen, rund 200 pro Jahr. 41 Prozent der unterstellten neu gebauten Wohnungen entfallen auf den Stadtteil Oßweil mit der Flakkaserne und Gegen Eich.

Keine nennenswerten Strukturveränderungen der Einwohner durch Neubau sind

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

mit den angenommenen Zahlen in Eglosheim, Mitte, Hoheneck, Nord, West und Grünbühl zu erwarten, auf die jeweils unter drei Prozent des anvisierten Neubauvolumens fällt.

Einschätzung Unternehmen: gute Marktpotenziale für Neubau in Ludwigsburg

Die im Rahmen der wohnungsbaupolitischen Arbeiten befragten Experten der Wohnungswirtschaft schätzten das Marktpotenzial in Ludwigsburg für weitere Wohnungen überwiegend positiv ein. Es wird in absehbarer Zeit mit einer anhaltenden Nachfrage in der Region Stuttgart gerechnet. Sowohl im Vergleich mit den Gemeinden im Kreis Ludwigsburg als insbesondere auch zu Stuttgart hat die Stadt Ludwigsburg sehr gute Voraussetzungen im Wettbewerb der Städte in der Region um Einwohner: Sie ist eine attraktive Stadt, verkehrlich gut angebunden, sowohl mit öffentlichen Verkehrsmitteln wie auch über den Autobahn- und Schnellstraßenanschluss. Zur Zeit zögern viele Wohnungsinteressenten, sich mit größeren Ausgaben für das Wohnen in der Zukunft zu binden, dennoch ist über einen absehbaren Zeitraum ausreichend Nachfrage vorhanden.

▪ **Entwicklung der Nachfragesituation in Ludwigsburg**

Mit einer in den nächsten Jahren und Jahrzehnten abnehmenden Bevölkerung geht eine zunehmende Konkurrenz der Städte nicht nur um die Ansiedlung von Industrie und Wirtschaft, sondern ganz unmittelbar um die Ansiedlung und den Verbleib der Bewohnerinnen und Bewohner einher. Eine Stabilisierung der heutigen Bevölkerungszahlen ist langfristig nur über ein positiven Wanderungssaldo zu erreichen.

Die Herausforderung ist nicht mehr so sehr eine quantitative – wie viele Wohnungen können wir bauen? – sondern sie ist qualitativer Art:

Wie können wir Wohnungen bauen, die möglichst passgenau den Bedürfnissen der künftigen Bewohner entsprechen? Anders, plakativer ausgedrückt: „Es geht nicht mehr darum, mehr zu kochen, sondern entscheidend **bessere Rezepte** zu finden!“ Die Trends veränderter Ansprüche beim Wohnen beinhalten folgende Anforderungen: hell, sonnig, großzügig geschnitten, große Fenster, ein grünes Zimmer (gut nutzbarer Balkon, Terrasse), natürlich belichtete, nicht zu kleine Bäder, getrenntes Bad und WC, zunehmend der Aufzug auch schon bei Häusern mit weniger als fünf Geschossen, Blick auf Grün.

Nach wie vor ist und bleibt jedoch die überwiegende Nachfrage das **Einfamilienhaus und Eigentum auf einem Grundstück**, das möglichst viel Privatheit bietet. Der sichere Auslauf der Kinder nach draußen, selber bestimmen zu können, keinen Stress mit dem Ruhebedürfnis der darüber und darunter wohnenden Nachbarn zu haben, sind dabei ganz pragmatische Gesichtspunkte. Für die Mehrzahl ist der preisliche Rahmen aber nach oben sehr begrenzt.

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

Ebenso besteht der Wunsch vieler Bauherren nach **größeren Baugrundstücken**, die Zahl von Haushalten, die sich mehr Platz leisten kann, ist aber klein. So ist für diese Grundstücke der Markt eng und unsicher. Auch geht die Zahl in der hauptsächlichsten Altersgruppe der Immobilienerstwerber zurück. Schwer abzuschätzen ist, inwieweit die Nachfrage durch Verkäufe und Käufe solcher Häuser – in Zukunft entsprechend dem hohen Alter bisheriger Eigentümer möglicherweise vermehrt - in bestehenden lockerer bebauten Wohnquartieren abgedeckt wird.

Entsprechend den Risiken ist diese Nachfrage in den Baugebieten so flexibel einzubeziehen, dass ein Stück weit mit Versuch und Irrtum direkt am Markt operiert werden kann (teilbare bzw. zusammenfassbare Grundstücke). Auch größere Grundstücke sind bislang in den Bereichen Flakkaserne, Marienwahl und Am Wasserfall vorgesehen, flexible Planungen können hier erprobt werden. Die Hauptaufgabe wird es aber sein, in den Neubaugebieten auf bezahlbaren Grundstücken Lösungen für mehr Privatheit und Vielfalt beim Wohnen zu entwickeln.

Das was neu gebaut oder modernisiert wird, betrifft in der Regel jährlich etwa nur ein Prozent des Wohnungsbestands. Von den gekauften Eigentumswohnungen im Jahr 2004 waren 27 Prozent Neubauten (ab dem Jahr 2000 gebaut). Bei 13 Prozent handelte es sich um ältere Neubauten, die von 1991 bis 1999 gebaut wurden. Die Mehrzahl (60 Prozent) befand sich in älteren Gebäuden. Die **Gebrauchwohnungen spielen für den Erwerb von Eigentumswohnungen** eine große Rolle.

Gut die Hälfte der Geschosswohnungen stammt jedoch aus den 50er bis 70er Jahren, als angesichts stark wachsenden Wohnungsbedarfs die preiswerte Wohnversorgung breiter Bevölkerungsschichten im Mittelpunkt stand. Die Wohnungsgrößen waren im Verhältnis zur Personen- und Zimmerzahl sehr sparsam bemessen, differenzierte Lebensstile und Ansprüche an Wohnatmosphäre waren noch kein Thema. Dort, wo sie breiter Nachfrage nicht mehr gerecht werden, ziehen einseitig diejenigen zu, die wenig Wahlmöglichkeiten haben. Dies kann mitunter zu sozialen Spannungen führen, die Bildung von (schwerpunktmäßig) Wohnungseigentum ist jedoch auch für Bevölkerungsgruppen mit niedrigerem Einkommen ein wichtiges Thema.

▪ **Exkurs: Stadt-Umland-Wanderung der Familien**

Die Statistik der Stadt Ludwigsburg der Zu- und Wegzüge nach und aus Ludwigsburg ergibt für die letzten 5 Jahre zusammen genommen einen geringfügigen Einwohnergewinn. Er beruht insbesondere auf den Gewinnen bei den jungen Erwachsenen angezogen primär durch die Ausbildungsangebote, was ausgesprochen positiv für Ludwigsburg und die demografische Entwicklung der Stadt ist.

Die Mobilität ist hoch: 52 Prozent der Ludwigsburger Einwohner sind in den letzten fünf Jahren zugezogen, am meisten von den jungen Erwachsenen, am wenigsten von den über 55jährigen. 23 Prozent der Zuzüge und sogar 30 Prozent der Wegzüge finden zwischen der Stadt Ludwigsburg und dem Landkreis statt. Das heißt die Stadt

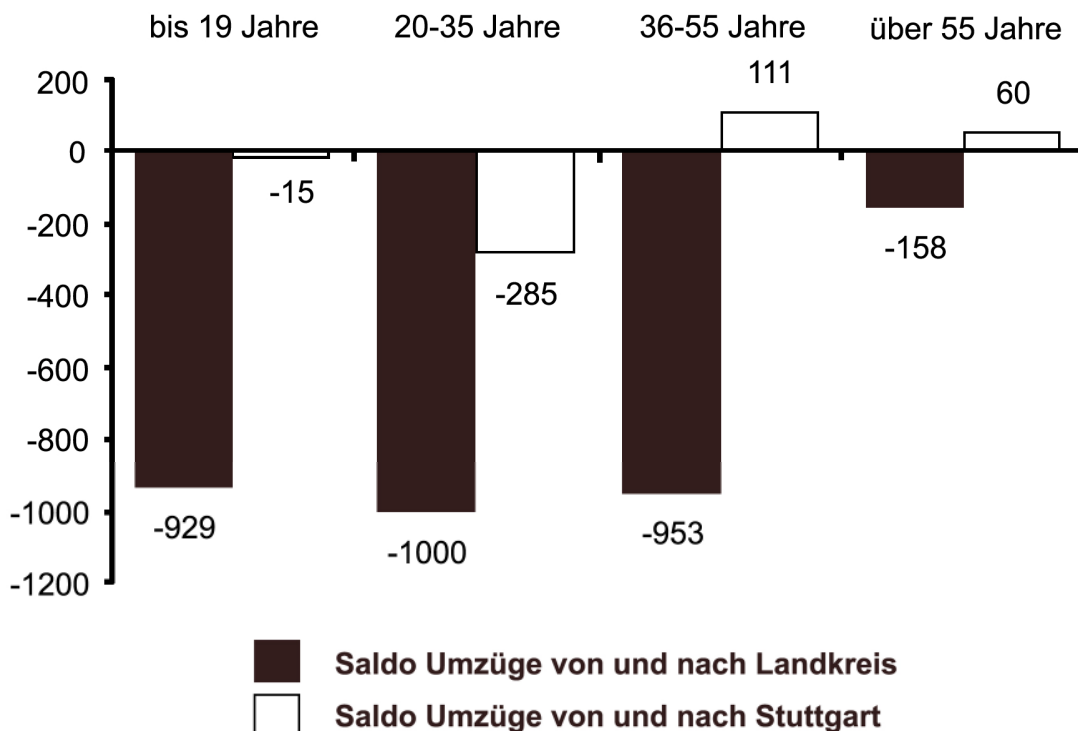
Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

Ludwigsburg verliert im Saldo in erheblichem Umfang Einwohner an den Landkreis. Nur bei den über 55jährigen ist der negative Saldo gering. Bezogen auf die Einwohnerzahl in den Altersgruppen sind die Einwohnerverluste der Stadt an den Landkreis bei den bis 19jährigen und den 20- bis 35-Jährigen (also den Familien mit Kindern) mit 5 Prozent am höchsten.

7 Prozent der Zuzüge und 8 Prozent der Wegzüge beziehen sich auf Stuttgart. Fast ausgeglichen ist der Saldo zwischen Umzügen von und nach Stuttgart. Nur die jungen Erwachsenen gehen etwas überproportional an Stuttgart verloren, bei den ab 36jährigen ergibt sich aber ein Gewinn.

Insgesamt ist aber festzustellen: Da der Wanderungssaldo mit dem Landkreis deutlich negativ ist, der mit Stuttgart etwa ausgeglichen, muss Ludwigsburg bei weiterräumigen Wanderungen im Saldo gewinnen – eine Stärke, die wohl auf der Bekanntheit und dem guten Image der Stadt beruht, und die offensiv für eine positive Wanderungsbilanz genutzt werden kann.

Wanderungssaldo 2000-2005 zwischen Ludwigsburg, dem Landkreis Ludwigsburg und Stuttgart



(Angaben in absoluten Zahlen)

▪ **Marktengpässe, fehlende Angebote**

Wanderungsverluste durch junge Familien

Wie bereits dargestellt verliert Ludwigsburg Familien mit Kindern, die bisher zu häufig aus Ludwigsburg ins weitere Umland wegziehen. Dies ist auch durch die geringere Bautätigkeit in der Stadt Ludwigsburg auf diesem Sektor in den letzten Jahren verschuldet, aber auch durch das Preisniveau. Die Zahl der jungen Menschen wird nach den Prognosen für Ludwigsburg zurückgehen: erwartet wird ein Minus bis 2015 von 1.000 unter 20jährigen. Auch die Altersgruppe der 30-45jährigen, die Hauptgruppe der Immobilienerstwerber, und der Familien mit Kindern, wird mit einem Minus von 1.400 Personen stark zurückgehen. Es gilt, sich im zunehmenden regionalen Wettbewerb um diese Altersgruppe gut zu positionieren. Nach wie vor ist die überwiegende Nachfrage das bezahlbare Einfamilienhaus und Eigentum auf einem Grundstück, das möglichst viel Privatheit bietet.

Kaufkraft in der Stadt Ludwigsburg vergleichsweise niedrig

Beim Kaufkraftindex liegt der Kreis Ludwigsburg mit 115,4 hinter Stuttgart und den Landkreisen Böblingen und Esslingen, vor dem Rems-Murr-Kreis und dem Landkreis Göppingen. Dass der Landkreis Ludwigsburg bei der Kaufkraft nicht weit vorne liegt, zeigt sich auch beim einzelhandelsrelevanten Kaufpreis.

Bei den Städten im Landkreis gibt es große Unterschiede: Von den in der Region nördlich gelegenen Städten liegen die einzelhandelsrelevanten Kaufkraftindices z.B. in Korntal-Münchingen, Remseck, Freiberg, auch Bietigheim-Bissingen deutlich vor Ludwigsburg.

Es fällt demnach nicht aus dem Rahmen, wenn sich Ludwigsburg bemüht, auch für einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen ein attraktives Wohnungsangebot bereit zu stellen.

Innerstädtische Brachen nutzen

Schon heute gesucht wird gutes Wohnen innerhalb der bereits bebauten Stadt. Neubaugebiete sind für manche Interessenten eher schwierig, müssen doch die Einziehenden lange Jahre mit Baustellen leben und es ist auch schwerer einzuschätzen, welche bürgerschaftlichen und städtebaulichen Qualitäten das Quartier einmal haben wird. Dies gilt insbesondere für Haus- und Wohnungskäufer, die die langfristige Wertsicherheit ihrer Investition einschätzen.

Die Potenziale an Bauflächen im Bestand sind in ihren Quantitäten kaum einzuschätzen und vermutlich eher gering, wenn nur die bereits bestehenden Baulücken betrachtet werden. Mit Sicherheit werden aber zahlreiche Wohnhäuser – und mit dem Strukturwandel auch Gewerbeflächen - abgängig sein, deren Modernisierung höhere Kosten als Neubau verursachen und dennoch keine zukunftsweisenden Qualitäten haben werden. Insbesondere die Experten

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

in der Immobilienwirtschaft wiesen auf die starke Nachfrage nach Wohnungen und Stadthäusern in Baulücken hin. Mehrfach war die Rede auch von Penthauswohnungen, die bereits in den ersten Tagen nachdem sie auf den Markt kommen, verkauft seien. Die Nachfrage übersteigt das Angebot bereits jetzt schon stark.

Wegzug der „Best-Ager“

Wenn Ludwigsburg, insbesondere bei den jungen Alten zwischen 60 und 69 Jahren, Einwohner verliert, ist das angesichts der Attraktivität der Stadt verwunderlich. Die Bindung an den Arbeitsplatz fällt aber weg, insofern sind die Menschen im Ruhestand freier in ihrer Standortwahl und können das preiswertere Angebot in der Region nutzen, um die gewünschte Qualität zu kaufen oder zu mieten.

Andererseits gewinnt Ludwigsburg ältere Menschen aus Stuttgart, möglicherweise aus den gleichen Gründen. Das erscheint wie eine Welle. Diejenigen, die aus der Großstadt wegziehen und gleichwohl nahe zum städtischen Leben wohnen wollen, kommen nach Ludwigsburg und nutzen die Preisvorteile im Ludwigsburger Wohnungsmarkt. Diejenigen, denen es kleinstädtischer oder ländlicher lieb ist, gehen weiter raus in die Region.

Festzustellen ist, dass in den vergleichsweise wenigen Fällen, in denen ältere Menschen umziehen, das Einfamilienhaus nicht mehr das Ziel, sondern die komfortable Geschosswohnung in besten zentralen, ruhigen und grünen Lagen im Kommen ist. Die sozialen Netzwerke werden mit zunehmendem Alter wichtiger und es ist gut, wenn die Ludwigsburger am Ort das Gewünschte auch für das Alter finden.

- **Entwicklungstendenzen des Wohnungsmarktes**

„Wir werden weniger, grauer, bunter und ärmer“ lautete die Kernaussage einer Publikation von Prof. Volker Eichener (Ruhruniversität Bonn), die die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Wohnungsmärkte beschreibt. Anhand dieser Attribute beschreibt der Autor einprägsam, welchem Wandel auch der Wohnungsmarkt in Zukunft unterliegen wird:

Langfristig gesehen kommt es - auch in Ludwigsburg und der Region - zu einem Wohnungsüberangebot, d.h. die Zahl der Wohneinheiten übersteigt die Zahl der Haushalte. Die Folge ist ein Qualitätswettbewerb auf den Wohnungsmärkten, in dem Wohnungen mit Qualitätsmängeln, an ungünstigen Standorten oder in Quartieren, in denen die Nachbarschaften nicht mehr intakt sind, leer stehen werden. Vom Leerstand bedroht sind nach heutiger Sicht dann vor allem Nachkriegssiedlungen aus den 1950er-Jahren, die neben Baumängeln auch Grundrisse aufweisen, die für kaum einen Haushaltstyp attraktiv sind. In den Großsiedlungen der 1970er-Jahre fällt die Vermarktbarkeit auch heute schon schwer, betroffen sein werden aber auch Altbauten mit hoher Gewerbedurchmischung entlang von verkehrsreichen Durchgangsstraßen.

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

Die Wohnungsmärkte der Zukunft werden aber nicht nur von Überkapazitäten geprägt sein. Wenn sich die Nachfrage nach Haushalten, Lebensstilen, Einkommensgruppen, Alter und kultureller Zugehörigkeit differenziert, werden sich auch die Wohnungsmärkte stärker segmentieren. Die Folge dieser Segmentierung ist, dass Nischen an den Wohnungsmärkten immer kleiner werden und sich die entsprechenden Produkte am Markt gleichermaßen verändern müssen.

Einheitlich gestaltete Reihenhaussiedlungen werden sich in Zukunft nur noch verkaufen lassen, wenn sie extrem preiswert sind, stattdessen wird individualisierten Typhäusern die Zukunft gehören. Aus der Erkenntnis, dass sich die Nachfrage der Bevölkerung nach spezifischen Wohnungseigentums- und Mietwohnungsangeboten zunehmend vervielfältigt, müssen die vielen bestehenden und neu entstehenden Marktnischen systematisch erschlossen werden, damit in Summa nicht wichtige Bevölkerungsteile der Stadt verloren gehen bzw. zukünftig fehlen werden.



3.f Städtebau

Städte sind heute zukunftsfähig und damit attraktiv, wenn sie **die Bedürfnisse einer heterogenen und vielschichtigen Stadtgesellschaft berücksichtigen**. Dazu gehört eine hohe Wohnqualität in vielfältigen Wohnformen, ein familienfreundliches Umfeld und eine gute Infrastrukturausstattung (Spielplätze, Kindergarten, Schule, Einkaufsmöglichkeiten, Erschließung ÖPNV). Um Aussagen über die Qualität, die Potenziale und die Defizite der Wohnstandorte in Ludwigsburg zu bekommen, wurden diese bezüglich folgender Merkmale untersucht und qualitativ beschrieben (Gutachten ORplan):

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

- Entstehungszeit
- Siedlungstypologische Identität
- Zentrenstruktur
- Grenzen
- Soziokulturelle Identität
- Durchgrünung/Versiegelung
- Versorgungsqualität in den Netzen des ÖPNV
- Versorgungsnähe öffentliche Infrastruktur
- Versorgungsnähe kommerzielle Infrastruktur
- Lagewert in der Landschaft/Adresse
- Binnenentwicklungsreserven
- Randentwicklungsreserven
- Belastungen
- Nutzungskonkurrenzen

Diese „Steckbriefe“ der Wohnstandorte sollen als Grundlage für „**Stadtteilentwicklungspläne**“ mit dem **Schwerpunkt Wohnen** dienen, die in detaillierterer Betrachtungsweise Maßnahmen im Gebäudebestand zur Qualifizierung des Wohnens und im Wohnumfeld vorschlagen werden.

4. Ziele, Instrumente und Maßnahmen städtischer Wohnungspolitik

4.1 Die Ludwigsburger Oberziele und Leitsatz

a) Leitsatz

Bei Verfolgung der wohnungspolitischen Ziele werden auf der Grundlage einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Stadtentwicklung die Möglichkeiten für neue und flexible Wohnformen und ein vielfältiges Wohnangebot für alle Bevölkerungsgruppen in einem sozial ausgeglichenen und lebendigen Wohnumfeld geschaffen.

b) Oberziele Gesamtstadt LB

1. Nachhaltige, positive Bevölkerungsentwicklung

Ziel ist, die demographische Entwicklung positiv zu beeinflussen. Dazu ist es notwendig, besondere Angebote für Zielgruppen zu schaffen, die zu einer ausgewogenen Sozialstruktur (und zur Stärkung der Wirtschaftskraft) der Stadt beitragen.

2. **Ausgewogene Bevölkerungsstruktur**

Ziel ist, die Wohnungs- und Bevölkerungsstrukturen in sozial und / oder demographisch einseitig geprägten Siedlungsbereichen durch geeignete Angebote stärker zu mischen und die Lebensqualität zu verbessern.

3. **Überdurchschnittliche Qualität im Neubau und in der Bestandspflege**

Ziel ist, zukunftsfähige Qualitätsniveaus in Wohnungsbau, Wohnumfeld und Infrastruktur zu entwickeln und zu sichern

4. **Sicherung und Entwicklung der Stadtteilidentitäten**

Ziel ist, die spezifischen Qualitäten und positiven Strukturmerkmale einer vielfältigen Stadt und ihrer Gesellschaft zu erhalten und weiterzuentwickeln.

4.2 **Maßnahmen, um die dargestellten Oberziele zu erreichen**

a) Maßnahmen für eine nachhaltige, positive Bevölkerungsentwicklung

- Marketing – Strategie der Stadt LB (z. B. Image und Bekanntheit stärken, Profilierung LB als Wohnstandort, Qualitäten des städtischen Wohnens vermarkten, Präsentation der Wohngebiete im Internet und auf überörtlichen Immobilienmessen, Werbung für städtische Grundstücke auch in der überörtlichen Presse, Werbung bei Berufspendlern nach LB)
- Preiswertes Bauland bereitstellen, Förderprogramme auch für Auswärtige
- Breites Spektrum von differenzierten Wohnangeboten (inkl. neuer und flexibler Wohnformen wie Baugemeinschaften, Starterwohnungen, Studentenwohnen, Mehrgenerationenwohnen bzw. gemeinwesenorientiertes Wohnen oder Mehrgenerationenhaus, „bezahlbarer“ Wohnraum, „Villen“- Wohnen, Urbanitätswohnen (Innenstadt), Nischenprodukte, ökologisches Bauen, Wohnen und Arbeiten, experimentelles Wohnen mit innovativen Konzepten zu Autoerschließung, Energieversorgung oder Wohntypologie)
- Stadt steuert die Vielfalt der Akteure, der Angebote, der Eigentums- und Betriebsformen, bzw. kooperiert mit den Wohnungsmarktakteuren
- Aktives Flächenmanagement zur Angebotsbereitstellung auch im Bestand, Baulückenmanagement, kontinuierliche kommunale Wohnungsmarktbeobachtung, Wohnungsleerstandaktivierung. Trend „zurück in die Stadt unterstützen“
- Anreize für Familien auch im Bildungs- und Betreuungsangebot schaffen

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

b) Maßnahmen für eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur

- Dem jeweiligen Standort angemessene, marktverträgliche Eigentumsangebote im Neubau für einkommensstärkere Bewohner
- Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln zur Erhöhung der Eigentumsquote
- Bestandswohngebäuden durch Sanierungsmaßnahmen aufwerten
- Abriss von nicht sanierungswerten Bestandsgebäuden und Neuordnung mit differenzierten Wohneigentumsangeboten
- Ältere Gebäude (Wohnungen) an zeitgemäße Wohn- / Ausstattungsstandards und an neue Zielgruppen anpassen
- Ausgewogene soziale und demographische Struktur durch gesteuerte Wiederbelegung freiwerdenden Wohnraumes erreichen (Eigentum/Miete)
- Bedarfsgerechte Wohnangebote für verschiedene Ziel- / Bevölkerungsgruppen (Starter, Familien mit Kinder, Ältere)
- Wohnangebote für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen in Neubaugebieten, bzw. in sozial stabileren Stadtbereichen
- Gebietsattraktivität durch Verbesserung im Wohnumfeld und durch Infrastrukturmaßnahmen steigern
- Marketingoffensive begleitet Imagewandel
- Identifikation mit Wohnort stärken durch Beteiligung der Bewohner an Planungsprozessen
- Bevölkerungsstrukturwandel rechtzeitig erkennen („Stadtbeobachtungssystem“, kommunale Wohnungsmarktbeobachtung auf Stadtteil / - Quartiersebene) und dagegen steuern (z.B. durch Quartiers - / Stadtteilmanager, Stadtentwicklungsbeauftragter)
- Sanierungsprogramme wie Soziale Stadt
- Nutzungssteuerung über Kaufpreisgestaltung städtischer Grundstücke

c) Maßnahmen für eine überdurchschnittliche Qualität im Neubau und in der Bestandspflege

- Qualitätsmanagement im Neubaubereich durch Leistungskonkurrenz (z.B. mehr Ideen durch Wettbewerbe), Gestaltungsbeirat („externer Blick“), Öffentlichkeit (Transparenz bei Vorhaben durch Kommunikation)
- Qualitätsmanagement (Steigerung der Wohnungsqualitäten) auch im Bestand durch Gebäudesanierungen
- Sanierungs – und Förderprogramme für Gebäude-/ Wohnungssubstanzverbesserung
- Lebensqualität stärken, familienfreundliches Wohnumfeld schaffen (z.B. Verkehrsberuhigung, neuer Umgang mit dem ruhenden Verkehr- z.B. auch Quartiersgaragen, Netz der kurzen Wege, Sicherheit und soziale Kontrolle) und Steigerung der Aufenthaltsqualität (Nutzung von öffentlichem und privatem Grün)
- Reduzierung der Lärmimmissionen und - emissionen

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

- Nutzen der Innenentwicklungspotenziale
- Gute Infrastrukturvoraussetzungen

d) Maßnahmen für die Sicherung und Entwicklung der Stadtteilidentitäten

- Ortsidentität („genius loci“) herausarbeiten und bei Neubau- und Erhaltungsmaßnahmen stärken (z.B. historische Zentren und Ortskerne, Siedlungsränder, Übergangsbereiche und bestehende Siedlungsflächen)
- Eingriffe in Wohnungs- und Bevölkerungsstrukturen nur wo und soweit wie notwendig
- Stärkung der Stadtteilidentität: Bürgerschaftliches Engagement fördern, kommunikationsfördernde Strukturen schaffen
- Stadterneuerung gezielt fortführen
- Ausreichend Wohnbaupotenzial für den Eigenbedarf bereitstellen
- Verstärkt Baulücken und Brachflächen für den Wohnungsbau ortsspezifisch entwickeln
- Wohnungsleerstände in den Ortskernen beobachten und gegebenenfalls abbauen
- Ortsteilzentren als Mittelpunkte des Lebens stärken
- Neugestaltung der gewachsenen räumlichen Strukturen (z.B. Poppenweiler: Ecke Adrion, Neckarweihingen: Hauptstraße)
- Besondere Orte, öffentliche Räume und Freiräume stärken, die dem Aufenthalt der Menschen (Begegnungen) und vielfältigen Nutzungen dienen
- Räumliche Zäsuren zwischen Stadtteilen unterschiedlicher Prägung beibehalten und stärken
- Bezug zur Landschaft ausprägen
- Imagearbeit

4.3 Einzelne Maßnahmen

4.3.1 Wohnungsangebotspalette

An die Stelle der altbekannten sozialen Schichten – Arbeiterschicht, Mittelstand, Oberschicht – ist heute ein buntes Mosaik von sozialen Milieus getreten, die sich zum einen zwar auch noch durch Berufsprestige und Einkommen unterscheiden, aber zum anderen auch durch Wertvorstellungen, Lebens- und Konsumstile. Klassische Milieus, wie zum Beispiel das traditionsverwurzelte Milieu, das konservativ-gehobene Milieu oder die aufstiegsorientierte bürgerliche Mitte treffen nun auf moderne Trendsettergruppen, denen die Marktforscher so exotisch klingende Bezeichnungen wie „Hedonisten“, „Experimentalisten“ oder „Moderne Performer“ gegeben haben. Diese Lebensstilgruppen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Konsumstile, der Art, wie sie ihren Urlaub verbringen und

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

natürlich auch ihrer Wohnpräferenzen in Bezug auf Grundrisse, Standorte und auf das Ambiente (aus: Publikation Eichener). Daraus ergeben sich für eine zukunftsorientierte Wohnungspolitik auch verschiedenste Aufgabenstellungen:

▪ Neue und flexible Wohnformen

Individuell unterschiedliche Ansprüche und Bedürfnisse erfordern auch entsprechende Raumkonzeptionen. Flexibilität und Anpassung spielen dabei eine wichtige Rolle. Eine Festlegung in künftigen Bebauungsplänen auf nur einen standardisierten Wohnhaustypus (Einfamilienhaus, Reihenhaus, Geschosswohnung etc.) greift mit Blick auf zukunftsfähige Quartiere zu kurz. Vom „New Loft“ bis hin zum „Mehrgenerationenhaus“ werden am Markt neue Typologien entwickelt, die einzelne Gebäude, aber auch ganze Quartiere für ganz unterschiedliche Nutzerwünsche attraktiv machen können.



Wenn die Stadt Ludwigsburg jetzt mehrere Hektar Fläche für neuen Wohnungsbau erschließt, wird der Erfolg der einzelnen Projekte in hohem Maße davon abhängen, ob der dort entstehende Wohnraum den Bedürfnissen der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner entspricht. Das Planungsverfahren zur Konversion der ehemaligen Flakaserne versucht beispielsweise vor genau diesem Hintergrund, für den speziellen Ort entsprechende Antworten und Zielgruppen zu formulieren.

Junge Familien sollen genauso persönlich und erfolgreich angesprochen werden wie ältere Menschen. In den künftigen Baugebieten müssen Modellprojekte umgesetzt werden, die auch gerade auf die begehrten

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

„Schwellenhaushalte“ zielen – die Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren, die sich in der Orientierung befindet und mobil in der Region eine neue Heimat sucht. Entsprechend den Risiken ist die jeweilige Nachfrage in die Planung der Baugebiete so flexibel einzubeziehen, dass ein Stück weit mit Versuch und Irrtum direkt am Markt operiert werden kann (z.B. durch teilbare bzw. zusammenfassbare Grundstücke, Festlegung von Flächen für Modellprojekte etc.).

▪ **Starterwohnungen**

Für eine möglichst ausgewogene demografische Entwicklung gilt es besonders die jungen Erwachsenen für das Wohnen und Leben in Ludwigsburg zu gewinnen. Soweit beruflich und anders bedingte Mobilität keinen Ortswechsel erzwingen, werden in dieser Zeit die Weichen für die Beheimatung gestellt: mit den Partnerschaften, dem Freundeskreis, den Mitgliedschaften, sonstigen Netzwerken und nicht zuletzt dem Beruf. Für die Bewegungen im Wohnungsmarkt (Umzugsketten) sind die jungen Erwachsenen auch quantitativ sehr bedeutend, da sie viel umziehen.

Diejenigen die weniger Geld haben (vielfach auch Studenten der Ludwigsburger Hochschulen), suchen vor allem preisgünstige Angebote und machen dabei auch Kompromisse bei der Qualität. Für sie kommt es bei der Wohnungspolitik vor allem darauf an, dass der Markt preisgünstiger und vom Standard akzeptabler kleiner Mietwohnungen – insbesondere in ruhigen zentralen Lagen - nicht zu knapp wird. Die Mitbewerber um die Wohnungen sind oftmals Migranten.

Die jungen Erwachsenen, die mehr Geld haben, sind eine kulturell und wirtschaftlich potente Gruppe, auch Eigentumsbildung ist durch den doppelten Verdienst der Paare, die gute Ausbildung und nicht zuletzt durch Erbschaften oder Geschenke der Familie durchaus schon ein Thema. Sie vergleichen das Angebot weiträumiger, sind weniger auf Ludwigsburg festgelegt, haben einen weiten Bewegungskreis in der Region. Bewusst werden gute Lagen gesucht. Sie sind eine besonders anspruchsvolle kleinere Gruppe. Beim Haustyp stellt sich bereits ein Drittel ein Haus vor, die meisten denken an eine Wohnung, viele sind aber nicht festgelegt.

Für diese Zielgruppe spielt die Frage der Umfeldgestaltung und der infrastrukturellen Versorgung eine zentrale Rolle. Freizeit- und Bildungsangebot, kulturelle Vielfalt, Toleranz und Offenheit sind Kriterien, die im Rahmen zukünftiger Planungen stärker gewichtet werden müssen.

▪ **Mehrgenerationenwohnen**

Die Zahl der Älteren Menschen wird in Zukunft stark zunehmen, darunter auch die der Hochaltrigen, die überwiegend auf Hilfe angewiesen sind. Insgesamt werden aber die Haltungen und Perspektiven der älteren Menschen vor allem durch die Tatsache geprägt, dass man zwar älter wird,

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

aber auch länger jung bleibt. Dominant ist, dass das bisherige Leben, oftmals mit mehr verfügbarer Zeit und Spielräumen, fortgesetzt wird.

Beim Wohnen sind die Älteren in besonderer Weise auf Kontinuität ausgerichtet. Auf die Zeit, wo das nicht mehr für die gesundheitliche Situation passend ist, stellen sich nur wenige frühzeitig ein – es ist ja auch nicht vorhersehbar, wann gesundheitliche Einbrüche kommen und ob man überhaupt selber von einem längeren Siechtum vor dem Tod betroffen sein wird. Die Eignung der Wohnsituation für das Alter halten alle Altersgruppen – zunehmend mit dem Alter – zwar für wichtig, ob und welche Konsequenzen sie daraus ziehen, bleibt aber unbestimmt.

Nur in wenigen Aspekten zeigen sich bei den Präferenzen der älteren Leute Besonderheiten, die auch für eine Zeit mit Beeinträchtigungen der Gesundheit und Beweglichkeit wichtig sind: Sie leben häufiger gerne in einem Haus mit mehreren Wohnungen und sie pflegen mehr die Kontakte zu den Menschen, die um sie herum leben. Insbesondere die beliebten frei stehenden Einfamilienhäuser bieten ja eher schlechte Voraussetzungen für die wichtiger werdenden alltäglichen informellen Nachbarschaftskontakte, wenn man mal allein sein wird und nicht mehr viel raus kann.

Es handelt sich zwar nicht um einen quantitativ bedeutsamen Markt, aber es ist essenziell für die Zukunft, solche Modelle – wie die bereits vielfach erprobten Hausgemeinschaften für jung und alt – zu unterstützen und damit auch die Diskussion und Innovation über das Wohnen und Leben im Alter zu verstärken.

Generationen Wohnen





Böttger
Uedesheim

- Mehrere Generationen in einem Gebäude
- im EG barrierefreie Wohnungen für ältere Menschen
- darüber Maisonettewohnungen für jüngere
- bestehende Substanz (Gebäude und Bäume) integriert

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

„Bezahlbarer“ Wohnraum

Netto-Monatseinkommen nach Haushalten im Einzugsbereich

			Finanzierungsoption*	20% EK	Gesamtmittel	NK 5%	Maler etc.	Immobilienpreis
Haushalte		%						
bis 1000 €	11.924	13,8%	68.571 €	17.143 €	85.714 €	4.082 €	7.500 €	74.133 €
bis 2.000 €	30.721	35,7%	137.143 €	34.286 €	171.429 €	8.163 €	7.501 €	155.764 €
bis 2.500 €	17.176	19,9%	171.429 €	42.857 €	214.286 €	10.204 €	7.502 €	196.580 €
bis 3.000 €	11.450	13,3%	205.714 €	51.429 €	257.143 €	12.245 €	7.503 €	237.395 €
bis 3.250 €	4.153	4,8%	222.857 €	55.714 €	278.571 €	13.265 €	7.504 €	257.802 €
bis 3.500 €	2.670	3,1%	240.000 €	60.000 €	300.000 €	14.286 €	7.505 €	278.209 €
bis 3.750 €	2.373	2,8%	257.143 €	64.286 €	321.429 €	15.306 €	7.506 €	298.616 €
bis 4.000 €	1.631	1,9%	274.286 €	68.571 €	342.857 €	16.327 €	7.507 €	319.024 €
bis 4.250 €	1.631	1,9%	288.000 €	72.000 €	360.000 €	17.143 €	7.508 €	335.349 €
bis 4.500 €	1.186	1,4%	308.571 €	77.143 €	385.714 €	18.367 €	7.509 €	359.838 €
bis 5.000 €	742	0,9%	342.857 €	85.714 €	428.571 €	20.408 €	7.510 €	400.653 €
über 5.000 €	445	0,5%						
Summe	86.102	100,0%						

Finanzierungsoptionen der ca. 86.000 Haushalte im Lebens-/Wohnraum Ludwigsburg
Quelle: Eigene Berechnungen IIB

Anhand der dargestellten Tabelle wird schnell klar, dass das klassische, freistehende Einfamilienhaus auf einem Grundstück von etwa 5 Ar für viele Haushalte ein Traum bleibt, der ohne fremde Hilfe (Zuschüsse der Eltern, Erbschaften etc.) nicht realisiert werden kann. Knapp die Hälfte aller Haushalte in Ludwigsburg verfügen über eine Finanzierungsoption von bis zu 155.00 €, was angesichts der Marktpreise lediglich für eine gebrauchte Etagenwohnung ausreicht. Der Hauptteil der potenziellen Immobilienerwerber verfügt über eine Finanzierungsoption zwischen 200.000 und 300.000 €, was ohne finanzielle Unterstützung immerhin den Erwerb eines Reihenhauses ermöglicht.

Die Familien mit Kindern sind aus demografischer Sicht eine enorm wichtige Zielgruppe für Städte und Gemeinden. Insbesondere bei dieser Zielgruppe verliert Ludwigsburg jedoch sehr stark ans Umland. Diese Zielgruppe ist mehr auf das häusliche Leben – Wohnen mit Qualität und Standard - ausgerichtet, überdurchschnittlich häufig orientiert am Eigentum, überdurchschnittlich im eigenen Haus.

Der preisliche Rahmen ist für den Eigentumserwerb von Familien das zentrale Thema: mehrheitlich sind Kaufpreise von etwa 300.000 Euro eine Schwelle, die die Möglichkeiten und Ansprüche begrenzt. Viel Platz und auch freistehende Einfamilienhäuser sind begehrt. Nur eine sehr kleine Minderheit kann sie sich leisten, die es allerdings auch zu bedienen gilt.

Um die Abwanderung von Familien zu verhindern, müssen ausreichend kostengünstige Neubaumöglichkeiten für preiswertes Wohnen im eigenen Haus angeboten werden. Nicht zu homogen in der Haushalts- und

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

Sozialstruktur – ähnlich wie im Rotbäumlesfeld, das insbesondere von denen, die drin wohnen, gut angenommen wird.

▪ „Villen“ – Wohnen

Wie in der Bestandsanalyse bereits mehrfach dargestellt wurde, ist die Kaufkraft in Ludwigsburg, gemessen am Landkreis und der Region, relativ niedrig. Demnach ist es für Ludwigsburg nicht unangemessen, ein Angebot für kaufkräftige Klientel zu schaffen. Bei der Ausweisung entsprechender Baulandflächen müssen dabei jedoch verschiedene speziellere Anforderungen beachtet werden: die Bauplatzflächen sind mit besonderer Sorgfalt hinsichtlich der Lage (Image des Stadtteils, Nachbarschaften, Lärmsituation, Einsehbarkeit) und der Größe auszuwählen und können nur bedingt innerhalb eines Quartiers gemischt werden.

▪ Baugruppen

Die Baugemeinschaft ist ein rechtlicher Zusammenschluss von Bauwilligen, die selbstgenutztes Wohneigentum schaffen und an Planung und Bau auch aktiv mitgestalten wollen.

Die entscheidenden Gründe für eine Beteiligung an einer Baugemeinschaft sind unterschiedlich und vielfältig. Dennoch gibt es bei allen Baugemeinschaften wesentliche Aspekte, die neben anderen subjektiven Entscheidungsgründen im Vordergrund stehen:

- Die Errichtung von kostengünstig und individuell gestaltetem Wohnraum
- Maßgebliche Mitwirkungsmöglichkeiten bei Gestaltung und Ausstattung des Gebäudes und der Wohnung
- Frühzeitiges Kennenlernen von Miteigentümern bzw. Mitbewohnern oder Nachbarn.

Aber auch für die Städte und Gemeinden, die sich aktiv um die Ansiedlung und Unterstützung von Baugemeinschaften kümmern, entsteht durch die Realisierung entsprechender Vorhaben ein Mehrwert:

- Baugemeinschaften gewährleisten durch die Beteiligung der zukünftigen Nutzer an der Planung den bedürfnisgerechten Neubau und Umbau. Durch individuelle Lösungen und die Vielfalt der verschiedenen Modelle und Wohnformen tragen Wohnprojekte zur Differenzierung des Wohnungsangebotes bei. Verschiedene Modelle von Wohnprojekten bieten sich für Wohn- und Lebensformen alter Menschen besonders gut an.
- In Wohnprojekten, in denen Menschen nachbarschaftlich wohnen, übernehmen Menschen Verantwortung für sich und andere, sind engagiert und zeigen Eigeninitiative, machen es beispielsweise in Mehrgenerationen und Integrationsprojekten möglich, dass alte Menschen länger selbständig

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

leben, dass Eltern berufstätig sein können und sich Alleinerziehende gegenseitig unterstützen. Weil sich die Bewohner und Bewohnerinnen von Wohnprojekten auf ein soziales Netz verlassen können, sind sie weniger auf die Hilfe öffentlicher sozialer Leistungen angewiesen als im herkömmlichen Wohnungsbau. Sie leisten damit auch einen Beitrag zur Entlastung des Staates.

- In Zeiten nachlassender staatlicher Förderungen wird die Ausweisung von bezahlbarem Wohnraum immer schwieriger. Da Baugemeinschaften nach der Erfahrung verschiedener Städte um bis zu 20 % günstiger bauen, wiegt der Wegfall öffentlicher Subventionen nicht mehr so schwer.

Die Stadt Ludwigsburg kann alleine schon im Rahmen der Bauleitplanung einen wichtigen Beitrag für die Unterstützung von privaten Baugemeinschaften leisten: durch zweckmäßige Grundstücksparzellierung, Spielräume bei den örtlichen Bauvorschriften und ein adäquates Grundstücksangebot werden die Grundlagen für den privaten Planungsprozess geschaffen.

Außerdem ist nur in wenigen Ausnahmefällen eine Baugemeinschaft in der Lage, ein Grundstück zu einem frühen Zeitpunkt zu erwerben oder vorzufinanzieren. In der Regel benötigen die Baugemeinschaften eine Mindestvorlaufzeit (erfahrungsgemäß etwa ein halbes Jahr), um die für die einzelnen Bauwilligen relevanten Grundlagen, z.B. die Kosten der Wohnung und die Sicherstellung der notwendigen Finanzierung, überprüfen zu können. In dieser Zeit ist es unabdingbar, dass ein verlässlicher Partner die Reservierung des Grundstücks zu festgelegten Konditionen gewährleistet.

Die zur Zeit in der Region und deutschlandweit vielfach diskutierten und erprobten Baugemeinschaften sind auf absehbare Zeit in Ludwigsburg nur ein sehr kleines, aber wegen des besonderen Engagements der Bauherren interessantes Marktsegment. Auch einige Immobilienunternehmen individualisieren bereits ihre Konzepte und beziehen dabei die Wünsche nach eigenen Gestaltungs- und Wahlmöglichkeiten verstärkt ein. Von einem „Verdrängungswettbewerb“ für Bauträger durch Baugemeinschaften kann deswegen auch nicht gesprochen werden. Erste Interessensbekundungen für die Bildung von Baugruppen sind im Rahmen der Entwicklung der ehemaligen Flakkaserne bereits eingegangen.



(Baugruppenprojekt in Karlsruhe, Architekt Humpert,)

▪ **Baugenossenschaften**

Genossenschaften unterscheiden sich von den Baugemeinschaften durch ein solidarisches Finanzierungsprinzip. Während private Baugemeinschaften individuelles Wohneigentum zum Ziel haben, bleibt das genossenschaftlich erstellte Wohneigentum im Besitz aller. Organisation, Moderation und finanzielle Abwicklung erfolgen durch die Genossenschaftsverwaltung, die Bewohner sind jedoch bei Planung und Durchführung ebenso wie bei privaten Baugemeinschaften eingebunden. Insofern gelten die gleichen Vorteile wie bei den privaten Baugemeinschaften.

Ursprünglich waren die meisten genossenschaftlichen Wohnprojekte als Vereine organisiert. Da Vereine jedoch keine Kredite aufnehmen können, sie also nur über persönliche Bürgschaften selbst eine Baugemeinschaft finanzieren können, kam relativ schnell die Idee auf, Wohnprojekte als Genossenschaften zu organisieren. Genossenschaften sind nicht so leicht aufzulösen wie Vereine und damit in größerem Umfang kreditwürdig. Gehaftet wird nicht persönlich, sondern mit den Genossenschaftsanteilen. Das wiederum ist gleichzeitig der größte Nachteil der Genossenschaft: die Finanzierung des einzelnen Wohnraums wird mangels WEG-Zuordnung erschwert.

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

In anderen Bundesländern ist die genossenschaftliche Wohnform weiter verbreitet, in Ludwigsburg ist sie eher als „Exot“ einzustufen. Nichtsdestotrotz bietet sie auch in Nischen die Möglichkeit, innovative Modelle zu realisieren. In Stuttgart und der Tübinger Südstadt wurden beispielsweise in jüngster Vergangenheit einzelne interessante Projekte durchgeführt.

4.3.2 Maßnahmen in Neubaugebieten

a. Eigentumsförderung beim Bau und Erwerb von Einzel-, Doppel-, Reihenhäusern und Eigentumswohnungen auf städtischen Grundstücken durch Baukindergeld

Rückblick:

Auch in den vergangenen Jahren hat die Stadt Ludwigsburg bereits die Bildung von Wohneigentum zur Selbstnutzung für junge Ehepaare und Familien mit Kindern durch verschiedene Projekte und Programme unterstützt und gefördert.

In den Jahren 1987 – 1989 wurden im Rahmen des Programms kosten- und flächensparendes Bauen in Hoheneck-West 52 Reihenhäuser auf städtischen Grundstücken erstellt. Die Stadt gewährte für die hierfür zur Verfügung gestellten Grundstücke unter bestimmten Voraussetzungen eine Kaufpreissubvention in Höhe von rund 77,- €/m² (ca. 23% des Grundstückspreises).

Für 36 Leanhäuser im Gebiet Rotbäumlesfeld, die im Zeitraum von 1996 – 1997 auf städtischen Flächen erstellt wurden, gewährte die Stadt ebenfalls eine Grundstückskaufpreissubvention sofern festgelegte Kriterien eingehalten wurden. Die Höhe der Subvention

belief sich auf rund 48,- €/m², was ca. 10% des Grundstückskaufpreises entsprach.

Etwa im selben Zeitraum bestellte die Stadt Ludwigsburg an 4 Grundstücken im Gebiet Möglinger-Straße-Nord im Stadtteil Pflugfelden Erbbaurechte zur Errichtung von selbstgenutzten Reihenhäusern mit einem auf 4% jährlich verbilligten Erbbauzins.

Die von diesen 3 Projekten betroffenen Grundstücke wurden weitgehendst an Familien mit Kindern verkauft.

Durch die Gewährung eines städtischen Aufwendungsdarlehens in Höhe von ca. 102 € monatlich bei einem Kind, zuzüglich weiterer 25,50 € pro weiterem Kind, wurde für die berechtigten Familien für einen Zeitraum von maximal 12

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

Jahren die laufende Zinsbelastung gesenkt und das verfügbare Einkommen dadurch erhöht. Dieses 1986 aufgelegte städtische Wohnungsbauförderprogramm wurde aus finanziellen Gründen am 31.12.1996 eingestellt. Die Restabwicklung läuft noch. Im Jahr 2006 erhalten noch 10 Familien das städtische Aufwendungsdarlehen. Die letzte Zahlung wird am 1.7.2009 erfolgen.

Künftiges Förderprogramm:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung hat in seiner Sitzung am 25.04.2006 eine Empfehlung an den Gemeinderat ausgesprochen, folgende Richtlinien zu genehmigen:

Ludwigsburger Baukindergeld Richtlinien zur Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum in Ludwigsburg

Die Stadt Ludwigsburg fördert den Bau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen auf städtischen Grundstücken. Ziel dieser städtischen Förderung ist es, Interessenten mit Kindern die Schaffung von Wohneigentum zu erleichtern und die Attraktivität des Wohnens in Ludwigsburg zu erhöhen.

1. Begünstigter Personenkreis:

Das „Ludwigsburger Baukindergeld“ erhalten Familien, auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende mit mindestens einem Kind, das das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

2. Fördergegenstand:

Gefördert werden selbstgenutzte Familienheime und familiengerechte Eigentumswohnungen, die auf städtischen Grundstücken gebaut werden. Dies gilt sowohl beim Verkauf von städtischen Grundstücken als auch bei der Bestellung von Erbbaurechten an städtischen Grundstücken.

3. Art der Förderung:

Gefördert wird durch das „Ludwigsburger Baukindergeld“.

Für jedes zum Haushalt der Antragsteller gehörende Kind unter 18 Jahren gewährt die Stadt Ludwigsburg einen einmaligen Betrag von 3.000,- Euro in Form eines Nachlasses auf den Grundstückskaufpreis.

Ein Kind gehört zum Zeitpunkt der Bewilligung auch dann bereits zum Haushalt, wenn seine Geburt nach ärztlicher Bescheinigung innerhalb der nächsten 6 Monate erwartet wird. Das Ludwigsburger Baukindergeld wird für Kinder gewährt, die mit einem Antragsteller in gerader Linie verwandt oder Adoptivkinder sind. Die Auszahlung des Baukindergeldes erfolgt bei Direktverkauf des Grundstücks an einen Privaterwerber durch eine Kaufpreissubvention in Höhe des Förderbetrags, bei Verkauf über einen Bauträger nach Bezug der Wohnung bzw. des Hauses. Die Auszahlung

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

erfolgt in diesem Fall direkt an den Wohnungs- bzw. Hauskäufer.

Das Ludwigsburger Baukindergeld ist eine freiwillige Leistung der Stadt Ludwigsburg, auf die kein Rechtsanspruch besteht und die nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt werden kann.

4. Verfahren:

Allgemeine Auskünfte über das „Ludwigsburger Baukindergeld“, den Verkauf von städtischen Baugrundstücken und die Ausgabe von Erbbaurechten erhalten Sie beim Fachbereich Liegenschaften der Stadt Ludwigsburg, Mathildenstr. 21/1, 71638 Ludwigsburg, Tel. 07141/910-2573, Fax: 07141/910-2514, E-Mail: s.beisswenger@stadt.ludwigsburg.de. Dieser Fachbereich nimmt auch konkrete Anträge entgegen.

5. Ausnahmen:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung des Gemeinderats der Stadt Ludwigsburg kann, wenn sich bei der Anwendung dieser Richtlinien unbillige Härten ergeben, in Einzelfällen Abweichungen zulassen.

6. Inkrafttreten:

Diese Richtlinien treten mit der Beschlussfassung des Gemeinderates in Kraft.

b. Ausgabe von Erbbaurechten an städtischen Wohnbaugrundstücken

Die Verwaltung hat zur Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung und zur Beschlussfassung im Gemeinderat den Antrag gestellt, in den jetzt anstehenden Neubaugebieten noch festzulegende städtische Baugrundstücke im Wege des Erbbaurechtes Bauwilligen zur Verfügung zu stellen und für den Abschluss dieser Erbbaurechtsverträge besondere Vertragsbestimmungen festzulegen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung hat in seiner Sitzung am 25.04.2006 dem Gemeinderat eine Empfehlung dahingehend ausgesprochen, diesen Antrag abzulehnen.

c. Vergaberichtlinien für städtische Wohnbaugrundstücke - Verwaltungsvorschlag

1. Vorbemerkung

Im Rahmen eines wohnungspolitischen Gesamtkonzeptes bietet die Stadt Ludwigsburg allen interessierten Bevölkerungskreisen Wohnbaugrundstücke zum Kauf oder in ausgewählten Fällen im Wege von Erbbaurechten an. Mit dem Grundstücksangebot sollen die Bevölkerungsentwicklung und die Bevölkerungsstruktur der Gesamtstadt nachhaltig positiv beeinflusst werden. Die nachfolgenden Richtlinien kommen immer dann zur Anwendung, wenn die Nachfrage nach Grundstücken größer ist als das Angebot oder es mehrere Bewerber auf dasselbe Grundstück gibt.

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

II. Geltungsbereich, Voraussetzungen

Die Richtlinien gelten für die Vergabe von städtischen Wohnungsbaugrundstücken in Neubaugebieten, sie gelten in der Regel nicht für Baulücken im sonstigen Stadtgebiet.

Durch die - auch teilweise - Erfüllung der Kriterien der Vergaberichtlinien entsteht kein Anspruch auf Zuteilung eines städtischen Bauplatzes. Maßgebend sind die Verhältnisse des Bewerbers zum Zeitpunkt der Bewerbung um einen Bauplatz.

III. Bewertungskriterien nach dem Punktesystem

Die Reihenfolge der Bewerber ergibt sich nach einem Punktesystem, wobei der Bewerber mit der höheren Punktzahl vorrangig berücksichtigt wird. Bei Punktgleichheit entscheidet die höhere Zahl der berücksichtigungsfähigen Kinder. Bei gleicher Kinderzahl entscheidet das Durchschnittsalter, je geringer das Durchschnittsalter ist, desto höher ist der Rang des Bewerbers. Besteht auch nach Anwendung der vorstehenden Bewertungskriterien noch Punktegleichheit, entscheidet das Los.

IV. Ausschlüsse

Ein Bewerber wird vom Vergabeverfahren ausgeschlossen, wenn

1. er die Verpflichtung zur Überbauung des Grundstücks innerhalb der im Grundstückskaufvertrag festgesetzten Frist nicht eingehet und
2. ein Nachweis über die Finanzierung des Baugrundstücks nicht erbracht wird.

V. Einzelfallregelungen

Von den festgelegten Vergaberichtlinien kann im Ausnahmefall abgewichen werden, wenn dies in städtischem Interesse liegt.

Punktesystem

I. Zahl der Kinder zur Vergabe von Wohnbaugrundstücken

im Haushalt lebende Kinder bis 18 Jahre, jeweils

3 Pkte.

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

II. Einheimische

bei Wohnort in Ludwigsburg seit mindestens 1 Jahr 2 Pkte.

III. Auswärtige mit Arbeitsplatz in Ludwigsburg

mindestens eines Elternteils seit mindestens 1 Jahr 2 Pkte.

IV. Versorgung von Familienangehörigen

Bei Grad der Behinderung ab mindestens 80 % oder bei Pflegefall,
je Person 2 Pkte.

4.3.3 Mietwohnungsbau – *Konzept derzeit in Bearbeitung, nur Ausführungen zum Rückblick*

a. Einkommensorientierte Mietwohnraumförderung

Rückblick:

Mietwohnungsbau ist bereits seit vielen Jahren Thema der Stadt Ludwigsburg. Seit Anfang 1990 wurden mit der Beschlussfassung über das **Ludwigsburger Modell** 111 Wohnungen von Privatinvestoren von der Stadt angemietet und an Wohnungssuchende weitervermietet. In Abhängigkeit des zur Verfügung stehenden Einkommens gewährte die Stadt Ludwigsburg eine **Subjektförderung** an die Mieter.

1998, 2000 und 2003 wurden die Objekte Friedrichstr. 140 mit 13 Mietwohnungen, Im Korn 5 mit 10 Mietwohnungen und Friedrich-Ebert-Str. 58-60 mit 10 Wohnungen von 3 verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften bezugsfertig gestellt. Die Objekte Friedrichstr. 140 und Im Korn 5 wurden vom Land Baden-Württemberg im Rahmen der einkommensorientierten Mietwohnraumförderung durch die Gewährung eines OS-10-Darlehens gefördert, die Stadt Ludwigsburg gewährte als Zusatzförderung einen **Mietzuschuss** zur Senkung der Mietzinsen auf die Basismiete.

Für das Objekt Friedrich-Ebert-Str. 58-60 gilt das hiervor dargestellte entsprechend, allerdings erfolgte die Förderung in der Form der Variante des Möglinger Modells.

Aus Mitteln der **Fehlbelegungsabgabe** wurde in den vergangenen Jahren die Erstellung von Mietwohnraum mit sozialer Bindung gefördert, zuletzt wurde

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

eine Fördervereinbarung mit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH für das zur Zeit im Bau befindliche Objekt Ecke Belschner Straße/Gänsfussallee abgeschlossen. Hier wurden neben der Belegungsbindung auch eine einkommensorientierte Mietpreisbindung für 15 Jahre vereinbart. Zusätzlich wurden aus Mitteln der Fehlbelegungsabgabe Belegungsrechte für preislich ungebundenen Wohnungsbestand aufgekauft.

Bisherige Beschlusslage:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 25.9.2002 – Vorlage-Nr. 415/02 – u.a. Folgendes beschlossen:

“Um der Bildung von sozialen Brennpunkten entgegenzuwirken, bietet die Stadt der Wohnungsbau Ludwigsburg und anderen Wohnbauträgern geeignete Grundstücke – außerhalb der Wohnquartiere bzw. sozialen Brennpunkte Hirschbergsiedlung, Kreuzäcker und Grünbühl – zum Bau von Mietwohnungen mit Belegungsrechten durch die Stadt an, falls erforderlich soll eine Förderung vorrangig nach dem Subjektprinzip (z.B. „Möglinger Modell“) erfolgen“.

“Zur Entschärfung sozialer Brennpunkte und zur Schaffung notwendiger Infrastrukturen erwirbt/hält die Stadt Ludwigsburg in jedem neuen Wohnbaugebiet eine Baufläche zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses vor.

Die Bereitstellung dieses Baugeländes dient der Errichtung eines Gebäudes mit ca. 6 bis 10 Wohneinheiten mit Sozialbindung. Im Erdgeschoss dieses Gebäudes sind die jeweils erforderlichen Kindergartengruppen vorzusehen. Die Planung dieser Kindergärten erfolgt multifunktional, so dass bei Bedarf eine anderweitige Nutzung dieser Räume möglich ist.“

Durch Umlegungsbeschluss zum Neubaugebiet Jahnstraße im Stadtteil Poppenweiler vom 18.10.2005 – Vorlage –Nr. 424/05 – erhielt die Stadt in diesem Gebiet 2 Geschosswohnungsbau-grundstücke mit 1.048 m² bzw. 1.861 m². Mit dieser Zuteilung wurde dem o.g. Gemeinderatsbeschluss in diesem Neubaugebiet Rechnung getragen.

Auf dem Mehrfamilienhausgrundstück Flst. 3393/5 (1.048 m²) wird von der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH bereits ein entsprechendes Objekt geplant und die Anmeldung dieses Objektes zur Landesförderung (Mietwohnungsbau) vorbereitet.

4.4 Rolle und Handlungsfelder der Wohnungsbau Ludwigsburg

(Auszüge aus Vorlage Nr. 176/06 – Strategische Neuausrichtung WBL – und aus der Anlage 3 der Vorlage 099/06 – Kommunale Wohnungspolitik Sachstandsbericht)

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

Aus wohnungsbaupolitischer Sicht ist folgendes festzustellen:

1. Die Stadt hat sich in den vergangenen Jahren im Landkreisvergleich unterdurchschnittlich entwickelt, einen negativen Wanderungssaldo bei der wichtigsten Zielgruppe der Familien mit Kindern.

Mit Blick auf den Haushalt ist festzustellen, dass die Stadt infolge dieser Entwicklung derzeit rd. 500.000 Euro/a bei den Einkommenssteueranteilen verliert, die bei der Finanzierung laufender Aufgaben, wie z.B. bei der Bildung und Betreuung, fehlen.

2. Wie eine kürzlich stattgefundene Besprechung mit dem Stadtteilausschuss gezeigt hat, greift in Eglosheim zwar das Projekt „Soziale Stadt“, allerdings bedarf es weitergehender strukturell wirksamer Maßnahmen.
3. Noch schwieriger ist die Situation am Sonnenberg, wo die derzeitige Sozialstruktur jede Integration in Frage stellt und Bildungschancen massiv beeinträchtigt sind.
Am Sonnenberg bedarf es grundlegender Veränderungen, für die gerade auch wohnungsbaupolitische Maßnahmen die Voraussetzung sind.

Aus städtebaulicher Sicht sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

4. Unter dem Aspekt des demografischen Wandels ist zu beachten, dass sich vorhandene Belastungen einzelner Stadtgebiete durch städtebauliche Missstände tendenziell verschärfen werden.
5. Daher wird es wichtig sein, vorausschauend die städtebauliche Qualität in der Innenstadt und in den Stadtteilen im Rahmen des Machbaren weiterzuentwickeln.
6. Wichtige Sanierungsquartiere, wie z. B. das Walckerareal können erfahrungsgemäß vor allem dann im Sinne der Ziele und Bedürfnisse der Stadt sinnvoll weiterentwickelt werden, wenn es gelingt, Schlüsselaufgaben, wie z. B. die Bewältigung eines baulichen Puffers zwischen B27 und dem westlichen Grundstücksteil zu realisieren.

Aus demografischer Sicht:

7. Um die wichtigen Zielgruppen stärker als bislang zu erreichen, d. h. junge Haushalte in der Familiengründungsphase an die Stadt zu binden, die in nächsten Schritten im vertrauten Umfeld Eigentumsbildung anstreben, müssen im Markt neben sozial finanzierten zusätzliche frei finanzierte Wohnungen in machbarem Umfang platziert werden.
8. Wichtige Zielgruppen im sozial gefestigten Bereich, die bedingt durch häufigen beruflichen Wechsel Eigentumsbildung aufgrund unrentierlicher Kosten ablehnen, sind aber andererseits bereit, für qualitativen frei finanzierten Wohnungsbau höhere Mieten zu bezahlen. Diese Zielgruppen sollten angesichts des dringenden

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

Bedarfs an einem umfassenden Ausgleich der teilweise zu einseitigen Sozialstrukturen ebenfalls stärker als bisher an die Stadt gebunden werden.

Potenzielles Aufgabenspektrum der Wohnungsbau Ludwigsburg aus Sicht der kommunalen Wohnungspolitik

Die Darstellung eines möglichen Aufgabenspektrums der Wohnungsbau Ludwigsburg orientiert sich sehr stark an den unter Ziffer 4.2 dargestellten Maßnahmen:

- **Maßnahmen für eine nachhaltige, positive Bevölkerungsentwicklung**
 - Entwicklung und Erstellung von differenzierten Wohnangeboten (inkl. neuer und flexibler Wohnformen wie Baugemeinschaften, Starterwohnungen (Unterstützung), Studentenwohnen, Mehrgenerationenwohnen, „bezahlbarer“ Wohnraum, Urbanitätswohnen (Innenstadt), Nischenprodukte, ökologisches Bauen)
 - Aktives Flächenmanagement, Baulückenmanagement (Nutzung der Nachverdichtungsreserven im eigenen Bestand), kontinuierliche Beobachtung des Wohnungsmarkt (ggf. Aufkauf von einfachen Wohnungsbeständen zur Sanierung, Vermarktung und Bereitstellung für unterschiedliche Nutzergruppen).

- **Maßnahmen für eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur**
 - Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln zur Erhöhung der Eigentumsquote
 - Bestandswohngebäuden durch Sanierungsmaßnahmen aufwerten
 - Abriss von nicht sanierungswerten Bestandsgebäuden und Neuordnung mit differenzierten Wohneigentumsangeboten
 - Ältere Gebäude (Wohnungen) an zeitgemäße Wohn- / Ausstattungsstandards und an neue Zielgruppen anpassen
 - Ausgewogene soziale und demographische Struktur durch gesteuerte Wiederbelegung freiwerdenden Wohnraumes erreichen (Eigentum/Miete)
 - Bedarfsgerechte Wohnangebote für verschiedene Ziel- / Bevölkerungsgruppen (Starter, Familien mit Kinder, Ältere)
 - Wohnangebote für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen in Neubaugebieten, bzw. in sozial stabileren Stadtbereichen
 - Beteiligung am „Stadtbeobachtungssystem“, kommunale Wohnungsmarktbeobachtung auf Stadtteil / -Quartiersebene
 - Dem jeweiligen Standort angemessene, marktverträgliche Eigentumsangebote im Neubau für einkommensstärkere Bewohner in Einzelfällen

- **Maßnahmen für eine überdurchschnittliche Qualität im Neubau und in der Bestandspflege**

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

- Qualitätsmanagement im Neubaubereich und bei Sanierungen umsetzen
- Lebensqualität stärken, Beteiligung bei der Schaffung eines familienfreundlichen Wohnumfelds und einer höheren Aufenthaltsqualität
- **Maßnahmen für die Sicherung und Entwicklung der Stadtteilidentitäten**
 - Stärkung der Quartier-/ Objektidentität: Bürgerschaftliches Engagement fördern, kommunikationsfördernde Strukturen schaffen
 - Verstärkt Baulücken und Brachflächen für den Wohnungsbau ortsspezifisch entwickeln
- **Infrastrukturmaßnahmen in Abstimmung mit der Stadt umsetzen**

Resümee

Die vorgenannten Probleme in der Bevölkerungsstruktur konnten in der Vergangenheit trotz eines starken und leistungsfähigen Bauträgermarktes aufgrund der spezifischen Schwierigkeiten nicht gelöst werden.

Die Stadt steht insoweit vor der Wahl, diesen Trend fortzusetzen oder Nischenaufgaben, die vom Markt nicht wahrgenommen werden können, konsequent, aber auch mit der nötigen Professionalität anzugehen. Zu letzterem gibt es nach gründlicher Abwägung aller Aspekte keine ernsthafte Alternative.

Die Ausrichtung der Wohnungsbau LB GmbH sollte deshalb in folgende Richtung gehen, für die der Gesellschaftsvertrag bereits die formalen Voraussetzungen bietet:

- 1.) Wohnungsverwaltung wie bisher
- 2.) Neubau von Mietwohnungen und frei finanziertem Wohnraum (auf der Grundlage einer Gesamtwirtschaftlichkeit über alle Geschäftsfelder hinweg)
- 3.) In begrenztem Umfang Bau von Eigentumswohnungen (siehe GV § 2, Abs. 2)
- 4.) Erwerb und Sanierung von Wohnraum zur Einflussnahme auf Sozialstrukturen bzw. städtebauliche Defizite
- 5.) Entwicklung und Realisierung städtebaulicher Lösungen im Interesse der Stadt, wie z. B.
 - städtebauliche Schlüsselgrundstücke in und außerhalb von Sanierungsgebieten,
 - Maßnahmen zur Verbesserung sozialer Strukturen
 - Vergleichbare Lösungen wie bei der Übernahme des Film- und Medienzentrums zur Sicherung und Weiterentwicklung kommunalpolitischer Ziele

Zahlreiche Beispiele in Städten mit erfolgreichen Stadtsanierungen und –entwicklungen zeigen, dass in einer entsprechend ausgerichteten und leistungsfähigen kommunalen

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Ludwigsburg

Wohnbau- und Entwicklungsgesellschaft nicht selten ein Schlüssel zum Erfolg liegen kann.

Die erfolgreiche Umsetzung der bislang nicht ausgefüllten Geschäftsfelder setzt die konsequente Neuausrichtung der Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb der Wohnungsbau LB GmbH voraus. Die vorhandene Aufbau- und Ablauforganisation unterhalb der Geschäftsführungsebene soll unter maßgeblicher Prägung durch den neuen Geschäftsführer weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang soll auch die bereits eingeleitete Organisationsoptimierung konsequent fortgesetzt werden.

5. Ausblick und weiteres Vorgehen

Die wohnungspolitische Strategie ist ein **wichtiger Bestandteil des Stadtentwicklungskonzeptes** und des Masterplanes zur Verwirklichung der „Chancen für Ludwigsburg“.

Zur Umsetzung der einzelnen wohnungspolitischen Maßnahmen ist es notwendig, ein **Instrument zur Steuerung der Wohnentwicklung** in der Stadtverwaltung unter Einbeziehung der Wohnungsbau Ludwigsburg einzurichten. Es gilt in Zukunft (negative) Entwicklungen in den Stadtteilen rechtzeitig zu erkennen (Stadtbeobachtungssystem) und entsprechend gegenzusteuern. Gleichzeitig muss ein aktives Flächenmanagement zur Angebotsbereitstellung in Neubaugebieten und im Bestand sowie ein Baulücken- und Wohnungsleerstandmanagement aufgebaut bzw. intensiviert werden.

Als Grundlage für Maßnahmen in den Stadtteilen sollen detaillierte **Stadtteilentwicklungspläne mit dem Schwerpunkt Wohnen** unter Einbeziehung der Bürger/der Bürgervereine ausgearbeitet werden.

Des Weiteren ist es erforderlich, die in der Zukunftskonferenz II entstandenen Projektideen (im Themenfeld Wohnen sind es die Projekte „Vielfältige Wohnformen in der Innenstadt“, „Flakkaserne: Netzwerke für Bewohner aufbauen“, „Flakkaserne: Mitwirkung bei Gestaltung und Nutzung der Wohnformen“) zu betreuen und die Arbeitsergebnisse in die Überlegungen/Planungen zu integrieren.

Anlage 23: Interview vom 25.08.2010 mit Herrn Brinker

Niederschrift des Interviews vom 25.08.2010 mit Herrn Olav Brinker, Baubürgermeister und Leiter des Dezernats 3 der Stadt Göppingen

1. Was sind die Ziele der Wohnungsbaupolitik in Göppingen?

Es gibt keine konkreten Ziele der Wohnungsbaupolitik. Es gibt viel mehr Ansatzpunkte der Verwaltung:

- Wohnen in der Innenstadt für junge und ältere Menschen attraktiver gestalten
- Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen schaffen
- Ausgeglichene Bevölkerungsstruktur in der Innenstadt erzielen
- Familienfreundliches Wohnen

2. Mit welchen Maßnahmen versuchen Sie Bürger zu halten/ zu gewinnen?

Förderprogramme (Familienförderung, Grundstücke im Erbbaurecht).

Baugebiete wie zum Beispiel der Stauferpark (dort sollen die drei Funktionen „Wohnen, Arbeiten und Freizeit“ vernetzt werden). Mit dem Stauferpark wurde sich erhofft Menschen aus dem Raum Stuttgart ansprechen zu können. Dies konnte bis jetzt nur teilweise umgesetzt werden. Das Wohngebiet ist zu weit von der Innenstadt entfernt, so dass die Bewohner auf ein Auto angewiesen sind.

3. Welche Zielgruppen werden verstärkt angesprochen? (z.B. junge und gut ausgebildete Familien,...)

Familien und junge Menschen

4. Sonstiges

Defizit der Innenstadt: Es gibt viele große Häuser, die sich in einem schlechtem Zustand befinden und überwiegend von Familien mit Migrationshintergrund gekauft werden. Dadurch entsteht auch ein schlechtes Umfeld in der Innenstadt.

Das kommunale Wohnungsunternehmen Wohnbau GmbH Göppingen kauft zum Teil alte leer stehende Gebäude, modernisiert diese oder entwickelt neue Wohnkonzepte und versucht so eine ausgeglichene Bevölkerungsstruktur in der Innenstadt zu erzielen und das Wohnumfeld zu verbessern.

Anlage 24: Interview vom 05.08.2010 mit Frau Martin

Niederschrift des Interviews vom 05.08.2010 mit Frau Hermine Martin, Mitarbeiterin des Kommunalen Wohnungsunternehmens Wohnbau GmbH Göppingen

1. Welche Zielgruppe werden angesprochen werden?

Die Nachfrager sind ganz gemischt (junge, ältere Menschen)

2. Was für Wohnungsangebote gibt es?

Es gibt zwei Kategorien von Wohnungsangeboten. Wohnungsangebote für Menschen mit geringem Einkommen (welche vom Landratsamt oder der Arge unterstützt werden) und Wohnungsangebote für einkommensstärkere Personen. Für den Personenkreis mit geringem Einkommen stehen kleinen Wohnungen (2 bis 3 Zimmer zwischen 40 und 58 qm) zur Verfügung. Diese befinden sich vor allem in Gebäuden, die in der Nachkriegszeit erbaut wurden. Wurden in den 80er Jahren renoviert und mit Bad und Zentralheizung ausgestattet. Solche Wohnungen befinden sich insbesondere in der Nordstadt, Südstadt und im Bodfeld.

Wohnungen für einkommensstärkere Zielgruppen sind größer und häufig mit Balkon ausgestattet.

Die Wohnbau GmbH übernimmt auch die Wohnungsversorgung der Obdachlosen.

In den letzten 3 bis 4 Jahren wurde viel modernisiert, d.h. Grundrisse wurden verändert (wurden zeitgemäß angepasst, größere Räume, dadurch sollen für Interessenten Angebote geschaffen werden, die höherwertige Wohnangebote suchen).

Neubaugebiet „Am Stadtgarten“. Entsteht auf dem alten Ziegeleisareal, welches eine sehr zentrale Lage hat. Es werden sowohl Miet- als auch Eigentumswohnungen angeboten.

Es entstehen neun neue Gebäude und ein bestehendes wird modernisiert. Penthousewohnungen,.....werden angeboten. Alle Wohnungen sind barrierefrei, haben variable Grundrisse und sollen Anreize für Familien, junge Menschen und Senioren schaffen.

Kaufen seit einigen Jahre in der Innenstadt alte Gebäude und versuchen dadurch neue Quartiere und ein besseres Wohnumfeld zu schaffen.

„Gemeinschaftliches Wohnen“: Gebäude mit 3 Etagen und 6 luxuriösen Appartements. Gemeinschaftliches Wohnen in einem Gebäude. Küche und Wohnraum werden gemeinschaftlich genutzt.

3. Gibt es Potenziale für weitere Angebote?

Es wurde ein Wohnkonzept für die Innenstadt entwickelt, das aber erst umgesetzt wird, wenn Interessenten vorhanden sind.

Der vorhandenen Wohnungsbestand, der nach und nach energetisch modernisiert wird.



MITTEILUNGSVORLAGE

Federführung:

Referat Nachhaltige Stadtentwicklung

VORL.NR. 380/09

Sachbearbeitung:

Dreßler-Uetz, Ulrike

Datum:

09.09.2009

Beratungsfolge

Gemeinderat

Sitzungsdatum

23.09.2009

Sitzungsart

ÖFFENTLICH

Betreff: Masterplan zum Stadtentwicklungskonzept "Chancen für Ludwigsburg" (SEK)
-Zwischenbericht-

Bezug:

Öffentliche Vorlagen Nr.
271/06 Grundsatzbeschluss
291/06 Beginn der Umsetzungsphase
340/06 Masterplan (MP) Kapitel 1 „Attraktives Wohnen“
181/07 MP Kapitel 2 „Kulturelles Leben“
009/07 MP Kapitel 3 „Wirtschaft und Arbeit“
292/06 MP Kapitel 4 „Vitale Stadtteile“
330/06 MP Kapitel 5 „Lebendige Innenstadt“
509/07 und 680/08 MP Kapitel 6 „Zusammenleben von Nationen und Generationen“
354/06 MP Kapitel 8 „Mobilität“
676/06, 564/07 und 588/08 MP Kapitel 9 „Bildung und Betreuung“
343/06, 096/07 und 592/08 MP Kapitel 14 „Bürgerschaftliche Projekte“
393/08 Indikatoren, Anlage 3: Masterplan mit Übersicht über alle Kapitel, Bearbeitungsstand 7/2008

Anlagen: 1 Masterplan zu den Themenfeldern des Stadtentwicklungskonzeptes
(Stand Juli 2009)

Mitteilung:

Mit dem Beschluss des Gemeinderats vom 28.06.2006 hat die Umsetzungsphase des Stadtentwicklungskonzeptes (SEK) begonnen. Das SEK bündelt das Zukunftsprogramm der Stadt im thematisch gegliederten Gesamt-Masterplan. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass das „große Ganze“ auch auf der konkreten operativen Ebene punktgenau umgesetzt werden kann (Anlage 1).

Der Gesamt-Masterplan besteht derzeit aus 14 Masterplänen. Zum Ersten aus den **Masterplänen**, die den **elf Themenfeldern des Stadtentwicklungskonzeptes „Chancen für Ludwigsburg“** zugeordnet sind. Diese enthalten **Leitsätze und strategische Ziele**, die mit intensiver **Bürgerbeteiligung** erarbeitet wurden. Weitere zwei Masterpläne ergänzen das SEK, wie die Masterpläne 12 „Haushaltskonsolidierung“ und 13 „Interkommunale Zusammenarbeit“. Sie sind nicht mit Bürgern erarbeitet und auch jetzt in der Aktualisierung des SEK-Masterplanes nicht enthalten. Es ist geplant diese, ebenso wie alle anderen Masterpläne, im Herbst anhand der Ergebnisse der Zukunftskonferenz zu überarbeiten und fortzuschreiben.

Der Masterplan 14 „Bürgerschaftliche Projekte“ gibt lediglich einen Überblick über die Bürgerschaftlichen Projekte, die sich auf der Grundlage der Ergebnisse der Zukunftskonferenz 2006 entwickelt haben. Alle Masterpläne bündeln die unterschiedlichen Ziele, Themen und Maßnahmen und ergänzen sie um Faktoren der Finanzierung, Umsetzung, Zuständigkeiten, Erfolgsfaktoren und einer strukturierten Konzeption (Wer macht was bis wann?). Auf dieser Grundlage wird künftig die Arbeit der Verwaltung koordiniert und gesteuert.

Aussagen zu den **Finanzen** sind ein zentraler Punkt in einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Hier haben die Indikatoren zu den Finanzen (vergleiche Vorlage 393/08 zum Beschluss zum Indikatorenset) wie die Festlegungen von Zuführungsrate und Rücklage, die deutlich über die gesetzlichen Mindestgrenzen hinausgehen, eine **hohe Bedeutung**.

Ziel ist es, ab Herbst 2009 die Masterpläne als transparentes **Steuerungsinstrument** mit der Verknüpfung zur Haushalts- und Finanzplanung einzusetzen. Die Masterpläne sollen künftig sowohl für die Verwaltung als auch dem Gemeinderat Berichts- und Steuerungsinstrument sein. Parallel dazu werden die Masterpläne selbst weiterentwickelt. Zurzeit wird der Masterplan 9 „Bildung und Betreuung“ neu überarbeitet. Der derzeitige Arbeitsstand ist dem Gesamt-Masterplan beigefügt.

Damit wird es gleichzeitig möglich sein, alle Projekte in ihrem Arbeitstand, ihren finanziellen Auswirkungen und ihrer Bedeutung für die strategischen Ziele der Stadtentwicklung abzubilden. Haushaltsplanung und Stadtentwicklungsplanung werden weiter miteinander verflochten. Erste Ansätze dazu wurden im Rahmen der Haushaltsklausur 2007 vorgestellt.

Seit dem 1.12.2008 ist die Gesamtsteuerung der Masterpläne von der Stabsstelle SUN (Steuerungsunterstützung) auf das Referat Nachhaltige Stadtentwicklung übergegangen. Hier werden die Inhalte gebündelt und die Aktualisierung organisiert. Für die Inhalte sind die Masterplanverantwortlichen (Fachbereichsleiter) zuständig. Damit ist die Fachverantwortung und die Bearbeitung der Themen und Projekte bei den zuständigen Fachbereichen verankert.

Im Rahmen der Zukunftskonferenz 2009 werden den Teilnehmern dieser Kurzbericht und der aktuelle Stand des Gesamt-Masterplans zur Kenntnis gegeben.

Unterschriften:

Werner Spec

Ulrike Dreßler-Uetz

Verteiler:

Alle Organisationseinheiten 1x

Die Masterpläne zu den Themenfeldern des SEK „Chancen für Ludwigsburg“

- Masterplan 1 - Attraktives Wohnen
- Masterplan 2 - Kulturelles Leben
- Masterplan 3 - Wirtschaft und Arbeit
- Masterplan 4 - Vitale Stadtteile
- Masterplan 5 - Lebendige Innenstadt
- Masterplan 6 - Zusammenleben von Generationen und Nationen
- Masterplan 7 - Grün in der Stadt
- Masterplan 8 - Mobilität
- Masterplan 9 - Bildungsoffensive (Weiterentwicklung)
- Masterplan 10 - Vielfältiges Sportangebot (in Aufstellung)
- Masterplan 11 - Energieversorgung
- Masterplan 12 - Haushaltskonsolidierung (kein SEK-Themenfeld)
- Masterplan 13 - Interkommunale Zusammenarbeit (kein SEK-Themenfeld)
- Masterplan 14 - Überblick über die Bürgerschaftlichen Projekte



N e u: Masterplan 9: Masterplan in der Weiterentwicklung/ **Arbeitsstand**



1 Attraktives Wohnen

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Auf der Grundlage einer nachhaltigen und Ressourcen schonenden Stadtentwicklung werden die Möglichkeiten für ein vielfältiges Wohnangebot für alle Bevölkerungsgruppen in einem sozial ausgeglichenen und lebendigen Wohnumfeld geschaffen.

1 Masterplan Kommunale Wohnungspolitik Prozessverantwortlich Ulrike Dreßler-Uetz (Referat)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						

Strategisches Ziel 1.1 Besondere Angebote für Zielgruppen in Neubau- und Bestandsgebieten sorgen für eine **nachhaltige, positive demografische Entwicklung**. Ludwigsburg verfügt über eine ausgewogene Sozialstruktur, die sich auch in ihrer Wirtschaftskraft widerspiegelt.

1.1.1	Marketing - Strategie der Stadt (Profilierung LB als Wohnstandort, Präsentation z.B. im Internet, auf Messen, in der Presse)	2	Fertigstellung der Broschüre im 3. Quartal 2009 und der Internetpräsentation im 4. Quartal 2009 Broschüre und Internetauftritt "Hartenecker Höhe" wurden bereits erarbeitet. Internetauftritt ist online, Broschüren werden verteilt.	E	4. Quartal 2008		23	05, 60, 61, 89, Büro OBM, WBL, externe Marktteilnehmer	
1.1.2	Förderprogramme								
	1. Eigentumsförderung (Baukindergeld)	1	Grundsatzbeschluss im GR am 10.05.2006. Verlängerung für die Jahre 2010 und 2011 im Februar 2009 vom GR beschlossen. Anlaufstellen für das Baukindergeld sind die jeweiligen Grundstücksachbearbeiter beim FB 23.	E / P		Veranschlagung im Vermögenshaushalt	23	05, 20, 23, 60, 61, WBL	
	2. Mietwohnungsbau	2	Sozial gebundener Wohnraum: Zielvorstellungen für WBL in AR WBL beschlossen. Planung für die Schaffung von gehobenen Mietwohnungsbau noch in der Entwicklung Überlegungen / Planungen für Vorhaben im Bereich der Hartenecker Höhe laufen derzeit. Grundstücksbereitstellung für vermehrte Anfragen von Investoren für Anlagemöglichkeiten	U	31.12.2010 2009ff		WBL 23	05, 20, 23, 33, 60, 61 externe Marktteilnehmer	
	3. Nutzungssteuerung über Kaufpreisgestaltung städtischer Grundstücke	1	Anwendung bei bedeutenden städtebaulichen und / oder soziodemografischen Objekten (aus Stadtteilentwicklungsplänen und Wohngebietsentwicklungen) z.B. zur Realisierung kostengünstiger Vorhaben Elfriede-Breitenbach-Straße (HaHö)	U	2007 ff		Projektgruppen der Baugebiete, 23	05, 20, 60, 61	Bezug zu 1.2, 1.3, 1.4
1.1.3	Wohnangebote: Großes Spektrum an differenzierten Wohnangeboten bereitstellen								
	1. in Neubaugebieten								
	--- Jahnstraße	1	Bebauungsplan rechtskräftig, Vermarktung der restlichen städtischen Bauplätze	U	2009/2010	Finanzielle Abwicklungen in Sonderrechnungen außerhalb des Haushalts Jahnstraße ist keine Sonderrechnung mehr	23	60, 61, 67, WBL	
	---Hartenecker Höhe	1	B.-plan rechtskräftig; Grundstücke sind in der Vermarktung Erschließung im Gange (Abschluss Sept. 2009), Bauplanungen im Gange, Planung öffentl. Räume bis Ende 2009, Fortschreibung/Änderung BPlan bis Ende 2009	U	2009ff		PG Hartenecker Höhe, 60	23, 61, 67, WBL	
	--- Am Wasserfall	2	B.- Plan rechtskräftig seit Februar 2009, Abschluss Umlegung bis Juli 2009, Erschließung im Gange, Bebauung ab 4. Quart. 2009	U	2009		PG Am Wasserfall, 61	23, 60, 67	Bezug zu 1.2, 1.3, 1.4
	--- Neckarterrasse	1	Umlegung läuft, B.-Plan im Verfahren, Entwurfsbeschluss 3. Quart. 2009 vorgesehen, Vermarktungsbeginn ab 2010	V	2009ff		PG Neckarterrasse, 61	23, 60, 67, WBL	
	2. in Bestandsgebieten								
	--- Walckerareal	2	Baugesuch für Pflegeheim, Seniorenwohnen und Studenten-appartements eingereicht. Realisierung abhängig von Investor.	U			61	60, 61, 67, WBL	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Stat- us	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
	--- Am Sonnenberg	1	Satzungsbeschluss B.-Plan "Sonnenberg Süd-Ost" 2. Quart. 2009, Energiekonzept und Anpassung Erschließung in Vorbereitung, Planungskonzept Bereich Süd-West in Vorbereitung	U	B.-Plan 2009		PG Soziale Stadt, 05	61, WBL	
	--- Stettiner Straße		Vorhaben im Bau, Fertigstellung 1. BA bis Ende 2009	E			23	61	
	--- Tammer Straße	1	Entwurfsbeschluss im 2. Quartal 2009 vorgesehen. Vermarktung 2009/2010	V	B.-Plan 2009		61	23, 60	
	--- Lichtenbergstraße	1	B.-plan-Aufstellung IV / 2009 Vermarktung 2010	P/V	B.-plan 2009		61	23, 61	
	--- Auf der Schanz	1	B.-plan-Aufstellung IV / 2009 Vermarktung 2010	P/V	B.-plan 2009		61	23, 62	
	--- Grünbühl Süd-West	1	Verhandlungen mit Eigentümer (BIMA) laufen, Entwicklungsstudie beauftragt	V					
	3. Nachverdichtung im Innenbereich		Überprüfung innerörtlicher Brachflächen auf Eignung für Wohnbebauung, B.-Plan-Änderungen notwendig.	V			23, 61	05, 60	Bezug zu 1.3.4
1.1.4	Aktives Flächenmanagement --- Baulückenmanagement --- Wohnungsmarktbeobachtung Angebot, Nachfrage --- Wohnungsleerstandsaktivierung	3	Erfassung der städtischen und privaten Baulücken in Umsetzung bei FB 61, Organisation in Überlegung	V	2008/2009 ff		noch festzulegen	05, 23, 60, 61, WBL, externe Marktteilnehmer	
1.1.5	Anreize für Familien auch im Bildungs- und Betreuungsangebot	2	Wird im Masterplan Kapitel 9 Bildungsoffensive behandelt						

Strategisches Ziel 1.2 Ausgewogene Bevölkerungsstrukturen heben die Lebensqualität in Siedlungsbereichen, in denen ohne aktive Entwicklung einseitige demografische oder soziale Strukturen entstehen. Die erfolgreiche Mischung wird von vorausschauender Planung unterstützt.									
1.2.1	Marktverträgliche Eigentumsangebote im Neubau für einkommensstärkere Bewohner	1	Fließt in Planungsüberlegungen bei Neubaugebieten ein, im Bereich der Hartenecker Höhe bereits erfolgreich in der Umsetzung (z.B. exklusive Grundstücke entlang der Landschaftskante)	E V U	2006 ff		23, 61	WBL, verschiedene Projektgruppen	
1.2.2	Wohnangebote für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen in Neubaugebieten bzw. in sozial stabileren Stadtbereichen	1	Fließt in Planungsüberlegungen bei Neubaugebieten ein, im Bereich der Hartenecker Höhe aufgrund der hohen Nachfrage durch verschiedene Segemente (Junges Wohnen, Wohnen und Arbeiten, Wohnen für mehrere Generationen, exklusives Wohnen) hinweg bereits erfolgreich in der Umsetzung, weiterhin auch bedarfsgerechte Wohnungen durch Baugemeinschaften	E V U	2006 ff		23, 61	WBL und andere Bauträger	
1.2.3	Bedarfsgerechte Wohnangebote für verschiedene Ziel-/Bevölkerungsgruppen (Starter, Familien mit Kinder, Ältere)	1	Fließt in Planungsüberlegungen bei Neubaugebieten ein	E V U	2006 ff		23, 61	WBL und andere Bauträger, verschiedene Projektgruppen	
1.2.4	Steuerung bei Wiederbelegung freiwerdenden Wohnraumes der Stadt bzw. WBL (Mietwohnungen)	1	Wird von der WBL praktiziert.	U	2006 ff		WBL	Vergabekommission, 32, 33	
1.2.5	Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln zur Erhöhung der Eigentumsquote	2	Wird weiterhin von der WBL praktiziert. Abhängig von Stadtteilentwicklungsplänen - Städtische Wohnungen bzw. der WBL - Anreize zur Umwandlung privater Wohnungen in Sanierungsgebieten	U U	2007 ff		WBL 05, 60	23, private Wohnungseigentümer	
1.2.6	Aufwertung von Bestandswohngebäuden durch Sanierungsmaßnahmen	1	Wird praktiziert und forciert in Abhängigkeit von Stadtteilentwicklungsplänen - Städtische Wohnungen bzw. der WBL - Anreize zur Sanierung privater Wohnungen in Sanierungsgebieten	U U	2006 ff		WBL 05, 60	05, 23, 60, private Wohnungseigentümer	Bezug zu 1.3.

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
1.2.7	Erarbeitung städtebaulicher Konzeptionen zum Abbruch nicht sanierungswerter Bestandsgebäude und Neuordnung mit differenzierten Wohnangeboten	1	Wird praktiziert und forciert in Abhängigkeit von Stadtteilentwicklungsplänen	U V	2006 ff		61	WBL und andere Bauträger, 05, 23, 60	Bezug zu 1.3.
1.2.8	Festlegung von Sanierungsgebieten wie "Soziale Stadt"	1	Wird praktiziert	U	2006 ff		05, 60	17, 23, 32, 48, 61, 89	
1.2.9	Bewohnerbeteiligung an Planungsprozessen um Identifikation mit Wohnort zu stärken	1	Wird in Sanierungsgebieten praktiziert; für Stadtteilentwicklungspläne in Umsetzung bzw. in Planung, im Bereich des Neubaugebiets "Hartenecker Höhe" durch verschiedene Veranstaltungen z.B. Planungswerkstätten, Führungen etc. ebenfalls in Umsetzung	U U	2006 ff		05, 60, 61	17, 23	Bezug zu 1.4.
1.2.10	Stadtbeobachtungssystem , Strukturwandel rechtzeitig erkennen	1	In Vorbereitung mit der Festlegung der Indikatoren	V	2008 / 2009		.05	17, 60, 61, 32, 33, WBL	Sozialdatenatlas, Indikatoren

Strategisches Ziel 1.3 Qualität in Wohnungsbau, Wohnumfeld und Infrastruktur machen Ludwigsburg attraktiv, um hier zu leben. Für **Neubau und Bestandspflege** sind entsprechende Niveaus entwickelt und gesichert.

1.3.1	Qualitätsmanagement im Neubaubereich	1	Standards werden entwickelt. Leistungskonkurrenz (z. B. Wettbewerbe, Mehrfachbeauftragungen, Workshops), lokale Baukultur mit lokalen Akteuren als öffentliches Thema fördern und Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit. Beispiele: Mehrfachbeauftragungen Grünbühl / Sonnenberg, Stettiner Straße (beide mit ausführlicher Beteiligung der Bürger), Ortskern Neckarweihingen; Investorenausschreibungen Hartenecker Höhe	V	2006 ff		61	05, 60, 65, 67, WBL	Bezug zu 1.1, 1.2, 1.4
1.3.2	Qualitätsmanagement bei Bestandsgebäuden	2	Erarbeitung Standards und Konzepte zur Steigerung der Wohnungsqualität in Einzelfällen (Energetisch, Aufzüge, flexible Grundrisse usw.). Beratung der Bauherren durch Architekten	V	2006 ff		60/61	65, WBL	Bezug zu Themenfeld 4 "Vitale Stadtteile" (Stadtteilentwicklungspläne)
1.3.3	Sanierungs- und Förderprogramme für Sanierung Bestandsgebäude	2	In Sanierungsgebieten bereits in Umsetzung	U	2006 ff		.05	61, 23, WBL	
1.3.4	Nutzung von Innenentwicklungspotenzialen	2	Flächen müssen bei der Erarbeitung der Stadtteilentwicklungspläne definiert werden: 5 STEP's in Bearbeitung	V	2007 ff		PG STEP, 61	60	Bezug zu 1.1, 1.2, 1.4, zu Themenfeld 4 "Vitale Stadtteile"
1.3.5	Stärkung der Lebensqualität durch Schaffung familienfreundlicher Wohnumfelder	2	Konkrete Maßnahmen müssen in den Stadtteilentwicklungsplänen erarbeitet werden: 5 STEP's in Bearbeitung	V	2007 ff		PG STEP, 61	60, 65, 67, 48, 89, ÖPNV, WBL.	Bezug zu Themenfeld 4 "Vitale Stadtteile"
1.3.6	Schaffung guter Infrastrukturvoraussetzungen	2	Konkrete Maßnahmen müssen in den Stadtteilentwicklungsplänen erarbeitet werden: 5 STEP's in Bearbeitung	V	2007 ff		PG STEP, 61	60, 65, 67, 48, 89, 17, ÖPNV, WBL.	Bezug zu Themenfeld 4 "Vitale Stadtteile"

Strategisches Ziel 1.4 Die Stadtteile bilden durch ihre spezifischen Qualitäten und positiven Strukturmerkmale eine vielfältige Stadt. Sie bereichern durch ihre **Identitäten** das Wohnen in Ludwigsburg.

1.4.1	Ortsidentität herausarbeiten und stärken								
1.4.2	Förderung bürgerschaftliches Engagement								
1.4.3	Schaffung von kommunikationsfördernden Strukturen								
1.4.4	Bereitstellung von Wohnbaupotenzial für den Eigenbedarf								

Die dargestellten Maßnahmen unterscheiden sich je nach Ausprägung des jeweiligen Stadtteils und müssen anhand von **Stadtteilentwicklungsplänen**

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
1.4.5	Baulücken und Brachflächen entwickeln		mit den lokalen Akteuren vor Ort gemeinsam entwickelt werden. Siehe Themenfeld Vitale Stadtteile						
1.4.6	Stärkung der Ortskerne								
1.4.7	Aufenthalts- und Begegnungsräume schaffen								
1.4.8	Zäsuren zwischen den Stadtteilen beibehalten und stärken								
1.4.9	Bezug zur Landschaft ausprägen								



2 Kulturelles Leben

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Ludwigsburg ist eine Stadt mit viel Potenzial und hoher Qualität bei Kultur und Künsten. Güte und Vielfalt des kulturellen Lebens tragen maßgeblich zum Bild der Stadt bei: Ludwigsburg wird überregional und international als kulturelle Perle wahrgenommen.

2

Masterplan Kulturkonzeption
 Prozessverantwortlich: Wiebke Richert (FB 41)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						

Strategisches Ziel 2.1 Das hohe Niveau und die Vielfalt des kulturellen Lebens sind erhalten und vor dem Hintergrund der Stadtgeschichte bürgerorientiert weiterentwickelt. Dies zeigt sich bei eigenen Produktionen

2.1.1	Weiterentwicklung Ludwigsburger Schlossfestspiele		Die Ludwigsburger Schlossfestspiele – Internationale Festspiele Baden Württemberg sind die kulturell bedeutendste Institution der Stadt. Seit 75 Jahren sind sie stark im bürgerlichen Bewusstsein verankert und haben Ludwigsburg im Bereich Klassik und Tanz zu nationalem/ internationalem Bekanntheitsgrad verholfen. Die hohe Bedeutung der Ludwigsburger Schlossfestspiele für die Bürger der Stadt und der Region sowie als singuläres "Aushängeschild" ist zu erhalten und weiterzuentwickeln. (Ziele noch geneuer definieren). Ab Okt. 2009 Beginn neue Intendanz mit stärkerer inhaltlich-finanzieller Bündelung der Verantwortung.	V/U	2009/2010	fester Zuschuss; Rückführung der Kürzung (10%) in HHplan 2009	LSF	Aufsichtsrat LSF, FB 41: Richert, Peichl	.2.1.2, 2.1.3., 2.4.1
2.1.2	Städtisches Kulturprogramm im Forum am Schlosspark		Die hohe Qualität und Ausstrahlung des Programms in die Regio mit Theater, internationalem Ballett/Tanz sowie Klassik und Entertainment hat Priorität. Die Anzahl der Veranstaltungen muss aus finanziellen Gründen reduziert werden. Qualitätsverluste sind nicht zu vermeiden. Damit ist das Programmkonzept ernsthaft gefährdet und damit das Forum in seiner "Leuchtturmfunktion" für die Kultur der Stadt. Die Entwicklung des Programmangebots wird fortgesetzt, um mittelfristig neue Publikumsschichten zu binden. Mit der Reihe „Dicht dran!“ gibt es ein umfangreiches Begleitprogramm (Workshops, Einführungen, Künstlergespräche, Kinder- und Familienkonzerte), das Teil der Maßnahmen zur kulturellen Bildung des FB 41 ist. Die Finanzierung ist nicht gesichert und muss noch auf eine verlässliche Basis gestellt werden. Für die Kooperationen mit Schulen müssen noch verbindliche Strukturen aufgebaut werden. Kooperationen mit kommerziellen Anbietern (Agenturen) und Lb-Kultureinrichtungen für einzelne Projekte werden angestrebt (z.B. Fortsetzung des Festivals LB-Dance)	V/U	2009/10 ff	festes Budget	Peichl	Richert, LSF, FB 48	.2.1.1, 2.2.2.1
2.1.3	Forum am Schlosspark		Insbesondere aufgrund der verschärften ökonomischen Rahmenbedingungen wurden die Ziele im Forum am Schlosspark in Richtung forciertes Veranstaltungsstättenmanagement modifiziert. Der FB 41 wurde in einem ersten Schritt intern umorganisiert; der Bereich Programme und Produktionen mit dem städtischen Kulturprogramm im Forum wird seit Sept. 2008 als eigene Abteilung geführt; die Leitung des Forums an die bisherigen Teamleiter Marketing und Vertrieb bzw. Technik übertragen. Der primäre außerökonomische Fokus ist, das Forum am Schlosspark als Marke „Kongress- und Kulturhaus“ in der Region stärker bekannt zu machen. Die Stärken des Hauses – als einzige Veranstaltungsstätte mit einer Zweiraumlösung, dem Theatersaal etc. sind herauszuheben. Positionierung des Forums am Schlosspark über die Region hinaus – bundesweit und international, um langfristig neue Märkte oder Nischen für Kundenpotentiale zu entwickeln.	U	2009/ 10 ff.	festes Budget, s. Erfolgsplan	Roser/Greipel-Dominik	Richert, Kelp, FB 20, 10	2.1.1, 2.1.2

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			<p>Dem Kunden eine Gesamtlösung bieten, Kultur- und Kongress-, Vertriebscenter (Fullservice rund um seine Veranstaltungen aus einer Hand). Einbindung weiterer Veranstaltungsstätten in das Produktportfolio neben Louis-Bühner Saal, Musikhalle, Scala . Stammkundenbetreuung und Erschließung von neuen Zielgruppen für das Forum und die anderen Veranstaltungsstätten zur Sicherung der betriebswirtschaftlichen Ziele. Sicherung der Bestandskunden insbesondere bei derzeit rezessiver Konjunktur durch verstärkte Vertriebs- und Marketingaktivitäten. Outsourcing von wenig produktiven Geschäftsfeldern wie des Ticketservices / Kasse werden untersucht. Renovierung und ständige technische Optimierung der Gebäude und Räume, um am Markt wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben. Forcierung von Onlineangeboten für die Vermarktung. Weiterentwicklung des Internetauftritts.</p> <p>Migrationsphase des neuen Hallenverwaltungs-, CRM- und Controllingsystems Rubin und Weiterentwicklung zur Optimierung der Arbeitsprozesse und Workflows. Organisatorische Weiterentwicklung: Untersuchung einer möglichen neuen Organisationseinheit "Zentrales Veranstaltungsstättenmanagement" mit dem Ziel, den Fokus Ludwigsburg auszubauen.</p>						
2.1.4	Neukonzeption Stadtmuseum		<p>Das Städtische Museum ist ein Ort des Sammelns, Bewahrens, Erforschens, Ausstellens und Vermitteln – ein Ort der Aufklärung und Identifikation. Neben den daraus resultierenden umfangreichen Aufgaben in konservatorischer und wissenschaftlicher Hinsicht präsentiert und vermittelt es durch Schausammlungen, Wechselausstellungen, Publikationen, Führungen, Vorträge und museumspädagogische Angebote seinen Bestand der Öffentlichkeit. Die Konzeption des Städtischen Museums orientiert sich an der speziellen Geschichte, Kunst und Kultur Ludwigsburgs und an der in über 100 Jahren gewachsenen Museumssammlung. Dadurch erhält es sein eigenständiges, unverwechselbares Profil. Nach der Neukonzeption der Abteilung „Stadtgeschichte“ und „Menschen in Ludwigsburg“ in den 1990er Jahren muss sich das Museum im Bereich der ständigen Schausammlung mit neuen Themen, aktueller Gestaltung und mit den neuesten visuellen Möglichkeiten zusätzlichen Besucherschichten öffnen.</p> <p>Das Museum hat gezeigt, dass es bei der Präsentation seiner Bestände interessante Akzente setzen kann und hat sich in Ludwigsburg und der Region Aufmerksamkeit, Akzeptanz und einen sehr guten Ruf erworben. Ein eigenes Museumsgebäude mit seinen vielseitigen Möglichkeiten wird diese positive Entwicklung weiter vorantreiben. Insbesondere die Wechselausstellungen als speziell für das Ludwigsburger Museum gestaltete Eigenproduktionen und die Museumspädagogik spielen in der Gewinnung neuer Besuchergruppen eine unverzichtbare Rolle.</p>	U	2012	letzter Beschluss WKV/GR Mai 2009	Abrecht (Projektleitung), Hollwedel (41),	FB 65, FB 61, Denkmalschutzbehörde, Büro Lederer, Büro hg merz	2.1.8, 2.2.2.4

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
2.1.5	MusikTheater-Produktionen		Seit 1996 produziert der Fachbereich Kunst und Kultur der Stadt Ludwigsburg in Zusammenarbeit mit dem BürgerTheater und dem Stadtverband der Gesang- und Musikvereine große, spektakuläre Musiktheaterprojekte im Forum am Schlosspark, die ein "Aushängeschild" für Ludwigsburg sind. Das Sinfonieorchester der Stadt Ludwigsburg, die Kantorei der Karlshöhe und ein großer Projektchor mit nicht organisierten Sängern bildeten das musikalische Zentrum. Die Arbeitsstrukturen, das Kernteam und die Infrastruktur des BürgerTheaters waren dabei für den Bereich, Regie, Choreographie und Ausstattung zuständig. Hier waren 350 – 450 Personen auf und hinter der Bühne beteiligt. 7000 – 11 000 Zuschauer besuchten die 6-10 ausverkauften Vorstellungen von Carmina Burana (1996), Messias (2000) und Fürsten, Bürger und Soldaten (2004), Die Schöpfung (2009).	U	2013/14	projektbezogen	Peichl, Richert,	Bürgertheater, Stadtverband, Künstlerische Leitung	2.1.8, 2.1.14
2.1.6	Weiterentwicklung Scala		Das Scala in der Stuttgarter Strasse 2 ist seit rd. 20 Jahren der Veranstaltungsort für die sog. „alternative“ Kultur. Als Veranstaltungshaus mit Konzert-, Kabarett- und Programmkinooferat hat es sich über die Region hinaus profiliert und ein sehr zahlreiches Publikum gewonnen; das Angebotssegment ist ein maßgeblicher Faktor für das kulturelle Profil der Stadt. Räumlich liegt das Haus mitten im stadtplanerischen Entwicklungsbereich Rathaus-/Mathildenaal, welches insbesondere für den Bereich Medien, Film und Kultur aufgewertet werden soll. 2007 Ankauf des Anwesens durch die WBL- Sicherung des Standortes. 2008 Konzeption zur Vermarktung aus einer Hand im Verbund mit qualitativ hochwertigem Kulturprogramm, Kino und einem damit abgestimmtem gastronomischen Angebot. Polit. Zielvorgabe: private Trägerschaft. Investitionsförderung aus Konjunkturpaket 2 des Bundes. 2009 Rückführung Gesellschaftsanteile an private gGmbH. Verhandlungen mit 2 Investoren laufen. Entscheidung über Kinobetreiber im Juli 2009 für 1 Jahr. Betreiberkonstellatun Saal :abhängig von Investorenlösung - Prüfung und Entscheidung Herbst 2009. Vereinbarung mit Scala gGmbH anschließend.	U	2009/10	Konjunkturpaket, Programmmzuschuss, jährlicher Bericht	Richert, Kiedaisch		
2.1.7	Weiterentwicklung Kunstzentrum Karlskaserne/Kunstschule Labyrinth		Das Kunstzentrum Karlskaserne ist das bedeutendste kreative Ausbildungs- und Produktionszentrum in Ludwigsburg und muss inhaltlich, personell, funktional und räumlich/baulich ständig weiterentwickelt werden um sich den Herausforderungen der Zukunft stellen zu können. Im Rahmen des GPO-Workshops wird derzeit überprüft, ob die strukturelle und finanzielle Ausstattung der tragenden Organisation Kunstschule Labyrinth dafür noch ausreichend ist, oder ob hier personell und baulich investiert werden muss.	V	2009 ff.	festes Budget	Eggers	Richert	2.2.2.1, 2.2.2.2, 2.2.2.4
2.1.8	Kunstverein (in der Eberhardstraße)		Der Kunstverein Ludwigsburg hat neben vielen anderen Vermittlungstätigkeiten vor allem zum Ziel, seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit die innovativste künstlerische Entwicklung auf dem nationalen und internationalen Sektor zu präsentieren und zu vermitteln. Der Kunstverein ist offen für alle internationalen Strömungen und präsentiert jeweils die Kunstsprachen, die bereits heute die Antworten auf die Fragen von morgen aufzeigen. Die Kommunikation mit dem Künstler und seinem Werk sind hierbei wichtige und wertvolle Bausteine. Der Kunstverein Ludwigsburg war, ist und wird zudem ein international anerkanntes Sprungbrett für Künstler/innen und Kurator/innen sein.	U	2009 ff.	festes Budget	Bau Eberhardstr. 1: Albrecht (Projektleitung), Inhalt: Richert,Hollwedel	Lenkungsgruppe Stadtmuseum / Kunstverein	2.1.4, 2.1.12

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
			In der räumlichen Verflechtung mit dem Stadtmuseum d.h. durch die unmittelbare Nachbarschaft/ durch bewusste Schnittstellen zweier kulturgeschichtlicher Institutionen verfolgt die Stadt eine lebendige Auseinandersetzung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (der Stadt Ludwigsburg). Die Rolle als Kultur- und Medienstadt soll in der Konzeption und der künftigen Programmatik der beiden Institutionen einen herausgehobenen Status erhalten. Bis zum Bezug des neuen Standortes Interimsdomizil in der Wilhelmstr.						
2.1.9	Bürgertheater Ludwigsburg		Seit Mitte der 90iger Jahre erhielt das BürgerTheater Ludwigsburg für außergewöhnliche Theaterprojekte einen jährlichen Regelzuschuss in Höhe von ca. 25 000.- Euro. Seither gab es Preissteigerungen auf allen Ebenen. Die Zahl der Mitwirkenden ist gewachsen, die Ideen wurden ehrgeiziger und die Ansprüche des Publikums nahmen zu. Der jährliche Regelzuschuss ist seit 2008 auf 35 000.- Euro erhöht worden, damit das Bürgertheater für seine 2-jährigen Produktionen nach 15 Jahren erfolgreicher Arbeit einen solideren Grundstock hat.	E	nächste Produktion 2011	festes Budget	Kittel	Tanz- und Theaterwerkstatt, Weitere	2.1.5, 2.2.1.1
2.1.10	Bereitstellung von Projektmitteln zur Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten und zur projektbezogenen Förderung		Erarbeitung von Vergabekriterien für Projektmittel zur Förderung von Gemeinschaftsprojekten der Ludwigsburger Kulturtreibenden, der Realisierung einmaliger interdisziplinärer Projekte, der Ermöglichung von Projekten von nicht institutionalisierten Einrichtungen sowie der Entwicklungsmöglichkeit von neuen Initiativen, interessantem Potenzial und künstlerischen Experimenten.	V	2010	jährlich als Sondermittel beantragt. Ziel: festes Budget	Raithel	FB 41: Richert, Kelp, FB 20	potenzielle Bezüge zu allen Maßnahmen innerhalb der strategischen Ziele 2.1, 2.2 und 2.4
2.1.11	Qualitätsmanagement		Für die Qualitätssicherung und die niveauvolle Weiterentwicklung und Förderung von städtischen und nicht städtischen Kulturinitiativen soll ein Anforderungskatalog mit Bewertungskriterien erarbeitet werden.	EP	2010 ff	nein	N.N.	FB 41	Qualitätsmanagement ist eine Querschnittsaufgabe
2.1.12	Konzept "Kunst im öffentlichen Raum"		Die Neustrukturierung im Bereich der „Kunst im öffentlichen Raum“ wurde wie geplant erarbeitet. Gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung wurde von der Abteilung Projekt- und Kulturmanagement und Fachbereichsleitung in Form von verschiedenen Beschlussvorlagen ein Modell für Kunst im öffentlichen Raum entwickelt. Das beschlossene Modell sieht temporäre Kunstprojekte vor. Ein Kunstbeirat wurde zur qualitativen Begleitung ins Leben gerufen. Künstler werden in einem geladenen Wettbewerb aufgefordert, sich zu bewerben. Eine Jury die aus Kunstsachverständigen und kommunalpolitischen Vertretern besteht, wählt aus den eingegangenen Entwürfen Künstler aus, die realisiert werden sollen. Der Gemeinderat muss diesen Vorschlägen abschließend zustimmen. Das Projekt „AUSSERDEM – Kunst öffentlichen Raum“ wurde am 11.6.2009 eröffnet und soll als Kunsttriennale fortgeführt und etabliert werden. Resümee/ Analyse/ Entscheidung zur Fortführung Februar 2010	U/E	2009, 2012, 2015 ff.	Bewilligung Budget für ersten Durchlauf	Raithel, Richert	Kunstverein, VBKW, FB 41: Eggers, Hollwedel FB 61: Mihm, Kurt	.2.1.8, 2.1.15 Antrag Fraktion DIE GRÜNEN, Nr. 328/06 Antrag Fraktion SPD, Nr. 349/06 Antrag Fraktion FDP, Nr. 653/06 Vorl.-Nr. 290/07 Offensive Innenstadt. Attraktivitätspunkt in der Fußgängerzone Asperger Straße Vorl.-Nr. 513/07 Kunst im öffentlichen Raum / „Skulpturenprojekt“ Vorl.-Nr. 155/08 Skulpturenprojekt Vorl.-Nr.333/08 Skulpturenprojekt – Kunstbeirat und Wettbewerbsform Vorl.-Nr. 056/09

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
2.1.13	Kultur und Film		a) Ausbau der Kooperation mit der Filmakademie Baden-Württemberg Im Rahmen des Projektes "Kommen und Gehen" der KulturRegion fand eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Kunst und Kultur und Regie-Studenten der Filmakademie statt. An diese Erfahrung soll angeknüpft und Kooperationen weiter ausgebaut werden. Unter dem Vorzeichen des Stadtjubiläums fand eine erneute Zusammenarbeit nach oben genanntem Muster statt: Der Projekttitle „Wagnis: Leben“ bildete einen thematisch offenen Rahmen, in welchem acht ganz unterschiedliche Kurzfilme entstanden. Es muß geprüft werden, unter welchen Bedingungen derartige Kooperationen in eine dauerhafte Form münden können. Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Stadtjubiläum stehend wurde ein Absolvent der Filmakademie im Rahmen einer sogenannten Drittmittelproduktion mit der Erstellung eines dokumentarischen Kurzfilms über das Ludwigsburger Stadtentwicklungskonzept beauftragt, der unter anderem zum Festakt des Jubiläums gezeigt wurde.	U/V	a) 2009 ff. b) 2009/10	Sondermittel	a) Raithel b) Richert (FB 41), Schärer, Bellanca (FB 89), FB 20	a) Filmakademie, WMT b) KinoKult e.V., Filmakademie, Scala Kultur gGmbH, ggf. Investor	2.1.14, 2.4.2
			b) Programm kino (Zuschussperspektive) Das anspruchsvolle und vielseitige Programm kinoangebot wird seit rd. 20 Jahren von KinoKult e.V. als gewerblich arbeitender Verein mit einer engagierten, z.T. ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedschaft getragen. Angesichts der schwierigen Entwicklung in der Kinobranche wird es immer schwieriger, dieses Angebot mit vertieftem cineastischem und medienpädagogischem Anspruch wirtschaftlich zu erhalten. Am Standort einer Medienstadt mit Sitz von Film- und Theaterakademie muss auch aus Imagegründen und unter der Gefahr, das das noch vorhandene, lt. Gutachten Brinke medien consult) große Publikum in die Landeshauptstadt abwandert, geprüft werden, inwiefern das Angebot künftig bezuschusst werden sollte, um es zu erhalten. Im GR hat dies bislang jedoch keine Befürwortung erhalten. Insbesondere in Bezug auf das Kinoangebot im Scala und die dortigen Erwartungen an Qualitäten (Förderung im Konjunkturpaket) wird diese Thematik derzeit genauer in den Fokus genommen c) Entwicklung Filmfestivals: Fachbereich FMT			bislang nein			
2.1.14	Verstärkung von Vernetzung und Kooperation zwischen den Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden		z.B. Kulturtafel: jährlicher Austausch des inneren Kreises der Ludwigsburger Kulturschaffenden zu aktuellen kulturpolitischen Themen, z.B. Kultur-Stammtisch: jährliches Treffen aller Kulturschaffenden und der Gesangs-, Musik- und Kulturvereine, das dem gegenseitigen Austausch, der terminlichen Abstimmung und der Erstellung des Kulturkalenders dient. z.B. Kulturkalender: Jahresübersicht über die Ludwigsburger Kulturveranstaltungen	U	laufend	geringes Budget	Raithel	Richert, Knorpp, Lbg. Kulturszene	2.3.2.3
2.1.15	Thematische Kulturprojekte		Projektarbeit gewinnt als feste Größe in der Kulturarbeit an Bedeutung. Der Fachbereich beteiligt sich federführend und projektsteuernd an kulturellen Jubiläen (z.B. denk mal Schiller 2005, Stadtjubiläum 2009) sowie an weiteren anlassbezogenen thematischen Kulturprojekten. Die Teilnahme an den jährlichen Projekten der KulturRegion stellt einen weiteren Aufgabenschwerpunkt der Kulturprojektarbeit dar. Diese Maßnahmen verstärken auch die Wahrnehmung Ludwigsburgs als Kulturstadt in der Region und überregional. Darüber hinaus stärken Projekte die Möglichkeit der Zusammenarbeit ganz verschiedener kultureller Einrichtungen und fördern die Begegnung zwischen Hoch- und Basiskultur. Auch können künstlerischer Nachwuchs sowie eher experimentelle Ausdrucksformen in den Rahmen thematischer Kulturprojekte integriert werden.	U	laufend	ja	Raithel, Richert	wechselnd	Projektarbeit ist eine Querschnittsaufgabe.

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			Es besteht ferner die Chance der besseren Wahrnehmung kultureller Angebote in der Öffentlichkeit und dadurch auch die Gelegenheit der Erreichung neuer Zielpublika, die im Idealfall auch langfristig an Ludwigsburger Kulturangebote gebunden werden können. Voraussetzung für die dauerhafte Möglichkeit, projektorientiert arbeiten zu können, ist die Bereitstellung der dafür benötigten Ressourcen sowie ein organisatorisches Bekenntnis zu dieser Arbeitsform.						
2.1.16	Weiterentwicklung "Literatur in Ludwigsburg"		In der Mitteilungsvorlage "Literatur in Ludwigsburg" wurden 2007 Maßnahmen im Rahmen der kommunalen Literaturförderung, die der Verbesserung der Situation der Ludwigsburger Literaturschaffenden im Allgemeinen und der besseren Vernetzung, Wahrnehmung und Vermarktung im Besonderen dienen, vorgestellt: n Etablierung eines regelmäßigen „Runden Tisches Literatur“ zum gegenseitigen Informationsaustausch n gemeinsamer Veranstaltungs-Flyer „Literatur in Ludwigsburg“ n Nutzung und Benennung des Pavillons im Ratskellergarten als „Literatur-Pavillon“ n Literaturfest im Kulturzentrum in Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek. Drei Maßnahmen dieses Vier-Säulen-Konzepts konnten erfolgreich umgesetzt werden. Die Literaturszene hat sich erkennbar vernetzt, die Veranstaltungen werden besser wahrgenommen und gemeinsam, gebündelt kommuniziert und das Ludwigsburger Literaturfest ist als Erfolg zu werten wird 2009 zum dritten mal stattfinden. Lediglich die Nutzung des Pavillons im Ratskellergarten als „Literatur-Pavillon“ sowie dessen Umfeldgestaltung sind bislang nicht umgesetzt.	U/E	laufend	ja, aber kein festes Budget im FB 41	Raithel	Stadtbibliothek, Herr Stierle, Literaturszene LB	.2.1.14. 2.1.15
	Tanz- und Theaterwerkstatt		neu! Text muss mit TTW abgestimmt werden		laufend	festes Budget, Erhöhung 2008	TTW	Eggers, Richert, Kelp	
	Jugendmusikschule Ludwigsburg		neu! Text muss mit JMS abgestimmt werden		laufend	festes Budget	JMS	Eggers, Richert, Kelp	
	Archive		neu! Staatsarchiv und städtisches Archiv auch als Orte der kulturellen Präsentation - Abstimmung dort		laufend	teilw.	Her Läpple, Dr. Müller, Staatsarchiv	FB 10, Dr. Hollwedel	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt									
Strategisches Ziel 2.2 Die aktive Beteiligung und Teilhabe der Bürgerschaft am kulturellen Leben fördert Integration, Selbstbewusstsein, Kreativität und damit die Lebensqualität.									
2.2.1	Unterziel A: aktive Beteiligung der Bürgerschaft	0							
2.2.1.1	Bürgertheater		Das BürgerTheater Ludwigsburg bereichert das Kulturleben im Raum Ludwigsburg schon seit fast 20 Jahren auf besondere Art und Weise. Seit 1988 haben die im 2-jährigen Rhythmus stattfindenden, außergewöhnlichen Theaterprojekte künstlerisch und gesellschaftlich große Spuren hinterlassen. Das Bürgertheater ist ein kulturpolitisches Experiment. Kulturschaffende der Region Ludwigsburg, Profis und Amateure, verschiedene Institutionen, Vereine, Gruppen und Einzelkünstler, 'Etablierte' und 'Alternative', Jugendliche und Erwachsene, und seit der Produktion "Marat" bewusst auch Migrantengruppen, sind aktiv und kreativ an den großen Theaterprojekten beteiligt. Das BürgerTheater ist ein Bekenntnis Ludwigsburgs zu eigenen, größeren schöpferischen Unternehmungen, die ungemein befruchtend und anregend für das aktive künstlerische Leben in der Stadt sind. Es trägt wesentlich zum kulturellen Ansehen und zur Identität der Stadt und ihrer Bürger bei und ist inzwischen zu einem wichtigen Kulturfaktor geworden.	U	laufend	festes Budget	Kittel	Tanz- und Theaterwerkstatt, Weitere	2.1.9., 2.2.2.3
2.2.1.2	Stärkung der Gesang-, Musik- und Kulturvereine		<ul style="list-style-type: none"> ■ Kooperationen anregen zur Stärkung der Laienkultur, finanzielle Anreize schaffen ■ Entwicklung neuer Ideen im Bereich der Jugendarbeit, um den Bestand der Vereine zu sichern ■ Hervorhebung des sozialen und kulturpolitischen Werts des ehrenamtlichen Engagements kulturtreibender Vereine in der öffentlichen und internen Wahrnehmung ■ mittelfristige Aktualisierung der Förderrichtlinien der Kulturförderung ■ Kulturstatistik: Feststellung des Ist-Zustandes in punkto Mitgliederstrukturen (Alter/Mitgliederzahlen/ Aktivitäten/ Unterbringung/usw.) Derzeit wird an einer Novelle der Richtlinien zur Vereinsförderung gearbeitet, insbesondere mit dem Ziel, die musische Bildung und Jugendarbeit in den Vereinen zu stärken. 	V/U	2009/10	festes Budget	Knorpp, Kelp	Raitchel, Vereine	2.2.1.3
2.2.1.3	Stärkung der Stadtteilkultur		<ul style="list-style-type: none"> - Feststellung des Ist-Zustandes kultureller Angebote in den einzelnen Stadtteilen - daraus resultierende Ergebnisse öffentlich machen und gegebenenfalls notwendige Handlungsfelder bestimmen - Gruppen und Vereine aus den Stadtteilen verstärkt bei Aktionen in der Innenstadt mit einbeziehen, höhere Identifikation der Stadtteile mit der Kernstadt erzielen durch Förderung konkreter Kulturprojekte mit stadtteilübergreifenden Auswirkungen - Chancen der Integration von ausländischen Mitbürgern nutzen und durch finanzielle Unterstützung anregen, in Kooperation von 41 und 17 - von Seiten der Verwaltung Planungssicherheit vermitteln (Finanzen/ räumliche Unterbringung/usw.) 	V	2010 ff.	Bislang Sondermittel, z.T. aus Bundesmitteln (Soziale Stadt etc.)	Kelp, Knorpp	STEP, FB 41; Raitchel, FB 17, Vereine	2.2.1.2

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
2.2.2	Unterziel B: Kulturelle Bildung								
2.2.2.1	Musische Bildung		Möglichst kurzfristig (Step1) sollen alle Kinder in Kindertagesstätten und Grundschulen v.a. durch Angebote der Jugendmusikschule eine musikalische Frühförderung erhalten. 2009 wird keine Konzeption zur musischen Bildung von Kindern und Jugendlichen in einem Workshop ausgearbeitet. Eckpunkte: Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung, möglichst uneingeschränkte Zugänge/Teilhabe aller Kinder, angemessene Frühförderung, keine Unterbrechungen, Orientierung an der Biografie des Kindes. Finanzierung über Fonds JBZ, Patenschaften und institutionelle Eigenmittel wird geprüft. - Mittelfristig (Step 2) sollen die bereits zahlreich und qualitativ hochwertigen kulturellen Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche der verschiedensten Kultur- und Bildungsinstitutionen wie Kunstschule Labyrinth, Stadtbibliothek und freier Träger vernetzt und qualitativ gesteuert werden um ein breitgefächertes wie nachhaltiges musikalisches Bildungsangebot in Ludwigsburg zu installieren.	V	2009	ja, aber bislang kein Budget, Vermittlungsprojekte werden soweit möglich aus laufenden Budgets bestritten	FBL 48/41: Zoll, Richert	Peichl, Kelp JMS, Kitas, Schulen, Labyrinth FB 20	2.1.1, 2.1.7
2.2.2.3	Multikulturelles Denken und Integration durch Kunst und Kultur		Die multi-kulturelle Gesellschaft verlangt auch eine entsprechend ausgerichtete Kulturpolitik und Kulturarbeit. Kunst und Kultur bieten viele Möglichkeiten der Integration. Um dieses Potenzial allerdings gezielt und effizient nutzen zu können, müssen konzeptionelle Grundsätze auch im Hinblick auf die musische Bildung (2.2.1) erarbeitet werden. Unter diesem Blickwinkel sollen Förderrichtlinien überarbeitet, Ziele der städtischen Kultureinrichtungen überprüft und entsprechende Projekte gefördert und initiiert werden. Vorschlag: Bei der Kulturehrung gibt es zu diesem Thema eine neue „Ehrenkategorie“. Finanzmittel im Haushalt sollten dafür bereit gestellt werden. Im Rahmen der konzeptionellen Arbeit des Landeskunstbeirates laufen derzeit Hearings und Abstimmungen im MWK BW.	V	2009/10	Projekt bezogen	Richert	17, Kittel, Peichl, weitere relevante Kultureinrichtungen	.2.4.5; Querschnittsaufgabe
2.2.2.4	Kulturvermittlung		Städtische Kultureinrichtungen wie von der Stadt geförderte Einrichtungen ergreifen Maßnahmen, um Ihre Angebote/Programme einem breiten Publikum zu vermitteln. Hierzu gehören begleitende Angebote zum Programm wie museums- und theaterpädagogische Angebote, Einführungen, Vorträge, Künstlergespräche, Workshops und Kooperationen mit Institutionen wie Kindertagesstätten, Schulen und soweit möglich die aktive Einbindung von Bürgern (z.B. Freundeskreis des Museums) a) Die museumspädagogische Arbeit ist in der heutigen Zeit eine wichtige kulturelle, öffentliche Aufgabe, die im neuen Stadtmuseum dringend ausgebaut werden muss, was bislang aus Gründen der Personalkapazität nicht möglich ist. Durch unterrichtsbegleitende und projektbezogene Angebote sollen gezielt Schulklassen und ein jüngeres Publikum in die Museumsarbeit mit einbezogen werden. Sonderführungen, besondere Aktionen und die Zusammenarbeit mit Filmakademie, Kunstverein und Kunstschule sollen das Museum für neue Besucherschichten öffnen. b) Kunst-, tanz- und theaterpädagogische Angebote sind Grundbestandteile der Kunstschule Labyrinth. Dazu gehören nicht nur eigene Kurse, Workshops und Projekte, sondern auch Kooperationen mit Kindergärten und Schulen. Enge Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten, sowie theaterpädagogische Angebote ergänzen auch das Programm der Jungen Bühne c) Freundeskreise, z.B. Freunde des Städtischen Museums e.V.			ja, bislang kein Budget ja, bislang kein Budget nein	N.N.	alle Kultureinrichtungen	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
			Das Städtische Museum ist als Ort der Identifikation, der Information und der Unterhaltung ein wichtiger kultureller Treffpunkt für ein breites Publikum. Durch die engagierte ehrenamtliche Arbeit des Vereins der Freunde des Städtischen Museums Ludwigsburg e.V. und durch dessen erfolgreiches Vortragsprogramm sind kunst- und geschichtsinteressierte BürgerInnen bereits bestens in die Arbeit des Museums eingebunden. Diese integrierende Öffentlichkeitsarbeit gilt es weiter auszubauen.						

Strategisches Ziel 2.3 Alle Akteure der Stadtgesellschaft identifizieren sich mit den vielfältigen künstlerischen und kulturellen Angeboten. Dies schlägt sich in einem offensiven Marketingkonzept nieder.									
2.3.1	Voraussetzungen								
2.3.1.1	Bekenntnis zum Image „Kulturstadt“ Weiterentwicklung der Städtischen Dachmarke <i>Lebendig-Barock</i>		Für ein professionell aufgesetztes, ganzheitliches und einheitlich wirksames Stadtmarketing muss ein funktionales Identifikationsfeld (z.B. Barockes Schloss, Kultur, Film) bestimmt und zugrunde gelegt werden (Grundsatzentscheidung). Aufgrund der Ludwigsburger Geschichte und seiner aktuellen Voraussetzungen ist das Label „Kulturstadt“ grundsätzlich geeignet. Bewährung der Wortmarke IDEENREICH aus dem Stadtjubiläum im Hinblick auf Weiterverwendung als Dachmarke der Stadt sollte geprüft werden. Neue, entsprechende Bildwelten können hier aufgebaut werden; die kulturellen städtischen Institutionen können hier angedockt und zeitgemäß angepasst werden. Weitere operative Maßnahmen wie Internetauftritt, Veranstaltungskalender, kulturtouristische Angebote können im Anschluss von einer Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit einer Agentur entwickelt werden.	V	2010	nein	Raithel, Richert	FMT Peichl Büro OBM	2.3.1.2
2.3.1.2	Kulturmarketingkonzeption		Grundsätzliche Ziele einer Kulturmarketingkonzeption sind die Profilierung der Kultureinrichtungen sowie die bessere Ausrichtung und Positionierung deren hochwertiger Angebote am Markt. Nach der Definition der Ziele hat die Festlegung von Strategien zur Zielerreichung zu erfolgen. Danach werden die dafür benötigten Mittel und Maßnahmen benannt. Um eine qualitative Steuerung des hochwertigen Ludwigsburger Kulturprofils und mögliche Synergieeffekte im Sinne des effizienteren Marketings zu gewährleisten soll auch geprüft werden, ob eine organisatorische Einheit im Sinne eines zentralen Kulturveranstaltungsmanagements/ Kompetenzzenters sinnvoll ist. Mögliche Aspekte u.a.: Förderung v. a) Kooperationen (m. stadinternen und externen Veranstaltern) sowie b) Vermittlungs- und Bildungsangeboten, Marketing (Kulturstadt), Ticketing für kult. VA, Presse u. Öffentlichkeitsarbeit us.w.	V	2010	künftig evtl. ja	Raithel, Richert	FMT Peichl Büro OBM	2..3.1.1
2.3.2	Massnahmen								
2.3.2.1	Arbeitsgruppe Kulturmarketing		Einsetzung einer Arbeitsgruppe Kulturmarketing, die operative Maßnahmen wie Internetauftritt, Veranstaltungskalender, kulturtouristische Angebote usw. in Zusammenarbeit mit einer Agentur entwickelt, ist etabliert. Auf Einladung des Fachbereichs Kunst und Kultur fanden mehrere Treffen der zentralen Kulturanbieter statt, in denen Grundsätzliches und Operatives im Bereich des Kulturmarketings besprochen wurde. Als Maßnahme wurde in einem ersten Schritt ein gemeinsamer interner Termin-/Veranstaltungskalender bearbeitet. Terminliche Abstimmungen vor dem Hintergrund der optimierten und abgestimmten Programmplanung mit dem langfristigen Ziel, einen gemeinsamen Veranstaltungskalender ins Leben zu rufen werden über einen online Kalender gepflegt. Weitere Schritte sind in den nächsten Monaten und Jahren geplant.	V/U	2009/10 ff.	ja	Raithel	FMT, Büro OBM, LSF, ADK, Karlskaserne, Arena, TTW, Scala, Weitere	2.3.2.1, 2.3.2.2

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
2.3.2.2	Internetauftritt überarbeiten		Das Forum am Schlosspark konnte mit der Überarbeitung seines Internetauftritts qualitativ und inhaltlich eine deutliche Verbesserung in der Außendarstellung erzielen. Nun soll auch der Internetauftritt der anderen städtischen Kultureinrichtungen und des kulturellen Angebots in Ludwigsburg strukturell und inhaltlich überarbeitet und im Rahmen der gesamtstädtischen Web-Präsenz weiterentwickelt werden.	V/U	2009/10		Raithel	FMT, Büro OBM, LSF, ADK, Kunstschule, Weitere	2.3.1.2, 2.3.2.1

Strategisches Ziel 2.4 Internationalität hat in der Kulturarbeit einen große Rolle.großen Stellenwert.									
2.4.1	Profilierung Ludwigsburgs als Stadt des modernen Tanzes		Die internationalen Tanzgastspiele des Forums wie auch der Ludwigsburger Schlossfestspiele können in Qualität und Quantität auf diesem Gebiet mit allen Metropolen Europas konkurrieren. Das Tanz-Programm im Forum ist deshalb ein Alleinstellungsmerkmal und in Zusammenarbeit mit den Schlossfestspielen kontinuierlich fortzusetzen. Ein großer Handlungsbedarf besteht bei der Vermarktung dieses einzigartigen Profils. Eine erste Auflage des Festivals Ludwigsburg Dance konnte im Rahmen des Stadtjubiläums 2009 mit großem Erfolg realisiert werden. Das hochwertige Tanzprogramm soll mit dem Label "Tanzstadt Ludwigsburg" - auch unter Berücksichtigung des Tanzsports /TCL) und der TTW - in Zusammenarbeit mit FB FMT entwickelt werden.	U	2009 ff.	ja, Sonderbudget im Rahmen des Stadtjubiläums	Peichl	LSF, FMT, (TCL, TTW)	2.1.1, 2.1.2,
2.4.2	Kooperationen mit international arbeitenden Kultur-Institutionen		Im Rahmen von Kultur-Projekten wie bspw. "Kommen und Gehen" (2006) fand eine erfolgreiche Kooperation mit der Filmakademie Baden-Württemberg, der Masterclass Ludwigsburg/Paris sowie des Deutsch-Französischen Instituts statt. Kooperationen dieser Art sollen weiter ausgebaut werden. Im Herbst 2009 ist eine Fortsetzung der Kooperation zwischen Masterclass, DFI und Fachbereich Kunst und Kultur mit dem Titel „Best of Masterclass“ geplant.	U/V	laufend	Projekt bezogen	Raithel	Filmakademie, Masterclass, DFI usw.	.2.1.12, 2.1.14
2.4.3	Fortsetzung des städtepartnerschaftlichen Kulturaustauschs		Der städtepartnerschaftliche Kulturaustausch spielt in der Kulturarbeit Ludwigsburgs seit Jahren eine große Rolle. Trotz der Abtrennung der Abteilung Städtepartnerschaft vom Fachbereich Kunst und Kultur soll der Kulturaustausch Ludwigsburger Kulturschaffender (z.B. Vereine) mit den Partnerstädten weitergehend ausgebaut und unterstützt werden, um neue Erfahrungen zu ermöglichen. Findet auf anderen Ebenen und Organisationseinheiten statt (NSE, FMT, FB 10). Federführung Süß (FB 10)	U/V	laufend	Projekt bezogen	Süß (FB 10)	FB 41: Raithel, Kulturschaffende, Partnerstädte usw.	2.4.4, 2.1.14
2.4.4	Projekte im EU-Rahmen		EU-Aktivitäten sind auf zweierlei Ebene angedacht: 1.) Orientierung an EU weiten Projektausschreibungen mit dem Ziel, Ludwigsburger Kulturprojekte (wie beispielsweise das BürgerTheater) europaweit zu platzieren und vorzustellen. 2.) Ein zu definierendes künstlerisches Ziel ist Ausgangspunkt eines sprach-unabhängigen EU-Projekts von Ludwigsburger Kulturschaffenden mit Partnersuche („EU-Produkt“).	EP	2009/2010	u.U. ja	Raithel	FB 10, BBB, 89, Kulturschaffende	2.4.2, 2.4.3
2.4.5	Integration durch Kunst und Kultur / Evtl. Ergänzung oder neu: Die verschiedenen kulturellen Ausdrucksformen einer multi-ethnischen Gesellschaft werden respektiert und gefördert.		siehe 2.2.2.3	V	2009 ff.	Projekt bezogen	Richert, Kittel	FB 17	2.2.2.3



3 Wirtschaft und Arbeit

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Innovative und kreative Unternehmen prägen in ihrer Vielseitigkeit den Wirtschaftsstandort und gewährleisten die wirtschaftliche Stärke von Ludwigsburg. Existenzgründer und Neuansiedlungen finden attraktive Standortbedingungen vor.

3 Masterplan Wirtschaft und Arbeit Prozessverantwortlich Frank Steinert (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Team Wirtschaftsförderung)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						

Strategisches Ziel 3.1 Traditionelle Wirtschaftsbereiche behaupten ihre Bedeutung. Das produzierende Gewerbe nutzt den Strukturwandel als Chance. Mittelstand und Handwerk bilden eine tragende Säule der

3.1.1.	Clusterbildung	2	Zur Stärkung und Entwicklung der Wirtschaftsstruktur werden bis zu fünf der wichtigsten Cluster definiert und systematisch lokal, regional, überregional bearbeitet. Der Bereich "Energie" wird als Chance betrachtet. Dafür wird ein Kompetenzzentrum für Energie, Klimaschutz und Ökodesign (Energetikom) realisiert. Der Verein "Energiekompetenz und Ökodesign" wurde am 30. Juni 2009 gegründet. Im Vorstand sind vier öffentlich-rechtliche und vier private Teilnehmer. Die Keimzelle des Energetikoms hat ihren Sitz im Werkzentrum Weststadt bereits bezogen. Die Ludwigsburger Energieagentur (LEA) ist Mitte Juni in das Provisorium eingezogen. Die Partner SCD und ADI sind bereits mit Teilen vor Ort. Der Umbau der Halle 2z, als endgültiger Standort des Kompetenzzentrums, wird Anfang 2010 beendet sein. Zusammen mit WRS, Wirtschaftsministerium, Ingenieurkammer Baden-Württemberg und verschiedenen Unternehmen in der Weststadt nimmt LB neben Achern am Modellprojekt "Energieeffizienz in Betrieben" teil. Im Mediencluster wird die Serie "Eine für alle" in Ludwigsburg realisiert. Darüber hinaus kann die Film-Konzeption II Chancen im Bereich "Animationsfilm" bieten. Teilnahme an Cluster-Initiative ist noch nicht vom Wirtschaftsministerium entschieden. Mit der Unterstützung des IT-Brunchs / IT-Forum ist es gelungen, die Branche zu vernetzen.	V/U	kontinuierliche Weiterentwicklung	1.6135.6000.000, 250.000 Euro für das Energiekompetenzzentrum; 1.7900.6000.000, 7.000 Euro für IT-Brunch/IT Summer Special/IT-Jobbörse	Herr Steinert (Ref. NSE) für traditionelle Wirtschaftszweige, Frau Lukasik (Ref. NSE) für Energiewirtschaft, Herr Schärer/Medienbeauftragter (FB 89) für Kreativwirtschaft	OBM, IHK, Handwerkskammer, WRS	Themenfeld "Energieversorgung" stellt Energie Cluster detailliert dar.
3.1.2.	Jahresgespräch IHK	1	Austausch und Diskussion über Standortfaktoren und aktuelle Themen. Termin in diesem Jahr ist für Oktober vorgesehen.	V	1x jährlich	kostenneutral	OBM	EBM, PR-DI, FB 20, Ref. NSE, Aufsichtsrat IHK	Haushaltskonsolidierung
3.1.3.	Sanierungsmassnahmen	1	Um traditionelle Firmen zu halten und sie in ihrem Strukturwandel zu stärken, können bauliche Veränderungen mit Sanierungszuschüssen beschleunigt und begünstigt werden.	U	laufend	UA 9880	Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE)	FB 61, 65	Städteplanerische Vorschriften können diese Entwicklungen hemmen
3.1.4.	Betriebsbesichtigungen	1	OBM besucht monatlich 1 Unternehmen, Wifö besucht kontinuierlich Unternehmen (Größenordnung 60 pro Jahr). Mind. 2 Medienunternehmen besuchen FBL 89 und Medienbeauftragter pro Monat. Die jeweiligen Besuchsberichte werden innerhalb Monatsfrist in die Wirtschaftsdatenbank KWIS eingepflegt und monatsweise den Dezernenten zur Kenntnis zugeschickt.	U	laufend	kostenneutral	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, Herr Schärer (89), Herr Geiger (Ref. NSE), Medienbeauftragter	
3.1.5.	Teilnahme an Aktionärsversammlungen oder Bilanzpressekonferenzen	2	Gedankenaustausch über mittelfristige Perspektiven	U	laufend	keinen, kostenneutral	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, Herr Geiger (Ref. NSE)	
3.1.6.	Belegung Film- und Medienzentrum	1	Hohe Belegung bewahren. Dazu gehören nun auch Medienhaus Luitpold, Jägerhofpalais, Medias Residence sowie der von avcommunications übernommene südliche Teil der Reinhardt-Kaserne.	U	laufend	außerhalb des Haushalts	Herr Neipp (FMZ)	FB 89, Medienbeauftragter, Wifö, WBL	Konflikt durch Fremdnutzung bei schlechter Auslastung, Unterstützt auch Strategisches Ziel 3.4.

3 **Masterplan Wirtschaft und Arbeit**
Prozessverantwortlich Frank Steinert (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Team Wirtschaftsförderung)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.1.7.	Besuche internationaler Delegationen	3	Aufzeigen der Potenziale, Erkennen von Chancen, Ausbau des Beziehungsnetzes, hier vor allem für nicht genutzte Gewerbeflächen, aber auch für andere SEK-Themenfelder, Vom 29. - 31. 5.2008 besuchten die Vertreter des ICT-Cluster des Kantons Bern (u.a. Swatch, Micron, Feintool) Ludwigsburg und Umgebung (32 PAX). Am 1. und 2.12.2009 wird die Veranstaltung "World Creativity Forum", an der verschiedener Metropolregionen beteiligt sind, in Ludwigsburg stattfinden, 2010 der jährliche Meinungsaustausch Baden-Württemberg - Greater Zurich Area mit Wirtschaftsministerium zum Schwerpunkt Kreativwirtschaft	V	laufend, 1./2.12.2009	kostenneutral, erfolgt auf Kosten des Einladenden	Herr Schärer (89)	OBM, Medienbeauftragter, WiFo, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Wirtschaftsfilmpreis, Kreativitätsinitiative, BKM (Herr Neumann))	EU-Förderprogramme, Chance der Vernetzung mit DWFP (siehe 3.4.1) und Kreativwirtschaftsinitiative
3.1.8.	Ortseingangstafel "Kreativitätswirtschaft"	1	Temporärer Aushang auch in 2009. Neu: Verlinkung mit www.ludwigsburg.de,	U	2009, gemäss Aushangplan	1.7900. 6000.000	Frau Seifert (89)	Büro OBM	Konflikt wegen Belegungen durch Dritte (Verfügbarkeit)
Strategisches Ziel 3.2 Ludwigsburg profiliert sich über seine attraktive Infrastruktur sowie über die immer wichtiger werdenden „weichen“ Standortfaktoren. Unternehmen profitieren von dem ausreichenden									
3.2.1.	Ludwigsburger Wirtschaftstag	1	2008 fand kein Wirtschaftstag statt. Am 11. November 2009 wird im Rahmen des Stadtjubiläums ein besonderer Wirtschaftstag in der Akademie für Darstellende Kunst stattfinden. Programmpunkte: Besichtigung des Energiekompetenzzentrums, Stehgespräch "Mehrwert durch Energie" mit Podiumsgästen und Ausblick "Chancen für die Wirtschaft" durch Herrn Dr. Müller, IHK Präsident; Moderator: Wieland Backes.	V	11.11.2009	1.7911. 6070.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, externe Referenten und Moderatoren, Teilnehmende: Schlüsselpersonen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, EU-Koordination	
3.2.2.	Gewerbeflächenmanagement	1	Datenbank über zur Verfügung stehende Gewerbeobjekte wird laufend aktualisiert und ausgebaut.	U	laufend	kostenneutral	Frau Schafberger (Ref. NSE)	FB 23	Themenfeld "Lebendige Innenstadt"
3.2.3	Round Table Hotellerie / Gastronomie	1	Besprechung Anfang 2009: Die Einladung wurde auf leistungsstarke Gastronomen ausgeweitet. Themen waren das Stadtjubiläum, Auftritt mit 3-B-Land und Untersuchung der FH Heilbronn zum Thema "Hotellerie". Besprechung im Juni 2009 mit den Hotelliers aus Ludwigsburg zum Thema "Hotelentwicklung und Auslastung". Fester Jour-Fix wird eingerichtet.	V	Rhythmus 1-2x pro Jahr	kostenneutral	Herr Schärer (89)	FB 41, LSF, Blüba, Schlossverwaltung, PML, 3-B-Land-Tourismus, Dehoga Kreis LB, ausgewählte Gastronomen und Hotelliers, Ref. NSE	eigene Interessen der Unternehmen vs städtische Interessen,
3.2.4.	Projektentwicklertag	2	Überlegungen für eine Neuauflage in 2010 laufen.	V	3./4. Quartal 2009	1.7911. 6070.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, D III, FB 61, FB 23	
3.2.5.	OBM meets Economy	2	Konzept mit Verwaltungsspitze besprochen, aber zurückgestellt aus Budgetgründen.	R	N.N	1.7911. 6070.000 (auf Wunschliste), gestrichen für 2009	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, 25 grösste Unternehmen in LB	Zeitprobleme, Vertraulichkeit
3.2.6.	Betriebs- und Personalrätersammlung	1	Am 07.05.2009 fand das jährliche Gespräch des OB mit den Personal- und Betriebsratsvorsitzenden statt. Wichtige Veranstaltung zum Gedankenaustausch. Veranstaltung wird derzeit evaluiert und diese Ergebnisse werden in die nächste Veranstaltung 2010 einfließen.	U	jährlich um den 01. Mai	Repräsentationen	Frau Schafberger (Ref. NSE)	OBM, FB 10, je nach Themen weitere FB	
3.2.7	Ludwigsburger Firmensommer	1	Erstmaliges Angebot für SchülerInnen ab 14 Jahren in den Sommerferien einen Tag lang in die teilnehmenden Firmen zu gehen und sich dort über Ausbildungsmöglichkeiten und Berufsbilder zu informieren	U	30.07. bis 11.09.2009	1.7911. 6070.000	Frau Schafberger (Ref. NSE)	teilnehmende Firmen	
3.2.8	Expo Real	2	Besuch der Messe Expo Real in München ohne Beteiligung am Stand der Region Stuttgart.	V	05.10. bis 07.10.2009	1.7911. 6540.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, Herr Geiger (Ref. NSE), Herr Hornung (23)	
Strategisches Ziel 3.3 Die Stadt unterstützt Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei flexiblen und familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen. Mit neuen Formen der Erwerbsarbeit hebt sich Ludwigsburg ab.									
3.3.1.	Kernöffnungszeiten Einzelhandel	2	Kernöffnungszeiten über LUIS definiert. 09.30 - 19 Uhr, Samstags bis 18 Uhr. Samstag ist Stadttag. Vereinheitlichung sehr schwierig, Bemühungen zum Einhalten der Kernöffnungszeiten werden fortgesetzt.	U	kontinuierlich	kostenneutral	Innenstadtbeauftragte	Ref. NSE, LUIS e.V, Beirat und AK "Offensive Innenstadt", BdS, (Werbegemeinschaften)	Siehe auch 3.3.3 (Kinderbetreuung); hängt von der Einsicht des Einzelhandels ab.

3 **Masterplan Masterplan Wirtschaft und Arbeit**
Prozessverantwortlich Frank Steinert (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Team Wirtschaftsförderung)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.3.2.	Familien- und Frauenförderplan Stadtverwaltung Ludwigsburg	1	Seit 16 Jahren, um weiblichen und männlichen Beschäftigten der Stadtverwaltung gleiche Chancen im Arbeitsleben zu gewährleisten sowie um die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu verbessern. Eine Neufassung eines Chancengleichheitsplans ist in Bearbeitung.	U/E	seit 1992	1. 0550. 5700.000	Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Ludwigsburg	FB 10, Personalrat	Leistungsprinzip muss gewährleistet sein.
3.3.3.	Kinderbetreuungs-Angebote/Vereinbarkeit Familie und Beruf	1	Zusammenstellen der Angebote, Publikation und Präsentation im Internet,	U/E	Aktualisierung laufend	kostenneutral	FB 48	Ref. NSE, Unternehmen in LB	Themenfeld "Bildung und Betreuung"

Strategisches Ziel 3.4 Die Film- und Medienbranche entwickelt sich positiv und ist für die Bevölkerung erlebbar etabliert.

3.4.1.	Deutscher Wirtschaftsfilmpreis	1	Am 11. Dezember 2008 fand im Forum die 41. Preisverleihung statt. Als Laudatoren konnten Dr. Ackermann von der Deutschen Bank und Theo Koll, Frontal 21 sowie Frau v. Wahlert von SPIO gewonnen werden. Der Verbleib ist nur noch bis 2009 gesichert. Daher hat am 14.05.2009 in Berlin ein Spitzengespräch zwischen OBM und Minister Reinhart stattgefunden. Vernetzung zu 3.1.7 prüfen.	U	jährlich, gesichert bis 2009 in Ludwigsburg Termine: 26.11.2009	Wird über FMF geregelt, maximaler Projektzuschuss von 5.000 Euro: 1.7911. 7181. 000 zur Ausweitung der PR-Arbeit	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	OBM, FB 89, Medienbeauftragter, Film- und Medienfestival gGmbH(FMF), avcommunications, FB 41	Keine Aussage über 2009 hinaus. Zusammen mit FMF entwickelt werden, um den DWFP in Ludwigsburg zu halten.
3.4.2.	Kurzfilmbiennale	1	Nach Rückzug des Hauptsponsors keine Kurzfilmbiennale 2009. Erste Konzeptbesprechung erfolgt (Ziele, Zielgruppen waren zu klären, Termin: Juni 2010) Konzept mit Integration Filmakademie, Akademie der Darstellenden Kunst und Europ. Masterclass ersetzt werden.	P	2010; weitere Gespräche in 2009	1.7911. 6070. 000	Filmakademie (Prof. Schadt), Akademie für darstellende Kunst (Herr Bergmann), FMF gGmbH	FB 89, Medienbeauftragter	
3.4.3.	Dokville	1	Erfolgreiche Durchführung 2008. Nachbesprechung hat stattgefunden. Ab 2009 wird LB einen Preis in H.v. 2.500 Euro ausloben, entsprechend dem Wunsch und der Abmachung von OB Spec. Mehr Socialising, zusätzliche Lokalitäten zu prüfen (u.a. Scala). Entflechtung der Preisverleihungen zur neuen Veranstaltung, da grosse Preisverleihung Dokville immer in ungeraden Jahren.	U	18./ 19. Juni 2009	1.7911. 6070. 000	Herr Bellanca (Medienbeauftragter), Haus des Dokumentarfilms	FB 48 (VHS), FB 89, FMF	Inhaltlich unklare Strategie (reiner Branchentreff oder Netzwerkanlass, Preisstruktur) Neue Verantwortliche: Frau Dr. Klünger, HdD
3.4.4.	Bundesvideopreis 2009	1	Ausnahmsweise und zum letzten Mal findet der Bundesvideopreis zum dritten Mal in Folge in Ludwigsburg statt. Ab 2010 wird die Veranstaltung in einer anderen Stadt ausgetragen.	U	18. - 21. Juni 2009	1.7911. 6070. 000,	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	PH Ludwigsburg, LfK, Filmakademie	Themenfeld "Zusammenleben von Generationen und Nationen sowie Themenfeld Bildung und Betreuung
3.4.5.	Cartoon Forum 2008	1	<i>Einmalige Veranstaltung in Ludwigsburg. Erfolgreiche Durchführung mit internationalen Kontakten, Ergebnis: Ludwigsburg als Standort für Animationsfilmbranche positioniert. Adressliste von FMF gGmbH erhalten, mit dem Ziel einen Newsletter an Teilnehmende, Broadcaster, Medien zu verschicken.</i>	E	16. - 19. September 2008	<i>1.7900.6070.000 ab HH 2007 eingeplant, Nachtragshaushalt zusätzl. Gelderkredit bewilligt. Endabrechnung muss noch erfolgen</i>	<i>AISBL, Cartoon Forum, Brüssels</i>	<i>FBL 89, Abteilung Tourismus, Staatsministerium, Animationsinstitut, der FA, FilmCommission der WRS, MFG Baden-Württemberg</i>	<i>siehe Vorlage Nr. 687/06, 305/08</i>
3.4.6.	Round Table Filmschaffende	1	Nur ein Round Table 2008 zum Thema Stadtjubiläum, 2009 Besichtigung Studio Werkzentrum Weststadt und Filmkonzeption II	U	1. HJ. 2009	1.7911. 6070.000	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	OBM, FB 89, Filmschaffende aus der Stadt Ludwigsburg	

3 **Masterplan Masterplan Wirtschaft und Arbeit**
Prozessverantwortlich Frank Steinert (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Team Wirtschaftsförderung)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio- rität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.4.7.	Akademie für darstellende Kunst	1	Akademie für Darstellende Kunst - GmbH gegründet - Stadt Bauherrenfunktion - Realisierung unter Einbeziehung der Altbausubstanz Stuttgarter Str. 16 (Baudenkmal) und Mathildenstr. 32 Akademiehof - Mehrfachbeauftragung durchgeführt - Gesamtkonzept (Siegerentwurf FP 7) politisch beschlossen - Beseitigung der Langzeitbrache Mathildenareal durch Tiefgaragenbau (s. 5.2.60) und Herstellung Platz Erweiterung Filmakademie und Verwaltungsarrondierung (Mathildenstraße 21, 29 und 31) - Umfassende Sanierung des Gebäudekomplexes Mathildenstr. 29 und 31 als Erweiterungspotential Filmakademie und 1. Baustein Verwaltungsarrondierung Erarbeitung Gesamtkonzept Verwaltungsarrondierung - Verlagerung Stadtarchiv in umfassend zu sanierendes Gebäude Mathildenstr. 21 - Konzeption Bürgerbüro - Verlagerung und Zusammenführung von städt. Verwaltungseinheiten, Gesellschaften (FB 41, 65, WBL) auf dem Rathausareal	U	Fertigstellung Bauteile I-III Aug. 2008 Bühnenturm Nov. 2008 Baubeginn April 2008 Fertigstellung Sept. 2009 Gen.-verfahren läuft Baubeginn Aug. 2008 Fertigstellung Herbst 2009 Grundsatz beschluss Juni 2008 Baubeginn Archiv nach Sommerpause 2009	Abwicklung über Sonderrechnung	Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE)	Projektgruppe, Vertreter Akademie für Darstellende Kunst	
3.4.8.	Rathausarrondierung	1	Arbeiten laufen, Zuschüsse Land zugesagt I: Arrondierungsschritt (Mathildenstr. 29 + 31) baulich begonnen, Fertigstellung Herbst 2009 II. Arrondierungsschritt wirtschaftlich und inhaltlich in Vorbereitung (Mannal, Archiv + Verwaltungseinheiten ggf. mit WBL GmbH); Bau- und Vergabebeschluss Sommer 2009 Grundsatzbeschluss Verwaltungsarrondierung im Oktober 2008; Integration weiterer Themen der Verwaltungsorganisation (Bürgerbüro der Zukunft),	U	Fertigstellung je nach Variante 2012 - 2016	093/05	Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE), Frau Krawczyk (65), Herr Kaiser (10)	Projektgruppe	
3.4.9.	Münchner Medientage	1	Teilnahme 2009 derzeit nicht vorgesehen.	V	29. - 31. Oktober 2009	1.7911. 7181. 000	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	Medienregion Stuttgart (MRS), Abteilung der WRS	
3.4.10.	Stuttgarter Medientage	1	Es gibt Überlegungen, den Medientag massiv aufzuwerten. Die Stadt Ludwigsburg wird daran nicht mehr partizipieren. Der Stuttgarter Medientag 2008 hat nicht stattgefunden.	E	erledigt, Ausstieg Stadt Stuttgart mitgeteilt	1.7911. 7181. 000	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	Dr. Klaus Vogt, Wißo LHS Stuttgart, Sitibi(Agentur)	Agenturen haben neue Konzeption vorgestellt. Würde für LB einen Mitteleinsatz von rund 50.000 Euro bedeuten. Daher abgelehnt. Dr. Vogt am 22.4. telefonisch mitgeteilt
3.4.11.	Filmkonzeption des Landes II	1	Filmkonzeption des Landes und Ihre Auswirkungen auf LB: Dazu fand Workshop in der PH Ludwigsburg statt. Ministerrat beschloss am 15.12.2008 Filmkonzeption II. OBM nahm dazu Stellung (siehe Pressemitteilung vom 16.12.2008). Stadtverwaltung wird dem Gemeinderat ein Strategiepapier "Film- und Medienstandort Ludwigsburg, Chancen und Risiken" unterbreiten.	V	2. Halbjahr 2009	kostenneutral	Herr Schärer (FB 89), Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	FA, MFG, Stami	siehe auch 3.1.1. Clusterbildung und 3.4.12 (Strategiepapier zum Film- und Medienstandort LB)
3.4.12.	Strategiepapier "Film- und Medienstandort Ludwigsburg, Chancen und Risiken"	1	Im WKV am 23.5.07 über das Vorhaben informiert. Projektskizze erstellt. Inhalte nun verwaltungsintern abstimmen und konkretisieren.	V	2. Halbjahr 2009	10.000 Euro durch Umsichtung aus 1.7911.6070	Herr Schärer (89)	Herr Bellanca (Medienbeauftragter), FA, FMZ, Kreativunternehmen, Sponsoren wie KSK, andere	

3 **Masterplan Wirtschaft und Arbeit**
Prozessverantwortlich Frank Steinert (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Team Wirtschaftsförderung)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.4.13.	Kooperation Nachtcafé	1	Banner bewerben das Nachtcafé auf Stadtgebiet. In TI: Vorverkauf des Buches. Regelmässige Leserreisen mit Beteiligung FB 89 finden statt.	U	laufend	Aufwand für Leserreisen (Übernachtung, Verpflegung) 1.7900. 6000.000	Herr Schärer (89)	Herr Backes, SWR-Mitarbeitende	Die Frage der Verwendung von Logos ist noch im Gange
3.4.14.	Stuttgart meets Mumbai	2	Von den beiden Teilnehmenden ist der Abschlussreport für Verwaltungsspitze und OBM geschrieben worden. Kontakt zu Vertriebsperson Indien, Vorbereitung eines gemeinsamen Programmes zwischen Regio Stuttgart und Top of Europe für Indien in Prüfung. (siehe auch 3.5.), nachdem Indien inzwischen in der Region fünfwtichtigste Incoming Markt ist (noch vor China). 2008 wegen Jubiläum der Städtepartnerschaft keine Teilnahme von LB an der Veranstaltung. 2009 keine Einladung, auch auf Grund der Terroranschläge in Mumbai	R	N.N.		Herr Schärer (89)	Herr Bellanca (Medieneauftragter), Tourismus Regio Stuttgart, Honorarkonsulat Indiens für BW, MFB BW, MRS, KA, HD, Baden-Baden	
3.4.15.	IT-Forum / IT-Brunch / IT-Summer Special	2	IT-Brunch erfolgreich etabliert. Am 5. April 2008 fand die 1. IT-Jobbörse bei der KSK (Louis-Bührer-Saal) statt. Jobbörse 2009 noch offen. Am 19. Juli 2008 fand IT Summer Special mit fast 200 PAX statt. Nächster IT-Brunch 2009 am 16. Juli 2009. Hat sich als Netzwerkanlass etabliert. Auch in Waiblingen und Böblingen erfolgreich eingeführt. Kann mit WRS vernetzt werden.	U	3-4x pro Jahr	1.7911. 6070.000	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	Herr Shebazadeneh, IT-Forum	siehe auch 3.1.1. Clusterbildung, Termin mit WRS 15. Januar 2009

Strategisches Ziel 3.5 Ludwigsburg ist als Kongress- und Veranstaltungsort mit hervorragenden touristischen Angeboten bekannt.

3.5.1.	Internationaler Designpreis des Landes BW		Erfolgreiche Preisverleihung 2008 mit rund 500 Personen und sehr guter Presseresonanz. Entwicklung Besucherzahlen von 1450 auf über 2000 (+30%). Für 2009 muss ein neuer Sponsor gesucht werden. Überprüfung Standort ab 2010 wahrscheinlich.	U/V	Jährlich, Ausstellung: 17.10 - 29.11 (evt. 6.12.) 2009	1.7911. 7181. 000	DCS Stuttgart	FB 89, MM Immobilien	Unterstützt strategisches Ziel 3.1.1.
3.5.2.	Teilnahme an Messen		CMT, GTM, ITB, meist in Zusammenarbeit mit Tourismus Marketing Regio Stuttgart. RDA als letzte Messe in diesem Jahr. 2009 zum ersten Mal gemeinsame Messteilnahme (Ferienmesse St. Gallen) mit 3-B-Land, auch im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit, Zusätzlich Teilnahme am Culture Open Day während CMT	U	Jährlich	1.7900. 6000.000	Frau Mitsch (89)	Tourismus Marketing Regio Stuttgart	3-B-Land; FB Kunst und Kultur
3.5.3.	Reisepacket "Region Stuttgart, Top of Europe" für indische Touristen	2	Gespräch mit Leiter Stuttgart Regio Marketing & Tourismus GmbH geführt. Da Indien inzwischen an 5. Stelle der Incoming Touristen steht, neue Lagebeurteilung. Q1/2009 ist ein Gespräch mit der Jungfrauregion (Top of Europe) geplant. Siehe auch 3.4.14	V	weitere Gespräche im 2. Hj. 2009	1.7900. 5700.000	Herr Schärer (89)	Tourismus Marketing Regio Stuttgart	
3.5.4.	Dachwerbung Ludwigsburg	1	Grundlagen erarbeitet. Gespräche mit LSF und Blüba geführt. Klare Prozessstrukturen sind nun nötig, wobei der Wechsel LSF abzuwarten ist. Konzeption für die kommenden Jahre in Vorbereitung. Wird Teil der von OB Spec verlangten Tourismus-Konzeption.	U/V	31.12.2009	1.7900. 6000.000	Herr Schärer (89)	Blüba, LSF, LUIS e.V, Städtische Holding	Unterschiedliche Zielgruppen hemmen einen geeinten Auftritt; 3.5.6
3.5.5.	Multifunktionshalle	1	Eröffnungsveranstaltung: 01.10.2009. Geschäftsführer: Herr Grundmann SEM, unterstützt von Herrn Fenzel; Internet: www.arena-ludwigsburg.de. Vernetzung mit der Stadt erfolgt: Beirat ist zu gründen. Zusammensetzung: 2 GR, je 1 Vertreter FB 41 und FB 89, OBM, 2-5 Vertreter der BAM/LHI	U	Q3/2009	Zuschüsse auf 2.8450.3620.000 - 0101, Bausausgaben auf 2.8450.9410.000 - 0103	Herr Dienelt (23)	OBM, D II, D III, FB 20, FB 41, FB 61, FB 65, Gemeinderat, Drees & Sommer, Spitzenclubs in LB	Vermarktung erfolgt durch Betreibergesellschaft in Abstimmung mit dem zu gründenden Beirat parallel zu verwaltungsinternen Aktivitäten
3.5.6.	Tourismus-Konzeption	1	Konzept wird erarbeitet mit dem Ziel, Veranstaltungen/Märkte mit rückläufigen Besucherzahlen zu ersetzen und den Weg einer erfolgreichen touristischen Vermarktung bei den zu erwartenden Herausforderungen (Demografischer Wandel, Klimaschutz, etc.) aufzuzeigen	V	3. Quartal 2009	HH 2009 (Wunschliste)	Herr Schärer (89), zusammen mit Prof. Lang und Prof Heinzler, BA Ravensburg/Lörrach	FB 32, FB 61, AK/Beirat Offensive Innenstadt, Regio Stuttgart Marketing & Tourismus GmbH, Fachhochschulen	
3.5.7.	300- Jahr-Stadtjubiläum	1	1. Strategiesitzung am 23.6.07, Verschiedene Vorlagen im Gemeinderat vorgestellt. Sektionen "Feste feiern" und Kreativität" werden vom FB 89 mit geprägt. Projektstruktur erstellt. Regelmässige JF im Bereich "Feste feiern" (Zuletzt am 16. Juli 2008)	U	2009	separates Budget, ergänzt mit Budgets aus den Fachbereichen	Herr Raithehl (41)	FB 89, weitere externe Partner	Weitere Informationen: Themenfelder "Kulturelles Leben" u.a., WKV Vorlage xx/2007 und xx/2008

3 **Masterplan Masterplan Wirtschaft und Arbeit**
Prozessverantwortlich Frank Steinert (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Team Wirtschaftsförderung)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.5.8.	Jahreskalender	1	Portfolio an hochrangigen Veranstaltungen für lokale und überregionale Zielgruppen werden in einen Jahreskalender aufgenommen.	U	jährlich, Versand jeweils Dezember	1. 7900. 6070.000	Frau Mitsch (89)	Künstler, Beschicker, Bürger, Touristen	zu vielen anderen Themen des SEK, besonders aber zum Thema "Kunst und Kultur"
3.5.9.	Face2Face	1	Zum ersten Mal fand 2008 die internationale Designkonferenz Face2Face in Ludwigsburg statt. Gastland war Polen. 200 Teilnehmende	U	jährlich, 5. - 8. oder 12. - 14. November 2009	1. 7911. 6070.000	Herr Schärer (89)	Face2Face e.V., Ludwigsburg, Botschaft des Gastlandes	
Strategisches Ziel 3.6 Ein umfassendes Beratungs- und Finanzierungsangebot motiviert zu Existenzgründungen.									
3.6.1.	Broschüre Wirtschaftsförderung	1	Auflage 4.000, Realisiert Jährliche Aktualisierung des statistischen Einlegers.	E	jährlich	1.7911. 6070.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	FB 89, Büro OBM	
3.6.2.	Hintergrundgespräche mit lokalen Finanzinstituten	1	Gespräche werden regelmässig geführt.	U	laufend	kostenneutral	Herr Schärer (89), Herr Steinert (Ref. NSE)	Herr Bellanca (Medienbeauftragter), Finanzinstitute	
3.6.3.	Mittelstandsmesse KSK	2	KSK hat Planungen auf 2009 verschoben	R	N.N	1.7911. 7181.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	KSK, Frau und Beruf	
3.6.4 (neu)	Vernetzung mit VHS	2	VHS führt für verschiedene Zielgruppen (u.a. Frauen) 2 mal im Jahr Existenzgründungsseminare durch. Dort werden neu auf die Beratungsleistungen hingewiesen	V	2009	kostenneutral	Frau Bötz (48/VHS)	Ref. NSE	
3.6.5 (neu)	Existenzgründungsseminare	1	Zusammen mit der Wirtschaftsförderung der LHS Stuttgart werden in Ludwigsburg Existenzgründungsseminare angeboten. Zusätzlich informiert die Plattform LuPEX über Veranstaltungen in LB zum Thema Existenzgründung.	P	2009	N.N. (zu übernehmen sind die Kosten für die Miete der Sitzungszimmer)	Frau Schafberger (Ref. NSE)	FMZ, Vermieter anderer Sitzungszimmer, PG LuPEX, VHS, IHK	
Strategisches Ziel 3.7 Innenstadt und Stadtteile bieten ein attraktives Einkaufserlebnis und stellen die Versorgung auf hohem Niveau sicher. Das breite Spektrum an wettbewerbsfähigen									
3.7.1.	Masterplan Offensive Innenstadt		Konzeptionelle Weiterentwicklung und operative Umsetzung des Planes mit über 100 Massnahmen läuft permanent in enger Kooperation mit Akteuren der Innenstadt	U	laufend	diverse, siehe Masterplan	Herr Steinert (Ref. NSE)	LUIS, FB 32, FB 61, FB 68, FB 89, Mitglieder AK/Beirat Offensive Innenstadt	siehe SEK Themenfeld Nr. 4 "Lebendige Innenstadt"
3.7.2.	Verkaufsoffene Sonntage		2009 sind 3 Verkaufsoffene Sonntage (22. März, 17. Mai, 11. Oktober) in der Innenstadt und im April, resp. Oktober 2 in LB-Nord geplant. Late Night Shopping am 11. Juli 2009. Ein entsprechender Antrag ist vom Gemeinderat genehmigt worden.	V	siehe Termine	kostenneutral	Frau Schmider (32)	Innenstadtbeauftragte, ECE-Management LB, Mitglieder AK/Beirat Offensive Innenstadt, FB 89, Ref. NSE	siehe SEK Themenfeld Nr. 4 "Lebendige Innenstadt", frühere Festsetzung der Termine
3.7.3.	Plakatafeln in LB-Nord	1	zwei Plakatständer weisen auf Veranstaltungen in der Innenstadt hin	E	laufend	1.7900. 6000.000	Frau Mitsch (89)	ECE Breuningerland	
3.7.4.	LUIS e.V. (neuer Titel)	1	Innenstadtbeauftragte seit 1.1.2008 tätig, erste Mitgliederversammlung LUIS e.V. am 5.3. durchgeführt. Vorstand bestellt (Vertreter Stadt: Herr Schärer, Leiter FB Film, Medien, Tourismus / Herr Steinert, Referat NSE. Budget 2009 erstellt, Prioritäten 2009: Mitgliederakquisition sowie eigene, neue Veranstaltung im Rahmen verkaufsoffener Sonntag am 11.10.2009 (Kastanienbeutelfest)	V	laufend	1.7911. 6070.000	Frau Hauser (IB)	Ref. NSE, FB 89, IHK, BdS, LUIS-Vorstand, AK Offensive Innenstadt	
3.7.5. (neu)	LuKi-Club	1	Mit dem LuKi-Club besitzt Ludwigsburg ein strategisches "Pfund", mit dem auch touristisch erworben werden kann, so z.B. für den Weihnachtsmarkt. Finanzielle Basis verbreitern.	U	laufend	Budget: Offensive Innenstadt des FB 89	Herr Schärer (89)	LuKi e.V., Innenstadtbeauftragte	Finanzsituation LuKi e.V. regelmässig überprüfen
Strategisches Ziel 3.8 Die Verwaltung arbeitet effizient und unbürokratisch. Sie gestaltet strukturpolitische Weichenstellungen mit, unterstützt ansässige Betriebe und fördert Neuansiedlungen. Darüber hinaus									
3.8.1.	Budget- und Projektcontrolling	1	Projektmanagementkurs für FB 89 erfolgt und Vertiefung am 24.7.08 durchgeführt, Projektplanmuster erstellt, muss nach Vorliegen der städtischen Grundlage überprüft und evt. angepasst werden.	U/E	laufend, was Anwendung betrifft, monatliches Reporting der Rechnungsführung an FBL	1.7900. 6540.000	Herr Schärer (89)	Ausgewählte MA FB 89, Moderation durch IHK (erledigt)	
3.8.2.	Allgemeine Beratung der Wirtschaftsförderung	1	Rasche Beantwortung von Standortanfragen sowie anderweitiger Anliegen der Unternehmen. Seit 1.08.07 neue Mitarbeitende in der Wifö zur Stärkung der Pflege mit Mittelstand und Handwerk	U	laufend	1.7911.xxxx.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	kw-Vermerk einer ganze Stelle Tourist-Information, falls Bezug in neuem städt. Museum

3 **Masterplan** **Masterplan W i r t s c h a f t u n d A r b e i t**
Prozessverantwortlich Frank Steinert (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Team Wirtschaftsförderung)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio- rität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.8.3.	Benchmark mit anderen Wirtschaftsförderungen		Regelmässige Gespräche mit Wifö Stuttgart, WRS und Wirtschaftsfördern in der Region	U	laufend	kostenneutral	Herr Steinert (Ref. NSE)	FB 89	
3.8.4.	Arbeitskreis Wifö	1	Verwaltungsinterne Abstimmung zu allen Fragen der Wifö, insbesondere zur Standortanfragen und bei betrieblichen Änderungen ansässiger Betriebe	U	laufend	kostenneutral	Herr Steinert (Ref. NSE)	DI, DIII, FB 60, FB 23, FB 61, FB 89 und Mitarbeitende aus den Fachbereichen	Ziel ist das Ausräumen von Konflikten
3.8.5.	LB-Wirtschaftsbrief	1	Insgesamt für 2009 4 Ausgaben geplant	U	4x/jährlich	1.7911. 6070.000	Frau Arndt (Ref. NSE)	Büro OBM, Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	
3.8.6.	Präsenz und Präsentationen	1	Auf Einladung oder auf eigene Initiative präsentieren sich das Ref. NSE und der FB 89 zum Thema Wirtschaftsförderung in der Wirtschaft, Politik oder bei Institutionen (z.B. CDU-Wirtschaftsrat, MIT-Einladungen, Jour Fix MFG in LB, Firmenjubiläen, etc.)	U	laufend	kostenneutral	Herr Geiger (Ref. NSE), Herr Schärer (FB 89)	Herr Steinert (Ref. NSE), Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	
3.8.7.	Unternehmensmonitoring	2	Permanente Kontakte zu den grossen Unternehmen, auch Beobachten nicht hier ansässiger Unternehmen zur möglichen Ansiedelung in LB.	U	laufend	kostenneutral	OB Spec; Steinert (R 05)	Geiger (RL 05), Schärer (FBL 89)/Medienbeauftragter	Logistik



4 Vitale Stadtteile

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Die Stadtteile und Innenstadtquartiere sind wichtiger Bestandteil des gesamtstädtischen Profils und bilden ein lebendiges Ganzes. Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Stadtteilen und die Netzwerke vor Ort werden gestärkt. Die Stadtteile entwickeln, ihre Identität.

4 **Masterplan** **Masterplan Vitale Stadtteile**
Prozessverantwortlich Martin Kurt (FB 61)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht					

Strategisches Ziel 4.1 Die Vernetzung der gesellschaftlichen Gruppierungen und bestehenden Strukturen quer durch alle Stadtteile funktioniert.								

Strategisches Ziel 4.2 Die auf Stadtteile bezogenen Infrastrukturen sind erhalten und weiter ausgebaut.								
4.2.1	Stadtteilentwicklungsplan (STEP) für die Innenstadt	1	Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Aufgrund der Komplexität der Funktionsansprüche in der Innenstadt werden momentan viele Einzelthemen bearbeitet. Im Fokus steht insbesondere das neue Sanierungsgebiet Mathilden-/Rathausareal mit der Akademie für Darstellende Kunst, der Akademiegarage und dem Akademiehof, die innerstädtische Verkehrsführung (Schillerplatz, Schillerstraße, Myliusstraße, Mathildenstraße), sowie Stadtmuseum und Kunstverein. Aufgrund von Personalressourcen und Prioritätensetzungen findet momentan keine konzeptionelle Arbeit am STEP Innenstadt statt. Derzeit "ruht" der STEP Innenstadt auf Grund der räumlichen Ausdehnung der Innenstadt und der Vielfältigkeit der Themen ; allerdings werden wichtige Innenstadtthemen und Erneuerungsaspekte in teilweise schon integrativen Handlungsansätzen abgearbeitet. Beispielhaft sollen drei herausgegriffen werden: 1) Masterplan Offensive Innenstadt zur Stärkung des Einzelhandelsstandorts Innenstadt (seit 2006) 2) Stadterneuerungsmaßnahme "Mathilden-/ Rathausareal" zur Attraktivierung des öffentlichen Raums und Stärkung des Hochschul-, Verwaltungs- und Wirtschaftsstandorts Innenstadt (seit 2005) 3) Projekt Schulcampus zur Stärkung des Schulstandorts Innenstadt Des weiteren sollen die gebietsbezogene städtebauliche Rahmenplanung Innenstadt von 1986 und die Vorbereitenden Untersuchungen zur SEP-Maßnahme Innenstadt genannt werden, deren Ziele und Ergebnisse auch heute noch in großen Teilen Handlungsgrundlagen sind.	R	2008ff		(Tanja Lukasik, R05), Frank Lehmpfuhl	10, 17, 23, 32, 33, 41, 48, 60, 61, 65, 67, 89, ÖPNV; WBL Stadtteilausschüsse, Bürgervereine, Vereine, Bürgerschaft
4.2.2	Stadtteilentwicklungsplan für Neckarweihingen	1	Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Die im Rahmen des Bürgerbeteiligungsprozess im Jahr 2007 entwickelten Ziele und Maßnahmen wurden dokumentiert. Seither wurden verschiedene Anregungen bereits umgesetzt. Für den Bereich des Rathauses soll die geplante Neuordnung 2009 beschlossen werden. Die weiteren wichtigen Themen der Stadtteilentwicklung werden nach und nach umgesetzt. Hierzu werden maßnahmenbezogene Bürgerbeteiligungen durchgeführt. Der STEP, d.h. die Pläne und der dazugehörige Textteil sollen möglichst noch im Jahr 2009 fertig gestellt werden.	U	2009		Steffen Weeber (R 05)	
4.2.3	Stadtteilentwicklungsplan für Eglosheim	1	Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Momentaufnahme und Analyse der Stadteilsituation unter Einbeziehung aller Fachbereiche sind erarbeitet, bedürfen aber noch der Vervollständigung. Arbeitsschwerpunkte sind die Verstetigung der Projekte aus dem Sanierungsgebiet Soziale Stadt und das Thema Nachverdichtung des Baugebiets Tammer Straße.		2010		ab 1.10.2009. Holger Springer (R05)	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht					
			Derzeit ruht die Umsetzung des STEP Eglosheim aufgrund personeller Engpässe. Die Stadtteilkonferenz als Instrument der Bürgerbeteiligung ist eingeführt und findet zweimal jährlich statt. In diesem Jahr erfolgt im Vorfeld eine Bürgerbefragung, deren Ergebnis in die Stadtteilkonferenz einfließen soll. Das Stadtteilbudget hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Projektanträge werden weiterhin von Vertretern aus Verwaltung und Arbeitsgruppen der Stadtteilkonferenz gemeinschaftlich entschieden. Organisation und Planung der Stadtteilkonferenz sowie Verwaltung des Stadtteilbudgets obliegt der Stadtteilbeauftragten.	R				
4.2.4	Stadtteilentwicklungsplan für Grünbühl / Sonnenberg	1	Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Der Rahmenplan für Grünbühl / Sonnenberg wurde beschlossen. Momentaner Arbeitsschwerpunkt ist die Vorbereitung der notwendigen Bebauungsplanänderungen zur Umsetzung des Rahmenplans. Wichtig ist die Visualisierung der bisherigen Ergebnisse in Plänen.	U	2009		Anngret Deimel (R05)	
4.2.5	Stadtteilentwicklungsplan für Poppenweiler	1	Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Momentan konzentriert sich die Arbeit auf konkrete Schlüsselprojekte. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung haben ein Stadtteilspaziergang, ein Fotowettbewerb, eine "Meckermobil"-Aktion und die Auftaktveranstaltung stattgefunden. Anschließend folgten Workshops zu einzelnen Themen. Die Workshop-Phase ist noch nicht abgeschlossen. Wichtige Themen sind die räumliche Unterbringung der Vereine, die Standortsuche für eine Sporthalle und die Schaffung eines Kinder- und Familienzentrums. Der STEP, d.h. die Pläne und der dazugehörige Textteil sollen möglichst noch im Jahr 2009 fertig gestellt werden.	U	2009		Martin Scheuermann (R05)	

Strategisches Ziel 4.3 Bedarfsgerechte, qualifizierte Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder sind in den Stadtteilen angemessen vorhanden oder zentral über gute öffentliche Ver

Strategisches Ziel 4.4 In allen Stadtteilen sind **Stadtteilausschüsse** vorhanden. Bürgerinnen und Bürger können sich in vielfältiger Weise vermehrt vor Ort einbringen. **Bürgerschaftliches**

Strategisches Ziel 4.5 Die Bevölkerung entwickelt sich nachhaltig und positiv, **eine ausgewogene Struktur** ist erreicht. Bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum steht unterschiedliche

Strategisches Ziel 4.6 Die Stadtteile prägenden **Grünflächen werden erhalten**. Potenziale für vielfältige, ökologisch wertvolle und nutzbare Grünflächen werden genutzt.

Strategisches Ziel 4.7 **Identitäten von Quartieren und Stadtteilen** unterscheiden sich von der Innenstadt und werden weiter entwickelt. Gewachsene räumliche Strukturen sind so gestal



4 Vitale Stadtteile

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigshafen

Leitsatz Die Stadtteile und Innenstadtquartiere sind wichtiger Bestandteil des gesamtstädtischen Profils und bilden ein lebendiges Ganzes.

Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Stadtteilen und die Netzwerke vor Ort werden gestärkt. Die Stadtteile entwickeln, pflegen und erhalten ihre Identität.

4 Masterplan Masterplan Vitale Stadtteile Prozessverantwortlich Martin Kurt (FB 61)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						

Strategisches Ziel 4.1 Die Vernetzung der gesellschaftlichen Gruppierungen und bestehenden Strukturen quer durch alle Stadtteile funktioniert.									

Strategisches Ziel 4.2 Die auf Stadtteile bezogenen Infrastrukturen sind erhalten und weiter ausgebaut.									
4.2.1	Stadtteilentwicklungsplan (STEP) für die Innenstadt	1	<p>Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Aufgrund der Komplexität der Funktionsansprüche in der Innenstadt werden momentan viele Einzelthemen bearbeitet. Im Fokus steht insbesondere das neue Sanierungsgebiet Mathilden-/Rathausareal mit der Akademie für Darstellende Kunst, der Akademiegarage und dem Akademiehof, die innerstädtische Verkehrsführung (Schillerplatz, Schillerstraße, Myliusstraße, Mathildenstraße), sowie Stadtmuseum und Kunstverein. Aufgrund von Personalressourcen und Prioritätensetzungen findet momentan keine konzeptionelle Arbeit am STEP Innenstadt statt.</p> <p>Derzeit "ruht" der STEP Innenstadt auf Grund der räumlichen Ausdehnung der Innenstadt und der Vielfältigkeit der Themen ; allerdings werden wichtige Innenstadtthemen und Erneuerungsaspekte in teilweise schon integrativen Handlungsansätzen abgearbeitet.</p> <p>Beispielhaft sollen drei herausgegriffen werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Masterplan Offensive Innenstadt zur Stärkung des Einzelhandelsstandorts Innenstadt (seit 2006) 2) Stadterneuerungsmaßnahme "Mathilden-/ Rathausareal" zur Attraktivierung des öffentlichen Raums und Stärkung des Hochschul-, Verwaltungs- und Wirtschaftsstandorts Innenstadt (seit 2005) 3) Projekt Schulcampus zur Stärkung des Schulstandorts Innenstadt <p>Des weiteren sollen die gebietsbezogene städtebauliche Rahmenplanung Innenstadt von 1986 und die Vorbereitenden Untersuchungen zur SEP-Maßnahme Innenstadt genannt werden, deren Ziele und Ergebnisse auch heute noch in großen Teilen Handlungsgrundlagen sind.</p>	R	2008ff		(Tanja Lukasik, R05), Frank Lehmpfuhl	10, 17, 23, 32, 33, 41, 48, 60, 61, 65, 67, 89, ÖPNV; WBL Stadtteilausschüsse, Bürgervereine, Vereine, Bürgerschaft	Stadtteilentwicklungspläne dienen auch den Zielen 1.3, 1.4, 3.7, 6.3, 7.3, 8.1, 8.5, 10.3, 10.4 und den übrigen Zielen aus dem Themenfeld Vitale Stadtteile
4.2.2	Stadtteilentwicklungsplan für Neckarweihingen	1	<p>Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Die im Rahmen des Bürgerbeteiligungsprozess im Jahr 2007 entwickelten Ziele und Maßnahmen wurden dokumentiert. Seither wurden verschiedene Anregungen bereits umgesetzt. Für den Bereich des Rathauses soll die geplante Neuordnung 2009 beschlossen werden. Die weiteren wichtigen Themen der Stadtteilentwicklung werden nach und nach umgesetzt. Hierzu werden maßnahmenbezogene Bürgerbeteiligungen durchgeführt. Der STEP, d.h. die Pläne und der dazugehörige Textteil sollen möglichst noch im Jahr 2009 fertig gestellt werden.</p>	U	2009		Steffen Weeber (R 05)		
4.2.3	Stadtteilentwicklungsplan für Eglosheim	1	<p>Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Momentaufnahme und Analyse der Stadteilsituation unter Einbeziehung aller Fachbereiche sind erarbeitet, bedürfen aber noch der Vervollständigung. Arbeitsschwerpunkte sind die Verstetigung der Projekte aus dem Sanierungsgebiet Soziale Stadt und das Thema Nachverdichtung des Baugebiets Tammer Straße.</p>		2010		ab 1.10.2009. Holger Springer (R05)		

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
			Derzeit ruht die Umsetzung des STEP Eglosheim aufgrund personeller Engpässe. Die Stadtteilkonferenz als Instrument der Bürgerbeteiligung ist eingeführt und findet zweimal jährlich statt. In diesem Jahr erfolgt im Vorfeld eine Bürgerbefragung, deren Ergebnis in die Stadtteilkonferenz einfließen soll. Das Stadtteilbudget hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Projektanträge werden weiterhin von Vertretern aus Verwaltung und Arbeitsgruppen der Stadtteilkonferenz gemeinschaftlich entschieden. Organisation und Planung der Stadtteilkonferenz sowie Verwaltung des Stadtteilbudgets obliegt der Stadtteilbeauftragten.	R					
4.2.4	Stadtteilentwicklungsplan für Grünbühl / Sonnenberg	1	Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Der Rahmenplan für Grünbühl / Sonnenberg wurde beschlossen. Momentaner Arbeitsschwerpunkt ist die Vorbereitung der notwendigen Bebauungsplanänderungen zur Umsetzung des Rahmenplans. Wichtig ist die Visualisierung der bisherigen Ergebnisse in Plänen.	U	2009		Anngret Deimel (R05)		
4.2.5	Stadtteilentwicklungsplan für Poppenweiler	1	Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Momentan konzentriert sich die Arbeit auf konkrete Schlüsselprojekte. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung haben ein Stadtteilspaziergang, ein Fotowettbewerb, eine "Meckermobil"-Aktion und die Auftaktveranstaltung stattgefunden. Anschließend folgten Workshops zu einzelnen Themen. Die Workshop-Phase ist noch nicht abgeschlossen. Wichtige Themen sind die räumliche Unterbringung der Vereine, die Standortsuche für eine Sporthalle und die Schaffung eines Kinder- und Familienzentrums. Der STEP, d.h. die Pläne und der dazugehörige Textteil sollen möglichst noch im Jahr 2009 fertig gestellt werden.	U	2009		Martin Scheuermann (R05)		

Strategisches Ziel 4.3 Bedarfsgerechte, qualifizierte Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder sind in den Stadtteilen angemessen vorhanden oder zentral über gute öffentliche Verkehrsverbindungen zu									

Strategisches Ziel 4.4 In allen Stadtteilen sind Stadtteilausschüsse vorhanden. Bürgerinnen und Bürger können sich in vielfältiger Weise vermehrt vor Ort einbringen. Bürgerschaftliches Engagement wird									

Strategisches Ziel 4.5 Die Bevölkerung entwickelt sich nachhaltig und positiv, eine ausgewogene Struktur ist erreicht. Bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum steht unterschiedlichen Zielgruppen zur									

Strategisches Ziel 4.6 Die Stadtteile prägenden Grünflächen werden erhalten . Potenziale für vielfältige, ökologisch wertvolle und nutzbare Grünflächen werden genutzt.									

Strategisches Ziel 4.7 Identitäten von Quartieren und Stadtteilen unterscheiden sich von der Innenstadt und werden weiter entwickelt. Gewachsene räumliche Strukturen sind so gestaltet, dass besondere Orte									



5 Lebendige Innenstadt

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Die Innenstadt verbindet eine barocke Atmosphäre mit dem modernen, lebendigen Puls unserer Zeit. Die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen nach differenzierten Angeboten zum Einkaufen, Wohnen, Arbeiten und Verweilen, um Kultur und Historie zu (er-)leben sowie Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, sind erfüllt.

5 Masterplan Masterplan Offensive Innenstadt Prozessverantwortlich Frank Steinert (Referat NSE)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
Strategisches Ziel 5.1 Die Akteure in der Innenstadt verfolgen gemeinsam entwickelte Strategien, bündeln ihre Anstrengungen und agieren vernetzt. Sie stimmen sich in Arbeitskreisen und über ein									
5.1.1	Kundenbindungssysteme	1	Ein Kundenbindungssystem kann ein Instrument eines neuen Dachvereins sein, ist jedoch erst der zweite Schritt. Eine erneute Prüfung der Vorteile und Umsetzbarkeit einer City Card im Ludwigsburger Einzelhandel ist dann wieder erforderlich. Die Festlegung der organisatorischen Struktur (bsp. neuer übergeordneter Verein) und personellen Besetzung ist zu klären. Einbindung der PAG, des ÖPNV (Verbindung zu Nr. 5.2.65) und Stadtwerke sinnvoll.	R	2. Halbjahr 2009	nein	Frau Hauser (IB), Herr Steinert (Ref. NSE)	LUIS, BdS	Betreiberstruktur abhängig von der Bildung eines Trägervereins Stadt ist nur ein Beteiligter.
5.1.2	Öffnungszeiten	1	Für die Kernöffnungszeiten Mo. - Fr. bis 19.00 Uhr und Sa. bis 18.00 Uhr wird in Gesprächen mit Einzelhändler und DL weiter geworben. "Samstag ist Stadttag" wird ebenfalls weiterhin aktiv propagiert. Eine Verlässlichkeit für die Kunden ist anzustreben. Besonderheiten (bsp. Schillerviertel) sind getrennt zu betrachten. Weiteres Signal durch längere Öffnungszeiten bei der WilhelmGalerie.	U	kontinuierlich	nein	Frau Hauser (IB)	Ref. NSE, LUIS, BdS	Eröffnung WilhelmGalerie soll zusätzlichen Impuls geben für die Innenstadtakteure.
5.1.3	Einheit der Innenstadtakteure in der Präsentation nach Außen	2	Durch die Gründung des LUIS e.V. werden die Innenstadtakteure nach Außen noch mehr als Einheit "Innenstadt" auftreten. Durch gemeinsame Veranstaltungen, Werbung und Aktionen soll eine stärkere Ausstrahlung erzielt werden. Ausweitung und Professionalisierung des "Boulevard Ludwigsburg" als wichtiges Kommunikationsmedium wird kontinuierlich fortgesetzt.	U	kontinuierlich	nein	Frau Hauser (IB)	Ref. NSE, LUIS, BdS, 89	
5.1.4	Stärkung der "Vereinigung Ludwigsburger Innenstadtakteure"	1	Gründung des LUIS e.V. am 23.07.2007. Der Verein hat die operative Arbeit zum 01.11.2007 aufgenommen. Frau Hauser wurde zum 01.01.2008 neue Innenstadtauftrage.	E	kontinuierlich	Beitrag zum LUIS e.V. ab 2008 max. 115.000,- Euro pro Jahr	Frau Hauser (IB)	Ref. NSE, LUIS, BdS	
5.1.5	Optimierung der einzelbetrieblichen Leistungsfähigkeit	1	Angebote von „Best Practice“- Vorträgen für innerstädtische Einzelhändler finden und finden in Zusammenarbeit mit der IHK statt. IHK bietet unregelmäßig Schulungsangebote für den Einzelhandel an.	U	Kontinuierlich	nein	Herr Boucsein (IHK)	LUIS, BdS	
Strategisches Ziel 5.2 Die Innenstadt wird aktiv gestaltet. Sie verfügt über eine hohe Aufenthaltsqualität, die sich in Ruhe- und Bewegungsräumen, Sicherheit und Sauberkeit zeigt. Das harmonische									
5.2.1	Kaffeeberg	1	Bau- und Vergabeabschluss erfolgte im April 2008 in den politischen Gremien. Der Kaffeeberg wurde ab Ende April bis November 2008 umgebaut.	E	April bis November 2008		Herr Kurt (61) Herr Renz (67)	60, 67, (32), private Investoren, Haus- und Grundbesitzer	Abhängig von der Prioritätensetzung des GRs.
5.2.2	Myliusstraße, Bahnhofsvorplatz, Schillerplatz, Schillerstraße und Zufahrtsstraßen zur Schillerstraße	3	Myliusstraße: Echte Einbahnstraße nicht sinnvoll (Gespräch mit RP). Pilotphase in 2009: einseitiges Durchfahrverbot für Individualverkehr in Richtung Schillerplatz und bauliche Maßnahmen. Ergänzend: Verbesserung Parkleitsystem. Anlieger-Workshop am 21.01.2007 durchgeführt. Schillerstraße: Vorschlag: 7,50 m Fahrbahn mit 2 Radschutzstreifen. Schillerplatz: Vorschlag Busdiagonale mit Radachse. Laufende Gespräche mit der KSK wegen Neugestaltung. Bahnhofsvorplatz: Verkehrsführung geklärt: Keine Einengungen wegen Busverkehr. Vorlage 191/08 im BTU am 24.04.2008.	P	Pilotphase in 2009. Anlieger- und Passantenbefragung. Weitere Bearbeitung: 2009ff	Myliusstraße = Ja, mittelfristig; Parkleitsystem kurzfristig: FB 67. Schillerstraße und Schillerplatz= Ja 2007= 60.000 €, davon 30.000 € aus 2006 übertragen (im Projekt Mathilde/Rathaus	Herr Ressler (61) Herr Kurt (61)	32, 60, 61, 67, PD, ÖPNV, private Investoren, Haus- und Grundbesitzer	
5.2.3	Lindenstraße	3	BTU wurde am 14.04.2005 über die Vorlage 129/05 „Straßenplanungen und Straßenbaumaßnahmen in der Innenstadt 2005 bis 2007“ informiert.	P	Planungen in 2008 Vorhaben nicht vor 2010 vorgesehen	nein	Herr Kurt (61)	32, 67	Abhängig von der Prioritätensetzung des GRs.

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2.4	Kirchstraße (Bereich südlich der Lindenstraße), Stadtkirchenplatz und östliche Asperger Straße bis Körnerstraße	3	Entwurfsbeschluss 2003, Detailbeschluss am 01.12.2005. Vergabe und Baubeschluss im Februar 2006 Baubeginn im ersten Abschnitt ab März 2006 Entscheidung über Wassersprudler im Juni 2007 gefallen. Realisierung im Juli und August 2008	E E	Fertigstellung im 3. Quartal 2006 erfolgt 2008	Ja (im Projekt Mathilde/Rathaus enthalten) 2006= 900.000 € 2007= 780.000 €	Herr Kurt (61) Herr Renz (67)	60, (32), private Investoren, Haus- und Grundbesitzer	
5.2.5	Westf. Asperger Straße bis Körnerstraße	1	Straßenneugestaltung im Zusammenhang mit der Entwicklung der WilhelmGalerie abgeschlossen. Abschnitt zwischen Garten- und Hospitalstraße ist im Haushalt 2006 ff. noch nicht vorgesehen.	E	Baubeginn 2. Quartal 2007	2006= 350.000 € 2007= 630.000 € (Beträge beinhalten Nr. 5.2.5 + 5.2.6)	Herr Kurt (61) Herr Renz (67)	60, Ref. NSE	Abhängig von Entwicklung WilhelmGalerie.
5.2.6	Körnerstraße	1	Straßenneugestaltung im Zusammenhang mit der Entwicklung der WilhelmGalerie abgeschlossen.	E	Baubeginn 2. Quartal 2007	Ja (Beträge siehe 5.2.5)	Herr Kurt (61) Herr Renz (67)	60, Ref. NSE	Abhängig von Entwicklung WilhelmGalerie.
5.2.7	Sonstiger öffentlicher Raum (z. B. Arsenalplatz, Karlsplatz, Eberhardstraße)	1	Prioritätenprüfung in Verbindung mit Stadtentwicklungskonzept. Weitere Überlegungen zum Arsenalplatz wurden bis nach Eröffnung WilhelmGalerie zurückgestellt (politische Entscheidung vom 21.12.2006). Überlegungen über Teilbegrünung laufen. Karlsplatz war keine Entwicklung vorgesehen.	P	2009ff	nein	Herr Kurt (61)	60, 67, Ref. NSE, SUN	
5.2.8	Absenken der Bordsteine an Überwegen	1	Nach Bedarf	U	Kontinuierlich		Herr Wieland (67)	TDL	
5.2.9	Fußgängerleitsystem	1	Erste Erweiterung des Systems in 2004 vorerst abgeschlossen. Erweiterung bei Bedarf jederzeit möglich.	R	Kontinuierlich		Herr Kurt (61)	67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.10	Sonstige Orientierungssysteme für Fußgänger	2	Erhebung von Standorten für Aushang von Stadtplänen abgeschlossen, dabei wurden Wegweiser speziell an Ausgängen der Parkhäuser einbezogen.	U	Kontinuierlich		AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61)	PAG, 67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.11	Orientierungssysteme am Bahnhof für Fahrgäste optimieren	1	Einrichtung einer Infostelle für Bahnkunden am Bahnhof über infrastrukturelle Schwerpunkte in der Innenstadt. Installation eines Fahrgastinformationssystems für Bahnkunden (Förderantrag wurde gestellt, Entscheidung steht noch aus).	P	2. Halbjahr 2009		Herr Reiter (61)	67, ÖPNV, LVL, Ref. NSE, Blüba, Schloss	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.12	Elektronische Werbeanlagen	1	Tunnelmund B 27 in Richtung Süden wurde als Standort näher untersucht. Technische Voraussetzungen (breit und schmal), Kosten (Sonderanfertigung und Rahmenbedingungen (kommerzielle Werbung) stellen einen wirtschaftlichen und zweckmäßigen Betrieb in Frage. Die Konzession für Werbung im öffentlichen Raum wurde in 2008 für drei Jahre an die U&U GmbH vergeben. City-Light-Poster im Stadtgebiet wurde zurückgestellt.	R R	bei Bedarf weitere Umsetzungen prüfen 2. Halbjahr 2011	nein	Herr Boy (89) AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61)	23, 32, 60, 67, 23, Prof. Giers	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.13	Stadtgestaltung durch Beleuchtungskonzepte	1	An den Torhäuser abgeschlossen. Einbindung weiterer öffentlicher Gebäude durch neues Beleuchtungskonzept vorgesehen. Entscheidung für ein Büro zur Erarbeitung einer Konzeption steht an.	P	3. Quartal 2009		Herr Mihm (61)	65, Ref. NSE, HochTief	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.14	Sicherheit	1	Die "Sicherheitsrunde Bahnhof" hat am 13.11.2007 zuletzt getagt. Fortsetzung erfolgt am 22.4.2008. Mit Studenten der Evang. FH und der Wohnungslosenhilfe läuft ein Projekt zur Befragung des "Bahnhofs-klientels". Im Jahr 2007 und auch 2008 fanden mehrere, erfolgreich durchgeführte Kontroll-Aktionen der Polizei zum Thema "Jugend, Gewalt, Alkohol" statt.	U	Kontinuierlich		Herr Winkler (32), Herr Henning (17)	Polizei, Gebäudeeigentümer, Bahnhofsmanagement, Sicherheitsdienste, Deutsche Bahn, städt. FB	
5.2.15	Sauberkeit / Stadterscheinungsbild	1	Jährliche Aktion „saubere Stadt, saubere Landschaft“ und Stadtputzete. Einführung einer Samstags- und Sonntagsreinigung durch die TDL und ALG II-Kräfte ab 2006. Weitere Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements im Zusammenhang mit dem Projekt "Sauberes Ludwigsburg". Aktion "gelbe Karte" wurde durchgeführt. Umfrage zum Thema "Sauberkeit" bei Einwohnern, Innenstadtakteuren und Besuchern im Rahmen der Zertifizierung der TDL läuft.	U	Kontinuierlicher Ausbau		Herr Lob (TDL) Herr Henning (17)	32, LUIS, Bürgerschaft	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2-16	Abfallkörbe	1	Austausch der veralteten Abfallkörbe durch drei neue Grundmodelle im Innenstadtbereich. Im Rahmen der Straßensanierungsmaßnahmen werden in der Kirchstraße, Asperger Straße und am Stadtkirchenplatz die alten Exemplare ausgetauscht. Die angeordneten Gelder reichen hierfür aus.	E	Beginn 03/2006 Ende 06/2007		Herr Albrecht (TDL)	61, 67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.17	Verbesserung des Zustands öffentlicher Toiletten	1	Die Umsetzung der "Netten Toilette" ist erfolgt. 23 Betriebe haben ihre Teilnahmebereitschaft erklärt. Marktplatz-Toilette nun in städtischer Hand. Eine Ausweitung auf die Stadtteile wird geprüft. Begleitende Überlegungen zu automatischen Toiletten im Bereich Bahnhof oder Bärenwiese sind zurückgestellt.	P R	2. Halbjahr 2009	Entschädigung der Gastronomiebetriebe in Höhe von ca. 15.000,- € Fipo: 1.7650.5700.000	Herr Steinert (Ref. NSE) AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61)	1B, 32, 67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.18	Sondernutzungssatzung	1	Arbeitsgruppe hat Vorschlag erarbeitet, der nun mit der Verwaltungsspitze und im politischen Raum beraten werden muss.	P	3. Quartal 2009		Herr Winkler (32)	61	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.19	Gestalterische Verbesserung der Innenstadt über die Sondernutzungssatzung und die Werbesatzung hinaus	3	Verbesserung der Innenstadt durch gestalterische Vorgaben, die über die Sondernutzungssatzung und die Werbesatzung hinaus gehen.	P	Kontinuierlich		Herr Kurt (61)	67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.20	Ausbau der Stadtmöblierung	3	Verbesserung der Aufenthaltsqualität durch mehr Grün und Nachverdichtung von öffentlichen Bänken. Prüfung im Rahmen des SEKs.	R	Kontinuierlich		Herr Schilling, 67	61	Bestandteil des Themenfeldes "Grün in der Stadt" zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2-24	Straßenbeleuchtung Kirchstraße	1	Anpassung der Beleuchtung auf der Restfläche (Kirchstraße / nördliche Asperger Straße) im Rahmen der Straßensanierung Innenstadt.	E	bis Ende 1. Quartal 2007		Herr Uhl (67)	61	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.22	Grundsatzüberlegungen zu zeitlich befristeten und unbefristeten Elementen im öffentlichen Raum	3	Im AK Öffentlicher Raum wird eine Grundsatzkonzeption festgelegt (Wo?, welche Art?, welche Qualität? usw.)	P	2. Halbjahr 2009		AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61)	23, 32, 41, 60, 65, 67, Ref. NSE, LUIS, PH	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.23	Stadtgestaltung durch befristete Elemente (< 1 Jahr)	2	Vorlage eines abgestimmten Jahreskonzeptes im Januar des laufenden Jahres. Über die Winterdekoration an der Sternkreuzung erfolgt eine Abstimmung spätestens im Oktober des laufenden Jahres.	P	Jährlich		AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61)	23, 32, 41, 60, 65, 67, Ref. NSE, LUIS, PH	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.24	Stadtgestaltung durch zeitlich unbefristete Elemente (> 1 Jahr), z.B. Kunstpfad	2	"Außerdem" Konzept für einen Skulpturenpark im Zusammenhang mit dem Stadtjubiläum 2009 wurde umgesetzt. Rhythmus von drei Jahren vorgesehen. Projekt dient neben der Attraktivierung auch der Verbesserung der räumlichen Orientierung.	U	Realisierung im 2. Quartal 2009		Herr Raitel (41)	23, 32, 60, 61, 65, 67, Ref. NSE, LUIS, PH	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.25	Innenstadtpfade in Verbindung mit touristischen, kulturellen und architektonisch Aspekten	2	Touristisches, architektonisches, kulturelles Profil für Ludwigsburg festlegen. Im Zusammenhang mit dem Stadtjubiläum wird die Wiederherstellung der historischen "Eier" an bedeutsamen Gebäuden geprüft.	P	3. Quartal 2009		Frau Mitsch (89)	41, Archiv, 61, 65, 67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.26	Image- und Veranstaltungstafeln an Ortseingängen (Willkommenstafeln)	1	Erwerb der Tafeln und Festeinbau abgeschlossen. Nutzung von Teilflächen der Tafeln für Hinweise auf Spielbegegnungen der Basket- und Handballer. Jährlicher Bespielungsplan wird bis Ende des 3. Quartals für das darauffolgende Jahr erarbeitet.	E U	bis Ende 1. Quartal 2007 beendet Jährlich	Fipo: 2.7900.9351.000 20.000,- € im Nachtrag	Frau Mitsch (89)	32, 41, 48, 60, 61, 67, Blüba, SFS	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.27	Aufwertung bzw. Einrichtung von Infobuchten an den Stadteingängen mit Orientierungshilfen	2	Die Teilnehmer des AK Wifö sind gebeten, gute Beispiele anderer Städte zusammenzutragen. Eine weitere Möglichkeit stellt eine Einbindung des Stadtinformationssystems der Fa. MediaCluster (Kostenvoranschlag ca. 8.000,- € pro Terminal) dar. Die Verträge mit dem Aufsteller der bisherigen Tafeln sind ausgelaufen und könnten umgehend gekündigt werden.	P	4. Quartal 2009		AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61), Herr Brück (61)	Büro OBM, 32, 60, 67, Ref. NSE	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2-28	Vorwegweisung als Beschilderungskonzeption entlang der Bundesstraße 27	2	Realisierung fertiges Beschilderungskonzept ist größtenteils realisiert.	E	Fertigstellung Ende 2. Quartal 2007		Herr Uhl (67)	32, 61, Ref. NSE, Blüba, Schloss	
5.2-29	Sichtbarmachung / Freistellung Stuttgarter Torhaus	2	Außenbereich zur Eröffnung hergestellt; Städtebaulich-gestalterische Aufwertung geprüft.	E	1. Halbjahr 2006		Frau Soltys (65)	61	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2-30	Optimierung des Parkleitsystems durch neue Bezeichnungen	1	Die Namensgebung wurde mit Realisierung der WilhelmGalerie geprüft und im Status Quo festgeschrieben. Der Bereich um die WilhelmGalerie wird mit den neuen Parkierungshinweisen aufgewertet. Umbenennung würden langjährige Nutzer irritieren.	E	2. Halbjahr 2007		Arbeitsgruppe Parkleitsystem, Herr Ressler (61)	32, 67, Ref. NSE, PAG, Blüba, Schloss	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.31	Optimierung des Parkleitsystems durch Vorankündigung an den Stadteinfahrten	1	Einsatz neuer Medien oder konventioneller Tafeln prüfen. Kontakt mit Büros zur Frage der Wahrnehmbarkeit von Informationen (Menge, Darstellung Abstraktionsgrad) wurde bereits aufgenommen. Wird in der AG Parkleitsystem bearbeitet.	P	2. Halbjahr 2009		Arbeitsgruppe Parkleitsystem, AK Öff. Raum, Herr Mihm (61) Herr Uhl (67)	32, 67, Ref. NSE, PAG, Blüba, Schloss	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"; zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2-32	Optimierung Parkleitsystem durch ergänzende Beschilderung	1	Ergänzende Ausschilderung der RathausGarage über Schillerstraße ist umgesetzt.	E	4. Quartal 2007		Arbeitsgruppe Parkleitsystem, Herr Ressler (61)	32, 67, Ref. NSE, PAG	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"; zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.33	Optimierung des Parkleitsystems im südlichen Innenstadtbereich	1	Die Hinweise zu den Parkierungsanlagen wurden geändert: Über die Solitudestraße wird nur noch das Parkhaus Solitude ausgewiesen, über die Bahnhofstraße werden Parking und Bahnhofstraße ausgewiesen. Bauliche Formulierung der Einmündung Solitudestraße/Bahnhofstraße von der Keplerbrücke. Ergänzung mit Parkleitsystem Multifunktionshalle.	E P	4. Quartal 2007 nicht vor 2009		Arbeitsgruppe Parkleitsystem, Herr Ressler (61), Herr Uhl (67)	32, 67, Ref. NSE, PAG	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.34	Optimierung des Parkleitsystems im westlichen Innenstadtbereich	1	Attraktivierung des Bahnhoftunnels durch Verkehrslenkung.	P	nicht vor 2009		Arbeitsgruppe Parkleitsystem, Herr Ressler (61)	32, 67, Ref. NSE, PAG	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.35	Optimierung der Verkehrslenkung im Bereich Wilhelmstraße/Körnerstraße	2	Primär wird eine Überprüfung alternativer Möglichkeiten zur Lenkung der Kfz Ströme im Umfeld der Körnerstraße stattfinden. Abwägung der Vor- und Nachteile einer Abbiegung aus der Wilhelmstraße. Wird im Rahmen der Verkehrskonzeption Innenstadt bearbeitet. Per Gemeinderatsbeschluss vom 21.12.2006 bis nach Eröffnung WilhelmGalerie zurückgestellt.	P	2009ff		Herr Kurt (61) Herr Ressler (61)	32, 67, Pr. Kölz	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2-36	Optimierung weiterer Orientierungssysteme	3	Integration in Navigationssysteme (z.B. mit ADAC).	E	2006		Herr Bayer (67)	32, 61, PAG, ÖPNV	
5.2.37	Attraktivierung und Komplettierung des Radroutensystems von den Außenbezirken in die Innenstadt zur Steigerung des Radanteils beim Modal Split in Ludwigsburg	1	Verlegung Haltestelle in der Marbacher Straße, Höhe Favoritepark, erfolgt. Feldweg verlängerte Hölderlinstraße, Radweg Schlieffenstraße und Ausbau Feldweg Lochwaldgraben wurden 2007 erledigt. Radwegverlängerung Schlieffenstraße zwischen Mörikestraße und Osterholzallee mit Anschluss Radweg Asperg wurden 2008 realisiert. Vorentwurfsplanungen Bottwartalstraße/Marbacher Straße laufen. Für 2008 werden folgende Maßnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen (Abstimmung in BTU): Ausbau Westlicher Parkweg für Herbst 2009 vorgesehen (Prüfung Naturschutz läuft).. Schillerstraße mit Schillerdurchlass. Planung mit Schutzstreifen wurde als Entwurfsprinzip im BTU beschlossen (Vorl. 191/08). Realisierung im Zusammenhang mit Neugestaltung Schillerstraße. Seestraße im Bereich Campus für Radverkehr frei. Seestraße von Süden kann zur Freigabe entgegen der Einbahnrichtung vorgeschlagen werden. Querung zur Hohenzollernstraße in Planung. Entscheidung Herbst 2009. Querung Bismarckstraße - Asperger Straße in 2008 realisiert (teilweise überfahrbare Fahrbahnteiler).	P	2007 - 2010		Herr Ressler (61)	32, 67, Beirat für Verkehr	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2.38	Optimierung der Erreichbarkeit per Fahrrad aus Richtung Grünbühl / Sonnenberg	3	Sicherheitsaudit für Entwurfspläne Robert-Franck-Allee/B 27 durchgeführt und im Verkehrsbeirat erneut vorgestellt mit Ausbauempfehlung. Erneute Beschlussvorlage im Herbst 2009.	P	2009 vorbehaltlich Zustimmung BTU		Herr Ressler (61)	32, 67, Beirat für Verkehr	
5.2.39	Erneuerung des Orientierungssystems für den Radverkehr	2	Schaffung eines einheitlichen optischen Beschilderungskonzeptes mit grafischen Darstellungen und Komplettierung der externen und internen Wegweisung. Hauptroutenkonzept abgestimmt. Ausschreibung für Routen 1-3 liegt vor. Vor-Ort-Abstimmung der Einzelstandorte weiterer Routen bis Herbst. Umsetzung bis Ende 2009. Abstimmung BTU-Information/Abstimmung.	V	fortlaufend 2009ff		Herr Uhl (67)	32, 67, Ref. NSE	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.40	Verbesserung des internen Radroutensystems - generelle Aspekte	1	Komplettierung eines umfassenden 30 Km/h-Konzeptes 2005 eingerichtet. Durchgängige Öffnung der Einbahnstraßen für den Radverkehr wurde vom BTU auf Basis der Vorlage 669/06 nur für Einzelabschnitte und mit Einzelbeschlüssen akzeptiert. Unterstützung des Radvorteils "small and smart". Entgegen der Einbahnrichtung freigegeben, wurde der Radverkehr in der Körnerstraße, der Gartenstraße und der Stephanstraße. Vorschlag für Seestraße im Herbst im BTU.	P/U	laufende Prüfung und Umsetzung nach Zustimmung BTU		Herr Ressler (61)	32, 67, Beirat für Verkehr	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.41	Verbesserung des internen Radroutensystems - Einzelmaßnahmen zur Reduktion von Konflikten	1	See-/Friedrichstraße: Konflikt mit Parken lösen. Obere und Untere Reithausstraße. Schillerstraße: Variante Schutzstreifen beschlossen. Maßnahme soll im Zusammenhang mit Schillerplatz realisiert werden. Weitergehende Forderung Fahrradinitiative: Parkverbote und Schutzstreifen kurzfristig umsetzen.	P	laufend ab 2012 im Haushalt vorgesehen		Herr Ressler (61)	32, 67, Beirat für Verkehr	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.42	Abstellanlagen für Fahrräder	1	Im Bereich Bahnhof werden abschließbare Abstellanlagen installiert, weitere Standorte (z.B. Schloss) werden geprüft.	R	Kontinuierlich		Herr Reiter (61)	67, Schloss	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.43	Attraktivierung des ÖPNV	2	Als erster Ansatz zur Optimierung der Netzstruktur durch ein ergänzendes, tangentiales Citybuskonzept wäre eine innerstädtische Linienverlängerung am Wochenende denkbar. Dabei würden je nach Einsatzzeiten folgende Netto-Jahreskosten entstehen: nur an Samstagen rd. 19.300,- € (10 bis 18 Uhr) sowie an Freitagen (13 bis 18 Uhr) und Samstagen rd. 31.800,- €. Bei einer Ausweitung auf alle Werktage dürften die Kosten bei rd. 120.000,- € liegen. Die Möglichkeit eines einjährigen Probelaufs, der als Werbemaßnahme für die Innenstadt und den innerstädtischen Einzelhandel dienen könnte, besteht. Hierbei ist eine Mitfinanzierung durch den Einzelhandel zu prüfen. Wiederaufnahme des Themas nach Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.	P	4. Quartal 2009		Herr Albrecht (ÖPNV)	32, 61, LVL, IV	
5.2.44	Optimierung des ÖPNV	2	<i>Der Umbau der Arsenal-/Wilhelmstraße vor einigen Jahren hat wesentliche Verbesserungen für den Stadtverkehr gebracht. Die Busse haben seitdem keine Probleme mehr, den Fahrplan einzuhalten. Weitere Maßnahmen zur Verkürzung der Fahrzeit der Busse sind aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich.</i>	E			Herr Ade (ÖPNV)	32, 61, LVL	
5.2.45	Verbesserung der Situation am ZOB durch funktionale und gestalterische Aufwertung	1	Eine erste Machbarkeitsuntersuchung zur funktionalen Aufwertung des ZOB (Anhebung der Bordsteine auf 18 cm Höhe) liegt vor. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 430.000,- Euro. Diese einfache Variante enthält keine gestalterische Aufwertung sondern nur Umpflasterung mit vorhandenem Material. Auch die dringend sanierungsbedürftige Fahrbahn ist darin nicht enthalten. Es handelt sich hierbei mehr oder weniger um ein Provisorium. Der gesamte ZOB ist sowohl in gestalterischer als auch in funktionaler Hinsicht sanierungsbedürftig. Unter diesem Gesichtspunkt muss eine Abwägung getroffen werden, ob eine solche vorausgehende provisorische Aufwertung überhaupt wirtschaftlich und sinnvoll ist.	P	3. Quartal 2009		Herr Wieland (67)	32, 61, LVL, ÖPNV	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2.46	Verbesserung der Information für ÖPNV-Nutzer	2	Die Fahrplanauskunft war bereits in die Terminals integriert. VVS stellte letztes Jahr sein System um, die Fahrpläne waren daraufhin nicht mehr kompatibel mit dem bestehenden System. Neue, modernere Terminals sollen beschafft werden. Es wird versucht die Terminals über Sponsoren z.B. SWLB und Wohnungsbau zu finanzieren. Neue Terminals bieten wieder die Möglichkeiten der Fahrplanauskunft. Beteiligung an Finanzierung der Terminals (ca. 19.000,-€ auch Leasing möglich) wird geprüft. Realisierung im 2009, wenn es mit den Sponsoren klappt. Fahrgastinformationssystem für ÖPNV (S-Bahn) und ZOB (Bus) aufgrund fehlender Fördermittel derzeit nicht möglich.	P	3. Quartal 2009 2009 ist vorauss. mit weiteren Fördermitteln zu rechnen		Frau Schmieder (D I) Herr Reiter (61)	ÖPNV, LVL, 67, Fa. Media Cluster	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.47	Attraktivierung der Situation im und am Bahnhofsgebäude sowie der Fußwegeverbindungen im Bereich Bahnhof / Neuer Westportal	1	Vertrag mit Nestlé und DB wurde abgeschlossen, DB hat Zuschuss vom Innenministerium beantragt. Zuschuss ist bewilligt, Verträge abgeschlossen, Ausführung läuft. Für Öffnung des Durchgangs muss bestehender Vertrag mit Doblinger aktualisiert werden (Eigentümer des Bahnhofsgebäudes auf der Ostseite).	U	Baubeginn 28.04.2008 Fußgängeröffnung vorauss. 01.10.2009		Herr Dienelt (23), STEP Innenstadt	32, 61, 65, 67, ÖPNV	
5.2.48	Attraktivierung der Fußwegeverbindungen Forum-Marktplatz	1	Mit der Neugestaltung des Mathildenareals in Form des Akademiehoofs werden attraktive Fußgängerquerungen zu Forum und Marktplatz angeboten.	V	in 2009	Ja (im Projekt Mathilde/Rathaus enthalten)	Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE) Herr Kurt (61)	23, 65, 67, Ref. NSE	abhängig von Entwicklung Mathildenareal
5.2.49	Attraktivierung der Fußwegeverbindungen im Bereich Blüba	3	Schnellere Grünphase für Fußgänger bei der Überquerung Schorndorfer Straße am Haupteingang Blüba	E	in 2005		Herr Bayer (67)		
5.2.50	Attraktivierung der Schulwegverbindungen	2	Optimierung der Querungsmöglichkeiten im Rahmen der Schulwegsicherung durch Verkehrsgutachten vom Büro Hupfer für den Campusbereich empfohlen. Weitere Planungen (Schulcampus) müssen abgewartet werden.	P	2. Halbjahr 2009		Herr Ressler (61)	32, 67	
5.2.51	Verbesserung der Auslastung der Parkhäuser allgemein	1	Hinweise im Parkleitsystem auf alternative Parkieranlagen bei Überlauf und Möglichkeiten einer Vernetzung des Parkleitsystems. Einrichtung von Querungsmöglichkeiten innerhalb der Innenstadt, um die Parkieranlagen nicht nur über Stichstraßen zu erreichen. Beide Maßnahmen sind Bestandteil des Gesamtverkehrskonzepts Büro Hupfer und werden bis zu den Beschlüssen darüber zurückgestellt.	R	2009ff		Herr Ressler (61)	32, 67, PAG	
5.2.52	Optimierung der Parkieranlagen	3	Differenzierung der Parkieranlagen nach Nutzergruppen, z.B. PH Asperger Straße für Dauerparker, Rathausgarage für Kurzparker wird verfolgt. Kontingente für Dauerparker im PH Asperger Straße sind weitgehend ausgeschöpft.	U	Kontinuierlich		Herr Hoffmann (PAG)		
5.2.53	Optimierung der Erreichbarkeit PH Asperger Straße	1	Ab Januar 2008 werden im Parkhaus Asperger Straße (308 Stellplätze) 60 Stellplätze als Ersatz für das Mathildenareal für städtische Mitarbeiter bereitgestellt. Unter Berücksichtigung der Anzahl der Dauerparker/-nutzer (188 Stellplätze) verbleiben nur noch 60 Kurzzeitparkplätze, die durch die reguläre, tägliche Auslastung bereits belegt werden. Eine Optimierung der Beschilderung erfolgt im Zusammenhang mit der Ausschilderung der Hochgarage in der WilhelmGalerie.	E	2. Halbjahr 2007		Herr Ressler (61)	32, 67, PAG	
5.2.54	Optimierung PH Asperger Straße	1	Von Events auf dem Parkhausdach wird aufgrund zu erwartender Beschwerden der unmittelbar umliegenden Anwohner abgesehen. Der Rückgang bei den Kurzparkern ist im wesentlichen auf eine Abwanderung der Kunden in die attraktivere Rathausgarage zu erklären. Bei einer Umbenennung des Parkhauses ist von einem negativen Kosten-Nutzen-Effekt auszugehen. Erste Schritte zur optischen Attraktivierung werden vorgenommen.	E	2007		Herr Hoffmann (PAG)		

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2.55	Optimierung PH Schloss/Marstall	2	Internes Konzept des Eigentümers sieht vor: Verbesserung der internen Orientierung. Gestaltung Treppenhaus und des gesamten optischen Erscheinungsbildes. Externer Aufzug um den direkten Zugang in die Kirchstraße zu ermöglichen (abhängig von Entwicklungen Marstall Center/ Reithausplatz). Zufahrt durch bauliche Maßnahmen ordnen und vereinfachen. Flexibilisierung der Regelungen für die Vermietung.	P	nicht vor 2010		Herr Kurt (61)	Marstall-Verwaltung, Parkhausbetreiber	
5.2.56	Optimierung PH Solitude	3	Verbesserung der Orientierungsmöglichkeiten im Bereich der Fußgängerwege und der PKW- Ein-/Ausfahrt. Die Beschilderung PH Solitude wurde mit FB 61 abgestimmt und ist bereits beauftragt. Angedacht ist eine Beschilderung analog zur Rathausgarage. Zur höheren Frequentierung: Veranstaltung von Events durch Anlieger geplant (z.B Weißwurstessen). D	E	Fertigstellung bis Ende 2. Quartal 2008 abgeschlossen		Herr Leban (PAG)	61, 67	
5.2.57	Optimierung PH Bahnhof	3	Verbesserte Auffindbarkeit und Anbindung der Fußgänger an Schiller- und Myliusstraße. Durchgang wird weiterhin angestrebt. Vorschlag zur Ergänzung des Parkleitsystems in der Myliusstraße wurde umgesetzt (Vorl. Nr. 191/08).	U	Kontinuierlich		Herr Ressler (61)	32, PAG	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.58	Optimierung/Veränderung Parkplatz Bärenwiese	1	Verbreiterung der Fußgängerüberwege B 27 auf Höhe Alleenstraße und Wilhelmstraße wird Bestandteil der Sanierungsüberlegungen Innenstadt und der Entwicklung Mathilde. Einbindung und Prüfung im Rahmen Parkraumkonzeption Oststadt. Abhängig von Entwicklung Mathildenareal und Verkehrskonzept Innenstadt.	P	nicht vor 2009		Herr Wieland (67) Herr Ressler (61)	32	Festplatz
5.2.59	Optimierung/Veränderung Parkplatz Bärenwiese	3	Eine Tiefgarage wird wegen möglichen Grundwasserproblemen abgelehnt. Falls eine Garage gebaut wird, muss ein neuer Standort als Festplatz gefunden werden. Abhängig von Entwicklungen in der Innenstadt und in Innenstadtrandlagen (Mathildenareal, Multifunktionshalle, Walcker, Schillerplatz).	R	nicht vor 2010		Herr Ressler (61)	32, 67, PAG, SUN	Festplatz
5.2.60	Optimierung Parkplatz Mathilde	1	Neubau der Akademie Garage im Zusammenhang mit Neubau Akademie für Darstellende Kunst.	U	Realisierung bis Oktober 2009		Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE)	23, 32, 61, 67, PAG	
5.2.61	Optimierung der Parkflächen beim neuen Finanzamt	3	Ergebnis: Parkfläche außerhalb der Öffnungszeiten für Öffentlichkeit freigegeben	E	2005		Herr Ressler (61)	32, 67, Land	
5.2.62	Ausräumen der Konflikte beim Straßenparken	2	Bei der Prüfung ist die Neugestaltung einzelner Straßenzüge, insbesondere Myliusstraße, Schillerstraße und Eberhardstraße zu berücksichtigen. Als ein geeignetes Mittel wird eine Taktreduzierung von 30 auf 20 Minuten im Straßenraum vorgeschlagen. Eine entsprechende Vorlage ist derzeit in der politischen Diskussion.	E	4. Quartal 2008		Herr Winkler (32)	61, 67	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.63	Andienung der Geschäfte in der Fußgängerzone verbessern	1	Ausweisung alternativer Flächen für Andienere an den Zugängen zur Fußgängerzone und die Information an die Einzelhändler in 2005 erfolgt. Andienungszonen werden verstärkt kontrolliert.	E	2005		Herr Winkler (32)	61, 67, LUIS	
5.2.64	Attraktive Parkgebühren	1	Fortführung kostenloses Parken für die erste halbe Stunde sowie die stärker rabattierten Gutzeitkarten in den städtischen Parkhäusern wurden von Kunden und Einzelhandel sehr gut angenommen. Mit den Parkgebühren liegt man unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde bislang nicht weitergegeben.	E	Jul 05		Herr Hoffmann (PAG)	LUIS	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio- rität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2.65	Rückerstattung von Parkgebühren und ÖPNV-Fahrtkosten	1	Attraktivierung und Ausweitung des "Gutzeitkartensystems" der PAG durch LUIS bei den Innenstadtakteuren. Ziel ist die Einführung eines einheitlichen Systems für die Rückerstattung von Parkgebühren und ÖPNV-Gebühren. Prüfung der Möglichkeiten durch LUIS. Alternativ könnte eine Rückerstattung für ÖPNV-Nutzer im Zusammenhang mit einem Kundenbindungssystem entstehen. Maßnahme auch im Luftreinhalteplan für Ludwigsburg enthalten.	P	2. Halbjahr 2009		Frau Hauser (IB)	PAG, ÖPNV, Innenstadtakteure	
5.2.66	<i>Optimierung Parkraummanagement</i>	1	<i>Einheitliche Parkgebühren in allen Parkhäusern durch neues Gebührensysteem der PAG erreicht; Einheitliches System bei Sonntagsöffnungen und Veranstaltungen am Wochenende verwirklicht.</i>	E	Jul 05		<i>Frau Karg (IV)</i>	<i>PAG, Innenstadtakteure, private Parkhausbetreiber</i>	
5.2.67	Öffentlichkeitsarbeit	1	Einrichtung eines eigenen Internetauftritts des LUIS e.V. und dadurch Präsentation der Mitglieder und Sponsoren; Durchsicht bestehender Flyer und ggf. Auflage neuer/bestehender Veröffentlichungen; Gezielter Presseinsatz; Positive Stimmung durch Einbindung der Innenstadtakteure.	P	2. Halbjahr 2009		Frau Hauser (IB), Herr Steinert (Ref. NSE)	Büro OBM, PAG, LUIS, ÖPNV	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zielzeit	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
Strategisches Ziel 5.3 In der Innenstadt gibt es qualitätsvollen Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen und Generationen.									
5.3.1	Förderung von Wohnen in der Innenstadt ("Bewohntes Zentrum")	1	Einbeziehung im Rahmen des Stadtteilentwicklungsplanes (STEP) Innenstadt. Teil der wohnungspolitischen Konzeption „Kommunale Wohnungspolitik“, deren Ergebnisse 2006 präsentiert wurden.	V	2009		PG Mathilden-/Rathausareal, Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE)	61, 65, 23, SUN, WBL	Maßnahmen sind Bestandteil der Themenfelder "Attraktives Wohnen" und "Vitale Stadtteile"
Strategisches Ziel 5.4 Ein attraktiver Mix von Einzelhandel und Dienstleistung in der Innenstadt erfüllt die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden.									
5.4.1	Entwicklung WilhelmGalerie	1	Baugenehmigung erteilt, Beginn der Baumaßnahmen erfolgt. Vermietungsgespräche durch HochTief und Beauftragte. Investor Hannover Leasing. Eröffnung in Zusammenhang mit verk.-offenem Sonntag Antikmeile.	E	Eröffnung vom 28.-30. Sept. 2007	nein	Herr Geiger (60)	61, 65, Ref. NSE, SUN, HochTief (informell)	
5.4.2	Optimierung des Branchenmix	1	Nach Realisierung der WilhelmGalerie und der Entwicklung des östlichen Blocks in der Oberen Marktstraße sind weitere Bereiche für die Entwicklung mit (flächiger) Einzelhandelsflächen und damit weiterem EH-Angebot in der Innenstadt zu untersuchen. Das Marstall-Center könnte bei einer grundlegenden, konzeptionellen Aufwertung essentiell dazu beitragen und wird daher von der Verwaltung mit höchster Priorität begleitet.	P	2. Halbjahr 2009	nein	Frau Hauser (IB), Herr Steinert (Ref. NSE)	LUIS, Innenstadtakteure, Haus- und Grundbesitzer	
5.4.3	Umgang mit Leerständen	1	Bewertung und Qualifizierung der einzelnen Leerstände in einem statischen Kataster liegt vor. Ausbau zu einem umfassenden Leerstandskatasters. Aktualisierung des Katasters und Ausbau des Informationsgehalts steht an. Optimierung des Informationsflusses zwischen Eigentümer und Stadtverwaltung/City Management. Ausloten von künstlerischen Möglichkeiten zur Überbrückung des Erscheinungsbildes bei Leerstand.	U	kontinuierlich	nein	Frau Hauser (IB), Herr Steinert (Ref. NSE)	LUIS, Innenstadtakteure, Haus- und Grundbesitzer	
5.4.4	Öffnung des Bürgerbüros an Samstagen	1	Mit der Samstagsöffnung des Bürgerbüros von 9.00 bis 12.00 Uhr sollte ein weiterer Impuls für die Belebung der Innenstadt erreicht werden. Die Samstagsöffnung wurde für ein Jahr probeweise eingeführt, hat die auferlegten Erfolgskriterien jedoch nicht erfüllt und wurde zum Jahresende 2006 eingestellt.	E	Ende Probephase Dez. 2006		Herr Albrecht (33)		
Strategisches Ziel 5.5 Feste, Aktionen und Gastronomie beleben die Innenstadt zu den Ladenöffnungszeiten und außerhalb.									
5.5.1	Kinderbetreuung	1	Städtische Räumlichkeiten am Marktplatz bezogen. Ausweitung der Öffnungszeiten und der Kapazität in 2007 umgesetzt. Reduzierung der Öffnungszeiten ab 01.01.2008. Gewinnung weiterer Innenstadtakteure zur Unterstützung des Angebots durch den LuKi e.V. wird fortgesetzt. Kooperation mit der VHS. Ausbau des Angebots durch Einbindung von Jugendkunstschule, Jugendmusikschule und Vereinen.	U	kontinuierlich	Übernahme der Raummiete am Marktplatz über 24.000,- € Fipo: 1.7911.7009.000	Herr Raasch (LuKi), Frau Hauser (IB)	Ref. NSE, 65, 41	Maßnahme kann eine Ergänzung im Bereich "Bildung und Betreuung" darstellen.
5.5.2	Attraktionen für Kinder	2	Erarbeitung von Maßnahmen für eine "Kinderfreundliche Innenstadt" wie z.B. Kinderkino, Kinderanimation etc.	P	2009	nein	Frau Hauser (IB), Herr Steinert (Ref. NSE)	LUIS, 41, 48	
5.5.3	Ganzjährige Veranstaltungsoffensive	1	Abgestimmter Jahresplan für das kommende Jahr liegt bis Oktober des laufenden Jahres vor.	P	Okt 09	nein	Herr Boy (89)	LUIS, 41, Blüba, SFS	
5.5.4	Flexibilisierung der Sperrzeiten in der Sommerzeit	3	Außen: grundsätzlich 22.00 Uhr (Beginn Nachtruhe), Abweichungen durch Einzelfallentscheidungen (Standort / Immissionsschutz). Innen: Gesetzliche Sperrzeit 2.00 Uhr bzw. 3.00 Uhr am Wochenende, evtl. Änderungen durch Landesrecht (Föderalismusreform).	P	Kontinuierlich	nein	Frau Schmider (32)	LUIS, 41, 48	
5.5.5	Erlebnisastronomie (Ist Bestandteil beim Sanierungsgebiet Mathildenstraße/Rathausareal)	2	Verbesserung der Gastronomie-Szene mit Orientierung an den Bedürfnissen aller Zielgruppen. Studentenarbeit über marktfähige Konzepte in der Innenstadt liegen vor. Quartiere zur Ansiedlung entsprechender Konzepte (u.a. Mathildenareal) werden Interessenten vorgestellt. Erarbeitung eines Gastronomieführers.	P	Kontinuierlich	nein	Herr Steinert (Ref. NSE)	60, SUN, LUIS	
Strategisches Ziel 5.6 Sanierungsdefizite sind beseitigt. Attraktiver gestaltet werden Gebäude, die nicht Ludwigsburgs städtebaulichen Qualitätsniveaus entsprechen.									

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.6.1	Entwicklung Walcker-Areal, Charlottenstraße	1	Rahmenplan Walcker-Areal liegt vor. Vorkaufssatzung beschlossen. Nutzungskonzept von BTU beschlossen. Vertragsoption zwischen Interessent und Eigentümer abgeschlossen. Ein Bauantrag für Pflegeheim und Wohnungen ist eingereicht und in der Bearbeitung.	V	2009		Herr Pfizenmaier (60) Herr Mihm (61)	23, 60, 65, Ref. NSE	
5.6.2	Entwicklung Mathilden- / Rathausareal	1	Akademie für Darstellende Kunst - GmbH gegründet - Stadt Bauherrenfunktion - Realisierung unter Einbeziehung der Altbausubstanz Stuttgarter Str. 16 (Baudenkmal) und Mathildenstr. 32 Akademiehof - Mehrfachbeauftragung durchgeführt - Gesamtkonzept (Siegerentwurf FP 7) politisch beschlossen - Beseitigung der Langzeitbrache Mathildenareal durch Tiefgaragenbau (s. 5.2.60) und Herstellung Platz Erweiterung Filmakademie und Verwaltungsarrondierung (Mathildenstraße 21, 29 und 31) - Umfassende Sanierung des Gebäudekomplexes Mathildenstr. 29 und 31 als Erweiterungspotential Filmakademie und 1. Baustein Verwaltungsarrondierung Erarbeitung Gesamtkonzept Verwaltungsarrondierung - Verlagerung Stadtarchiv in umfassend zu sanierendes Gebäude Mathildenstr. 21 - Konzeption Bürgerbüro - Verlagerung und Zusammenführung von städt. Verwaltungseinheiten, Gesellschaften (FB 41, 65, WBL) auf dem Rathausareal	V	Fertigstellung Bauteile I-III Aug. 2008 Bühnenturm Nov. 2008 Baubeginn April 2008 Fertigstellung Sept. 2009 Gen.-verfahren läuft Baubeginn Aug. 2008 Fertigstellung Herbst 2009 Grundsatz beschluss Juni 2008 Baubeginn Archiv nach Sommerpause 2009		Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE)	61, 67, Ref. NSE, PAG	abhängig von Entwicklung Mathildenareal
5.6.3	Entwicklung der Blöcke in der Oberen Marktstraße	1	Möglichkeiten einer zukunftsorientierten Entwicklung und Aufwertung der Blöcke. Der östliche Block ist durch die Umgestaltung Lotter bis Mitte 2006 und dem Beschluss zur Eberhardstraße 1 mit Kunstverein und Museum vorerst abgeschlossen. Für den westlichen Block wurden den politischen Gremien drei Varianten vorgestellt, deren endgültige Entscheidung zurück gestellt wurde.	E P	2009		Herr Kurt (61)	23, 60, 65, Ref. NSE, Eigentümer	
5.6.4	Gestaltung von Häusern und Fassaden in privatem Eigentum	1	Förderprogramm aufgelegt. Gewinnung weiterer Eigentümer zur Nutzung des Programms durch entsprechende Kontaktaufnahme.	U	Kontinuierlich	Fipo: 2.3650.9880000 Ansatz: 150.000,- €	Frau Deimel (Ref. NSE)	61	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.6.5	Gestaltung von Häusern und Fassaden in städtischem Eigentum	1	Im Rahmen der vorbereitenden Untersuchung zum neuen Sanierungsgebiet Innenstadt sollen die Fassaden an Immobilien in städtischem Eigentum überprüft und im Zusammenhang mit Sanierung Mathildenstraße/Rathausareal ggf. neu gestaltet werden. Entwicklung der Beleuchtungskonzeption in den Sanierungsgebieten Eberhardstraße, Kirchstraße, Asperger Straße, Mathildenstraße, Körnerstraße, Arsenalgärten, Passagenlösungen und Kirchenplatz	U	Kontinuierlich		Frau Barnert (65)	60, 61	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum

Strategisches Ziel 5.7 Die charakteristische Barock-Struktur ist durch eine **angemessene Architektur- und Freiraumgestaltung** konsequent weiterentwickelt. Nicht anpassungsfähige Strukturen werden in

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.7.1	Reithausplatz und Fassade Marstall sowie Öffnung Marstall-Center	3	Unmittelbare Verknüpfung mit der Entwicklung des Marstall-Centers. Seit Oktober 2007 liegt eine gemeinsam mit den großen, gewerblichen Eigentümervertretern und der Stadt beim Büro Blocher & Blocher beauftragten Machbarkeitsstudie vor. Ziel ist, die Eigentümer zu notwendigen Investitionen zu bewegen, da durch Tatenlosigkeit ein weiterer Trading-Down-Effekt zu befürchten ist. Es wurde eine Arbeitsgruppe mit einem Vertreter der Eigentümer und einem der Stadt gebildet. Die Eigentümer prüfen derzeit ein zielgerichtetes Vorgehen zur Verbesserung der Eigentümersituation.	P	1. Halbjahr 2010	nein	Herr Steinert (Ref. NSE) Herr Kurt (61)	65, 67, (32), private Investoren und Grundbesitzer	
5.7.2	Kirchstraße (Bereich nördlich der Lindenstraße) mit Reithausplatz (i.Z.m. Nr. 5.7.1)	2	Abhängig von Entwicklung des Reithausplatzes und Marstall-Centers, Kostenbeteiligung der Eigentümer des MC wird abgestimmt. Im städt. Haushalt 2006 ff. nicht vorgesehen.	R	Nicht vor 2009	nein	Herr Kurt (61)	60, 65, 67, (32), private Investoren, Haus- und Grundbesitzer	
5.7.3	Tunnel Schlossstraße	2	Prioritätenprüfung in Verbindung mit Stadtentwicklungskonzept. Machbarkeitsstudien für Varianten liegen vor.	P	3. Quartal 2009	Rücklage	Herr Reiter (61)	67,32, SUN	
5.7.4	Fortführung der Durchgangskonzeption	1	Umsetzung der Konzeption bei weiteren Innenstadtquartieren	U	Kontinuierlich	nein	Herr Kurt (61)	65, 23, SUN	
5.7.5	Durchgangskonzeption Seestraße / Rathaushof	1	Realisierung des Durchgangs im 2. Quartal 2009	E	Eröffnung im Mai 2009		Frau Beißwenger (23)	61, 65, 67, PAG	
5.7.6	Durchgangskonzeption Parkdeck Bahnhofstraße / Mylius- und Schillerstraße	1	Aufgrund der schwierigen Topographie muss die konkrete Lage des Durchgangs noch untersucht werden. Im Anschluss daran schließen sich ggf. Gespräche mit den erforderlichen Eigentümern an. Liegenschaftliche Sicherung von Grundstücken. PAG prüft, ob sie 3-4 Stellplätze zur Kompensation anbieten kann.	P	in 2009		Frau Beißwenger (23)	61, PAG	
5.7.7	Durchgangskonzeption Cluss-Garten	1	Realisierung abgeschlossen	E	in 2006		Frau Soltys (65)	61, 23	
5.7.8	Durchgangskonzeption Vinum	1	Planungsrechtl. und bautechnisch ist ein Durchgang vorgesehen. Der Rückbau der jetzigen Situation war vertraglich für 2006 vereinbart. Vorgespräche mit Eigentümer zur Durchsetzung der vertraglichen Vereinbarung auf Dezernentenebene haben stattgefunden. Einigung erfolgt.	P	in 2010		Herr Kurt (61)	23	

Legende:

Durchgestrichene Maßnahmennummern mit kursiver Schrift sind Maßnahmen, die erledigt sind.



6

Zusammenleben von Generationen und Nationen

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg
Leitsatz Die Stadt entwickelt sich familienfreundlich und generationengerecht weiter. Menschen und Institutionen sind durch Netzwerke verbunden. Die Menschen leben unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, Religion, Nationalität, Alter oder Geschlecht in gleichberechtigter Teilhabe am Stadtgeschehen, in guter Nachbarschaft und sozialen Ausgewogenheit und in gegenseitigem Respekt.

6 Masterplan Zusammenleben von Generationen und Nationen

Prozessverantwortlich Saliou Gueye (FB 17)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	--------	----------	----------	---------------------------------	----------------------------	--

Strategisches Ziel 6.1 Ein **Gesamtkonzept Integration für Generationen, Nationen und Kulturen** liegt vor und wird umgesetzt. Die Chancengleichheit von Frauen und Männern und die Berücksichtigung der

A	Kindergarten / frühe Bildung / Elternbildung								
6.1.1	Sprachförderung in Kindertagesstätten	1	Ab dem ersten Tag in der KiTa findet eine konsequente Sprachförderung statt. Ein umfangreiches Sprachförderkonzept wurde vom BSS beschlossen und wird ab 2009 umgesetzt.	V	2009		FB 48	erweiterte AG Sprachförderung (Mandy Schober)	
6.1.2	KiTa-Besuch von Migrantenkinder	2	Die Verwaltung macht einen Abgleich, wie viele Kinder mit Migrationshintergrund mit 3, 4 oder 5 Jahren in die KiTa's gehen.	U	seit 2007 laufend		FB 48	Integrationsbeirat	
6.1.3	Elterninformation in deutscher und Muttersprache	2	Durch einen Flyer werden die Eltern mit Migrationshintergrund über die Bedeutung des Kindergartenbesuches informiert und zwar in mehreren Sprachen. Gleichzeitig werden hier Ansprechpartnerinnen u. Ansprechpartner des Integrationsbeirates genannt, die den Bürgerinnen und Bürgern weiterhelfen. Diese Broschüre wurde bereits in der 3. Auflage herausgegeben, da sie sich einer großen Nachfrage erfreut.	E	2007 erschienen, laufend	Ja	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat	
6.1.4	Information über Sprach- und Integrationskurse	2	ISI (Information, Sprachkurse, Integration) ist die Anlaufstelle für Information zu Sprach- und Integrationskursen, die beim FB 17 angesiedelt war. Zugleich ist dies ein Netzwerk-Projekt mit verschiedenen Partnern (ABH, ARGE, LIGA, Sprachkursträger und FB 17). Durch das neue Migrationszentrum werden die Sozialberatungen ab Januar 2009 in der Schlossstrasse 7-9 angesiedelt sein. Der Informationsaustausch (Netzwerk) bleibt bestehen.	UE	laufend	nein	Saliou Gueye (FB 17)	AWO, Caritas, DRK, Diakonie, FB 33, ARGE, LRA	
6.1.5	Migranten werden zu Multiplikatoren	2	Engagierte Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sollen als Multiplikatoren ausgebildet werden, damit sie dann z. B. Elternabende zu Themen wie Erziehungskompetenz, Schullaufbahn, aber auch zu gesellschaftspolitischen Grundlagen halten können.	V	2008 / 2010	Ja	Saliou Gueye (FB 17)	Klaus-Peter Runzer (VHS), FB 48	
6.1.6	Modellprojekt Kinder- und Familienbildung in Tageseinrichtungen für Kinder	1,5	In dem Modellprojekt "KiFa" werden Kinderbetreuung und Familienbildung in einem ganzheitlichen Ansatz zusammengeführt. So kümmern sich Erzieherinnen um das gesamte Familiensystem und werden zu Familienbegleiterinnen. Zielgruppe sind bildungsferne, sozialschwache Familien. Schwerpunkte des Projekts liegen u. a. bei der Sprachförderung und dem Mehrgenerationenhaus. Das Programm findet Anwendung in folgenden Kitas: „Moldaustraße“, „Am Sonnenberg“, (Grünbühl/Sonnenberg), Marstallcenter (Innenstadt) und Kinderhaus Eden, Kindergarten Sonnenschein (Eglosheim).	U	laufend	Ja	FB 48	FB 48	
6.1.7	Frauenkurse für Migrantinnen	2	Die im Jahr 2007 statgefundenen Mütterkurse in Grünbühl, Innenstadt und Eglosheim waren sehr erfolgreich (ung. 100 Frauen haben daran teilgenommen. 2008 haben wir insgesamt 5 Kurse dezentral in den Stadtteilen durchgeführt. Die Mütterkurse sind auch im Jahr 2009 fester Bestandteil der Integrationsarbeit, es laufen derzeit drei Kurse.	U	laufend	ja, 5000 € ab 2009	Saliou Gueye (FB 17)	externe Fachkraft, BAMF	
6.1.8	Elternbildung	1	Auf Initiative des Integrationsbeirates wurde das Thema Elternbildung in Ludwigsburg mit einer neuen Konzeption erarbeitet. Ziel ist es, die Chancen von Kindern aus sozialbelasteten und bildungsfernen Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund zu verbessern. Dafür wurde zusätzlich zu den bereits laufenden vielfältigen Maßnahmen für die Jahre 2008 bis 2011 ein lokales Förderprogramm aufgelegt. Das Förderprogramm wird mit 30.000 Euro/Jahr ausgestattet, für das Jahr 2009 stellen wir 10.000 Euro.	U	2008 - 2011	ja	FB 48 und FB 17	Integrationsbeirat, Migrantenfaktion	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
6.1.9	Aktivierung von Eltern mit Migrationshintergrund für die Tätigkeit als Elternbeirat		Mit Unterstützung des Integrationsbeirats soll die Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund an Elterbeiräten gefördert werden. Ein erstes Kooperationsprojekt mit der Uhlandschule (Hauptschule) ist für 2009 geplant.	V	2009	nein	Saliou Gueye (FB 17) und Stefan Kunze (FB 48)	Migrantenfraktion	
	Kongress zum Thema Integration und Elternbildung	3	In Kooperation mit KiFa wird das Konzept für den Kongress erarbeitet.	V	2010	Ja	Saliou Gueye / Angelika Pfeiffer	FB 48	
B	Schule Übergänge Schule Beruf								
6.1.10	Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe	1,5	Die Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe an den weiterführenden Schulen wird ausgebaut und besser mit der Arbeit der KiTa's vernetzt.	U	2009		FB 48	AG Sprachförderung (FB 48)	
6.1.11	Interkulturelle Schulung für pädagogische Fachkräfte	2	Eine interkulturelle Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte wird angeboten.	U + V	ab 2009	ja	FB 17 / 10		
6.1.12	Paten für Integration	2	Ein Patenprogramm fördert Kinder mit Migrationshintergrund schon während der Grundschulzeit, um ihre Bildungschancen zu erhöhen. Das Angebot hat sich bestens bewährt und wird weiter ausgebaut. Seit dem 3. Quartal 2008 gibt es das Patenprogramm auch als Modellprojekt im Rahmen der Sozialen Stadt Grünbühl-Sonnenberg.	U	seit 2006	nein	FB 17	Netzwerk Integration	
6.1.13	Patenmodell	2	Verschiedene, bereits bestehende Patenmodelle, bei denen Jugendliche Unterstützung im Bereich Berufswahl und Bewerbungen erhalten, werden vernetzt.	U	laufend		extern	Caritas, Karlshöhe, Diakonie	
6.1.14	Informationen zum Berufsleben	3	Im Rahmen einer Informationsveranstaltung wird frühzeitig und umfassend über Ausbildungsmöglichkeiten informiert, Kontakte geknüpft. Weitere Veranstaltungen sind geplant.	U	seit 2007, fortlaufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	Forum Jugend und Migration - Ludwigsburger Bündnis für jugendliche Migranten/innen	
6.1.15	Unterstützung bei Berufswahl und Bewerbung	2	Über ein LOS-Projekt erhielten mehrere Hauptschulabschlussklassen die Möglichkeit einer verstärkten Unterstützung zum Thema Berufswahl und Bewerbung. Eine interkulturelle Schulung war Bestandteil des Projekts.	E	Herbst 2007	nein	Externe	Büro für Integration und Migration	
6.1.16	Kampagne für Ausbildungsplätze für Migranten	2	Eine Kampagne soll Betriebe, die von MigrantInnen geführt werden, besser über die Möglichkeiten, Ausbildungsplätze zu schaffen, informieren - um so die lokale Wirtschaft in die Integrationspolitik direkt einzubeziehen. Am 15.12.2008 fand ein Gespräch zwischen Herrn Gueye und Frau Lechner (IHK LB) diesbezüglich statt. Es wird für die nächsten 3 Jahre eine intensivere Zusammenarbeit mit ABBA angestrebt.	V/U	2009	ja	Saliou Gueye (FB 17)	ABBA (ausländische Betriebe bilden aus), Referat NSE (WiFö) und IHK	
6.1.17	Erfolgreiche MigrantInnen als Vorbild für junge MigrantInnen	1,5	Beruflich erfolgreiche MigrantInnen sollen als Multiplikatoren Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein Vorbild sein. In verschiedenen Veranstaltungen geben sie Auskunft über ihren Bildungs- und Berufsweg, um somit den Jugendlichen eine neue Perspektive zu ermöglichen. Gekoppelt wird diese Veranstaltungsreihe eventuell mit der Informationsreihe zum Thema Berufswelt. Für das Jahr 2008 wurde ein Kooperationsprojekt (Biographienreihe) umgesetzt und im Jubiläumsjahr 2009 ist eine Broschüre mit dem Titel "Erfolgreiche Integration - Ludwigsburger Biographien" erschienen. Auf die Broschüre gibt es bisweilen äußerst positive Rückmeldungen. Über eine Verteilung in Ludwigsbruger Arztpraxen soll ein großer Personenkreis erreicht werden.	U	2009	ja	Saliou Gueye (FB 17)	Frauen für Frauen e. V., Forum Jugend und Migration - Ludwigsburger Bündnis für jugendliche Migranten/innen, LKZ	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
C	Dialog der Religionen und Kulturen								
6.1.18	Integrationsbeirat als Beteiligungsplattform	1	Er hat die Aufgabe, den Gemeinderat und die Stadtverwaltung in allen Fragen, die die Migrantinnen und Migranten betreffen, durch Anregungen, Empfehlungen und Stellungnahmen zu beraten. Die Geschäftsführung des Integrationsbeirats ist Aufgabe des Büros für Integration und Migration. Im großen Wahljahr 2009 wird auch der Integrationsbeirat neu gewählt, die Organisation der Wahlen und die Einführung der neuen Integrationsbeiratsmitglieder steht in diesem Jahr im Vordergrund.	U	laufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat	
6.1.19	Planungsgruppe Dialog der Religionen	1	Die Arbeit der Arbeitsgruppe „Dialog der Religionen“ wird intensiviert, zusätzliche Veranstaltungen werden geplant, die Öffentlichkeitsarbeit verbessert. Der "Interreligiöse Kalender" wurde für das Jahr 2009 zum dritten Mal herausgebracht. Die Planungsgruppe hat neue Mitglieder zu verzeichnen, so wurde auch die Zusammenarbeit mit der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg intensiviert. Interkulturelle Veranstaltungen sollen ein fester Bestandteil des Ludwigsburger Kulturlebens werden. Der neue Flyer "Dialog der Religionen 2009" mit 13 Programmpunkten wurde herausgebracht.	U V	laufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	AG "Dialog der Religionen"	
6.1.20	Anwohnergörachskreis Solitudeallee	1	Der Anwohnergörachskreis (AWGK) sollte den Dialog der AnwohnerInnen mit der Islamischen Gemeinschaft (IGL) ermöglichen, Probleme im Umfeld des Gebetshauses ansprechen und nach gemeinsamen Lösungen suchen. Drei Görachskreise haben bereits stattgefunden, ohne großen Erfolg. Die IGL ist seit September 2008 in ihre neuen Räumlichkeiten eingezogen. Es sind weitere AWGK unter der Leitung von Pfarrer Schützler und unter Federführung der IGL geplant. Es bleibt abzuwarten, ob diese Form des Dialogs funktioniert.	U V	seit 2007 laufend	nein	Saliou Gueye + Volker Henning (FB 17), Pfarrer Schützler	AnwohnerInnen, IGL, Dr. Albert Sting	
6.1.21	Aufbau eines Migrationszentrums	3	Im Migrationszentrum (Beratungszentrum für MigrantInnen), evtl. mit zusätzlichen interkulturellen Angeboten, sollen u. a. alle migrationspezifischen Beratungsangebote in Ludwigsburg unter ein Dach gebracht und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dadurch wird ein Beitrag zur räumlichen Vernetzung der Aktivitäten im Bereich Integration geleistet. Der BSS hat am 02.07.2008 der Überlassung der Räume an das Migrationszentrum zugestimmt und gewährt einen jährlichen Mietkostenzuschuss. Seit Dezember 2008 ist das Migrationszentrum in Betrieb.	E	2008	Mietzuschuss, Raumüberlassung	Liga der freien Wohlfahrtsverbände (AWO, Caritas, Diakonie, DRK)	FB 17, Integrationsbeirat	
6.1.22	Interkulturelle Kompetenz vermitteln/nutzen	2	Die interkulturelle Qualifizierung der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung wird verbessert. Der Anteil von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung wird gesteigert. Bestandsaufnahme wird gerade durchgeführt. Erste Göräche mit FBLs und Führungskräften haben bereits stattgefunden. In naher Zukunft sollen Workshops mit MitarbeiterInnen der Verwaltung durchgeführt werden. Ein Artikel wurde diesbezüglich für die Mitarbeiterzeitung verfasst.	U	2008 / 2011	Ja	Saliou Gueye (FB 17), FB 10, FB 33	Externe Fachkraft	
6.1.23	Fest der Kulturen	2	Als Plattform zum Austausch zwischen den Kulturen. Soll weiter ausgebaut und verstetigt werden. Das Fest 2008 mit zwei neuen Elementen, Literaturnacht und einer Parade der Kulturen vom Bahnhof zum Marktplatz war ein Riesenerfolg! Im Rahmen des Stadtjubiläums 2009 war es noch attraktiver und ein weiterer großer Erfolg.	U/V	jährlich	ja	Caritas / FB 17	DRK, AWO, Diakonie, Migrantenvereine	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
6.1.24	Interkulturelle Veranstaltungen	2,5	Veranstaltungen mit Künstlern mit Migrationshintergrund werden organisiert. Die ausländischen Kulturvereine intensivieren ihre Kontakte zu Kulturveranstaltern wie der Theaterwerkstatt, der Jugendmusikschule, der Kunstschule Labyrinth usw.. Kultureinrichtungen sollen für die Kultur der MigrantInnen (z.B. SAZ - Unterricht an der Jugendmusikschule) geöffnet werden. (Der erste Afrikatag unter dem Motto "Afrika hilft Afrika" war eine erfolgreiche entwicklungspolitische Begegnungsveranstaltung) In 2009 fand der 2.Afrikatag statt, es wurde eine Zunahme der Besucher verzeichnet und die Veranstaltung erhielt positive Resonanz sowohl in der Presse, als auch durch Privatpersonen. Es konnte ein Raum der Begegnung geschaffen werden. Das Thema interkultureller Austausch stand ebenfalls bei der Veranstaltung "Digitales Geschichten erzählen" im Vordergrund. Hier wurden verschiedene Migrationsbiographien vorgestellt.	V/U	laufend		Saliou Gueye (FB 17)	ausl. Vereine, Kultureinrichtungen	
6.1.25	Ehrenamtlicher Dolmetscherdienst	2	Die ehrenamtliche Tätigkeit engagierter MigrantInnen vermittelt auf sprachlicher und kultureller Ebene. Für das Jahr 2009 ist es gelungen, dieses Projekt zu verstetigen. Durch Kostenübernahme des FB 17 und Kostenbeteiligung der Kooperationspartner konnte es finanziell abgesichert werden. Die Ehrenamtlichen ihrerseits sind gleichzeitig bereit, ihre Aufwandsentschädigung zu reduzieren.	U	laufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	AK Migrantinnen	
6.1.26	Informationsveranstaltungen	2	Vortragsreihe zum Thema „Islam“ in Kooperation mit der VHS. Der Integrationsbeauftragte war 2008 als Referent oder Gast bei folgenden Veranstaltungen oder Einrichtungen: FDP, SPD, CDU, IHK, LRA, Stadt Mannheim, Stadt Kornwestheim, Seniorenbüro, Familienbildungsstätte, Polnischer Verein, alev. Kulturverein, etc. 2009 fanden weitere Themenabende statt.	E	ff	ja	Saliou Gueye (FB 17)	Evangelische Hochschule: Frau Dr. Baur; Frau Dr. Bürkert-Engel, VHS	
6.1.27	Der interkulturelle Wegweiser	2	Der interkulturelle Wegweiser der Stadt Ludwigsburg wurde neu aufgelegt. Er informiert über verschiedene Institutionen, Migrantenvereine, Anlaufstellen und Beratungsangebote, die es in Ludwigsburg besonders im Rahmen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gibt.	E			Saliou Gueye (FB 17)		
6.1.28	Indikatorenkatalog für Integration		Um die Effektivität der lokalen Integrationspolitik und einen wirkungsvollen Ressourceneinsatz zu gewährleisten, sollen die Integrationsmaßnahmen dokumentiert, evaluiert und ggf. optimiert werden.	V	2009		Saliou Gueye (FB 17)	FB 48, FB 33, Referat NSE (Wifö), FH, LRA, ARGE	
D	Wohnen im Quartier								
6.1.29	Stadtteilaktivitäten	2	Vorhandene Stadtteilaktivitäten werden um interkulturelle Aspekte erweitert.	VU	2009		Saliou Gueye (FB 17)	Migrantenvereine, FB 41, 48, 60	
6.1.30	Wohnungsvergabe	2	Integrationsgesichtspunkte werden bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt.	U	seit 2007		Wohnungsbau Ludwigsburg	Saliou Gueye (FB 17)	
6.1.31	Vermittler zwischen den Kulturen	2	Der Integrationsbeirat wirkt bei der Lösung von Konflikten zwischen Einheimischen und Migranten als Moderator/Vermittler mit.	U	ff		Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat u. MigrantInnenfraktion	
6.1.32	Mütterkurse in Grünbühl	2	(siehe 6.1.7, Seite 1)	U	laufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	LUTEV e.V. (türkischer Elternverein)	
6.1.33	Integrationsprojekte innerhalb des Programms "Soziale Stadt"	1	Mit den Projekten der Sozialen Stadt in Eglosheim und Grünbühl hat die Stadt die Chance, in den beiden Stadtteilen schnell und zielgerichtet entsprechende Projekte zu initiieren und umzusetzen.	U	laufend	nein	Referat Nachhaltige Stadtentwicklung	Saliou Gueye (FB 17)	
6.1.34	Interkulturelles Angebot der Stadtbibliothek	2	Öffentliche Bibliotheken orientieren sich an den Bedürfnissen ihrer Kunden mit Angeboten für Sprache, Bildung, Freizeit, Beruf, etc.. Sie sprechen Menschen aus allen Altersgruppen, sozialen Schichten und Kulturen an. Wer eine der Stadtteilbibliotheken oder die Stadtbibliothek in der Innenstadt besucht, kann sehen: MigrantInnen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gehören mit einem relativ hohen Anteil zur Stammkundschaft.	U	laufend		FB 48/StB	Saliou Gueye (FB 17)	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
6.1.35	Förderung von Aktivitäten der Migrantenvereine		Es liegt im gesellschaftlichen und im öffentlichen Interesse, dass in Ludwigsburg mehr Möglichkeiten der Begegnung und des Kennenlernens zwischen der ausländischen und deutschen Bevölkerung geschaffen werden. Hierbei übernehmen die Migrantenvereine eine Schlüsselrolle und werden deshalb von der Stadt gefördert. Im Februar 2009 ist ein Workshop zum Thema "Migrantenselbstorganisation" und eine Infoveranstaltung zu den Integrationsbeirats-Wahlen geplant. Zu diesen beiden Veranstaltungen werden alle Migrantenvereine eingeladen.	U	laufend	Ja	Saliou Gueye (FB 17)	Migrantenvereine	
6.1.36	Integration durch Sport	1,5	In Kooperation mit dem Stadtverband für Sport sollen ab 2009 Maßnahmen der Integration durch Sport realisiert werden. Bereits im Jahr 2008 wurde eine Kinderfreizeit des SKV Eglosheim unterstützt, die es insbesondere Kindern mit Migrationshintergrund ermöglichen sollte, Kontakte zu anderen Kindern im Gemeinwesen aufzubauen. Erste Gespräche mit dem Vorsitzenden des TSV Grünbühl, Herrn Kriegisch, und dem Integrationsbeirat haben bereits stattgefunden. Interkulturelle Schulungen für die Trainer und ein Verbundprojekt mit Sportverband Ludwigsburg, TSV Grünbühl, TV Pflugfelden und der Stadt Ludwigsburg	V	2009	Nein	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat, Stadtverband für Sport	
E	Öffentlichkeitsarbeit								
6.1.37	Internetportal Integration	2	Die Internetpräsentation des Integrationsbeirats bzw. des Themas Integration und Migration bei der Stadtverwaltung wurde verbessert.	U	seit Juli 2007-laufend	nein	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat	
6.1.38	Interkultureller Veranstaltungskalender	3	Es wird ein gemeinsamer Veranstaltungskalender entwickelt, Vereine zur Teilnahme aufgerufen, zuständige Stellen und Ansprechpartner benannt.	V	2009	nein	Saliou Gueye (FB 17)		
6.1.39	Publikationen	3	Ein Falblatt Integrationsbeirat wurde erstellt. Zusätzlich wurden die Flyer „Kindergarten macht fit für die Schule“, Jahresprogramm „Dialog der Religionen“ und ISI erstellt. Die 2. Auflage des interkulturellen Wegweisers ist erschienen. Verschiedene Projekte erschienen in der Öffentlichkeit mit Publikationen, z. B. die "Kochbroschüre" des Ehrenamtlichen Dolmetscherdienstes. Die Broschüre "Erfolgreiche Miganten/innen" wurde im Jahr 2009 veröffentlicht, desweiteren ist im Jahr 2009 ein Informationsflyer des Ehrenamtlichen Dolmetscherdienstes	U	laufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat	
6.1.40	Pressearbeit	1	Eine professionelle und interkulturell orientierte Pressearbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Integrationsarbeit. Deshalb wird der unmittelbare Kontakt zur Presse und zu den Medien gepflegt.	U	laufend	nein	FB 17	Büro OBM	
F	Integrationsdialog								
6.1.41	Integrationsdialog	1	Die Stadt Ludwigsburg sieht eine dringende Notwendigkeit darin, dem Thema Integration eine Diskussionsplattform zu bieten. Mit einer vielfältigen Veranstaltungsreihe soll das Verständnis zum Thema Integration zwischen den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt gefördert werden. Gespräche und Diskussionen über kulturelle, politische oder religiöse Belange und andere Veranstaltungen stehen stets im Zeichen des Abbaus von Barrieren und begünstigen somit die Vertrauensbildung. Eine AG wurde diesbezüglich im IB gegründet. Seither fanden erste Expertengespräche statt und im Austausch wurde beschlossen, sich von der Begrifflichkeit Integration zu lösen und nun den Diversity-Aspekten mehr Raum zum geben. Im Oktober 2009 wird eine Auftaktveranstaltung eine Diskussionsreihe zum Thema in Ludwigsburg einleiten.	V	2009	nein	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat, Migrantenfraktion	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio- rität 1-3	Arbeitsstand In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
Strategisches Ziel 6.2 Internationale sowie interkulturelle Bildungs- und Betreuungsangebote stehen bereit.									
6.2.1			siehe Untertitel A und B						
Strategisches Ziel 6.3 Es sind dezentral Stätten der Begegnung und des Miteinanderlebens von Generationen und Nationen eingerichtet, wie Mehrgenerationenhäuser oder Kinder- und Familienzentren.									
			siehe Maßnahme 6.1.19						
Strategisches Ziel 6.4 Sozial Benachteiligte werden gefördert.									
			Wird in allen Kapiteln punktuell umgesetzt.						
Strategisches Ziel 6.5 Das Ehrenamt für Migranten und von Migranten wird systematisch gefördert. Dabei wird ihre besondere Lebenslage berücksichtigt.									
			siehe Kapitel B (6.1.12, 6.1.13, 6.1.15)						
Strategisches Ziel 6.6 Das Netzwerk Integration / Ludwigsburg - Partner der Welt ist installiert und funktioniert.									
			Ein Netzwerk Integration besteht bereits und soll ausgebaut werden.						
Strategisches Ziel 6.7 Begegnung zwischen Migranten und Deutschen werden gefördert. Besondere Möglichkeiten und Angebote für Senioreninnen und Senioren sind geschaffen.									
			Wird teilweise unter Kapitel C erfüllt.						
Strategisches Ziel 6.8 Interkulturelle Angebote machen es leichter, voneinander zu lernen und stärken die Gemeinsamkeiten in einer vielfältigen Bürgerschaft.									
			siehe Kapitel C						



7 Grün in der Stadt

Stand Juli 2009

Leitsatz Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg
Das durchgängige Grün in der Stadt verbindet Ludwigsburg mit dem Neckar, der grünen Nachbarschaft und der Region. Es bietet Aufenthalts- und Lebensqualität und wertet das Stadtklima auf.

7 Masterplan Grün in der Stadt Prozessverantwortlich Gerhard Kohler (FB 67)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Stat- us	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
Strategisches Ziel 7.1 Der Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan und Grünleitplan ist das zentrale Element für die „Grüne Zukunft“ Ludwigsburgs. Dieses wird ergänzt durch einen Spielplatz-									
7.1.1	Grünleitplan	1	Vorstellung des überarbeiteten Entwurfs im Umweltbeirat , 08.04.2009. Abstimmung mit Landwirtschaft und Umweltverbände Herbst 2009 , Vorstellung in den Gremien Anfang 2010, Arbeitsstand Ludwigsburger Neckar, siehe 7.3.3	U	1. Quartal 2010	2.6110.9500.000 - 0007	Schilling (67)	Schlecht(67)	Ökokonto
7.1.2	Spielplatz-Entwicklungsplan	3	Überarbeitung von bestehendem Plan von 1985	V	Ende 2010	2.5800.9540.000 -0002	Schilling (67)	Grieshaber, Reyser (67); FB 48, extern	Themenfeld 1 , Attraktives Wohnen, Ziel 3
7.1.3									
Strategisches Ziel 7.2 Die Verwaltung fördert und stärkt das bürgerschaftliche Engagement. Das „Grüne Forum“ bündelt bürgerschaftliches Interesse und Engagement für Natur und Umwelt.									
7.2.1	Förderung bürgerschaftliches Engagement	1	Vereinbarung von neuen Patenschaften wird angestrebt. Die Entwicklung der Patenschaften soll über den Indikator 7-2 Nr.1 "Anzahl der Patenschaften" verdeutlicht werden. Patenschaften für Grünflächen: 48 (Zunahme im Grünzug Pflugfelden von 24 auf 40 Patenschaften), für Bäume: 11, für Kinderspielplätze: 5. Im Rahmen der Teilnahme am Bundeswettbewerb "Unsere Stadt blüht auf - Entente Florale" wurden am 03.05.2009 alle Paten zur Pflanzung eines Patenschaftsbaumes auf der Bärenwiese eingeladen und dadurch deren Engagement anerkannt und geehrt.	U			Schilling (67)	Grieshaber (67)	Masterplan Bürgerschaftliche Projekte
7.2.2	Forum Grün	2	Unterstützung von FB 67 zugesagt, bisher von grünem Forum noch nicht in Anspruch genommen worden.	R			Schilling (67)		Masterplan Bürgerschaftliche Projekte
7.2.3	B 27 wird zur Allee	3	Bisher mehrere Informationsgespräche mit der Projektgruppe. Vorschläge der Projektgruppe wurden vorgestellt. Weitere Behandlung des Themas ist in Verknüpfung mit dem Themenfeld Mobilität zu sehen.	R	langfristig		Schilling (67)	Wenger (67)	Verkehrsentwicklungsplan, Alleenrahmenplan, Themenfeld Mobilität
Strategisches Ziel 7.3 Es gibt mehr „Grün in der Stadt“. Die bestehenden Grünflächen werden erhalten, ausgeweitet, aufgewertet und vernetzt. „Weiße“ Flächen werden zeitweise genutzt. Haus-, Dach-,									
7.3.1	Alleenrahmenplan	2	Kurzfassung ist fertiggestellt und wurde im Nov. 2008 im BTU vorgestellt. Langfassung wird bis Herbst 2009 überarbeitet.	U	4. Quartal 2009	2.6300.9540.000-0002	Schilling (67)	Wenger (67)	
7.3.1.1	Königsallee		Sanierung Baumbestand, Straßenraum, Leitungen Abschnitt Friedrichstraße- Robert- Franck- Allee.	E	Fertigstellung Herbst 2008	2.6300.9540.000-0005	Wenger (67)		
7.3.1.2	Grüne Bettlade	2	Sanierung Grüne Bettlade als herausragendes Denkmal der Kartenkunst des Barock u. Rokoko mit den Funktionen hochwertige Aufenthaltsfläche und Campus evangelische Fachhochschule. Zukünftige Verkehrsführung über Paulusweg und nordwestliche Ecke Grüne Bettlade mit dem Ziel einer verkehrsfreien Aufenthaltsfläche im Zentrum der Grünen Bettlade.	V	mittelfristig	2.6300.9540.000-0002	Schilling (67)	Wenger (67)	
7.3.2	Historische Gärten								
7.3.2.1	Sanierung Ratskellergarten		Herstellung des Durchgangs von der Fußgängerzone Seestraße zum Rathaushof durch den Ratskellergarten.	E	2. Quartal 2009	2.8420.9540-000	Wenger (67)		
7.3.2.1	Sanierung Ratskellergarten	1	Sanierung des denkmalgeschützten Ratskellergartens als innerstädtische Grünfläche und Biergarten	R	mittelfristig	2.8420.9540-000	Schilling (67)	Wenger (67)	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
7.3.3	Grünzug Ludwigsburger Neckar								
7.3.3.1	Neckarseitenarm Zugwiesen	1	Sachstandbericht BTU 13.12.2007, Planfeststellungsbeschluss Juni 2008, die Aufhebung des Wasserschutzgebietes ist beantragt. Auf Grund von Uferunterhaltungsmaßnahmen des WSA im Projektgebiet mit großflächigem Dammbau ist eine Planänderung notwendig. Dadurch verzögern sich die Ausführungsplanungen und der Baubeginn. Baubeschluss Juli 2009, Grundsteinlegung für Beobachtungsplattform Juli 2009, symbolischer Baggerbiss Sept. 09, Baubeginn Ende 2009/Anfang 2010.	U	Fertigstellung 2011		Schilling (67)	Schlecht (67)	
7.3.3.2	Anlage von Still- und Laichgewässer Uferwiesen Hoheneck	1	Bauarbeiten laufen seit Feb. 2009, Fertigstellung der Baumaßnahme mit den Pflanzarbeiten im Herbst 2009.	U	Fertigstellung 2009	2.6110.9550.000-0002	Wenger (67)	Schlecht (67)	
7.3.3.3	Grünanlage Hungerberg		Die Grünanlage Hungerberg wurde im April 2007 fertiggestellt.	E			Schilling (67)	Wenger (67)	
7.3.3.3	Grünanlage Hungerberg	1	Für die Grünanlage Hungerberg sind Patenschaften zur Biotop und Spielplatzpflege mit der Grundschule Hoheneck vorgesehen.	V	2009		Schilling (67)	Wenger (67)	
7.3.4	Baumpflanzungen im Stadtgebiet	1	Im Frühjahr 2009 wurden 220 Bäume gepflanzt (hauptsächlich Nachpflanzungen abgestorbener Bäume).	U/V			Grieshaber (67)		Luftreinhalteplan
7.3.5	Teilnahme am Bundeswettbewerb "Unsere Stadt blüht auf"	1	Teilnahme läuft. Bereisung der Stadt durch die Bewertungskommission am 06.07.09	U	2009	2.5800.9540.000-0004 u. Verw. HH FB 67	Schilling (67)	Wenger (67)	SEK, Stadtjubiläum 2009
7.3.6	Landschaftspflegeprogramm Streuobstgebiet Hörnle/Hoheneck	1	Verbuschte Streuobstwiesen in Hanglage im Landschaftsschutzgebiet, überwiegend in Privatbesitz, sollen durch die Zusammenarbeit von Privatleuten, Stadt und Umweltverbänden wieder hergestellt und dauerhaft unterhalten werden. Eigentümer und Bewirtschafter wurden angeschrieben. Erste Pflegeaktion Ende Februar 08 und Sommer 08 (Sommerschnittkurs mit Fachwarten des Kreises) sind erfolgt. Pachtvereinbarungen mit Eigentümern von verbuschten Grundstücken wurden abgeschlossen und weitere Flächen im Winter 2009 entbuscht.	U	fortlaufende Maßnahme		Schilling (67)	Schlecht (67)	
7.3.7	Ackerwildkrautprojekt	1	Stillgelegte und aus der Produktion genommene Äcker in Hoheneck wurden in Zusammenarbeit mit Landwirten mit Ackerwildkräutern angesät. Die Flächen werden optisch durch bunte Blühaspekte das Landschaftsbild auf und sichern gleichzeitig eine ökologisch wertvolle Ackerwildkrautflora. Im Rahmen der Grünen Nachbarschaft wurde das Projekt den Nachbarkommunen vorgestellt und an sämtliche landwirtschaftliche Obmänner in der Grünen Nachbarschaft Informationen verschickt, um somit das Projekt auf weitere Gebiete auszudehnen. Zusätzliche Flächen wurden von Landwirt aus Poppenweiler in Aussicht gestellt.	U	fortlaufende Maßnahme		Schlecht (67)	Heusel-Voraus (Geschäftsstelle Grüne Nachbarschaft)	
7.3.8	Gewässerentwicklung Eglosheim, Optimierung der Quellzuflüsse Monrepos	2	Auf der Grundlage des bereits für Eglosheim erstellten Gewässerentwicklungsplans soll gutachtlich geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen, Quellen als natürliche Zuflüsse für den Monreposee zu aktivieren bzw. zu optimieren. Bereits umgesetzt wird die von der Stadt unterstützte Belüftung des Sees sowie die von der Stadt finanzierte Sanierung der Altschneidung.	P, U	langfristig		Schilling (67)	Schlecht (67)	
7.3.9	Broschüre Ludwigsburg "natürlich"	2	Unter diesem Titel werden zu bedeutenden "Grünprojekten" Broschüren erstellt, um die durchgeführten Maßnahmen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Veröffentlicht sind bisher zum Ackerwildkrautprojekt das Heft "Wiedersehen mit alten Freunden" und zur Grünanlage Hungerberg das Heft "Das grüne Wunder vom Hungerberg". Vorgesehen sind weitere Ausgaben zu den Projekten Streuobstgebiet Hörnle, Grünzug Ludwigsburger Neckar sowie Grünleitplan	U			Schilling (67)	Schlecht (67) Wenger (67) Heusel-Voraus (67)	
7.3.10	Umgestaltung Synagogenplatz	2	Umgestaltung des Synagogenplatzes zu einem begrünten, innerstädtischen Platz mit hoher Aufenthaltsqualität und deutlich ablesbarer geschichtlicher Bedeutung.	V	mittelfristig		(61), Schilling(67)	Wenger (67)	

7

Masterplan Masterplan G r ü n in der Stadt
 Prozessverantwortlich Gerhard Kohler (FB 67)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	------------------	--	--------	----------	----------	------------------------------------	-------------------------------	---

Strategisches Ziel 7.4 Offene, begrünte Innenhöfe beleben die Innenstadt.									
7.4.1	Versteckte Oasen in der Stadt - Ludwigsburger Innenhöfe	2	Öffnung der Innenhöfe zur Erweiterung der Grünräume in der Stadt	V	mittelfristig		67 60/61		
7.4.2	Akademiehof	1	Auf der Oberfläche der neuen Akademiegarage sollen Verbindungswege für die Fußgänger vom Rathausplatz zum Forum und zwischen Film- und Theaterakademie angelegt werden. Ebenso soll auf dem Platz eine urbane Aufenthaltsqualität geschaffen werden. Daneben kann der Platz auch für Außenvorstellungen der Theaterakademie genutzt werden. Die Fertigstellung ist für Oktober 2009 vorgesehen.	U	Herbst 2009		Leban (PAG)	61/67	



8 Mobilität

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg
Leitsatz In Ludwigsburg wird die Mobilität der Bürgerschaft umwelt- und sozialverträglich sichergestellt. Gezielte Baumaßnahmen und bessere Information helfen, die Verkehrsanlagen wirtschaftlich zu nutzen, die Kooperation der Verkehrsträger zu stärken und die Verkehrsströme stadtverträglich zu lenken.

8 Masterplan Gesamtverkehrsplan (GVP) / Mobilitätskonzept für Ludwigsburg
 Verantwortlich Julius Mihm (FB 61)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	--------	----------	----------	---------------------------------	----------------------------	--

Strategisches Ziel 8.1 Zentrum und Stadtteile sind gut erreichbar. Dabei wird der Nachteil der Stadtstruktur – die Verkehrsachsen verlaufen von Nord nach Süd, Siedlungsschwerpunkt aber von Ost nach West –

8.1.1	Projekt Verkehrsentslastung Eglosheim	1	<p>Untersuchungen haben gezeigt, dass ein 4-spuriger Tunnel unter der Frankfurter Straße Eglosheim zwar wirksam vom Autoverkehr entlasten kann, jedoch ca. 100 Mio. € kosten dürfte. Hierzu hat die Stadt alle verkehrswirksamen Alternativen untersucht, die in einer Matrix gegenüber gestellt und bewertet wurden.</p> <p>Die Realisierbarkeit des Autobahnanschlusses "Ludwigsburg Mitte", als Alternative zum Tunnel Frankfurter Straße (T4B2) wird mit Nachdruck weiter ermittelt. Dazu sind in 2007 Gespräche mit dem Land, RP, VRS, den IKARUS-Kommunen Freiberg, Bietigheim-Bissingen, Tamm, Asperg, Markgröningen und Möglingen sowie mit Vertretern der Fraktionen von Asperg und LB erfolgt. Das Verkehrsmodell der Region Stuttgart, von Dr.Vallée dem BTU vorgestellt, bestätigt die Wirksamkeit der Variante A10B4. Eine Machbarkeitsuntersuchung des Ingenieurbüros Rauschmaier weist eine mögliche Umsetzung nach.</p> <p>Der BTU beauftragte am 16.Mai 07 die Verwaltung die Gespräche mit Bund und Land intensiv weiter zu führen, um die Realisierungsmöglichkeit der Trassenvariante A10B4 festzustellen. Staatssekretär Köberle (IM) sowie MP Öttinger signalisieren eine positive Begleitung des Projektes "Anschluss LB-Mitte". Gemeinsames Ziel ist es, die Planung für eine Aufnahme in den nächsten Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015 weiterzuführen.</p> <p>Nächste Schritte: Gespräch DI, DIII, und beteiligte FB mit Vertretern der Landes- und Bundesstraßenbauverwaltung (BMVBS) am 20.2.08 erfolgt mit dem Ziel, die gesamte Maßnahme "Umfahrung Eglosheim" als Bundesfernstraßen-Maßnahme in den nächsten Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen. Präsentation und Erörterung bei Staatssekretärin Roth in Berlin am 6.6.2008 durch OBM mit MdL Schmiedel und Referatsleiter F 22 BMVBS. Weitere Gespräche auf Arbeitsebene mit dem RP Stuttgart laufen, insbesondere über die Auswirkungen auf den regionalen Verkehr.</p> <p>Zur Unterstützung der politischen und fachlichen Diskussion wurde eine Zusammenfassung des Planungsprozesses in einer Broschüre dem GR vorgelegt (IV 2008).</p>	U	Ergebnisse Machbarkeit und Kosten liegen vor. Realisierungschancen 2007 geklärt. Informationskampagne 2008 (Anschauliche Zusammenfassung der Ergebnisse) Vorbereitung für BVWP 2015		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	Extern: Varianten zur Entlastung Eglosheim Anträge 566/07, 596/07 und 598/07, Lärmschutz BAB Antrag 276/08. Die ursprünglich Tunnelrücklage wurde in eine Mobilitätsrücklage umbenannt, aus der auch andere Straßenbau- oder Mobilitätsprojekte finanziert werden können. Vorlage 532/06, 580/06, 667/06, 503/07	
8.1.2	Masterplan Straßenneubauprojekte - Südrandspange - Eisenbahnstraße - Westrandstraße - Strombergstraße - Ostrandspange	3	<p>Auf der Ebene der Gesamtstadt müssen alle Straßenbau-Neubauprojekte auf Verkehrswirksamkeit untersucht und bewertet werden. Sinnvolle Projekte müssen in einem Zusammenhang mit den gesamtstädtischen Finanzen gestellt werden. Über eine Priorisierung soll ein "Masterplan Straßenneubauprojekte" entwickelt werden. Erste Untersuchungsergebnisse liegen vor. Gesamtbewertung erst möglich, wenn entschieden ist, welche Variante für die Entlastung Eglosheim weiterverfolgt werden soll.</p>	V	Weiterbearbeitung 2009ff		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	Extern: Alle Nachbarkommunen (IKARUS), RP, Land und Bund. Intern: 61, 67, SEK	Finanzierbarkeit vorerst ungeklärt, Konkurrenz zu anderen wichtigen Investitionsprojekten wie Bildung und Betreuung

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
8.1.3	Projekt Machbarkeit Stadtbahn prüfen	1	Region und Landkreis haben mit Beteiligung der betroffenen Gemeinden die notwendige Machbarkeitsstudie im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung beim Büro Switch Consult in Auftrag gegeben. Über die zusätzlichen Planungskosten zur Klärung der Machbarkeit der von den Grünen beantragten Stadtbahnlinie nach Ludwigsburg-Nord (Vorl. 550/05) wurde noch nicht beraten. Die öffentliche Vorstellung der Studie beim Landkreis erfolgte 9.06.2008. Beratung in LB BTU 3.07.2008 und GR am 23.7.2008.	V	Gesamtergebnis liegt vor: Ergänzende Studien notwendig. 2010		Landkreis Ludwigsburg und Helmut-Mario Reiter (FB 61)	Extern: Verband Region Stuttgart; Gemeinden Markgröningen, Möglingen, Remseck Intern: 61, 67, ÖPNV	Verkehrsverlagerung Bus / Straße - Schiene, Konkurrenz LB-Nord - Innenstadt; Vorlage 325/08
8.1.4	Projekt Busnetzoptimierungen prüfen (Teilmasterplan ÖPNV)	2	Technische Machbarkeit, Kosten und erkennbare Auswirkungen von Vorschlägen werden zur Zeit von Verwaltung und Busunternehmen geklärt: - Neuer Wartehaustyp wird schon aufgestellt. Vereinbarung mit Werbeunternehmen für ein Austauschprogramm in Arbeit. - Kostenübernahme Taktverdichtung auf der Buslinie 424 (ZOB - LB-Nord) gescheitert. Inzwischen nur Sicherung der Buslinie. - Taktverdichtung auf der Buslinie 533 (Markgröningen - LB - Pattonville - RE) realisiert. - Gesamtoptimierung Busnetz (u.a. Busbeschleunigung über Betriebsleitsystem)	U	Beratung in den Gremien erfolgt.		Planung: Helmut-Mario Reiter (FB 61); Thomas Albecht (ÖPNV); Bau: FB 67	Extern: Landkreis, VVS, RBS, LVL	Verkehrsverlagerung Bus / Straße - Schiene, Konkurrenz LB-Nord - Innenstadt
8.1.5	Projekt Fußgänger- und Radfahretnetze ergänzen (Teilmasterplan Radverkehr)	1	Der Entwurf eines Maßnahmenplans zur Förderung des Radverkehrs auf Basis des beschlossenen Radwegezielnetzes wurde beschlossen. Der Maßnahmenplan beinhaltet folgende Teile: Teil A: Radnetzlücken schließen Teil B: Örtliche Verbesserungsmaßnahmen und Mängelbeseitigung Teil C: Beschilderung und Leitsysteme Teil D: Abstellanlagen Teil E: Marketingmaßnahmen Aus diesem Maßnahmenplan wurde eine Prioritätenliste der einzelnen Maßnahmen und Teilkonzepte, die seit 2007 konsequent umgesetzt werden, als verwaltungsinterne, jährlich fortzuschreibende Prüf- und Arbeitsliste beschlossen. Diese Maßnahmen werden schrittweise im Rahmen von BTU-Beschlüssen und laufendem Geschäft umgesetzt. Für das Fußwegezielnetz soll ebenfalls ein Maßnahmenplan, besonders im Hinblick auf eine barrierefreie Stadtgestaltung erarbeitet werden. Wegweisung z.Zt. über Tourismusprogramm (Zuschuß 180.000,- €) in Umsetzung. Radparkhaus Westportal in Ausführungsplanung. Verhandlungen mit potentiellm Betreiber laufen.	U	Wegweisung und bauliche Umsetzung Radnetzschlüsse laufend	180.000,-	Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	Extern: ADFC, VCD, Selbstbestimmt Mobil, Stadtseniorenrat Intern: 61, 67, 32	Anfrage/Antwort 183/08; Solitudeallee Antrag 646/02; Vorlage 250/03, 669/06, 702/06, 631/07
8.1.6	Programm "Über-Stock-und-Stein" (Überprüfung der Radachsen und Hauptradwege hinsichtlich baulicher Qualität)	1	Die bauliche Qualität (Oberflächenbelag, Bordsteine, Übergänge, Führung) der Radachsen und Hauptradwege soll vor Ort aufgenommen und Mängel festgestellt werden. Zur Behebung der Mängel liegt eine fortzuschreibende Maßnahmenliste vor; die zeitliche Umsetzung muss festgelegt werden (siehe 8.1.5). Projektgruppe Radverkehr und Radverkehrsbeauftragte dazu eingesetzt. Zwei Radtouren (süd- und nordwestliche Stadt) mit BM Schmid im März und Juli 2009 durchgeführt. Sofortmaßnahmen bereits umgesetzt.	V	Ab 2007	Haushaltsstelle Radwege	Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	32 Jutta Kernstock (ÖPNV, Radverkehrsbeauftragte) Gerhard Ressler (FB 61) Oskar Frühwirth (FB 67) Fahrrad-Initiative Vorsitzender Andreas Stier	
8.1.7	Kreisverkehrsprogramm	2	Das Kreisverkehrsprogramm mit Prioritätenliste hat der BTU am 18.02.2009 beschlossen.	U	Ab 2009 laufend		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	61, 67, 32	Vorlage 566/08

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						

Strategisches Ziel 8.2 Fußgänger erleben die Stadt neu, weil Brüche zwischen touristischen Zielen, attraktiven Zonen und der Innenstadt gemildert oder beseitigt sind. Zäsuren wie auf der Bundesstraße 27

8.2.1	Machbarkeitsuntersuchungen: 1. Tieferlegung der B27 zwischen Schloss und Innenstadt und Schloss und Favoritepark	2	Vom Büro BS-Ingenieure wurde zum "Schlostunnel" verschiedene Dimensionierungen und Führung der Tunnelröhren aufgezeichnet und bewertet. Dabei wurde als weitestgehendes Konzept erarbeitet, zwischen Schloss und Stadt nur noch den örtlichen Erschließungsverkehr abwickeln zu müssen. Im BTU im Juli 2007 nicht-öffentlich vorgestellt. Unterlagen wurden den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Eine politische Diskussion hat noch nicht stattgefunden. Die Anregungen der Bürgergruppe "B27 wird zur Allee" wurde verwaltungsintern geprüft. Anschließend fand ein Gespräch mit der Bürgergruppe bei DIII statt, bei dem auch die Einschätzung der Stadtverwaltung eingeflossen ist. Thema fließt in Masterplan Straßenneubauprojekte (siehe 8.1.2) und in den STEP Innenstadt ein. Vorstellung des Projektes erfolgte im Rahmen der Berichterstattung zum Stand "BAB-Anschluss LB-Mitte" und "Nord-Ost-Ring" am 27.2.2008 im Gemeinderat. Das Projekt wurde für das GVFG-Programm vorangemeldet, die Zuschussfähigkeit angefragt. Das "Städtebauliche Leitbild" zur Oberflächengestaltung von Herrn Professor Möhrle liegt vor. Zur Vorbereitung der Umsetzung der Gesamtmaßnahme soll die Oberflächenplanung als Landesgartenschauplanung weiterentwickelt werden.	U	Ergebnisse liegen vor		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	Extern: Bürgergruppe "B27 wird zur Allee", Land BW Intern: Blüba	Vorlage 667/06, STEP Innenstadt
	2. Waiblinger Str. (Ostrandspange)	3	Die Wirksamkeit einer Ostrandspange zur Entlastung der Friedrichstraße konnte nachgewiesen werden. Die Waiblinger Str. ist zur Erschließung der ehem. Flakkaserne nicht notwendig, bündelt aber den Ziel- und Quellverkehr der östlichen Stadtgebiete erheblich und entlastet die Ortsdurchfahrt Oßweil. Die Waiblinger Str. zwischen Friedrich- und Schorndorfer Straße wird im FNP gesichert; über ihren Bau nach der Bebauung der ehem. Flakkaserne entschieden. Weitere Entscheidungen über die bisher geplante Ostumfahrung Oßweil und eine Verlängerung der Waiblinger Str. als Ostrandspange sollen auf Ebene des FNP erfolgen.	R	2008		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)		Vorlagen 121/05, 244/05, 670/06
	3. Eglosheim	1	Kreisverkehr Comburg Straße/Schorndorfer Straße siehe 8.1.1	P					

Strategisches Ziel 8.3 Die wichtigsten Knoten unterschiedlicher Verkehrsträger im Stadtraum sind optimal erschlossen und funktional optimiert. Bahnhof und Haltestelle Favoritepark sind in ihrer Funktion

8.3.1	Neukonzeption ZOB und Westportal	1	Mit der neuen Arena bekommt auch das Westportal des Bahnhofs den notwendigen Entwicklungsimpuls. Die Fußgängertunnelverlängerung ist gebaut. Damit ist auch der Startschuss für die Inbetriebnahme der neuen Bus-Haltestellen in der Pflugfelder Str. für Herbst 2009 vorgesehen. Fahrrad-Parkraum vom GR beschlossen.	U	Inbetriebnahme Westportal Herbst 2009		Helmut-Mario Reiter (FB 61), Gerhard Kohler (FB67)	Extern: Landkreis, VVS, RBS, LVL, DB AG Intern: 67, ÖPNV	Bahnhof LB Antrag 481/07
-------	----------------------------------	---	--	---	---	--	--	--	--------------------------

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
		3	Mit der Neukonzeption des ZOB besteht im Zusammenhang mit dem neuen Westportal des Bahnhofes die Chance, das Busnetz hinsichtlich durchgängig kürzerer Reisezeiten für alle Ziele grundsätzlich neu zu konzipieren. Die Neukonzeption ZOB stellt sich als umfangreichere Aufgabe dar als ursprünglich angenommen. Der behindertengerechte Ausbau bedingt einen kompletten Umbau der Warteeiseln und der Fußgängerbereiche. Eine Untersuchung des Büros KMB hat ergeben, dass vor allem zur Topographie grundsätzliche neue Überlegungen angestellt werden müssen. Damit zeichnet sich die Aufgabe auch einer baulichen Neukonzeption des ZOB ab. Denkbar ist, diese Aufgabe an ein geeignetes Büro zu vergeben ggfs. sogar als Mehrfachbeauftragung. Die Vorarbeiten zur Optimierung des Busnetzes müssen dazu erst abgeschlossen werden.	V	2009				
8.3.2	Neugestaltung Umsteigepunkt S-Bahn Haltestelle Favoritepark	3	Zur Akzeptanz von ÖPNV gehört auch eine ansprechende Gestaltung der Haltepunkte. Der S-Bahn-Haltepunkt Favoritepark zeigt diesbezüglich Mängel. Deshalb soll dieser Bereich planerisch untersucht und konkrete Mängel aufgelistet werden. Daraus soll ein Handlungskonzept erstellt werden.	R	Nach Umsetzung Westportal Beginn der Untersuchung		Julius Mihm, Sabine Schröder (FB 61)	Bahn; Region, Land	STEP Eglosheim
Strategisches Ziel 8.4 Die Innenstadt ist verkehrlich klar und nachvollziehbar geordnet. Funktion der Straßenräume (Verbindung, Erschließung, Aufenthalt), Orientierung im Stadtraum und Erreichbarkeit									
8.4.1	Erreichbarkeit der Innenstadt	3	Vorschläge des Büro Hupfer-Ingenieure wurden öffentlich vorgestellt. Im Rahmen von Werkstattgesprächen wurde mit den Innenstadt-Akteuren das Gesamtbild der Innenstadt geklärt, dieses sollte in einer Rahmenplanfortschreibung gesichert werden. Die Schillerstraße wurde im Zweirichtungsverkehr als Grundlage der weiteren Entwurfsplanung beschlossen. In einem Gesamtkonzept mit der Mathildenstraße wurden auch die Erschließungsfragen des Akademiehofes geklärt. Für die Myliusstraße ist eine Einbahnstraßen- und Parkraumkonzeption mit Optimierung Bahnhofsumfeld erarbeitet worden. Planungen Arsenalplatz werden vorläufig auch nach Inbetriebnahme Wilhelmgalerie weiter zurückgestellt (auch Linksabbieger Wilhelm-/Körnerstr.). Für den Schillerplatz wurde im Rahmen einer Mehrfachbeauftragung der Erweiterungswunsch der KSK städtebaulich in Varianten überprüft zur Zeit ergreift die Verwaltung die Initiative zur weiteren Entwicklung der KSK und des Schillerplatzes. Am 29. Mai 2008 hat der BTU folgendes beschlossen: Schillerplatz: Busverkehr wird diagonal über den Platz geführt, der Individualverkehr um den Platz herum. Schillerstraße: Funktionstrennung und Einrichtung von beidseitigen Schutzstreifen für Radfahrer Myliusstraße: Versuchsweiser Rückbau Parkierung Ostseite und Einrichtung einer "unechten" Einbahnstraße, außer für den Busverkehr, inzwischen eingerichtet.	U	2009ff		Julius Mihm, Gerhard Ressler (FB 61), Herbert Wieland (FB 67)	Innenstadt-Akteure auch Schulvertreter	Arsenalplatz Anträge 079/06 und 575/06; Vorlagen 547/06, 668/06, 191/08
8.4.2	Fortschreibung Masterplan Innenstadt	3	Die Planungen für Kreisverkehre Sternkreuzung, Wilhelm-/Umlandstr. sowie Schiller-/Umlandstr. sind abgeschlossen. Das Ergebnis ist ebenfalls in Vorlage 191/08 (siehe 8.4.1) dargestellt. Die weitere Planungen wurden zurückgestellt. Studien für ebenerdige und unterirdische Querung der östlichen Sternkreuzung liegen vor.	R	Laufende Umsetzung		Angelika Boos, Gerhard Ressler (FB 61)	61, 67, 32, 89	Steht im engen Zusammenhang mit dem Stadtteilentwicklungsplan Innenstadt (siehe Masterplan Kapitel 1: attraktives Wohnen Vorlage 191/08)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
Strategisches Ziel 8.5 Innovationen bei der Steuerung von Mobilität bündeln und mindern Verkehrsströme. Die Stadt ist vom Durchgangsverkehr entlastet – neben einzelnen Entlastungsstraßen auch									
8.5.1	Mobilitätsmanagement für Betriebe	1	<p>Die Überlastung von Verkehrsanlagen zu den täglichen Spitzenstunden wird vom Berufsverkehr verursacht. Mit dem Mobilitätsmanagement für Betriebe lässt sich die homogene Verhaltensgruppe des Berufsverkehrs durch nachfragegerechte Angebote, die ihre Mobilitätsbedürfnisse gezielt erfasst, beeinflussen. Zugleich kann ein Beitrag zur Entlastung der Umwelt geleistet werden. Am 26. März 2007 fand eine erste Informationsveranstaltung zu diesem Thema statt, zu welcher IHK und Stadt gemeinsam eingeladen hatten. Anlässlich der problematischen Parkierungssituation wurde im Gewerbegebiet Au in 2007 als Pilotprojekt das Mobilitätsmanagement für Betriebe eingeführt. (Befragung der Mitarbeiter der Firmen Heidelberg Postpress und Jetter zum Thema Mobilität).</p> <p>Die Ergebnisse dienen als Entscheidungsgrundlage für die nächsten Arbeitsschritte: Neben Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs haben beide Unternehmen im Herbst 2008 einen gemeinsamen Aktionstag zum Thema Mobilität durchgeführt, weitere Maßnahmen sind bereits umgesetzt (Fahrgemeinschaftsbörse). Die Stadtverwaltung hat ebenfalls als erster innerstädtischer Betrieb mit dem Mobilitätsmanagement begonnen (Befragungsergebnisse liegen vor, Umsetzung erster Maßnahmen). Im April 2008 erfolgte Information über Mobilitätsmanagement für Betriebe beim jährlichen Gespräch mit den Personalratsvorsitzenden der großen Ludwigsburger Firmen und Behörden.</p> <p>Das Stadtquartier mit den stärksten Anspruchs-Konkurrenzen bezüglich Parken ist die Oststadt im Bereich der größeren Firmen und Behördendienstleister. Begleitend zur Entwicklung und Umsetzung einer Parkraumkonzeption bieten Maßnahmen zum Mobilitätsmanagement für Betriebe die Möglichkeit, die Parkraumnachfrage durch Pendler (Dauerparker) zu reduzieren und zugleich die Akzeptanz von Parkraumbewirtschaftungsmaßnahmen zu erhöhen (Vorl.Nr. 257/ 08) und den Bedürfnissen der Kunden, Mitarbeiter, Anwohner, Forums- und Innenstadt-Besucher Rechnung zu tragen.</p> <p>Nächste Schritte: Auftaktgespräche durch DIH in 2008 mit Firmen und Behörden in der Oststadt erfolgt, Präsentation von Maßnahmen gemeinsam mit der DENA hat am 18.5.2009 stattgefunden, gleichzeitig Auftaktworkshop "Effizient Mobil". Mit finanzieller Unterstützung der DENA sind weitere Beratungen geplant.</p>	U	Befragungsergebnisse liegen vor. Maßnahmenplan 1.Quartal 2008		Christine Ahbe (FB 61)	IHK, Firma Heidelberg, Firma Jetter Krankenhaus, LRA Pol. Dir., M+H intern: ÖPNV, 10, Büro OBM, 17	Starker Bezug zu Wirtschaft und Arbeit. Der Wunsch von Unternehmen (insbes. Heidelberg Postpress) nach Verbesserung der Verkehrs- und Parkierungssituation im Gewerbegebiet Au ist der Anlass, hier konkret ins Thema einzusteigen. Vorlage 257/08
8.5.2	Gesamtverkehrsplan (GVP)/ Mobilitätskonzept für Ludwigsburg	1	<p>Zusammenfassende Darstellung aller (übergeordneter) Themen, die die Diskussion über Mobilität in Ludwigsburg prägen (Querschnittsthemen). Vorarbeiten zu Verkehrsträger bezogener Einzeldarstellung sind begonnen (siehe z.B. Entlastung Eglosheim), Ergebnisse werden für eine Diskussion in den politischen Gremien und mit den Bürgern vorbereitet. Ziel ist, einen Handlungskatalog für Ludwigsburg zu erstellen (GVP).</p> <p>Bevölkerungsentwicklung Unterschiede und Entwicklung im Mobilitätsverhalten Finanzen, HH-Lage der Stadt Verfügbarkeit von Rohstoffen/ Treibstoffen (Erdölprodukte), Preisentwicklung Maut Entwicklung alternativer Antriebsarten LKW-Lenkung/Güterverkehrskonzeption (Straße, Schiene, Wasser) Entwicklung Interneteinkauf</p>	V	2008		Martin Kuhnert (FB 61), Helmut-Mario Reiter (FB 61), Gerhard Ressler (FB 61)	Fachplaner	Kosten des Autoverkehrs Antrag 253/06; starker Bezug vor allem zu den Themenfeldern: Wohnen, Kulturelles Leben, Wirtschaft und Arbeit, Vitale Stadtteile und Grün in der Stadt

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio- rität 1-3	Arbeitsstand In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
	Parkierungskonzept östliche Stadt	1	<p>Verkehrsbedingte Umweltbelastungen (Lärm, Luft, Feinstaub)</p> <p>Lärmaktionsplanung: Aufstellung beschlossen, Bürgerversammlung erfolgte am 4.6.2008, Entwurf Herbst 2009, Auslegung, Beteiligung Regionale Erschließungsqualitäten der Stadt LB: S-Bahn, N-O-Ring, Autobahn, Fernbahn Straßennetz</p> <p>Parkraumerhebung (Kfz-Kennzeichenerfassung): 21.10.08 Entwurf Parkraumkonzept mit folgenden Maßnahmenvorschlägen: 1. prinzipiell Einführung von Parkgebühren in Kombination mit Bewohnerparken (zunächst jedoch ohne Bewohnerparkvorrechtigung) 2. Bewirtschaftung der beiden Parkplätze Bärenwiese über Schrankenanlage, um Parkplatzangebot für Veranstaltungen im Forum und/oder Film- u. Medienzentrum flexibel steuern zu können 3. stufenweise Umsetzung (1. Stufe im Abschnitt B27 bis Alt-Württemberg-Allee und Schorndorferstraße bis Friedrichstraße)</p> <p>Beteiligungs- und Abstimmungsprozess: 1. Forum, Film- und Medienzentrum, BlüBa und Schloss unterstützen vorgeschlagene Maßnahmen sehr 2. verwaltungsinterne Abstimmung mit 32, 67, PAG, PD hinsichtlich Sperrung Bärenwiese und 'Bewohnerparken' läuft 3. Herr Schmid führt Gespräche mit Schlüsselpersonen 4. Bürgerversammlung geplant 5. Vorstellung in Gremien nach der Sommerpause mit neuem GR</p> <p>Öffentlichkeitsarbeit</p>	U	<p>Grenzwert NOX 2010 wirksam</p> <p>Beschluss 2009/2010</p> <p>Beschluss 2009/2010</p>		<p>FB 32, Helmut-Mario Reiter (FB 61), Gerhard Ressler (FB 61)</p> <p>FB 61, Christine Ahbe</p>	<p>Forum, Film- und Medienzentrum, Blühendes Barock, Schloß, Oststadtverein, Bewohner, Unternehmen intern: FB 32, 67, (PAG)</p>	<p>Lärm: Vorlage 232/06, Luft: Vorlage 339/06</p> <p>Anträge 476/04, 568/05, 545/07; Vorlage 061/08</p> <p>Bezüge: Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen führt zur Verschlechterung der Parksituation für Dauerparker/ Beschäftigte: Mit Hilfe des betrieblichen Mobilitätsmanagements sollen den Unternehmen bzw. deren Beschäftigten mögliche Alternativen in der Verkehrsmittelwahl angeboten werden.</p>



9 Bildung und Betreuung

Stand 27.09.07

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Der Aus- und Umbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies erfolgt zukunfts- und bedarfsorientiert. Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen wird unabhängig von Geschlecht, Nationalität, sozialer Herkunft und individuellen Voraussetzungen ermöglicht, ihre Persönlichkeit zu entwickeln, an der Gesellschaft teilzuhaben und eine Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen.

9 Masterplan Bildungs offensive Prozessverantwortlich Dr. Wolfgang Zoll (FB 48)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zielzeit	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht									
Strategisches Ziel 9.1 Die Erziehungskompetenz der Eltern wird gestärkt. Es werden stadtteilbezogen leicht zugängliche Angebote zielgruppenorientiert geschaffen und miteinander vernetzt.									
9.1.1.	Kinder- und Familienbildung (KiFa)	1	Übertragung von KiFa auf Grünbühl-Sonnenberg, Einbindung in Soziale Stadt, Finanzierung gesichert, weiterer Ausbau geplant	U		Halbe Stelle ist im FB 17 geschaffen	Pfeiffer FB 17	FB 48, FB 60	
9.1.2.	Prävention und Intervention für Kinder in Krisensituationen	1,2	Besteht der Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohls, muss die Leiterin im Kita sich an das Jugendamt/ASD Landratsamt wenden, Umsetzung läuft – Fortschreibung der Zusammenarbeit	U			Pfeiffer FB 17	FB, 48 – Kitas, LRA	
9.1.3.	Angebot der VHS für Elternabende	2	Den Schulen werden pädagogische Themen und Referate für den 2. Elternabend im Schuljahr angeboten	V	2007		Runzer FB 48	VHS/ Schulen	
9.1.4.	Zwei Pilotprojekte zur Elternbildung werden mit der Arbeitsgruppe der Erweiterten Lenkungsgruppe auf den Weg gebracht	2	Entsprechende Standorte werden gesucht	V	2007	15.000 €	Pfeiffer FB 17; Runzer		
Strategisches Ziel 9.2 In Schulen und Kindertagesstätten werden übergreifende Projekte in Bereichen wie Theater, Musik, Sport, Kunst, etc. bedarfsorientiert um- und ausgebaut.									
9.2.1 Im musischen Bereich									
	1. Förderung von musischen Projekten an Schulen und Kindertageseinrichtungen		Die bestehenden musischen Projekte werden bis 2009 fortgeführt. In Kooperationen soll das Angebot in die Breite getragen werden.	U	2007	Kein HH relevanter Aufwand. Fondsmittel für Finanzierung Land, städtischer Fond, Eltern	FB 48, Schober, Piepkorn,	Piepkorn, Layher (Schulamtsdirektor); Schulen, Kitas, Vereine, Jugendmusikschule; Karlskasernen	
	2. Bläserklasse Elly-Heuss-Knapp-Realschule	1	Ab 09/06 jährlich Einrichtung einer Bläserklasse in Kooperation mit dem Musikverein Ossweil und der Jugendmusikschule – jede Klasse läuft jeweils zwei Jahre in 6. Klasse, 2007/08 muss jeweils ein Bläserklasseinstrument angeschafft werden – die Eltern beteiligen sich an den Instrumenten. 1. Klasse zum Schuljahr 06/07	U	2007	Kein HH relevanter Aufwand. Fondsmittel Instrumente – inkl. Schulbudget + Deputatsstd. Land + Elternbeiträge	FB 48 Schober, Piepkorn	LRA Dezernat Schulaufsicht und Schulberatung, Musikverein Ossweil, Jugendmusikschule, Herr Gierke (Rektor Elly-Heuss-Knapp-Realschule)	
9.2.2. Im naturwissenschaftlichen Bereich									
	1. Astronomiecurriculum an einer Kindertagesstätte und Grundschule	1	Die Arbeitsgruppe der Erweiterten Lenkungsgruppe Pädagogische Konzeption implementiert ein Pilotprojekt zum Thema Astronomie	V	2007/2008		FB 48 Zoll	Herr Hohloch (Oberstudiendirektor Mörike-Gymnasium) VHS	
9.2.3 Im sportlichen Bereich									

In der Weiterentwicklung - Masterplan



11 Energieversorgung

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Der Umgang mit Energie ist nachhaltig. Die Versorgungssicherheit für Haushalte und Unternehmen wird erhöht durch:

- Einsparung von Energie und durch deren effiziente Nutzung,
- regenerative Energien, deren Anteil unter ökologischen und ökonomischen Aspekten stetig steigt.

Dies hat positive Auswirkungen auf allgemeine Klimaentwicklungen und die Luftqualität unmittelbar vor Ort.

11 Masterplan Energiekonzept
 Prozessverantwortlich Tanja Lukasik (Referat NSE)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	--------	----------	----------	---------------------------------	----------------------------	--

In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht

Strategisches Ziel 11.1 Leuchtturmprojekte sind umgesetzt in den Bereichen regenerative Energieformen, besonders effiziente Anlagen sowie beispielhafte Energiesparmaßnahmen in Neubau und									
11.1.1	Kompetenzzentrum für Energie, Klimaschutz und Ökodesign - Energetikom e.V.	1	Mehrere Gebäude wurden geprüft und bewertet. Standortentscheidung fiel Anfang 2009 für das Werkzentrum West. Momentan Unterbringung in "Keimzelle" mit einigen Mitgliedern des am 20.06.09 gegründeten Vereins "Energetikom e.V. - Zentrum für Energiekompetenz und Ökodesign". Für 2010 Umzug in die Halle 2Z geplant, die nach einem "Haus in Haus"-Konzept energetisch sehr hochwertig umgebaut wird.	V			R 05, Frau Lukasik	LG Energie, Wifö, 65, DI, DIII, WBL, SWLB	
11.1.1.1	Einbindung in ein Kompetenzzentrum (Datenliste)	1	Erstellung einer Datenliste mit allen Unternehmen und Handwerksunternehmen in (und im Landkreis) Ludwigsburg, die sich jetzt schon mit dem Thema Energie beschäftigen. Aufbau eines Netzwerks mit dem Energetikom e.V.	R			R05, Frau Lukasik, Wifö	Energetikom e.V.	
11.1.1.2	Auftaktveranstaltung für ein Kompetenzzentrum	1	Energiekolloquien fanden am 20. Juli und am 14.11.07 in LB statt. Gründungsfeier für den Energetikom e.V. war am 30.06.09, Eröffnungsfeier ist für Herbst 2009 geplant.	V			R05, Team E+E		
11.1.1.3	Einbindung universitärer Einrichtungen in ein Kompetenzzentrum		Enge Kontakte zum Institut für Erneuerbare Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) der Uni Stuttgart und zur FHT Stuttgart bzw. zum ZAFH sowohl zum Thema Kompetenzzentrum als auch bei verschiedenen Projekten.	V	laufend		R05, Team E+E		
11.12.1	Beteiligung Energieprojekte EU		Beteiligung an folgenden Projekten: - Sustainable NOW : EU-Förderung über das Aktionsprogramm Intelligente Energie Europa II. Förderung der Erarbeitung und Implementierung der Ludwigsburger Energie- und Klimastrategie. Partner sind u.a. München, Bologna, Woking Borough Council. Projektlaufzeit 10/08 bis 09/11. <u>Livinggreen.eu</u> : EU-Förderung über das Programm: INTERREG IV B Nordwesteuropa (Transnationale Zusammenarbeit). Ein wesentlicher Punkt des Projektes ist die Gründung von sogenannten "Centres for Sustainable Living" in bereits bestehenden, aber nicht mehr genutzten historischen Gebäuden. Diese sollen als Vorzeigeprojekte unter nachhaltigen ökologischen sowie energetischen Gesichtspunkten saniert und der Öffentlichkeit dies veranschaulicht werden. Durch das Projekt wird insbesondere der Standort des Energetikoms unterstützt. Partner sind u.a.: Lille, Antwerpen und verschiedene Organisationen aus fünf europäischen Ländern. Projektlaufzeit Ende 2008 bis Ende 2013.						

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
11.1.2.2	Beantragte Energieprojekte EU		<p><u>EnSure</u>, INTERREG IV B, Antragstellung durch WHS, Lead partner: LB Call: 18. März 2009</p> <ul style="list-style-type: none"> • EnSure (Energy Savings in Urban Quarters: Rehabilitation of the building stock and new ways of Energy Supply) • Ziel: Integrierte Energiekonzepte für Stadtquartiere mit Fokus auf Mobilisierung von Eigentümern. In LB soll Oststadt/ Schloßlesfeld als Modellgebiet dienen. • Verzahnung mit EnEff:Stadt erforderlich <p>Geplante Partner: u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Graz (energ. Sanierung bestehender Gewerbegebiete) • Kaufbeuren (Wärmeversorgung der Altstadt durch abgepumptes Grundwasser) • Stiftung Baukultur (Konferenzmanagement, Öffentlichkeitsarbeit) • Savinjska (SI) (Energ. Sanierung von MFH der 70er) • Regensburg (Nutzung von Abwasser zur Energieversorgung) <p><u>EnerCity</u>, INTERREG IVB, Lead Partner: Bologna Call: 18. März 2009</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung eines GIS-basierten Monitoringinstruments zur Steuerung der CO2-Reduktion • Räumliche Lokalisierung von Maßnahmen der Energieeinsparung und Energieeffizienz • Durch Erweiterung der Datenbasis: neue Möglichkeiten für die 	U	laufend		R05, Team E+E		
11.1.2.3	Förderung Energieprojekte Bund und Land Baden-Württemberg	1	<p><u>Projektauftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR)</u> im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik für innovative Projekte mit Modellcharakter. Stadt hat Kompetenzzentrum als Leuchtturmprojekt eingereicht. Es wurden 122.000 € für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation als Modellprojekt bewilligt.</p> <p><u>Leitprojekt „Integrierte Bedarfs-Netzwerke in Gewerbe- und Industriestandorten“</u> im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg. Ludwigsburg wurde mit Industrie-/Gewerbegebiet "Weststadt" gemeinsam mit Achern als Modellprojekt ausgewählt. Projektbeginn 3. Quartal 2008, Projektdauer 3 Jahre. Zusammenarbeit mit Wirtschaftsministerium Land B-W, Wirtschaftsregion Stuttgart und Uni Stuttgart. Teilnahme von 9 Ludwigsburger Unternehmen.</p> <p><u>EnEff:Stadt</u> • Antragsstellung mit den Projektpartnern zafh.net Stuttgart und Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim</p> <ul style="list-style-type: none"> • Projektgebiet: Hartenecker Höhe, Schloßlesfeld • <u>Beantragte Förderbausteine: Integriertes Energiekonzept (LowEx-</u> 	V/U	laufend		R05 / Team E+E	61, 65, 89, SWLB	
11.1.3	Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Liegenschaften		<p>Grundsätzlich werden geeignete städtische Dächer bei Anfragen für Solarenergienutzung zur Verfügung gestellt (z.B. Gottlieb-Daimler-Realschule, Sporthalle Eglosheim und Schloßlesfeldschule für Gemeinschaftssolaranlagen der Solarinitiative Ludwigsburg. Weitere Vorhaben werden geprüft. Auf dem Dach der Multifunktionshalle "Arena Ludwigsburg" wird von der Solarinitiative eine große Bürgersolaranlage initiiert,</p>	U	laufend		FB 65	Solarinitiative	
11.1.4	Umstieg auf Ökostrom	1	<p>Durch die künftige Deckung eines 30 % igen Anteils ihres Strombedarfs (ca 3,5 Mio kWh/Jahr) durch Ökostrom wird die Stadt Ludwigsburg ihrer Vorbildfunktion gerecht, fördert die regenerativen Energien und trägt so zur Reduktion des CO2-Ausstoßes bei (Einsparung von ca. 3.300 t CO2 / Jahr)</p>	U			FB 65	SWLB	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
Strategisches Ziel 11.2 Die energetische Optimierung ist ein wichtiger Grundsatz der Bauleitplanung und auch bei städtischen Bauvorhaben Routine.									
11.6.1	Holzheizkraftwerk	1	Die SWLB baut ein Holzheizkraftwerk mit einer thermischen Leistung von ca. 10 MW und einer elektrischen Leistung von etwa 2 MW. Als Brennstoff kommt ausschließlich naturbelassenes Holz aus der Landschaftspflege und von sogenannten Häckelplätzen aus der Region zum Einsatz. Das Vorhaben ist inzwischen genehmigt. Baubeginn 2. Halbjahr 2008, Inbetriebnahme voraussichtlich Oktober 2009. Der Betrieb der Anlage führt zu einer CO ₂ -Einsparung von ca. 20.000 Tonnen pro Jahr.	U	2009		SWLB		
Strategisches Ziel 11.7 Energieeinsparungen im Bereich Verkehr sind erzielt.									
11.7.1	Erstellung eines Masterplanes für die Entwicklungsachse Innenstadt mit Unterstützung des EU-Projektes Snowball		Derzeit wird ein Maßnahmenpaket geschnürt, um die Achse zwischen Bahnhof und Wilhelmallee städtebaulich und verkehrlich zu optimieren (integrierter Planungsansatz). Die energetischen Aspekte dazu sind: - Reduzierung der Lärm- und Abgaswerte - Verbesserung des Verkehrsflusses - Optimierung der Fuß- und Radwegebeziehungen - Verbesserung der Aufenthaltsqualität - Verbesserung der Verkehrssicherheit	V/U	1 Quartal 2009	Über EU-Mittel finanziert	Herr Mihm (FB 61)	Herr Kuhnert (FB 61) Herr Weeber (FB 60) Herr Geiger (FB 60) Herr Messerschmidt (extern)	11.1.4. 11.3.1.
11.7.2	Radwegekonzept		Wichtige Maßnahmen des Radwegekonzeptes sind umgesetzt worden: 1. Radweg Schlieffenstraße (neu) 2. Radweg Lochwaldgraben (erstmalig radtauglich befestigt) 3. Verbindung Hölderlinstraße - Heilbadweg (verbreitert, saniert) 4. Lückenschluss Schlieffenstraße - Waldacker längs der Schwieberdinger Straße (Oberflächenbefestigung) Die Umsetzung weiterer Maßnahmen wird geprüft. Wichtige Beispiele dafür: 1.) Verbindung R.-Wagner-Str. - R.-Franck-Allee; 2.) Marbacher Str. bei Schlosspark; 3.) Beschilderung von Radrouten in LB 4.) Fahrradparkhaus am Westausgang Bahnhof LB; 5.) Gestaltung Radachse Seestraße i.V. mit Schulcampus; 6.) Einführen Radverleihsystem; 7.) Freigabe von Innenstadt-Einbahnstraßen für Radfahrer 8.) Querung Schorndorfer Straße im Zuge Radachse Schlosstraße; 9.) Radachse Wilhelm-/Schorndorfer Str. 10.) Radachse Marbacher Straße 11.) Neugestaltung Radachse Solitudeallee						Förderung des Projekts durch das Programm "Sanfter Tourismus" prüfen, FB 89 (f)
11.7.3	Bus+Bahnverkehrskonzept		Erste Maßnahmen für attraktiveren Bahn+Busverkehr sind umgesetzt worden: 1. Verstärkte RE/R/S-Bahnbedienung Bahnhof LB (2003) 2. Reorganisation des Busnetzes mit 10/20 Min-Taktraster (2003) 3. Verbesserte Anbindung Poppenweilers (2003) 4. Neugestaltete Haltestellen Wilhelm- + Arsenalstr. (2005) 5. Prototyp Warthalle Ludwigsburg aufgestellt Die Umsetzung folgender Maßnahmen wird geprüft. 1.) Machbarkeit Stadtbahn; 2.) Optimierte Antriebskonzepte (Hybridantrieb); 3.) Erneuerung von Warthallen in LB 4.) Westausgang Bahnhof LB; 5.) Linienoptimierung in Eglosheim; 6.) Linienoptimierung im Bereich Innenstadt; 7.) Mobilitätsberatung Neubürger 8.) Effekte stadtweiter Tarifs-/Angebotsverbesserungen; 9.) Effekte	U/V	2008	Mitteleinsparungen durch PPP-Projekte	Herr Albrecht (ÖPNV) Herr Reiter (FB 61)	Herr Uhl (FB 67); Herr Wieland (FB 67); LVL, RBS, VVS; DB AG	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
11.7.4	Fußwegekonzept		Erste Maßnahmen des Fußwegekonzeptes sind umgesetzt worden: 1. Fuß+Radwegesteg "Gieshaussteg" (2005) 2. Touristische Fußgängerwegweiser (2003) 3. Erweiterung Fußgängerbereiche Innenstadt (2003-07) 4. Neugestaltung Hofer- + Brenzstraße Die Umsetzung folgender Maßnahmen wird geprüft. 1.) Sanierung Königs-Allee; 2.) Marbacher Str. bei Schlosspark; 3.) Beschilderung von Fußwegachsen in LB 4.) Westausgang Bahnhof LB; 5.) Gestaltung Seestraße i.V. mit Schulcampus 6.) Querung Schorndorfer Straße im Zuge Fußwegachse Schlosstraße; 7.) Fuß+Radwegetunnel Wilhelm-/Werner Str.; 8.) Neugestaltung Radachse Solitudeallee	U/V	2007/09	Mitteleinsparungen durch PPP-Projekte	Herr Mihm (FB 61)	FB 32, 67, ÖPNV, 89	
11.7.5	Parkierungskonzept		Erste Maßnahmen des Parkierungskonzeptes sind umgesetzt worden: 1. elektr. Parkleitsystem (2000) 2. Flächendeckende Parkgebühren Innenstadt (2001) 3. Zusätzliche Parkkapazitäten in der Innenstadt (2003-07) Die Umsetzung folgender Maßnahmen wird geprüft: 1.) Zusätzliches Parkhaus Bahnhof; 2.) Parkraummanagement in Oststadt; 3.) Förderung Gemeinschaftsautos; 4.) Stellplatzzuordnung in Neubaugebieten; 5.) Fortschreiben der Parkgebührensatzung.	U/V	2008/9	Erhebliche Mittelersparungen möglich	Herr Ressler (FB 61)	FB 32, 67, 89	
11.7.6	Bau einer Stadtbahn		Weitergehende Planungen werden zur Vorbereitung einer Entscheidung beauftragt.		2008/9		FB 61		
Strategisches Ziel									
Strategische Ziele des Themenfelds 3 Bezug zur Wirtschaft & Arbeit (u.a. Ziel 3.1; 3.6; 3.7; 3.8): Definition der Ziele siehe Themenfeld 3									
3.8.7.1	Unternehmensmonitoring		REF 05, Wifö recherchiert und nimmt Kontakt zu neuen Firmen auf, die sich mit dem Thema Erneuerbare Energien beschäftigen. (Unternehmensmonitoring). Ein Ziel dabei ist es, weitere Mitglieder für den Energetikom e.V. zu finden.	U					3.8.7



14 Bürgerschaftliche Projekte

Stand Juli 2009

Erfolgsfaktor im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Ein Ziel des Prozesses zum Stadtentwicklungskonzept war es auch, das Potenzial und Engagement der Bürgerschaft für die zukunftsfähige Ausrichtung Ludwigsburgs zu wecken. Ein Beleg dafür sind die im Rahmen der Zukunftskonferenz Teil II entstandenen bürgerschaftlichen Projektgruppen. Diese lassen sich den vom Gemeinderat beschlossenen Themenfeldern für die Stadtentwicklung zuordnen.

14 Masterplan Bürgerschaftliche Projekte

Prozessverantwortlich: Volker Henning (FB 17)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name	Beteiligte PG / Verwaltung	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	--------	----------	----------	-------------------	----------------------------	--

In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht

Themenfeld 1 Attraktives Wohnen

14.1	Vielfältige Wohnformen in der Innenstadt		Nach den Sommerferien 2006 fand noch eine Sitzung statt, ebenso 2007. Seit 2007 ist die Projektgruppe nur noch beratend tätig, da ihre zeitlichen Ressourcen sehr knapp bemessen sind. Die Teilnehmer der PG kommen eventuell als Schlüsselpersonen für den Stadtteilentwicklungsplan Innenstadt in Betracht.	R			Herr Kai Dongus	PG: Kai Dongus, Armin Klotz, Bettina Weidenbach, Birke Hörner, Brigitte Seiferheld, Christine Boguschewski, Dorothee Batz, Günter Schlecht, Heike Hager, Ingrid Hönlinger, Jochen Zeltwanger, Julia Minguillon, Mariele Kerkhoff, Michael A. Müller, Reinhardt Weiss, Rosina Kopf, Ulrich Pantle, Uwe Meyer. Verwaltung: FB 61 Hennig Hiss	
14.2	Flakkaserne - Netzwerk für Bewohner/innen aufbauen		Zusammenlegung mit der zweiten PG Flakkaserne zur Gruppe "Forum Bewohnernetzwerk".	R			Frau Marion Pohl	FB 60 Peter Fazekas	
14.3	Flakkaserne - Mitwirkung bei der Gestaltung und Nutzung der Wohnformen		Im 2. Halbjahr 2006 fanden zwei PG-Sitzungen statt. In der ersten wurde die Fusion beschlossen und das weitere Vorgehen abgesprochen. In der zweiten die Prioritäten, welche Themenfelder bei der Entwicklung der ehemaligen Flakkaserne mitgestaltet werden sollen, abgeklärt. Die Gruppe ruht derzeit, Aktivitäten sind erst wieder geplant, wenn die Bauplätze im Gebiet Hartenecker Höhe zugeteilt sind. Dadurch ist das ursprünglich angedachte Mitwirkungsprojekt aber nicht mehr relevant.	R			noch nicht geklärt	PG: Sylvia Effe, Dr. Hans Ulrich Jordan, Brigitte Seiferheld, Uwe Müller, Marion Pohl, Henning Hiss, Roland Glasbrenner, Bettina Weidenbach. Verwaltung: FB 60 Peter Fazekas	
14.4	Walcker-Areal		Die Projektgruppe ist nicht zustande gekommen.	R				FB 61 N.N.	

Themenfeld 2 Kulturelles Leben

14.5	Kreativ-Kulturmeile neu: KunstStadt Ludwigsburg		PG hat sich umbenannt in "KunstStadt Ludwigsburg". Die Gruppe ist sehr aktiv und hat ein Konzept für den "langen Ludwigsburger Kultur-Tag im Juli 2009 vorgelegt, das u.a. die Sperrung des B 27-Tunnels vorsieht. Das Projekt wurde inzwischen eingestellt, da nicht wie geplant realisierbar.	R			Frau Ingrid Müller-Raiser	PG: Dimitra Potsi, Jochen Faber, Frank Handel. Verwaltung: FB 41 Jochen Raithel	
------	--	--	--	---	--	--	---------------------------	---	--

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name	Beteiligte PG / Verwaltung	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
14.6	Haus für freies Theater mit pädagogischem Profil		Es fanden bisher regelmäßige Treffen der Gruppe statt. Diskutiert wurde über Bedarf, Sinn und Machbarkeit eines Hauses für freies Theater. Das Thema ruht derzeit und wird im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung Scala diskutiert.	R			Herr Fabian Piwonka	PG: Anja Beenken, Fabian Piwonka. Verwaltung: FB 41 Dörthe Eggers	
14.7	Forum zur Integration Jugendlicher durch Kunst und Kultur		2006 und 2007 fanden zahlreiche PG-Sitzungen statt. Projektideen sind entstanden, müssen noch konkretisiert werden. Eine schnelle Umsetzung ist geplant. Die verwaltungsinterne Projektgruppe "Sozio-interkulturelle Persönlichkeitsbildung" wurde in diese Projektgruppe integriert. Die Projektgruppe plant für 2007 unter Beteiligung Jugendlicher ein Schreibprojekt, in Kooperation mit der Jugendförderung, der Stadtbibliothek, den Schulen usw. Derzeit wird das Schreibprojekt zusammen mit Jugendlichen entwickelt. Ein Auftakttreffen und Arbeitssitzungen fanden statt. Die Strukturgruppe hat Ende 2006 eine Abfrage gestartet, welche Integrationsangebote es in den verschiedenen Bereichen gibt. Die Zusammenstellung soll allen Interessierten auf einer interaktiven Plattform zur Verfügung gestellt werden. Die Vernetzung der verschiedenen Anbieter soll vorangetrieben werden. Das Schreibprojekt war beim Projekt Zivilcourage beteiligt und präsentierte sich bei der Auftaktveranstaltung am 17.07.08. Derzeit keine neuen Aktivitäten.	U			Frau Gabriele Moersch	PG: Hermann Dengel, Fabian Piwonka, Anja Beenken, Margit Stark, Rainer Kittel, Gabriele Moersch. Verwaltung: FB 17 Volker Henning	

Themenfeld 3 Wirtschaft und Arbeit

14.8	Existenzgründungs- und Innovationscenter		Im 2. Halbjahr 2006 fanden vier PG-Sitzungen statt. Es soll eine „Existenzgründer-Plattform“ auf der städtischen Internetplattform zur Verfügung gestellt werden. Diese wird von der Karlshöhe gepflegt. Mögliche Existenzgründer kommen über diese Plattform in Kontakt mit Institutionen und Einrichtungen, bei denen sie sich weiter informieren und beraten lassen können. LUPEX ist inzwischen umgesetzt. Die Datenbank funktioniert, erste Einträge wurden vorgenommen. Ein Flyer zur weiteren Akquise liegt aus und wurde in einem Pressegespräch am 31.01.08 vorgestellt. Jetzt geht es den Projektgruppenmitgliedern darum, weitere Inserate zu generieren und den Service zu optimieren.	E			Herr Andreas Länge	PG: Andreas Länge, Martin Müller, Ingrid Hönlinger, Stephan R. Wolf. Verwaltung: Referat NSE/Frank Steinert	Zusammenarbeit mit Wirtschaftsförderung
------	--	--	---	---	--	--	--------------------	---	---

A: Leitsatz und Strategische Ziele

LEITSATZ

Der Aus- und Umbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies erfolgt zukunfts- und bedarfsorientiert.

Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen wird unabhängig von Geschlecht, Nationalität, sozialer Herkunft und individuellen Voraussetzungen ermöglicht, ihre Persönlichkeit zu entwickeln, an der Gesellschaft teilzuhaben und eine Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen.



STRATEGISCHE ZIELE

Dies bedeutet:

1. Die **Erziehungskompetenz** der Eltern wird **gestärkt**. Es werden stadtteilbezogen leicht zugängliche Angebote zielgruppenorientiert geschaffen und miteinander vernetzt.
2. In Schulen und Kindertageseinrichtungen werden **übergreifende Projekte** in Bereichen wie Theater, Musik, Sport, Kunst oder Soziales bedarfsorientiert um- und ausgebaut.
3. Vorhandene **Bildungs- und Betreuungsangebote** werden vernetzt und der breiten Öffentlichkeit zielgruppengerecht bekannt gemacht. Eltern bringen sich aktiv ein.
4. **Kinder und Jugendliche** werden individuell entsprechend ihrer Voraussetzungen und ihrer Lebenssituation **gefördert**.
5. Die **Schule ist ein attraktiver Lebensort** für Kinder und Jugendliche. Die **Förderung von Chancengleichheit** unabhängig von Geschlecht, Nationalität, sozialer Herkunft, Einkommen der Eltern und individuellen Voraussetzungen ist als Querschnittsziel durchgängig bei allen Angeboten berücksichtigt.
6. Bildungs- und Betreuungsangebote **mit einem interkulturellen Profil** werden gefördert. Die **Sprachförderung** von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen erfolgt möglichst frühzeitig in der Muttersprache und in Deutsch.
7. Bei der Schaffung und Weiterentwicklung von Lebens- und Lernfeldern sind die **Betroffenen zugleich Beteiligte**. Sie arbeiten maßgeblich in den Prozessen mit.

GLIEDERUNG des Masterplanes

1. Die Ludwigsburger Bildungslandschaft wird durch die Stadt Ludwigsburg aktiv gestaltet. 2
2. Zur Verbesserung der Bildungschancen und zur Förderung eines gleichberechtigten Zuganges zur Bildung werden Angebote zur Elternbildung und Integrationsförderung unterbreitet. 2
3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitativvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung. 3
4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunftsorientiert und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden. 8
5. Die außerschulische Kinder- und Jugendbildung bringt ihre Konzepte und Stärken in die Ludwigsburger Bildungslandschaft ein. Sie macht damit deutlich, dass Bildung mehr als Schule ist. 12
6. Die Stadtbibliothek Ludwigsburg bietet allen Bevölkerungs- und Altersgruppen Zugang zu Bildung, Kultur, Information und Wissen in Form umfassender Medienbestände und Dienstleistungen. Sie leistet die zielgruppengerechte Vermittlung der Angebote und die Förderung der Lese- und Medienkompetenz in enger Kooperation mit allen wichtigen Bildungseinrichtungen. 13
7. Die Volkshochschule bietet allen Bevölkerungsgruppen grundlegende Bildungsangebote sowie Weiterbildung in den Programmbereichen Allgemeinbildung, Kunst und Kultur, Gesundheit, Sprachen und berufliche Bildung. 15

Masterplan in der Weiterentwicklung

Zwischenstand 1.09.2009

B: Maßnahmen

1. Die Ludwigsburger Bildungslandschaft wird durch die Stadt Ludwigsburg aktiv gestaltet.			Priorität	Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	FiPo	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen				In Vorbereitung/	In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht				
1)	Eine Landkarte der Ludwigsburger Bildungslandschaft soll angelegt werden.	- Bis zum <u>31. 12. 2009</u> findet bei allen Bildungsinstitutionen eine Abfrage statt, die das Angebotsportfolio, die Zahl der Mitarbeiter und die Art der Finanzierung erhebt.										
2)	Träger von Bildungsangeboten werden vernetzt. Ein Bildungsdialog wird gestaltet.	- In Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule und der Evangelischen Hochschule wird zweimal im Jahr ein Bildungsforum durchgeführt. - Halbjährlich organisiert die Stadt Ludwigsburg ein Treffen mit den Ludwigsburger Hochschulrektoren. - Einmal jährlich präsentiert sich die Ludwigsburger Hochschullandschaft auf der Ausbildungsmesse in Stuttgart. - In Kooperation mit den Ludwigsburger Hochschulen bietet die Kinderuniversität sechs Vorlesungen und 2 Exkursionen jährlich an. - Halbjährlich organisiert die Stadt Ludwigsburg ein Treffen mit den Vertretern der Evangelischen und der Katholischen Kirche.										
3)	Der Fonds Jugend, Bildung, Zukunft wird zur Finanzierung anstehender Bildungsprojekte weiter ausgebaut.	- Bis zum <u>31. 12. 2009</u> soll das Fondsvermögen auf 2 Mio. € aufgestockt werden, um insbesondere aus den Zinseinnahmen die musischen Kooperationen in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen tragen zu können. - Weitere Premiumpartner werden gewonnen. Ziel ist, die jährliche Ausgabensumme durch entsprechende Einnahmen decken zu können.										

2. Zur Verbesserung der Bildungschancen und zur Förderung eines gleichberechtigten Zuganges zur Bildung werden Angebote zur Elternbildung und Integrationsförderung unterbreitet.			Priorität	Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	FiPo	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen				In Vorbereitung/	In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht				
1)	Es wird ein stadtweites Netzwerk zur Frühkindlichen Bildung und Förderung entwickelt, welches Verbesserungspotenzial aufdeckt und Maßnahmen entwickelt.	Ein Grundkonzept einschließlich der Zusammensetzung des Netzwerkes wird entwickelt. Ein erstes Treffen findet statt, es werden Handlungsfelder definiert und bearbeitet.										
2)	Es werden Elternbildungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Stärkung der	<ul style="list-style-type: none"> Das Programm KiFa umfasst im Kindergartenjahr 2009/2010 folgende neun Einrichtungen: Städt. KiFaZ Am Sonnenberg, 										

B: Maßnahmen

2. Zur Verbesserung der Bildungschancen und zur Förderung eines gleichberechtigten Zuganges zur Bildung werden Angebote zur Elternbildung und Integrationsförderung unterbreitet.				Priorität	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	FiPo	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel			In Vorbereitung/ Projektstand	In Umsetzung/ Bezüge/ Konflikte	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht				
	Erziehungskompetenz entwickelt und weiterentwickelt. Dabei wird auf einen niederschweligen Zugang geachtet, d. h. die Angebote werden in den Kindertageseinrichtungen erbracht.	<p>Städt. Kita Vaihinger Straße, Städt. Kita Theodor-Haug-Straße, Städt. KiFaZ Häslenweg, Kath. Kita St. Elisabeth, Kath. Kita Sonnenschein, Kath. KiFaZ Eden, Ev. Kita Sterntaler, Ev. KiFaZ Kindertagesheimat</p> <ul style="list-style-type: none"> Im KiTa-Jahr 2008/2009 wurden 65 Familien und dadurch ca. 130 Kinder erreicht. 9 MentorInnen konnten gewonnen werden. Sie führten insgesamt 10 Elternkurse durch. Für das Kita-Jahr 2009/2010 werden min. 3 weitere MentorInnen benötigt. Ca. 40 neue Familien können dann am Programm teilnehmen. Das Programm KiFa wird jährlich um drei Einrichtungen erweitert. Anpassung von Raumkonzepten. Schaffung von Räumen für Eltern. Bei neuen Einrichtungen und Umbauten in Kinder – und Familienzentren wird im Besonderen auf angemessene Raumangebote geachtet. 										

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitätsvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Priorität	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel			In Vorbereitung/ Projektstand	In Umsetzung/ Bezüge/ Konflikte	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht			
1)	Die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren werden bis 2013 sukzessive ausgebaut. Neben der institutionellen Betreuung zählen auch die Betreuungsplätze der Kindertagespflege mit in die Versorgungsquote.	<p><u>Allgemeine Maßnahmen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Bedarfs- und Finanzplan für die Ausbaustufen 2009-2013 Regelmäßige Überprüfung alternativer, wirtschaftlicher Alternativen (wie z.B. Spielgruppen) unter Einbeziehung der als Nachrücker definierten Kindertageseinrichtungen. Anpassung der Finanzplanung Beantragung der Bundesmittel für die Baumaßnahmen. <p><u>Ausbau der Kindertagesbetreuung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Im Kindergartenjahr 2009/2010 wird eine Versorgungsquote von 20% (Ziel des Tagesbetreuungsausbaugesetzes-Städtetag) erreicht. Um die Versorgungsquote von 20% zu erreichen, werden folgende Maßnahmen umgesetzt: In der Kindertageseinrichtung Wieselweg wird zum September 									

B: Maßnahmen

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitativvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Status	In Vorbereitung/ In Umsetzung/ Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht	Aktualisiert: 1.09.2009	Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel						
		<p>2009 eine Krippengruppe für Kinder unter drei Jahren eingerichtet (10 Plätze). In den kath. Einrichtungen Parkstr. und Hirschbergstr. wird jeweils eine Krippengruppe geschaffen (jeweils 10 Plätze). Dasselbe gilt für die PH bereits ab Juni 2009 (10 Plätze) und den Waldorfkindergarten ab Dezember 2009 (10 Plätze). In der Kindertageseinrichtung Abelstraße (AWO), werden durch Umwandlung zweier Gruppen ab September 2009 10 weitere Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Zudem wird die Integration einer zusätzlichen Krippengruppe im Gebäudebestand für die städt. Kindertageseinrichtung Theodor-Haug-Str. geprüft (10 Plätze). Dafür werden ggf. 10 der geplanten 30 Plätze vom Häslenweg übertragen. Die Maßnahme im Häslenweg zur Schaffung weiterer 20 Plätze für Kinder unter 3 Jahren wird im BSS separat behandelt. Die Realisierung wird sich voraussichtlich verzögern.</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Stadt entwickelt 2009/2010 gemeinsam mit dem Landkreis und der Kindertagespflege Modelle zum Ausbau und zur Finanzierung der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Die Einrichtung von bis zu 20 zusätzlichen Kleinkindplätzen durch Wüstenrot wird 2009/2010 geprüft. Es erfolgen Beratungen sowie die Überprüfung einer Aufnahme in den Bedarfsplan. Im Kindergartenjahr 2010/2011 wird eine Versorgungsquote von 25% erreicht. Dies geschieht durch einen Anbau an das Kath. Kinder- und Familienzentrum Bäderwiesen/Lange Straße für eine Krippengruppe (10 Plätze) und durch die Umwandlung einer Hortgruppe in der Evang. Kurfürstenstraße in eine Krippengruppe (10 Plätze). Zudem werden in der Evang. Peter-Eichert-Straße Räumlichkeiten im Gemeindezentrum für einen neue Krippengruppe genutzt (10 Plätze) sowie in der Evang. Egerländer Straße zwei neue Krippengruppen in zwei bisher vermieteten Wohnungen eingerichtet (20 Plätze). In der Kath. Einrichtung Uhlandstraße wird ebenfalls eine Krippengruppe in Betrieb genommen (10 Plätze). Des Weiteren werden zum September 2010 zwei neu entstehende Krippengruppen der Einrichtung Schwupp di Wupp (Mahale) in die Bedarfsplanung aufgenommen (20 Plätze). 							

B: Maßnahmen

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitativvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Status	In Vorbereitung/ In Umsetzung/ Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht	Aktualisiert: 1.09.2009	Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel						
		<ul style="list-style-type: none"> Im Kindergartenjahr 2011/2012 wird eine Versorgungsquote von 30% erreicht. Dies geschieht durch den Neubau der Kinder- und Familienzentren Poppenweiler (20 Plätze), Hartenecker Höhe (20 Plätze) und Grünbühl/Sonnenberg (10 Plätze). Im Kindergartenjahr 2012/2013 wird eine Versorgungsquote von 34% erreicht. Dies geschieht durch Maßnahmen im Städt. Kindergarten Reichertshalde (10 Plätze), in den Evang. Einrichtungen Stammheimer Str. (10 Plätze), Johannes Ebel-Str. (10 Plätze), Kurfürstenstraße (10 Plätze), Wilhelm-Nagel-Str. 65 (10 Plätze) sowie in den Kath. Einrichtungen Moldastr. (10 Plätze), Landäckerstr. (10 Plätze), Tulpenweg (10 Plätze) und Gänsfußallee (10 Plätze). In der Charlottenkrippe erfolgt die Umwandlung von zwei Hortgruppen in zwei Krippengruppen (20 Plätze). 							
2)	Die Betreuungsplätze für Kinder von 3-6 Jahren werden bedarfsgerecht weiterentwickelt und der Rechtsanspruch wird erfüllt.	<p><u>Allgemeine Maßnahmen</u>, die jedes Jahr durchgeführt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> Jährliche Umfrage bei den Nutzern und Auswertung Festlegung der Einzelmaßnahmen in der Steuerungsgruppe und Mitteilung an die Trägerkonferenz. Bedarfsplanung – Beschluss herbeiführen Anpassung der Strukturqualität (Räume, Verwaltungsabläufe, Personal) <p>Aufstellung und Fortführung der Personalplanung</p> <p><u>Konkrete Maßnahmen Kindergartenjahr 2009/2010:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Im Kindergartenvertrag werden 2009 maximal 28 Schließtage vorgesehen. Diese Regelung gilt für die evangelischen, katholischen und städtischen Kindertageseinrichtungen. Darstellung der Auswirkungen einer gestuften Reduzierung der Schließtage am Beispiel einer städt. Kindertageseinrichtung. Herbeiführen einer politischen Entscheidung über die Stufen der Reduzierung von Schließtagen auf 23 Tage. 							
	2 a) Die Anzahl der Schließtage wird, in Einrichtungen für die der Kindergartenvertrag gilt, schrittweise und in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe der Trägerkonferenz verringert.	<p>Im Moment <u>existieren 496 Ganztagesplätze</u> für Kinder von 3-6 Jahren (inkl. 10 GT-Plätze, die im Oktober 2009 im Häslenweg hinzu kommen). Um eine Bedarfsdeckung an Ganztagesplätzen zu erzielen (für die Kinder, die aus Ganztages-Krippengruppen herauswachsen), sind bis 2013 in den Kindertageseinrichtungen und in der <u>Tagespflege weitere 269 Ganztagesplätze</u> für Kinder über</p>							
	2 b) Die Ganztagesplätze werden bedarfsgerecht ausgebaut. Es wird darauf geachtet, dass möglichst durchgängige Angebotsstrukturen entstehen, d.h. dass Eltern von Kleinkindern, die ganztags betreut werden, dieses Angebot auch nutzen können, wenn das								

B: Maßnahmen

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitativvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009	Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel					
	Kind aus der Krippe herauswächst (ohne die Kindertageseinrichtung wechseln zu müssen).	<p>3 Jahren zu schaffen (Dies führt dann zu insgesamt 765 Ganztagesplätzen, die der angestrebten Anzahl an Plätzen durch die 34%-Vorgabe für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 entsprechen.)</p> <p>Dies kann unter anderem geschehen durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> Umwandlung von 10 VÖ Plätzen in 10 GT Plätze in der städtischen Kindertageseinrichtung Wieselweg und in der Welzheimer Str. zum September 2010. (Es entstehen somit je Kindertageseinrichtung 10 Ganztagesplätze d.h. insgesamt 20 Ganztagesplätze). Es erfolgt eine Anpassung des Raumkonzeptes, Beratung des Teams, Informationen an die Eltern und Ausbau des Mittagessenangebotes. Im städtischen Kinder- und Familienzentrum Häslenweg wird eine 1 VÖ Gruppe für 2-6-Jährige (5 Plätze für 2-Jährige, 12 Plätze für Kinder über 3 Jahren) in eine 1 GT Gruppe für Kinder von 0-6 Jahren umgewandelt. Es entstehen insgesamt 15 Ganztagesplätze (5 für Kinder unter drei, 10 für Kinder von 3-6 Jahren). Es erfolgt eine Anpassung des Raumkonzeptes, Beratung des Teams, Information an die Eltern und Einführung des Mittagessenangebotes. Für das Kindergartenjahr 2010/2011 wird eine Pauschale für die Mischgruppe VÖ/GT mit 10 GT Plätzen aus den bestehenden Pauschalen des Kindergartenvertrages für GT und VÖ definiert und mit den Trägern besprochen. Die Anpassung des Kindergartenvertrages wird 2010 im Gemeinderat beschlossen. 						
3)	2 c) In den Stadtteilen gibt es ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder von 3-6 Jahren wird auf der Gesamtstadtebene erfüllt, indem 2.960 Plätze (+ 39 Plätze in der Tagespflege) bereitgestellt werden (Stand 31.12.2008).	<ul style="list-style-type: none"> Keine Umwandlungen von Gruppen in den Stadtbezirken Oßweil, Oststadt und Schlößlesfeld, welche eine Reduzierung der Rechtsanspruchplätze mit sich bringen. Die Versorgungsquote für Kinder mit einem Rechtsanspruch, in der Oststadt, erhöht sich im Kindergartenjahr 2009/2010 von 79% auf 81% durch die Inbetriebnahme einer zusätzliche Gruppe (AM/GT 3-10) im MTV Kindersporthaus. 						
4)	In jedem Stadtteil gibt es ein Kinder- und Familienzentrum, welches ein differenziertes bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot bereitstellt.	<p><u>Allgemeine Maßnahmen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Entwicklung eines Konzeptes zur Flexibilisierung der Betreuungsangebote Entwicklung von Raumprogrammen, Begleitung erforderlicher Baumaßnahmen. Aufbau von Beteiligungs- und Begleitstrukturen 						

B: Maßnahmen

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitätsvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Status	In Vorbereitung/ In Umsetzung/ Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht	Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Aktualisiert: 1.09.2009 Federführung (f)/ Beteiligte	Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel								
		<ul style="list-style-type: none"> Einführung von Platz-Sharing-Angeboten und Anpassen der Strukturen sowie Verwaltungsabläufe. Anpassung der Strukturqualität (Räume, Verwaltungsabläufe, Personal) Transparenz für Familien und die Öffentlichkeit herstellen - Berichte erstellen und Projekt evaluieren. <p>Im Jahr 2007 haben sich folgende Kinder- und Familienzentren auf den Weg gemacht:</p> <ul style="list-style-type: none"> Am Sonnenberg (Stadt) Steinbeisstraße (AWO) Auf dem Wasen (Evangelisch) Hirschbergstraße (Katholisch) <p>Im Jahr 2008 wurden folgende Kinder- und Familienzentren ausgewählt:</p> <ul style="list-style-type: none"> Häslenweg (Stadt) Kindertagesheimat (Evangelisch) Bäderwiesen; Lange Straße (Katholisch) <p>Für das Kindergartenjahr 2009/2010 sollen erneut drei Einrichtungen ausgewählt werden.</p>									
5)	In der Stadt Ludwigsburg wird bis 2011 ein Mehrgenerationenhaus als Dienstleistungszentrum für Familien aufgebaut, welches ein Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren bereitstellt und einen Sozialraumbezug herstellt.	<ul style="list-style-type: none"> Sukzessive Weiterentwicklung der Vernetzungsstrukturen und Integration der Dienstleistungen und Anbieter unter einem Dach. Entwicklung des Raumprogramms und Entscheidung im Rahmen der Mehrfachbeauftragung sowie Einstieg in die konkrete Umsetzungsplanung. Anpassung der Strukturqualität (Räume, Verwaltungsabläufe, Personal) Erhöhung der Nutzerfrequenz in der zusätzlich angemieteten Wohnung Am Sonnenberg durch Sprachkurse, Eltern-Kinder-Kurs sowie KiFa. Transparenz für Familien und die Öffentlichkeit herstellen durch Stadtteilzeitung und Veröffentlichung der Entwicklungsschritte im Bürger- und Jugendhaus Sonnenberg. Das Monitoring wird regelmäßig durchgeführt. 2009 wird der Antrag auf Fortführung des Projektes und der damit verbundenen Bezuschussung durch den Bund im Rahmen des Bundesprogramms beantragt. 									

B: Maßnahmen

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitativvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009	Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel					
6)	Es werden Standards für die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen einschließlich des Übergangs in die Grundschule entwickelt und umgesetzt.	<ul style="list-style-type: none"> Das Ludwigsburger Modell wird implementiert. Die Einrichtungen werden fachlich begleitet und die Mitarbeiter/innen werden an der Pädagogischen Hochschule qualifiziert. Fortbildungen werden durch die Träger angeboten. Auf Stadtebene wurden 99 Fördergruppen eingerichtet, in denen 979 Kinder sprachlich gefördert werden. Dies bedeutet eine finanzielle Belastung der Stadt von 532.500 €. Die Förderung findet in Kindergärten mit einem Förderbedarf ab 30% statt. Innerhalb der Projektlaufzeit von fünf Jahren werden auf Stadtteilebene nachhaltige und verlässliche Kooperationsbeziehungen zwischen Grundschulen und Kindertageseinrichtungen entwickelt. 						
7)	Die Anschlussfähigkeit zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule wird hergestellt.	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklung eines Konzeptes zum Übergang Aufbau eines Netzwerkes zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschule je Stadtteil, Beginn 2009 in Eglosheim. 						
8)	Die Ferienbetreuung für Kindergarten und Schulkinder wird bedarfsgerecht ausgebaut.	<ul style="list-style-type: none"> Bedarfsumfrage Kooperation mit Vereinen und Institutionen, Einbeziehung des Ferienprogramms (Ferienspaß), Anmelde- und Abfragesystem für Eltern entwickeln bzw. überprüfen. 						

4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunftsorientiert und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009	Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel					
1)	Der „Schulentwicklungsplan“ ist in der planmäßigen Umsetzung. Für das Schuljahr 2011/2012 ist eine Aktualisierung des Schulentwicklungsplans vorgesehen.	<ul style="list-style-type: none"> a) Die Uhlandschule wird mit der Justinus-Kerner-Schule im bisherigen Gebäude der Pestalozzischule (wird nach deren Auszug saniert) zu einer Innenstadt Hauptschule verbunden. b) Die Gebäude der Anton-Bruckner- und Uhlandschule werden saniert. Die Anton-Bruckner-Schule zieht in das sanierte Gebäude der Uhlandschule um. c) Die Pestalozzischule zieht in das sanierte Gebäude der Anton-Bruckner-Schule um. d) Der Ganztagesbetrieb an der Pestalozzischule und der Anton-Bruckner-Schule in der Schulgasse 						

B: Maßnahmen

4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunfts offen und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	In Vorbereitung/			In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht	Projektstand			
		<p>wird vorrangig ausgebaut. An der Gartenstraße wird der Pavillon abgerissen und durch ein neues Gebäude für die Ganztagesbetreuung ersetzt.</p> <p>e) Die bisherigen Räume der Justinus-Kerner-Schule werden dem Goethe-Gymnasium und den Campus – Gymnasien zur Verfügung gestellt.</p> <p>f) Alle Schulen werden durch die Stadtverwaltung bei ihren Veränderungen und Umzügen unterstützt.</p> <p>g) Die Osterholzauptschule wird an die Hirschbergschule verlegt.</p> <p>h) Die Dependance der Oststadtschule II am Berliner Platz wird aufgelöst und an die Danziger Straße verlegt.</p> <p>i) Um den dynamischen demographischen Veränderungen rechtzeitig begegnen zu können, wird der Schulentwicklungsplan für das Schuljahr 2011/2012 aktualisiert.</p>									
2)	Jedem Stadtteil ist eine Grundschule mit Kernzeitenbetreuung vorhanden. Die Kernzeitenbetreuung greift den hohen pädagogischen Standard der Elementarstufe auf und begleitet und unterstützt die Grundschülerinnen und Grundschüler mit geeigneten Maßnahmen. Die Grundschulen werden Zug um Zug zu Ganztageschulen ausgebaut.	<p>a) Die Übergänge der Kindertageseinrichtungen zu den Grundschulen werden im Rahmen des Ludwigsburger Sprachförderkonzeptes koordiniert.</p> <p>b) Augenblicklich werden im Rahmen der Kernzeitbetreuung mit 802 Kinder in 26 Gruppen betreut.</p> <p>c) Es werden pädagogische Betreuungsstandards als Grundlage für die weitere Entwicklung von Grundschulen zu Ganztageschulen geschaffen (allgemeine Standards: Betreuungsräume, Personalschlüssel, Mensa/Mittagessen usw. – pädagogische Angebote: Maßnahmen der Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen (HSL), Jugendbegleiter, Sportliche Angebote usw.).</p> <p>d) Ein Fortbildungsprogramm zur Sicherung der pädagogischen Voraussetzungen beim Personal der Kernzeitenbetreuung wird auf- bzw. weiter ausgebaut.</p> <p>e) Jährlich sollen Budgets zur Verfügung gestellt werden, um den Ausbau der Schulen zu Ganztageseinrichtungen sukzessive zu ermöglichen.</p> <p>f) In der Innenstadt wird ein Grundschulcampus errichtet, der beispielgebend ist für die weitere Entwicklung von gebundenen Ganztages-Grundschulen.</p>									
3)	3. Die Hauptschulen sind mindestens zweizügig und werden als Werkrealschulen geführt. Zusätzliche pädagogische Angebote stellen optimale	<p>a) Eine Projektgruppe, bestehend aus den Verantwortlichen der Schulen, des Schulamtes, dem Team Pädagogische Angebote an Schulen, dem Jugendreferenten, den Schulsozialarbeitern und Vertretern der IHK, begleitet die drei Hauptschulen -</p>									

B: Maßnahmen

4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunfts offen und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	In Vorbereitung/			In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht	Projektstand			
	Bildungs- und Lernchancen sicher. An jeder Hauptschule ist Schulsozialarbeit etabliert. Alle Hauptschulen werden Zug um Zug zu Ganztageschulen ausgebaut.	Hirschbergsschule, Innenstadtschule und Oststadtschule - auf ihrem Weg der Weiterentwicklung zu Werkrealschulen. b) Zusätzliche Angebote aus Sport, Musik, Theater und Kunst sollen dazu beitragen, soziale Schlüsselqualifikationen zu schaffen bzw. zu stärken und die hohen Unterschiede aus den Migrationsverhältnissen abzubauen. c) Ein Konzept für die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit wird erarbeitet. d) Wie an den Grundschulen werden Standards für den Ganztagesbetrieb entwickelt.									
4)	Die beiden Realschulen sind profiliert ausgebaut. Die Gottlieb-Daimler-Realschule besitzt ein Sportprofil, die Elly-Heuss-Knapp-Realschule ist Teil des Schulcampus Innenstadt und entwickelt ein Musik-Profil. An beiden Schulen ist eine Schulsozialarbeit eingerichtet.	a) Die Gottlieb-Daimler-Realschule soll in ihrer Schwerpunktsetzung im Fach Sport mit dem Otto-Hahn-Gymnasium und dem Stadtverband für Sport vernetzt werden. Der Kontakt zu den beiden Sportinternaten soll intensiv gepflegt werden. b) Die Elly-Heuss-Knapp-Realschule sucht die Kooperation mit der Jugendmusikschule, den Musikvereinen und dem Goethe-Gymnasium. Sie greift Angebote des Schulcampus Innenstadt auf. c) Es wird geprüft, ob die beiden Schulen bei der Neukonzipierung der Schulsozialarbeit Berücksichtigung finden können.									
5)	Ludwigsburg bietet mit seinen Gymnasien vier unterschiedliche Profile an. Das Friedrich-Schiller-Gymnasium besitzt ein soziales Profil, das Goethe-Gymnasium ein Musik-Profil, das Mörike-Gymnasium ein Kunst-Profil und das Otto-Hahn-Gymnasium ein Sport-Profil. Alle Gymnasien arbeiten im Schulcampus Innenstadt bzw. im Bildungszentrum West federführend mit.	Die Gymnasien werden ausgebaut und auf die kommenden Veränderungen vorbereitet (Ganztage, Lehrerarbeitsplätze, Kurssysteme usw.). Bedarf an Schulsozialarbeit ist gegeben. Diese ist jedoch über die Fördervereine zu finanzieren.									
6)	Die Schulentwicklungen werden laufend evaluiert. Neue Bildungstendenzen werden beobachtet und aktiv begleitet.	Die Schulevaluierungen werden grundsätzlich ausgewertet und mit den Schulen besprochen, um positive Ergebnisse zu sichern und Veränderungsbedarf abzudecken. Die Evaluierungsergebnisse fließen in die Schulentwicklungsplanung ein. Der Schulbeirat wird über Veränderungen im Bildungssektor frühzeitig informiert. Er berät dabei die Stadtverwaltung und schlägt ggf. entsprechende Schritte vor. Die Entwicklungen des									

B: Maßnahmen

4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunfts offen und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	In Vorbereitung/			In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht	Projektstand			
		dreigliedrigen Schulsystems sind dabei besonders zu beobachten.									
7)	Die beiden Ludwigsburger Förderschulen arbeiten eng zusammen und sollen sich dem Anliegen öffnen, gehandicapte Schülerinnen und Schüler im Bereich der Regelschulen zu unterstützen.	Die Schulsozialarbeit beider Schulen wird über den Jugendreferenten eng vernetzt. Die räumlichen Bedingungen sind bei beiden Förderschulen vorhanden, auch wenn die Silcherschule in zwei Gebäuden untergebracht ist. Mittelfristig wird die Verlagerung der Silcherschule in die ehemalige KO-Kaserne angestrebt. Sie ist dann Teil des Bildungszentrums West.									
8)	Der Schulcampus Innenstadt entwickelt sich mit seinen Freiflächen kontinuierlich weiter und besitzt ein gemeinsames pädagogisches Konzept. Alle auf dem Campus vertretenen Schulen arbeiten schulartenübergreifend zusammen.	Der Ausbau der ARGE Campus zum zentralen Organ aller auf dem Schulcampus zusammenhängenden Maßnahmen wird durch regelmäßige gegenseitige Unterrichtsungen weiter unterstützt. Doppelstrukturen sollen vermieden werden. Freiflächenplanung und Entwicklung einer pädagogischen Konzeption werden von der Stadtverwaltung koordiniert.									
9)	Das Bildungszentrum West wird weiter profiliert. Das Otto-Hahn-Gymnasium, die Gottlieb-Daimler-Realschule, das Voll- sowie das Teilzeit-Sportinternat arbeiten dabei eng zusammen.	Die im Bildungszentrum West vorhandenen Strukturen werden optimal genutzt. Die Entscheidungsgremien der beteiligten Akteure bilden eine Arbeitsgemeinschaft, die die weitere Entwicklung des Zentrums koordiniert. Die Stadt begleitet diesen Prozess aktiv. Das Zentrum wird grundlegend saniert und erhält die erforderlichen Ganztageseinrichtungen.									
10)	Zahlreiche zusätzliche Angebote unterstützen die Ludwigsburger Schulen. Die Betreuung von Schülerinnen und Schülern ist in allen Ferien gewährleistet. Die Stadt Ludwigsburg versteht sich als aktiver Schulträger.	<p>a) Die Kernzeitenbetreuung wird kontinuierlich pädagogisch ausgebaut. An den Schulstandorten August-Lämmle-Schule, Friedrich-von-Keller-Schule, Grundschule Pflugfelden, Osterholzscheule und Oststadtschule II bestehen auch in den Ferien Betreuungsangebote. Die Kinder- und Jugendförderung koordiniert dabei die Angebote, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Die Ferienbetreuung in Ludwigsburger Grundschulen umfasst 137 Kinder in 6 Gruppen, Ferienspaß mit ca. 4.500 Kinder, Kinder-Uni: 3 – 4 Vorlesungen für 300 – 4000 Kinder, 2 – 3 Firmenexkursionen mit ca. 50 – 75 Kinder.</p> <p>b) Das Jugendbegleiterprogramm wird finanziell weiter unterstützt und begleitet so die Schulen auf ihrem Weg zu Ganztagesesschulen.</p> <p>c) An jeder Schule wird ein Essen zu einem einheitlichen Preis angeboten.</p>									

B: Maßnahmen

4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunfts offen und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	In Vorbereitung/			In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht				
			Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung						
		d) Besonders hilfebedürftige Schüler erhalten ein auf ein Euro reduziertes Mittagessen. e) Schüler mit Unterstützungsbedarf können Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen in Anspruch nehmen (HSL-Maßnahmen). f) Das Ludwigsburger Modell der Sprachförderung wird durch das Projekt der Mercator-Stiftung fortgeführt. g) Über den Fonds Jugend, Bildung, Zukunft werden weitere spezielle Angebote unterstützt, die den Schulen zur Profilschärfung dienen. h) Dem Aspekt der Sicherheit an Schulen wird besondere Bedeutung zugemessen.									
11)	Ein den veränderten Gegebenheiten angepasstes Konzept zur Schulsozialarbeit wird erarbeitet.	a) In Zusammenarbeit mit der Jugendförderung wird das Profil und Aufgabenspektrum der Schulsozialarbeit weiter geschärft. b) Die nötigen Beschlüsse zur Sicherstellung der Ressourcen für die Schulsozialarbeit werden herbeigeführt. c) Es wird insbesondere der benötigte Umfang an Schulsozialarbeit am Campus Innenstadt und am Bildungszentrum West geprüft.									

5. Die außerschulische Kinder- und Jugendbildung bringt ihre Konzepte und Stärken in die Ludwigsburger Bildungslandschaft ein. Sie macht damit deutlich, dass Bildung mehr als Schule ist.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	In Vorbereitung/			In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht				
			Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung						
1)	Die Kinder- und Jugendförderung ist mit ihren Maßnahmen auf den Rhythmus und den Anforderungen der Schule abgestimmt. In allen Stadtteilen stehen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung. Die Jugendförderung koordiniert, ggf. mit Hilfe von örtlichen Trägern, die Zusammenarbeit der im Stadtteil ansässigen Akteure. Dabei stehen die besonderen Interessen von Jugendlichen im Mittelpunkt.	Die städtische Jugendförderung wird dezentral organisiert. Die Teams vor Ort erstellen die jeweils notwendige Konzeption zusammen mit Trägern offener Jugendarbeit. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Die Treffpunkte bzw. Jugendcafes werden ausgebaut. Dabei wird auf einen angemessenen Standard Wert gelegt, auch unter betriebswirtschaftlichen und personellen Gesichtspunkten.									

B: Maßnahmen

- 2) Die vier Aktivspielplätze sind in das Konzept der Kinder- und Jugendförderung eingebunden. Der Jugendreferent achtet auch die notwendige Vernetzung. Die Spielplätze sind in das Ferienkonzept der Stadt eingebunden.

Mit den Aktivspielplätzen wird eine Leistungsvereinbarung in Anlehnung an die Leistungsvereinbarung im Bereich der Schulsozialarbeit abgeschlossen.
- 3) Die Kinder- und Jugendförderung begleitet besondere soziale Projekte (z.B. Soziale Stadt Grünbühl/Sonnenberg).
- 4) Besondere kinder- und jugendspezifische Angebote ergänzen die schulbezogene und offene Jugendarbeit.

Die bisher begonnenen Aktionen wie

 - Mitmischer
 - Kinderstadtteilführer
 - Stadtteilaktionen
 - Spielplatztester

werden ggf. mit Hilfe Dritter fortgeführt.
- 5) Der Jugendreferent pflegt und koordiniert die Vernetzung aller Aktivitäten aus dem Bereich der offenen Jugendhilfe.

Der Jugendreferent prüft und koordiniert die Einsatzmöglichkeiten anderer Träger der Jugendhilfe. Er hält insbesondere Kontakt zum ASD des Landratsamts. Er beobachtet Entwicklungen und reagiert darauf mit Vorschlägen bzw. initiiert ggf. Maßnahmen.

Die Zusammenarbeit mit der PH, der dualen Hochschule und der Evangelischen Hochschule wird verstärkt und ausgebaut.

6. Die Stadtbibliothek Ludwigsburg bietet allen Bevölkerungs- und Altersgruppen Zugang zu Bildung, Kultur, Information und Wissen in Form umfassender Medienbestände und Dienstleistungen. Sie leistet die zielgruppengerechte Vermittlung der Angebote und die Förderung der Lese- und Medienkompetenz in enger Kooperation mit allen wichtigen Bildungseinrichtungen.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel		Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung			
1)	Die Stadtbibliothek im Kulturzentrum erfüllt die Funktion einer zentralen Schulbibliothek für die Innenstadt. Entsprechendes gilt für die Bibliothek im BZ West	<ol style="list-style-type: none"> Ein erweitertes Angebot an Einzel- und Gruppenarbeitsmöglichkeiten, EDV-Arbeitsplätzen mit Lernsoftware und der Ausbau spezifischer Medienangebote sind Voraussetzung. Dazu werden Flächen im freiwerdenden Museum umgewandelt. Innerhalb der Bibliotheksräume im Kulturzentrum wird ein gemeinsam mit der VHS betriebenes räumlich abtrennbares Lernzentrum geschaffen. Es soll pädagogisch betreute multimediale Schulungs- und Übungsmöglichkeiten für Einzelne wie für Gruppen bis Klassenstärke schaffen. Dazu werden Flächen im freiwerdenden Museum umgewandelt. 								

B: Maßnahmen

6. Die Stadtbibliothek Ludwigsburg bietet allen Bevölkerungs- und Altersgruppen Zugang zu Bildung, Kultur, Information und Wissen in Form umfassender Medienbestände und Dienstleistungen. Sie leistet die zielgruppengerechte Vermittlung der Angebote und die Förderung der Lese- und Medienkompetenz in enger Kooperation mit allen wichtigen Bildungseinrichtungen.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel		Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung			
		3. Die Bibliothek/Mediothek im BZ West wird entsprechend modernisiert und weiterentwickelt. Die Öffnungszeiten werden erweitert – in Anpassung an den zunehmenden Ganztagesbetrieb. Ein neuer Außenzugang zur Bibliothek wird geschaffen, der nicht mehr durch einen Aufenthaltsraum führt. 4. Bibliothekspädagogische Angebote, wie z.B. Rechenschulungen, Einführungen für Schulklassen werden ausgebaut. Zusätzlich werden Schulungsangebote für Lehrkräfte entwickelt..								
2)	Das Bibliotheksprofil wird zu einem Gesamtkonzept „Lernzentrum Bibliothek“ weiterentwickelt. Die Stadtbibliothek unterstützt alle Lernformen und trägt besonders dem Bedürfnis nach Flexibilität und Individualisierung Rechnung. Sie schafft Strukturen, die sowohl dem schulischen Lernen, wie auch der Erwachsenenbildung dienen.	1. Ein erweitertes Angebot an Einzel- und Gruppenarbeitsmöglichkeiten, EDV-Arbeitsplätzen z.B. mit Lernsoftware und der Ausbau spezifischer Medienangebote sind Voraussetzung. Dazu werden Flächen im freiwerdenden Museum umgewandelt. 2. Innerhalb der Bibliotheksräume im Kulturzentrum wird ein gemeinsam mit der VHS betriebenes räumlich abtrennbares Lernzentrum geschaffen. Es soll pädagogisch betreute multimediale Schulungs- und Übungsmöglichkeiten für Einzelne wie für Gruppen bis Klassenstärke schaffen. Dazu werden Flächen im freiwerdenden Museum umgewandelt. 3. Weiterer Ausbau der Onlinebibliothek-LB 4. Ausbau der fremdsprachigen Medienangebote 5. Verbesserung der Nutzbarkeit und Bekanntheit von Datenbank-gestützten Informationsangeboten								
3)	Für Kindertagesstätten und Schulen sowie andere Akteure des Bildungsbereichs werden differenzierte Leistungen erbracht	6. Für Schulen außerhalb der Einzugsgebiete der ortsfesten Bibliotheken werden bestehende Lösungen analysiert und ggf. optimiert. In der Stadtbibliothek wird eine Beratungsstelle eingerichtet, die die Schulen bei Einrichtung und Betrieb unterstützt. 7. Einrichtung einer Sportbibliothek zur Unterstützung der Trainer in Sportvereinen 8. Weiterer Ausbau des Angebots an thematischen Medienkisten für Kitas und Grundschulen 9. Weitere Bereitstellung von Lektüren für das „Antolin“ Leseförderungsprogramm, das in vielen Schulen eingesetzt wird 10. Absicherung der Stelle einer Medienpädagogin im Stellenplan								

B: Maßnahmen

6. Die Stadtbibliothek Ludwigsburg bietet allen Bevölkerungs- und Altersgruppen Zugang zu Bildung, Kultur, Information und Wissen in Form umfassender Medienbestände und Dienstleistungen. Sie leistet die zielgruppengerechte Vermittlung der Angebote und die Förderung der Lese- und Medienkompetenz in enger Kooperation mit allen wichtigen Bildungseinrichtungen.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel		In Vorbereitung/ In Umsetzung/ Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht					
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel	Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung	Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €	
		11. Weiterführung Vorlesepatennetzwerk								
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterführung Aktion Lesestart für Schulanfänger 								
4)	Für Kinder und Jugendliche werden attraktive, motivierende Medien- und Raumangebote gemacht. Dazu ist auch die Präsenz der Stadtbibliothek in den Stadtteilen erforderlich.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Schaffung eines Jugendbereichs in der Stadtbibliothek im KUZ , der jugendspezifischen Interessen und Bedürfnissen entspricht und sich inhaltlich und gestalterisch an nicht-schulischen Interessen ausrichtet. 2. Familienfreundliche Erweiterung des Kinderbereichs im Kulturzentrum 3. Schaffung eines abgrenzbaren Aktions- und Veranstaltungsbereichs 4. Zweigstelle Schlösslesfeld mit Ausweitung des Einzugsgebiets auf die Hartenecker Höhe und des Bücherbus mit Erweiterung der Öffnungszeiten 								
5)	Die Stadtbibliothek dient auch der Kultur- und Literaturvermittlung bzw. -förderung	<p>Die Stadtbibliothek führt ihre literarisch-kulturellen Veranstaltungs- und Werkstattangebote fort bzw. baut sie aus:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beteiligung am Ludwigsburger Literaturfest. 2. Leseförderung für Kinder und Jugendliche 3. Medienpädagogische Programme 4. Lesungen und Vorträge 								

7. Die Volkshochschule bietet allen Bevölkerungsgruppen grundlegende Bildungsangebote sowie Weiterbildung in den Programmbereichen Allgemeinbildung, Kunst und Kultur, Gesundheit, Sprachen und berufliche Bildung.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel		In Vorbereitung/ In Umsetzung/ Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht					
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel	Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung	Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €	
1)	Förderung der musischen Bildung im Bereich der KiTas	Singen im Kindergarten. Einmal wöchentlich eine UE. Aufgabe der VHS: Die „Singpaten“ schulen und einsetzen.								
2)	Verbesserung der Berufschancen von Schülern	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ergänzende Maßnahmen zum Unterricht, z. B. EDV-Unterricht an Hauptschulen (XPert European Computer Passport) 2. Vorbereitungslehrgang zur Schulfremdenprüfung für Schulabbrecher (Hauptschulabschluss) 								

B: Maßnahmen

- | | | |
|-----------|--|---|
| 3) | Unterstützung beim weiteren Ausbau der Ganztagesbetreuung | Aufbau „junge VHS“. Personalmaßnahme: eine 20%-Stelle |
| 4) | Chancengleichheit von Männern und Frauen wird gefördert | „Azubinen“ stark machen (Projekt der Beratungsstelle Frau und Beruf) |
| 5) | Die Chancen von Migranten werden verbessert | <ol style="list-style-type: none"> 1. Integrationskurse „Deutsch als Fremdsprache“ (zur Zeit jährlich 8000 Unterrichtsstunden). Finanzierung über Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 2. Vorbereitungslehrgang zur Schulfremdenprüfung für Migranten (Hauptschulabschluss). Zentrale Maßnahme: drei Unterrichtsräume insgesamt für die Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ und für den Vorbereitungslehrgang. Organisation über VHS, Finanzierung des Unterrichts über Landesmittel, Finanzierung der Räume durch die Stadt. 3. Alphabetisierungskurse |
| 6) | Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern | Aufbau einer Elternschule, teilweise im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE |
| 7) | Die berufliche Bildung wird ausgebaut | <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufbau Beratungsstelle Bildungsprämie (Projekt des BMBF) 2. Beratungsstelle Frau und Beruf (Projekt des WiMi BW) 3. Frauen wieder in den Beruf 4. Maßnahmen für Betriebe und Institutionen. <p>Berufsbildende Lehrgänge für Einzelpersonen, z. B. kaufmännische Qualifizierung mit IHK-Abschluss oder EDV-Schulungen</p> |
| 8) | Weiterbildungsangebote werden in allen Bildungsbereichen ausgebaut | <ol style="list-style-type: none"> 1. Studium generale 2. Kunstschule für Erwachsene 3. Sprachenschule 4. Gesundheitszentrum VHS |